UNIVERSITY OF MAINE
LIBRARIES

RAYMOND H. FOGLER LIBRARY
ORONO

GESCHICHTE
DER DEUTSCHEN MILITÄRMACHT
1918–1946

GESCHICHTE
DER DEUTSCHEN MILITÄRMACHT
1918–1946

Band 1 Das Kaiserreich zerbricht 1918–1919

Band 2 Jahre der Zwietracht 1919–1925

Band 3 Auf dem Wege zur Macht 1925–1937

Band 4 Griff über die Grenzen 1937–1938

Band 5 Generalprobe der Gewalt 1938–1939

Band 6 Frühe Siege 1939–1942

Band 7 Wendepunkt des Krieges 1942–1943

Band 8 Zurück an allen Fronten 1943–1944

Band 9 Wehrmacht im Todeskampf 1944–1945

Band 10 Urteil und Verhängnis 1945–1946

J. BENOIST-MÉCHIN

Jahre der Zwietracht

1919–1925

Gerhard Stalling Verlag · Oldenburg und Hamburg

Die Kapitel I bis XVII wurden ins Deutsche übertragen
von Friedrich und Hélène Richters,
die Kapitel XVIII bis XXV von Wolfgang Herda.
Schutzumschlag- und Einbandgestaltung von Karlgeorg Hoefer
Die französische Originalausgabe
Histoire de l'Armée allemande
Volume II, La Discorde (1919–1925)
erschien im Verlag Albin Michel, Paris.

1965
Alle Rechte der deutschsprachigen Ausgabe
beim Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg und Hamburg
Gesamtherstellung Gerhard Stalling AG, Oldenburg
Gesetzt aus der Aldus-Linotype
Printed in Germany

Alle Welt gibt zu, daß der Mann, der Geschichte erzählt, die reine Wahrheit sagen müsse. Doch um das zu können, muß er den Mut haben, bis zu den kleinsten Einzelheiten hinabzusteigen. Darin, so scheint mir, liegt die einzige Möglichkeit, dem Mißtrauen des Lesers abzuhelfen.

STENDHAL, MÉMOIRES SUR NAPOLÉON

Inhalt

Teil 1 Die Ära der Staatsstreiche

I Das deutsche Abenteuer im Baltikum
1. Der historische Hintergrund
General von der Goltz' Offensive 11

II Das deutsche Abenteuer im Baltikum
2. Der Krieg gegen Estland 31

III Das deutsche Abenteuer im Baltikum
3. Niederlage und Rückzug 45

IV Reaktionäre Umtriebe und der Prozeß des Oberkommandos 59

V Der Kapp-Lüttwitz-Putsch
1. Die Verschwörung 77

VI Der Kapp-Lüttwitz-Putsch
2. Der Putsch 93

VII Der Kapp-Lüttwitz-Putsch
3. Die Beilegung des Staatsstreiches und die Kämpfe an der Ruhr 109

VIII General von Seeckts Werk und das Gesetz vom 23. März 1921 121

IX Einwohnerwehren, Zeitfreiwillige, illegale Freikorps und Geheimbünde 141

X Die Kämpfe um Oberschlesien
1. Der erste und der zweite polnische Aufstand 157

XI Die Kämpfe um Oberschlesien
2. Der dritte polnische Aufstand und die Schlacht von Annaberg 171

XII Die Kämpfe um Oberschlesien
3. Die Schlacht bei Klodnitz und die Rückkehr des Selbstschutzes 191

XIII Die Tragödie Rathenaus 201

XIV Hitler betritt die Szene 219

XV Die Anfänge des Nationalsozialismus 241
XVI Die Reichswehr bewahrt die Einheit des Reiches
1. Die Besetzung der Ruhr und die Erklärung des Ausnahmezustandes 251
XVII Die Reichswehr bewahrt die Einheit des Reiches
2. Die Meuterei der schwarzen Reichswehr 265
XVIII Die Reichswehr bewahrt die Einheit des Reiches
3. Die Reichsexekution gegen Sachsen und der Hamburger Aufstand 279
XIX Der nationalsozialistische Putsch in München (8./9. November 1923) 289
XX Zurück zur Legalität 309

Teil 2 Die Berufsreichswehr als Stütze der Republik (1923—1927)

XXI Von der Rückkehr Hindenburgs bis zum Ausscheiden des Generals von Seeckt 317
XXII Die Arbeit der Interalliierten Kontrollkommission (16. September 1919 bis 28. Februar 1927) 331
XXIII Die Arbeiten der Vorbereitenden Abrüstungskommission 351
XXIV Die Politik der Reichswehr
1. Die Etappen der Wiederaufrüstung 367
XXV Die Politik der Reichswehr
2. Auf dem Wege zur Eroberung der Macht 379
Register 387

☆

Karten

1. Vormarsch der deutsch-baltischen Verbände 19
2. Rückzug der deutschen Verbände im Baltikum... 47
3. Die Kämpfe an der Ruhr, März/April 1920 117
4. Verteilung der Wehrkreise in der Berufsreichswehr, 1925—1935 ..... 136/137
5. Operationen in Oberschlesien, Mai/Juni 1921 .. 181
6. Die Kämpfe um Annaberg und Klodnitz 185

Teil 1 Die Ära der Staatsstreiche

I Das deutsche Abenteuer im Baltikum

1. Der historische Hintergrund General von der Goltz' Offensive

Ein trauriges, sandiges Land, übersät mit Wäldern und Sümpfen; ein endloser Himmel, durchweht von einem Wind, der aus der Tiefe der asiatischen Steppe kommt; eine graugrüne, schwermütige See, deren perlmuttfarbener Horizont sich von dem düsteren Grün der Kiefern abhebt — so sind die Küsten der Ostsee, Vorboten der weiten Ebene, die sich bis zum Ural erstreckt.

Wenige Landstriche haben wildere Leidenschaften entfesselt, wenige sind mit mehr Blut getränkt worden. Fast zehn Jahrhunderte lang haben sich Christen und Heiden, Germanen und Slawen um den Besitz dieses Landes gegenseitig niedergemetzelt. Nirgendwo hat sich die Geschichte hartnäckiger wiederholt. Von Geschlecht zu Geschlecht die gleichen Rivalitäten, die gleichen Feindseligkeiten! So fällt es schwer, den Feldzug des Jahres 1919 mit seinem Gefolge von Gewalttätigkeiten und unerfüllten Wünschen zu verstehen, wenn man nicht den geschichtlichen Hintergrund kennt, vor dem er sich abspielte.

Für Herodot gehörte dies Land zu dem geheimnisvollen Gebiet, von dem thrakische Landfahrer erzählt hatten, »es sei von so dichten Bienenschwärmen belebt, daß es unmöglich sei, darin einzudringen«. Lange blieben diese Gegenden von Fabeln und Legenden umwittert[1]. Mit der Zeit verschwanden dann die Phantasievorstellungen. Handelsbeziehungen wurden angeknüpft zwischen Griechen und Esthiern — denn so wurden unterschiedslos alle Bewohner der Ostseeküste genannt. Honig, Wachs und Bernstein wanderten längs eines Weges dahin, der die Ostsee mit dem Mittelmeer verband. Es war jene »Bernsteinstraße«, die bald vom Ritt der Goten und Vandalen widerhallen sollte, die in wildem Zug auf Karthago, Byzanz und Rom zuströmten.

Mit dem Untergang des Heiligen Römischen Reiches sanken die Ostseeländer wieder in Finsternis, und erst im XII. Jahrhundert tauchten ihre Namen von neuem in den Erzählungen der Chronisten auf. Im Jahre 1180 segelte ein Augustinermönch der bremischen Diözese namens

---

1 Vgl. Tacitus: Germania, XLV.

Meinhard nach den Küsten Livlands, um die Heiden zum Christentum zu bekehren. Albert von Bremen folgte im Jahre 1199. Dieser tatkräftige und ehrgeizige Mann träumte davon, einen unabhängigen Staat an der Ostsee zu gründen, der unmittelbar der Pontifikalgewalt unterworfen wäre. Innozenz III. stellte ihm eine Bulle aus, durch die die Gläubigen aus Sachsen und Westfalen aufgefordert wurden, am »Kreuzzug gen Osten« teilzunehmen; dafür wurde ihnen Ablaß ihrer Sünden versprochen. Im Jahre 1200 machte sich ein Geschwader von Kreuzfahrern auf den Weg nach Livland, wo es ein paar Wochen später ankam. Albert gründete Riga und stiftete den Orden der Ritterschaft Christi (Fratres militiae Christi) nach dem Muster der militärischen und religiösen Orden Palästinas. Innozenz III. gab ihnen eine Ordensregel, die mit der des Templerordens übereinstimmte. Die Mitglieder dieser Bruderschaft trugen den großen, weißen Mantel der Johanniter, geschmückt mit rotem Kreuz und Schwert, daher der Name Schwertbrüder. Sie waren es, die das Land kolonisierten.

Im Jahre 1207 wurden die Livländer vernichtend geschlagen. 1212 geschah den Letten dasselbe; der Kampf entstand aus einem Streit zwischen Einheimischen und Ordensrittern um den Besitz der Bienenschwärme[2]. 1220 wiesen die Ritter »dank eines wunderbaren Eingreifens der Jungfrau Maria« einen dänischen Angriff ab[3]. Aber dieser Zeit des Aufstiegs folgten schwere Rückschläge. Die Litauer nützten Alberts Tod im Jahre 1229, um die deutschen Kräfte in Saule anzugreifen und sie in die Flucht zu schlagen. Die Schwertbrüder wurden aufgerieben. Sie waren ihren verbündeten Feinden im Kampf nicht gewachsen und wendeten sich an einen Orden, der mächtiger war als sie: die Deutschritter.

Diese ließen sich seit 1237 an den Ufern der Weichsel nieder und begannen, Preußen und Livland zu kolonisieren. 1242 besetzten sie Kurland und errichteten dort einen Gürtel von Festungen, deren hohe, viereckige Wachttürme aus Backsteinmauern mit schweren Bronzeklammern die Vorposten des christlichen Europas wurden.

Nachdem sich die Ritter in zwei Zweige, der eine in Preußen, der andere in Livland, geteilt hatten, dehnten sie ihre Herrschaft nach und nach auf das ganze Land aus. Um die militärischen Kräfte zu verstärken, die sie zum Ausbau ihrer Eroberungen benötigten, versprach Papst Alexander III. all denen Landbesitz, die sich nach Beendigung des Kreuzzuges

---

2 Origines Livoniae, S. 168.
3 Ibd., S. 258.

in Livland niederließen; außerdem erließ er 1256 eine Bulle, derzufolge sich alle nach gemeinem Recht Verurteilten dem weltlichen Gericht entziehen konnten, wenn sie sich dem Schutz der Deutschritter unterstellten. Darauf strömten aus allen Gegenden des Heiligen Römischen Reiches Tausende zweifelhafter Gestalten, skrupelloser Abenteurer und Sträflinge nach den baltischen Provinzen, angelockt vom Köder des Landbesitzes und von der Aussicht auf Beute.

Das XIV. Jahrhundert bildete den Höhepunkt der deutschen Kolonisation im Nordosten Europas[4]. Nach der Unterwerfung der Zemgalier und dem Erwerb Estlands erstreckte sich das »Land der Jungfrau Maria« von der Weichsel bis zum Peipussee. Marienburg, Riga, Mitau, Dünaburg wurden kulturelle Mittelpunkte und blühende Märkte. Der Ära des Schwertes war die des Pfluges gefolgt, und Klostergesang mischte sich nun mit dem Summen der Bienenkörbe. Doch sollte dieses goldene Zeitalter nur von kurzer Dauer sein, denn gerade der Wohlstand zog den Untergang des Ordens nach sich; er weckte die Begierde mächtiger Nachbarn: der Russen, Skandinavier und Polen.

Die Ordensritter wollten sich das Monopol des Seehandels sichern. Sie begingen aber die Unvorsichtigkeit, die polnischen Kaufleute aus Danzig zu verjagen und Polen den Zugang zum Meer zu nehmen. Voller Zorn verbanden sich Polen und Litauer, um den Ehrgeiz der Ritter zu zügeln. Am 15. Juli 1410 kam es zur Schlacht: Das Heer der Deutschherren, 83 000 Mann stark, wurde auf der Ebene von Tannenberg völlig zerschlagen. Diese Niederlage vernichtete das Ansehen des Ordens als militärische Macht.

Im Jahre 1521 versetzte die lutherische Reformation auch seiner religiösen Macht den Gnadenstoß. Am 8. April 1525 beschlossen der Großmeister des Ordens, Albrecht von Brandenburg, und der König von Polen im Vertrag von Krakau, alle Ländereien, die den Rittern des preußischen Zweiges gehörten, zu säkularisieren. Albrecht wurde dadurch erster Herzog von Preußen unter der Lehnshoheit des Königs von Polen. Dann wurde der preußische Zweig des Ordens aufgelöst.

Der livländische Zweig überlebte noch einige Zeit. Im Jahre 1535 wiesen die Ordensritter einen Überfall des Zaren Iwan IV. ab, doch das Land wurde von den tatarischen Heeren verwüstet, die Bewohner unter

---

4 »Die Ostsee wurde durch diese bürgerliche Wirtschaftsexpansion für die nächsten Jahrhunderte nicht nur ein deutsches, sondern geradezu ein sächsisches Meer.« (H. H. Jacobs: »Heinrich der Löwe«, Lübeck 1933, S. 26.)

furchtbaren Qualen[5] umgebracht. 1562 wurde dann auch der livländische Zweig säkularisiert; sein Großmeister Gottfried Kettler wurde zum Herzog von Kurland ernannt. In einer besonderen Urkunde bestätigte der König von Polen allen im Lande ansässigen Deutschen ihre Rechte. So war ein neuer Adel entstanden: die baltischen Barone oder Baltenritter, als Abkömmlinge der ehemaligen germanischen Kolonisten. Der Adel blieb Besitzer von acht Zehnteln des Landes. Die geknechtete lettische Bevölkerung mußte sich damit abfinden, den fremden Herren zu gehorchen.

Im Laufe des XVII. Jahrhunderts wurden diese Gebiete zum Spielball erbitterter Kämpfe zwischen Schweden, Dänen, Polen und Russen, die alle danach trachteten, den baltischen Ländern ihre Lehnshoheit aufzuzwingen. Polen schnitt dabei am besten ab. Aber nach seinen dauernden Teilungen mußte es darauf verzichten, die baltischen Provinzen zu bevormunden. Den Russen fiel die Nachfolge zu. Gegen Ende des XVII. Jahrhunderts wurden Estland, Lettland und Litauen durch Katharina II. dem Zarenreich einverleibt. Doch bildeten diese drei Provinzen bis zum Ende des XIX. Jahrhunderts weiterhin einen Staat im Staate mit deutscher Verwaltung, deutschen Schulen und Gerichten. Erst seit 1890 gestaltete Petersburg unter dem wachsenden Einfluß des Panslawismus seine Bindungen mit Riga enger und zwang Kurland eine zaristische Verwaltung auf. Dies war in großen Zügen die Lage des Landes, als 1914 der Krieg ausbrach und die Bernsteinstraße von neuem von dem Lärm marschierender Heere erdröhnte.

Und wieder begann der jahrhundertealte Ebbe- und Flutstrom der Germanen und Slawen. Die Russen ergriffen die Offensive und fielen in Ostpreußen ein. In den letzten Augusttagen 1914 schlug Hindenburg die Divisionen Samsonows in die Flucht, zunächst bei Tannenberg, nicht weit von der Stelle, wo 1410 die Deutschritter zermalmt worden waren, dann zweimal unweit der Masurischen Seen. Nach diesen Siegen drangen die Deutschen in Kurland ein, Libau und Goldingen wurden genommen, Mitau am 1. August 1916 besetzt. Im September 1917 zog die VIII. deutsche Armee in Riga ein.

Der im März 1918 geschlossene Vertrag von Brest-Litowsk erteilte den Russen die Auflage, auf Estland, Lettland und Litauen zu verzichten. Der kurländische Adel dachte daran, sein Land zum Königreich zu

---

5 »Cum tormentis exquisitis«, schreibt der Chronist. Dieser Feldzug trug Iwan IV. den Beinamen »der Schreckliche« ein.

erheben und die Krone einem deutschen Fürsten anzubieten. Doch schon acht Monate später zwangen der Zusammenbruch der Westfront und die spartakistische Revolution die Deutschen, diese Gebiete aufzugeben. Langsam zogen sich die Heere der Ostfront an die Ostseeküste zurück[6]. Da sie nicht durch Polen marschieren durften, nahmen sie wieder einmal den Weg durch Kurland. Aber die Straßen waren in schlechtem Zustand, die Lebensmittel wurden knapp. Unordnung und Panik nahmen von Etappe zu Etappe zu. Die revolutionäre Propaganda der Soldatenräte kam hinzu, die Mannschaften rebellierten und entwaffneten ihre Offiziere. In Libau bildete sich ein Militärsowjet.

Major Bischoff, ein Offizier von seltener Tatkraft, sammelte 600 Freiwillige um sich und bildete mit diesen Überresten der VIII. Armee eine »Eiserne Brigade«, um das Vordringen der Bolschewisten einzudämmen. Nur schrittweise zog sich diese Truppe vor dem Ansturm der roten Regimenter zurück. Doch wie lange konnte sie einem zahlenmäßig so überlegenen Feind Widerstand leisten? Riga wurde am 3. Januar 1919 geräumt, Mitau fünf Tage später. An diesem Mittag erschütterte eine furchtbare Explosion die Stadt. 70 Häuser stürzten ein und begruben ihre Bewohner unter den Trümmern. Vor der Räumung Mitaus hatte die »Eiserne Brigade« gleichzeitig Pulverfabrik und Arsenal in die Luft gesprengt. Am nächsten Tag wurde die Stadt in der Frühe von den ersten bolschewistischen Reitern besetzt. Sie ritten auf kleinen tatarischen Pferden und trugen Mützen aus Persianerfell, an denen nicht mehr der Adler der Romanows, sondern der Sowjetstern glänzte.

☆

Die Lage in Lettland war zu dieser Zeit äußerst verworren. In Libau hatten sich mehrere Gruppen gebildet und machten sich die Macht streitig. Zunächst die baltischen Barone, die einen vom Geist des Deutschritterordens erfüllten Staat wiederherstellen und ihre traditionellen Vorrechte mit Unterstützung der Deutschen erweitern wollten. Dann eine lettische Nationalregierung unter dem Vorsitz von Ulmanis, die dafür kämpfte, mit Unterstützung der Alliierten eine unabhängige lettische Republik zu errichten. Schließlich ein revolutionärer Soldatenrat, hervorgegangen aus der zurückflutenden deutschen VIII. Armee, der danach strebte, im Bunde mit den Sowjets die Diktatur des Proletariats zu erzwingen. Kurze

6 Vgl. Band I, S. 239.

Zeit darauf erschien in Libau eine alliierte Militärmission, die sich zum größten Teil aus britischen Offizieren zusammensetzte, und hoffte, Lettland in eine Zone englischen Einflusses umzuwandeln[7]. Abgesehen von den Zielen des Soldatenrates waren alle diese Projekte nur zu verwirklichen, wenn die Bolschewisten endgültig aus dem Land vertrieben wurden. Doch gerade sie hielten acht Zehntel des Gebietes besetzt. Riga und Mitau waren in ihrer Hand.

Unter Aufbietung aller Kräfte hatte Ulmanis versucht, eine lettische Armee aufzustellen, um dem Eindringling entgegenzutreten. Es war ihm geglückt, ein Regiment Freiwilliger unter dem Befehl Oberst Ballodis' auf die Beine zu bringen; zu ihm war eine Abteilung Weißrussen unter dem Kommando des Fürsten von Lieven gestoßen. Die Balten hatten ihrerseits eine Landeswehr unter Major Fletscher gebildet, deren Kern ein von dem jungen Baron von Manteuffel geführter Stoßtrupp war. Aber diese zumeist schlecht bewaffneten und schlecht ausgerüsteten Formationen waren militärisch von sehr ungleichem Wert. Einige Einheiten bestanden aus jungen Leuten zwischen 16 und 18 Jahren. Überdies haßten Balten und Letten einander. Falls die »Eiserne Brigade« des Majors Bischoff, die den Russen in der Gegend von Mitau weiterhin die Stirn bot, Lettland verließ, um nach Deutschland zurückzukehren, würde das ganze Land von den Bolschewisten überflutet werden.

Ulmanis war von dieser Aussicht lebhaft beunruhigt. Er wandte sich an die Engländer und bat sie um Hilfe. Auf einer Konferenz an Bord der »Princess Margaret« vereinbarten Ulmanis und die Mitglieder der alliierten Militärmission, Lettland solle sich, solange es kein stehendes Heer habe, mit Hilfe der deutschen Truppen schützen.

Ulmanis leitete sogleich Verhandlungen mit Winnig, dem Hochkommissar von Preußen, ein. Am 7. und 20. Dezember 1918 schloß er mit ihm zwei Abkommen; die Reichsregierung stimmte zu, in Lettland ausreichende Streitkräfte zu belassen, um ein Vorrücken der sowjetischen Truppen abzuriegeln. Dafür verpflichtete sich die lettische Regierung — die so gut wie keine finanziellen Hilfsmittel besaß —, nach Beendigung des Feldzuges jedem deutschen Soldaten 60 Morgen Land und, falls er es wünschte, die lettische Nationalität zu geben. Diese Abmachung gefiel Ulmanis zwar wenig, denn sie erhöhte den Prozentsatz des in Lettland ansässigen germanischen Bevölkerungsteils. Doch am vordringlichsten

7 Diese von Oberst Keenan geführte Mission wurde von mehreren Kriegsschiffen des englischen Ostseegeschwaders und von einem französischen Aviso unterstützt.

war jetzt, die Russen zurückzudrängen, das Weitere würde sich später ergeben . . .

Das deutsche Oberkommando errichtete eine besondere Befehlsstelle, das Armee-Oberkommando Nord, dessen Zweck die Leitung der Operationen in den baltischen Provinzen war[8]. Das A.O.K. Nord schlug sein Hauptquartier in Bartenstein in Ostpreußen auf. Es wurde dem Befehl des Generals von Quast unterstellt, Generalstabschef wurde General von Seeckt. Einer der bedeutendsten Offiziere des A.O.K. war Major von Fritsch, der spätere Oberbefehlshaber des deutschen Heeres.

Kurz darauf wurde General Graf Rüdiger von der Goltz zum Oberbefehlshaber der deutschen Truppen des Baltikums ernannt[9]. Vom A.O.K. Nord erhielt er den Auftrag, die Grenzen Ostpreußens gegen einen bolschewistischen Überfall zu verteidigen. Von der Goltz landete am 1. Februar 1919 in Libau und arbeitete gleich nach seiner Ankunft einen Operationsplan aus. Zunächst ließ er sich die Abkommen bestätigen, die am 7. und 20. Dezember zwischen Ulmanis und dem Hochkommissar von Preußen abgeschlossen worden waren. Auf Grund dieser Versprechen der lettischen Regierung arbeitete er ein Programm aus, das weit über die Verteidigung der Ostgrenze hinausging. Er wollte:

1. alle demobilisierten Soldaten, die in Deutschland keine Arbeit fanden, nach Lettland holen und sie dort ansiedeln. In Kurland wollte er eine umfangreiche Militär- und Agrarkolonie gründen[10];
2. diese Männer wollte er auf den Gütern der baltischen Barone einsetzen, um den Grund und Boden zu verbessern, wobei sie stets bewaffnet und in Einheiten zusammengefaßt blieben;

---

8 Bekanntlich war der Große Generalstab der Meinung, ein außerhalb der Grenzen von 1914 liegender Geländestreifen müsse zum Schutz Ostpreußens gegen einen Einfall der roten Armeen besetzt bleiben (vgl. Band I, S. 223). Einige Monate später wurde das A.O.K. Nord umgewandelt in das Gruppenkommando III unter Befehl des Generals von Estorff.

9 Es wurde behauptet, diese Ernennung sei auf Ersuchen der baltischen Barone erfolgt. Das ist nicht unmöglich, denn General von der Goltz genoß beim kurländischen Adel großes Ansehen. Nach Einzug der deutschen Truppen in Riga im Jahre 1917 hatte er den Befehl einer Spezialdivision, der »Division des Baltikums«, übernommen. In Verbindung mit den finnischen Regimentern General Mannerheims hatte er die Russen aus Finnland vertrieben und Helsingfors entsetzt. Im Dezember 1918 war er nach Schlesien gesandt worden, um dort einen Einfall der Tschechen zurückzuschlagen. Seine Rückkehr nach Lettland im Frühjahr 1919 war in seinen Augen nur die Fortsetzung einer Reihe von vorübergehend unterbrochenen Operationen.

10 Von der Goltz wandte also die traditionelle Politik der Großmeister des Deutschordens an.

3. wollte er mit dieser Truppe und mit Hilfe der Weißrussen auf Petrograd marschieren und dort wieder eine zaristische, mit Deutschland verbündete Monarchie einsetzen[11].

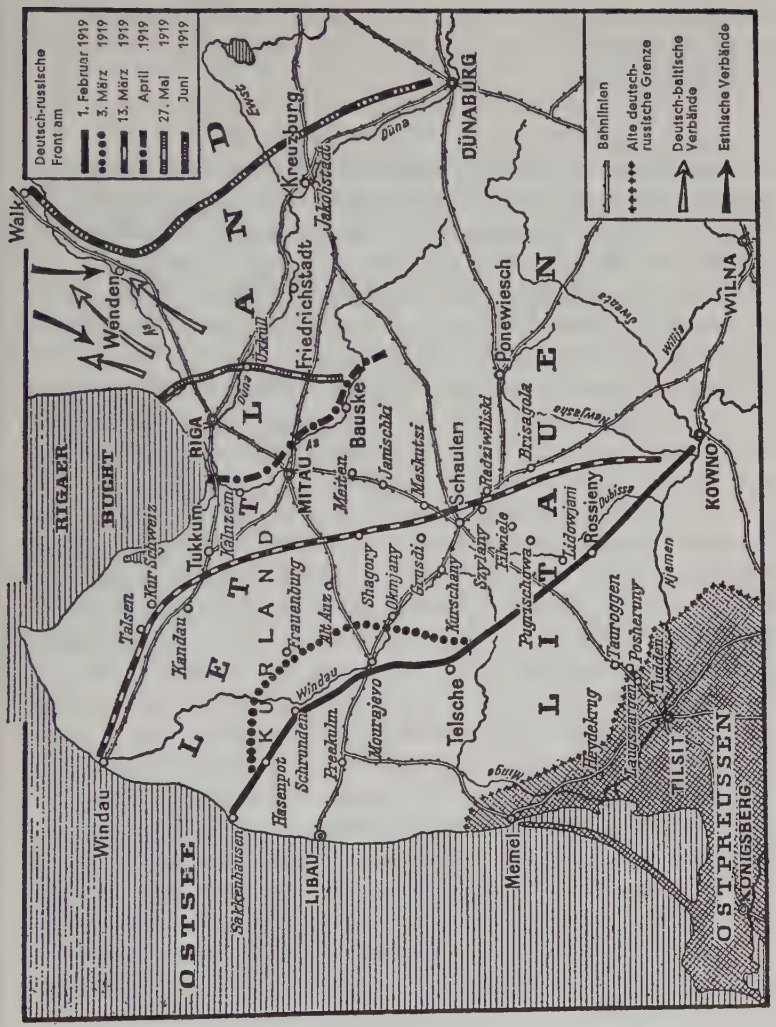
Dieser Plan (wenigstens seine beiden ersten Punkte, denn der dritte mußte vorläufig verborgen bleiben) wurde von den Reichsbehörden günstig aufgenommen. Die Pangermanisten sahen in ihm die Fortführung eines jahrhundertealten Expansionsstrebens, die Sozialisten entdeckten darin ein Mittel, Deutschland von allen unerwünschten Elementen zu säubern, die sich immer noch in den Städten und auf dem Lande herumtrieben. Mit Hilfe einer intensiven Propaganda forderte die preußische Regierung die jungen Leute auf, ihr Glück in Lettland zu machen und eine Dienstverpflichtung einzugehen, die ihnen später Besitz von Grund und Boden und nationale Rechte sicherte[12]. Zu diesem Zweck wurde in Berlin ein besonderes Werbezentrum, die »Anwerbestelle Baltenland«, geschaffen.

Gleichlaufend mit dieser in zivilen Kreisen betriebenen Propaganda schickte das Armee-Oberkommando Nord von der Goltz Verstärkungen. Anfang Februar trafen zu Schiff Knesebecks Freiwilligenschwadron, das erste Ulanenregiment und ein Teil der ersten Gardereservedivision in Libau ein. Der größte Teil dieser Elitetruppen verstärkte Major Bischoffs »Eiserne Brigade«, die damit zur »Eisernen Division« wurde. Kurz darauf kamen das Freikorps des Grafen Yorck, das hamburgische Freikorps, das Freikorps von Rieckhoff, das Freikorps Diebitsch und verschiedene zum Grenzschutz Ost gehörige selbständige Verbände an und wurden der baltischen Landeswehr einverleibt. Diese Verstärkungen, die zusammen das VI. Reserve-Armeekorps bildeten, brachten die deutschen Streitkräfte im Baltikum auf mehr als 25 000 Mann. Jetzt konnte von der Goltz zur Offensive übergehen.

---

11 »Warum sollte nicht die im August 1918 verhinderte Ostpolitik zusammen mit den ›weißen‹ Russen in irgendeiner veränderten anpassungsfähigen Form unter der Flagge der Bolschewiken-Bekämpfung noch möglich sein?«, schreibt von der Goltz in seinen Memoiren. »Warum sollte nicht vor allem eine wirtschaftliche und politische Annäherung an das kommende Rußland angebahnt werden können? An das Rußland, das nach Abschlachten seiner eigenen Intelligenz nach deutschen Kaufleuten, Technikern, Führern hungerte, dessen verwüstete, menschenleere Randprovinzen nach fleißigen deutschen Bauern für ihren fruchtbaren Boden verlangten? Sollte ich bei einem solchen Ziele vor Augen über Strohhalme stolpern?« (von der Goltz, »Meine Sendung in Finnland und im Baltikum«, S. 127.)

12 Diese Bekanntmachung und andere ähnliche erinnern seltsam an die Pontifikalbullen von 1243 und 1256.



»In dieser Erkenntnis prägte ich das Wort, daß ich gegen vier Fronten zu kämpfen hätte«, schreibt er: »die Bolschewikenarmee, den von den deutschen Radikalen beeinflußten Soldatenrat in Libau und mit ihm die Revolutionszustände in meinen Truppen, die deutschfeindliche, halbbolschewistische Regierung Lettlands und die Entente. Nach gutem alten

strategischen Grundsatz beschloß ich, sie nicht alle auf einmal, sondern einzeln zu bekämpfen. Zunächst galt es, den Kampf aufzunehmen gegen die Bolschewiki[13].«

☆

Anfang Februar 1919 hielten die sowjetischen Divisionen eine Front, die sich halbkreisförmig von Sakkenhausen an der Ostsee über Hasenpot, Schrunden, Telsche, Rossieny und Kowno bis zur polnischen Grenze erstreckte. Als von der Goltz die Frontlinie besichtigte, bemerkte er, daß die Russen einen Teil ihrer Truppen hatten abziehen müssen, um den Offensiven Denikins und Koltschaks die Stirne bieten zu können, und beschloß, sofort zum Angriff überzugehen.

Der am 3. März begonnene Vormarsch stützte sich auf die Eisenbahnlinie Libau—Mourajevo—Mitau. Der rechte Flügel des deutschen Heeres wurde von der ersten Gardereservedivision gebildet. Die »Eiserne Division« bildete den Mittelpunkt der Stoßtruppen. Dann kam das lettische Bataillon des Obersten Ballodis, und den linken Flügel bildete die baltische Landeswehr. Am 5. März wurde Mourajevo nach erbittertem Kampf genommen. Am 13. erreichten die deutsch-baltischen Regimenter die Linie Grusdi—Shorani—Kandau—Talsen. Am 18. März zogen die baltischen und lettischen Verbände in Mitau ein. Die »Eiserne Division« folgte ihnen am 22. März.

Doch welch furchtbares Schauspiel bot sich den Freiwilligen, als sie in die Stadt einmarschierten! Gegen eine Wand des Domes gelehnt, standen da — gespenstisch und von Kugeln zerrissen, mit Pickelhauben auf den Köpfen — die einbalsamierten Körper der Herzöge von Kurland. Die Bolschewisten hatten die Gräber geschändet, die Leichname aus den Grüften herausgezerrt und sie aus nächster Nähe mit Maschinengewehren zusammengeschossen. Dann hatten sie vor ihrem Abzug aus Mitau einen Teil der Geiseln — Männer, Frauen und Kinder — auf dem Hof der Zitadelle zusammengetrieben; Geiseln, die sie gleich bei ihrem Einmarsch im Januar 1919 eingekerkert hatten. Die roten Soldaten metzelten die Unglücklichen von der Höhe der Mauer herab mit Granatfeuer nieder. Das Vordringen der baltischen Truppen unterbrach das Blutbad. Aber die Russen banden alle noch lebenden Geiseln an ihre Pferde und schleiften sie im Schnee von Mitau bis Riga mit sich. Die Straße war von langen Blutspuren gezeichnet, und die Gräben lagen voller Leichen mit

13 von der Goltz, a. a. O., S. 128.

ausgerenkten Gliedern. Einigen waren die Augen ausgestochen, Nasen, Ohren und Zungen abgeschnitten ...

Rasend vor Zorn wollten die Balten die Russen verfolgen, in Riga eindringen und alle Bolschewisten umbringen, bevor sie Zeit gehabt hätten, neue Opfer zu finden. Aber von der Goltz war gezwungen, ihre Raserei zu dämpfen. Da die Russen die Einschließung der Stadt Mitau aufgegeben hatten, da die erste Gardereservedivision und Yorcks Freikorps Bauske und Stalgen genommen hatten, war der erste Abschnitt seines Planes gelungen. Es wäre unvorsichtig gewesen, weiter vorzustoßen, bevor nicht die Operationsbasis gesichert war. In Libau befanden sich nämlich die Verpflegungslager, die Munitionsdepots, die Verwaltung, das Generalkommando, kurz, das Hirn der Armee. Der zweite Teil des deutschen Planes bestand darin, die Stadt nicht länger in den Händen des Soldatenrates zu belassen.

Dieser Soldatenrat hatte nämlich direkte Beziehungen zum Zentralkomitee der Spartakisten in Berlin, vielleicht auch zum Petrograder Sowjet. Unterstützt von drei Bataillonen aufsässiger deutscher Soldaten, veröffentlichte er von Tag zu Tag hetzerischere Proklamationen und suchte die Verpflegung der Truppe zu sabotieren.

Um sie einzuschüchtern, stellte von der Goltz gleich zu Anfang einen energischen Mann, den Major Götze, an die Spitze der drei rebellierenden deutschen Bataillone. Dann ließ er von der Front bei Mitau das Schaurothsche Kommando abziehen. Es traf am 3. April in Libau ein und nahm in einem überraschenden Handstreich die Anführer gefangen. Ein paar standrechtliche Aburteilungen brachten die Truppen schnell wieder zur Vernunft; der Soldatenrat wurde aufgelöst. Befreit von diesem lästigen Gegner schritt von der Goltz zum dritten Teil seines Planes: zum Kampf gegen die lettische Regierung.

☆

Die verschiedenen Einheiten von der Mitauer Front wurden inzwischen wechselweise aus der Front gezogen und abgelöst, um ihnen ein wenig Ruhe zu gönnen. Dem Schaurothschen Kommando — das eben den Soldatenrat überwältigt hatte — folgte in Libau die Sturmtruppe der baltischen Landeswehr, die unter dem Kommando des Barons von Manteuffel stand. Von der Goltz wußte sehr wohl, daß dieser junge Offizier, dem seine Männer blind gehorchten, die Hoffnung des kurländischen Adels war und daß er politische Absichten im Lande verfolgte. Seine Versetzung nach Libau in dieser verworrenen Zeit war bezeichnend.

Am 16. April beklagte sich Ulmanis bei von der Goltz über das Treiben des Freikorps Pfeffer, das, frisch aus Deutschland eingetroffen, mit der Polizeigewalt im Militärhafen beauftragt worden war. Im Laufe einer Durchsuchung der Kasernen hatten die deutschen Freiwilligen das Feuer auf lettische Soldaten eröffnet und sie unter dem Vorwand entwaffnet, ihrer eigenen Sicherheit zu dienen. Dann hatte Hauptmann von Pfeffer aus eigener Machtvollkommenheit den gesamten Generalstab des neuen lettischen Heeres gefangengenommen, nicht weniger als 550 Offiziere. Ulmanis forderte ihre sofortige Freilassung und gab von der Goltz zu verstehen, die Konzentration der baltischen Landeswehr und verschiedener deutscher Freikorps in Libau ließen ihn fürchten, von der Goltz bereite einen Gewaltstreich gegen ihn vor. Von der Goltz antwortete ihm hochmütig, daß »es keiner starken deutschen Truppe bedürfe, um eine im eigenen Lande verhaßte Regierung zu beseitigen[14]«. Dagegen beschuldigte er das Kabinett Ulmanis', es bereite für den folgenden Tag, den 17. April, einen bolschewistischen Aufstand vor.

Am gleichen Tag, um 15 Uhr, traf von der Goltz bei einem kurzen Gang durch die Stadt die Sturmtruppe der baltischen Landeswehr, die von einem Übungsschießen am Meeresstrand zurückkam. Aus dem Munde der Soldaten erfuhr er, sie hätten soeben die wichtigsten Mitglieder der Regierung Ulmanis gefangengenommen, weil sie in ihren Augen nur eine Bande seien, die sich widerrechtlich die Gewalt anmaßten. »Die Entwaffnung der lettischen Soldaten durch das Freikorps Pfeffer«, fügte von der Goltz hinzu, »hatte nur kurz vor dem Unternehmen der Landeswehr stattgefunden. Aber dieses Zusammentreffen war rein zufällig, und es gab keine Absprache zwischen den beiden Truppen.«

Ulmanis floh auf den Dampfer »Saratow« und unterstellte sich dem Schutz der britischen Mission. Aber welche Regierung sollten die Deutschen bilden, um ihn zu ersetzen? Niemand drängte sich danach, seine Nachfolge anzutreten. Mehrere Tage gingen mit unfruchtbaren Verhandlungen hin. Am 26. April verlangten die Alliierten die Wiedereinsetzung Ulmanis'. »Bis morgen mittag muß die neue Regierung gebildet sein«, erklärte von der Goltz mit wachsender Ungeduld[15].

Am 27. April war um 8.30 Uhr vormittags das neue Kabinett gebildet. Pastor Needra, am Vortage noch fast unbekannt, wurde zum Mini-

---

14 von der Goltz, a. a. O., S. 179.
15 von der Goltz, a. a. O., S. 184.

sterpräsidenten gewählt. Wenn Ulmanis ein Usurpator war, dann war Needra der Strohmann der baltischen Barone und des deutschen Generalstabes.

Die Engländer beunruhigten sich denn auch über die wachsende Macht von der Goltzens, der jetzt in Kurland eine wahre Diktatur ausübte. Sie forderten Hauptmann von Pfeffers Abberufung, der seine Befugnisse durch die Entwaffnung lettischer Soldaten überschritten hatte.

»Unmöglich!« antwortete von der Goltz. »Um ihn festzunehmen, müßte man alle seine Männer umbringen.«

»Dann beseitigen sie wenigstens den Baron von Manteuffel.«

»Das ist kaum leichter. Manteuffel besitzt die lettische Nationalität, niemand kann ihm einen Vorwurf machen, wenn er seine eigene Regierung stürzt.«

Da wandte sich die Entente an Berlin und forderte die Absetzung des Oberbefehlshabers. Das Reichskabinett gab zu bedenken, von der Goltz habe in keiner Weise Anteil genommen am Staatsstreich und habe im übrigen genau gemäß den Weisungen des Armee-Oberkommandos Nord gehandelt. Auf Anraten der Engländer habe Ulmanis die deutschen Streitkräfte ersucht, in Kurland zu bleiben, um das Eindringen der Roten Armee zu verhindern. Sollte die deutsche Politik in den baltischen Ländern den Alliierten mißfallen, so werde das Reich seine Truppen unbesorgt zurückziehen. Dann sei es Aufgabe der Entente, Lettland und Litauen gegen die Bolschewisten zu schützen.

Nun hatten aber die Engländer nicht die geringste Lust, ein Expeditionskorps in die baltischen Provinzen zu schicken. Sie willigten ein, daß das Reich vorläufig seine Truppen dort belasse, unter der Bedingung, daß die deutschen Regimenter in ihren Stellungen verblieben und von der Goltz auf jede neue Offensive verzichte. Die Reichsregierung nahm diesen Kompromiß an; sie hatte mit ihrem Kampf gegen die separatistischen Bewegungen in Sachsen und Bayern schon genug zu tun . . .

Das Berliner Kabinett befahl also von der Goltz, sich defensiv zu verhalten und auf seinen Besiedlungsplan zu verzichten. Das war freilich nur symbolisch zu verstehen. Denn als von der Goltz Instruktionen für den Fall erbat, daß die baltische Landeswehr den Kampf eröffnete, ließ ihm der preußische Kriegsminister ausweichend antworten, das sei »eine rein lettische Angelegenheit außerhalb der Verantwortlichkeit der deutschen Regierung«. Der Sinn dieser Antwort war von der Goltz klar. Griffen die Balten die Russen an, so mußten die deutschen Truppen ge-

meinsame Sache mit ihnen machen, sei es auch nur, um nicht die Einheit der antibolschewistischen Front zu zerbrechen.

☆

Es war wirklich eine seltsame Ansammlung von Freiwilligen, die alle bereit waren, sich auf Riga zu stürzen, dessen Domtürme sich am Horizont abzeichneten. »Da gab es viele Kompanien im Baltikum, geordnete Formationen unter sicheren Führern, geworben und marschierend nach zwingendem Befehl. Da gab es Haufen unruhgepeitschter Abenteurer, die den Krieg suchten und mit ihm die Beute und das Losgelassensein. Da gab es patriotische Korps, die den Niederbruch der Heimat nicht verwinden konnten und die Grenze wahren wollten vor der brandenden roten Flut. Es gab die baltische Landeswehr, formiert aus den Herren dieses Landes, die ihre 700jährige Tradition, die ihre überlegene, kräftige Filigrankultur, die das östliche Bollwerk deutschen Herrentums um jeden Preis zu retten entschlossen waren, und es gab deutsche Bataillone, gebildet aus bäuerlichen Menschen, die siedeln wollten, die nach Land hungerten, die den Boden rochen und nach den Kräften tasteten, die dieser herbe Boden ihnen bot[16].«

Jede Kompanie verfügte über eigene Feldzeichen und Fahnen. Das hamburgische Freikorps hatte die blutrote Standarte mit den drei Silbertürmen des Hansabundes, überragt von dem schwarzen Wimpel der friesischen Piraten. Andere führten weiße Banner mit dem Malteserkreuz der Johanniterritter mit sich, wieder andere schwarze mit Totenköpfen bestickte Standarten. Am Fahnenschaft blinkten silberne Hakenkreuze. All diese Männer hatten ein in Trümmern liegendes Deutschland hinter sich gelassen. Sie besaßen keine andere Heimat mehr als ihre Bataillone, ihre Fahnen und ihre Marschlieder, von denen manche bis auf das Ende des Mittelalters zurückgingen. Und welche fanatische Leidenschaft beseelte sie! »Krieg und Abenteuer, Aufruhr und Zerstörung und ein unbekannter, quälender, aus allen Winkeln unserer Herzen peitschender Drang! Aufstoßen ein Tor durch die umklammernde Mauer der Welt, marschieren über glühende Felder, stampfen über Schutt und stiebende Asche, jagen durch wirren Wald, über wehende Heide, sich hineinfressen, stoßen, siegen nach Osten, in das weiße, heiße, dunkle, kalte Land, das sich zwischen uns und Asien spannte —

16 Ernst von Salomon: »Die Geächteten«, S. 82.

wollten wir das? Ich weiß nicht, ob wir es wollten, wir taten es. Und die Frage nach dem Warum verblaßte unter den Schatten immerwährender Gefechte[17].«

Das waren die Truppen, denen General von der Goltz am 23. Mai morgens den Befehl zur Offensive gab. Balten und Letten stürmten voran, gefolgt von der »Eisernen Division«. Überrascht von diesem plötzlichen Angriff, zogen sich die Russen sofort in die Wälder östlich der Straße Mitau—Riga zurück. Die Bataillone der Landeswehr verfolgten sie im Sturmschritt. Doch die Bolschewisten verschanzten sich an den Flußufern der Düna nordöstlich von Mitau und leisteten lebhaften Widerstand. Die Eisenbahnbrücke wurde nach erbitterten Kämpfen gesprengt; Baron von Manteuffel fiel im Laufe dieses Gefechts. Hauptmann von Medem, der Chef der in die baltische Landeswehr einbezogenen deutschen Freikorps, übernahm an seiner Stelle das Kommando. Die Russen wurden aus ihren Stellungen vertrieben, kämpften sich zurück und gaben die nach Riga führende Straße frei.

Hauptmann von Medem und seine Leute stürmten nun der Stadt zu, um die Geiseln zu retten und eine Wiederholung des Massakers von Mitau zu verhüten. Sie kamen an den Toren der Zitadelle an und jagten unaufhaltsam bis zum Gefängnis, dessen schwere eiserne Türflügel sie einschlugen. Doch für Hunderte von Unglücklichen kamen die Balten dennoch zu spät: Ihre blutigen Leichen lagen auf dem Boden der Kerker. Hauptmann von Medem mußte sich damit begnügen, die Überlebenden zu befreien[18].

Die Zahl der im Laufe des Tages eingebrachten Gefangenen belief sich auf etwa 2 500. Kanonen, Munition und erhebliche Geldsummen wurden dem Feinde ebenfalls genommen. Major Fletscher, der Chef der baltischen Landeswehr, wurde zum Militärkommandanten von Riga ernannt. Die Stadt wurde in drei Sektoren eingeteilt und von deutschen, lettischen und baltischen Kommandos besetzt.

---

17 Salomon, a. a. O., S. 83.

18 Oberstleutnant Du Parquet, französischer Beauftragter bei der interalliierten Militärkommission in Lettland, schreibt: »Die Einnahme von Riga wurde zunächst von einem schrecklichen Blutbad gezeichnet, das die Bolschewisten veranstalteten. Die Gefängnisse waren überfüllt von Einwohnern, die nur verhaftet worden waren, weil sie die Sowjetregierung nicht bejahten. Als es klar wurde, daß die baltischen Truppen die Stadt einnehmen würden, bekamen die Soldaten der Roten Armee den Befehl, alle Gefangenen zu töten, ehe sie die Stadt verließen. Sie weigerten sich, ein solches Gemetzel zu veranstalten. Das Werk wurde dann mit unerhörter Bestialität von bolschewistischen Frauen vollführt, von Furien, die danach natürlich erschossen wurden.« (Du Parquet: »L'Aventure allemande en Lettonie«, S. 72.)

Am 24. Mai und an den folgenden Tagen setzten die Truppen des Generals von der Goltz ihren Vorstoß fort und festigten ihre Position. Am 27. Mai bildeten sie vor Riga eine gegen Osten gerichtete Schutzstellung, die von der Aa in Livland bis Brunowicki reichte und über Jägel, Üxküll und Bauske verlief. Am 29. Mai machte Oberst Ballodis einen Vorstoß nach Norden und vereinigte sich in Lemsal mit Oberst Semitan[19], was die Gesamtstärke der lettischen Streitkräfte auf 5 000 Mann erhöhte. Am selben Abend befahl von der Goltz den deutschbaltischen Truppen die Einstellung der Offensive, da alle Kriegsziele erreicht waren.

☆

Nun folgte auf den roten Terror der weiße Terror. Dörfer gingen in Flammen auf, Gewehrsalven krachten, es wurde getötet und hingemetzelt, angeblich als Vergeltungsmaßnahme, doch in Wirklichkeit zur Befriedigung entfesselter Leidenschaften. 500 Gefangene wurden in Mitau erschossen, 200 in Tukkum, 125 in Dünamünde, unter der einzigen Beschuldigung, der sowjetischen Besatzung wohlgesinnt gewesen zu sein. In Riga wurde der Belagerungszustand proklamiert. Alle Einwohner, die Waffen besaßen, alle Mitglieder bolschewistischer Ausschüsse, die sich nicht innerhalb von 48 Stunden bei der Polizei meldeten, alle Personen, die Flüchtlinge beherbergten oder ablehnten, sie zu denunzieren, alle, die zwischen 18 Uhr und 6 Uhr morgens ohne Sondergenehmigung auf der Straße angetroffen wurden, wurden mit der Todesstrafe bedroht.

Diese drakonischen Maßnahmen trieben den gegenseitigen Haß der Letten und Balten auf die Spitze. Die Letten warfen den »fremden Herren« vor, ihre mittelalterliche Diktatur wiederherstellen zu wollen. Die Balten klagten die Letten an, vom revolutionären Virus angesteckt zu sein. Szenen von unerhörter Barbarei ereigneten sich. Jedesmal, wenn Letten sich eines einzelnen Balten bemächtigen konnten, verbrannten

19 1918 waren die wenigen lettischen Truppen, die die Regierung Ulmanis zusammengebracht hatte, durch den Vormarsch der Bolschewisten in zwei Teile auseinandergerissen worden. Der eine, unter Oberst Ballodis, hatte sich gegen Süden abgesetzt, das heißt nach Kurland. Der andere, stärkere Teil, unter Oberst Semitan, hatte den Rückzug gegen Norden nach Estland angetreten. Den Truppen von Oberst Semitan, gestützt von den Streitkräften der Esten, war es gelungen die Bolschewisten zurückzuwerfen; sie waren langsam nach Süden durchgestoßen, während die Truppen des Obersten Ballodis, von den deutschen Divisionen unterstützt, nach Norden vordrangen.

sie ihn bei lebendigem Leibe oder kreuzigten ihn an einen Baum, nachdem sie ihm die Augen ausgestochen hatten. Die Felder waren übersät von nackten und furchtbar verstümmelten Leichen. Die Balten vergalten es den Letten mit Massenexekutionen. Allen im Laufe der Jahrhunderte angehäuften Leidenschaften wurde freier Lauf gelassen, und der Himmel war vom Schein der Feuersbrünste blutigrot gefärbt.

Die Kunde von diesen Ausschreitungen kam nach Libau, wo sie in der britischen Mission Empörung hervorrief. Außerdem waren die Alliierten durch von der Goltzens Absichten ernstlich beunruhigt. Waren seine Siedlungspläne und sein antisowjetischer Kreuzzug nicht nur Vorwände zur Tarnung weiträumiger Militär- und Waffenlager, die auf diese Weise der Überprüfung durch die interalliierte Kontrollkommission entzogen wurden? Sollte von der Goltz nicht die Absicht haben, sich Kurlands als einer Operationsbasis zu bedienen, um im geeigneten Augenblick auf Berlin zu marschieren, dort die Republik zu stürzen und die Monarchie wiederherzustellen[20]?

In der zweiten Maihälfte fand in Libau eine Konferenz zwischen den alliierten Militärmissionen und Ulmanis statt, um die Maßnahmen zu prüfen, die zu einer beschleunigten Evakuierung des Baltikums ergriffen werden mußten. Ulmanis gab zu bedenken, daß die Zurückziehung der deutschen Truppen zweierlei voraussetze: 1. das Vorhandensein einer lettischen Armee, die stark genug wäre, um allein die Sicherheit des Landes zu gewährleisten; 2. die Bildung einer Koalitionsregierung, in der alle politischen Parteien vertreten sein müßten.

---

20 In der Tat hatte der General solche Absichten; doch von der Goltz verschwieg es sorgfältig und sagte davon auch kein Wort in der Auflage seiner Memoiren, die 1920 erschien. Erst in der neuen Auflage von 1936 unter dem Titel »Als politischer General im Osten« gab er es zum erstenmal zu. Die Textstelle, in der von der Goltz diesen Plan erwähnt, ist zu interessant, um nicht im Wortlaut zitiert zu werden, denn sie zeigt, daß der Plan im Gegensatz zu den Bestrebungen der Freiwilligen stand: »Der Gedanke, den ich als letzten Trumpf ausspielen wollte, falls man doch nicht im Baltikum bleiben konnte, nach Berlin zu marschieren und die Regierung zu stürzen, gewann trotz aller Propaganda keinen Boden in der Truppe. Man wollte bleiben.
Auch ich war mir über die Schwierigkeit des Marsches auf Berlin klar. Von Mitau bis Berlin waren es rund 1000 km. Ich habe zuerst auf die gegenrevolutionäre Bewegung in Berlin vergeblich gehofft und dann meinen Plan aufgeben müssen.« (von der Goltz, »Als politischer General im Osten«, S. 166/167.)
Hitler versicherte später: »Wenn sich die Freikorps im Baltikum hätten halten können, wären alle möglichen Leute dorthin geströmt. Sie hätten eine Widerstandsbewegung gegründet und wären von dort aus gegen Deutschland gezogen.« Diese Meinung beruht auf seiner Überzeugung, daß »es nach einer Niederlage immer die Besten sind, die sie nicht wahrhaben wollen«. (Lagebesprechungen, S. 570.)

Nach dieser Konferenz übergaben die Alliierten den Deutschen eine Note, in der die Einsetzung einer nationallettischen Regierung gefordert wurde. Needra widersetzte sich diesem Verlangen und unterbreitete den Engländern einen Gegenvorschlag, dessen Annahme den deutsch-baltischen Elementen das Übergewicht zusichern würde. Die Besprechungen wurden abgebrochen.

So war die Lage am 20. Juni 1919, an dem die letzten Verhandlungen zur Unterzeichnung des Vertrages von Versailles stattfanden. Weigerte sich die deutsche Regierung, den Vertrag zu unterzeichnen, so bedeutete das die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten. Vor dem Ernst der Ereignisse, die im Laufe der nächsten Tage eintreten konnten, verließen die alliierten Missionen Libau und begaben sich an Bord der britischen Kriegsschiffe. Die deutschen Truppen evakuierten ihrerseits den Hafen und zogen sich zwölf Kilometer ins Landinnere zurück, um aus dem Schußbereich der englischen Kanonen zu gelangen. Sie wurden durch das russische Kommando des Fürsten von Lieven ersetzt[21].

Plötzlich, am Abend des 23. Juni, erhielt die englische Flotte ein Telegramm von der britischen Admiralität: »Hurra! Der Friede ist unterzeichnet. Es lebe England!« Die Nachricht verbreitet sich wie ein Laufeuer. In Libau wälzte sich eine Menschenmenge durch die Straßen der Stadt und brach in Jubelrufe aus. Der schwere Obelisk aus Granit und Bronze, der 1915 zur Erinnerung an den Einzug der deutschen Truppen im Hafen errichtet worden war, wurde umgestürzt und zerbrochen.

Am 24. Juni morgens kam die alliierte Militärmission an Land zurück. Die englische Delegation wurde dem Kommando des Brigadegenerals Burt unterstellt. General Gough, der ehemalige Kommandeur der V. britischen Armee, wurde zum Präsidenten aller alliierten Missionen in Lettland ernannt. Er traf am 26. Juni in Libau ein, während die Kriegsschiffe wie früher auf der Reede ankerten. Als General Gough die Begeisterung sah, die die Unterzeichnung des Friedensvertrages ausgelöst hatte, beschloß er, die Regierung Ulmanis sofort wiedereinzusetzen. Er nutzte dazu den Umstand, daß sich die deutschen Besatzungstruppen ja zurückgezogen hatten.

Am nächsten Tag, dem 27. Juni, verließ Präsident Ulmanis um 14 Uhr den Dampfer »Saratow« und landete in Libau. Die Soldaten des Fürsten von Lieven erwiesen ihm ihre Ehrenbezeigungen. Eine mit Laubwerk

---

21 von der Goltz dachte mit Recht, daß die Engländer nicht auf ihre ehemaligen Verbündeten schießen würden.

geschmückte Tribüne war längs der Kais errichtet worden, auf der von verschiedenen lettischen Persönlichkeiten[22] Reden gehalten wurden. Dann begab sich der Festzug mit schmetternden Trompeten unter starkem Beifall zum Rathaus.

Am selben Abend schickten die alliierten Militärmissionen ein Telegramm an Needra, um ihm seine Absetzung und die Amtseinführung einer neuen Regierung mitzuteilen. Needra eilte nach Libau in der Hoffnung, sich diesem Entschluß mit Hilfe der deutschen Bajonette widersetzen zu können. Doch die Lage, die er dort vorfand, war ganz anders, als er sie erwartet hatte. Bei seiner Ankunft wurde er verhaftet, im Hotel Petrograd interniert und von lettischen Freiwilligen bewacht. Die ihres Führers beraubte Opposition war zum Stillschweigen verurteilt. Einige Tage später übersiedelte die Regierung Ulmanis nach Riga, wo sie die Geschäfte des Landes wieder in die Hände nahm.

22 Insbesondere vom Präsidenten des lettischen Ausschusses bei der Friedenskonferenz, Tschaakste, der am Vortage aus Paris gekommen war.

II Das deutsche Abenteuer im Baltikum

2. Der Krieg gegen Estland

Warum hatte von der Goltz Ulmanis' Landung in Libau nicht verhindert, warum war er nicht gegen die Wiedereinsetzung seines alten Gegners eingeschritten? Weil er gerade nordöstlich von Riga eine schwere Schlappe erlitten hatte und weil die Lage ihn zwang, all seine Kräfte in diesem Sektor zusammenzufassen.

Um die Entwicklung der Operationen zu verstehen, müssen wir etwas zurückschalten. Der ursprüngliche Plan der Engländer und Ulmanis' hatte darin bestanden, die deutschen Divisionen den sowjetischen Streitkräften entgegenzustellen und mit ihrer Hilfe eine Art Schild zu bilden, in dessen Schutz die lettische Regierung ein Nationalheer aufstellen könnte. Von der Goltz aber hatte den Spieß umgedreht: Er hatte unter Ausnutzung der Vereinigung des Obersten Ballodis mit dem Obersten Semitan die lettischen Streitkräfte gegen die Russen entfaltet, um selber seinen Marsch nach Norden vorantreiben zu können.

Dieser neue Feldzug sollte ihn über die Grenzen Estlands führen, um eine strategische Stellung erster Ordnung für ein späteres Vorrücken auf Petrograd zu gewinnen. Die Esten waren jedoch nicht gewillt, sich kampflos der deutschen Vormundschaft unterzuordnen. So bildete sich denn hinter der russo-lettischen Front, die von Norden nach Süden verlief, eine zweite deutsch-estnische Kampflinie, die von Westen nach Osten gerichtet und für die Deutschen zunächst wichtiger war als der antisowjetische Kreuzzug.

Vom 4. Juni ab stieß die baltische Landeswehr auf Wenden vor, die »Eiserne Division« folgte ihr in der Nacht vom 7. auf den 8. Juni. Bald waren in dieser Gegend 12 000 Mann zusammengezogen. Der Feldzug wurde mit einem siegreichen Angriff der Deutschen eröffnet. In sechs Kolonnen rückten die deutsch-baltischen Truppen in Richtung auf Walk vor. Am 21. Juni in der Frühe marschierten sie an Wenden vorbei, wo der estnische Generalstab das Gros seiner Streitkräfte massiert hatte. Aber der Vormarsch erfolgte unvorsichtig und undiszipliniert. Im Laufe des Nachmittags schlugen die Esten plötzlich zurück und griffen die deutschen Truppen in der Flanke an. Unversehens überfallen und ein-

gekreist vom Feuer estnischer Batterien, war die »Eiserne Division« gezwungen, sich zurückzuziehen; die baltische Landeswehr mußte sich ihr anschließen[1].

Am 22. und 23. Juni wurde die Verwirrung noch schlimmer. Am 24. Juni gelang es den deutschen Verbänden, hinter der livländischen Aa wieder Fuß zu fassen. Aber ein neuer Angriff der Esten gegen den deutschen linken Flügel zwang die »Eiserne Division«, auch diese Stellung zu räumen und sich auf das Ufergelände des Flusses Jägel zurückzuziehen.

Am 27. Juni griff die Rote Armee, die bisher ruhig geblieben war, unvermutet die Letten in Kreuzburg gegenüber Jakobstadt an. Die Regimenter des Obersten Ballodis, die einen viel zu großen Frontabschnitt zu verteidigen hatten, erwiesen sich als zu schwach, um den Durchbruch der sowjetischen Divisionen aufzuhalten. Da die Letten auch keine Reserven besaßen, wichen sie längs der Düna zurück. So bildete sich ein gefährlicher Fronteinbruch in der rechten Flanke von der Goltzens, dessen Lage immer kritischer wurde. Um die Einkreisung zu vermeiden, mußte er sich zurückziehen.

Am 29. Juni verstärkten die Esten ihren Druck und rückten bis auf wenige Kilometer an Riga heran; die Stadt geriet in die Reichweite ihrer Kanonen. Trotz des Sperrfeuers schwerer deutscher Artillerie schlugen die Granaten die ganze Nacht hindurch in der Stadt ein. Beunruhigt durch die unvorhergesehene Wendung der Ereignisse, traten die alliierten Missionen in Libau zusammen. Die englischen und amerikanischen Delegierten rieten, die Esten gewähren zu lassen: Wäre von der Goltz erst geschlagen, so sei die Räumung Kurlands dadurch wesentlich erleichtert[2].

Ulmanis aber war nicht dieser Meinung. Er riet dringend davon ab, die Esten in Riga einfallen zu lassen, denn er kannte ihren wilden Haß gegen die Balten und befürchtete ein Blutbad, das schrecklicher als alles

---

1 General von der Goltz schrieb das Versagen der Eisernen Division der Verschiedenartigkeit der Elemente zu, aus denen sie bestand. (Vgl. »Meine Sendung in Finnland und im Baltikum«, S. 214.) Von Oertzen schreibt: »Die baltische Landeswehr war von dem Mißerfolg bei Wenden aufs schwerste deprimiert und gab teilweise sehr laut und nachdrücklich der Meinung Ausdruck, daß sie von der Eisernen Division nicht mit dem genügenden Elan unterstützt worden sei. Bei der Eisernen Division dagegen wurde mehr als eine Stimme laut, daß man es ja schließlich nicht nötig habe, sich für die Interessen der ›baltischen Barone‹ totschießen zu lassen. Kurz, die allgemeine Stimmung war nichts weniger als erfreulich.« (F. W. von Oertzen: »Die deutschen Freikorps 1918–1923«, S. 89.)

2 Auch die Esten hatten Waffen und Ausrüstung zum größten Teil von den Engländern.

bisher Erlebte sein würde. Überdies meinte er, die Esten würden sich weigern, wieder abzuziehen, wenn sie sich erst einmal in Riga eingenistet hätten. Sie müßten dann schon durch Waffengewalt dazu gezwungen werden: Das bedeute also die Aussicht auf einen neuen Krieg, und davon habe man doch genug.

Um Komplikationen zu vermeiden, schlug der französische Delegierte, Oberstleutnant Du Parquet, vor, von der Goltz und die Esten zu zwingen, einen Waffenstillstand mit folgenden Bedingungen zu schließen: Die Esten blieben in ihren Stellungen im Ufergelände der Jägel, die Deutschen zögen sich auf ihre frühere Front bei Mitau zurück. »Durch dieses Stehenbleiben der einen und den Rückzug der anderen«, schrieb Du Parquet, »wäre es möglich, die neutrale Zone, das heißt Riga und die Düna-Ufer, durch die Truppen des Obersten Ballodis und das russische Kommando des Fürsten von Lieven besetzen zu lassen, also durch Truppen, die an dem Kampf gegen die Esten in keiner Weise teilgenommen hatten[3].« Der Plan wurde von den alliierten Missionen gebilligt, und Du Parquet wurde beauftragt, General von der Goltz die Annahme der Bedingungen nahezulegen.

Dieser aber war nicht gewillt, Riga zu räumen, wo der deutsche Generalstab Kriegsmaterial im Werte von mehreren Millionen Mark gelagert hatte. Doch ließ ihm die Lage keine andere Wahl. Er konnte nicht gleichzeitig gegen die Esten, die Bolschewisten und die neue lettische Front kämpfen, die sich hinter seinem Rücken zwischen Libau und Tukkum bildete. Seine Truppen waren erschöpft und brauchten Ruhe. Der alliierte Vorschlag rettete sie vielleicht vor dem Zusammenbruch.

Daher führten auch die Verhandlungen, die am 2. Juli auf Gut Strassenhof, zwölf Kilometer östlich von Riga, begonnen wurden, zu einem Abkommen[4]. Am 3. Juli wurde um 3.30 Uhr in der Frühe ein Waffenstillstand zwischen von der Goltz und General Gough geschlossen. Am 4. und 5. Juli räumten die deutschen Divisionen ihre Abschnitte und verließen die ehemalige Hauptstadt der Herzöge von Kurland.

---

3 Du Parquet: »L'Aventure allemande en Lettonie«, S. 104.

4 Die Hauptbestimmungen des Waffenstillstands von Strassenhof:
1. Die Feindseligkeiten werden am 3. Juli nachmittags eingestellt.
2. Alle deutschen Offiziere und ihre Truppen werden Riga und Umgebung sofort verlassen. Diese Evakuierung muß am 5. Juli um 18 Uhr beendet sein.
3. Die Landeswehr muß Riga und Umgebung sofort verlassen und sich hinter die Düna zurückziehen.
4. Die Esten dürfen nicht über die Stellungen hinaus, die sie am 3. Juli um 3 Uhr morgens innehatten, vorrücken.

Der Waffenstillstand von Strassenhof schien eine Zeit der Entspannung einzuleiten. Die Kanonen schwiegen, die Feindseligkeiten ruhten. Und doch wurde hinter den erstarrten Fronten fieberhaft gearbeitet.

Für die Regierung Ulmanis handelte es sich darum, die Waffenruhe zur Aufstellung einer lettischen Armee auszunutzen, die in der Lage war, das Land ohne fremde Hilfe zu verteidigen. Indessen stieß diese Aufgabe auf ernste Schwierigkeiten. Gewiß meldeten sich die Rekruten massenweise auf den Ruf der Regierung hin[5], doch blieben Bewaffnung und Ausrüstung unzureichend. Die lettische Regierung besaß nur 10 000 russische Gewehre (die meisten waren unbrauchbar), 1 700 deutsche Gewehre, 500 japanische Gewehre, 91 leichte Maschinengewehre, 13 Geschütze und vier Minenwerfer. Der Fuhrpark belief sich auf drei Panzerwagen, acht Lastwagen, 26 Pkw und einige Motorräder.

Hinsichtlich der Ausrüstung und Bekleidung war die Lage noch schlimmer. Uniformen gab es nur für 5 000, Schuhzeug für 4 000, Hemden für 1 000 Mann — und nicht eine Decke. Der Soldat, der vor dem Kriegsministerium Wache hielt, stand dort mit nackten Füßen[6]. Deshalb richtete Präsident Ulmanis einen dringenden Appell an die Alliierten.

Mittlerweile hatte sich Oberstleutnant Du Parquet nach Paris begeben, um den Kriegsminister über die Lage zu unterrichten. Die Entente beschloß daraufhin, Riga das Nötige zu schicken, um 10 000 Mann vollständig auszurüsten: 19 500 Gewehre, 500 leichte und 150 schwere Maschinengewehre, 25 Millionen Patronen, zwei vollständige Artillerieabteilungen mit drei 7,5-cm-Batterien und 50 000 Granaten. Dieses Material traf im Laufe des Sommers und Herbstes ein. Es erlaubte, die Ausrüstung der zwei schon vorhandenen Divisionen »Kurland« und »Livland« zu vervollständigen und zwei neue Divisionen, »Latgale« und »Zemgalien«, aufzustellen.

Gleichzeitig wurde die baltische Landeswehr nach Tukkum verlegt, um dort alle deutschen Elemente zu beseitigen und eine ausschließlich lettische Einheit daraus zu machen. Dieses Werk der Säuberung und Umorganisation wurde einem englischen Offizier, Oberst Alexander, anvertraut, der vorläufig das Kommando der Landeswehr übernahm. Am 1. Juli 8 000 Mann stark, zählte diese Truppe zu Ende des Monats nur noch 2 000 Mann. Die 6 000 entlassenen deutschen Soldaten schlos-

---

5 In einigen Wochen stieg die Stärke der lettischen Truppen von 5 000 auf 24 700 Mann.

6 Vgl. Du Parquet, a. a. O., S. 116.

sen sich von der Goltzens Streitkräften an, während der Rest der Landeswehr an die russische Front geschickt wurde.

Während dies auf seiten der Letten vor sich ging, geschahen auf deutscher Seite nicht weniger tiefe Veränderungen. Auf Geheiß der Alliierten[7] entschloß sich die Reichsregierung von neuem, die Evakuierung Kurlands zu befehlen. Diesmal aber erwartete sie, daß ihr Wille respektiert werde. Sie ließ von der Goltz die folgenden Weisungen zugehen:

1. Die Truppen des VI. Reservearmeekorps ziehen sich sofort per Eisenbahn oder Landstraße in die Gegend von Schaulen und von da nach Deutschland zurück.
2. Die Truppen, die in Kurland verbleiben, handeln als Privatpersonen. Vom 30. September ab wird ihnen kein Sold mehr gezahlt.
3. Alle Offiziere, die bis zu diesem Zeitpunkt nicht nach Deutschland zurückgekehrt sind, werden von den Besoldungslisten des Heeres gestrichen.
4. In ganz Deutschland wird die Anwerbung von Freiwilligen für das Baltikum verboten[8].

Die erste von der deutschen Regierung zurückgerufene Einheit war die »Eiserne Division«. Am 24. August sammelten sich die Soldaten des ersten Infanterieregiments im Bahnhof von Mitau und erwarteten ängstlich das Signal zur Abfahrt. Mit blassen, verkrampften Gesichtern gingen die Offiziere durch die Gruppen und beantworteten mürrisch die Fragen ihrer Leute. Alle hofften auf ein Wunder im letzten Augenblick, auf einen Gegenbefehl. Langsam füllten sich die Eisenbahnwagen. Plötzlich zeigte sich an der Sperre ein Rückfluten. Ein hochgewachsener Offizier mit einem von Wind und Wetter gebräunten Gesicht erschien auf

---

7 Artikel 433 des Versailler Vertrages verfügte, daß Deutschland die baltischen Provinzen räumen mußte; er ließ aber die Waffenstillstandskommission die Modalitäten festsetzen. Am 5. August stellte Marschall Foch der deutschen Regierung folgendes Ultimatum:
1. General von der Goltz wird abberufen.
2. Die Räumung der besetzten Gebiete muß vor dem 20. August beendet sein.
3. Die deutschen Truppen werden auf dem Seewege nach Hause transportiert.
4. Sie werden nur die Waffen mit sich führen, die General Gough erlaubt.
»Als General Gough mir den Text dieses Ultimatums übergab«, schreibt von der Goltz, »und als er mich fragte, ob ich dem Befehl der Entente Folge leisten würde, antwortete ich, daß ich dazu nie meine Hand gäbe und meine Leute nie entwaffnen ließe, damit sie wehrlos der Willkür der Engländer und der Rache der Letten preisgegeben würden.« (von der Goltz: »Als politischer General im Osten«, S. 241.)

8 von der Goltz schreibt: »Es waren schon so häufig Räumungsbefehle gegeben worden, daß niemand sie mehr für ernst nahm. Man hielt sie an die Adresse der Entente gerichtet, um sich selbst zu decken.« (von der Goltz, a. a. O., S. 151.)

dem Bahnsteig. An seinem Hals blitzte der Orden »pour le mérite«. Es war Major Bischoff, der Chef der »Eisernen Division«. Soldaten und Offiziere drängten sich um ihn, erfüllt von unbestimmter Hoffnung.

Major Bischoff warf einen Blick auf den Zug. Dann hob er die Hand und rief mit lauter Stimme: »Ich verbiete die Abfahrt der ›Eisernen Division‹!«

Diese Handlungsweise war äußerst ernst. Sie bedeutete Meuterei und Bruch mit Berlin. Die Soldaten aber sahen nur eines: Ihr Chef hatte ihnen die Demütigung der Heimkehr erspart. Deshalb jubelten sie ihm auf dem Bahnsteig zu. Und am Abend veranstalteten die Freiwilligen der Freikorps von Mitau zu seinen Ehren einen Fackelzug. »Wir waren wahnsinnig«, schrieb einer von ihnen, »und wir wußten, daß wir es waren. Wir wußten, daß wir zusammengehauen wurden von dem vereinten Ingrimm aller Völker, die um unsere verwegene Heerschar brandeten. Doch wenn ein Wahnsinn je Methode hatte, dann war es dieser. So war unser Wahnsinn Trotz. Wir wollten dieses Trotzes Konsequenzen tragen. Mehr kann ein Mann nicht tun[9].«

An den folgenden Tagen versammelten die Chefs der Freikorps ihre Leute und erklärten ihnen die Lage. Jetzt hieß es wählen: entweder auf eigene Gefahr in Kurland bleiben, ohne andere Aussicht als auf einen verzweifelten Kampf und auf das Trugbild zu erobernden Landes; oder den Befehlen des Reiches gehorchen und in ein gedemütigtes und geschwächtes Deutschland zurückkehren, »das einer Wunde glich, aus deren Rändern, von brutalen Händen gedrückt, Blut und Eiter gepreßt wurde«.

Die ersten, die heimkehrten, waren die Korps, deren Führer in alter preußischer Tradition erzogen worden waren. Für sie blieb Meuterei Meuterei, eine unverzeihliche Handlung. Dann folgten die zweifelhaften Elemente, die allein mit der Hoffnung auf Beute nach Lettland gekommen waren, jetzt aber fürchteten, mit leeren Händen heimzukehren. Der Kern derer, die sich beharrlich weigerten, das Land zu verlassen, wurde von Tag zu Tag geringer. Etappendienste, Polizeikompanien und Feldgendarmerie verschwanden einer nach dem anderen.

Auf dem Transport nach Ostpreußen aber begegneten sie unterwegs einer Menge neuer Freiwilliger, die die Grenze einzeln oder in Gruppen überschritten. In allen Teilen des Reiches waren sie von den geheimen

---

9 Ernst von Salomon: »Die Geächteten«, S. 128.

Agenten der Freikorps angeworben worden[10]. Seit Anfang Juli kamen 600 aus Mitteldeutschland stammende Jäger durch Prekuln[11], den Knotenpunkt der Eisenbahnlinien Riga—Libau und Riga—Memel, mit Maschinengewehren, Minenwerfern, vier 10,5-cm-Geschützen, 100 Pferden, einem Panzerzug und zwei Wagenladungen Munition. Am 9. und 10. Juli meldete derselbe Bahnhof die Durchreise von 1 500 Freiwilligen nach Mitau. Am 11. Juli kam morgens ein Zug mit 500 Mann, dem bald ein zweiter ebenso starker Transport folgte. Zahlreiche Truppenverbände strömten über die Linie Tilsit—Schaulen herbei. Noske schätzte die Zahl der neuen Rekruten[12], die im Laufe des Sommers 1919 in Lettland eintrafen, auf mehrere Tausend Mann, so daß sich die deutsche Truppenstärke in Kurland trotz zahlreicher Abgänge Anfang Oktober auf nahezu 50 000 Mann belief[13].

Hinsichtlich der Moral unterschied sich dies zweite Freiwilligen-Kontingent wesentlich vom ersten. Es bestand nicht mehr aus Veteranen des Ostheeres, die kämpften, um die östlichen Grenzen zu verteidigen, noch aus bartlosen jungen Männern, die nicht mehr am Kriege teilgenommen hatten, aber davon träumten, wie die Älteren ihre Feuertaufe zu erhalten. Zum großen Teil bestand es aus Männern, die eben aus dem Schützengraben gekommen waren und Deutschland vom Bürgerkrieg zerfleischt, von Demagogen und Kriegsgewinnlern gedemütigt und

---

10 Die Rekrutierungsmethode, die von den baltischen Freikorps angewandt wurde, ist aus dem Tagesbefehl der Eisernen Division vom 17. Oktober 1919 zu ersehen: »Die Frage der Truppenverstärkung wird folgendermaßen geregelt:
A. Die Männer werden durch Organe der Eisernen Divisionen in Deutschland rekrutiert und je nach Bedarf der Truppe zugeführt.
B. Disziplinierte und zuverlässige Männer, die auf Urlaub fahren, bekommen mehrere Urlaubsscheine, mit deren Hilfe sie Bekannte mitbringen. Dieses Verfahren bietet schwere Nachteile für die Truppe, wenn die Wahl der Werber nicht mit Sorgfalt geschieht. Der Werber darf nur innerhalb seines Bekanntenkreises arbeiten. Die ihm anvertrauten Formulare sind auf ein Minimum zu beschränken.
C. Die Abteilungen werden aus jeder Kompanie, Schwadron oder Batterie einen energischen und zuverlässigen Unteroffizier und einen besonders geeigneten Soldaten aussuchen, um Männer in Deutschland zu werben und sie zur Division mitzubringen. Bischoff.«

11 Das war eine Gruppe von Jägern des Generals Maercker, die das Wachestehen vor dem Weimarer Theater, in dem das Parlament tagte, satt hatten.

12 »Ein baltisches Fieber«, schreibt Noske, »hatte Tausende von Menschen befallen und bewirkt, daß auch dann der Zustrom von Männern nicht zu unterbinden war, als feststand, daß keiner der Träume jemals Tatsache werden würde.« Die Sozialdemokraten schoben dem Reichswehrminister die Verantwortung für diesen Tatbestand zu. »Während ich in Dahlem saß, konnte ich nicht nach den Wallensteinern sehen, die eine Truppe aufstellten und nach dem Osten führten.« (Noske: »Von Kiel bis Kapp«, S. 177/78.)

13 Einige Autoren sagen 80 000, aber in dieser Zahl muß wohl die Stärke der Weißrussen berücksichtigt sein, die zu dieser Zeit ca. 25 000 Mann betrug.

verunglimpft vorgefunden hatten. Wenn sie ins Baltikum zogen, so taten sie es nicht aus Wagemut, sondern aus Abscheu über das, was sie in Berlin und anderswo gesehen hatten. Sie suchten nach neuen Horizonten, um ein neues Leben zu beginnen und die Vergangenheit zu vergessen. Sie hatten alle Bindungen zur Weimarer Republik abgeschnitten und verließen ihr Land mit der festen Absicht, nie wieder zurückzukehren.

Der Ansturm dieser Freiwilligen bedeutete für General von der Goltz einen furchtbaren Gewissenskonflikt. Was sollte er mit diesen Tausenden anfangen, die ihr festes Vertrauen in ihn gesetzt hatten? In einigen Wochen würde das Reich ihnen die Verpflegung verweigern. Der Artikel 433 des Vertrags von Versailles hatte Ulmanis seines Versprechens entbunden, ihnen Ländereien zur Ansiedlung zu geben. Er selber konnte sie nicht mehr als deutscher General befehligen, ohne sein Land schweren Repressalien auszusetzen. Damals hatte er einen Teil seines Freikorps der baltischen Landeswehr einverleibt, aber jetzt war ihm auch diese Möglichkeit versperrt. Ein einziger Ausweg blieb ihm: die Freiwilligen hinter den Weißrussen des Fürsten von Lieven zu tarnen.

Aber anscheinend hatten die Alliierten Lunte gerochen, denn gegen Mitte August erhielt Fürst Lieven den Befehl, Lettland mit seinen Truppen zu verlassen und sich Judenitschs Armee in Narva anzuschließen. So schien alle Hoffnung für von der Goltz verloren, als sich im letzten Augenblick ein unvorhergesehener Umschwung vollzog: Beim Verlassen Libaus spaltete sich das Regiment des Fürsten von Lieven in zwei Teile. Nach dem Vorbild der »Eisernen Division« weigerte sich ein Teil der Weißrussen, sich einzuschiffen[14]. In diesem Augenblick erschien auf der Bühne eine neue, hochdramatische Gestalt: der Oberst Fürst Bermondt-Awaloff.

☆

Wer war dieser Mann? Wo kam er her? Niemand weiß es genau. »Er war ein noch junger Mann von gutem Aussehen. Er trug den weiten Mantel und die Pelzmütze der Tscherkessen, und er besaß eine ganze

14 »Die zunächst geschlossene Abteilung des Fürsten Lieven«, schreibt Oberstleutnant Du Parquet, »verstärkt durch Zulauf aus Deutschland und Polen, teilte sich in zwei Gruppen; die eine bestand aus den ursprünglichen Elementen und stand unter dem Kommando desselben Chefs, während die andere in der Mehrzahl aus Elementen bestand, die lange in deutschen Konzentrationslagern gelebt hatten und unter dem Kommando von Oberst Bermondt und Oberst Virgolitsch standen. Diese beiden Offiziere hatten sich geweigert, die Autorität des Fürsten Lieven anzuerkennen und unterstützten die deutschen Pläne mit allen Kräften; sie weigerten sich abzufahren und behaupteten, sie seien nicht marschbereit.« (Du Parquet; a. a. O., S. 147.)

Rüstkammer von Türkensäbeln, Dolchen, Pistolen und über der Brust gekreuzten Patronengürteln«, berichtet Du Parquet, der ihn zu jener Zeit besuchte[15]. »Operettenoberst und Theaterfürst«, schrieb seinerseits Hauptmann Vanlande[16], »ein Soldat aus Zufall, ein Abenteurer und größenwahnsinniger früherer Orchesterdirigent«, berichtet die Legende. Und Noske, der ihn einige Wochen später in Berlin empfing, beschreibt ihn als »bekleidet mit einer tscherkessischen Oberstenuniform mit phantastischen Fangschnüren und den Kopf angefüllt mit noch phantastischeren Plänen«.

Alles war übertrieben bei diesem früheren Generalstabsoffizier des XXXI. russischen Armeekorps, übertrieben die Schimpfworte, mit denen ihn seine Gegner schmähten, und die Lobreden seiner Anhänger. Sicher sah er stattlich aus, wenn er wie Mazeppa inmitten seiner Ehrengarde erschien. Als Schönredner und blendender Reiter wußte er seinen Vorteil aus seinen Verführungsgaben zu ziehen. Jetzt träumte er davon, auf Petrograd zu marschieren, um dort den Zaren wieder auf den Thron zu setzen, und suchte alle um sich zu sammeln, die bereit waren, »für das Kreuz und die Evangelien zu sterben«.

Mit dem früheren Direktor einer Eisenbahngesellschaft, einem lettischen Rechtsanwalt und einigen Statisten begann Bermondt aus dem Nichts heraus eine »Regierung Westrußlands« aufzustellen. Als sich dann die Truppen, über die er verfügte, als unzureichend für die Ausführung seiner Pläne erwiesen, schlug er von der Goltz vor, alle in Kurland stationierten deutschen Truppen in die »russische Westarmee« einzureihen. Das war für von der Goltz eine unerwartete Lösung. Im Laufe des Septembers begab er sich nach Berlin, wo er sich von seinem Auftrag als Kommandierender General des VI. Reserve-Armeekorps entbinden ließ. Daraufhin ging er als Privatmann nach Kurland zurück, »als Helfer seiner braven Soldaten und technischer Berater der Regierung Westrußlands«.

Am 21. September 1919 schloß von der Goltz einen regelrechten Vertrag mit Bermondt, der diesem das Kommando über die deutschen Truppen im Baltikum übertrug und ihn verpflichtete, für die Rückführung der Einheiten zu sorgen, die nicht in Kurland bleiben wollten. An den folgenden Tagen stellte Bermondt seinen Feldzugsplan auf und entwarf ein

15 Du Parquet; Ibd.
16 Vanlande: »Avec le général Niessel en Prusse et en Lithuanie«, S. 27. »Theaterfürst« ist übrigens nicht richtig. Als sein Vater starb, wurde Bermondt vom Bruder seiner Mutter, dem Fürsten Awaloff, adoptiert. Von ihm hatte er seinen Titel.

Reglement für die unter sein Kommando gelangten Freiwilligen. Am 6. Oktober erkannte er die zwischen Ulmanis und Winnig getroffenen Abmachungen an und schloß mit den Chefs der verschiedenen Freikorps folgenden Vertrag:

1. Die früher von der lettischen Regierung gewährten Rechte auf Staatsbürgertum und Ansiedlung werden bestätigt. Jeder Freiwillige, der mehr als einen Monat gegen die Bolschewisten gekämpft hat, hat das Anrecht auf 80 Morgen Land.
2. Dazu hat jedes Mitglied der deutschen Freikorps nach sechs Monaten Dienst, gerechnet von der Unterzeichnung der vorliegenden Abmachung ab, Anrecht auf 20 zusätzliche Morgen, nach zwölf Monaten auf 60 Morgen, nach 18 Monaten auf 90 Morgen, nach 24 Monaten auf 140 Morgen.
3. Diese Ländereien werden den Freiwilligen zur Hälfte des Ortspreises von 1914 zur Verfügung gestellt.
4. Das Anrecht auf Grund und Boden (Absatz 1 und 2) wird jedem Kämpfer auf Grund einer Bescheinigung des deutschen Kommandos gewährt. Diese Bescheinigung räumt zugleich die russische Staatsangehörigkeit ein . . .

So wurde einer der ungewöhnlichsten Pläne unseres Jahrhunderts aufgestellt: Von heute auf morgen wurden, wie mit einem Zauberstab, 50 000 deutsche Soldaten zu Russen und zerrissen die letzten Bindungen an ihr Vaterland.

»Wir hefteten die russische Kokarde an unsere Mützen«, schreibt Ernst von Salomon, »lächelnd nahmen wir die Banknoten an, die Bermondt einfach drucken ließ und die gedeckt waren durch von uns zu eroberndes Kriegsmaterial. Voller Wut tranken wir Wodka und lernten russisch fluchen. Da wir nicht mehr Deutsche sein konnten, waren wir Russen geworden . . . Die Losung ›gegen den Bolschewismus‹ nahmen wir durchaus nicht ernst. Wir hatten hinlänglich erfahren, wem unser Kampf frommte. Den ersten Kampf hatten wir für England gewonnen. In diesem zweiten Kampf wollten wir die Briten um die Früchte des ersten prellen[17].«

☆

Die »Freiwilligen-Armee des Westens«, die Bermondt-Awaloff befehligte, umfaßte damals vier Gruppen:

17 Ernst v. Salomon, a. a. O., S. 131.

A. Das I. Westkorps »Keller« unter Oberst Jawreïnoff besetzte die Front vom Meer bis zur Chaussee von Mitau.
B. Das II. Westkorps »Virgolitsch« unter Oberst Virgolitsch lag in der Gegend von Radziwiliski—Schaulen im Quartier.
C. Die »Eiserne Division« unter Major Bischoff besetzte die Front von der Mitauer Chaussee bis zur Linie Merzendorf—Eckau.
D. Die »Deutsche Legion« unter Kapitän zur See Sievert bestand aus
1. der ersten Gruppe, gestaffelt östlich von der Linie Merzendorf—Eckau,
2. dem Freikorps Weickemann, das südlich von Friedrichstadt stand,
3. dem Korps von Plehwe, das Libau gegenüber zusammengezogen war.

Im Laufe des September fanden die Stoßtruppunternehmen und Überfälle an der deutschen Front kein Ende. Sie zeugten von lebhafter, wenn auch heimlicher Tätigkeit. Von allen Abschnitten wurden beunruhigende Truppenbewegungen gemeldet. Fieberhafte Stimmung herrschte in Riga; jeder fühlte, daß entscheidende Ereignisse bevorstanden. »Lettland«, schrieb Du Parquet, »gleicht einem Vulkan, dessen unterirdisches Grollen jeden Tag vernehmbarer wird und das Nahen eines starken, schrecklichen Ausbruchs ankündigt[18].«

Bermondt wollte dem ersten Kälteeinbruch des Winters zuvorkommen und beschloß deshalb, nach Ende der Vorbereitungen die Offensive nicht länger hinauszuschieben. Am Morgen des 8. Oktober richtete er folgendes Telegramm an Präsident Ulmanis:

»Da ich den Augenblick für gekommen erachte, gegen die bolschewistische Front zu marschieren, bitte ich Eure Exzellenz das Notwendige zu veranlassen, um mir die Möglichkeit zu geben, meine Truppen gegen die Banden der Roten Armee Sowjetrußlands einzusetzen. Ich bitte mich über die Maßnahmen zu informieren, die Sie zu ergreifen gedenken, um den unter mein Kommando gestellten Truppen zu erlauben, ihren Vormarsch ohne Schwierigkeiten zu vollziehen[19].

Der Kommandant der russischen Westarmee
Oberst Awaloff.«

18 Du Parquet, a. a. O., S. 131.
19 Von der Goltz sagt, daß Bermondts Plan folgendermaßen aussah: Nachdem ein fester Stützpunkt in Lettland gesichert war, wollte er über Dünaburg auf Witebsk—Wilejka marschieren und sich mit Judenitsch und der Nordarmee in der Gegend von Pskow—Narwa vereinigen. Das war eine neue Ausgabe des Ludendorff-Plans, um Petrograd zu erobern.

Da Bermondt bis 18 Uhr keine Antwort von der lettischen Regierung erhalten hatte, befahl er seinen Divisionen, auf Riga zu marschieren. Von neuem zerriß der Donner der Geschütze die Stille des Landes, als ob sich der Krieg, der fünf Jahre lang Europa verwüstet hatte, immer noch nicht damit abfinden konnte, zu enden. Die Regimenter der Division Keller griffen zwischen Schlock und Mitau an, während die »Eiserne Division« und die »Deutsche Legion« zwischen Mitau und Friedrichstadt die Flanke des Vormarsches deckten.

Die Nachricht des neuen Angriffs verursachte ein zorniges Aufbegehren der Rigaer Bevölkerung. In eilends errichteten Werbebüros ließen sich jung und alt, Arbeiter und Kaufleute zu Hunderten in die Listen eintragen. »Kompanien, Bataillone, Regimenter wurden sogleich gebildet. Gerade aus England eingetroffene Waffen und Ausrüstungsstücke, die für Lettland und Litauen bestimmt waren, wurden verteilt, aber natürlich keine Uniformen. Kaum versammelt, bewaffnet und eingeteilt, das heißt in weniger als zwei Stunden, wurden die so gebildeten neuen Einheiten an die Front geworfen, in die Nähe der Rigaer Vorstädte oder in die Schützengräben der zweiten Linie. Sie marschierten mit klingendem Spiel in guter Ordnung durch die Stadt; alle sangen patriotische Lieder, während von allen Seiten Kanonendonner grollte und Granaten auf die Stadt prasselten[20].«

Die ganze Nacht hindurch tobte die Schlacht, was um so härter für die lettischen Truppen war, als ihre Stellungen heftig von deutschen Flugzeugen bombardiert wurden. Doch es gelang ihnen, die deutsch-russische Offensive zwölf Kilometer vor Riga aufzuhalten.

Am 9. Oktober eroberten die Letten morgens im Gegenangriff einen Teil des am Vortage verlorenen Geländes zurück. Da sie aber keine Artillerie und keine Maschinengewehre hatten, konnten sie ihre Stellungen nicht halten. Gut Romansdorf ging am Abend verloren, und die Letten mußten sich bis an den Rand der Vorstädte von Riga auf das linke Ufer der Düna zurückziehen.

Am 10. Oktober mittags hatten die Deutschen das ganze linke Dünaufer, von Üxküll bis nach Dünamünde, in der Hand und eröffneten über den Fluß hinüber ein heftiges Bombardement. Unter dem Feuer der deutschen Maschinengewehre zogen sich die französischen und englischen Schiffe flußabwärts zurück und ankerten gegenüber Bolderaa an der Mündung der Düna.

---

20 Du Parquet, a. a. O., S. 169.

Am 11. Oktober forderte Bermondt die lettische Regierung auf, einen Waffenstillstand zu schließen. Erneut beriet sich Ulmanis mit den alliierten Militärmissionen. Am Vortage aber hatte Judenitsch einen Tagesbefehl erlassen, der Bermondt zum »Verräter am Vaterland« erklärte, weil er seinen Befehlen[21] zuwidergehandelt und aus eigener Machtvollkommenheit militärische Operationen gegen die lettischen Truppen unternommen hatte. Andererseits waren die Alliierten erbittert über die Tatsache, daß sich die Kämpfe ungeachtet aller Verträge in die Länge zu ziehen drohten. Sie drangen darauf, es müsse ein für allemal mit dem »baltischen Abenteuer« Schluß gemacht werden. Deshalb antwortete die lettische Regierung dem »Oberbefehlshaber der russischen Westarmee«, sie weigere sich kategorisch, mit ihm zu verhandeln.

Im Besitze von Ulmanis' Antwort verkündete Bermondt, das lettische Volk habe sein eigenes Todesurteil unterschrieben, und er befahl seinen Truppen, kein Pardon mehr zu geben. Der nun beginnende Endkampf war von unerhörter Grausamkeit. Er sollte erst mit der Vernichtung eines der beiden Gegner enden.

21 Hier ist die Weigerung Bermondts gemeint, sich mit Fürst Lieven nach Narwa einzuschiffen.

III Das deutsche Abenteuer im Baltikum

3. Niederlage und Rückzug

Die Beschießung Rigas hielt am 11., 12. und 13. Oktober an. Tag und Nacht prasselten 10,5-cm-Granaten auf die Stadt nieder, die zahlreiche Opfer bei der Zivilbevölkerung verursachten[1]. Die Interalliierte Mission mußte sich nach Wenden zurückziehen, wo schon die lettische Regierung Zuflucht gefunden hatte.

Am 13. Oktober forderten die Deutschen die alliierten Schiffe auf, sich auf hohe See zurückzuziehen, um nicht unter Geschützfeuer zu geraten, da sie schwere Artillerie in Dünamünde aufstellen wollten, um die Beschießung zu verstärken.

Die Lage des lettischen Heeres wurde immer kritischer. Das ganze linke Ufer der Düna gehörte den Deutschen und ein breitangelegter Vorstoß zeichnete sich in Richtung Jakobstadt ab. Der Einmarsch Bermondts in Riga war nur noch eine Frage von Stunden. Eine Welle der Entmutigung erfaßte die lettische Armee. Wozu noch länger kämpfen gegen einen Feind, der an Zahl überlegen war und dessen Kriegswut scheinbar täglich stieg?

Die Alliierten erkannten, daß die lettische Armee vollkommen vernichtet würde, wenn kein Wunder geschähe. Nur schnelles Eingreifen konnte eine Katastrophe noch abwenden, aber dafür bedurfte es eines Zwischenfalls, der als Vorwand dienen konnte.

Dieser Zwischenfall ließ nicht lange auf sich warten. Am 14. Oktober abends schossen deutsche Geschütze versehentlich auf eine britische Schaluppe. Jetzt hatte Admiral Cowan, Befehlshaber des britischen Geschwaders in der Ostsee, seinen Entschluß gefaßt: Da die Flotte Seiner Majestät angegriffen worden war, betrachtete er sich als Kriegsgegner Bermondts und schlug sich entschlossen auf die Seite der Letten[2]. Kapi-

1 Durchschnittlich schlugen 100 Granaten pro Tag und 50 pro Nacht ein. Man kann sich die Leiden der Rigaer Bevölkerung vorstellen, wenn man weiß, daß die Stadt vor dem Kriege 500 000 Einwohner hatte, Anfang 1920 aber nur noch 180 000 aufwies.

2 Deutscherseits wird dieser Zwischenfall bestritten. Nach den Dokumenten, die das Reichskriegsministerium 1937/38 veröffentlichte, hat der befehlshabende Admiral der englischen Flotte in der Ostsee »den Kommandant der deutschen Truppen in Dünamünde und Mitau« aufgefordert, diese Orte vor dem 15. Oktober mittags zu

tän zur See Brisson übernahm das Kommando über die französischen und britischen Schiffe, die in der Dünamündung lagen, und am 15. Oktober, 13 Uhr, eröffneten der britische Panzerkreuzer »Dragon« und die vier französischen Avisos »Lestin«, »Garnier«, »Marne« und »Aisne« das Feuer auf die deutschen Stellungen.

Als die lettischen Regimenter das Donnern der Marinegeschütze hörten, die die deutschen Vorposten zermalmten, faßten sie plötzlich wieder Mut. »Die Eröffnung des Feuers durch die alliierten Schiffe«, schreibt Oberstleutnant Du Parquet, »war der Ansporn, der Stoß, durch welchen die vorübergehend gelähmten Kräfte wieder erwachten. Die ersten Kanonenschüsse der Alliierten lösten bei der Truppe und bei der Bevölkerung eine unerhörte Begeisterung aus: Wenn die Alliierten mit von der Partie waren, dann war der Sieg gesichert[3].«

Unterstützt durch das Feuer der alliierten Schiffe, setzte ein in Mühlgraben zusammengezogenes lettisches Bataillon auf Kähnen über die Düna und besetzte kampflos Dünamünde und das Dorf Bolderaa. Die dort in Stellung liegenden Russen warfen die Waffen fort und ergaben sich in großer Zahl. Die Letten machten 200 Gefangene, eroberten ein Geschütz, 15 Maschinengewehre, eine Funkeinrichtung und zahlreiches Kriegsgerät. Es war ihr erster Erfolg seit Beginn des Feldzuges.

Im Laufe der Nacht landeten lettische Verstärkungen in Bolderaa und bildeten auf dem linken Ufer der Düna eine neue Front, die sich von der Mündung der kurländischen Aa bis 7 km südwestlich von Dünamünde erstreckte.

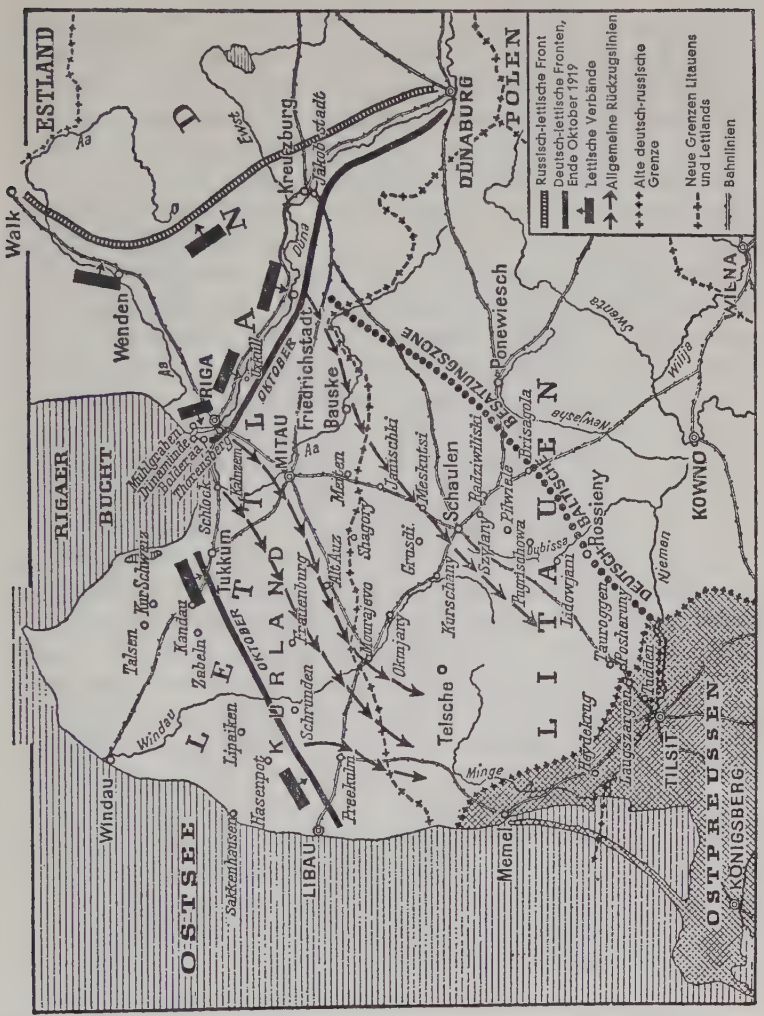
Nachdem sich die Verwirrung über das alliierte Feuer gelegt hatte, versuchten die deutsch-russischen Divisionen das verlorene Gelände wiederzugewinnen. Am 18. Oktober trugen sie einen Angriff auf Buschhof, südlich von Kreuzburg, vor, der aber fehlschlug. Erbost über den verbissenen Widerstand der Letten, versuchten die Deutschen nun bei Friedrichstadt den Übergang über die Düna zu erzwingen, aber mit ebensowenig Erfolg. Der im Laufe des 19. Oktober dreimal erneuerte Angriff wurde mit schweren Verlusten zurückgewiesen.

In dieser Zeit konzentrierte der lettische Generalstab immer mehr Truppen am linken Ufer der Düna. Am 3. November befahl Oberst Bal-

---

räumen. Da dieses Ultimatum keine Wirkung hatte, sollen britische und französische Schiffe unter lettischer Flagge Dünamünde beschossen haben und dort ein bedeutendes Kontingent lettischer Truppen gelandet haben, das zur Division »Latgale« gehörte. (»Nachkriegskämpfe«, III, S. 104/5.)

3 Du Parquet: »L'Aventure allemande en Lettonie«, S. 183.



lodis, der inzwischen zum Oberbefehlshaber der lettischen Armee ernannt worden war, seinen Truppen, den geschlossenen Angriff auf die Westvororte Rigas einzuleiten. So begann eine Aktion, die sich im Laufe der folgenden Tage immer mehr ausbreitete und am 11. November in die Schlacht von Thorensberg mündete.

Aber während sich die Offensive Oberst Ballodis' vor Riga entfaltete, kam ein neues Ereignis dem Angriffsgeist der jungen lettischen Armee zugute: Die Entente griff auch im Süden des Landes ein. Diese Intervention bestand freilich nicht aus Panzerkreuzern, Avisos, Truppen oder Geschützen, sondern sie wurde durch einen Führer mit schier unbezwingbarer Energie verkörpert: den General Niessel[4].

Seine Aktion begann in Berlin und setzte sich in Tilsit und Schaulen fort. Niessel untergrub die Bemühungen der Deutschen, die kurländischen Freikorps zu unterstützen und zu verproviantieren. Die Deutschen waren im Osten durch die bolschewistische Front eingedämmt, im Norden und Westen durch die lettischen Regimenter, und nun sahen sie, daß sich ein neuer Feind in ihren Rücken stellte; von nun an waren sie wie in einer Mausefalle gefangen, während sich das Kampfgebiet von Tag zu Tag verringerte.

Gleich bei seiner Ankunft in Berlin Anfang November hatte General Niessel Noske und die Reichsregierung davon in Kenntnis gesetzt, daß die Alliierten die russische Naturalisierung der ehemaligen Truppen von der Goltzens nicht zulassen würden und daß sie ihre sofortige Rückkehr nach Deutschland forderten[5]. Dadurch sahen sich die Deutschen gezwungen, einen neuen Oberbefehlshaber für die deutschen Truppen im Baltikum zu ernennen: es war General Eberhardt. Man gab ihm als Generalstabschef Major von Fritsch bei, der zuvor dem Armee-Oberkommando Nord angehört hatte.

Am 5. November stellte Eberhardt Major Bischoff ein Ultimatum, in dem er ihn aufforderte, das baltische Unternehmen sofort zu beenden, sonst würde sich die Reichsregierung gezwungen sehen, ihm den Verpflegungsnachschub abzuschneiden[6]. Die Offiziere der »Eisernen Division« waren empört und antworteten am 7. November mit einer entschiedenen Weigerung. Trotz der Niederlagen, die sie soeben erlitten hatten, waren die kurländischen Freiwilligen nicht gewillt aufzugeben.

»Da kam Roßbach«, schreibt Ernst von Salomon. »An der Weichsel beim Grenzschutz erreichte ihn unser Ruf. Er kündigte der Regierung

---

4 Du Parquet, a. a. O., S. 199.

5 General Niessel hat in seinem Buch »L'Evacuation des pays baltiques par les Allemands«, Paris 1935, die Erlebnisse seiner Mission erzählt.

6 Schon am 1. November hatte Noske folgende Verordnung veröffentlicht: Nach dem Gesetz vom 4. Juni 1851 über den Belagerungszustand ist jegliche Hilfe an die Regierungen und Truppen, die sich im baltischen Raum befinden, besonders die Rekrutierung, das Schicken von Material, Waffen und Proviant, verboten. Zuwiderhandlung wird mit einer Strafe bis zu einem Jahr Gefängnis geahndet, soweit nicht höhere Strafen auf Grund jetzt geltender Gesetze vorgesehen sind.

den Gehorsam und brach mit seinem Freikorps nach dem Baltikum auf. Eine Abteilung Reichswehrjäger stellte sich ihm entgegen, auf Befehl Noskes. Doch die Jäger schlossen sich Roßbach an. Die Roßbacher marschierten durch Ostpreußen, sie kamen zur Grenze. Sie überrumpelten die Grenzbesatzung und marschierten nach Litauen hinein. Litauische Abteilungen sperrten ihnen den Weg; sie räumten sie in hurtigen Gefechten weg. Sie erreichten die Bahn und setzten sie instand. Sie fuhren bis Mitau[7].«

Am 9. November defilierten die 1 500 Männer dieses Freikorps durch die Straßen von Mitau, mit ihrer Fahne aus schwarzer Seide mit einem silbernen R bestickt. Ihr Eintreffen weckte bei den Deutschen ungeheure Hoffnungen. Vor einem Jahr, genau auf den Tag, waren die Revolutionen in Kiel und Berlin ausgebrochen. War die Zeit nicht gekommen, diese Schmach zu rächen und die erniedrigende Erinnerung an die Niederlage zu löschen?

Nun wurde in Mitau bekannt, daß die »Eiserne Division« eine neue Niederlage vor Thorensberg erlitten hatte und daß einige Abteilungen in der Stadt eingeschlossen waren. Ohne einen Augenblick zu verlieren, eilte das Freikorps Roßbach in Gewaltmärschen herbei, sammelte unterwegs die zerstreuten Truppen und überfiel die Letten kurz vor Thorensberg. »Und sie entwickelten sich aus der Marschkolonne heraus zum Sturm, und zum erstenmal im Baltikum erklangen die Hörner und jubelte das Infanteriesignal zum Avancieren. Roßbach stürmte. Roßbach fuhr in die siegestrunkenen Letten und raste in die Stadt hinein und warf Feuer in die Häuser und prallte gegen geballte Kolonnen und zersprengte sie und hieb die verzweifelt fechtenden Umzingelten heraus und führte sie zurück. Aber Thorensberg war und blieb verloren[8].«

Am nächsten Tag, dem 10. November, nahmen die Letten die Offensive wieder auf. Der rechte Flügel des Obersten Ballodis stieß nach Süden bis Schwarzenhof vor. In der Frontmitte wurde Lindenruch erobert. Am 11. November schließlich waren die Letten nach erbitterten Kämpfen in den Straßen von Thorensberg endgültig Herren der Stadt. Ihre Beute betrug zwölf Geschütze, davon zwei schwere, 97 Maschinengewehre, 15 Minenwerfer, 6 000 Granaten, 2 000 Minen und eine große Anzahl Gewehre, Patronen und weiteres Kriegsmaterial.

7 Ernst von Salomon: »Die Geächteten«, S. 166.

8 E. v. Salomon, a. a. O., S. 166. Du Parquet schreibt über die Deutschen: »Der Feind zeigt sehr viel Tapferkeit. Bei Thorensberg blieb ein Offizier allein zurück und bediente sein Maschinengewehr, bis er tot auf seine Waffe fiel.« (»L'Aventure allemande en Lettonie«, S. 195.)

Am 12. November wurden die deutsch-russischen Streitkräfte Bermondt-Awaloffs über die Frontlinie hinaus, die sie vor Beginn ihres Angriffs am 8. Oktober besetzt gehalten hatten, zurückgeworfen. Obwohl sich die Deutschen überall im Rückzug befanden, mußten die Letten eine Pause einlegen, um wieder zu Atem zu kommen. »Sie konnten im Augenblick kaum mehr tun«, sagt Du Parquet. »Vergessen wir nicht, daß diese Truppen zum größten Teil aus jungen Rekruten bestanden, die in Eile bewaffnet (ich sage nicht eingekleidet) und an die Front geworfen worden waren. Es war schon bewundernswert, daß sie unter solchen Umständen solche Erfolge erzielen konnten. Die Schlacht von Thorensberg zeigte, was Patriotismus und der Gedanke eines Kampfes um Leben und Freiheit vermochten[9].«

☆

Während sich in Libau und Riga Geschütze und Munition häuften, die von den Alliierten geliefert wurden, verminderten sich Material und Proviant auf deutscher Seite von Tag zu Tag. Die »Eiserne Division« und die »Deutsche Legion« waren nur noch zerlumpte Haufen, die darum kämpften, einen letzten Bruchteil des Bodens zu erhalten, der ihnen versprochen worden war.

»Die ersten Tage des November brachten eine schneidende Kälte mit sich und Schneegestöber. Wir wickelten uns alte Lumpen um die Körper und hüllten die Beine und die Hälse in zerfetzte Schals und bekamen mehr Läuse, als wir jemals hatten. Wir stapften durch schneeverwehte Mulden und krochen durch weiße, tiefe, stille Wälder ... Wir hatten nichts zu kochen; die spärlichen, erfrorenen Kartoffeln waren nur geröstet genießbar. Unsere Verwundeten bekamen den Brand und starben. Wir hatten zwar einen Arzt, doch der lag mit im Gefecht, und wir hatten weder Verbandzeug noch Medikamente ... Wir hätten jeden wegen Verrates totgeschlagen, der uns aufgefordert hätte, dem Befehl der Reichsregierung gemäß nach Deutschland zurückzukehren[10].«

Am 12. November setzte der lettische Vormarsch nach kurzer Unterbrechung wieder auf der ganzen Front ein. Die 3. Division »Latgale« eroberte Schlock. Die 2. kurländische Division erreichte die Eisenbahnlinie Mitau–Friedrichstadt, während die 1. livländische Division 5 km

9 Du Parquet, a. a. O., S. 196.
10 E. v. Salomon, a. a. O., S. 163/64.

südwestlich von Friedrichstadt in Stellung ging, um sich mit den zwei erstgenannten Gruppen zu vereinigen. Wie ein gehetztes Tier schlugen die deutsch-russischen Verbände nach allen Seiten aus. Am 15. November versuchten sie sogar eine ausgedehnte Aktion gegen Libau.

»Ja, wir erhoben uns noch einmal und stürmten in ganzer Breite vor«, berichtet Ernst von Salomon. »Noch einmal rissen wir den letzten Mann mit aus der Deckung und stießen in den Wald hinein. Wir rannten über die Schneefelder und brachen in den Wald. Wir knallten in überraschte Haufen und tobten und schossen und schlugen und jagten. Wir trieben die Letten wie Hasen übers Feld und warfen Feuer in jedes Haus und pulverten jede Brücke zu Staub und knickten jede Telegraphenstange. Wir schmissen die Leichen in die Brunnen und warfen Handgranaten hinterdrein. Wir erschlugen, was uns in die Hände fiel, wir verbrannten, was brennbar war. Wir sahen rot, wir hatten nichts mehr von menschlichen Gefühlen im Herzen. Wo wir gehaust hatten, da stöhnte der Boden unter der Vernichtung. Wo wir gestürmt hatten, da lagen, wo früher Häuser waren, Schutt, Asche und glimmende Balken, gleich eitrigen Geschwüren im blanken Feld. Eine riesige Rauchfahne bezeichnete unseren Weg. Wir hatten einen Scheiterhaufen angezündet, da brannte mehr als totes Material, da brannten unsere Hoffnungen, unsere Sehnsüchte, da brannten die bürgerlichen Tafeln, die Gesetze und Werte der zivilisierten Welt[11] . . .«

Man könnte glauben, daß sich die ganze Verbissenheit und Verzweiflung Deutschlands hier an der Peripherie Europas zusammenballten, in dieser Handvoll Freiwilliger, die mit einer wilden Energie kämpften, um dem Tod zu entgehen[12]. Die Beschießung der lettischen Stellungen begann am 14. November, und ein erster Angriff wurde um 20 Uhr vorgetragen. Die Beschießung fing am 15. um 3 Uhr früh von neuem an. Ein zweiter Angriff folgte, dann ein dritter. Aber auch hier stieß der Ansturm der deutschen Freiwilligen wiederum auf einen Willen, der stärker war als der ihre. Als sie sich Libau näherten, gerieten sie in das Feuer des englischen Kriegsschiffes »Hercules«, dessen schwere Granaten breite Lücken in ihre Reihen rissen. Die Deutschen waren gezwungen, sich nach Prekuln abzusetzen. Ihre Toten und Verwundeten mußten sie auf dem Schlachtfeld zurücklassen.

---

11 E. v. Salomon, a. a. O., S. 167/68.

12 »Ein Bruchteil des Geistes, der hier herrscht, würde genügen, um aus Deutschland wieder einen großen Staat zu machen«, rief Kapitän zur See Sievert einige Stunden vor seinem Tod aus.

Am 16. November fiel nach Thorensberg und Friedrichstadt nun auch Bauske in die Hand der Letten, nach einem blutigen Kampf, bei dem Kapitän zur See Sievert, der Führer der »Deutschen Legion«, fiel. In der Nacht vom 18. zum 19. November gab die Freiwilligen-Armee trotz des Protestes einiger Einheiten, die diese Geste als Kapitulation betrachteten, bekannt, daß sie sich, erschöpft durch die erlittenen Verluste, wieder unter das Kommando der deutschen Regierung stellte. General Eberhardt, der am 16. November von Tilsit nach Schaulen gekommen war, leitete sofort Verhandlungen mit der lettischen Regierung ein. Um die Freikorps vor der totalen Vernichtung zu bewahren, erbat er am 19. November um Mitternacht Waffenruhe, um einen Waffenstillstand zu erörtern[13].

Aber die lettischen Divisionen waren auf der ganzen Linie im Vormarsch. Am 20. November standen sie vor den Toren Mitaus. Ulmanis fürchtete die Unzufriedenheit des Volkes und der Soldaten, wenn er sie hinderte, den Sieg bis zum letzten auszukosten. Die lettische Regierung gab vor, es seien schon Maßnahmen für den Angriff getroffen und es sei zu spät, sie zu ändern, weil die Front sehr ausgedehnt sei[14]. Sie antwortete Eberhardt, sein Ersuchen könne nicht berücksichtigt werden; Mitau werde, wie vorgesehen, eingenommen.

☆

Der Angriff begann im Morgengrauen des 21. November nach heftigem Trommelfeuer. Die Deutschen klammerten sich verzweifelt an diese letzte Festung Kurlands, in der sie ungeheure Mengen Waffen und Munition gelagert hatten. Den ganzen Tag wütete die Schlacht, zunächst in der Umgebung, dann in den Straßen der Stadt. Letten und Deutsche standen sich in erbittertem Nahkampf gegenüber. Lange blieb der Kampf unentschieden. Doch als der Abend kam, fühlten die Deutschen, daß sie aufgeben mußten, und steckten alles in Brand: das Rathaus, das Schloß, Schulen und Kasernen. Mitau war nurmehr eine riesige Fackel, deren Lodern den Schnee kilometerweit rot färbte. Ehe sie zurückwichen, vernichteten die Freikorps ihre letzten Munitionsvorräte: mehr als 10 000 neue Gewehre und Berge von Patronen. Zwei Stunden später waren

13 General Niessel bestätigte am 20. November die Bitte General Eberhardts und bat die französische Mission, Druck auf Oberst Ballodis auszuüben, um eine Unterbrechung der Kampfhandlungen zu erwirken.

14 Die Front erstreckte sich über 100 km und die Verbindungen waren sehr schlecht.

Ballodis' Regimenter Herr der Stadt. Trotz der systematischen Vernichtung der Deutschen machten die Letten beträchtliche Beute, darunter 20 Geschütze, nahezu 12 000 Granaten, ein Panzerzug und fünf Flußschiffe mit Geschützen und Maschinengewehren.

Für die Deutschen begann der Rückzug mit seinem ganzen Grauen. »Zurück! Zurück!« Dieser monotone Ruf wiederholte sich entlang der grauen Kolonnen, die sich im Schneesturm nach Südwesten zurückzogen; es folgten lange Reihen von Karren mit knarrenden Rädern, bepackt mit Kranken und Verwundeten. Die ganze Nacht marschierte dieses Geisterheer weiter, begleitet vom Brummen der Traktoren und vom Wiehern der Pferde.

Auch am nächsten und übernächsten Tag dauerte der Rückzug noch an. Rieckhoffs Freikorps löste sich vollständig auf. Die Verbände, welche die Gegend von Tukkum besetzt hatten, wurden ebenfalls geschlagen und zogen sich in aller Eile auf Frauenburg zurück, nachdem sie alle Pferde und Wagen der Gegend beschlagnahmt hatten. Die Evakuierung des Libauer Abschnitts erstreckte sich bis nach Prekuln.

Wieder einmal hallte die alte »Bernsteinstraße« vom Lärm der Truppen wider, diesem immer gleichen Lärm von Marschtritten, Schüssen, Röcheln und Stöhnen. Ganze Abteilungen wurden vom lettischen Feuer niedergemäht. Die »Eiserne Division«, die zu Anfang des Feldzuges 10 000 Mann zählte, bestand nurmehr aus 5 800. Von den Hamburgern, die mit einem Bataillon von 600 Mann gekommen waren, blieben nur noch 24 unter dem Kommando eines Leutnants übrig.

Am 23. November entschloß sich Ulmanis endlich, auf die von General Niessel erhobene Forderung nach Waffenstillstand zu antworten. Er erklärte die Gründe seiner Weigerung so:

> In Anbetracht dessen, daß die Deutschen sogar nach der Einnahme Mitaus ihre Gegenangriffe weiterführen und den lettischen Boden nur räumen, weil sie geschlagen sind, und daß sie sogar auf ihrem Rückzug noch Zivileigentum zerstören, bin ich gezwungen, um die Sicherheit des lettischen Volkes zu wahren und sein Eigentum zu schützen, den Feind ohne Pause bis an die lettische Grenze zu verfolgen . . .

Immerhin ordnete der Chef der lettischen Armee auf erneutes Ersuchen der alliierten Mission eine Waffenruhe von 48 Stunden an. Die einzigen noch von den Deutschen besetzten Landesteile waren die Gegend von Groß-Autz und Alt-Autz an der Bahnlinie nach Mourajevo, 50 km südwestlich von Mitau, und das Gebiet südlich von Prekuln bis zur Grenze.

General Niessel forderte, daß die Räumung einem methodischen Plan folge. Aber er hatte alle Mühe, seinen Anordnungen Respekt zu verschaffen, sowohl als Folge des schlechten Willens der deutschen Militärbehörden als auch wegen des Rebellengeistes, der inmitten der Freikorps schwelte[15]. Trotz Niessels Energie war die Räumung am 26. November noch nicht beendet. Die Waffenruhe lief mit diesem Tage ab. Oberst Ballodis befahl seinen Truppen, die Verfolgung wiederaufzunehmen.

Drei Tage später erreichten die letzten deutschen Einheiten die Grenze Litauens. Am 30. November 1919 um Mitternacht war Kurland gänzlich befreit.

☆

Auf litauischem Gebiet ruhten sich die Freikorps zunächst aus, wurden gezählt und gruppiert. Aber viel Zeit zur Ruhe blieb ihnen nicht, denn General Niessel hatte als letzten Termin den 13. Dezember festgesetzt; zu diesem Zeitpunkt mußten alle deutschen Einheiten Ostpreußen erreicht haben. Daher nahmen die Freikorps ihren Rückzug wieder auf, Schritt für Schritt von litauischen Divisionen gefolgt, welche Befehl hatten sie anzugreifen, falls sie sich noch nach dem vorgeschriebenen Datum auf ihrem Boden befanden.

Aber je mehr sie sich Ostpreußen näherten, fühlten die Baltikum-Freiwilligen den Zorn gegenüber ihrer Regierung wachsen. Keine der Versprechungen, die man ihnen gemacht hatte, war gehalten worden. Sie hatten die Bolschewisten aus Kurland vertrieben, aber von ihrem Sieg profitierten nur die Letten und Engländer. Geprellt von den Anwerbern des Reiches, die ihnen Boden zur Gründung von Siedlungen versprochen hatten, von Ulmanis betrogen, der dieses Versprechen feierlich bestätigt hatte, waren sie auch noch von Bermondt-Awaloff getäuscht worden, der ihnen märchenhafte Hoffnungen vorgegaukelt hatte. Während sie die »letzten deutschen Soldaten waren, die ihre Waffen vor dem Feind streckten« und wie die Wahnsinnigen kämpften, »um 700 Jahre germanischer Ausstrahlung zu retten«, stieß die eigene Regierung ihnen den Dolch in den Rücken, ebenso todbringend wie der Dolch der Radikalen von 1918. Die Regierung hatte sie verbluten lassen, indem sie ihnen Proviantnachschub verweigerte und ihren Landsleuten untersagte, ihnen Munition zu schicken; sie hatte sogar befohlen, auf

15 »Die deutsche Regierung sandte fürsorglich einen General, der die Baltikumer nunmehr an den mütterlichen Busen der Heimat zurückbringen sollte. Unter seinen Salonwagen flogen Handgranaten.« (E. v. Salomon, a. a. O., S. 167.)

jeden zu schießen, der die Grenze überschreiten wollte, um ihnen zu Hilfe zu eilen[16]. Daher waren sie gegen die Parlamentarier von Weimar von einem abgrundtiefen Haß erfüllt, der nur mit dem Sturz dieses verabscheuten Regimes enden würde.

Die Reichsbehörden waren ihrerseits nicht wenig erschrocken über die Rückkehr der Kurland-Regimenter. Trotz ihrer schweren Verluste waren es doch mehr als 20 000 Mann — 20 000, von denen es hieß, daß sie bereit wären, sich wie eine Flut aus Eisen und Feuer auf Deutschland zu stürzen[17]. War die Reichswehr stark genug, sie einzudämmen? War es nicht besser, die Heimkehrer nach Memel zu lotsen und sie im entlegensten Ort Ostpreußens zu stationieren, wo es genug Kasernen gab, um sie aufzunehmen?

Aber General Niessel widersetzte sich diesem Vorschlag. Er dachte nicht ohne Grund, wenn die »Eiserne Division« und die »Deutsche Legion« in Ostpreußen blieben, würden sie nur einen Gedanken haben: von neuem zur Eroberung Lettlands aufzubrechen. Man mußte mit dieser Geschichte ein für allemal Schluß machen. Die baltischen Einheiten mußten nach Deutschland zurück, um aufgelöst zu werden.

Zu diesem Zweck sandte Oberst Dosse, Stabschef von General Niessel, ein Schreiben an General Eberhardt, in dem er betonte, keine Truppe und keine einzelnen Gruppen dürften die baltischen Länder auf anderem Wege als mit der Eisenbahn verlassen; auf den Termin der Evakuierung, das heißt den 13. Dezember, hätte das keinen Einfluß. An der Grenze mußten die Freiwilligen dann ihre Waffen an die Posten der Reichswehr abliefern.

Langsam rollten die Züge der deutschen Grenze zu, während sich zahlreiche Reichswehrbataillone darauf vorbereiteten, den Freiwilligen entgegenzutreten, um ihnen die Gewehre, Ausrüstungen und Pferde abzunehmen. Der letzte Akt der Tragödie begann.

Wie würden sich die Freikorps den Regierungstruppen gegenüber verhalten? Würden sich die Soldaten in zwei Lager spalten, die bereit waren, auf Befehl ihrer Führer aufeinander loszuschlagen? Im letzten Augenblick jedoch nahmen die Ereignisse eine unerwartete Wendung. Trotz der formellen Verpflichtung, mit der Eisenbahn zu fahren, kam

16 Vgl. v. d. Goltz: »Als politischer General im Osten«, S. 156. Man muß dieses letzte Kapitel des Buches lesen, um sich vorstellen zu können, wie heftig die Gefühle waren, die die deutschen Freiwilligen gegen die eigene Regierung empfanden, als sie nach Deutschland zurückkehrten.

17 G. Noske: »Von Kiel bis Kapp«, S. 183.

ein großer Teil der »Eisernen Division« über die Landstraßen. An der Grenze trafen sie auf die Reichswehreinheiten, die sie entwaffnen sollten. Doch sie gingen querfeldein vor, überrumpelten so die Linie der Regierungstruppen und überschritten die Grenze mit Waffen und Troß. Andere Gruppen folgten dem Beispiel und entgingen auf diese Weise der Kontrolle der Abrüstungskommissionen.

Für die Freiwilligen war diese Demütigung vielleicht die bitterste von allen. War es möglich, daß die Reichsregierung den Offizieren der Reichswehr den Befehl gegeben hatte, sie wie Rebellen zu behandeln[18]? War es möglich, daß die Offiziere ohne Protest eingewilligt hatten, ihre ehemaligen Kampfgenossen zu entwaffnen und das — was alles noch schlimmer machte — angesichts und unter Kontrolle von Offizieren der Entente?

Als sie nach Kurland aufgebrochen waren, hatten die Freiwilligen einen Strich unter die Vergangenheit ziehen und die Niederlage vergessen wollen. Sie hatten gehofft, alles lösen zu können, was sie an das besiegte Deutschland kettete. Jetzt merkten sie, daß sie sich geirrt hatten. Nicht an den entlegensten Grenzen Europas mußte man eine neue Heimat gründen: das Reich selbst mußte man niederschlagen, um es von Anfang an neu zu bauen. Sie waren von einer Art übertriebenem Nihilismus beseelt, und wenn ihre Führer es ihnen befohlen hätten, wären sie direkt auf Berlin marschiert, in einem irrsinnigen Ansturm, so wie sie damals gegen Mitau und Riga gestürmt waren[19].

Aber wie seltsam erschien ihnen alles in diesem Deutschland, das die meisten im Zeichen der Anarchie verlassen hatten! Sie waren darauf gefaßt, das Reich in Aufruhr zu finden, die Städte bebend vor Unruhe und in Erwartung irgendeines großartigen und furchtbaren Ereignisses. Und nun schien das Reich ruhig, seine Wunden schlossen sich. Die Zivilbevölkerung fügte sich ihrem Schicksal.

---

18 Die Sozialdemokraten wollten Major Bischoff und die Führer der Deutschen Legion vor ein Kriegsgericht stellen, aber Noske ließ das nicht zu.

19 In diesem Sinn muß man den Tagesbefehl vom 13. Dezember verstehen, den Roßbach an die Leute seines Freikorps richtete:
»Kameraden, Soldaten!
Die Zeit unseres Aufenthalts in Kurland und Litauen ist beendet. Wir gehen jetzt nach Deutschland zurück und wissen nicht, was uns dort erwartet . . .
Ich bin überzeugt, daß wir im Frühjahr andere Pflichten zu erfüllen haben. Sie fragen welche? Das ist zunächst geheim, wie auch unsere ganze Politik den Alliierten verborgen bleiben muß. Habt Vertrauen und vergeßt nie, daß ihr Deutsche seid. Deutsche Soldaten! Ich bin fest überzeugt, daß ihr es niemals an Gehorsam fehlen lassen werdet. Ich nehme die volle Verantwortung für alle vergangenen Taten auf mich. Es lebe das Vaterland!«

Wie Verwundete, die von einem zu großen Blutverlust erschöpft sind, ließen sich die verzweifelten Freikorps auflösen, ohne Widerstand zu leisten[20]. Der Generalstab wurde nach Munsterlager geschickt, während Offiziere und Mannschaften in Pommern und Mecklenburg verstreut wurden.

»Schließlich«, stellte Noske fest, »endete die Geschichte besser, als man befürchtet hatte[21].«

Der Reichswehrminister aber täuschte sich, wenn er glaubte, jegliche Gefahr sei gebannt; denn der deutsche Boden, der die Balten-Freiwilligen zunächst aufsog, würde sie nicht lange behalten.

---

20 Jedoch nicht alle. Das Freikorps Roßbach widersetzte sich der Auflösung und veröffentlichte eine Anzeige in der »Deutsche Tageszeitung« vom 23. Dezember 1919: Die Einheit Roßbach gab darin bekannt, sie habe nicht die Absicht, sich auflösen zu lassen, sondern wolle statt dessen ihre Gemeinschaft im Dienste von Personen weiterführen, die sie für nationale Interessen brauchten.

21 Noske, a. a. O., S. 183.

IV Reaktionäre Umtriebe und der Prozeß des Oberkommandos

Als sich General Groener im Juni 1919 genau über die Meinung der deutschen Bevölkerung informieren wollte, um sich für oder gegen die Unterzeichnung des Versailler Vertrages auszusprechen, hatte er einige seiner Stabsoffiziere mit einer Umfrage in verschiedenen Gegenden des Reiches betraut. Diese Abgesandten erklärten, es sei nicht mit einer Volkserhebung zu rechnen, das Volk sei zu allen Zugeständnissen bereit, wenn man es in Ruhe lasse und ihm genügend zu essen gebe[1].

Diese Behauptungen entsprachen der Wirklichkeit. Nach vier Jahren Krieg und acht Monaten Revolution sehnte sich die Mehrzahl des deutschen Volkes nur noch nach Ruhe. Erschöpft von den Kämpfen, die es mitgemacht hatte, und durch die Blockade seit Monaten unterernährt, empfand es das dringende Bedürfnis, seine Kräfte wiederzuerlangen und seine Wunden zu heilen. Die Bauern hatten es eilig, ihre Häuser zu reparieren, ihre Felder zu bestellen. Die Arbeiter waren in die Fabriken zurückgekehrt. Der Kampf ums tägliche Brot beanspruchte alle ihre Kräfte. Wie die Frontsoldaten, die nach dem Waffenstillstand alles begrüßten, was nach Heimkehr aussah, wollten sich Bürger, Arbeiter und Bauern von nun an nur der Wiederherstellung ihrer Existenz widmen.

Ganz anders war der Geist im deutschen Heer. Die Soldaten waren angeekelt von der Undankbarkeit der Regierung. Solange das Kabinett sie nötig hatte, waren sie mit Versprechungen und guten Worten überschüttet worden. Jetzt, wo man ohne ihre Dienste auskam, interessierte ihr Schicksal nicht mehr. »Die Regierung und der größte Teil der Nationalversammlung hielten es für selbstverständlich, daß die Soldaten im widerwärtigsten Kampfe gegen eigene Volksgenossen für sie ihr Leben in die Schanze schlugen. Einen Dank hatten sie dafür nicht zu beanspruchen! Die Söldner taten nur ihre bezahlte Pflicht[2]!«

Zu diesen Demütigungen kam noch eine Reihe materieller Schikanen, die der Mißwirtschaft und dem schlechten Willen der Zivilbehörden

---

1 Vgl. Band I, S. 340/341.
2 Maercker: »Vom Kaiserheer zur Reichswehr«, S. 318.

zuzuschreiben war. Die Bekleidung ließ sehr zu wünschen übrig. Die Ernährung war ungenügend. Die Unterkünfte waren in schlechtem Zustand. Indessen war jede Besserung der Unterbringung unmöglich, weil die neuen Gebäude den Amtsstellen des Finanzministeriums überlassen worden waren, die von Erzberger geleitet wurden. Vergebens appellierten die Generale von Lüttwitz und Maercker an die Behörden: Für die Belange der Soldaten hatte man überhaupt kein Verständnis.

Die Unzufriedenheit der Offiziere war nicht geringer als die der Männer. Es schien ihnen ein Verrat gegenüber ihren gefallenen Kameraden, daß die kaiserliche Fahne Schwarz-Weiß-Rot aufgegeben wurde. Nicht ohne Widerwillen trugen sie die neue Kokarde mit den Farben der Republik. Zu diesen patriotischen Gründen gesellten sich noch andere, weniger uneigennützige hinzu: Vorrangfragen, Beförderungswünsche. Nun, Erzberger — der sich den Kopf zu zerbrechen schien, wie er die militärischen Kreise zur Weißglut bringen könnte — verweigerte jegliche Beförderung sowie jegliche Solderhöhung; er behauptete, der Etat könne solche zusätzlichen Ausgaben nicht tragen. Aber die Offiziere merkten wohl, daß die Regierung vollkommen unnötige Ausgaben machte. Sie sahen in dieser Weigerung eine unausgesprochene Distanzierung von den Diensten, die sie seit dem 9. November 1918 geleistet hatten.

In dieser schon gespannten Atmosphäre wurde bekannt, daß das Heer zunächst auf 200 000, dann auf 100 000 Mann reduziert werden mußte und daß dadurch 300 000 Freiwillige brotlos sein würden. Die Lage der Soldaten war um so schwieriger, als die Regierung nichts oder kaum etwas tat, um ihre Eingliederung in den Arbeitsprozeß zu erleichtern[3]. Auf den Kasernenhöfen hielten Soldaten und Unteroffiziere Protestkundgebungen ab[4]. Die schon im Juli und August fühlbare Unruhe erreichte im Herbst bedrohliche Ausmaße.

Alles dies erleichterte den Befehlshabern der Korps kaum die Aufgabe. Die 24 Brigaden der Vorläufigen Reichswehr mußten in sechs Monaten auf zehn Brigaden reduziert werden, und die Generale mußten die ersten Entlassungen vornehmen. »Ich hatte jetzt einen erheblichen

---

3 General von der Goltz hatte die Behörden auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, Möglichkeiten zu finden, um die entlassenen Freiwilligen einzustellen. Aber die Regierung tat nichts, um das Problem zu lösen.

4 Als General Maercker sie nach den Gründen fragte, antworteten die Vertrauensleute seines Korps: »Der Dienst in der Reichswehr hat keine Zukunftsaussichten. Die Regierung tut ja doch nichts für uns . . . Sind wir nicht mehr nötig, dann fliegen wir auf die Straße. Darum ist es besser, wenn man sich rechtzeitig ein anderes, wenn auch weniger zusagendes Unterkommen im Zivilleben verschafft.« (Maercker, a. a. O., S. 321.)

Überfluß an Mannschaften«, schrieb General Maercker. »Zur Stärke des Landesjägerkorps von 13 000 Köpfen kamen diese 6 600 Mann aus dem Osten. Der mir auf Grund der Friedensbedingungen zugebilligte Etat betrug aber nur 8 934 Mann. Wir mußten über die Hälfte aller Leute entlassen. Ich befahl, daß sich alle Truppenteile fortlaufend zu vermindern hätten, indem sie nur die Besten zurückhielten[5].«

Ein Heer stirbt, ein anderes wird geboren. Die Auflösung der Vorläufigen Reichswehr folgte der des kaiserlichen Heeres nach einem Jahr. Und wie im Dezember 1918 schlich sich von neuem die Politik in die Truppe. Die Spartakisten fingen wieder an, Propaganda in den Kasernen zu treiben. Um zu verhindern, daß die Regimenter angesteckt würden, empfahl Noske den Korpsbefehlshabern, die Garnisonen häufiger zu wechseln. So wurde Deutschland während des zweiten Halbjahres 1919 von marschierenden Regimentern durchkreuzt, die von Stadt zu Stadt zogen und eine fieberhafte Atmosphäre mit sich schleppten.

☆

Der Generalstab indessen sah nicht ohne Befürchtungen die Auflösung der provisorischen Reichswehr, denn seine Macht wurde dadurch empfindlich vermindert. Nur 100 000 Mann unter den Fahnen, wenn man ein Volk von 65 Millionen in der Hand hatte — das sagte den Generalen kaum zu. Am 24. Juni nachmittags hatte Ebert vor dem Hohen Rat erklärt, Deutschland nehme die Bedingungen der Alliierten an. Schon am Tage darauf fand in Berlin eine große Zusammenkunft der Militärbefehlshaber statt. Noske nahm daran teil sowie Oberst Reinhardt, der preußische Kriegsminister. Doch seit 48 Stunden hatte der ehemalige Gouverneur von Kiel in den Augen der Offiziere stark an Prestige verloren. Zwei Tage zuvor hatte ihm General Maercker noch versichert: »Herr Minister, meine Jäger und ich sind bereit, für Sie ins Feuer zu gehen«, und die Mitglieder des Generalstabes betrachteten ihn »als einen Mann, der, aus dem Volke hervorgegangen, zum Nationalheld, zum Retter Deutschlands emporgestiegen war[6].« Jetzt aber hatten sie den Eindruck, daß sie sich in ihm getäuscht hatten. Noske war doch nur ein Politiker wie alle anderen. Sie hatten ihm ihr Vertrauen geschenkt, weil sie hofften, daß er es nutzen würde, um die Macht zu ergreifen und eine Diktatur zu errichten. Im letzten Augenblick aber war er ihnen entglit-

5 Maercker, a. a. O., S. 297.
6 E. O. Volkmann: »Revolution über Deutschland«, S. 254.

ten und hatte es vorgezogen, sich dem Willen der Parlamentarier zu beugen.

So bekam die Versammlung schnell den Charakter einer Anklage. Gleich zu Beginn teilte General von Lüttwitz Noske mit, die Offiziere seien enttäuscht, weil er vor der Nationalversammlung kapituliert habe.

»Als Vertreter des Heeres«, sagte der Befehlshaber der Berliner Truppen, »hätten Sie sich nicht mit dem Kabinett solidarisch erklären dürfen; auf diese Weise haben Sie sich mit den Militärkreisen entzweit.«

»Die Zivilregierung braucht keine Lektion vom Militär«, antwortete Noske wütend. »Wenn das Kabinett beschlossen hat, den Vertrag zu ratifizieren, so ist es durch die Ereignisse dazu gezwungen worden. Ich kann nicht dulden, daß sich die Truppe in die Politik des Reiches einmischt, ebensowenig wie ich dulden werde, daß man über den Kopf des verantwortlichen Kabinetts hinweg handelt.«

Trotz dieser heftigen Antwort unterbreitete Lüttwitz dem Reichswehrminister die Forderungen des Heeres. Noske aber war ungehalten über den Ton, in dem diese Forderungen vorgetragen wurden, und weigerte sich, sie in Betracht zu ziehen; er hob die Sitzung unter eisigem Schweigen der Versammelten auf.

☆

Einige Tage später, am 30. Juni, begab sich General Groener zum Reichspräsidenten und erklärte ihm, er wolle dem Feldmarschall von Hindenburg in den Ruhestand folgen.

Die jüngsten Ereignisse hatten beim Offizierkorps Gegnerschaften hervorgerufen, die seine Einheit zu zerbrechen drohten. Bis jetzt waren alle Schwierigkeiten gemeistert worden, wenn man an die herkömmliche Disziplin appellierte. Aber die Krise, die sich jetzt anbahnte, erschien ungleich viel schwerer als alle vorherigen.

»Bleibt einig«, hatte Hindenburg in seinem Abschiedsbrief empfohlen. Nun fürchtete Groener, er werde für die Reichswehr ein Grund von Uneinigkeit und Unruhe sein, wenn er auf seinem Posten bliebe[7].

Ebert und Noske versuchten so gut sie konnten, ihm sein Vorhaben auszureden. Sie dachten an die hervorragenden Dienste, die er seinem

7 »Groener mochten wir übrigens alle nicht leiden«, schrieb Rudolf Mann, ein Offizier der Brigade Ehrhardt, »noch vom Juni 1919 her, wo er nach dem Grenzschutz Ost gefahren war und von dort ein Telegramm geschickt hatte, unter das keiner von uns seinen ehrlichen Namen gesetzt hätte. Das unrichtige Telegramm hatte uns damals die Flügel, die wir gerade regen wollten, als die Feder eingetaucht wurde zur Unterschrift unter dem Schmachfrieden, wieder gelähmt.« (Rudolf Mann: »Mit Ehrhardt durch Deutschland«, S. 140.)

Land erwiesen hatte. Aber Groener wiederholte, sein Entschluß sei unumstößlich. Er fühlte, daß man zur Führung der Offiziere einen Mann brauchte, der weniger als er in die jüngsten Ereignisse verwickelt war. Er schlug Ebert vor, General von Seeckt zu berufen; mit ihm war er vollkommen einer Meinung und traute ihm von vornherein zu, daß er das junge Heer, das der Vorläufigen Reichswehr folgen sollte, gründen könne[8].

Damit sein Abgang nicht wie ein Tadel gegen die Regierung aussah, willigte Groener ein, vorübergehend zum Chef des Grenzschutzes Ost ernannt zu werden. Erst am 30. September 1919 wurde er in den Ruhestand versetzt.

☆

Jetzt, da Feldmarschall von Hindenburg seinen Abschied genommen hatte, da sich Groeners Obliegenheiten auf den Grenzschutz Ost beschränkten und auch der Generalstab aufgelöst war, betrachtete sich General von Lüttwitz als Oberbefehlshaber des Heeres.

Er war bereits Befehlshaber des Gruppenkommandos I und führte seit dem 14. Mai 1919 auch die strategischen Operationen des Gruppenkommandos II, was ihn praktisch zum absoluten Herrn über die Reichswehr machte. Nun konnte man sich keinen auffallenderen Kontrast vorstellen als zwischen Noske und ihm; schon ihre äußere Erscheinung unterstrich den Unterschied in Herkunft und Charakter. Die massive, plebejische Gestalt des brandenburgischen Holzfällers ließ an die Elementarkraft der Germanen des Tacitus denken; Lüttwitz aber, klein, schmal und von raffinierter Eleganz, ließ eher an die preußischen Offiziere denken, die man auf Bildern des 18. Jahrhunderts sieht, wie sie mit ihren Pferden neben Friedrich II. auf den Schlachtfeldern Schlesiens tänzelten. Seine Züge, rassig und fein gezeichnet, und seine schnellen, präzisen Bewegungen waren Widerschein seines reizbaren und herrschsüchtigen Temperaments. Er war gar nicht dafür geschaffen, die deutsche Demokratie zu begreifen, und der Arbeiter sah in ihm die typische Verkörperung der Exzellenzen des alten Kaiserreiches.

Am 26. Juli rief General von Lüttwitz von sich aus die Offiziere seines Stabes zusammen, die Generale von Hoffmann, von Oven[9], von Heuduck, von Hülsen, Maercker, von Lettow-Vorbeck, von der Lippe, die

8 Vgl. E. O. Volkmann, a. a. O., S. 225.

9 General von Oven, der das Kommando über das Unternehmen gegen München gehabt hatte, war seitdem Kommandant des Wehrkreises III (Berlin).

Majore von Stockhausen und von Hammerstein und andere Stabsoffiziere. Dieser Militärrat hatte zum Ziel, die politische Lage zu prüfen und die Haltung zu bestimmen, die man den Zivilbehörden gegenüber einnehmen sollte.

»Wir einigten uns dahin, daß die Interessen des Heeres in der Folge noch mehr vertreten werden sollten, sowohl in wirtschaftlichen Dingen wie in allen ihre und des Vaterlandes Ehre angehenden, und es wurden folgende Leitsätze aufgestellt:

1. Die Auslieferung der angeblichen Kriegsverbrecher darf unter keinen Umständen stattfinden.
2. Die Verringerung der Reichswehr ist unzulässig, solange die bolschewistische Gefahr die jetzige Truppenzahl erforderlich macht.
3. Der Wiedereintritt von Unabhängigen in die Regierung wird nicht zugelassen.
4. Für das Wohl der Truppe muß mehr geschehen und für die Versorgung der zur Entlassung kommenden Mannschaft besser gesorgt werden.
5. Die Reichseinheit muß gewahrt bleiben[10].«

Diese Grundsätze wurden einstimmig angenommen. Aber über die Anwendung wurde man sich nicht einig. Ein Teil der Offiziere neigte dazu, mit den Zivilbehörden zu brechen und Gewalt anzuwenden. Die anderen drängten darauf, der Generalstab solle die Kontakte mit Ebert und Noske weiterhin aufrechterhalten und sich darauf beschränken, Druck auf die Regierung auszuüben. So zeigten sich innerhalb des Offizierkorps zwei gegensätzliche Richtungen. Genau wie vor der Unterzeichnung des Versailler Vertrages boten die Gemäßigten und die Unbeugsamen einander die Stirn.

Die Unbeugsamen — von Lüttwitz, von Lettow-Vorbeck, Reinhardt und etliche Korpskommandeure — waren der Meinung, nichts verbinde sie mehr mit der jetzigen Regierung. Das Oberkommando war vom Kaiser an Hindenburg übergegangen und von Hindenburg an Lüttwitz, aber dieser Übergang hatte seine Grundsätze nicht angetastet. Als Wilhelm II. abdankte, hatte er den Offizieren befohlen, »den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland zu helfen, das deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen[11]«.

---

10 Von Lüttwitz: »Im Kampf gegen die Novemberrevolution«, S. 85.
11 Abdankungsurkunde Wilhelms II. Vgl. Band I, S. 29/30, Fußnote 28.

Nun, keine dieser Bedingungen war eingetreten. Die Regierung hatte sich feige den Alliierten unterworfen. Sie hatte den Friedensvertrag unterzeichnet, ohne die Klauseln auszuklammern, die die Ehre des Heeres antasteten. Sie bereitete sich jetzt vor, Dreiviertel der Truppenstärke zu entlassen. So hatte man keinen Grund, eine Mitarbeit fortzusetzen, die doch nur ein Schwindel war. Gewiß hatte der Generalstab in Noske ein fügsames Werkzeug im Kampf gegen die äußerste Linke; aber da er ihnen entglitten war und sich weigerte, den Kampf mit derselben Fügsamkeit wie früher fortzusetzen, wurde seine Hilfe unnütz. Man brauchte ihn nur noch zu stürzen.

Die Gemäßigten — in diesem Lager befanden sich Maercker, von Oven, von Stockhausen, von Hammerstein (Schwiegersohn von Lüttwitz) und andere mehr — meinten, eine solche Haltung könne nur zum Unheil führen und sei außerdem nicht mit der preußischen Tradition vereinbar. »Politik treiben heißt: eine Staatsform erdenken und erstreben, die als die beste erkannt ist und auf das Land übertragen werden soll«, erklärte General Maercker. »Der Soldat hingegen ist berufen, die bestehende Staatsform gegen Angriffe von innen und außen zu verteidigen. Der Soldat hat stets die Staatsform zu schützen, die der Volkswille bestimmt hat[12].«

Zweifelsohne war das deutsche Volk nicht bereit, eine Militärdiktatur hinzunehmen. General von Oven, Major von Stockhausen und Major von Hammerstein, die Maercker in seinem Kampf gegen die Extremisten unterstützt hatten, bestätigten diesen Gesichtspunkt. Es war nicht möglich, gegen den Willen der Masse zu handeln; nein, es war Wahnsinn, ohne Noske auskommen zu wollen. Alle Erfahrungen der Vergangenheit bewiesen, daß der Generalstab jedesmal eine Niederlage erlitten hatte, wenn er sich an die Stelle einer Zivilregierung gesetzt hatte.

General von Lüttwitz schloß die Diskussion mit der trockenen Bemerkung, er habe nicht die Absicht, mit den Herren über die Wahl eines Reichskanzlers zu beraten oder über die Person von Noske, er habe sie zusammengerufen, um mit ihnen gemeinsame Richtlinien festzusetzen. Lüttwitz hätte Stockhausen und Hammerstein gern abgesetzt; er wollte sie lehren, ihm die Stirn zu bieten! Die Meinungsverschiedenheiten, die sich im Rat bemerkbar gemacht hatten, zeigten ihm aber, daß es zum Handeln noch zu früh war. Daher beherrschte er seinen Zorn und erklärte seinen Widersachern ironisch:

---

12 Maercker, a. a. O., S. 325.

»Nun, da die Herren meines Stabes gegen mich revoltieren, bleibt mir nur übrig, mich zu fügen!«

Lüttwitz hatte angenommen, diese Versammlung werde zu einer ausgewachsenen Verschwörung führen. Doch weit entfernt, Einstimmigkeit für seine These zu gewinnen, war die Hälfte seines Stabes gegen einen Putsch. Der Chef des Gruppenkommandos I war tief erbittert über den »Opportunismus« seiner Generale. Die Meinungen waren schwankend und unentschlossen. Ein gutes Stück Arbeit würde nötig sein, um die Regimenter wiederaufzurichten. »Es erschien mir daher wichtig, die Truppe und ihre Führer noch mehr in die Hand zu bekommen. Dazu dienten in erster Linie Besichtigungsreisen[13].«

☆

General von Lüttwitz begab sich also in die verschiedenen Wehrkreise, um den Geist der Truppe zu sondieren und Verbündete zu suchen. Inzwischen hatte Hauptmann Pabst — er war aus der Reichswehr ausgeschlossen worden, weil er eine Revolte innerhalb des Schützenkorps der berittenen Garde angestiftet hatte — mit Ludendorffs Zustimmung eine Liga gegründet, die den Zweck hatte, alle bestehenden nationalistischen Gruppen zusammenzubringen und zu verhindern, daß republikanische Einflüsse in die Truppe durchsickerten[14].

Diese »Nationale Vereinigung« zählte als Mitglieder, außer Ludendorff, der stolz im Hintergrund blieb, eine Reihe politischer Persönlichkeiten der äußersten Rechten, wie Graf Westarp, ehemaliger Führer der Konservativen im Reichstag, Oberst Bauer[15], der ehemalige kaiserliche Schatzminister Helfferich, Pastor Traub, Hofpfarrer Wilhelms II., der ehemalige Polizeichef von Berlin, Traugott von Jagow, und der Generallandschaftsdirektor von Ostpreußen, Wolfgang Kapp.

---

13 Von Lüttwitz, a. a. O., S. 87.

14 Schon kurz nach der Niederlage und ehe die Frontkämpfer nach Deutschland zurückgekehrt waren, waren zwei ähnliche Organisationen gegründet worden: Am 28. November 1918 der »Deutsche Offiziersbund«, dessen anerkanntes Ziel es war, die alte Führungsschicht, die als unerläßlich für die Wiedergeburt der Nation betrachtet wurde, unversehrt zu erhalten. Ihr folgte am 16. Dezember 1918 der »Nationalverband Deutscher Offiziere«, der sich vornahm, »eine kämpfende, politische Organisation und einen Stoßtrupp für die Verteidigung des nationalen und monarchistischen Deutschland zu bilden.« (Vgl. Graf Rüdiger von der Goltz: »Volk und Reich der Deutschen«, Berlin 1929, Band II, S. 161.)

15 Oberst Bauer hatte 1916 eine bedeutende Rolle bei der Ernennung Ludendorffs zum Chef des Generalstabes des Feldheeres gespielt und war seitdem sein Vertrauensmann. Er soll den »Hindenburgplan« in seinen Hauptzügen entworfen haben.

Ein eingefleischter Junker, ein Erzreaktionär — das waren die Ausdrücke, die von den Vertretern der Arbeiterklasse gebraucht wurden, um den Mann zu bezeichnen, in dem die Rechtsparteien einen künftigen Diktator zu erkennen glaubten, den eventuellen Nachfolger von Ebert und Noske. Er war ein Mensch von hohem Wuchs mit breiten Schultern; seine Züge erinnerten, obwohl weniger hart, an die Ludendorffs. Aber aufmerksame Beobachter wußten, daß sich unter diesem robusten Äußeren eine Schwäche verbarg: Kapp war ein kranker Mann, es ging ihm schlechter, als er selber ahnte; seine Lebenskraft war schon ernstlich angegriffen[16].

Sehr schnell hatte Kapp die Führung der Bewegung übernommen, und sehr schnell merkten die Mitglieder der Liga, daß sich ihre Aktion nicht auf einfache Organisationsarbeiten und Propaganda beschränken sollte. Ein viel ehrgeizigerer Plan keimte in ihrem Kopf: Sie wollten die sozialdemokratische Regierung stürzen, um sie durch ein neues Kabinett mit diktatorischen Zügen zu ersetzen[17]. Aber dieses Projekt konnte nur mit Hilfe des Heeres durchgeführt werden. Während der Chef des Gruppenkommandos I seine Inspektionsreise machte, versuchte der Führer der »Nationalen Vereinigung« mit dem Generalstab in Kontakt zu treten. Ein Treffen Kapp—Lüttwitz war unvermeidlich.

Es fand am 21. August 1919 statt. »Am 21. August suchte mich zum erstenmal der Generallandschaftsdirektor Kapp auf. Er sagte, die Sorge um das Vaterland führe ihn zu mir. Unsere Auffassungen trafen sich in der Feststellung, daß die Revolution ein Verbrechen gewesen wäre ... Er war der Ansicht, man müsse einen baldigen Eingriff tun ... Die Bevölkerung werde ihn als Erlösung begrüßen, und die Truppe werde geschlossen hinter mir stehen. Über die Köpfe wankelmütiger Generale hinweg werde sie tun, was ich befehle. General Ludendorff und andere vertraten ähnliche Meinungen[18].«

Man kann sich leicht die Empfindungen von General Lüttwitz vorstellen, als er diese Worte vernahm, die genau seiner inneren Überzeu-

16 Dietrich Eckart, der ihn kurz vor seinem Putsch besuchte, war beeindruckt von dieser Mischung aus Kraft und Anfälligkeit. »Die Geschichte wird von ihm sagen«, schrieb er, »daß er weder ein kräftiger noch ein gesunder Mann war. Sein Wille warf nicht mehr den Blitz einer sprühenden Flamme. Er hatte ein warmes Herz, voll des Mitleids für das arme, so schändlich verratene Volk. Ohne der Mann zu sein, den das Land erwartete, war er doch ein ganzer Mann ... obwohl seine Energie zu oft durch seine nebelhaften Gedanken gelähmt wurde.« (»Auf gut Deutsch«, Heft 11, Dezember 1920, S. 147.)

17 »Jetzt müssen wir zuschlagen!« schrieb Kapp an Oberst Heye am 5. Juli 1919; aber der Chef des Generalstabes der Nordarmee gab ihm nur eine ausweichende Antwort.

18 v. Lüttwitz, a. a. O., S. 97.

gung entsprachen. Zweifellos dachte er, daß sein Gesprächspartner etwas zuviel Selbstbewußtsein zeige[19]. Aber er konnte nicht umhin, in Kapp den starken Mann zu sehen, den er so ersehnte, den neuen Noske, der das angefangene Werk seines Vorgängers krönen würde; er war sich bewußt, daß er über mehr Unterstützung verfügte, als er geglaubt hatte, und schickte sich an, den Reichswehrminister über das Schicksal aufzuklären, das ihn erwartete, wenn er sich weiter den Forderungen des Heeres widersetzte. Am 1. September 1919 schickte er ihm folgenden Brief, in dem ein Echo seiner Unterredung mit Kapp zu verspüren ist:

»Reichswehrgruppenkommando. Berlin, den 1. September 1919
An den Herrn Reichswehrminister!
Am 17. August habe ich dem Herrn Reichskanzler und dann dem Herrn Reichspräsidenten Vortrag über meine Auffassung unserer innerpolitischen Lage gehalten . . . Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß von seiten der Reichsregierung unsere Lage zu optimistisch beurteilt wird . . . Wir treiben einer inneren Katastrophe entgegen.
Das Offizierkorps, ohne das die Truppe auseinanderläuft, hat sich bereits zweimal — im November 1918 und im Juni 1919 — trotz schwerer innerer Konflikte hinter die Regierung gestellt, um sie bei ihrer schweren Aufgabe der Herstellung geordneter Zustände zu unterstützen. Es herrscht aber bei dem Offizierkorps und bei großen Teilen der Truppe die berechtigte Befürchtung, daß die Regierung von ihrer Macht keinen Gebrauch macht.
Zwei Dinge tun uns not: Arbeit und Ordnung! Beide können wir haben, aber nicht mit Worten. Die Versuche, das Volk durch Milde und Zureden zur Annahme von Arbeit zu bringen, sind vergeblich gewesen. Nur Zwang wird das Volk zur Arbeit bringen.
Daraus ergeben sich folgende Notwendigkeiten:
1. Vernünftiger Aufbau der Arbeitslosenunterstützung. Der Grundsatz: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen, muß wieder wie früher zur Geltung kommen.
2. Unbedingtes Verbot politischer und wirtschaftlicher Streiks.
. . . Zur Durchführung ihrer Aufgabe braucht die Regierung Macht. Noch hat sie Macht. Das Heer ist bereit, dem Willen einer tatkräftigen Regierung zum Siege zu verhelfen.

---

19 v. Lüttwitz, a. a. O., S. 97.

Läßt die Regierung tatenlos die Zeit verstreichen, so verliert sie infolge der Herabminderung des Heeres ihre militärische Macht und stärkt die Macht des Bolschewismus. Weil aber die Regierung auf die tatkräftige Mitwirkung der Truppe angewiesen ist, muß alles vermieden werden, was geeignet ist, die Stimmung der Truppe gegen die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien einzunehmen . . . Auch heute ist das Heer Fundament der Staatsgewalt.

Ich wiederhole daher meine dringenden Vorstellungen. Es gilt schnell zu handeln, sonst schreiten die Ereignisse über uns hinweg.

Der Kommandierende General
(gez.) von Lüttwitz[20].«

☆

Als Noske diesen Brief im Kabinett verlas, waren die Minister bestürzt. Die »Empfehlungen« des Generals von Lüttwitz zeigten nicht nur eine schwere Unkenntnis der sozialen und politischen Probleme, sie waren in der gleichen hochfahrenden Art abgefaßt wie die Forderungen des Generalstabes am Morgen des 9. November 1918. Auch zu jener Zeit hatten die Militärs die Zivilregierung hochtrabend behandelt: »Das Oberkommando erwartet . . . das Oberkommando fordert . . .« Aber seitdem hatte sich die Lage geändert. Es handelte sich nicht mehr um drei Millionen Soldaten, die nach Deutschland zurückgeführt werden mußten, und auch nicht mehr um 10 000 Soldatenräte, die sich die Macht gegenseitig streitig machten. Die Zivilregierung stützte sich auf eine ratifizierte Verfassung.

Alles dies wußte General von Lüttwitz wohl. Wenn er aber auf diese Weise sprach, so geschah das, um dem Heer die zentrale Stellung zu bewahren, die es vor dem Kriege innehatte. Er weigerte sich, einzusehen, daß die Weimarer Verfassung seine Lage im Staate vollkommen verändert hatte. Er gab dem Kabinett Ratschläge für seine Sozialpolitik, glaubte damit aber nicht einmal die Befugnisse eines Oberkommandierenden zu überschreiten.

Für die Regierung der Republik war das Problem umgekehrt: Es handelte sich darum, die Reichswehr in den Rahmen zurückzudrängen, den die neue Verfassung ihr zugeschrieben hatte. Sie mußte wie in allen Demokratien ein Rad am gemeinsamen Wagen werden, ein Exekutiv-

20 v. Lüttwitz, a. a. O., S. 89 ff.

werkzeug, dessen Bedeutung gewiß nicht unterschätzt werden, das sich aber durch nichts von den anderen Trägern des Staates auszeichnen sollte.

Und gerade das empörte die Offiziere. Sie weigerten sich nicht etwa zu dienen, aber nur unter der Bedingung, daß sie wie damals die ersten Diener des Staates blieben. Das Prinzip, das sie einigte, war mystischen Ursprungs, und man sollte es nicht zu einer bloßen Staatsfunktion erniedrigen. Ohne Murren einer Regierung zu dienen, die ihnen mißfiel, das war eine Form des Patriotismus, die sie noch lernen mußten. Statt sich dem Geist der neuen Zeit weit zu öffnen, verkrampfte sich die Reichswehr und zog sich in sich zusammen. Sie bildete sozusagen eine militärische Autarkie.

Dennoch glaubten weder Ebert noch Noske, der Staat sei ernstlich bedroht. Sie dachten, das Unbehagen werde bei Offizieren und Mannschaften durch zu verschiedenartige Gründe hervorgerufen, als daß es zu einer gemeinsamen Revolte führen könne. Um die Lage zu bessern, würde es genügen, wenn man einige Forderungen des Generalstabes anerkannte: die Unterkünfte sowie die Verpflegung zu bessern und den entlassenen Freiwilligen Arbeit zu verschaffen. Die Geisteshaltung konnte sich nicht von heute auf morgen ändern. Noske warnte seine Kollegen vor jeglicher Strafverfügung, die nur eine Beschleunigung der Ereignisse zur Folge haben würde.

Reichskanzler Bauer, Erzberger und die ganze Linke im Kabinett hatten eine ganz andere Meinung. General von Lüttwitz sei kein Einzelfall, sagten sie. General Maercker und Oberst von Stockhausen waren mehrmals aufgefordert worden[21], sich den Unzufriedenen anzuschließen. Wahrscheinlich hatten sie abgelehnt. Aber wie viele Offiziere würden so klarsichtig sein, um der Argumentation derer, die Gewaltanwendung als Ausweg predigten, zu widerstehen? War Oberst Reinhard nicht so weit gegangen, die Minister in einer Ansprache vor seinen Soldaten »eine Spitzbubenbande« zu nennen[22]? Die Regierung mußte strafen, ehe es zu spät war.

»Man wird den Ungehorsam der Offiziere nicht dadurch bezwingen, daß man vor ihren Forderungen kapituliert«, sagte Erzberger, »aber wohl, indem man die Macht der Linksgruppen verstärkt.«

---

21 Von Oberst Bauer und Kapp.

22 Scheidemann hatte im Namen der Sozialdemokratischen Partei Reinhards unverzügliche Entlassung gefordert, aber Ebert hatte dies verweigert.

„Vor allem wäre es nötig«, sagte Innenminister David, »das moralische Prestige zu zerstören, mit dem sich das Offizierkorps umgibt.«

Bei späteren Versammlungen schlugen einige Parlamentsmitglieder vor, in der Nationalversammlung einen Untersuchungsausschuß zu bilden, der Licht »in gewisse Ereignisse vor und während des Krieges« bringen sollte. Man mußte Schluß machen mit der Dolchstoßlegende, die sich in den verschiedensten Kreisen zu verbreiten begann. Warum sollte man nicht Hindenburg und Ludendorff unter dem Vorwand, sie um Aufklärung zu bitten, vorladen? Warum sollte man nicht beweisen, daß sie, vor allen anderen, für die Niederlage verantwortlich waren? Ihr Prestige wäre nicht mehr allzu groß, wenn das Volk sie als Angeklagte sähe. Der Sturz der »Kriegsherren« würde dem Volk die »Majestät der Demokratie« vor Augen führen. Wenn man die Debatte in die Länge zöge, wäre es möglich, die Kaste, der sie angehören, in Mißkredit zu bringen: Der Prozeß des Oberkommandos würde zum Prozeß des ganzen Heeres werden.

☆

Dieser Prozeß begann am 21. Oktober im Reichstagsgebäude. Der Untersuchungsausschuß bestand aus 28 Mitgliedern des Zentrums und der Sozialdemokratischen Partei. Hauptpersonen waren die Herren Cohn, Gotheim und Zinzheimer. Die ersten Sitzungen wurden den Aussagen Graf Bernstorffs, ehemaliger deutscher Botschafter in Washington, gewidmet. Dann, am 31. Oktober, kam Ex-Kanzler Bethmann-Hollweg an die Reihe. Um die Wahrheit zu sagen, der Mann »des Papierfetzens« machte eine ziemlich traurige Figur. »Sie werden sehen«, rief Scheidemann am 5. November vor der Nationalversammlung aus, »wir werden die Herren am Kragen fassen.«

Am 11. November erschienen Struve und Admiral von Capelle[23] vor der Kommission. Aber die Debatten kamen nicht weiter. Fragen und Antworten folgten einander, ohne Licht in die Sache zu bringen. Die öffentliche Meinung fing an, ungeduldig zu werden.

Am nächsten Tag, dem 12. November, weckte die Aussage Helfferichs die Kommission aus ihrem Halbschlaf. Als unbarmherziger Fechter und leidenschaftlicher Polemiker bekannt, kehrte der ehemalige Unterstaatssekretär des Innern und der Finanzen den Spieß entschieden um und

23 Admiral von Capelle war als Nachfolger von Großadmiral Tirpitz seit 1916 Staatssekretär des Reichsmarineamtes gewesen.

wurde vom Angeklagten zum Kläger. Er schmetterte seinen Richtern die gleichen polemischen Argumente entgegen, die er seit mehreren Wochen in der »Kreuzzeitung« anbrachte[24]:

»Sie suchen die Ursachen unseres Zusammenbruchs?« fragte er. »Nun, ich werde sie Ihnen nennen: Es ist Erzberger, dessen Name auf ewig mit dem Elend und der Schande Deutschlands verbunden bleibt! Erzberger ist es, der uns in die totale Vernichtung reißen wird, wenn man ihm nicht Handschellen anlegt, ehe es zu spät ist! Es wird keine Rettung für Deutschland geben, solange dieser Ruf nicht durch das ganze Land erschallt: Nieder mit Erzberger!«

Am 13. November kam Feldmarschall von Hindenburg in Berlin an. Er kam nicht als ein Mann, der vor seine Richter tritt, sondern als siegreicher Held, als Volksidol und Vater der Deutschen[25]. Die Reichswehr hatte seine Reise in die Hand genommen und für ihn einen Sonderwagen aus Hannover kommen lassen. Er wurde bei seiner Ankunft von Oberst Reinhardt, dem Kriegsminister von Preußen, begrüßt. In Einvernehmen mit General von Lüttwitz hatte Reinhardt eine Ehrenkompanie mit Fahnen und Musikzug vor dem Bahnhof aufziehen lassen. Vier Ehren-Adjutanten wurden Hindenburg zur Verfügung gestellt. Beim Klang der Nationalhymne nahm der Generalfeldmarschall die Parade ab. Gruppen von jungen Leuten und nationalistische Studenten schwenkten schwarzweißrote Fahnen, umringten und umjubelten ihn. Dann bestieg der Feldmarschall einen Wagen und begab sich zu Helfferich, der ihm seine luxuriöse Villa in der Hitzigstraße für die Dauer des Prozesses zur Verfügung stellte.

Während in Berlins Straßen Umzüge veranstaltet wurden — die einen mit dem Deutschlandlied auf den Lippen, die anderen mit der Internationale und anderen Revolutionsliedern — und während da und dort in der Hauptstadt Krawalle entstanden und die Freikorps mit wehenden Fahnen an der Villa Helfferichs vorbeizogen, hielt Hindenburg Rücksprache mit Ludendorff, der am Vortage aus München gekommen war; sie verabredeten sich, um die Erklärung auszufeilen, die sie vor der Untersuchungskommission verlesen würden. Diese beiden Männer hatten sich seit dem Tag, als der Kaiser dem Generalquartiermeister seine Ungnade verkündete, nicht wiedergesehen, und es bedurfte dieser zwingenden Umstände, um sie dazu zu bringen, sich wieder Seite an Seite zu finden.

---

24 Vgl. »Kreuzzeitung«, Ausgaben vom 1. bis 30. Juli 1919.
25 Vgl. John W. Wheeler-Bennett: »Le drame de l'armée allemande«, S. 70.

Doch blieben sie gegenseitig ebenso verschlossen wie am Morgen ihrer Trennung. Der eine war so hart wie Bronze, der andere hatte die bebende Gespanntheit des Stahls, und dieser Kontrast wurde selbst in ihren Aussagen sichtbar.

Die Luft war mit Elektrizität geladen, als Hindenburg und Ludendorff am 18. November vor der Untersuchungskommission erschienen. Die Tribünen waren seit den frühen Morgenstunden brechend voll, das Publikum konnte nur mit Mühe seine fieberhafte Spannung beherrschen. Endlich wurde der Sieger von Tannenberg in den Zeugenstand gerufen. »Ein Riese mit breiter Brust, dessen mächtiges Haupt von weißen Haaren umrahmt ist, eine wahrhaft vorgeschichtliche Erscheinung; so trat er in den Saal«, schrieb ein Augenzeuge. »Unwillkürlich stand jeder auf und hielt den Atem an, während Hindenburg dem Tribunal entgegenschritt. Sein Blick haftete auf dem Abgeordneten Gotheim, der die Sitzung präsidierte. Dieser war sichtbar verlegen. Da er nicht wußte, wie er sich benehmen sollte, streckte er dem Generalfeldmarschall die Hand entgegen. Dieser aber machte keine Anstalten, sie zu ergreifen; man drückt seinem Richter nicht die Hand[26].« Ehe er ein einziges Wort gesprochen hatte, hatte Hindenburg den Gegner schon seine Überlegenheit fühlen lassen.

Nach der Eidablegung wandte sich der Vorsitzende Gotheim Hindenburg zu[27]: »Die erste Frage ist die«, sagte er mit unsicherer Stimme, »zu welchem Zeitpunkt hat das Oberkommando den totalen U-Boot-Krieg beschlossen[28]?«

»Ehe ich die Frage beantworte«, erwiderte der Feldmarschall, »ersuche ich um die Erlaubnis, die Grundsätze, die unsere Gedanken, Beschlüsse und Taten während des Krieges geleitet haben, kurz darzustellen.«

Überrascht durch diese unvorhergesehene Bitte, zögerte der Vorsitzende Gotheim, dann willigte er ein »unter der Bedingung, daß der Herr Generalfeldmarschall sich streng an die Tatsachen halten möge und sich jeglichen Vorurteils enthalte«.

---

26 A. Stein: »Hindenburg in Vernehmung«, S. 53.

27 Alle zitierten Worte stammen aus dem stenographischen Protokoll der zweiten Untersuchungskommission des Reichstages, 14. Sitzung, vom 18. November 1919.

28 Man kann sich fragen warum das Verhör von Gotheim gerade mit dieser Frage begann. Das wird klar, wenn man sich erinnert, daß die ersten Kritiken des Reichstages am Generalstab von Erzberger in seiner Rede vom 6. Juli 1917 ausgesprochen worden waren. Erzberger hatte den Angriff wegen des U-Boot-Krieges ausgelöst. Der Abgeordnete des Zentrums hatte die empfindliche Stelle des Generalstabes entdeckt und wußte, daß er dort hineinschlagen konnte. Indem er diese Frage als erste stellte, nahm Gotheim also die Taktik Erzbergers wieder auf.

»Ich beschränke mich darauf, die historischen Tatsachen anzuführen«, antwortete Hindenburg, »und ich bin der Meinung, daß es unerläßlich ist, sie den Herren kurz ins Gedächtnis zurückzurufen.«

Diese Worte waren in höflichem Ton gesprochen, ohne Spur einer Drohung. Aber jeder fühlte, daß sie nur ein einleitendes Kreuzen der Klingen waren: der echte Kampf würde bald beginnen.

Ohne Eile holte Hindenburg seine Brille aus der Tasche und begann sein Memorandum zu lesen. Er beschrieb die Lage der gegeneinanderstehenden Kräfte in dem Augenblick, in dem er das Oberkommando übernommen hatte, die ungeheuerliche Ausdehnung der Fronten, das schwindelerregende Wachstum der Truppenstärke und des Materials, die wachsenden Schwierigkeiten des Oberkommandos, seinem Willen Geltung zu verschaffen, die Notwendigkeit einer immer enger werdenden Zusammenarbeit des Heeres mit dem Volke. »Nun aber«, fuhr Hindenburg fort, »während sich beim Feind alle Bevölkerungsschichten immer stärker zusammenfanden, begann sich bei uns, wo diese Einigkeit noch notwendiger war wegen unserer zahlenmäßigen Unterlegenheit, die Zwietracht unter den Parteien zu zeigen . . .«

Einige Mitglieder der Kommission protestierten. Der Saal wurde unruhig. Von den Publikumsrängen kam starker Applaus. Der Vorsitzende Gotheim schwenkte seine Glocke und drohte, den Saal räumen zu lassen.

Als sich die Unruhe gelegt hatte, fuhr Hindenburg fort: »Die Heimat hat uns nicht mehr unterstützt, und wir haben immer in der Furcht gelebt, daß sie zusammenbricht . . . In dieser Zeit waren Marine und Heer einer systematischen Zersetzung preisgegeben . . . Die rechtschaffenen Soldaten, die sich nicht durch die bolschewistische Propaganda anstecken ließen, hatten es sehr schwer: Wegen der schändlichen Haltung ihrer revolutionären Kameraden mußten sie das ganze Gewicht des Kampfes allein tragen . . .«

Der Tumult brach wieder aus. Das Publikum applaudierte wild. Die Glocke von Herrn Gotheim wurde von ohrenbetäubendem Lärm übertönt. Der Vorsitzende rief den Feldmarschall zur Ordnung und bat ihn, keine »Werturteile« mehr auszusprechen. Aber Hindenburg, der über die Untersuchungskommission hinweg ganz Deutschland ansprechen wollte, kümmerte sich nicht mehr um die Mahnungen des Vorsitzenden.

»Die Pläne des Oberkommandos«, sagte er weiter, »konnten nicht durchgeführt werden. In diesem Fall war unseren Bemühungen ein Mißerfolg sicher. Der Zusammenbruch war unvermeidlich. Die Revolution war nur ein Schlußstein . . . Ein englischer General hat mir gesagt: ›Das

deutsche Heer bekam einen Dolchstoß in den Rücken.‹ Wir können den gesunden Teilen unseres Heeres keine Fehler vorwerfen. Ihre Heldentaten waren bewundernswürdiger als diejenigen unseres Offizierkorps. Die Schuldigen sind anderswo und ihre Verantwortlichkeit liegt auf der Hand.«

Der ganze Saal war aufgesprungen und jubelte Hindenburg zu. Der Vorsitzende Gotheim ließ die Sitzung unterbrechen. Als Hindenburg auf seinen Platz zurückkehrte, wurde er von Menschen umdrängt, die ihm die Hand drücken oder ihm Blumen überreichen wollten.

Jetzt kam Ludendorff an die Reihe, aber seine Aussage hatte weder die Fülle noch fand sie die Resonanz von Hindenburgs Rede. Er gab eine technische Darlegung der Operationen, die von den Experten als wundervoll beurteilt wurde; das Publikum aber zeigte kein Interesse für die Fragen der Strategie und der Proviantierung. Auf eine unfreundliche Bemerkung des Vorsitzenden hin geriet der Generalquartiermeister aus der Fassung, wurde zornig und schlug mit der Faust auf den Tisch. Ob er sich festfuhr? Wenn man ihn mit dem Generalfeldmarschall in Widerspruch bringen könnte, wäre die Kommission gerettet.

Aber Hindenburg erriet das Manöver, das Ludendorff nicht bemerkte, und kam seinem ehemaligen Generalstabschef zu Hilfe:

»Ludendorff und ich haben immer in voller Übereinstimmung gehandelt«, erklärte er mit fester Stimme. »Sicherlich wußten wir, daß wir den Krieg bald beenden mußten, aber wir hofften, ihn mit einem ehrenvollen Frieden beschließen zu können ... Ich weiß nicht, ob die Herren eine Sorge ums Vaterland kennen, wie die, die wir so lange Jahre im Herzen getragen haben.«

Nach diesem harten Wort blieb dem Vorsitzenden nichts anderes übrig, als die Sitzung aufzuheben. Der ganze Saal brach in unbeschreibliche Jubelrufe für Hindenburg aus. Die Untersuchungskommission hatte das Oberkommando in Mißkredit bringen wollen, hatte aber genau das Gegenteil erreicht[29].

Als Hindenburg am anderen Morgen erfuhr, daß »die Herren des Reichstages nicht mehr beabsichtigten, ihm weitere Fragen zu stellen«,

29 Wheeler-Bennett bemerkt darüber: »Wenn Ebert und die Reichsregierung sich eingebildet hatten, sie könnten das Heer und das Oberkommando in Mißkredit bringen, indem sie sie vor die Untersuchungskommission brachten, wurden sie bitter enttäuscht. Denn gerade das Gegenteil ereignete sich. Dank Helfferichs Geschicklichkeit hatte das Oberkommando mit verstärktem Prestige die Probe bestanden ... Umgekehrt traten Erzberger und die Sozialisten beschmutzt und verleumdet aus der Verhandlung und trugen einzig und allein die Verantwortung für die Niederlage und die Schande des ›Dolchstoßes im Rücken‹.« (Wheeler-Bennett, a. a. O., S. 71.)

ließ er Noske durch Vermittlung des Reichswehrministeriums fragen, ob er, ohne Einwände der Regierung, nach Hause fahren dürfe. Der Offizier, der diese Anfrage überbrachte, fragte gleichzeitig, ob er die Ehrenkompanie für die Abfahrt des Generalfeldmarschalls kommandieren dürfe.

»Kommandieren Sie lieber gleich zwei, wenn er bloß wegfährt[30]!«

Die Regierung hatte nur noch den einen Wunsch: ihn so schnell wie möglich los zu sein.

Am 20. November verließ Hindenburg Berlin. Für den 72jährigen Greis bedeutete diese Abreise einen Abschied. Er sah nicht ohne Trauer das kaiserliche Schloß vorbeiziehen, wo er so vielen Paraden und Ordensverleihungen beigewohnt hatte. Die Huldigungen, die ihm galten, schienen ihm das Echo eines wohlerfüllten Lebens zu sein. Er ahnte nicht, daß sein Wagen fünf Jahre später wieder durch das Brandenburger Tor fahren und daß er als Reichspräsident gefeiert werden würde.

---

30 Oberst Reinhard: »1918–1919«, S. 118.

V Der Kapp-Lüttwitz-Putsch

1. Die Verschwörung

Kaum war Hindenburg aus der Hauptstadt abgereist, da zog Feldmarschall von Mackensen in Berlin ein. Auch ihm wurden militärische Ehren erwiesen. Der Sieger von Galizien wurde am Anhalter Bahnhof von General von Seeckt empfangen, der lange sein Generalstabschef gewesen war. Die Fahnen flatterten im Wind, Musikkapellen spielten, während die Totenkopfhusaren — das Regiment des Feldmarschalls — Spalier bildeten. Dieses übertriebene Zeremoniell erregte den Zorn der Arbeiterbevölkerung von Wedding und Neukölln.

Inzwischen herrschte in den Kasernen eine dumpfe Gereiztheit, und ein unsichtbarer, unterirdischer Kampf wurde zwischen den militärischen Kreisen und der Regierung ausgetragen[1]. Die latente Unzufriedenheit wuchs noch, als Ende Dezember die Freiwilligen aus dem Baltikum heimkehrten. Die in Mitteldeutschland aufgelöste »Eiserne Division« und die »Deutsche Legion« brachten den Gärstoff des Aufruhrs mit und übertrugen ihn auf die Regimenter im Innern des Reiches[2]. Die Gemüter erhitzten sich, die Vorwürfe wurden schärfer, denn die Baltenkämpfer lieferten den Widersachern der Regierung neue Argumente.

Schließlich trat am 10. Januar 1920 der Versailler Vertrag in Kraft. Damit rückten für das Heer die beiden beunruhigendsten Fragen in den Vordergrund: die Auslieferung der »Kriegsverbrecher« und die Herabsetzung der Truppenstärken.

In diese ungesunde, von tiefen Zuckungen erschütterte Atmosphäre platzte die alliierte Note vom 3. Februar 1920 wie eine Bombe hinein.

---

1 Diese Zeit wird von einer Reihe von Versetzungen gekennzeichnet. Am 1. November wurde General Maercker zum Befehlshaber des Wehrkreises IV (Dresden) ernannt und die XVI. Reichswehrbrigade (das ehemalige Jägerkorps) wurde von General von Hagenberg übernommen. Am 12. Dezember erhielt Oberst Reinhard den Abschied; das war die Folge eines Eingreifens Scheidemanns, der ihm das Wort von der »Spitzbubenbande« nicht verziehen hatte.

2 Ein Teil der Baltenfreiwilligen war als Landarbeiter in Privatgütern untergebracht. Aber einige Korpsbefehlshaber wollten diese Elitesoldaten, die sich in schweren Kämpfen bewährt hatten, nicht entbehren und hatten deshalb eine gewisse Anzahl von ihnen ihren Regimentern einverleibt. So war das Freikorps von Plehwe in die Brigade Ehrhardt aufgenommen worden. (Vgl. Rudolf Mann: »Mit Ehrhardt durch Deutschland«, S. 125.)

Sie verlangte die Auslieferung einer ersten Gruppe von Kriegsverbrechern zwecks Aburteilung. Die Liste enthielt etwa 900 Namen, darunter den Kaiser, den Kronprinz und zwei seiner Brüder, vier Feldmarschälle – Kronprinz Rupprecht von Bayern, Herzog Alfred von Württemberg, Hindenburg und Mackensen –, Großadmiral von Tirpitz, die Generale Ludendorff und von Falkenhayn, von Kluck, von Bülow und von Below, Admiral von Capelle, die früheren Kanzler Bethmann-Hollweg und Michaelis, den ehemaligen Vizekanzler Helfferich und Graf Bernstorff. Nach all diesen berühmten Namen folgten eine Menge Offiziere und Unteroffiziere aller Grade. Die Alliierten fügten hinzu, die Liste sei nicht abgeschlossen[3].

Als diese Note in der deutschen Presse abgedruckt wurde, rief sie eine niederschmetternde Wirkung hervor. »Es gab gewiß keinen Deutschen, welcher Klasse oder Gesinnung er auch angehören mochte«, schrieb Wheeler-Bennett, »der sich nicht beleidigt fühlte durch den Befehl, Männer auszuliefern, die das Land als Nationalhelden feierte und von denen schon ein großer Teil öffentlich durch die Untersuchungskommission von jeder Schuld freigesprochen worden war. Von den linksgerichteten Mehrheitssozialisten bis zu Nationalisten der Rechten war die einstimmige Reaktion zornige Entrüstung[4].« Nur die Spartakisten und die Unabhängigen wagten eine gewisse Zustimmung zu bezeugen. Die große Mehrzahl der Deutschen teilte die Meinung Otto Brauns, des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Preußens, der zu dieser Note erklärte: »Es ist eine unerhörte Anmaßung, Deutschland zur Auslieferung des Kaisers und von mehr als 800 angeblichen Kriegsverbrechern zwingen zu wollen!«

Bei den militärischen Spitzen ging diese Entrüstung bis zur Raserei. In einer öffentlichen Rede trat General von Lüttwitz für Widerstand um jeden Preis ein, selbst mit dem Risiko eines Krieges. Am 9. Februar versammelte General von Seeckt die Generalstabsoffiziere und wichtigsten Abteilungschefs in der Bendlerstraße und erklärte ihnen, wenn die Regierung diese Forderungen der Alliierten aus Unvermögen oder Kleinmütigkeit nicht kategorisch zurückweise, werde sich die neue Reichswehr als Erbin der heiligen Traditionen des alten kaiserlichen Heeres ihrer

---

3 Freiherr von Lersner, der Vertreter Deutschlands in Paris, weigerte sich, diese Note an seine Regierung zu übermitteln und trat von seinem Amt zurück. Der französische Ministerpräsident Millerand mußte die Note mit Sonderkurier nach Berlin schicken.

4 John W. Wheeler-Bennett, a. a. O., S. 73.

Erfüllung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegenstellen — selbst wenn das einen Wiederbeginn der Feindseligkeiten nach sich ziehen würde.

»Ich persönlich«, vertraute er ihnen unter dem Siegel der Verschwiegenheit an, »glaube nicht, daß die Alliierten ins Reich einfallen werden, um ihren Willen durchzusetzen. Sollten sie es aber tun, würde ich nicht zögern, folgenden Plan auszuführen: Die im Westen stationierten Truppen ziehen sich hinter Weser und Elbe zurück und kämpfen um jeden Fußbreit Boden. Während diese Rückzugsbewegung erfolgt, greifen unsere im Osten stehenden Streitkräfte Polen an und nehmen Fühlung auf mit Sowjetrußland. Sobald die Polen vernichtet sind, können wir uns mit Hilfe der Russen gegen Frankreich und England wenden[5].«

Auf keinen Fall wurde ein Verkauf oder eine neue Zerstörung von deutschem Kriegsmaterial gebilligt. Noske unterzeichnete diesbezüglich einen vertraulichen Runderlaß, aus dem hervorging, daß die Verminderung des Heeres nur auf dem Papier erfolgen sollte[6].

Angesichts dieser allgemeinen Entrüstung erkannte das Kabinett Bauer, daß es unter keinen Umständen dem Verlangen der Alliierten nachgeben durfte[7]. Hätte es sich bereit erklärt, die »Kriegsverbrecher« auszuliefern, so hätten bereits eine Stunde später die Minister an den Laternenpfählen der Wilhelmstraße baumeln können. Doch widersetzte sich das Kabinett den Forderungen der Sieger nicht mit jener kategorischen und dramatischen Weigerung, die die Heerführer gewünscht hätten. Es zog vor zu lavieren, Zeit zu gewinnen und ein Hinhaltemanöver einzuschlagen, das schließlich zu dem erwünschten Ergebnis führte, da der Oberste Rat unter dem Druck der Engländer (die nicht den geringsten Wert darauf legten, einen Großneffen der Königin Victoria aburteilen zu lassen) auf die Anwendung der Artikel 227 bis 230 des Vertrages verzichtete. Die durch diese Angelegenheit angefachte Empörung legte sich schließlich. Aber den Erfolg konnte die Regierung nicht

---

5 Diese Stellungnahme war von größter Bedeutung. Unter Bruch mit dem bisherigen grundsätzlichen Antikommunismus faßten die leitenden deutschen Militärkreise zum ersten Male ein Zusammenwirken mit den Sowjets ins Auge, das ihnen erlaubte, sich gegen die Westmächte zu stellen. Dieser Gedankengang trat zwar in den Hintergrund, tauchte aber im Laufe der nächsten Jahre immer wieder auf.

6 Dieses Rundschreiben wurde tatsächlich verschickt.

7 »Wenn die Regierung Nachgiebigkeit gezeigt hätte«, schrieb Noske, »wäre eine Auflehnung von Truppenteilen zu erwarten gewesen. Deshalb habe ich damals in schroffster Form betont, daß dem Auslieferungsbegehren unter keinen Umständen entsprochen werden könne. An dieser Klippe kamen wir vorüber.« (Noske, »Von Kiel bis Kapp«, S. 202.)

für sich buchen. Die militärischen Kreise beanspruchten ihn als ihren Sieg; sie waren davon überzeugt, daß die Regierung kapituliert hätte, wäre ihre Reaktion weniger lebhaft gewesen.

Nicht so dramatisch, aber folgenschwerer war die Frage der Verminderung der Truppenstärken, denn in diesem Punkt blieben die Alliierten unbeugsam. Bisher waren die aufgelösten Regimenter meistens in den Grenzgebieten des Reiches stationiert gewesen. Jetzt wurde das Tempo der Abmusterungen beschleunigt und erfaßte auch die im Raum von Berlin stehenden Einheiten.

Diesen Augenblick wählten die Spartakisten zu einem Anschlag auf den Reichstag. Am 12. Januar strömten mehrere Tausend Demonstranten vom Königsplatz auf das Gebäude zu, um es im Sturm zu nehmen. Überrascht durch diesen Angriff, feuerte die Polizei auf die Angreifer: 42 Tote und 105 Verletzte blieben auf der Strecke.

Vor dem Hintergrund dieses unerwarteten Wiederaufflammens extremistischen Treibens hielt es General von Lüttwitz für eine patriotische Pflicht, sich jeder neuen Verminderung der Truppenstärke des Heeres zu widersetzen. Die Alliierten wollten in diesem Punkt nicht nachgeben? Das war wohl möglich. Der Befehlshaber des Gruppenkommandos I war jedoch entschlossen, ebensowenig nachzugeben.

☆

Von diesem Augenblick an trat der Konflikt zwischen Zivilregierung und Militärbehörden in sein akutes Stadium. Am 1. März feierte die II. Marinebrigade unter dem Kommando des Korvettenkapitäns Ehrhardt den ersten Jahrestag ihrer Gründung. Nach einem Gottesdienst, zu dem General von Lüttwitz und Admiral von Trotha eingeladen waren, fand eine Truppenparade auf dem Exerzierplatz von Döberitz statt. Die schwarzweißroten Fahnen und die Marineflaggen flatterten im Wind. Dazu erklangen die mitreißenden Rhythmen der alten preußischen Märsche. Dann bildete sich um die Fahnen ein Karree. Die Offiziere schilderten die wichtigsten Ereignisse, an denen die Brigade seit einem Jahr teilgenommen hatte. Doch die Feier wurde von dem Auflösungsbefehl überschattet, der Ehrhardt zugegangen war, und alle fragten sich, wie die Zukunft aussehen würde.

Da ergriff General von Lüttwitz das Wort. Er dankte den Freiwilligen für die Treue, die sie ihm gegenüber immer bewiesen hätten, und schloß seine Ansprache mit Worten, die in der atemlosen Stille wie eine Her-

ausforderung klangen: »Ich werde nicht dulden, daß mir eine solche Kerntruppe in so gewitterschwüler Zeit zerschlagen wird[8].«

Die Soldaten jubelten dem Oberbefehlshaber zu. Sie sahen in seiner Erklärung das Versprechen, sie gegen jeden Auflösungsversuch zu schützen, und leichteren Herzens kehrten sie in ihre Kasernen zurück.

Wenige Stunden später rief General von Oldershausen, der gerade über Lüttwitz' Worte unterrichtet worden war, Oberst Arens, den Chef der Sicherheitspolizei von Berlin, zu sich und teilte ihm mit, daß möglicherweise ein Putsch drohe. In diesem Falle genügten die 9000 Polizisten nicht, denn Lüttwitz werde von der Brigade Ehrhardt unterstützt, die 6000 Mann stark sei, und andere Freikorps würden sich wahrscheinlich der Bewegung anschließen.

Angesichts dieser erschreckenden Aussicht versuchte der Polizeichef, Lüttwitz davon abzubringen, zu ungesetzlichen Mitteln zu greifen. Er schilderte ihm die Lage im trübsten Licht und fragte ihn, ob er sich wenigstens der Unterstützung der nationalen Parteien versichert habe.

Lüttwitz antwortete, das sei ihm nicht im Traum eingefallen, denn er habe nicht das geringste Vertrauen zu Parlamentariern. Auf Arens' dringende Bitten hin hatte er dann aber doch eine Unterredung mit Heintze und Hergt, den Führern der konservativen und liberalen Partei im Reichstag.

Nach lebhafter Erörterung empfahlen die Abgeordneten dem General folgendes Verfahren: Die Rechtsparteien ersuchen die Regierung um Auflösung der Nationalversammlung, die ja nach Annahme der Verfassung gegenstandslos geworden sei[9], und um Neuwahl des Reichstages und eines neuen Reichspräsidenten. Sehr wahrscheinlich würden die Wahlen eine Rechtsmajorität ergeben. Man würde dann auch das Kabinett neu besetzen, und die von Lüttwitz erstrebten Ziele würden auf gesetzlichem Wege ereicht werden.

Der Befehlshaber des Gruppenkommandos I willigte ein, kein Ultimatum an die Regierung zu stellen, bevor er nicht das Ergebnis dieses Schrittes erfahren habe.

»Ich werde mich noch ein paar Wochen gedulden«, erklärte er, »aber Ende April wird die Lage kritisch. Nach diesem Zeitpunkt kann ich mich zu nichts mehr verpflichten.«

---

8 Vgl. E. O. Volkmann: »Revolution über Deutschland«, S. 338.

9 Die Nationalversammlung wurde nur gewählt, um die neue Verfassung auszuarbeiten. Als ihre Aufgabe am 11. August 1919 beendet war, wurde ihr Fortbestand überflüssig, wenn nicht gar ungesetzlich.

Inzwischen hatte Generallandschaftsdirektor Kapp, von Lüttwitz unterrichtet, die Stunde der Entscheidung sei nahe, seinen Vertrauensmann, den Journalisten Schnitzler, beauftragt, die Bedingungen der Machtergreifung zu fixieren.

48 Stunden später unterbreitete Schnitzler Kapp den verlangten Plan: Die Brigade Erhardt besetzt überraschend Berlin. Die Mitglieder der Regierung werden nachts verhaftet. Am folgenden Morgen wird der Belagerungszustand verhängt und die Einwohnerwehr mobilisiert. Kapp übernimmt gleichzeitig die Funktionen des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten. Dann stellt er eine Art Direktorium auf, unter Mitarbeit einer Reihe vorher überprüfter Persönlichkeiten[10].

Trotz Schnitzlers Optimismus konnte sich Kapp nicht einer gewissen Besorgnis erwehren. Dieser Plan sah doch sehr nach einem Hirngespinst aus. War es wirklich so leicht, sich einem Volk von 60 Millionen Einwohnern aufzudrängen? Wie würden Reichswehr, Polizei und die Befehlshaber der Wehrkreise reagieren? Auch die Haltung der politischen Parteien und der Gewerkschaften war ungewiß.

»Man müßte«, überlegte Kapp, »bindende Zusagen von seiten der Parteiführer haben und sich nicht leichtfertig in ein so ernstes Abenteuer stürzen.«

Lüttwitz aber tat alles, um die Befürchtungen des Generallandschaftsdirektors zu zerstreuen. Ganz Deutschland warte auf ein Zeichen von ihm, um sich seiner Sache anzuschließen. War er der Lage etwa nicht gewachsen? Wollte er etwa wie Noske im letzten Augenblick kneifen? Das wäre eine furchtbare Enttäuschung für alle, die ihr Vertrauen in ihn gesetzt hatten . . .

Am 9. März teilte Hergt Lüttwitz die Antwort Eberts und Bauers auf die Vorschläge der Parlamentarier zur Auflösung der Nationalversammlung und seiner Ablösung durch einen aus Neuwahlen hervorgegangenen Reichstag mit. Präsident und Reichskanzler hatten einen solchen Schritt glattweg abgelehnt.

Das überraschte Lüttwitz keineswegs.

»Sehen Sie nun, wohin all Ihre politischen Machenschaften führen?« sagte er sarkastisch zu Hergt. »Ich halte mich lieber an die Tapferkeit meiner Bataillone.«

10 Schnitzler dachte für das Innenministerium an v. Jagow, ehemaliger Polizeidirektor von Berlin. Bang sollte das Finanzwesen übernehmen, v. Wangenheim die Landwirtschaft, Pastor Traub sollte Kultusminister werden, General von Falkenhausen Chef der Staatskanzlei. Sobald die neue Regierung fest im Sattel sei, sollten Ludendorff, Oberst Bauer und vielleicht sogar der Kronprinz bedeutende Ämter erhalten.

Ein letztes Mal wies Hergt Lüttwitz auf die Gefahren hin, die drohten, wenn er die Waffen sprechen ließe:

»Exzellenz, ich erlaube mir, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Rechtsparteien nicht mit Ihnen gehen werden, wenn Sie es auf eine Kraftprobe ankommen lassen!«

Aber Lüttwitz hörte nicht mehr auf ihn. Sein Entschluß war gefaßt. Er wußte, was er von den »schäbigen Politikern« zu halten hatte.

»Immer noch Kadett!« sagte Hergt seufzend zu Heintze, als er von der Unterredung zurückkam.

Am selben Abend noch traf Lüttwitz seine Anordnungen. Er beauftragte Oberst Bauer, bei den Alliierten zu sondieren, wie sie auf einen möglichen Putsch reagieren würden. Am folgenden Tag verständigte Oberst Bauer im Laufe einer Unterhaltung mit General Malcolm, dem Chef der britischen Militärdelegation in Berlin, seinen Gesprächspartner, daß ein Putsch im Bereich des Möglichen liege, und fragte ihn, wie in diesem Falle die Haltung der englischen Regierung sei.

»Es wäre Wahnsinn, die Regierung Bauer stürzen zu wollen«, antwortete General Malcolm kurz und bündig. »Ein Staatsstreich würde unter keinen Umständen von den Alliierten geduldet werden.«

Doch diese Warnung entmutigte die Verschwörer keineswegs. Sie blieben überzeugt, England werde sich mit der vollendeten Tatsache abfinden und Frankreich werde, auf sich allein gestellt, nicht wagen einzugreifen[11].

☆

Trotz der Geheimhaltung der von Lüttwitz geführten Gespräche waren sie den Regierungskreisen nicht verborgen geblieben. Aber Noske wollte trotz der beunruhigenden Nachrichten, die ihm von verschiedenen Seiten zugingen[12], nicht glauben, daß die Offiziere unbesonnen genug seien, sich in ein so unerhörtes Abenteuer zu stürzen. Selbst falls es ihnen gelänge, die Macht an sich zu reißen — wen wollten sie an die Spitze der Regierung setzen? Weder Kapp noch Pabst, noch Lüttwitz waren Manns

11 Vgl. John W. Wheeler-Bennett, a. a. O., S. 75.

12 Vgl. Noske: »Von Kiel bis Kapp«, S. 204. Die Vorbereitungen zum Putsch waren bekannt und sein nahes Bevorstehen wurde laufend in der Öffentlichkeit erörtert. Schon seit dem 2. März, das heißt dem Vortage des Zusammentreffens Lüttwitz' mit Heintze und Hergt, wußte die Polizei von einer möglichen Erhebung. Am 5. März erfuhr Stresemann in Hamburg davon. Seit Monaten waren die alliierten Vertretungen und die ausländischen Journalisten auf etwas Ähnliches gefaßt.

genug, die Volksmasse um sich zu sammeln. Nur Hindenburg könnte es. Doch die Alliierten würden ihn niemals als Reichspräsidenten dulden, ihn, dessen Name ganz oben auf der Liste der »Kriegsverbrecher« stand. Was sollte also das ganze agitatorische Getue?

Wenn es ihm auch bitter war, gegen seine ehemaligen Mitarbeiter einzuschreiten, so traf der Reichswehrminister doch gewisse Vorsichtsmaßnahmen. Gerade am Vorabend hatte er von der alliierten Kontrollkommission eine Note erhalten, mit der Auflage, die beiden Marinebrigaden unter die 15 000 Matrosen einzuordnen, die durch die Flottenklauseln des Vertrages genehmigt waren. Noske nutzte die günstige Gelegenheit und befahl, die Brigade Ehrhardt der Befehlsgewalt des Generals von Lüttwitz zu entziehen und sie Admiral von Trotha zu unterstellen.

Dieser Nachricht entnahm Lüttwitz, daß keine Minute zu verlieren sei. Ließe er sich die Brigade Ehrhardt nehmen, so wären all seine Pläne zunichte. Er ersuchte um eine sofortige Audienz beim Reichspräsidenten, der sie ihm noch am selben Tage gewährte. Die Unterredung fand am 10. März um 18 Uhr in Anwesenheit Noskes und der Generale von Oldershausen und von Oven statt.

Lüttwitz stellte eine Reihe von Forderungen:

»Ich verlange«, erklärte er drohend, »daß die Entlassungen sofort aufhören, daß General Reinhardt[13] durch General von Wrisberg abgelöst wird und daß die Brigade Ehrhardt unter dem Befehl des Gruppenkommandos von Berlin bleibt.«

Noske unterbrach ihn schroff.

»Kein General«, antwortete er unter Betonung jedes Wortes, »hat das Recht, der Regierung Bedingungen zu stellen. Die Brigade Ehrhardt verbleibt unter dem Befehl des Admiralstabes. Die Herabsetzung der Truppenstärken erfolgt genau nach Vorschrift. Ich denke nicht daran, General Reinhardt abzusetzen, aber ich werde ohne Zögern jeden General beseitigen, auf dem nur der geringste Verdacht der Untreue gegenüber den rechtmäßigen Behörden lastet.«

Lüttwitz brauste auf: »Ich bin nicht gewohnt, daß man in diesem Ton zu mir spricht. Ich verlange, daß ein neuer Reichstag gewählt und das Volk aufgerufen wird, einen neuen Präsidenten zu ernennen.«

Die Unterredung wurde immer stürmischer. Noch einmal unterbrach ihn Noske:

---

13 Oberst Walter Reinhardt, preußischer Kriegsminister, war kurz vorher zum Generalmajor ernannt worden.

»Das Gerede hat lange genug gedauert«, sagte er mit fester Stimme, »es ist Zeit, sich zu fügen oder zurückzutreten. Sie täuschen sich, Herr General, wenn Sie meinen, die ganze Reichswehr hinter sich zu haben. Ein bewaffneter Aufstand würde ernste Unruhen auslösen, aber er würde bestimmt niedergeworfen werden.«

Drohend sahen sich die beiden Männer an. Dann grüßte Lüttwitz mit knapper Geste und zog sich zurück.

»Nach diesem Skandal«, erklärte Ebert, »bleibt dem General nichts anderes übrig, als sein Amt niederzulegen.«

Aber statt des Rücktritts des Generals von Lüttwitz erfuhr Noske am folgenden Tage, dem 11. März, daß in den Büros der »Nationalen Vereinigung« eine ungewohnte Geschäftigkeit herrsche. Unwillig über diese Atmosphäre ständigen Aufruhrs, gab der Reichsminister dem Polizeipräsidenten den Befehl, Kapp, Pabst, Bauer und Schnitzler sofort verhaften zu lassen. Von einem Komplicen[14] gewarnt, hatten die Verschwörer gerade noch Zeit, zu fliehen. Als die Polizeibeamten am Sitz der »Nationalen Vereinigung« erschienen, war das Haus leer.

Um 10 Uhr ließ Noske seinen Personalchef rufen und befahl ihm, General von Lüttwitz sofort von seinem Kommando abzusetzen. General von Oven sollte sein Nachfolger an der Spitze des Gruppenkommandos I werden.

Eine Stunde später richtete General von Oldershausen folgendes vertrauliche Telegramm an alle Kommandeure des Wehrkreises:

Berlin, 11. März 1920. Dringend.

»General von Lüttwitz wird demnächst verabschiedet. Grund: Zerwürfnis mit Reichswehrminister und Reichspräsident. Gegenwärtig muß jeder Versuch, Regierungsgewalt zu ändern, unfehlbar scheitern, da Gegenmaßregeln getroffen sind. Auch dürfen gegenwärtige Unterhandlungen mit der Entente nicht durch innere Unruhen gestört werden[15].«

☆

Wenn man die Dokumente über den Putsch vom März 1920 aufmerksam prüft, so kann man nicht umhin, über die erbärmlichen Bedingungen, unter denen er begonnen wurde, betroffen zu sein. »General von

14 Wahrscheinlich durch einen Polizeibeamten, der der »Nationalen Vereinigung« angehörte.

15 E. O. Volkmann, a. a. O., S. 349.

Lüttwitz«, schreibt ein linksgerichteter Polemiker, »hat nicht gezögert, einen Putsch anzuzetteln, um seinen persönlichen Ehrgeiz zu befriedigen und seine schon ungeheure Macht noch zu vergrößern.« Solche Argumente sind lächerlich. In dem Augenblick, wo er sich entschlossen hatte, zur Tat zu schreiten, befand sich Lüttwitz in Wirklichkeit in höchst kritischer Lage: ein General, der gerade abgesetzt worden ist und ringsum alle Stützen wanken sieht, mit denen er gerechnet hatte. Ein Teil seines Generalstabes[16], die Befehlshaber der Wehrkreise, der Reichswehrminister, die zivile Regierung, die politischen Parteien von rechts und links hatten ihn nacheinander unterrichtet, daß sie ihm nicht folgen würden[17]. Trotzdem weigerte er sich, sich zu unterwerfen, und stürzte sich in ein unsinniges Abenteuer ohne ernst zu nehmende Mitarbeiter und ohne festes Programm[18]. Warum tat er das?

Lüttwitz fühlte, daß seine Truppen ihm den Rücken deckten. Unaufhörlich hatte er sie durch seine heftigen Aufrufe elektrisiert und ihnen so feste Versprechungen gemacht, daß er sich jetzt nicht davon lossagen konnte. Aufgeputscht standen sie im Hintergrund bereit. Sie marschierten von sich aus los, wenn Lüttwitz es ihnen nicht befahl. Und zwar nicht nur die Brigade Ehrhardt, sondern auch das Freikorps Roßbach, die Freiwilligen von Aulock und von Schmidt, von Lützow und von Pfeffer, die aus Schlesien und von der Ruhr, vom Rheinland und aus dem Baltikum kamen[19].

»Sie hatten an den Grenzen gekämpft«, schreibt Ernst von Salomon, »und hatten hinter sich ein verzweifeltes, hilfloses Land . . . Aber als diese Trupps merkten, daß sie kein Hinterland hatten, keinen zentralen Kraftkern, da wandten sie sich gegen Berlin . . . Und sie heischten Klarheit von Berlin — Berlin aber konnte keine Klarheit geben —, und sie

---

16 Besonders General von Oldershausen und Lüttwitz' Schwiegersohn, Major von Hammerstein.

17 »Da mein Generalstab, der, wie ich schon ausführte, unter Führung meines Chefs des Stabes (Oldershausen) vom Augenblick meiner Beurlaubung nicht mehr Notiz von mir nahm, und auch der mit meiner Stellvertretung beauftragte General von Oven (Befehlshaber des Wehrkreises III) sich nicht bei mir sehen ließ, war ich für die Vorbereitung des Unternehmens ganz auf mich allein angewiesen. Daraus und aus der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit erklären sich manche Unvollkommenheiten in der Vorbereitung.« (Lüttwitz, a. a. O., S. 118/19.)

18 »Auch die politische Leitung wurde mit ihren Vorbereitungen nicht fertig.« (Ibd.) In der Öffentlichkeit legte Kapp den größten Optimismus an den Tag. Aber im Privatgespräch war er weniger selbstsicher und scheute sich nicht, vom »blödsinnigen Ultimatum des Generals« zu sprechen, das ihn zwang, viel früher zu handeln, als er gewollt hatte. (Vgl. E. O. Volkmann, a. a. O., S. 350.)

19 »Ein ganzer Teil meines Jägerkorps wurde im Wirbel mitgerissen«, schrieb General Maercker.

standen finster und entschlossen, das Gewehr in der Hand ... Die Offiziere lauerten den Kurieren auf, und die Kuriere berichteten von blödsinnigen und trockenen Verhandlungen zwischen dem General Lüttwitz und Noske ... Die Sache sah nicht gut aus, und wir fürchteten, sie werde mit einem Kompromiß enden — dann aber waren wir bereit, trotzdem zu marschieren, ohne Lüttwitz und Kapp. Und vielleicht sogar — gegen sie[20].«

Oberst Reinhard hat also nicht unrecht, wenn er schreibt, daß General von Lüttwitz durch seine eigenen Truppen überfordert war[21]. Er hatte zu lange mit seinem Entschluß gewartet[22]. Jetzt hatte er keine Chancen mehr. Die Nation war noch nicht bereit, eine Diktatur zu ertragen, und die Reichswehr war schon zur Hälfte aufgelöst. Man kann die Tragödie des Kapp-Putsches in wenigen Worten zusammenfassen: In politischer Hinsicht war es noch zu früh zum Handeln, in militärischer Hinsicht war es schon zu spät.

☆

Sobald Lüttwitz erfuhr, daß gegen die Leitung der »Nationalen Vereinigung« ein Haftbefehl erlassen worden war, begab er sich schleunigst in das Döberitzer Lager, wo er sich unter den Schutz von Kapitän Ehrhardt stellte. Der Rest des Tages verlief ohne Zwischenfall. Aber am Morgen des 12. März erfuhr die Regierung, daß sich die Marinebrigade in Döberitz, 18 Kilometer von Berlin, verschanzt habe, daß Stacheldrahtverhau und Maschinengewehre den Eingang zum Lager versperrten und niemand das Recht habe, ein und aus zu gehen.

Durch diese Nachrichten alarmiert, beschloß Noske, selber nach Döberitz zu fahren, um zu sehen, was dort vorging. General Reinhardt redete es ihm aus: In Stunden akuter Krise sei der Platz des Ministers für nationale Verteidigung in Berlin. Begebe er sich aber nach Döberitz, riskiere er, gefangengenommen zu werden. Noske folgte dieser Warnung; er schickte an seiner Stelle Admiral von Trotha. Seltsame Wahl, denn

---

20 Ernst von Salomon: »Die Geächteten«, S. 182.

21 »Ich habe nicht den Eindruck gehabt, daß Kapp den Moment zum Handeln schon für gekommen sah, als Kapitän Ehrhardt, dessen Marinebrigade der Auflösung verfallen sollte, seinen Marsch nach Berlin antrat.« (Oberst Reinhard: »1918–1919«, S. 129.)

22 Lüttwitz erkennt selber, daß er früher hätte handeln sollen. (Lüttwitz, a. a. O., S. 84/85.)

der Admiral war mehr oder weniger der Verbündete der Verschworenen. Er telephonierte mit Ehrhardt, um ihm sein Kommen anzukündigen[23].

Sofort versammelte Ehrhardt seine Leute und befahl ihnen, sich für eine Nachtübung bereit zu halten. Dann rief er die Offiziere zusammen und teilte ihnen seinen Feldzugsplan mit. Um 22 Uhr wollte er zum Marsch auf Berlin aufbrechen. Eine Stoßkompanie sollte dem Gros der Truppen mit einer Haubitzenbatterie voranfahren. Jeder Widerstand würde erbarmungslos gebrochen. Inzwischen sollten sich die Leute schlafen legen und so tun, als ob nichts los wäre.

Kurz vor 22 Uhr kam Admiral von Trotha in Döberitz an. Es war stockfinster im Lager.

»Es geht das Gerücht«, sagte der Admiral zu Ehrhardt, »daß die Brigade Anstalten macht, noch diese Nacht auf Berlin zu marschieren.«

»Die Truppe ist im Lager. Die Leute schlafen«, antwortete Ehrhardt. »Sie können sich mit eigenen Augen davon überzeugen.«

»Das freut mich«, sagte der Admiral. »Ich hoffe, Sie werden nichts Unvernünftiges unternehmen. Sie wissen, welche furchtbare Verantwortung Sie auf sich laden, wenn die umlaufenden Gerüchte begründet sind«.

Ehrhardt schlug dem Admiral noch einmal vor, das Lager zu besichtigen, um sich zu überzeugen, daß dort völlige Ruhe herrsche.

»Nein, nein. Das ist nicht nötig«, antwortete der Admiral. »Ich bin nicht als Spion gekommen. Ich vertraue auf Ihr Wort.«

Trotha kehrte nach Berlin zurück und erstattete Noske Bericht. »Alles ist ruhig in Döberitz«, sagte er zum Reichswehrminister, »im Augenblick scheint nichts zu befürchten zu sein, aber die Lage kann sich schnell ändern.« Eine halbe Stunde später war Ehrhardts Brigade auf dem Marsch[24].

☆

Als man in Berlin endlich erfuhr, daß sich Ehrhardt und seine Brigade der Hauptstadt näherten, überstürzten sich die Vorbereitungen im Reichswehrministerium. Noske berief dringend General von Oldershau-

23 »Später habe ich gehört, daß von Trotha seinen Besuch im Lager vorher telephonisch angezeigt hat«, schrieb Noske. (»Von Kiel bis Kapp«, S. 208.) Wegen dieses Anrufs wurde von Trotha beschuldigt, die Regierung verraten zu haben. Der Admiral verlangte später ein Kriegsgerichtsverfahren, um sich verteidigen zu können; er wurde freigesprochen.

24 Sogar zu diesem Zeitpunkt war die Regierung nicht auf dem laufenden. Ein Journalist mußte Noske anrufen, um ihn darüber zu unterrichten, was wirklich los war.

sen, General von Oven und Oberst Wetzel und gab ihnen den Auftrag, den Rebellen entgegenzufahren, um ihnen zu befehlen, augenblicklich in ihr Lager zurückzukehren. Wenige Augenblicke später fuhr ein starker Wagen mit drei Offizieren in Richtung Döberitz.

Kurz vor Mitternacht stießen Noskes Abgesandte auf der Höhe der Havel auf die Vorhut der Marinebrigade. General von Oldershausen wünschte mit Kapitän Ehrhardt zu sprechen. Ein Fähnrich zur See antwortete ihm, der Kapitän sei im Lager geblieben. Erschöpft durch die Zwischenfälle des Tages hatte er sich vor dem Ausrücken ein wenig ausruhen wollen. Der Generalswagen fuhr weiter nach Döberitz.

Ehrhardt wurde durch die Ankunft der Generale plötzlich geweckt und glaubte zuerst, man wolle ihn verhaften. Er griff nach seiner Pistole.

»Hände hoch!« rief er.

»Schießen Sie nicht!« antwortete General von Oven. »Die Regierung schickt uns, um mit Ihnen zu verhandeln.«

»Verhandeln? Wozu das?« antwortete Ehrhardt und ließ die Waffe sinken, »ich führe nur General von Lüttwitz' Befehle aus. Ich bin nicht ermächtigt, die Geschehnisse aufzuhalten.«

»Wollen Sie denn einen Bruderkrieg zwischen den verschiedenen Einheiten der Reichswehr entfesseln?«

»Glauben Sie, daß es so weit kommen wird?«

»Ohne Zweifel.«

»In dem Fall«, sagte Ehrhardt nach kurzer Überlegung, »habe ich nicht das Recht, ein mögliches Übereinkommen abzuweisen. Ich werde nur bis zum Tiergarten vorrücken und dort warten, um die Annahme oder Ablehnung unserer Bedingungen zu erfahren.«

»Welches sind Ihre Bedingungen?«

Ehrhardt kritzelte schnell die Losungen auf ein Stück Papier, die er in den letzten Tagen General von Lüttwitz hatte aussprechen hören: Präsidentenwahl, allgemeine Neuwahlen, Gründung eines Kabinetts der Sachverständigen, Wiedereinsetzung des Generals von Lüttwitz in das Gruppenkommando I, Ernennung eines Generals seiner Wahl zum Reichswehrminister. Er verlangte eine Antwort bis 7 Uhr morgens.

Mit diesen Bedingungen kehrten die Generale nach Berlin zurück, während Ehrhardt eilig zu seiner Brigade fuhr. Aber die Gnadenfrist, die er der Regierung gewährte, machte die ganze Taktik der Aufrührer zunichte. Lüttwitz' Plan war es, in der Nacht vom 12. auf den 13. März alle Minister überraschend verhaften zu lassen. Jetzt war dieser Plan unausführbar. Die Stunden, die zwischen dem Aufbruch der Brigade

Ehrhardt und ihrem Eintreffen in Berlin vergingen, erlaubten es dem Kabinett, die ersten Verteidigungsmaßnahmen zu organisieren und sich vor ihren Gegnern zu schützen.

Gegen 1.30 Uhr morgens versammelten sich im Reichswehrministerium General Reinhardt, Major von Gilsa, Noskes Stabschef, General von Seeckt, der Chef des Truppenamts, Admiral von Trotha, General von Oldershausen, General von Oven, Regierungsrat Rauscher und andere, um über die gegen die Rebellen zu ergreifenden Maßnahmen zu beraten. Die spärlich eintreffenden Nachrichten waren beunruhigend. Es war zu fürchten, daß die Potsdamer Garnison mit den »Kappisten« gemeinsame Sache machte und daß sich auch die Polizei der Hauptstadt der Bewegung anschließen würde. General von Oven verlas Ehrhardts Bedingungen.

»Diese Nacht zeichnet den Fehlschlag meiner ganzen Laufbahn«, rief Noske aus. »Mein Vertrauen in das Offizierkorps ist hoffnungslos erschüttert!« Und doch war der Reichswehrminister nicht geneigt, kampflos das Feld zu räumen.

»Ich werde die gegenrevolutionären Elemente bekämpfen«, tobte er, »und ich werde die Rebellion mit Waffengewalt zerschmettern! Die Offiziere, die bereit sind, mir zu folgen, mögen die Hand heben!«

Doch nur zwei Hände hoben sich: es waren General Reinhardt und Major von Gilsa. Alle anderen Offiziere, selbst Admiral von Trotha, weigerten sich, diesen Weg einzuschlagen. Da sprach in das lastende Schweigen, das Noskes Frage gefolgt war, General von Seeckt die seitdem Geschichte gewordenen Worte:

»Die Reichswehr schießt nicht auf die Reichswehr! Haben Sie, Herr Minister, wirklich die Absicht, vor dem Brandenburger Tor eine Feldschlacht zwischen Truppen zu dulden, die vor kurzer Zeit noch Seite an Seite gegen den Feind gekämpft haben?«

Wollte General von Seeckt durch diese Worte die Aufrührer retten? Sicherlich, doch er bedachte vor allem die tragischen Folgen, die ein Bruderkampf nach sich ziehen würde.

Sobald die Reichswehr die Reichswehr geschlagen hätte, wären die Einheit und Kameradschaft des Offizierkorps dahin. Die seit dem 9. November 1918 mit so großen Schwierigkeiten abgewendete Katastrophe wäre dann zur vollendeten Tatsache geworden.

Das waren die Argumente, die er aussprach. Aber es gab andere, die er verschwieg und die nicht weniger seine Haltung bestimmten. Wenn sich das Heer abwartend verhielt, bis der Ausgang dieser Kraftprobe klar

zu erkennen war, dann konnte es im gleichen Augenblick auf den Plan treten und sich dem Sieger an die Seite stellen. »Heißt dieser Sieger von Lüttwitz, dann wird das Heer all seine Rechte und seinen Glanz aus der Zeit vor der Revolution wiedererhalten; heißt er dagegen Ebert, so ist von Seeckt intelligent genug, zu wissen, daß ein republikanisches Regime, das durch einen Generalstreik an der Macht gehalten wird, in der Folge gezwungen ist, sich kräftig auf das Heer zu stützen, um der Anarchie Einhalt zu tun[25].« So würde das Heer, was auch immer geschah, der Schlüssel zur Macht im Innern des Reiches sein.

Noske aber, dessen Denken andere Wege ging, sah nur eines: Die Reichswehr weigerte sich, Partei zu ergreifen!

»Da Sie nicht kämpfen wollen, um die Regierung zu verteidigen«, sagte er, »bleibt mir nur übrig, die Arbeiter zu den Waffen zu rufen.«

»Das wird kaum möglich sein«, wendete Rauscher ein. »Das Ultimatum läuft in fünf Stunden ab, die Frist ist zu kurz.«

»Dann muß wenigstens die Sicherheitspolizei mobilisiert werden!« drängte der Reichswehrminister.

Aber auch hier nahm von Seeckt ihm jede Hoffnung. Einige Einheiten der Polizei hatten schon mit den Aufrührern paktiert.

»Alle lassen mich im Stich!« rief Noske. »Dann bleibt mir nur noch der Selbstmord übrig!«

Die Generale senkten den Kopf, als sie so heftig angefahren wurden. Schließlich erhob sich der Reichswehrminister:

»Gut«, sagte er knapp, »der Ministerrat wird entscheiden.«

☆

Um 3 Uhr in der Frühe des 13. März versammelten sich alle Minister bei Ebert. Noske gab einen kurzen Bericht von der Lage und von seiner Unterredung mit den Generalen. Sofort lehnte Ebert jede Maßnahme ab, die zum Bürgerkrieg führen konnte. Nicht durch bewaffneten Widerstand werde man mit den Rebellen fertig werden, sondern durch den Generalstreik. Er allein konnte der gegenrevolutionären Bewegung den Hals brechen. Um Herr der Lage zu bleiben, mußte sich das Kabinett der Reichweite der Herren Kapp und Lüttwitz entziehen. Deshalb beschlossen die Minister, den Sitz der Regierung nach Dresden zu verlegen, wo

---

25 Wheeler-Bennett, a. a. O., S. 77.

sie sich unter General Maerckers Schutz stellen wollten[26]. Nur Vizekanzler Schiffer, General von Seeckt und die Unterstaatssekretäre blieben als Beobachter in Berlin. Die Minister hatten gerade noch Zeit, mit den wichtigsten Reichsbeamten zu telephonieren und ihnen zu verbieten, die neue Regierung zu unterstützen, dann machten sie sich auf den Weg.

Um 5.40 Uhr startete der erste Wagen mit Präsident Ebert nach Sachsen. Ihn begleiteten Außenminister Müller und der Chef des Kanzleramtes, Meißner. Kurz darauf fuhr ein Lastwagen ab, in dem Noske, Reichskanzler Bauer, Major von Gilsa und Hauptmann Hahn vom Reichswehrministerium Platz genommen hatten. 200 Abgeordnete flohen, wie sie es gerade konnten, die einen im Wagen, die anderen mit der Eisenbahn. Erzberger, der am Vortage dem Kabinett seinen Rücktritt mitgeteilt hatte, floh nach Tempelhof in das Kloster »Zum Guten Hirten«. In den ersten Stunden des Tages war die Regierung in alle Winde zerstoben.

---

26 Daran läßt sich ermessen, wie sich die Lage geändert hatte. Im April 1919 war Sachsen in voller Loslösung vom Reich; ein Reichsminister, Herr Neuring, war dort gelyncht worden (vgl. Band I, S. 295). Jetzt, im März 1920, hatte sich die Lage so gewandelt, daß die Regierung in Sachsen Zuflucht finden konnte, ohne Belästigungen zu befürchten. Nicht durch die Feindseligkeit der Bevölkerung wurde die Regierung gezwungen, die Hauptstadt Sachsens wieder zu verlassen, sondern, wie wir sehen werden, durch die zweideutige Haltung General Maerckers.

VI Der Kapp-Lüttwitz-Putsch

2. Der Putsch

Am 13. März 1920, um 7 Uhr, ging eine strahlende Sonne über Berlin auf. Da Kapitän Ehrhardt keine Antwort auf sein Ultimatum bekommen hatte, gab er seiner im Tiergarten liegenden Brigade den Befehl zum weiteren Vormarsch. Kurz darauf kam die Kolonne mit fliegenden Fahnen durchs Brandenburger Tor. Zur gleichen Stunde zogen die Potsdamer Garnison und verschiedene Freikorps von Südwesten und Osten her in die Stadt ein. Ehrhardt gewährte den Regierungstruppen eine Frist von 40 Minuten, um sich zurückzuziehen, falls sie das wünschten. Die meisten blieben und setzten ihren Wachtdienst fort, aber für Kapp.

Das Regierungsviertel und die wichtigsten strategischen Punkte der Stadt waren schnell besetzt. Ein Zug von Ehrhardts Soldaten kampierte vor der Reichskanzlei, während sich das Gros der Brigade im Reichsmarineamt einquartierte. Niemand in Berlin ahnte etwas. Die Republik war stillschweigend abgewürgt worden, ohne daß irgendein verdächtiger Lärm den Frieden dieser Nacht gestört hätte.

Als die Hauptstadt erwachte, waren die ersten Spaziergänger überrascht, die alte kaiserliche Fahne auf der Reichskanzlei und auf den wichtigsten öffentlichen Gebäuden flattern zu sehen. Die Straßen wimmelten von bewaffneten Patrouillen, die Zusammenrottungen auseinandertrieben und die Neugierigen aufforderten weiterzugehen. »Wegen der Sicherheitswehren und der Reichswehr machen sich die Berliner keine Sorgen«, schreibt Louis de Brouckère[1], »aber an den Kreuzungen, in den Höfen, auf den Plätzen kampieren die Baltikum-Kämpfer, und die sehen sie nicht ohne Schaudern. Wie viele sind es? Niemand weiß es genau ... Auf alle Fälle bilden sie überall im Lande furchterregende Banden ... Dazu sind sie schwer bewaffnet. Sie tragen geladene Gewehre und haben das Bajonett aufgepflanzt. Am Gürtel tragen sie Selbstladepistole und Kolben, die bei Bedarf zu einer Art Karabiner zusammengesetzt werden können. Sie haben auch zwei Handgranaten, deren Explosion ein furchtbares Blutbad in der Menge verursachen

1 Louis de Brouckère: »La Contre-Revolution en Allemagne«, S. 23.

würde. Ihren Helm schmückt das antisemitische Hakenkreuz[2]. Sie sind jung, zum größten Teil sehr jung. Sie haben die erdfahle Gesichtsfarbe von Männern, die lange Zeit im Krieg waren. Sie sind schlank, geschmeidig und abgehärtet. Es sind schöne Soldaten. Wer nicht gerade Dienst hat, schlendert schon durch die Stadt. Sie prüfen die Reichtümer und Schönheiten der Großstadt mit einer Neugier, die zuweilen wilde Begierde verrät. So mußten sich die Gallier in den ersten Stunden nach der Eroberung Roms verhalten haben.«

Kaum hatten die Truppen die Stadt besetzt, als Kapp in die Reichskanzlei einzog und die ersten Verordnungen seiner Regierung unterzeichnete. Er ernannte General von Lüttwitz zum Oberkommandierenden des Heeres und zum Reichswehrminister. Der Ausnahmezustand wurde im Berliner Bezirk verkündet. Die Universität wurde geschlossen, das Erscheinen der Zeitungen verboten. Dann ließ Kapp in der Stadt eine Bekanntmachung anschlagen, die die Absichten der neuen Regierung darlegte.

Aber dies farblose Manifest, in dem sich die Worte »Die Regierung verpflichtet sich . . .« 13mal wie ein eintöniger Kehrreim wiederholten, machte keinen Eindruck auf die Berliner Bevölkerung. »Ein Mensch, der da weiß, was öffentliche Meinung ist, ein beliebiger kleiner demokratischer Parteisekretär, wäre im jetzigen Augenblick zu gigantischer Größe emporgewachsen«, schrieb der Verfasser des Siebentagebuches. »Kapp und die Seinen aber haben keine Ahnung von dieser modernsten und furchtbarsten Waffe[3].« Statt tatkräftiger, sachkundiger Männer strömte eine unwahrscheinlich große Zahl von Profitmachern der Gegenrevolution zur Reichskanzlei. Die meisten kamen mit weißen Gamaschen und Zylindern. War das das »Kabinett der Sachverständigen«, nach dem Ehrhardt und Lüttwitz seit Wochen verlangten? Gewiß nicht. Aber die echten Sachverständigen, die für wichtige Posten ausersehen waren, wünschten es sich genau zu überlegen, bevor sie ihre Namen auf die Ministerlisten setzen ließen.

Während Kapp von Intriganten und Aufdringlingen bestürmt wurde, traf General von Lüttwitz im Reichswehrministerium ein. Als erstes setzte er General Reinhardt, den preußischen Kriegsminister, ab und

2 »Die Hakenkreuze: Viele Soldaten von uns«, schreibt Rudolf Mann, »die eins vor dem Kopfe trugen, meinten, es wäre das Monogramm Ehrhardts, andere erklärten es als lettisches Volkswappen, das seinen Weg vom Baltikum hergefunden hätte, ein Teil nur wußte Bescheid und trug es bewußt.« (Rudolf Mann: »Mit Ehrhardt durch Deutschland«, S. 181.)

3 A. Stein: »Siebentagebuch«, S. 12.

unterstellte alle Dienststellen des Reichswehrministeriums dem Befehl des Generals von Wrisberg. Der aus dem Truppenamt beseitigte General von Seeckt wurde durch General von der Goltz ersetzt, den Helden des Baltikums[4]. General von Oldershausen, der Chef des Generalstabes, wurde durch Oberst Bauer abgelöst, den Vertrauensmann General Ludendorffs. General von Oven endlich, der Befehlshaber des Wehrkreises III, wurde durch Oberst Reinhard ersetzt, den früheren Kommandeur des 4. Garderegiments, der eben auf Ersuchen Scheidemanns aus den Ranglisten gestrichen worden war[5].

Nachdem sich General von Lüttwitz so mit sicheren Männern oder mit solchen, die er für sicher hielt, umgeben hatte, befaßte er sich damit, seine Truppen zu verstärken. Er schickte eine Reihe Telegramme an die »Eiserne Division« in Stade, an das 23. Artillerieregiment in Hamburg, an das Freikorps Roßbach und an andere Formationen, von denen einige schon aufgelöst, andere in der Auflösung begriffen waren. Lüttwitz befahl ihnen, sich zum Marsch auf Berlin bereit zu halten. Ebenso wurden Sicherheitspolizei und Einwohnerwehr mobilisiert, »so daß tatsächlich am 13. März vormittags«, schreibt Oberst Bauer, »die gesamten Stäbe und die Truppen des Gruppenkommandos I sowie die Sicherheitspolizei sich für Lüttwitz erklärt hatten[6]«.

☆

Kurz nach Mittag kam die Regierung Ebert-Noske in Dresden an, wo sie von General Maercker und seinem Stab empfangen wurde. Der frühere Kommandeur des Landesjägerkorps erklärte sogleich, er sei als Soldat gebunden, die Anweisungen des Generals von Lüttwitz zu befolgen, und er habe den Befehl erhalten, die Regierung in Untersuchungshaft zu nehmen.

»Was verstehen Sie darunter?« fragte Ebert mißtrauisch.

»Ich deute den Befehl des Generals von Lüttwitz folgendermaßen: Meine Pflicht ist es, streng über Ihre Sicherheit zu wachen.«

---

4 »General von Seeckt«, schrieb Lüttwitz, »zog sich äußerlich von den Geschäften zurück. Leider versäumte ich, ihn als einen unserer Hauptgegner gehörig beobachten zu lassen. Daß er die Seele des militärischen Widerstandes gegen unser Unternehmen war, ist mir freilich erst durch den Jagow-Prozeß bewußt geworden.« (Lüttwitz, a. a. O., S. 122.)

5 Siehe weiter oben, S. 77, Fußnote 1.

6 Oberst Bauer: »Der 13. März 1920«, S. 16.

»Wissen Sie denn nicht, daß General von Lüttwitz seines Amtes enthoben ist?« fragte Noske, überrascht und ärgerlich über diese doppelsinnige Erklärung.

Doch General Maercker zog sich zurück, ohne weitere Auskünfte zu geben.

Die zweideutige Haltung des Befehlshabers des Wehrkreises IV war kaum dazu angetan, den Mitgliedern des Kabinetts ein Gefühl der Sicherheit zu geben, und veranlaßte sie, ihren Aufenthalt in Dresden nicht über Gebühr auszudehnen. Nachdem Reichspräsident Ebert einige dringende Botschaften abgesandt hatte, entschloß er sich, den Sitz der rechtmäßigen Regierung nach Stuttgart zu verlegen, wo der loyale General Bergmann ihm absolute Sicherheit garantierte.

☆

Am Abend des 13. März, zwölf Stunden nach Eintreffen der Brigade Ehrhardt in Berlin, war die Lage des Reiches etwa folgende:

Alle Truppen des Gruppenkommandos I waren für Kapp. Die Korps des Gruppenkommandos II jedoch blieben neutral oder waren Kapp feindlich gesinnt. So war Deutschland in zwei Teile zerrissen: Die landwirtschaftlichen Gebiete des Nordens und Ostens hatten für die neue Regierung Partei ergriffen, während die in der Hauptsache industriellen Gebiete des Südens und Westens — wo der Generallandschaftsdirektor fast unbekannt war — Ebert und der rechtmäßigen Regierung treu blieben.

»Zögern Sie nicht, mit Waffengewalt einzuschreiten«, hatte Kapp zu Lüttwitz bei ihrem ersten Zusammentreffen gesagt. »Die Truppen warten nur auf ein Zeichen von Ihnen und werden Ihre Befehle über die Köpfe unentschlossener Generale hinweg ausführen.« Diese Voraussage hatte sich nur zum Teil erfüllt. Statt sich auf das ganze Reich zu erstrekken, wie Lüttwitz gehofft hatte, blieb der Putsch auf Berlin und Norddeutschland beschränkt. Er rief in Bayern sogar eine unerwartete Reaktion hervor.

Denn in der Nacht vom 13. zum 14. März meuterten Bataillone von Zeitfreiwilligen und Verbände der »Orgesch[7]«. Unter dem Kommando des Leutnants Oesterreicher und des Hauptmanns Escherich beschlossen sie, das sozialistische Kabinett unter Ministerpräsident Hoffmann[8] zu

---

7 Über die Struktur und die Rolle der Zeitfreiwilligen und der »Orgesch« siehe weiter unten, S. 147, Fußnote 10.

8 Der ehemalige Regierungspräsident von Bamberg war nach dem Unternehmen von Noske nach München zurückgekehrt.

stürzen. Mit Unterstützung des Obersten von Epp und des Polizeipräsidenten Pöhner umstellten bewaffnete Milizsoldaten das bayerische Kabinett und zwangen es, zugunsten einer neuen nationalistischen Regierung unter Führung von Kahr zurückzutreten[9]. Dieser plötzliche Wechsel in der bayerischen Innenpolitik hatte später bedeutende Folgen. Im Augenblick aber verbesserte er keineswegs Lüttwitz' Lage. Trotz des Putsches, der von Elementen außerhalb der Reichswehr angezettelt worden war, bewahrten die drei in Bayern stationierten, von General von Moehl befehligten Reichswehrdivisionen Berlin gegenüber strengste Neutralität.

☆

Am 14. März tauchten morgens neue Schwierigkeiten am Horizont auf. Am Vorabend hatten die bürgerlichen Parteien[10] des Reichstages beschlossen, sich offiziell von der neuen Regierung loszusagen. Die Abgeordneten Heintze und Hergt hatten Lüttwitz ja davon in Kenntnis gesetzt, daß sie ihm nicht in die Illegalität folgen würden. Aber der General hatte es nicht für nötig gehalten, ihren Ratschlägen zu folgen. Jetzt erkannte er das ganze Ausmaß seines Irrtums. »Diese passive Haltung der bürgerlichen Parteien«, schrieb er, »bereitete uns eine fast noch bitterere Enttäuschung als das neutrale Verhalten des militärischen Gruppenkommandos II. Der von uns erhoffte Antrieb für die Truppen des Gruppenkommandos II, uns beizutreten, fiel damit fort. Auch die Truppen meines eigenen Gruppenkommandos I erhielten durch das ausbleibende Echo in der Bevölkerung keine neuen Impulse[11].«

Bald wandte sich die Zivilbevölkerung sogar gegen sie. Eberts letzte Telephongespräche in Berlin, bei denen er den Beamten untersagt hatte, gemeine Sache mit den »Usurpatoren« zu machen, fingen an, Früchte zu tragen. Am Morgen des 14. März ließ der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei in der Stadt Flugblätter verteilen, die alle Arbeiter aufforderten, die Arbeit niederzulegen[12]. Das Zentralkomitee der Gewerkschaften und die Gewerkschaften der Angestellten und der öffentlichen

---

9 Eine ausführliche Beschreibung dieses Staatsstreiches findet sich in Walter Frank: »Franz Ritter von Epp«, S. 95 ff.

10 Das heißt Zentrum, Demokratische Partei, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Partei.

11 Lüttwitz, a. a. O., S. 125.

12 »Hier sieht man eine Neuheit, die auffallend und bezeichnend ist für die heutige Zeit«, schreibt Louis de Brouckère: »Eine Regierung ruft das Volk zum Streik auf, als letztes Mittel, um die Gesetzlichkeit zu verteidigen.« (a. a. O., S. 39.)

Dienste riefen ihrerseits den Generalstreik aus. Die katholische Zentrumspartei billigte diesen Entschluß, die Demokraten nahmen ihn ebenfalls an. In wenigen Stunden war man einig.

Am frühen Nachmittag schlossen die Fabriken ihre Tore, die Maschinen standen still. Die Bewegung breitete sich unaufhaltsam aus. Um 17 Uhr war das ganze Reich vom Streik gelähmt. Es war der umfangreichste Streik, den die Welt je gesehen hatte. Jede Tätigkeit hatte aufgehört. Es verkehrten weder Züge noch Straßenbahnen. Die Betriebe ruhten, die Läden waren geschlossen. Die Nervenzentren der Hauptstadt hörten eines nach dem anderen auf zu arbeiten. Die Lebensmittelversorgung wurde unterbrochen, der öffentliche Dienst desgleichen. Es gab kein Wasser, kein Gas, keinen Strom mehr.

»Eine nachhaltige Umwälzung war nun nicht mehr zu erhoffen«, schreibt General von Lüttwitz, »wohl aber konnte, gestützt auf unsere Truppenmacht, durch Druck auf die alte Regierung noch manches erreicht werden. Es kam jetzt darauf an, auszuharren und bei den Verhandlungen, die nach den Generalabmachungen mit der Regierung Ebert gepflogen werden sollten und die sich nun auch aus der Lage selbst als notwendig ergaben, sie unbedingt unsere Macht fühlen zu lassen[13].«

Am Montag, dem 15. März, war die Hauptstadt wie gelähmt. Alle Verkehrsmittel ruhten. Die Technische Nothilfe vermochte nicht, die Arbeit der Gas- und Elektrizitätswerke sicherzustellen. Doch das schlimmste für die Regierung war wohl, daß die Zeitungen, die Kapp nur für ein paar Stunden hatte verbieten wollen, nicht mehr erschienen[14]. Lüttwitz wollte sie zwingen, wieder zu erscheinen, aber es war zu spät: Die Drucker folgten dem Streikaufruf der Gewerkschaften. Vergebens bemühten sich die Druckereileiter, gegen eine Lage anzukämpfen, die über ihre Kräfte ging. Es wurde versucht, die Druckereien durch die Truppe besetzen zu lassen, aber die Setzer weigerten sich, unter Aufsicht der Soldaten zu arbeiten. Wenn schließlich ein Betrieb ausfindig gemacht worden war, der Flugblätter für die neue Regierung drucken wollte, so vereitelte der fehlende elektrische Strom die Arbeiten.

Kapp und seine Mitarbeiter sahen sich also ernsten Schwierigkeiten gegenüber, doch es gelang ihnen nicht, sie zu lösen, und sie unternahmen auch gar nichts dagegen. Die Gegenregierung saß in Stuttgart. Kapp konnte sie weder stürzen noch sich mit ihr aussöhnen. Er schien

---

13 Lüttwitz, a. a. O., S. 125.
14 Richard Bernstein: »Der Kapp-Putsch und seine Lehren«, S. 10.

nicht vorausgesehen zu haben, daß sich die Regierung Ebert in der Provinz niederlassen und dort Unterstützung finden könnte. Sicher hatte er nicht mit dem Generalstreik gerechnet, der ihn jetzt mit seiner schrecklichen, stummen Macht lähmte.

Wie zu erwarten war, wuchs jetzt bei der Zivilbevölkerung der Haß gegen die Männer, die nach ihrer Meinung die wirtschaftliche Wiedergeburt[15] des Landes vereitelt hatten.

In ganz Deutschland begann die so hart unterdrückte Revolution von neuem zu grollen. Überall bewaffneten sich die Linksradikalen, denn sie fühlten, daß die Stunde der Vergeltung nahte. Die Brennpunkte der Unruhen waren dieselben, in denen die Revolte im November 1918 entstanden war: in Kiel, Halle, Frankfurt und Chemnitz. Blut floß in Sachsen und in Thüringen, eine rote Armee bildete sich an der Ruhr. In Wilhelmshaven setzten Mannschaften den Admiral von Levetzow gefangen und schlossen ihn mit 400 Offizieren in der Tausendmann-Kaserne ein. Erste Krawalle brachen schließlich auch in Berlin aus: in der Invalidenstraße, am Halleschen Tor, in Steglitz und am Cottbuser Tor.

In Sorge, daß die Truppen in Berlin gegen die Streikenden mit Waffengewalt vorgehen könnten, richtete die Regierung Ebert einen Aufruf an das Heer[16]:

»Soldaten der Reichswehr!
Ihr habt Euch eidlich verpflichtet, die Verfassung des Reiches zu verteidigen und der von der Nationalversammlung rechtmäßig eingesetzten Regierung zu gehorchen. Wir appellieren an Eure Ehre als Soldaten und Bürger eines freien Landes. Bleibt der einzigen rechtmäßigen Regierung treu!

Führt gewissenhaft ihre Befehle aus und weist jeden Versuch zurück, der Euch zu Meineid und Verrat verleiten will. Tut mit uns Euer Bestes, um unser Volk aus der Lebensgefahr zu retten, die ihm droht, und um es nach dieser Zeit der Leiden und der Schrecken einer besseren Zukunft zuzuführen.

Der Reichswehrminister Noske — Der Reichspräsident Ebert

15 »Das revolutionäre Geschehen machte einer ruhigeren Entwicklung Platz«, schrieb General Maercker. »Zugleich wuchs die Arbeitslust, und mit ihren Ergebnissen erholte sich die Kaufkraft unseres Geldes. Die Arbeitslosigkeit nahm ab. Diese Besserung auf wirtschaftlichem Gebiet wurde durch das Eingreifen von Kapp jäh unterbrochen.« (Maercker, a. a. O., S. 351/52.)

16 Diese Proklamation wurde durch Flugzeuge der Regierung über den Kasernen abgeworfen oder durch die Gewerkschaften unter den Soldaten verteilt.

»In der Nacht vom 15. auf den 16. März«, schrieb ein Augenzeuge, »schlief Berlin schlecht. Man war auf einen ungeheuerlichen Umsturz gefaßt, auf die Entfesselung aller Kräfte des Abgrunds[17].«

☆

Am Dienstag, dem 16. März, verschlimmerte sich die Lage noch. Am Tage zuvor hatte es keine Transportmöglichkeiten, kein Wasser, keine Beleuchtung gegeben. Jetzt aber wurden Fleisch und Brot knapp. Dazu hatte die Regierung kein Geld mehr, um ihre Truppen zu bezahlen. Sie brauchte 10 Millionen Mark, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Der Präsident der Reichsbank, Havenstein, weigerte sich, den Soldwechsel zu honorieren, den ihm ein Geheimbote Kapps vorlegte. Havenstein verschanzte sich hinter der Tatsache, daß er nicht vom Finanzminister gegengezeichnet war. Als letztes verzweifeltes Mittel beauftragte Kapp Ehrhardt, mit einem Bataillon seiner Brigade den Zugang zum Gewölbe der Bank zu erzwingen. Ehrhardt weigerte sich, diesen Befehl auszuführen. Er sei nicht nach Berlin marschiert, erklärte er, um Geldschränke aufzubrechen.

Von Stunde zu Stunde schloß sich der Schraubstock enger um die Aufständischen. Einziger Ausweg wäre eine Vereinbarung mit der Regierung Ebert. Die aber wich aus und verschleppte die Angelegenheit. Warum sollte sie sich auch beeilen, da doch die Zeit für sie arbeitete[18]?

Eingeschlossen in den Büros der Reichskanzlei, verfügte Kapp, der seit 48 Stunden gegen die ihn überfordernden Probleme ankämpfte, nur noch über eine Waffe: die Truppe. Bisher hatte Lüttwitz sie nicht einsetzen wollen. Aber die unbeugsame Haltung der Reichsbehörden zerstreute endlich seine Bedenken: Da Ebert und Noske nicht verhandeln wollten, blieb nur der Bürgerkrieg.

Um 15 Uhr gab General von der Goltz, der Nachfolger Oberst Rein-

---

17 Rudolf Mann, a. a. O., S. 176.

18 Begleitet von Staatssekretär von Berger, war General Maercker am Abend des 14. März nach Berlin gekommen, um seine Vermittlung anzubieten. Lüttwitz empfing ihn mit betonter Kühle und gab ihm seine Bedingungen bekannt. Es waren etwa die gleichen, die Kapitän Ehrhardt am 12. März ausgesprochen hatte, verbunden mit der Forderung nach Generalamnestie für alle Putschteilnehmer. General Maercker übermittelte diese Bedingungen der Reichsregierung in Stuttgart; dort machte man ihn darauf aufmerksam, daß er nicht beauftragt worden sei, sich mit General von Lüttwitz in Verbindung zu setzen, und weigerte sich deshalb, die Bedingungen zu berücksichtigen.

hards an der Spitze des Wehrkreises Berlin[19], den Kommandeuren der Korps den Befehl, alle Rädelsführer sowie alle Arbeiter, die sich als Streikposten betätigten, zu erschießen. Diese Verfügung sollte am selben Tag um 16 Uhr in Kraft treten.

Obgleich sie wußten, daß solche Maßnahmen nur Lüttwitz' Sturz beschleunigen konnten, waren seine Feinde doch entsetzt über diese Nachricht. »Zwei Uhr, drei Uhr, vier Uhr!« schreibt Louis de Brouckère, »wir spitzten ängstlich die Ohren und fürchteten, jeden Augenblick die Salven der ersten Erschießungskommandos krachen zu hören[20].« Plötzlich übermittelte das Reichswehrministerium den Korpskommandeuren den Befehl, die Verfügung nicht zu vollstrecken. Was war geschehen?

Mit Geduld und Zähigkeit war es Hauptmann Pabst gelungen, mit den Parteiführern der Rechten Fühlung zu nehmen, und er hatte sie gebeten, mit Stuttgart zu verhandeln. »Das ist sehr schwierig«, antwortete ihm Vizekanzler Schiffer. »Aber ich kann Ihnen versichern, daß die Regierung beabsichtigt, gesetzmäßige Wahlen auszuschreiben und durch das Volk einen neuen Reichspräsidenten wählen zu lassen.«

Diese beiden Punkte entsprachen zwei der wichtigsten Forderungen Kapps. Da das Reichskabinett bereit zu sein schien, sie zu erfüllen, war es besser, die Lage nicht zu verschlimmern[21]. Deshalb verschob General von Lüttwitz die Durchführung der Zwangsmaßnahmen auf den nächsten Tag. Der Abend verging ohne weitere Zwischenfälle. Aber in der Nacht vom 16. auf den 17. März geschah ein Ereignis von größter Tragweite. Noskes Aufruf an die Soldaten der Reichswehr hatte den in der Köpenicker Straße kasernierten Pionieren so zu denken gegeben, daß sie meuterten und ihre Offiziere gefangennahmen. Ehrhardt mußte ein mit Minenwerfern bewaffnetes Bataillon der Marinebrigade einsetzen, um die Kaserne zu umzingeln und die Gefangenen zu befreien. Die Bedeutung dieses Geschehens entging Lüttwitz nicht. Die Truppen der Garnison fielen von ihm ab.

Der nächste Tag, der 17. März, zeigte die Folgen dieser Meuterei in ihrer ganzen Tragweite. Die Berliner Sicherheitspolizei erklärte, sie sage

---

19 Oberst Reinhard war soeben Divisionskommandeur geworden (vgl. »1918–1919«, S. 129).

20 Louis de Brouckère, a. a. O., S. 50.

21 Um so mehr, als sich zur gleichen Zeit eine Abordnung der Industrieunternehmer, geführt von Ernst von Borsig, zur Reichskanzlei begeben hatte, um Kapp mitzuteilen, daß die Berliner Industriellen lieber ihre Werke schließen wollten als ein solches Gemetzel zuzulassen. »Die Einigkeit der Arbeiterklasse ist so stark, daß man unmöglich die Rädelsführer von den Millionen Arbeitern, die die Arbeit niedergelegt haben, unterscheiden kann«, erklärten sie.

sich von der neuen Regierung los und fordere die sofortige Absetzung Kapps. Andere Regimenter drohten sich der Polizei anzuschließen. »Mit einem Schlage«, schrieb Lüttwitz, »war die Situation sehr ernst geworden. Auf die meisten Berliner Truppen und namentlich ihre Führer war kein rechter Verlaß mehr. Mit Gewalt war nichts mehr gegen sie zu machen. Die Brigade Ehrhardt genügte zur Niederhaltung der aufsässigen Bevölkerung Berlins, ob sie aber gleichzeitig noch den Kampf gegen die anderen Truppen und die Polizei aufnehmen und glücklich durchführen konnte, das war doch fraglich ... Es blieb nunmehr nichts übrig, als durch Verhandlungen mit den Parteiführern möglichst viel aus dem Unternehmen herauszuholen und es damit zu liquidieren[22].«

Aber nachdem die Parteiführer von der Revolte der Pioniere gehört hatten, zeigten sie sich plötzlich weit zurückhaltender als am Tage vorher. Schiffer, der versprochen hatte, von der Reichsregierung eine Amnestie zu erwirken, nahm alle Zusagen, die er Hauptmann Pabst gegeben hatte, zurück und erklärte, es sei ihm unmöglich, weiter zu verhandeln, solange Kapp in der Reichskanzlei sitze.

Der Generallandschaftsdirektor wankte unter diesem Schlag. Zwei andere Nachrichten setzten ihm noch mehr zu: Mittags erfuhr er, General Maercker sei nach Dresden zurückgekehrt und habe sich endgültig der Regierung Ebert angeschlossen. Fast gleichzeitig teilte General Malcolm Lüttwitz mit, daß England und somit die Alliierten niemals das neue Berliner Regime anerkennen würden. Diese Eröffnung besiegelte die Niederlage der Verschwörer.

Körperlich und seelisch vom Kampf der letzten Tage zerbrochen, entschloß sich Kapp, bedingungslos zurückzutreten. In einer Erklärung vom Spätnachmittag des 17. März sagte der frühere Generallandschaftsdirektor von Ostpreußen, er sehe seine Mission als beendet an und gebe seine Machtbefugnis an General von Lüttwitz zurück.

Überstürzt rief man eine Taxe herbei. Kapp, der am Samstagmorgen protokollgerecht in Cut und Zylinder seinen Einzug in die Reichskanzlei gehalten hatte, verbarg sich hinter einem Taschentuch und hatte den Filzhut tief ins Gesicht gedrückt, als er am Mittwochabend wieder herauskam. Er besaß kein Gepäck. Irgend jemand steckte ihm eilig ein Bündel Papiere zu, während ein an den vier Ecken zusammengeknotetes Tuch, das seine persönliche Habe enthielt, auf das Dach des Wagens geworfen wurde. Seine Tochter begleitete ihn, ihr Gesicht war tränenüber-

22 Lüttwitz, a. a. O., S. 129/30.

strömt. Die Taxe fuhr sie schnell nach Tempelhof, wo ein Flugzeug auf sie wartete, um sie nach Schweden zu bringen.

Die Herrschaft des Diktators hatte genau 100 Stunden gedauert[23].

☆

Jetzt lastete das Gewicht allen Geschehens auf Lüttwitz. Würde es ihm gelingen, die Lage zu meistern? Ludendorff riet ihm, »den Stier bei den Hörnern zu packen«. Seine erste Sorge war, die unterbrochenen Verhandlungen mit der Regierung Eberts wiederanzuknüpfen. Aber in dem Augenblick, in dem er sich ins Justizministerium begeben wollte, wo ihn eine Abordnung der Parlamentarier erwartete[24], trafen in der Reichskanzlei die ranghöchsten Offiziere des Reichswehrministeriums ein, um ihn zu sprechen.

Der Kommandeur des Gruppenkommandos I ließ sie in sein Büro eintreten. Da waren die Generale von der Goltz, von Oven, von Hülsen, von Kleewitz, von der Lippe, die Obersten Heye, Bauer und Reinhard und noch manche andere. Lüttwitz erklärte ihnen, er halte es für seine Pflicht, solange wie möglich im Dienst zu bleiben, um eine Katastrophe abzuwenden und die Einigkeit unter den Truppen der Garnison zu erhalten.

Da trat aus der Gruppe der Offiziere Oberst Heye, der »rechte Arm« des Generals von Seeckt, heraus. Mit fester Stimme erklärte er:

»Eure Exzellenz täuschen sich, wenn Sie glauben, noch das Vertrauen der Truppe zu besitzen[25].«

Lüttwitz zuckte unter diesem unerwarteten Schlag zusammen.

»Eure Exzellenz müssen auf der Stelle zurücktreten«, fuhr Heye fort. »Es gibt keinen anderen Ausweg. Jede Verzögerung würde die Lage nur verschärfen.«

Mit großer Mühe meisterte Lüttwitz seinen Zorn.

»Ich dulde nicht, daß man mir meine Entscheidungen diktiert«, rief er. »Wenn Sie noch ein einziges Wort hinzufügen, lasse ich Sie verhaften!«

---

23 Kapp kam bald nach Deutschland zurück und stellte sich den Behörden. Er starb 1922 in der Untersuchungshaft an der Krankheit, die ihn schon längere Zeit schwächte.

24 Diese Abordnung bestand aus Stresemann (Volkspartei), Hergt und Westarp (Nationalpartei), Gotheim (Demokratische Partei) und Trimborn (Zentrum).

25 Bei diesem Auftritt, der dem großen Kriegsrat vom 9. November 1918 in Spa ähnelte, spielte Oberst Heye die gleiche Rolle wie damals General Groener.

Im selben Augenblick teilte Hauptmann Pabst mit, die Parteiführer würden ungeduldig. Lüttwitz mußte also die Sitzung aufheben, um sich ins Justizministerium zu begeben.

Während seiner Abwesenheit berieten die in der Reichskanzlei verbliebenen Generale miteinander, um ihre Haltung Lüttwitz gegenüber abzustimmen. Ludendorff und Ehrhardt kamen ebenfalls hinzu. Als erster ergriff der älteste der Anwesenden, General von Oven, das Wort. Er bestätigte Oberst Heyes Ansicht. Auch er war der Meinung, der Oberbefehlshaber besitze nicht mehr das Vertrauen der Offiziere. Dann verkündete General von der Lippe, die Potsdamer Garnison habe gemeutert. Oberst Heye versicherte erneut, es gebe nur noch ein Mittel, um die Situation zu retten: General von Lüttwitz müsse zurücktreten und sein Kommando einem Offizier übergeben, der keinerlei Anteil am Staatsstreich genommen habe, und zwar dem General von Seeckt[26].

Fast alle Anwesenden billigten den Vorschlag[27]. Nur Ehrhardt und Bauer protestierten energisch. Der letztere forderte die Übergabe des Kommandos an Ludendorff. Der ehemalige Generalquartiermeister nahm anfangs an. Als er aber hörte, die Kassen der Regierung seien leer, der Truppe könne nicht einmal der Sold ausgezahlt werden, wurde er anderen Sinnes und verließ die Reichskanzlei, ohne noch ein Wort zu sagen[28].

Angewidert von allem, was er gehört hatte, eilte Kapitän Ehrhardt ins Justizministerium, um Lüttwitz über den Abfall seiner Offiziere zu unterrichten.

»Ich habe eine Sturmkompanie auf dem Hof der Reichskanzlei bereitgestellt«, sagte der Kommandeur der Marinebrigade. »Alle Generale und Korpsführer sind umstellt. Haben Eure Exzellenz etwas dagegen, wenn ich sie verhaften lasse?«

Lüttwitz überlegte einen Augenblick. Sollte er den weißen Terror entfesseln? Wozu, da ja doch jede Hoffnung unwiederbringlich dahin war?

---

26 Wheeler-Bennett bemerkt: »Wie es schon Wilhelm II. und später Noske geschehen war, beschlossen die führenden Militärs des Reiches, die Führer über Bord zu werfen, um das Heer zu retten. Durch ein eigenartiges Zusammentreffen war es Oberst Heye, der bei jeder dieser Gelegenheiten den Auftrag übernehmen mußte.« (Wheeler-Bennett, a. a. O., S. 81.)

27 »Alle anderen waren plötzlich gegen Lüttwitz, hatten ihr verlorenes Verfassungsherz wiederentdeckt und richteten mit harten Worten ihren Führer, ohne zum Richter befugt zu sein.« (Rudolf Mann, a. a. O., S. 186.)

28 Vgl. »Rapport d'un agent secret des alliés«, erschienen in »Europe nouvelle« vom 9. April 1921, S. 477 ff.

»Das nützt nichts mehr«, antwortete er mit gesenktem Kopf, »ich werde zurücktreten, wie die Herren es fordern.«

»Das war in Wahrheit der schwarze Tag für uns«, schreibt Rudolf Mann. »Nicht der Tag, an dem wir vom Generalstreik hörten. Nicht der, als die Unruhen in vielen Städten ausbrachen und Schuldige und Unschuldige starben. Nicht der, als es erkennbar wurde, daß die Beamten aus Ängstlichkeit sich zurückhielten und keine Weisung der neuen Regierung mehr ausführten; als die Reichsbank sich weigerte, die von Kapp unterschriebenen Schecks auf Regierungsgelder auszuzahlen. Dies aber war nicht mehr abzuändern oder gutzumachen. Mit wetterwendischen Offizieren kann man kein Land erobern. Uns Jüngeren, die wußten, daß folgenschwere Entscheidungen bevorstanden, mit ernstester Arbeit für uns, und die darauf lauerten, wurde die niederschmetternde Nachricht in der krassen militärischen Form hinterbracht: Die Generale mit ihren Anhängern haben gemeutert[29]!«

In die Reichskanzlei zurückgekehrt, setzte General von Lüttwitz sein Demissionsschreiben auf. Dann sprang er in einen Wagen und reiste mit seiner Ordonnanz nach einem unbekannten Bestimmungsort ab[30].

Sogleich rief der preußische Ministerpräsident Hirsch diejenigen Kollegen zusammen, die in Berlin geblieben waren, und übertrug General von Seeckt den Oberbefehl der Truppen im Bereich des Gruppenkommandos I. Kurz darauf teilte der telephonisch verständigte Reichskanzler Bauer der in Stuttgart versammelten Regierung mit, daß die Regierung Kapp-Lüttwitz endgültig zusammengebrochen sei.

☆

Kaum im neuen Amt, sah sich Seeckt vor eine der schwierigsten Aufgaben gestellt. Er mußte erreichen, daß die aufrührerischen Truppen Berlin schnellstens räumten, und sie durch Einheiten ersetzen, die der republikanischen Regierung treu geblieben waren. Für die meisten Regimenter war das verhältnismäßig leicht. Aber was würden die Baltenkämpfer tun? Was würde vor allem Ehrhardt mit seinen 6000 schwerbewaffneten Leuten tun?

Seeckt rief den Kommandeur der Marinebrigade zu sich und eröffnete ihm, was er beabsichtigte. »Ich zähle auf die Mithilfe aller Korpschefs

29 Rudolf Mann, a. a. O., S. 187.

30 Viel später erfuhr man, daß er zunächst bei Fürst Lynar, dann in Ungarn Zuflucht gefunden hatte.

bei der Wiederherstellung der Ordnung«, sagte er mit Nachdruck. »In Deutschland müssen wieder normale Lebensbedingungen hergestellt werden. Ich fordere Sie auf, sich nach Charlottenburg zurückzuziehen, ohne ärgerliche Zwischenfälle zu verursachen.«

»Gut«, antwortete Ehrhardt. »Ich bin dazu bereit, aber unter der Bedingung, daß die Brigade nicht entwaffnet wird. Ich bitte Sie, uns diese letzte Demütigung zu ersparen.«

Seeckt versprach es ihm[31]. »Wir waren es zufrieden, daß wir aus der Wilhelmstraße abrücken konnten«, schrieb Rudolf Mann. »Wir waren nicht so arg lüstern nach Spartakuskämpfen. Unsere Stimmung war von gestern auf heute umgeschlagen[32].«

Vor fünf Tagen waren Ehrhardt und seine Leute in Berlin eingezogen, an einem strahlenden Morgen und unter leuchtender Sonne. Jetzt verließen sie die Hauptstadt in grauer Abenddämmerung bei durchdringendem Nieselregen. Trotz des schlechten Wetters waren die Straßen voller Menschen. Langsam zog die Infanterie mit ihrer Bagage ab. Die Soldaten marschierten mit düsteren, drohenden Gesichtern die Linden hinunter, begleitet von Pfiffen und Spottrufen. Sie schwollen an und übertönten schließlich die Musik, die hinter dem Brandenburger Tor verschwand. Die Menge hatte unrecht, so mit den überreizten Nerven der Männer zu spielen. Das Unabwendbare geschah: Einige Soldaten stürzten sich, aufgebracht über die Beleidigungen, die man ihnen ins Gesicht spie, in die Menge, um einen Demonstranten zu verprügeln.

Plötzlich knatterten Gewehrschüsse aus der dritten Etage eines Wohnhauses. Ein Mann in blauem Arbeitszeug feuerte auf die Truppe. Mehrere Soldaten wurden verletzt. Von Panik ergriffen, stürzte die Menge zum Hotel Adlon, um dort Schutz zu suchen. Alles ging blitzschnell vor sich.

»Genug, einige Gewehre gehen aus dem Hochanschlag herunter und suchen ein Ziel«, schrieb Rudolf Mann. »Menschen stürzen getroffen. Die vor den Kompanien reitenden Führer, meist als Seeleute nur mäßige Reiter, können die Pferde nicht so schnell herumdrücken. Die Tiere rutschen und schlagen aus. Die jungen Soldaten glauben, daß man ihnen

---

31 Später wurde Seeckt von seinen Gegnern getadelt, weil er die Brigade Ehrhardt ziehen ließ, ohne sie zu entwaffnen. »Wenn ich so gehandelt hätte«, erwiderte Seeckt, »hätte ich das einzige wirklich disziplinierte Korps, das es noch in Deutschland gab, vernichtet.«

32 Rudolf Mann, a. a. O., S. 194. Selbst Ehrhardt war durch den »Verrat« der Generale entmutigt.

den Kompanieführer erschossen hat, und feuern auf die deckungsuchende Menge. Im Vestibül des Adlon-Hotels liegen Tote. Panik.

Panik auch bei einem Teil der Truppe. Die Kompanien bilden Schützenlinien nach rechts und links ohne Befehl. Gespanne werden scheu. Von oben fährt eine Handgranate aufs Pflaster und platzt. Verwundete Pferde rasen mit einem Minenwerferwagen die Linden entlang stadteinwärts. Dann dringt endlich das Kommando ›Stopfen‹ durch. In die Totenstille hört man die Regentropfen zischen und das Tapsen vieler flüchtender Füße. Die Truppe ordnet sich, der Marsch geht weiter[33].«

Hinter dem Tiergarten ein neuer, aber kurzer Schußwechsel. Schließlich kam die Brigade Ehrhardt in Charlottenburg an, wo sie in öffentlichen Gebäuden einquartiert wurde.

Unglücklicherweise war die Evakuierung also nicht ohne Blutvergießen erfolgt. Erschöpft durch Übermüdung, Schlaflosigkeit und die ständige Anspannung, der sie seit einer Woche ausgesetzt gewesen waren, hatten sich die Soldaten nicht mehr beherrschen können. »Feuern ohne Befehl ist ein Zeichen mangelnder Manneszucht«, schreibt Rudolf Mann. »Ich finde es nicht entschuldbar, und es tut mir immer noch leid, daß Teile der guten Truppe trotz all der aufgebrachten Exerzierarbeit doch ihre schwache Minute gehabt haben[34].« Aber das war geringfügig, wenn man bedenkt, daß der Bürgerkrieg mit knapper Not vermieden worden war und sich die Zahl der Opfer auf Zehntausende hätte belaufen können.

33 Rudolf Mann, a. a. O., S. 196.
34 Ibd., S. 198.

VII Der Kapp-Lüttwitz-Putsch

3. Die Beilegung des Staatsstreiches und die Kämpfe an der Ruhr

Am 18. März kehrten Ebert und die Regierung nach Berlin zurück. Lüttwitz und Kapp hatten das Feld geräumt, aber der Putsch selber war noch keineswegs beigelegt. Deutschland hatte eine Erschütterung erlitten, deren Schwere noch nicht abgeschätzt werden konnte. Erregung und Unruhe herrschten weiterhin im ganzen Lande. Sobald das Reichskabinett in die Hauptstadt zurückgekehrt war, sah es sich zwei der heikelsten Probleme gegenüber: einem militärischen und einem politischen Problem.

Zweimal im Laufe von fünf Tagen war es General von Seeckt gelungen, die Katastrophe zu verhindern. Das erstemal, als er Noske daran hinderte, es zu einer offenen Schlacht zwischen den verschiedenen Elementen der Reichswehr kommen zu lassen; das zweitemal, als er den schnellen Abzug der rebellierenden Truppen aus Berlin erreichte. Diese beiden Erfolge, zusammen mit der gegenüber der Regierung Kapp-Lüttwitz gewahrten Zurückhaltung, machten ihn, wie er es vorausgesehen hatte, zum Mann der Stunde. So war es denn auch eine der ersten amtlichen Handlungen der Regierung, General von Seeckt zum Oberbefehlshaber des deutschen Heeres zu ernennen.

Am selben Tage (18. März) richtete Seeckt seinen ersten Aufruf an das Offizierkorps:

»Das Offizierkorps der Reichswehr steht in seiner Schicksalsstunde. Seine Haltung in der nächsten Zeit wird darüber entscheiden, ob es die Führerschaft im jungen Heer beibehält oder nicht. Entschieden wird damit zugleich, ob es der Reichswehr gelingt, das Wertvolle aus der Vergangenheit hinüberzuretten, in eine tätige Gegenwart, zu einer hellen Zukunft.

Aus zahlreichen Anzeichen entnehme ich, daß vielen Angehörigen der Reichswehr die Lage noch nicht klar geworden ist, in welche wir durch die Ereignisse des März geraten sind, daß wir die Folgen tragen müssen von dem, was politische Kurzsichtigkeit in Gefolgschaft hochverräterischer Bestrebungen angerichtet hat. Es ist das tragische

Schicksal solcher Taten, daß die schuldlose Masse für die Schuld einzelner büßen muß[1].

Wenn auch nicht geleugnet werden kann und soll, daß für die Mehrzahl der Verfehlungen das militärische Gehorsamgefühl entschuldigend eintritt, so dürfen wir doch nicht verkennen und bestreiten, daß in unseren Reihen Verschuldungen vorgekommen sind, die Sühne heischen. Erkennen wir das nicht, geben wir das nicht selbst zu und schlagen wir nicht selbst den Weg zur Besserung ein, dann dürfen wir nicht klagen, wenn von außen her angestrebt wird, ändernd einzugreifen. Ich bin nicht gesonnen, solche Vorkommnisse zu dulden oder zu vergessen. Für Truppen, welche die Ehre des Soldaten verletzt haben, ist in der Reichswehr kein Platz.

In festem Vertrauen auf das Offizierkorps bin ich an die Spitze der Heeresleitung getreten. 35 Jahre lebe ich in der Armee und für sie. Ihr gehört der Rest meiner Kräfte. Niemand kann tiefer als ich im Herzen die Nöte und Sorgen aller mitempfinden. Wenn wir zusammenstehen, werden wir der Schwierigkeiten wie schon oft Herr werden. Es ist nicht zu erwarten, daß ein jeder den Wandel der Zeit in seinem Herzen begrüßt. Durchdrungen muß aber ein jeder von uns von der inneren Überzeugung sein, daß nur, wenn der Soldat treu zu seiner verfassungsmäßigen Pflicht steht, der Weg wieder aufwärts führt[2].«

Jedoch, die Gewerkschaften und die Linksparteien begnügten sich nicht mit Worten, und seien sie noch so edel. Bevor sie sich zur Beendigung des Streiks bereit fanden, forderten sie, alle Kappisten vor ein Revolutionsgericht zu stellen und die beteiligten Korps augenblicklich aufzulösen. Die Regierung war auf die Arbeiterklasse angewiesen, durch deren Eingreifen sie wieder zur Macht gelangt war, und schloß sich daher ihren Forderungen an.

Die Säuberung erstreckte sich über ganz Deutschland. Die Generale Maercker, von Oven, von Estorff, von Lettow-Vorbeck, die Obersten von Wangenheim und von Ledebour mußten den Dienst quittieren.

---

1 Dieser Aufruf brachte die ehemaligen Mitglieder der Kappregierung in Wut. Oberst Bauer, der Wortführer Ludendorffs, schrieb: »Wie Haß und Blindheit wirken können, zeigt der General von Seeckt, der sich nicht entblödet hat, im Berliner Tageblatt über die Männer vom 13. März herzuziehen. Jedenfalls ist Herr von Seeckt damit bei allen, die den alten Offiziersbegriff hochhalten, gerichtet.« (Bauer »Der 13. März 1920«, S. 28.)

2 Heinz Brauweiler: »Generäle in der deutschen Republik«, S. 39.

Haftbefehle wurden gegen die Generale von Lüttwitz, von der Goltz, von Lichterfeld und Admiral von Levetzow erlassen. Admiral von Trotha wurde vor eine Untersuchungskommission zitiert. Die »Nationale Vereinigung« wurde aufgelöst. Ludendorff flüchtete in aller Eile unter dem Namen Lange nach Bayern. Hauptmann Pabst floh nach Österreich, wo er von nun ab die Heimwehren organisierte. Kapitän Ehrhardt, der am Sonntag, 21. März, nach Döberitz zurückgekehrt war, kochte vor Wut, als er erfuhr, daß das Reichskabinett trotz des ihm von General von Seeckt gegebenen Versprechens die Auflösung der Brigade forderte. Er drohte, nach Ostpreußen abzurücken und sich den Durchmarsch quer durch polnisches Gebiet zu erzwingen. Der Oberbefehlshaber machte ihn darauf aufmerksam, daß eine solche Handlungsweise einen bewaffneten Konflikt mit Polen nach sich ziehen könnte. Nach mehrwöchigem Hin und Her fügte sich Ehrhardt in das Unvermeidliche. Am 15. Mai wurde ein Haftbefehl gegen ihn erlassen. Mit falschem Paß gelang es ihm, die österreichische Grenze zu überschreiten. Eine Woche später war die Brigade aufgelöst.

In der Reihe der Höhen und Tiefen, die die Militärgeschichte Deutschlands seit dem Waffenstillstand kennzeichnet und die kontrastreicher ist als das Schwarz und das Weiß der preußischen Farben, zählten die Tage unmittelbar nach dem Kapp-Putsch zu den düstersten, die das Offizierkorps erlebt hatte. General von Seeckt wurde bei Ebert vorstellig und bat ihn, den Zorn der Linksparteien zu beschwichtigen. Obgleich Hindenburg und Groener mit der Sache nichts zu tun hatten, schalteten sie sich im gleichen Sinne vermittelnd ein. Der Reichspräsident verwendete sich bei den lokalen Behörden, um zu verhindern, daß die Schuldigen zu hart bestraft würden. Wenn er auch an Sanktionen gegen die verantwortlichen Führer festhielt, so erließ er doch eine Amnestie für die Soldaten und die Unteroffiziere, die am Putsch teilgenommen hatten[3]. In einem Aufruf an die Soldaten der Reichswehr erneuerte Ebert dann mit General von Seeckt die Vereinbarungen, die er vor eineinhalb Jahren mit Hindenburg und Groener geschlossen hatte[4].

Außer der Verurteilung der Aufrührer forderten die Linksparteien eine völlige Umgestaltung der Reichswehr und ihren Ersatz durch ein Milizheer, dessen Aushebung durch die Gewerkschaften zu kontrollie-

3 Daher sagen die meisten linksgerichteten Schriftsteller: »Die Säuberungsaktion wurde nur zur Hälfte durchgeführt, die Republik hatte die einzige Chance verpaßt, die Demokratie auf den Trümmern des deutschen Militarismus fest zu gründen. (Vgl. Richard Bernstein, a. a. O., S. 12.)

4 E. O. Volkmann, a. a. O., S. 305.

ren sei. Aber in diesem Punkt widersprach ihnen Ebert ohne Zögern. Es sei unmöglich, das Berufsheer durch Arbeitermilizen zu ersetzen, da das ein für allemal von den Alliierten abgelehnt worden sei. Ebenso unmöglich sei es, die Soldaten aus Gewerkschaftskreisen zu rekrutieren, denn nur Männer, die sich für das Waffenhandwerk begeistern könnten, seien bereit, sich für eine Dauer von zwölf Jahren zu verpflichten. So brach sich die Woge des Sozialismus, die über Deutschland hinwegbrandete und die letzten Spuren des deutschen Militärgebäudes hinwegzufegen drohte, letztlich an der Barriere des Versailler Vertrages[5].

☆

Schwieriger war die Beilegung der politischen Probleme, denn daß die Niederlage der nationalistischen Aufrührer so schnell erfolgt war, war vor allem dem Generalstreik zu verdanken. Nun blieben die Arbeiter, die die Republik gerettet hatten, nicht untätig, so daß Noske von neuem hätte die Macht ergreifen können. Während der ganzen ersten Hälfte des Jahres 1919 hatten sie vor den Panzern und Maschinengewehren des »Henkers von Berlin« weichen müssen. Jetzt, in der Stunde der Abrechnung, wollten sie die Arbeit erst wiederaufnehmen, wenn der Reichswehrminister seinen Rücktritt eingereicht hatte.

»Als wir am 13. März früh auf der Straße nach Dresden waren«, schreibt Noske, »äußerte der neben mir sitzende Gilsa, was ihn denn eigentlich an der Seite drücke. Er griff neben sich auf den Sitz und brachte eine Handgranate zum Vorschein. Die Handgranate hatte sich wahrscheinlich vom Koppel losgehakt, und wir hatten uns darauf niedergelassen[6].«

Diese Granate versinnbildlichte genau die Lage; denn Noske wurde nun aufgefordert, das Ministerium zu verlassen. Das Wohlwollen, das er ständig den Militärs gegenüber an den Tag gelegt habe, sei, so hieß es, für die Aufrührer ein Hauptbeweggrund ihres Handelns gewesen. »Ich war das Sühneopfer für Fehler, die andere begangen hatten«, schreibt er bitter am Ende seiner Memoiren. Am 24. März 1920 übergab er seine Amtsgeschäfte an Otto Geßler, einen demokratischen Abge-

5 Richard Bernstein irrt sich, wenn er schreibt: »Eine sofort nach dem Zusammenbruch des Putsches eingesetzte Arbeiterregierung hätte allein die Kraft haben können, das Militär durch eine Volkswehr zu ersetzen.« (»Der Kapp-Putsch und seine Lehren«, S. 12.) Sie hätte ebensowenig wie die Ebertregierung den Willen der Alliierten ändern können.

6 Noske: »Von Kiel bis Kapp«, S. 211.

ordneten, der an seiner Stelle zum Reichswehrminister ernannt wurde. Er selber tauchte nicht wieder auf der politischen Bühne auf.

Aber Noskes Abschied war nur eine der vielen Forderungen der Arbeiterparteien. Sie verlangten außerdem eine durchgreifende Säuberung aller großen Verwaltungen, die Verbesserung der Sozialgesetze, die Verstaatlichung der Bergwerksgesellschaften und schließlich eine Beteiligung der Gewerkschaften an ihrer Leitung[7].

Diese Ansprüche führten zu einer starken Spannung zwischen den Arbeiter- und den bürgerlichen Parteien. Diese hatten sich wohl mit der äußersten Linken verbunden, um mit einem Abenteuer kurzen Prozeß zu machen, das keine Zukunft haben konnte. Doch dachten sie keineswegs die Kosten des Verfahrens zu tragen, indem sie den Besitz ihrer Bergwerke und Fabriken einbüßten. Die Kommunisten und Unabhängigen trieben ihrerseits in den Arbeiterkreisen eine lebhafte Propaganda und hämmerten ihnen ein, niemals fänden sie eine so günstige Gelegenheit wieder, um die Annahme ihres Programms durchzusetzen.

Vor allem im Ruhrgebiet zeigte sich eine wachsende Agitation in diesem Sinne. Schon im Februar 1919 hatten die Freikorps hier einschreiten müssen[8]. Seitdem waren Veränderungen im westdeutschen Raum eingetreten. Auf Grund der Artikel 42 und 43 des Versailler Vertrages war eine 50 km breite neutrale Zone vor den von alliierten Truppen besetzten Gebieten angelegt worden — eine Zone, in der die deutsche Regierung bis zur völligen Entmilitarisierung, die am 10. April stattfinden sollte, nur beschränkte Garnisonen aufrechterhalten durfte[9]. Gerade in diesem umstrittenen Gebiet, das schon halb der militärischen Oberhoheit des Reiches entzogen war, hatten die Radikalen ihr Hauptquartier aufgeschlagen und bildeten in aller Eile revolutionäre Milizen.

Seit dem 13. März, dem Tag, an dem die Brigade Ehrhardt in Berlin eingezogen war, schwelte der Aufruhr in Mülheim und in Dortmund. Die Arbeitermilizen bewaffneten sich aus Beständen der Waffen- und Munitionslager der Kruppwerke, die von Streikenden geplündert worden waren, und begannen die in der neutralen Zone stationierten Truppen anzugreifen. Am 14. März wurde Hauptmann Hasenclever mit

7 Dieses Programm war von den Parteien der äußersten Linken und von den Gewerkschaften, die sich am 17. März abends im Hause der Holzarbeiter versammelt hatten, ausgearbeitet worden.

8 Siehe Band I, S. 188 ff.

9 Es war Deutschland erlaubt, bis zum 10. April, drei Monate nach Inkrafttreten des Vertrages (10. Januar 1920), 20 Bataillone, zehn Schwadronen und zwei Batterien in der neutralen Zone zu behalten. Nach dieser Frist mußten diese Truppen einfachen Polizeieinheiten weichen.

einem Kommando von 117 Mann in Wetter von mehreren tausend bewaffneten Demonstranten umzingelt, die der kommunistische Stadtrat mit Sirenengeheul zusammengeholt hatte[10]. 64 Mann und Hauptmann Hasenclever wurden getötet. Das übrige Kommando wurde von den Roten gefangengenommen, ins Gefängnis geschleppt und mit Gewehrkolben zusammengeschlagen. Ähnliche Zusammenstöße ereigneten sich an der Nordgrenze des Kohlenbeckens, in Dinslaken, Recklinghausen und in der Gegend von Wesel. Am 19. März wurden etwa 20 Soldaten der Reichswehr, die in Essen Streifendienst hatten, von der Menge fast gelyncht und dann zum Schlachthof gebracht, wo man sie mit Axthieben zerstückelte[11].

Alarmiert durch die wiederholten Hilferufe der örtlichen Behörden[12], sah sich die Reichsregierung gezwungen, den Belagerungszustand zu erweitern und alle in der neutralen Zone und an der Ruhr stationierten Bataillone der Befehlsgewalt des Generals von Watter zu unterstellen, der Chef des Wehrkreises IV (Münster) war. Da die Regierung aber infolge der jüngsten Ereignisse Mißtrauen gegen die Reichswehr hegte, weigerte sie sich, dem General die Exekutivgewalt zu übertragen. Sie unterstellte ihn der Kontrolle des sozialistischen Abgeordneten Severing, der zum Reichskommissar im Bereich des Wehrkreises IV ernannt wurde[13].

General von Watter hielt die Streitkräfte, über die er verfügte, für unzureichend, um den Aufrührern entgegentreten zu können, deren Zahl er auf 80 000 schätzte, und forderte Verstärkungen an[14]. Eine der ersten Einheiten, die sich daraufhin in Marsch setzten, war die bayerische Schützenbrigade unter Oberst von Epp[15]. Diese verließ München am Abend des 19. März und kam 24 Stunden später in Warburg in Westfalen an.

---

10 Hans Spethmann: »Die Rote Armee an Ruhr und Rhein«, Berlin 1930, S. 63–65.
11 Ibd., S. 78–79.
12 Vgl. »Aufruf an die Rote Armee« vom 20. März 1920.
13 Severing war schon 1919 als Regierungskommissar in diese Gegend entsandt worden. Er hat sein Wirken in dieser Zeit in seinem Werk: »1919–1920, im Wetter- und Watterwinkel«, Bielefeld 1927, beschrieben. Leider ist dieses Werk recht ungenau. Eine Gegendarstellung gibt General Ernst Kabisch in seinem Bericht: »Kritische Tage im Ruhrkampf«, erschienen in der Zeitschrift »Deutscher Offiziers-Bund«, 8. Jahrgang 1929, Nr. 32 und 36.
14 Am 23. März schätzte die Hagener Zentrale der Radikalen die Stärke der Roten Armee auf 120 000 Mann. War die Zahl auch für diesen Tag zu hoch gegriffen – die Reichswehr schätzte sie auf 80 000 bis 100 000 Mann – so stimmte sie ungefähr für die Zeit vom 25. bis 29. März. (Vgl. Spethmann, a. a. O., S. 97.)
15 Oberst Ritter von Epp wurde schon häufiger erwähnt; er wurde von seinem Stabschef, Hauptmann Röhm, und von einem jungen Adjutanten österreichischer Herkunft, Fürst Starhemberg, begleitet.

Am gleichen 20. März fand auch eine Versammlung führender Unabhängiger statt, zu deren Abschluß die Abgeordneten General von Watter folgendes Ultimatum stellten:

Wir fordern:
1. Die sofortige Entwaffnung der Reichswehr, die sich gegenüber der Arbeiterklasse gehässige Provokationen hat zuschulden kommen lassen.
2. Die Säuberung von Heer und Polizei.
3. Die Aufstellung einer Volksmiliz, deren Mannschaften und Führer sich ausschließlich aus den Linksparteien rekrutieren. Sie wird die Reichswehr im Kohlenrevier ablösen. In der Zwischenzeit wird die Ordnung von bewaffneten Arbeiterformationen sichergestellt, deren Aufgabe die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit ist[16].

Selbstverständlich lehnte Watter diese Bedingungen ab. Als Repressalie wurde am 23. März die Diktatur der Räte in Düsseldorf, Duisburg, Hagen, Remscheid, Dortmund, Essen und Mülheim ausgerufen. Die Schnelligkeit dieser Bewegung bewies, daß es sich um eine abgekartete Sache handelte. General von Watter befürchtete, daß die Garnisonen dieser von den Radikalen belagerten Städte niedergemacht würden, und wollte ihnen zu Hilfe eilen. Die Regierung aber erteilte ihm den Befehl, abzuwarten. Sie weigerte sich, Gewalt anzuwenden, bevor nicht alle Möglichkeiten einer gütlichen Beilegung ausgeschöpft seien. Deshalb entsandte sie zwei Minister an die Ruhr, Giesberts und Braun, um mit den Chefs der Gewerkschaften zu verhandeln[17].

Am folgenden Tag, dem 24. März, fand in Bielefeld eine Konferenz zwischen Regierungsvertretern und Gewerkschaftsführern statt. Diese vereinbarten folgendes: Die Arbeitermilizen legen die Waffen nieder, und die Arbeit in den Fabriken wird so schnell wie möglich wiederaufgenommen. Andererseits bleibt General von Watter in seiner Stellung und unternimmt nur etwas auf schriftlichen Befehl des Reichswehrministeriums.

Eine Waffenruhe von 48 Stunden wurde auf dieser Grundlage geschlossen, um die Entwaffnung der Zivilbevölkerung zu ermöglichen.

---

16 Vgl. »Memorandum des Reichswehrministeriums über die Rote Armee und den Ruhraufstand vom März 1920.«
17 Vgl. Spethmann, a. a. O., S. 156/57.

Aber der »Waffenstillstand von Bielefeld« wurde schon am nächsten Tag durchbrochen[18].

Die Arbeitermilizen dachten gar nicht daran, die Waffen niederzulegen, sondern konzentrierten sich in der Gegend von Hagen, während immer zahlreichere militärische Kräfte in der Umgebung von Münster am Rande der neutralen Zone zusammengezogen wurden[19].

Am 27. März wurde General Kabisch in Wesel eingeschlossen[20]. Die in ihren Kasernen blockierten Truppen der Garnison mußten dem Ansturm einer bewaffneten Menge standhalten, die ihnen an Zahl vier- bis fünfmal überlegen war. General von Watter fürchtete, zu spät zu kommen, und gab mehreren Regimentern der Reichswehr den Befehl, die Weseler Garnison zu befreien: Um 14 Uhr überschritten die ersten Entsatztruppen die Grenze der neutralen Zone.

☆

Betroffen von dem Zwischenfall, trat in Paris am 31. März die Konferenz der Botschafter unter der Leitung von Jules Cambon zusammen. Nach Anhören eines Berichtes von General Nollet[21] richtete Millerand eine Protestnote an die Reichsregierung, in der er erklärte, der Einzug zusätzlicher Truppen in die neutrale Zone sei eine Verletzung der Artikel 43 und 44 des Versailler Vertrages und erscheine überdies unnütz und überflüssig[22].

---

18 Das erklärt sich daraus, daß die Abgesandten der Regierung mit gemäßigten Gewerkschaftsführern verhandelt hatten, die nicht die Anstifter der Bewegung waren, und die gar keinen Einfluß mehr auf die Arbeiter hatten. Die Führer der Radikalen hatten nicht an der Konferenz teilgenommen und fühlten sich absolut nicht an ein Abkommen gebunden, das sie nicht unterschrieben hatten. (Vgl. den Aufruf »An die Soldaten der Roten Armee«, vom Oberkommandierenden des Westbezirks, Gottfried Karrusseit, Gelsenkirchen, 26. März 1920.)

19 Die Gesamtzahl dieser Truppen wird auf etwa 24 000 Mann geschätzt. (Vgl. Paul Roques: »Le Contrôle militaire interallié en Allemagne«, S. 105.)

20 Vgl. Ernst Kabisch: »Die kritischen Tage an der Ruhr«, »Kölnische Zeitung« Nr. 469 vom 6. Juli 1927.

21 General Nollet: »Es gab an der Ruhr 34 Bataillone, acht Schwadronen, 30 Batterien, ohne Verbindungseinheiten, Minenwerferbatterien u. ä. mitzuzählen. Die Stärke der Einheiten war übrigens schon vermindert worden.« (Nollet: »Une expérience de désarmement«, S. 228.)

22 Artikel 42: Es ist Deutschland untersagt, auf dem linken Ufer des Rheines und auf dem rechten Ufer westlich einer 50 km östlich des Flusses verlaufenden Linie Befestigungen beizubehalten oder anzulegen.
Artikel 43: Ebenso ist in der im Artikel 42 bezeichneten Zone die ständige oder teilweise Unterhaltung oder Ansammlung von Streitkräften untersagt. Das gleiche gilt für jedwede militärischen Übungen und die Beibehaltung aller materiellen Vorkehrungen für eine Mobilmachung.
Artikel 44: Jeder etwaige Verstoß Deutschlands gegen die Bestimmungen der Artikel 42 und 43 gilt als eine feindselige Handlung gegen die Signatarmächte des gegenwärtigen Vertrages und als Versuch einer Störung des Weltfriedens.

Bielefeld
DIV. MÜNSTER
DIV. EPP
DIV. HAAS
3. KAV. DIVIS.
DIV. WESEL
MÜNSTER
Ems
Rheda
Lippe
Lippstadt
Soest
Möhne
Ruhr
Dülmen
Lüdinghausen
Hamm
Werne
Pelkum
Ahlen
DORTMUND
Hörde
Schwerte
Iserlohn
Witten
Hagen
Zone
BARMEN
ELBERFELD
Remscheid
Wupper
Coesfeld
Grenze
Borken
Heiden
Haltern
Recklinghausen
neutralen
Herne
Gelsenkirchen
Wanne
BOCHUM
Witten
Wetter
Hattingen
Ruhr
Lippe
Dinslaken
Bottrop
Sterkrade
Oberhausen
Ruhrort
ESSEN
Steele
DUISBURG
Mülheim
Hattingen
Ratingen
DÜSSELDORF
Rhein
KÖLN
Wesel
Rhein
KREFELD
Wersss
M. GLADBACH
Kleve
Maas
Rhein
Aur
HOLLAND
A....A Vorderste Linie der roten Verbände.
Von den Alliierten besetzte Zone.
Grenze der entmilitarisierten Zone.
Von roten Verbänden besetztes Gebiet.
Aufmarschräume der Reichswehr.
Hochburgen der roten Milizen.
Angriffsrichtungen der Reichswehr.

Aber während die Botschafter in Paris verhandelten, ereignete sich in Pelkum ein sehr ernster Zwischenfall. Die Radikalen griffen ein Vorkommando der Brigade des Obersten von Epp an. Außer sich über die Verzögerungen seitens der Regierung und über die lähmende Haltung der sozialistischen Kontrolleure, führte Oberst von Epp aus eigener Machtvollkommenheit eine konzentrische Bewegung durch, die die Angreifer vernichtete. Dann befahl er am 3. April seinen Leuten, auf Dortmund zu marschieren.

Im Laufe der folgenden Tage setzten die Truppen der Reichswehr ihren Vorstoß fort. Ratlos über diesen unerwarteten Angriff, legten die Aufrührer in Bochum und in kleineren Orten die Waffen nieder. In Dortmund und Essen aber trieben die Drahtzieher die Menge an, Widerstand bis zum Äußersten zu leisten.

Am 4. April teilte Frankreich dem Reich mit, es würde Sanktionen ergreifen, wenn die Truppenstärke in der neutralen Zone nicht augenblicklich auf die durch den Vertrag vorgeschriebene Höhe gesenkt würde. Der Reichskanzler antwortete, die augenblickliche Stärke sei unentbehrlich, um die Ordnung im Kohlenrevier wiederherzustellen. Wenn er nicht ohne Zögern die revolutionäre Bewegung unterdrücke, würde sie von neuem auf das ganze Reichsgebiet übergreifen.

Die französische Regierung ließ sich auf diese Erwägungen nicht ein, und am Dienstag, 6. April, besetzten um 5 Uhr morgens 20 000 französische und marokkanische Soldaten Frankfurt und Darmstadt.

Nun beschloß das Reich, alles auf eine Karte zu setzen. Zur gleichen Stunde, da die französischen Truppen in Frankfurt einzogen, drang Oberst von Epp in Dortmund ein, während sich die Regimenter des Generals von Watter Bottrops bemächtigten. Am 7. April nahmen sie nach mörderischem Artilleriegefecht Essen ein und rückten bis zur Linie Ratingen—Steele—Bochum—Hörde—Schwerte—Iserlohn vor. Die roten Verbände wurden zersplittert und zersprengt. Die Spartakisten strömten zu Tausenden in die englische Besatzungszone, wo sie entwaffnet wurden[23].

---

23 Vgl. die Erklärung von Mr. R. S. Ryan, englischer Vertreter bei der Hohen Interalliierten Kommission für die rheinischen Länder. Andererseits erregte die Besetzung von Darmstadt und Frankfurt eine lebhafte Rückwirkung im britischen Kabinett. Am 8. April sandte Lord Curzon eine Protestnote an Millerand; er erklärte, daß die Aktion General von Watters »einer unerläßlichen Polizeiaktion entsprach«, und er beschuldigte Frankreich, zu schnell gehandelt zu haben, ohne sich die Zeit zu nehmen, mit seinen Verbündeten zu beratschlagen. Italien nahm die gleiche Haltung ein.
Die englische Regierung forderte daher, sogleich eine Konferenz anzuberaumen. In

Wieder einmal waren die Revolutionäre niedergeworfen worden. Doch hinterließ das Ruhrunternehmen bei allen, die daran teilgenommen hatten, ein Unbehagen. Die Verzögerungen und die Unschlüssigkeit der Zivilbehörden zeigten, daß in der deutschen Militärmaschine etwas zerbrochen war. Die gegen Essen und Dortmund geführten Vorstöße, die dauernd durch Verhandlungen und Gegenbefehle verzögert wurden, hatten nicht den Schwung der früher von Noske und Maercker geführten Operationen. In den Augen der Korpskommandeure hatte die neue Führerschaft nicht die rechte Art. »Unter einer solchen Regierung«, schrieb Epp, »kann kein höherer Truppenführer Dienste leisten. Wenn er mit solchen Hemmungen und unerträglichen Eingriffen eine Aufgabe übernimmt, ist er von vornherein zu Fruchtlosigkeit, Blamage oder Rücktritt verdammt[24].«

Gegen Ende April hatten sich im Bergischen Land einige rote Einheiten neu gebildet. Andere rote Verbände hatten sich weiter im Norden, in der Gegend von Velbert und Neviges, zusammengeschlossen. General von Watter bat um die Erlaubnis, diese letzten Unruheherde zu beseitigen. Die Reichsregierung verweigerte sie ihm. Am 27. April übersandte der Befehlshaber des Wehrkreises IV dem Reichswehrminister seine Demission. Das sozialistische Kabinett nahm sie eilends an und hatte nicht ein Wort des Dankes für den Befreier der Ruhr[25].

Jetzt erst ermaßen die deutschen Militärkreise, was sie durch den Kapp-Putsch verloren hatten. Sicherlich brachten die März- und Apriltage 1920 nicht so dramatische Szenen wie die Berliner »Blutwoche« und die Rückeroberung Münchens. Aber der Putsch hatte das Land doch nicht weniger tief umgepflügt. Das Heer war durch seine unüberlegte Handlungsweise in Verruf gekommen. Es ging isoliert und geschwächt aus dem Sturm hervor.

Deshalb waren auch die Ereignisse dieser Zeit eine harte Lehre für die deutschen Generale. Ihr erster Irrtum bestand darin, zu glauben, die Reichswehr sei imstande, selber das Land zu regieren. Das Scheitern des

---

San Remo übten Lloyd George und Nitti Druck auf die französische Regierung aus, um eine schnelle Aufhebung der Besetzung Frankfurts zu erreichen. Millerand mußte nachgeben.
Am 18. April teilten die Bevollmächtigten der Alliierten der deutschen Regierung mit, daß Frankfurt und Darmstadt geräumt würden, sobald die Truppen in der neutralen Zone auf ihre erlaubte Stärke reduziert wären. Deutschland nahm den Vergleich an. Zwei Tage darauf, am 20. April, wurde die Brigade von Epp nach München zurückgeführt. Die anderen Einheiten zogen sich ebenfalls bald zurück. Am 17. Mai 1920 wurden Frankfurt und Darmstadt geräumt.

24 Walter Frank: »Franz, Ritter von Epp«, S. 96.

25 Hans Spethmann, a. a. O., S. 224.

Putsches zeigte, daß sie das nicht konnte. Die Reichswehr konnte nur durch Mittelspersonen regieren, sie konnte eine Regierung unterstützen oder fallenlassen.

»Dr. Kapp hatte übersehen«, schreibt General Maercker, »daß sich das Schwergewicht Deutschlands von der Stelle, wo sein persönlicher Einfluß lag, nämlich im Nordosten des Reiches, nach dem Westen verschoben hatte. Das wirtschaftliche und politische Schwergewicht des Reiches ist heute nicht mehr wie vor 50 Jahren das landwirtschaftliche Ostelbien, sondern der gewerbliche Westen. Wer wußte dort etwas von Dr. Kapp? Dieser glaubte Deutschland zu beherrschen, wenn er über Berlin verfügte. Das war ein gefährlicher Irrtum. Berlin ist nicht Paris. Bei der Stimmung, die heute überall in West- und Süddeutschland gegen Berlin herrscht, war ein von dort kommendes Unternehmen von vornherein unbeliebt[26].«

Zum zweitenmal seit November 1918 mußte das deutsche Heer neu aufgebaut werden. Diesmal wurden weder Maercker noch Noske mit der Aufgabe betraut, denn ihre historische Rolle war ausgespielt. Die militärischen Geschicke Deutschlands gingen in andere Hände über: Jetzt hatte General von Seeckt das Wort.

---

26 Maercker, a. a. O., S. 353.

VIII General von Seeckts Werk und das Gesetz vom 23. März 1921

Man hat vergessen, daß die Kader das Wertvollste an einer Armee sind. Mit ihnen muß man beginnen.
Napoleon zu Metternich

Wer ist dieser General von Seeckt, dessen Name uns schon mehrmals begegnet ist und der von nun ab eine ganz hervorragende Rolle in den militärischen Annalen seines Landes spielen wird? Wer ist dieser zähe und stille Mann, dessen Werk die Historiker mit dem Werk Boyens oder Scharnhorsts vergleichen?

Geboren am 22. April 1866 in Schleswig, der Hauptstadt der preußischen Provinz gleichen Namens, gehörte Hans von Seeckt zu einer katholischen Familie dänischer Herkunft, in der die militärischen Traditionen immer in Ehren gehalten wurden. In jungen Jahren hatte er beschlossen, die Soldatenlaufbahn einzuschlagen, und war am 4. August 1885 als Fahnenjunker in das Gardegrenadierregiment »Kaiser Alexander« eingetreten, dessen Offiziere aus der Elite der preußischen Aristokratie kamen. Die Rolle, die sie in der Berliner Gesellschaft spielten, soll nur mit dem ersten Potsdamer Garderegiment zu Fuß, das man »das erste Regiment der Christenheit« nannte, zu vergleichen gewesen sein.

In diesem eleganten und überfeinerten Milieu hatte sich von Seeckt die höflichen Umgangsformen und die umfassende geistige Bildung erworben, die seinem ganzen Leben und seiner Persönlichkeit eine eigentümliche Note gaben. Nach Absolvierung der Heeresakademie wurde er zum Großen Generalstab kommandiert. Den Kriegsbeginn erlebte er in Berlin als Generalstabschef des III. brandenburgischen Armeekorps im Range eines Oberstleutnants. Den Feldzug machte von Seeckt an verschiedenen Fronten mit, immer als Generalstabschef. Man muß die Wichtigkeit kennen, die diesem Posten im alten deutschen Heer zugeschrieben wurde, um die Bedeutung einer solchen Karriere zu verstehen.

Es kam vor 1914 oft vor, daß das Kommando einer Division oder eines Armeekorps einem Mitglied der kaiserlichen Familie oder einem Prinzen anvertraut wurde, die für diese Rolle weniger durch ihre militärischen Fähigkeiten als durch ihre Zugehörigkeit zur Krone geeignet waren. Das bedingte, daß die ganze Verantwortung für die Operationen

auf dem Generalstabschef lastete. Er war keineswegs, wie in anderen Heeren, ein »glänzender Zweiter«. Er war der Stratege, der geistige Kopf; seine Pläne wurden fast immer widerspruchslos angenommen. Dies System war schließlich bei allen großen Einheiten des kaiserlichen Heeres eingeführt, selbst dort, wo das Kommando einer tüchtigen Persönlichkeit anvertraut war. Vielleicht erklärt sich aus der Tatsache, daß von Seeckt lange Zeit diese Rolle innehatte, seine Vorliebe für diskrete und beharrliche Arbeit, die nicht im Lichte der Öffentlichkeit stand und von ihren Eitelkeiten unbeeinflußt blieb.

Seine Gegner sahen in ihm einen der erbittertsten Feinde der Republik, und sie hatten wahrscheinlich recht. Bestürzt über seine Schweigsamkeit, warfen sie ihm vor, ein ränkevoller und undurchschaubarer Geist zu sein, eine »Sphinx«, deren Reaktionen man unmöglich voraussehen konnte; darin aber täuschten sie sich. Alle Taten von Seeckts griffen mit schärfster Klarheit und Logik ineinander. All seine Gedanken waren kristallklar. Nicht mit ihm, sondern mit seinen Nachfolgern begannen die Rätsel.

1915 operierte von Seeckt zunächst an der französischen Front, wo eine von seinen Truppen im Sektor von Soissons vollbrachte Ruhmestat ihm den Orden »pour le mérite« einbrachte, dann an der Ostfront, wo er als Generalstabschef der 11. Armee die vernichtende Offensive von Tarnow-Gorlice führte. Ein paar Monate später stand er an der Seite General von Mackensens, diesmal als Generalstabschef der Heeresgruppe auf dem Balkan[1]. Dort erwarb sich von Seeckt die Achtung des Zars Ferdinand von Bulgarien. Er trat für einen schnellen Marsch auf Saloniki ein, um dort einer Landung der Alliierten zuvorzukommen, aber es gelang ihm nicht, die Besorgnis zu zerstreuen, die dieser Plan bei General von Falkenhayn und bei Wilhelm II. hervorrief.

1916 war der Höhepunkt seiner militärischen Karriere. Da der Oberbefehlshaber-Ost seinen Befehlsbereich auf einen großen Teil der österreich-ungarischen Front ausgedehnt hatte, wurde von Seeckt zum Generalstabschef der 7. österreichischen Armee ernannt, die Erzherzog Karl befehligte. Das war ein besonders heikler Vertrauensposten, da Erzherzog Karl bald Kaiser Franz-Joseph auf den Thron folgen sollte und sich alle Intrigen, die die Donaumonarchie erschütterten, schon um die Person des vermutlichen Thronerben rankten.

---

1 Diese Heeresgruppe bestand aus der 11. deutschen Armee, der österreichisch-ungarischen Armee unter General Koewesz und der bulgarischen Armee.

Ein Mann sah nicht ohne geheime Besorgnis den Aufstieg dieses glänzenden Generalstabsoffiziers, dem die Rolle eines Beraters der Könige gut zu Gesicht stand: das war Ludendorff. Bedacht darauf, aus der Umgebung Wilhelms II. alle Männer zu entfernen, deren Persönlichkeit einen Schatten auf seine eigene Karriere werfen könnte, beschloß der Generalquartiermeister, von Seeckt vom westlichen Kriegsschauplatz abzuziehen. Er schickte ihn zunächst nach Sofia, dann nach Konstantinopel mit den schlecht definierten Befugnissen eines militärischen Bevollmächtigten. Trotz des Erfolges seiner Mission in der Türkei, wo er die Pläne einer Blitzoffensive auf Suez entwickelte und am Palästinafeldzug[2] teilnahm, erhielt von Seeckt nie wieder ein aktives Kommando. Als er nach Deutschland zurückkehrte, war der Krieg beendet.

Vielleicht meinte der spätere Chef der Heeresleitung der Reichswehr in diesem Augenblick, seine Karriere sei beendet. Bald sollte die Zukunft zeigen, daß das nicht der Fall war. Ein neuer Zeitabschnitt begann für ihn. Seine geschichtliche Rolle fing erst an.

☆

Gleich in den ersten Wochen der Revolution nahm Seeckt wieder Fühlung mit dem Großen Generalstab auf und zeichnete sich in Kassel durch eine von Mäßigung und Entschlossenheit geprägte Haltung aus[3]. Daher wurde er auch nach einem Kommando als Generalstabschef beim Armee-Oberkommando Nord dazu bestimmt, die deutsche Friedensdelegation nach Versailles zu begleiten[4]. Nachdem er an Ort und Stelle an der endgültigen Abfassung der Militärklauseln mitgearbeitet hatte, kehrte Seeckt mit einer gründlichen Kenntnis des Vertrages nach Berlin zurück. Er hatte alle Paragraphen studiert und im Laufe seiner Unterhaltungen mit Graf Brockdorff-Rantzau jeden einzelnen Absatz durchforscht. Niemand war also geeigneter als er, die Organisation der Dienststellen des Reichswehrministeriums in die Hand zu nehmen und die Pläne für das neue Heer aufzustellen. Am 5. Juli 1919, acht Tage nach Unterzeichnung des Vertrages, wurde Seeckt zum Vorsitzenden der »Vorkommission für das Friedensheer« ernannt[5].

2 Siehe Benoist-Méchin: »Mustapha Kémal«, S. 171 ff.
3 Vgl. Band I, S. 72.
4 Vgl. Band I, S. 320.
5 Vgl. Band I, S. 362. Da Hindenburg seinen Abschied genommen hatte und der Generalstab aufgelöst worden war, trug General von Seeckt vorübergehend den Titel des Generalstabschefs, »als letzter Offizier des ehemaligen königlich-preußischen Heeres«. So wurde aus dem letzten Offizier des preußischen Heeres der erste Offizier der Reichswehr.

Gleich nach der Auflösung des kaiserlichen Heeres tauchte eine Unzahl kleiner Gruppen Freiwilliger auf, die zu Freikorps und Bataillonen, zu Regimentern und zu Brigaden zusammenwuchsen. Die Vorläufige Reichswehr baute sich gewissermaßen von unten nach oben auf. Um aber eine Berufsreichswehr zu bilden, beschloß Seeckt, im umgekehrten Sinne zu verfahren, indem er mit dem Generalstab begann, um schließlich bei der Truppe zu enden.

Von Moltke und Schlieffen umgestaltet und vergrößert, umfaßte der preußische Große Generalstab vor dem Kriege eine Zentralabteilung und vier Unterabteilungen unter der Leitung von Generalen, die den Titel Oberquartiermeister führten. Diese vier Abteilungen hatten die folgenden Arbeitsgebiete:

I. Operationen und Konzentration.
II. Fremde Heere.
III. Instruktion.
IV. Festungen.

Dies ganze Gebäude wurde auf Grund des Artikels 160 des Versailler Vertrages aufgelöst. Doch schon 48 Stunden nach seiner Ernennung zum Vorsitzenden der Vorkommission für das Friedensheer schuf Seeckt eine neue Organisation, das »Allgemeine Truppenamt«, zu dessen Chef er am 9. Juli 1919 ernannt wurde.

Kurz darauf wurde dies Truppenamt, das bisher in der deutschen Wehrverfassung unbekannt gewesen war, in vier Abteilungen gegliedert, die die folgenden Bezeichnungen führten:

I. Operationen.
II. Organisation.
III. Fremde Heere.
IV. Transportwesen.

Wie könnte man die seltsame Ähnlichkeit zwischen diesen vier neuen Abteilungen und denen, die vor 1914 die vier Oberquartiermeister leiteten, übersehen? Das Truppenamt war in Wirklichkeit die Keimzelle eines neuen Großen Generalstabes. Seine Struktur war dieselbe, nur der Name hatte sich geändert[6].

6 Vgl. Oberst L. Koeltz: »Der deutsche Große Generalstab, von Scharnhorst bis Blomberg«, in »La Revue hebdomadaire«, Hefte vom 4. und 11. April 1936. Im Jahre 1936, bei der Beerdigung von General Wever, erklärte General Beck, der Generalstabschef, in seiner Rede, daß »zur Zeit der ehemaligen Reichswehr das Truppenamt die Rolle des Generalstabes gespielt hatte«.

General von Seeckt stand seit neun Monaten an der Spitze dieser Organisation, als der Kapp-Putsch ausbrach. In sehr vielen Zügen glich Seeckt dem General von Lüttwitz: seine aristokratische Herkunft, seine monarchistischen Überzeugungen, sein langer Aufenthalt im Stab des III. Armeekorps, sein Abscheu gegenüber dem Sozialismus und dem parlamentarischen Regime, in denen er die erklärten Feinde der Größe Deutschlands sah. Aber er hatte auch mehrere Vorzüge vor dem Befehlshaber des Gruppenkommandos I: eine oft erprobte Kaltblütigkeit, gründliche Kenntnis der alliierten Politik und eine viel zutreffendere Bewertung der inneren Lage Deutschlands. Von Anfang an hatte er den Staatsstreich für ein gewagtes Unternehmen gehalten, das zum Scheitern verurteilt war. Er wußte, die Wiedergeburt des Landes werde ein langwieriges Werk sein, und sah nicht ohne Besorgnis eine Bewegung zum Angriff übergehen, die Deutschland aufs neue ins Chaos zu stürzen drohte.

Gewiß konnte es General von Seeckt nicht in den Sinn kommen, für das kommunistische Proletariat Partei zu nehmen. Aber sich der Sache der reaktionären Generale anzuschließen hieß doch, nach Beilegung des Putsches von der Leitung der militärischen Angelegenheiten ausgeschlossen zu werden. Seeckt sah voraus, daß die Linksparteien ihren Sieg nutzen würden — und dieser Sieg war in seinen Augen sicher —, um das Heer unter ihren Einfluß zu bringen und ihre Vertrauensmänner in alle Schlüsselpositionen zu setzen. Er sah seine Aufgabe also darin, sich abseits von der Bewegung zu halten, um die Lage nach dem Sturz der Putschisten in der Hand zu behalten.

Wie er sich dieser Aufgabe entledigte und wie er zweimal durch sein Eingreifen verhinderte, daß der Putsch zum Bürgerkrieg ausartete, ist bereits berichtet worden. Innerhalb von acht Tagen gelang es ihm, bei Noske und Ehrhardt seinen Willen durchzusetzen, und als Kapp und Lüttwitz abtreten mußten, wurde Seeckt Herr der Situation. Mit Unterstützung Hindenburgs und Groeners war er in der Lage, der Regierung seine Bedingungen zu stellen.

Als Ebert ihn daher am 18. März 1920 an Stelle des Generals Reinhardt[7] zum Chef der Heeresleitung ernannte, hinderte ihn nichts daran,

---

7 Die Regierung hatte die Organisation der neuen Berufsreichswehr zunächst General Reinhardt angeboten, der die Heeresleitung seit November 1919 unter sich hatte und die Vorläufige Reichswehr aufgestellt hatte. Aber Reinhardt lehnte das Angebot ab und gab die Anregung, die Aufgabe General von Seeckt anzuvertrauen, der ihm eher die gewünschten Eigenschaften zu besitzen schien, um Erfolg zu haben.

zur Reorganisation der Reichswehr die Grundsätze anzuwenden, die er an der Spitze des Truppenamts aufgestellt hatte.

Eine der Hauptsorgen Seeckts galt dem Ziel, aus der Heeresleitung und dem Reichswehrministerium ein einheitliches und geschlossenes Ganzes zu machen, aus dem jedes zivile Element streng verbannt war; die Nachfolger Moltkes und Roons sollten ungestört am Wiederaufbau der militärischen Macht des Reiches arbeiten können. Genau wie der Generalstab nach dem Waffenstillstand, so mußte sich die Heeresleitung gegen zwei Feinde zur Wehr setzen: gegen einen äußeren, nämlich die interalliierte Kontrollkommission, und gegen einen inneren Feind, das deutsche Parlament.

Der Artikel 160 des Versailler Vertrages hatte die Auflösung des Großen Generalstabes angeordnet und zugleich erklärt, er dürfe unter keinen Umständen und in keinerlei Form wieder gebildet werden. Die höchsten Befehlsstellen der neuen Reichswehr durften also nur die Kommandeure der beiden Gruppenkommandos von Berlin und von Kassel sein, und sie unterstanden unmittelbar dem Reichswehrministerium. Gewiß konnte die deutsche Regierung dem entgegenhalten, daß keine Klausel des Vertrages die innere Struktur des Reichswehrministeriums selber reglementiere[8]. Aber die Gründung der Heeresleitung war darum doch nicht weniger ein Verstoß gegen den Artikel 160. Zwar ein wenig ernst zu nehmender Verstoß, solange die Dienststellen der neuen Organisation in bescheidenen Grenzen blieben. Aber vom 11. August 1920 ab begannen sie einen solchen Umfang anzunehmen, daß sie die Aufmerksamkeit der Kontrollkommission auf sich ziehen mußten.

»So war ein Befehlsorgan geschaffen worden«, schrieb General Nollet, »das über dem Armeekorps stand; der Chef der Heeresleitung trat wie ein Generalissimus auf, und sein Amt glich dem früheren Generalstab. Die alliierten Regierungen fanden sich nicht mit dieser Lage ab. Sie forderten die Reorganisation der Heeresleitung gemäß den Vorschriften des Vertrages und den Verzicht ihres Chefs auf seine Machtstellung. Hinsichtlich der Organisation wurden den Alliierten gewisse Zugeständnisse gemacht; aber der Chef der Heeresleitung wurde seines Charakters als

8 Der Artikel 160 beschränkte sich darauf, festzustellen, es dürfe nicht mehr als 300 Offiziere oder Gleichgestellte in den Kriegsministerien der verschiedenen Länder Deutschlands und der ihnen angegliederten Behörden geben, und diese 300 müßten ferner in der Höchststärke von 4000 Offizieren enthalten sein. Hier ist also die Rede von den Kriegsministerien »verschiedener Länder«, was im Gegensatz zum Einzelheer steht und die Frage der Organisation des Reichswehrministeriums vollkommen außer acht läßt.

Oberster Befehlshaber nicht entkleidet. Die Gelegenheit zu einer solchen Änderung bot sich, als General von Seeckt durch General Heye abgelöst wurde. Dieser aber erhielt sogleich den Rang eines Generals der Infanterie, mit rückwirkender Kraft vom 1. Dezember 1924, und wurde so schon auf Grund seines Dienstalters zum Chef des deutschen Heeres[9].«

Länger und härter sollte der Kampf gegen den inneren Feind sein; denn während die Auseinandersetzungen mit der Kontrollkommission rein technischer Art waren, erhielt das Duell zwischen dem Generalstab und dem Reichstag sogleich ein politisches und moralisches Gesicht. Hier ging es um nichts weniger als die Vorherrschaft innerhalb des Reiches. Man darf nicht übersehen, daß der Versailler Vertrag Deutschland ein zentral geführtes Heer[10] auferlegt hat, und zwar gerade in dem Augenblick, in dem die Weimarer Nationalversammlung dem Lande ein liberales Regime verlieh. Diese paradoxe Lage mußte notwendigerweise zur Trennung der beiden Gruppen führen, einer um so unausweichlicheren Trennung, als weder die eine noch die andere aus dem ureigensten Willen des Volkes[11] hervorgegangen war und sie folglich auch zu keinem Ausgleich kommen konnten. In dem Abnutzungskrieg, den sich Reichswehr und Parlament jahrelang lieferten, mußte schließlich der schwächere unterliegen.

Albert Grzesinski, der frühere preußische Innenminister, erzählt in seinen Memoiren von seinen wiederholten Bemühungen, die Heeresleitung der Reichswehr der Kontrolle der zivilen Behörden zu unterwerfen. »Ich schrieb an Noske, um seine Aufmerksamkeit auf die Gefahr zu lenken, die darin bestand, Heer und Kriegsministerium nur durch den Großen Generalstab wiederaufbauen zu lassen . . . Am 16. August 1919 schlug ich vor, der Vorbereitenden Kommission zwei Beamte des alten preußischen Kriegsministeriums zuzuteilen, die nicht nur beratende, sondern auch beschließende Stimme haben sollten. Ich hatte weder bei Noske noch beim Reichskanzler Hermann Müller irgendwelchen Erfolg . . . Jeder zivile Einfluß wurde bei der Schaffung des neuen Heeres ausgeschaltet und blieb es auch, als es aufgebaut war.«

Und doch gab sich Grzesinski nicht geschlagen. Wenig später brachte er die Sache bei Gelegenheit einer Debatte über das Militärbudget von neuem aufs Tapet: »Um Geldverschwendung zu vermeiden, verlangte ich, daß man den Posten eines zivilen Kontrolleurs im Reichswehrmini-

9 General Nollet: »Une expérience de désarmement«, S. 201.
10 Vgl. Band I, S. 323/324.
11 Vgl. Major Foertsch: »Wehrmacht im nationalistischen Bereich«, S. 4.

sterium schaffe. Dieser Posten würde von einem zivilen Unterstaatssekretär, als Vertreter des Ministers, zu besetzen sein. Natürlich verfolgte ich auch politische Absichten dabei . . . Aber der Einfluß der Militärs auf das Reichskabinett war stärker als meiner. Der Mann, der zum Unterstaatssekretär im Reichswehrministerium ernannt wurde, traf sofort auf den heftigsten Widerstand und fand nicht den geringsten Rückhalt beim Minister. Er wurde bald völlig kaltgestellt und trat freiwillig zurück. Die Mitglieder des Generalstabes waren von neuem unter sich. Um die Gefahr eines neuen zivilen Unterstaatssekretärs auszuschließen, ließ man diesen Posten mit General von Feldmann besetzen. So schlug die Maßnahme, die wir empfohlen hatten, sogar zum Vorteil des Generalstabes um. Als General von Feldmann pensioniert wurde, erhielt er keinen Nachfolger[12].«

Noch ein drittes Mal erneuerte Grzesinski seinen Vorstoß und bemühte sich, seinen Standpunkt durchzusetzen, doch mit ebenso negativem Erfolg. »Als die Sozialdemokraten infolge der Wahlen vom 20. Mai 1928 von neuem in das Reichskabinett einzogen, forderte ich diesmal — in meiner Eigenschaft als preußischer Innenminister —, der Posten des Unterstaatssekretärs bei der Reichswehr müsse mit einem Sozialdemokraten besetzt werden. Aber auf Vorschlag des Finanzministers und unter dem Vorwand von Sparmaßnahmen wurde die Stelle gestrichen. An Stelle des Unterstaatssekretärs schlug Schleicher einen Generaldirektor des Ministeriums vor, der die Rolle eines ständigen Vertreters des Ministers spielen sollte. Diese Lösung wurde im Kabinettsrat vom 27. Februar 1929 angenommen, und der Posten wurde General von Schleicher selber anvertraut[13].« Bis 1938 blieb somit die Zitadelle der Bendlerstraße unangetastet.

Doch zurück zum Jahr 1920. Sobald Seeckt zum Chef der Heeresleitung ernannt war, übergab er die Leitung des Truppenamts dem Obersten Heye, zugleich mit der Beförderung zum Generalmajor, um sich ganz seinen neuen Aufgaben widmen zu können. Das Hirn war geschaffen: der Generalstab. So blieb noch der Körper zu gestalten: das Heer selber.

---

12 Geßler, damals Reichswehrminister, benutzte eine eigenartige Argumentation, um zu beweisen, daß es unmöglich sei, einen Posten für einen zivilen Unterstaatssekretär zu schaffen: »Dieser Unterstaatssekretär«, erklärte er am 16. Februar 1927 vor dem Reichstag, »müßte technischer Ratgeber des Ministers sein. Nun, nach den Verträgen mit den Alliierten ist dieser technische Berater der Chef der Heeresleitung. Deutschland allein kann daran gar nichts ändern.«

13 Albert Grzesinski: »La Tragi-Comédie de la République allemande«, S. 85–87.

»Das deutsche Volk jeder militärischen Instruktion durch Abschaffung des Pflichtdienstes berauben; das Prestige des Heeres schwächen, indem ihm der Charakter einer Legion von Söldnern gegeben wird; Deutschland in einem Zustand der dauernden Inferiorität halten, indem seine Heeresstärke auf 100 000 Mann begrenzt wird; das Heer köpfen, indem man ihm untersagt, ein einziges Kommando zu haben, das den Stäben der beiden Gruppenkommandos übergeordnet ist; aus den Deutschen Soldaten zweiten Ranges machen, indem ihnen jede Kenntnis moderner Waffen verboten wird; endlich das Heer völlig innerhalb der Nation isolieren, indem man alle Bindungen mit der Zivilbevölkerung, besonders mit der Jugend der Schulen und der Universitäten, abschneidet«, das sind, nach General von Seeckt, die Ziele, die die alliierten Sachverständigen verfolgten, als sie die militärischen Klauseln des Versailler Vertrages redigierten.

Doch sosehr der ehemalige Chef des Truppenamts die Gegenwart mit tiefem Bedauern betrachtete, so blickte er doch vertrauensvoll in die Zukunft. Er wußte, daß Deutschland einen düsteren Abschnitt seiner Geschichte durchmaß, er wußte aber auch, daß es schon siegreich aus ähnlichen Schwierigkeiten hervorgegangen war. Das Beispiel von 1812 war allen bekannt. Als wolle er die Bindungen mit der Vergangenheit enger gestalten, stimmte Seeckt in der ersten Rede, die er nach Eintritt in sein Amt hielt, ein Loblied auf General Yorck, eine der hervorragendsten Gestalten der Befreiungskriege, an[14].

Von Seeckts leitende Idee konnte etwa folgendermaßen umschrieben werden:

1. Wie kann man die Klauseln des Vertrages umgehen und seine Auswirkungen neutralisieren, ohne zu offensichtlich die Aufmerksamkeit der Alliierten auf sich zu ziehen?

2. Wie kann man Deutschland dazu verhelfen, nach Zerbrechen der Ketten des Vertrages wieder zur allgemeinen Wehrpflicht zurückzukehren?

»Bei allen Heeresorganisationen liegt die Gefahr vor«, schreibt General von Seeckt, »den augenblicklichen Zustand für einen Dauerzustand zu halten und zu übersehen, daß solche Organisation etwas Lebendiges ist, das in seinen Formen, aber auch in seinem Geist mit der Zeit gehen muß[15].« Seit 1920 war Seeckt also davon überzeugt, daß die

14 Rede Seeckts, gehalten in Hamburg, im April 1920.

15 General Hans von Seeckt: »Die Reichswehr«, Berlin 1933, S. 31. In diesem Hauptwerk legte der ehemalige Chef der Heeresleitung seine Beweggründe im einzelnen dar. Wir werden häufiger Gelegenheit haben, uns darauf zu beziehen.

100 000-Mann-Reichswehr früher oder später durch eine nationale Wehrmacht ersetzt werde. Einerseits mußte das Berufsheer der Reichswehr also in den großen Linien den Forderungen der Allierten entsprechen, andererseits mußte es als Kader und Prägestock des zukünftigen Heeres dienen können. Unmöglich, wird man einwenden, diese beiden gegensätzlichen Formen in Einklang zu bringen und zugleich für die Gegenwart und für die Zukunft zu arbeiten. Und dennoch fand Seeckt gerade in der Härte der ihm auferlegten Beschränkungen das Mittel, diesen Widerspruch zu überwinden. Die Aufgabe der Reichswehr besagte, die innere und äußere Sicherheit des Reiches zu wahren. Deshalb bedurfte sie einer gewissen Macht. Diese Macht nun konnte man weder in einer zahlenmäßigen Verstärkung der Truppe noch in einer Steigerung der Rüstung suchen, da die Alliierten Deutschland in diesen beiden Punkten formelle Beschränkungen auferlegt hatten. Der einzige Weg, die materielle Schwäche der Truppe auszugleichen, war die Erhöhung ihrer beruflichen Tüchtigkeit und ihres moralischen Niveaus. Der eigentliche Wert des so ausgebildeten Personals war die Schaffung hervorragender Ausbilder für den Tag, an dem Deutschland wieder Wehrpflichtige zu den Fahnen rufen konnte.

Derselbe Gedanke fand sich bei der Art, wie die Soldaten auszubilden waren. »Die Ausbildung der Soldaten der Reichswehr«, erklärte Seeckt, »beginnt am Tage ihres Eintritts in das Heer und geht während der ganzen Dauer ihres Dienstes unaufhörlich weiter. Sie darf weder Ende noch Aufschub haben, denn es bleibt immer noch etwas zu lernen oder zu vervollkommnen.« Es handelte sich in der Tat nicht darum, in zwei oder drei Jahren ausgezeichnete Kämpfer auszubilden und das erreichte Niveau die übrigen neun oder zehn Jahre zu halten. Die Truppe wäre dann schnell einer anhaltenden »Verkalkung« im langfristigen Dienst anheimgefallen. Nach Ablauf einiger Jahre wären die »Söldner« in Nichtstun und Schlendrian versunken[16].

Die einzige Möglichkeit, dieser Gefahr vorzubeugen, bestand darin, das Heer unaufhörlich zu beschäftigen und ihm immer höhere Ziele zu setzen. Eine erste Entwicklungsstufe in der Ausbildung des Soldaten hatte zum Ziel, daß er vollständig und schnell die Aufgaben erfüllen könne, die ihm innerhalb der Truppe gestellt wurden. Wenn diese erste Stufe erreicht war, mußte nach und nach das Niveau der Ausbildung gesteigert werden, um seine Kenntnisse und demzufolge seine Brauch-

16 Das war gerade das, was die Engländer hofften.

barkeit zu steigern. Dieser neuen Arbeit konnte keine Grenze gesetzt werden, da es sich ja darum handelte, aus jedem einzelnen das meiste herauszuholen. »Sobald die Reichswehr als Ziel hatte, dem zukünftigen nationalen Heer Kader und Ausbilder zu liefern«, schreibt Seeckt, »sahen die Männer, wie sich vor ihren Augen Aufgaben abzeichneten, für die zwölf Dienstjahre kaum ausreichten.« Fach- und Fortbildungskurse, längere Abkommandierungen in verschiedene Waffengattungen, wiederholte Manöver und Vorführungen im Gelände, alles das mußte ins Werk gesetzt werden, um Schneid und Wendigkeit der Truppe zu erhalten und die Soldaten ans Kommandieren zu gewöhnen[17]. »Der Gedanke, unaufhörlich das Niveau der Ausbildung zu steigern«, schrieb Seeckt, »floß aus dem Willen, aus der Reichswehr nicht ein Söldnerheer, sondern ein Führerheer zu machen.«

☆

Indessen war es nicht nur Aufgabe der Reichswehr, die Zukunft vorzubereiten. Sie bestand auch darin, die Erinnerung an die Vergangenheit zu wahren, die Tradition des alten preußischen Heeres aufrechtzuerhalten. Seeckt sorgte ganz besonders dafür, die Bande wieder zu knüpfen, die von den Alliierten zerrissen worden waren, um die Struktur des deutschen Heeres von Grund auf umzugestalten.

»Der konservative Charakter des militärischen Wesens ist schon in anderem Zusammenhang begegnet. Er beruht nicht zum wenigsten auf seiner historischen Gebundenheit«, schrieb Seeckt[18]. Gewiß hatten die großen Erschütterungen der Erdrinde, die geographischen und klimatischen Umgestaltungen, die kulturellen Strömungen und die Handelsbeziehungen in der Vergangenheit eine wichtigere Rolle gespielt als die Schlachten und Kriege. Doch die Erinnerung an sie war nicht mit hervorragenden Persönlichkeiten verknüpft, sie gruben sich dem Gedächtnis nicht mit so scharfen Umrissen ein wie die militärischen Ereignisse. Das liegt daran, daß sich die Waffen und die Form der Heere gewandelt haben, während sich die Menschen durch Jahrhunderte hindurch gleichgeblieben sind mit ihren guten und schlechten Eigenschaften, ihrer Selbstverleugnung und ihrem Heldentum. Wenn die Völker der auf den

17 Dank dieses Grundsatzes setzten sich die 100 000 Mann der Reichswehr 1924 aus 4 000 Offizieren, 21 000 Unteroffizieren, 30 000 Gefreiten und nur 44 000 Soldaten zusammen. Selbst die Soldaten hatten schon soviel Ausbildung genossen wie sonst die Unteroffiziere in den Armeen mit kurzer Dienstzeit.

18 Seeckt, a. a. O., S. 46.

Schlachtfeldern Gefallenen rühmend gedenken, ist das keine Romantik, sondern es geschieht aus einem tiefen Trieb heraus, den man Dank an die Geschichte nennen könnte.

»Das Bewußtsein, Mitträger eines großen historischen Ruhmes zu sein und sich hierdurch vor andern auszuzeichnen, hat einen ganz unleugbaren Einfluß auf den Wert einer Truppe«, schrieb Seeckt. Darum legen alle Heere so viel Wert darauf, die Erinnerung an ihre Vergangenheit lebendig zu erhalten. Schon bei Bildung der Vorläufigen Reichswehr hatten sich die Chefs der Freikorps bemüht, ihre Herkunft von den aufgelösten Regimentern zu kennzeichnen. »Der innere Zusammenhang war noch enger, als man annehmen möchte«, schrieben wir. »Beim Übergang vom kaiserlichen Heer zu den Freikorps und von den Freikorps zur Vorläufigen Reichswehr hatten die Traditionskompanien oder Stammtruppenteile vielfach die Standarten, Feldzeichen und Archive der Einheiten bewahrt, denen sie vor der Revolution angehört hatten[19].«

Seeckt behielt dieses System bei und gab ihm eine unerwartete Weite und Bedeutung. Sowenig es eine Unterbrechung zwischen dem kaiserlichen Heer und der Vorläufigen Reichswehr gegeben hatte, sowenig gab es auch eine zwischen der Vorläufigen und der Berufsreichswehr.

Jedes Regiment des neuen Heeres umfaßte eine Reihe von Traditionskompanien, deren Aufgabe die Bewahrung der Fahnen und Standarten der aufgelösten Einheiten war. Diese kleinen symbolischen Einheiten hielten die Erinnerung an die verschwundenen Regimenter wach, bis sie eines Tages neu erstehen würden. Das alte kaiserliche Heer war so inmitten der Reichswehr vollständig vertreten, jede Kompanie gewährleistete den Fortbestand eines ganzen Regiments.

Um die Bande zwischen Gegenwart und Vergangenheit noch enger zu knüpfen, wurden diese Traditionskompanien soweit wie möglich in die Garnisonen der Vorkriegs-Regimenter gelegt. Das System wurde auch auf die Offiziersstellen-Besetzung ausgedehnt. »Diese Gesamtheit der Maßnahmen, die dazu diente, in den neuen Formationen die Erinnerung an Korps wachzuhalten, deren Geschichte in der monarchistischen Tradition verwurzelt war, wurde streng kritisiert«, schrieb Seeckt. »Ihr tiefer Sinn konnte von denen nicht verstanden werden, denen jedes militärische Denken fremd war. Sie klagten dieses System an, Ergebnis eines lächerlichen Fetischismus oder eines veralteten Bürokratismus zu sein.

19 Vgl. Band I, S. 173.

Sie konnten nicht seine dreifache historische, soziale und erzieherische Bedeutung ermessen.« Historisch war das System, weil es aus der Reichswehr die Wahrerin und Hüterin der deutschen militärischen Traditionen machte. Sozial, weil es die Verbindung zwischen jeder Kompanie der Reichswehr und dem entsprechenden Traditionsverein des Regiments gewährleistete. Erzieherisch schließlich, weil die Veteranen des großen Krieges stolz darauf waren, daß das neue Heer die Erinnerung an ihre großen Taten bewahrte, und weil es die jungen Rekruten ihrerseits stolz machte, die Erben und Nachfolger der Kriegsgeneration zu sein.

Ebenso bezeichnend war die Beibehaltung der Felduniform. Viele Offiziere hofften, daß mit dem Frieden auch die alten Uniformen wiederkommen würden. Aber General von Seeckt war ausdrücklich dagegen. Auch der Krieg gehörte zu den Traditionen, die die Reichswehr bewahren mußte. Zwischen 1914 und 1918 war die deutsche militärische Einheit geschmiedet worden. Wenn auch das Gesetz vom 6. März 1919 ein einziges Heer für das ganze Reichsgebiet geschaffen hatte, so hatte sich diese Einheit doch schon im Feuer der Kanonen offenbart. Die feldgraue Uniform blieb ihr Symbol. Hatte aber das zivile Deutschland den Frieden wiedergefunden, so galt das nicht für das Heer. Für die Soldaten der Reichswehr ging der Krieg weiter. Das Tragen der Felduniform und des Stahlhelms erhielt sie in einem Zustand immerwährender Mobilisierung. Wie der antike Wächter auf der Höhe seines Turms, so wachten sie über das Fortleben des Reiches.

☆

Doch die Vorbereitung auf eine zukünftige Wehrmacht und die Erhaltung der Tradition erschöpften die Rolle der Reichswehr nicht. Sie mußte weiterhin den Kontakt mit der Bevölkerung pflegen, durfte sich nicht isolieren lassen, durfte kein Fremdkörper innerhalb der Nation werden. Damit eines Tages die erhoffte Wiederbewaffnung wahr werden konnte, genügte es nicht, über die Unteilbarkeit des deutschen Bodens zu wachen; auch die moralische Führung seiner Bewohner mußte in der Hand behalten werden.

»Indem man Deutschland ein Heer von Söldnern auferlegte«, schrieb Seeckt, »wollte man die Bande zwischen Armee und Volk abschneiden.« Die Abschaffung der Wehrpflicht und das Verbot, Reservisten auszubilden, drohten der Lebenskraft der Reichswehr den Todesstoß zu versetzen. Sie erhielt dadurch keinerlei frisches Blut, und die Berührung der

Reichswehr mit dem Volk wurde auf ein Minimum herabgesetzt. Seeckt mußte sich versteckter Hilfsmittel bedienen, um zu verhüten, daß das Heer dahinsiechte und verkümmerte.

Die Traditionskompanien stellten ja schon die Verbindung zwischen den neuen Einheiten und den Frontkämpferverbänden her. Bald setzten sich besondere »Instruktionsoffiziere« bei der Jugend auf Schulen und Universitäten für das Ansehen des Heeres ein. In der Länge der Dienstverträge fand Seeckt ebenfalls ein wertvolles Hilfsmittel. Beim kurzfristigen Militärdienst mochte es vorteilhaft sein, wenn die Soldaten bisher unbekannte Gegenden ihres Landes kennenlernten. Soldaten und Offiziere mit zwölf oder gar fünfundzwanzig Dienstjahren durfte man dagegen nicht in weit entfernte Garnisonen versetzen. Sie leisteten ihren Dienst also in den Provinzen, aus denen sie stammten. Dort dienten sie im Schoß ihrer Familien und oft sogar in ihren Geburtsorten als Bindeglied zwischen Bevölkerung und Heer. So entging die Reichswehr gerade jener Isolierung, in die sie die Klauseln des Versailler Vertrages stoßen sollten.

»Dank dieser Maßnahmen«, schrieb Seeckt, »kannten die Deutschen allmählich ›ihre‹ Regimenter. Das Volk merkte, daß das Heer dieselbe Sprache redete wie es selber, daß es von seinem Fleisch und Blut war. So lebten die Erinnerungen an die Vergangenheit wieder auf, und wenn man sah, daß die alten Grundsätze unter der neuen Uniform weiterlebten, daß die jungen Leute sich bemühten, es den alten gleichzutun, dann bedauerten Bürger und Bauern, daß sie keinen Platz für ihre Söhne in den Regimentern fanden, wo sie selber früher gedient hatten.«

Was nun die Rekruten und Offiziere betraf, die der Chef der Heeresleitung benötigte, um seine Truppe aufzustellen, so stand ihm eine reiche Auswahl zur Verfügung. Er verfügte über 350 000 Mann und 40 000 Offiziere der Vorläufigen Reichswehr, aus denen er nur mit vollen Händen zu schöpfen brauchte[20]. »Was meine Aufgabe erschwerte«, gestand er, »war nicht ein Mangel an Truppenstärke, es war vielmehr ihr Übermaß.«

Dieses große Angebot erlaubte ihm aber auch, auszuwählen. Durch

20 General von Lüttwitz trug Seeckt nach, daß er ihn nicht beim Kapp-Putsch unterstützt hatte. Er bemerkte in seinen Memoiren: »Das Verdienst General von Seeckts wird überaus betont. Er hat gewiß Gutes geleistet, aber das ihm von mancher Seite gezollte Lob klingt fast so, als wenn er aus einer sehr minderwertigen Armee aus dem Jahre 1919/20 eine hervorragende Reichswehr geschaffen hätte. Zur Rechtfertigung und zum Ruhme der alten Armee muß ich dazu einiges sagen: Die Armee, die Generaloberst von Seeckt im Frühjahr 1920 übernahm, war schon gut.« (»Im Kampf gegen die Novemberrevolution«, S. 87/88.)

einen strengen Ausleseprozeß konnte er die weniger guten Elemente abstoßen und nur die Elite behalten. Gewiß ging diese Operation nicht schmerzlos vor sich, und unter den Entlassenen gab es viele Härtefälle. Doch verfolgte Seeckt seine Arbeit mit unerbittlicher Strenge, ohne sich durch die Angriffe seiner Gegner und die Kritiken der Unzufriedenen behindern zu lassen. »Die Aufgabe der Reichswehr war zu hoch«, schrieb er, »um nicht denen, die in sie eintraten, das Höchste abzuverlangen. Sie konnte der übrigen Bevölkerung nur als Beispiel dienen, wenn sie die Besten der Besten enthielt[21].«

☆

Untersuchen wir nun die Struktur der Berufs-Reichswehr, so wie sie sich aus dem Gesetz vom 23. März 1921 ergab. Sie erscheint wie eine Synthese aus den Militärklauseln des Versailler Vertrages und dem Gesetz vom 6. März 1919 über die Vorläufige Reichswehr. Nach Artikel 1 dieses Gesetzes »ist das Heer der deutschen Republik die Reichswehr«. Seine Effektivstärke belief sich auf 96 000 Mann und 4 000 Offiziere. Die Gesamtheit dieser Truppen bildete sieben Infanterie- und drei Kavalleriedivisionen[22], die zwei Gruppenkommandos mit Sitz in Berlin und in Kassel unterstanden.

21 Einige Offiziere, die durch diese Auswahl übergangen wurden, beschuldigten Seeckt, er habe ungerecht und eigenmächtig gehandelt. Der Chef der Heeresleitung antwortete: »Die Freikorps vereinigten in sich, was von der alten Armee noch kampfwillig und opferbereit war; wie ihre Form, so war auch ihr Wert verschieden und wurde meist durch die Person des Führers bestimmt. Ihre Entstehung und Zusammensetzung gab den Freikorps einen Landsknechtcharakter, der sie zur Grundlage eines auf Dauer berechneten neuen Heeres nicht geeignet erscheinen ließ. Ihr unvergängliches Verdienst ist es, das Vaterland in schlimmster Not gerettet und in das neu zu bildende Heer den kriegerischen Geist dieser stürmischen Zeiten übertragen zu haben. Es mußte gelingen und ist gelungen, diesen Freikorpsgeist nicht zu töten, sondern ihn in eine Form umzugießen, die Dauer versprach. Die Freikorps haben es zum Teil als Ungerechtigkeit und Undank empfunden, daß man ihnen, nachdem sie ihre Aufgabe erfüllt hatten und die zunehmende Konsolidierung der Verhältnisse ihre Hilfe nicht mehr erforderlich erscheinen ließ, nicht Dauer verlieh, sie nicht zum Träger der neuen Wehrmacht machte. Wer so empfand, vergaß, daß ein neues Gebäude sehr sicherer Fundamente bedurfte und nach einem bestimmten Plan als Dauerwohnung aufgeführt werden mußte, daß sich aber hierfür weder die Formen noch die Zusammensetzung der Freikorps eigneten. Jetzt mußte Friedensarbeit geleistet werden, und für solche eignete sich nicht jeder, der in den Ausnahmezeiten nach dem Krieg glänzend seine Pflicht getan hatte.« (Hans von Seeckt: »Die Reichswehr«, S. 14.)

22 Verteilung der Divisionen: 1. Infanteriedivision: Königsberg (General von Dassel); 2. Division: Stettin (General Weber); 3. Division: Berlin (General Rumschöttel); 4. Division: Dresden (General von Stolzmann); 5. Division: Stuttgart (General Reinhardt, ehemaliger Kriegsminister von Preußen); 6. Division: Münster (General von Lossberg, ehemaliger Generalstabschef des XIII. Armeekorps); 7. Division: München (General von Möhl); 1. Kavalleriedivision: Frankfurt an der Oder (General von Horn); 2. Kavalleriedivision: Breslau (General von Preinitzer); 3. Kavalleriedivision: Kassel (General Koch). Siehe Karte 4 auf den Seiten 136/137.

DÄNEMARK
NORDSEE
HAMBURG
SCHWERIN
Elbe
Weser
BREMEN
VI
Ems
NIEDERLANDE
OSNABRÜCK
HANNOVER
POTSDA
Havel
MÜNSTER
MAGDEBURG
IV
Saale
LEIPZ
Maas
Rhein
Köln
KASSEL
Fulda
½V
WEIMAR
BELGIEN
GIESSEN
Werra
Koblenz
LUXEMBURG
Mainz
Main
WÜRZBURG
NÜRNBERG
Maas
Mosel
Neckar
VII
REGEN
STUTTGART
Kehl
FRANKREICH
½V
ULM
Isar
Donau
Lech
MÜNCHEN
Rhein
SCHWEIZ
ÖSTE

LITAUEN
OSTSEE
Memel
INSTERBURG
KÖNIGSBERG
I
DANZIG
ELBING
ALLENSTEIN
STETTIN
Oder
Weichsel
Netze
P O L E N
WARSCHAU
Weichsel
FRANKFURT ODER
Warthe
III
Oder
LIEGNITZ
BRESLAU
OPPELN
Elbe
Oder
Weichsel
Staatsgrenzen
Grenze der Gruppenkommandos
Grenzen der Wehrkreise
V Wehrkreisnummern
Sitz eines Gruppenkommandos
Sitz eines Wehrkreiskommandos
Besetzte Zone
Neutrale, entmilitarisierte Zone

Die 24 Brigaden der Vorläufigen Reichswehr wurden aufgehoben[23]. Die Zahl der Wehrkreise wurde auf sieben beschränkt, mit Sitz in denselben Städten, in denen sich auch die Stäbe der Divisionen befanden.

Das Oberkommando der Reichswehr hatte der Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, inne. Ihm war ein Generalstab zugeordnet, der zugleich die Kader des Reichswehrministeriums bildete. Der Oberbefehlshaber der Land- und Seestreitkräfte war der Reichspräsident (Art. 8).

Die Eidesformel blieb unverändert. Vertrauensmänner waren in allen Stäben und Truppenteilen zu wählen (Art. 9).

Besonders interessant waren die Artikel des Gesetzes, die sich auf die Gründung von Landsmannschaften bezogen. Als die Nationalversammlung von Weimar für das gesamte Reich ein einziges Heer anordnete, hatte sie eine kühne Neuerung vollzogen. Diese Reform hatte von seiten gewisser Staaten sehr lebhafte Reaktionen ausgelöst, und gleich nach dem Münchener Unternehmen hatte Noske Präsident Hoffmann sogar versprechen müssen, daß die auf bayrischem Gebiet stationierten Truppen ausschließlich aus Söhnen des Landes Bayern rekrutiert würden[24].

Als die Ordnung wiederhergestellt war, waren die Länderregierungen über eine Maßnahme verstimmt, die sie eines Teiles ihrer Vorrechte beraubte. Sie zwangen die Reichsregierung zu Zugeständnissen, und vielleicht wären sie sogar größer ausgefallen, wenn der Versailler Vertrag nicht einen Riegel vorgeschoben hätte; er verlangte für »das Heer der Staaten, die Deutschland bilden«, eine gleichartige Regelung. Diese Formel erlaubte es der Reichsregierung, den Forderungen der Länder nicht ganz nachzugeben; sie verschanzte sich einfach hinter dem Willen der Alliierten.

Die Gründung der Landsmannschaften bewies in der Tat, wie zerbrechlich damals noch die deutsche militärische Einheit war und wie sehr die Staaten darauf bedacht waren, alles zu erhalten, was noch von ihrer alten Oberhoheit fortbestand. Artikel 14 des Gesetzes erklärte, alle Offiziere und Beamten der in einem Lande stationierten Einheiten sollten ausnahmslos diesem Lande angehören. Dasselbe galt für die Soldaten in dem Maße, wie der Zustrom von Freiwilligen es gestattete. Die bayrischen Einheiten bildeten demzufolge eine einheitliche und ge-

---

23 Sie waren noch gar nicht alle aufgestellt worden.
24 Vgl. Band I, S. 292.

schlossene Gruppe unter dem Kommando eines eingesessenen Generals. Ausdrücklich sollten die Truppen ihre ständigen Garnisonen in den Ländern haben, aus denen sie stammten. Im Dienstausweis sollte die Angabe der Landsmannschaft unmittelbar auf die Dienstnummer folgen.

Gewiß tasteten diese Bestimmungen die Souveränität des Reiches in militärischer Hinsicht nicht an. Doch indem sie *de facto* die vier *im Prinzip* abgeschafften Kontingente wiederherstellten, stellten sie gegenüber dem Gesetz vom 6. März 1919 ein klares Zurückweichen dar.

Die Artikel 19 bis 22 regelten die Dauer des Dienstes: zwölf Jahre für die Mannschaften und fünfundzwanzig für die Offiziere. Sie bestimmten ebenso die Fälle, in denen der Staat die Dienstverträge aufkünden konnte.

Da Kadettenanstalt und Kriegsakademie abgeschafft worden waren, war die militärische Ausbildung jetzt in vier Schulen zusammengefaßt, die auf je eine Waffengattung spezialisiert waren: die Infanterie in Dresden, die Kavallerie in Hannover, die Artillerie in Jüterbog und die Pioniere in München. Artikel 23 führte aus, jeder Soldat und jeder Unteroffizier erhalte während der Dauer seines Dienstes außer der militärischen Unterweisung eine ausreichende berufliche Ausbildung, die es ihm erlaube, bei Rückkehr in das Zivilleben einen Beruf auszuüben[25].

Jedes Mitglied der Reichswehr konnte entsprechend seinen Fähigkeiten zu den höchsten Dienstgraden aufsteigen (Art. 24)[26]. Es durfte nicht ohne Genehmigung seiner Vorgesetzten heiraten. Diese Genehmigung wurde ihm nur nach dem 27. Lebensjahr erteilt (Art. 31). Es war verpflichtet, alle seinen Dienst betreffenden Fragen auch nach Austritt aus dem Heer unbedingt geheimzuhalten (Art. 34). Die Erziehung des Soldaten umfaßte auch Unterricht in Bürgerkunde, die ihm seine Pflichten im Kriege wie im Frieden bewußt machte (Art. 35).

Jede politische Betätigung wurde den Mitgliedern der Reichswehr untersagt. Die Soldaten durften keiner Partei angehören und an keiner politischen Kundgebung teilnehmen. Sie hatten kein Wahlrecht. Alle Zeitungen waren erlaubt, doch behielt sich der Reichswehrminister das

---

25 Wir finden hier den Gedanken General Maerckers wieder, der die Reichswehrsoldaten nicht verkommen lassen wollte, wenn ihre Dienstzeit beendet war. Das Schulsystem, das zu diesem Zweck innerhalb der XVI. Brigade gegründet worden war, war jetzt auf das ganze Heer ausgedehnt worden. (Vgl. Band I, S. 169/170.)

26 Zu diesem Zweck waren die Soldaten in drei Gruppen erfaßt: A. solche, die ohne Beförderungspläne dienen; B. solche, die Unteroffiziere werden wollen; C. solche, die Berufsoffiziere werden wollen. (»Das Deutsche Reichsheer, Organisation und Laufbahnen« von Ludwig von der Leyen, Hauptmann im Generalstab, Berlin 1925.)

Recht vor, in den Kasernen die Zeitungen zu verbieten, deren Lektüre er für Moral und Disziplin der Truppe für nachteilig hielt (Art. 36).

Schließlich zeigte eine Traditionstafel genau an, welchem Regiment des alten kaiserlichen Heeres eine Kompanie oder Schwadron der neuen Reichswehr entsprach. So wurde das 1., 2., 3. und 4. Regiment der Garde zu Fuß durch die 1., 11., 2. und 10. Kompanie des 9. Infanterieregiments der Reichswehr vertreten, das Regiment der Garde du Korps durch die 1. Schwadron des 4. Kavallerieregiments, das 1. Ulanenregiment durch die 2. Schwadron des 12. Kavallerieregiments usw.[27] Dieses System ermöglichte es den jungen Leuten, sich für die Traditions-Regimenter derjenigen Korps zu melden, in denen die Mitglieder ihrer Familien seit Generationen gedient hatten. So wurde das Weiterleben der Vergangenheit doppelt gewährleistet: durch die Weitergabe der Fahnen und durch den Fortbestand des Blutes — ganz so wie es Nietzsche gesagt hatte: »Die Hauptsache im Himmel und auf Erden ist es, lange denselben Richtlinien gehorsam zu folgen[28].«

So entstand ein Heer, das sich von der Vorläufigen Reichswehr durch seine Struktur, seine Disziplin und sein moralisches Gewicht sehr stark unterschied. Die Vorläufige Reichswehr war gewissermaßen aus der spontanen Umgruppierung der lebendigen Kräfte der Nation hervorgegangen. Die Berufsreichswehr war ein methodisch aufgebautes, aristokratisches Heer, das von oben bis unten das Merkmal seines Chefs trug. Sie war das dritte deutsche Heer seit November 1918.

---

27 Man könnte diese Beispiele unendlich vermehren, denn die Tabelle beansprucht im Handbuch des Hauptmanns von der Leyen (s. oben) siebeneinhalb Seiten mit vier Spalten. Wenn man diese Tabelle mit dem Jahrbuch der Reichswehroffiziere von 1921 vergleicht, sieht man, daß 75 Prozent der Offiziere des 9. Infanterieregiments, das in Potsdam die verschiedenen Garderegimenter der Kaiserzeit abgelöst hatte, vor der Revolution in der Garde gedient hatten. Ebenso findet man in den Schwadronen des 15. Kavallerieregimentes der Reichswehr, das in Münster und Paderborn lag, die Abkömmlinge der westfälischen Adelsfamilien wieder, die seit Menschengedenken die Kader des berühmten Regiments der Münsterländischen Kürassiere stellten.

28 Friedrich Nietzsche: »Jenseits von Gut und Böse.«

IX Einwohnerwehren, Zeitfreiwillige, illegale Freikorps und Geheimbünde

Seit der Rückkehr des kaiserlichen Heeres im Dezember 1918 hatten sich innerhalb des Offizierkorps zwei verschiedene Gruppen entwickelt: einerseits die Gemäßigten, die zögerten, die republikanische Regierung vor den Kopf zu stoßen, die lieber abwarten wollten und einem Konflikt auszuweichen versuchten, dessen Ausgang ihre eigene Autorität zu vernichten drohte, und die die Tiefe der Wogen, die das Land erschütterten, richtig einzuschätzen wußten; andererseits die ungestümen »Ultras«, die Anhänger der Gewalt, die es eilig hatten, der Republik durch eine glänzende Tat den Gnadenstoß zu versetzen, und keine Ahnung von den weitgehenden Umgestaltungen hatten, die Deutschland seit dem Zusammenbruch des Kaiserreiches erfahren hatte. Die Mitglieder dieser beiden Richtungen unterschied weniger eine bestimmte Ideologie als ihr andersgeartetes Temperament. Im Haß gegen Kommunismus und Demokratie waren sie sich einig, aber über taktische Fragen waren sie verschiedener Meinung. Die Gemäßigten empfahlen einen Abnutzungskrieg, der zu einer legalen Machtergreifung von innen her führen werde, die Ultras waren dafür, durch eine Reihe von Gewaltstreichen die Macht von außen her zu erringen. Hindenburg und Groener waren Wortführer der einen Richtung, Ludendorff und Lüttwitz übten auf die andere ihre Anziehungskraft aus.

Während der ganzen ersten und zweiten Revolution hatten sich diese beiden Tendenzen innerhalb des Großen Generalstabes die Stirn geboten und wechselseitig den Sieg davongetragen, obwohl das Gespenst der gefürchteten Teilung wuchs. Jetzt war der Bruch vollzogen. Von Ungeduld getrieben hatten die Ultras ihr Glück versucht und das Spiel verloren. Der Mißerfolg des Staatsstreiches vom März 1920 stürzte Lüttwitz und verhalf den Gemäßigten zum Siege.

Denn durch die Massenentlassungen in der Vorläufigen Reichswehr versuchte General von Seeckt nicht nur die »Besten der Besten« um sich zu sammeln. Er hatte eine sehr genaue Vorstellung von der Rolle des Offiziers im Staate und wollte um sich nur Elemente sehen, deren er sicher war. Im letzten Augenblick war Lüttwitz von seiner eigenen

Truppe überrannt worden, und der Chef der Heeresleitung wollte sich nicht derselben Überraschung aussetzen. Noch ein mißlungener Putsch, und es war aus mit dem deutschen Heer. In der neuen Reichswehr war kein Platz für impulsive Temperamente oder Abenteurer. Leute wie Pabst, Roßbach, Ehrhardt wurden erbarmungslos daraus verbannt. Gewiß zwang der Friedensvertrag Seeckt, von 350 000 Mann nur 100 000 zu behalten. Aber er ließ ihn sie wählen, wie er es für richtig hielt. Nun folgte seine Wahl fast genau der Spaltung, die seit 1918 die Gemäßigten von den Ultras trennte. Von nun an war das Offizierkorps in zwei Teile gespalten: auf der einen Seite die reguläre Reichswehr, die offiziellen Vertreter der deutschen militärischen Tradition, die »Auserwählten«, die der Nation als Kader und Vorbild dienten; auf der anderen die »Geächteten«, Freischärler und handfeste Kerle, die immer noch mit ihren Kameraden durch Bande verbunden waren, die keine gesetzliche Verfügung zu zerreißen vermochte, die aber ihre glücklicheren Kameraden oft nicht zu sehen vorgaben; stillschweigend mußten die Ausgestoßenen diese Demütigung ertragen.

Gewiß kannten auch die Offiziere der Reichswehr qualvolle Prüfungen. Oft waren sie Beleidigungen einer feindlichen Bevölkerung ausgesetzt und mußten unter den ihnen verhaßten Farben Schwarz-Rot-Gold der Republik dienen. Doch trösteten sie sich darüber hinweg, wenn sie bei der Ablösung der Wache die alten preußischen Fahnen im Winde flattern sahen, wenn ihre Regimenter unter Trommel- und Pfeifenklang im Paradeschritt die Straße Unter den Linden hinaufmarschierten.

Wieviel weniger beneidenswert war dagegen das Los ihrer ehemaligen Waffengefährten, die kein anderes Vaterland mehr hatten als ihre aufgelösten Bataillone! Würden sie sich in ihr Schicksal finden und im Zivilleben aufgehen? Bei weitem nicht alle. »Ich habe die Uniform ausgezogen«, schreibt einer von ihnen an Rudolf Mann, »aber ich bleibe Soldat, was auch kommen mag.« Ein anderer läßt sich das bezeichnende Geständnis entreißen: »Ich habe versucht, ein Handwerk zu lernen. Ich habe die härtesten Arbeiten angenommen. Ich habe alles getan, um das Militärleben zu vergessen. Unmöglich! Wenn man das im Blut hat, kann man nichts anderes mehr tun[1]!« Als sich das kaiserliche Heer in der Weißglut des revolutionären Deutschland verflüchtigt hatte, da hatten sich die Freikorps um einige entschlossene Führer herum spontan

---

1 Rudolf Mann: »Mit Ehrhardt durch Deutschland«, S. 217.

gebildet. Sie hatten selber die Initiative ergriffen und waren entschlossen, lieber umzukommen als klein beizugeben.

Jetzt wiederholte sich für sie dasselbe Phänomen ein zweites Mal, aber in anderem Rahmen. Unfähig, sich wieder an das Zivilleben anzupassen, gruppierten sich die ehemaligen Freiwilligen Ehrhardts, Bischoffs und Roßbachs in den unzähligen illegalen Formationen, die sich um die Reichswehr herum bildeten: »Heimwehren« und »Selbstschutz«, Geheimbünde, die immer wieder aufgelöst und neu gebildet wurden, geheimnisvoll und ungreifbar. Sie versteckten Waffenlager auf einsamen Höfen und schürten im Lande eine Atmosphäre von Fieber, Unruhe und Mord. Im klassischen Land der Komplotte und Verschwörungen vermehrten sich solche geheimen Gesellschaften uferlos. Sie erneuerten die Taten der Heiligen Feme, ihre Mitglieder zettelten im Verborgenen Überfälle und Attentate an, überzeugt, daß sie den Gesetzen nicht zu gehorchen brauchten, da sie ja das Regime, das sie geschaffen hatte, nicht anerkannten.

Andere zogen es vor, Deutschland zu verlassen. Sie gingen nach Österreich und Irland, nach Japan und Bolivien, in die Mandschurei und nach Marokko. Man traf sie überall, wo Aufstände geplant, überall, wo Ausbilder und Soldaten gebraucht wurden. Wie die Spuren eines riesigen Schiffbruchs fand man ihre Körper, von Fieber verzehrt oder von Kugeln zerrissen, in den Sümpfen des Chaco, am Fuße der Chinesischen Mauer oder in den afrikanischen Wüsten wieder.

Die Beziehungen zwischen der Reichswehr und den Geheimbünden waren sehr schwierig zu ergründen; sie änderten sich von Fall zu Fall, und sobald man ihre Natur näher bestimmen wollte, traf man auf manche Hindernisse — Verschwiegenheit und leidenschaftliche Polemik, offizielle Dementis und widerspruchsvolle Zeugnisse —, die die Suche nach der Wahrheit nicht erleichterten. Im allgemeinen muß man daran denken, daß von den 40 000 Offizieren der Vorläufigen Reichswehr nur 4 000 in der Berufsreichswehr Platz fanden. Für diese waren die entlassenen Offiziere nicht nur Schwärmer, die das Heer während des Kapp-Putsches schwer kompromittiert hatten; es waren auch Rivalen, die sie um ihre Stelle beneideten und nicht zögern würden, zuzugreifen, böte man sie ihnen an. Es handelte sich also darum, mit ihnen nur lockere Beziehungen zu unterhalten und besonders jedes geheime Einverständnis zu vermeiden, das nach Komplizentum aussähe.

Und doch sagten sich die Offiziere der Reichswehr nicht eigentlich von ihren ehemaligen Waffengefährten los. War nicht das Ziel, für das

sie arbeiteten, das gleiche? Wenn sie auch Abstand hielten, billigten sie doch im Grunde die Haltung ihrer ehemaligen Kameraden. Sie, die auf die Verfassung vereidigt waren, wußten ihnen Dank, daß sie kühn vorwärtsstürmten, ihnen die lästigsten Gegner vom Halse schafften und Hindernisse aus dem Weg räumten. Meistens kannte die Reichswehr die Vollstrecker politischer Attentate nicht, und wenn sie sie kannte, denunzierte sie sie nicht. Es war Aufgabe der Polizei, sie ausfindig zu machen, Aufgabe der Gerichte, sie abzuurteilen. Wenn ein Mord begangen wurde, schloß die Reichswehr die Augen.

Ganz anders war allerdings die Haltung der Mitglieder illegaler Bünde gegenüber den Reichswehroffizieren. Wenn sie sie auch um ihre Stellung beneideten, so verachteten sie sie doch insgeheim. Sie empfanden für sie dasselbe wie der Wolf gegenüber dem Hund der Fabel. Sie hatten alles geopfert für den Ruhm ihrer Sache: ihre Sicherheit, den häuslichen Herd und selbst die Ehre. Aber sie hingen wenigstens nicht am Gängelband der Republik, und ihr Fanatismus zehrte von düsterer Schwärmerei. Sie waren die Werkzeuge einer Zukunft, die sie mit ganzer Seele herbeiwünschten, von der sie aber noch nicht wußten, wie sie sich einst gestalten würde. Wenn ihr Mut einmal versagte und ihr Gewissen sich auflehnte, dann wiederholten sie nur leise für sich die versöhnende Formel: »Wir sind keine Mörder, wir sind Rächer!«

Von März 1920 an glich das deutsche Heer einem Strom mit zwei Armen: auf der einen Seite das legale Heer, die Reichswehr, auf der anderen die Gesamtheit der illegalen oder geheimen Verbände.

☆

Im großen ganzen lassen sich diese Verbände in drei Gruppen einteilen, die durch ihre zunehmende Illegalität gekennzeichnet sind[2]. Die ersten wurden offen gegründet und hingen von gewissen Organen der Regierung ab[3]. Die letzte Gruppe lebte am Rande des Gesetzes, und ihr Vorhandensein war von Geheimnissen umgeben. Wechselt man von den einen zu den anderen hinüber, so hat man den Eindruck, in einen Urwald vorzudringen. Die Waldränder sind noch hell und luftig. Je mehr man aber in die Vegetation eindringt, desto dichter wird sie. Bald

2 Selbstverständlich ist diese Einteilung nicht absolut, man wird zahlreiche Wandlungen innerhalb jeder Gruppe feststellen.

3 Obwohl illegal in Anbetracht des Versailler Vertrages, waren sie nach den deutschen Gesetzen legal.

verdecken Bäume und Lianen den Himmel. Schließlich verliert sich der Pfad im Düster des Dschungels.

Die erste Gruppe bestand aus Bürgergarden, Zeitfreiwilligen, Verbänden der Technischen Nothilfe und Einwohnerwehren.

Als die Alliierten Deutschland auferlegten, sein Heer auf 100 000 Mann zu beschränken, da glaubten die Behörden des Reiches die Schwierigkeit durch Schaffung verschiedener Milizsysteme am Rande der Reichswehr umgehen zu können. Die ersten waren die Volkswehren; sie wurden dazu bestimmt, die Wache in den Kasernen und den Polizeidienst in den Städten zu übernehmen. Diese Volkswehren behielten örtlichen Charakter und sollten nicht außerhalb ihrer Garnisonen eingesetzt werden. Nur dadurch unterschieden sie sich von der Reichswehr, deren Bewaffnung, Struktur, Sold und Disziplin sie übernahmen. Sie trugen am Kragen statt einer Nummer das Wappen der Stadt, in der sie kaserniert waren.

Den streng defensiven Volkswehren gesellten die Reichsbehörden bald eine offensive Miliz zu[4]: die Zeitfreiwilligen, Soldaten, die für eine Dauer von drei Monaten eingestellt wurden. Diese Truppe sollte die Reichswehr im Falle sozialer Unruhen verstärken, entweder als zusätzliche Formationen oder als Bestandteil ihrer Einheiten.

Zusammen mit den Zeitfreiwilligen gründete das Reich die Technische Nothilfe, die aus Ingenieuren, Chemikern, Studenten der Hochschulen, Werkmeistern und freiwilligen Arbeitern bestand und die Besetzung von Fabriken durch die Spartakisten abwenden sollte. Ihre Aufgabe bestand darin, im Falle eines Streiks die für das Leben der Nation unerläßlichen Dienstleistungen zu gewährleisten: Wasser, Gas, Strom, Verkehrsmittel usw.[5] Die Technische Nothilfe stand unter dem Kommando eines Ingenieurkorps und war unmittelbar dem Reichswehrministerium unterstellt.

Schließlich wurden in allen deutschen Gemeinden auf Grund einer Verfügung vom 25. April 1919 Einwohnerwehren aufgestellt. Auch sie unterstanden dem Reichswehrministerium und gewannen schnell an

---

4 Durch Erlaß des Reichswehrministers vom 11. Mai 1919.

5 Eine besondere Abteilung, die Verkehrswehr, vereinigte in ihren Reihen Beamte und Angestellte der Bahn, der Post usw. Eine andere, die Küstenwehr, mit einem Regiment in Wilhelmshaven, einem Bataillon in Cuxhaven und einem anderen in Bremerhaven, war mit der Überwachung der Küste und der Hafenpolizei betraut. (Vgl. Paul Gentizon: »L'Armée allemande après la défaite«, S. 168.)

Bedeutung[6]. Diese bürgerlichen Milizen sollten über die öffentliche Sicherheit in den Dörfern und Städten wachen. Sie wurden mit Hilfe der Ortskommandanten einberufen und von Offizieren oder Unteroffizieren geführt, die sich an der Front ausgezeichnet hatten. Ihre Bewaffnung bestand aus Karabinern und Gewehren, Pistolen und Maschinengewehren. Ein Koppel mit Säbel oder Knüppel, dazu Stahlhelm, Brotbeutel, Feldflasche, zwei Verbandsbinden und eine besondere Armbinde gehörten zu ihrer Ausrüstung.

Da die Artikel 177 und 178 des Versailler Vertrages alle bewaffneten Organisationen außer der Reichswehr und der Polizei verboten hatten, nahmen die Reichsbehörden die Einwohnerwehren aus dem Reichswehrministerium heraus und unterstellten sie einem zivilen Kommissar im Innenministerium[7]. Ihre Bewaffnung aber blieb dieselbe, und die Verfügung bestimmte, daß die Einwohnerwehren, einmal mobilisiert, sofort wieder dem Kommando der Militärbehörden unterstellt werden könnten.

Am 1. Dezember 1919 sahen sich die Alliierten gezwungen einzuschreiten und die Auflösung dieser Formationen zu verlangen, die in Wahrheit ausgebildete Reserven darstellten; im Falle der Mobilmachung konnte der Generalstab sofort darauf zurückgreifen.

»Unter Protest«, schrieb General Nollet, »übermittelte die Reichsregierung den deutschen Staaten die Weisungen der Alliierten. Sie forderte sie sogar auf, die Einwohnerwehren aufzulösen, unter dem Vorbehalt, daß sie durch andere geeignete Schutzorganisationen ersetzt würden, deren Gründung nicht als eine Verletzung des Vertrages ausgelegt werden könne. Die Mehrzahl der Staaten schlug den ihnen vorgezeichneten Weg ein. Sie waren bestrebt, einen Kompromiß zwischen den Forderungen der Alliierten und den Wünschen ihrer Bevölkerung zu finden. Nur Ostpreußen und Bayern weigerten sich entschieden, sich damit abzufinden[8].« Ostpreußen, weil es sich durch einen Überfall der sowjetischen Armee bedroht fühlte[9]; Bayern, weil es infolge des Kapp-Putsches Zufluchtsort aller reaktionären Kräfte des Reiches geworden

---

6 »Ihre Stärke war auch der Kontrollkommission nicht genau bekannt«, schrieb General Nollet, »aber sie überschritt bestimmt eine Million, da die angegebene Zahl der Waffen, die nach dem Waffenstillstand ausgeteilt wurden, 988 000 Gewehre und 8 500 Maschinengewehre betrug.« (Nollet: »Une expérience de désarmement«, S. 219.)

7 Kraft eines Erlasses vom 5. Juli 1919.

8 General Nollet, a. a. O., S. 220.

9 Es ist die Zeit des sowjetischen Vormarsches gegen Polen, der mit der Schlacht von Warschau und dem Sieg von Pilsudski endete.

war und weil die bayrische Einwohnerwehr, die aus der »Orgesch« hervorgegangen war, einen der Pfeiler der Regierung von Kahr bildete[10].

Von diesem Augenblick an nahm die Auseinandersetzung zwischen den Alliierten und der deutschen Regierung schärfere Formen an. Um mit den Gegenklagen aus Berlin kurzen Prozeß zu machen, verlangten die in der Konferenz zu Boulogne tagenden Alliierten ohne Vorbehalt die Auflösung aller bestehenden Einwohnerwehren vor dem 1. Januar 1921. Im Weigerungsfall würden sie einen weiteren Teil deutschen Gebietes besetzen[11].

Durch diese Aussicht erschreckt, veröffentlichte das Reich am 8. August 1920 ein Gesetz »über die Entwaffnung der Zivilbevölkerung[12]«, dann am 22. März 1921 ein zweites Gesetz »über die Ausführung der Artikel 177 und 178 des Vertrages[13]«; trotzdem blieb Bayern bei seiner Weigerung. Das Münchener Kabinett trotzte den Alliierten und den Reichsbehörden und antwortete, die Einwohnerwehren fielen nicht unter die betreffenden Paragraphen und würden in Bayern in ihrer jetzigen Gestalt bestehenbleiben, denn die Verteidigung des Vaterlandes sei eine höhere moralische Pflicht als jeder Gehorsam gegenüber einer politischen Verpflichtung.

Entrüstet über diesen hartnäckigen Widerstand, richteten die in London versammelten Alliierten am 5. Mai 1921 ein neues Ultimatum an das Reich, das die Auflösung aller Selbstschutzeinheiten bis zum 30. Juni 1921 anordnete. Bei Nichtbefolgung dieser Weisung würden die vorgesehenen Vergeltungsmaßnahmen unverzüglich angewandt.

---

10 Die Weigerung der Münchener Regierung war um so alarmierender, als die bayrische Einwohnerwehr einen viel betonteren militärischen Charakter trug als die der anderen deutschen Staaten. Sie war aus dem Zusammenschluß von zwei mächtigen Organisationen entstanden: die Organisation Escherich, genannt »Orgesch«, und die Organisation Kanzler, genannt »Orka«.

Die Orgesch, gegründet von Oberforstrat Georg Escherich, bemühte sich, alle konservativen Vereine des Reiches unter eine Dachorganisation zu stellen, die als eine Art Generalstab fungieren sollte. In Preußen war sie von Minister Severing verboten worden (1. November 1920), in Bayern bestand sie aber noch und genoß den Schutz der Regierung.

Die Orka hatte die Aufgabe, als Bindeglied zwischen den bayrischen Freikorps und den österreichischen Heimwehren zu dienen. Nach dem Zusammenschluß der beiden Organisationen wurde Oberforstrat Escherich Oberkommandierender, Hauptmann Kanzler sein Stellvertreter und Oberstleutnant Kriebel Stabschef.

11 Note aus Boulogne vom 22. Juni 1920, bestätigt durch das Protokoll von Spa vom 9. Juli 1920.

12 Reichsgesetzblatt 1920, S. 1553. Nach dem Wortlaut dieses Gesetzes mußten alle von Privatpersonen illegal behaltenen Waffen einem dafür ernannten Reichskommissar ausgehändigt werden (Artikel 6).

13 Reichsgesetzblatt 1921, S. 235.

Jetzt war die Lage wirklich äußerst ernst. Die deutschen Staaten beschworen die bayrische Regierung nachzugeben, um nicht die Diskussion zwischen der Reichsregierung und den Alliierten zu vergiften und das Land neuen Repressalien auszusetzen. Die bayrische Regierung, die sich von einer Spaltung und einem zweiten Eingreifen der Reichswehr bedroht sah, unterwarf sich endlich. Sie verfügte die Auflösung der Einwohnerwehr. Diese verschwand übrigens nicht ganz; die meisten ihrer Mitglieder schlossen sich illegalen Verbänden, besonders dem Freikorps Oberland, an.

☆

Kommen wir nun zur zweiten Gruppe, die alle illegalen Verbände umfaßt: Roßbach, Oberland, Aulock, Heydebreck, Hubertus, Arnim, Schmidt usw. Die Aktivität dieser Freikorps bildete eine der merkwürdigsten Episoden dieses Zeitabschnitts, und nichts könnte ein packenderes Bild davon geben, als Schritt für Schritt die Entwicklung eines dieser Verbände zu verfolgen.

Im Dezember 1918 gründete der junge Leutnant Gerhard Roßbach vom 175. Artillerieregiment aus eigener Machtvollkommenheit eine Grenzschutzkompanie, die bald den Namen »Freiwillige Sturmabteilung Roßbach« annahm. Das war damals ein Trupp von 180 Mann, in dem alle Waffengattungen vertreten waren. Am 29. Januar 1919 bemächtigten sich Roßbachs Freiwillige der Stadt Culmsee in Westpreußen, die damals von polnischen Milizsoldaten besetzt war[14]. Infolge dieses kühnen Handstreichs wurde die Sturmabteilung als Jägerbataillon 37 der Vorläufigen Reichswehr einverleibt.

Am 28. Juli 1919 wurde der Friedensvertrag unterzeichnet. Entrüstet über das, was er die »schamlose Kapitulation der Weimarer Regierung« nannte, zerriß Roßbach seine Dienstabzeichen und gab sich eine neue Fahne: zwei silberne Querstreifen, über denen ein großes »R« auf schwarzem Grund gestickt war. Dann vereidigte er seine Leute und erklärte ihnen: »Von heute ab ist das Bataillon auf mich vereidigt.«

Trotz ausdrücklichen Verbots der Regierung beschloß Roßbach, sich der »Eisernen Division« anzuschließen, die vor Riga unter dem Befehl von Bermondt-Awaloff kämpfte. In dem Augenblick, als er nach Litauen einmarschieren wollte, erhielt er am 30. Oktober 1919 nachts Besuch von einem Geheimkurier des Generals von Seeckt, Major Hess, der ihm verbot, das Reichsgebiet zu verlassen. »Wir weichen nur der Gewalt«,

14 Vgl. Band I, S. 236.

antwortete Roßbach, stürmte mit Sack und Pack über die Grenze und riß sogar einen Teil der Truppen mit, die ihn verhaften sollten[15].

Die Stärke des Korps belief sich in diesem Augenblick auf 1 500 Mann. Am 7. November traf Roßbach in Mitau ein, wo er erfuhr, daß sich die deutschen Truppen überall zurückkämpften. Im Sturmschritt stürzte sich Roßbach auf Thorensberg, wo er ein Bataillon der »Eisernen Division«, das die Letten eingekreist hatten, befreien konnte.

Aber der Rückzug war nicht aufzuhalten, und Roßbach mußte der allgemeinen Bewegung folgen. Anfang Dezember räumten die Freiwilligen des Baltikums Kurland. Am 12. kehrte Roßbach nach Deutschland zurück, wo er wegen Fahnenflucht angeklagt und seine Truppe wegen Befehlsverweigerung aus dem Heer ausgeschlossen wurde[16]. Aber Roßbach widersetzte sich der Auflösung seines Bataillons. Er bot in den Zeitungen seine Dienste Privatpersonen an, die für ihn aus nationalem Interesse Verwendung hätten[17]. Die Kreise, die den Kapp-Putsch vorbereiteten — vielleicht die »Nationale Vereinigung« —, gewährten ihm Hilfsgelder, um seine Existenz zu sichern[18].

Im März 1920 brach der Kapp-Putsch aus. Von General von Lettow-Vorbeck nach Berlin gerufen, wurde Roßbachs Freikorps wieder unter seiner alten Bezeichnung in die Reichswehr eingereiht. Einen Monat später, als der Putsch gescheitert war, wurde das Bataillon Roßbach zum zweitenmal aufgelöst. Aber wie 1919 weigerten sich die Männer auseinanderzugehen. Im Einvernehmen mit dem Pommerschen Landbund wurde aus dem Bataillon eine »Arbeitsgemeinschaft«. Die in Güstrow bei Auflösung der Korps niedergelegten Waffen wurden ihm in Einzelpaketen nach Pommern nachgeschickt.

Diese Arbeitsgemeinschaft war eine halb militärische und halb landwirtschaftliche Organisation von der Art, wie sie von der Goltz in den baltischen Ländern gründen wollte. Ihre Mitglieder wurden bei Großgrundbesitzern untergebracht, deren Güter sie bewirtschafteten, bis es zu erneutem bewaffneten Einsatz kam.

Die Gelegenheit kam bald. Im Frühjahr 1921 sammelte Roßbach seine Freiwilligen, um sie nach Oberschlesien zu führen. Das Korps zählte damals etwa 4 000 Mann. In 48 Stunden waren zwei Regimenter und eine Radfahrkompanie marschbereit. Das Korps umfaßte außerdem

---

15 Siehe weiter oben, Kapitel III, S. 49.
16 K. O. Barck: »Geschichte des Freikorps Roßbach«, Völkischer Kurier, Januar 1925.
17 »Deutsche Tageszeitung«, 23. Dezember 1919. Vgl. weiter oben, S. 57, Fußnote 20.
18 Vgl. General von Hammerstein: »Stettiner Abendpost« vom 26. Februar 1929.

Pkw- und Lkw-Abteilungen, die den Sanitätsdienst, die Spielleute und das Gepäck beförderten. Drei Monate schlugen sich Roßbachs Freiwillige gegen die Polen, zusammen mit den Freikorps Oberland, Aulock, Schmidt und Heydebreck[19].

Im Juli 1921 wurde von General Hoefer ein Waffenstillstand geschlossen, und die Truppen des Selbstschutzes wurden in Oberschlesien aufgelöst. Sie sollten ihre Waffen bei der Kontrollkommission niederlegen, aber es gelang ihnen, sie in Bauernhöfen und Schlössern zu verstecken. Roßbachs Formationen entzogen sich der polizeilichen Kontrolle und kehrten nach Pommern zurück, wo sie ihre alte Tätigkeit in der Arbeitsgemeinschaft wiederaufnahmen. Einige Wochen später trafen auch ihre Waffen wieder dort ein.

Inzwischen aber war die Arbeitsgemeinschaft auf Grund der Ausführungsbestimmungen zu den Artikeln 177 und 178 des Versailler Vertrages vom 22. März 1921 verboten worden. Diese Maßnahme wurde am 24. November 1921 durch eine Verfügung verschärft, die im ganzen Reich die Auflösung der illegalen Freikorps (und zwar besonders Roßbach, Oberland, Heydebreck, Hubertus und Aulock) anordnete.

Darauf tarnte sich Roßbach als »Sparvereinigung«, deren Mittelpunkt in Kalsow in Mecklenburg lag, während sich die Büros in Berlin-Wannsee befanden[20]. Am 11. November 1922 wurde Roßbach wegen Anschlags gegen die Staatssicherheit verhaftet, doch schon nach wenigen Tagen wieder entlassen. Am 16. November verbot ein Erlaß des Ministers Severing die Sparvereinigung. Am 18. gründete Roßbach den »Verein für landwirtschaftliche Berufsbildung«. Am 24. untersagte ein neuer Erlaß Severings auch diesen Verein.

In diesem erbitterten Kampf gegen die Behörden verlor Roßbach nicht den Mut. »Ich gründe schneller Vereine«, erklärte er, »als die Behörden sie auflösen können!« Im Dezember 1922 feierte er in München den 4. Jahrestag der Gründung seines Freikorps. Alle in Bayern wohnenden Baltenkämpfer — es waren etwa 150 — waren zu der Feier eingeladen. Sie kamen mit ihren Abzeichen und ihren Armbinden. Die meisten trugen unter ihren Zivilmänteln die Uniform.

19 Wir kommen darauf in den Kapiteln über die Kämpfe in Oberschlesien zurück.

20 Die »beurlaubten Soldaten« wurden in Gaue, Kreise und Abschnitte eingeteilt und bekleideten Posten als Feldhüter und Waldhüter. Sie mußten einen Teil ihres Soldes der Zentralkasse ihrer Organisation abzweigen. In Mecklenburg, Pommern, Oberschlesien und Schlesien wurden solche Abschnitte gegründet. 500 Roßbachfreiwillige hatten sich in der einsamen Gegend von Wismar-Ost niedergelassen. Jedes Gut besaß seine Truppe, deren Zahl je nach der Fläche verschieden war. Jede Truppe gehorchte einem Chef, der vom Gauführer ernannt wurde.

Roßbach trat dann der Nationalsozialistischen Partei bei, deren Abgeordneter er in Mecklenburg wurde. Er organisierte dort Turnerschaften. Ein zweites Mal im Oktober 1923 verhaftet, gelang es Roßbach, nach München zu entkommen, wo er sich am Putsch vom 9. November beteiligte. Nach dem Mißerfolg dieses Staatsstreiches flüchtete er nach Wien, wo ihm die österreichischen Behörden Aufenthaltserlaubnis gewährten.

Die Geschichte des Freikorps Oberland sah dem des Bataillons Roßbach sehr ähnlich. Nur hatte dieses Korps nie zur Vorläufigen Reichswehr gehört; es ging aus der bayrischen Einwohnerwehr hervor.

Im Herbst 1920 wurde das Freikorps Oberland von der schlesischen Sektion der »Orgesch« gerufen und war damit eines der ersten, das nach Oberschlesien zog. Die Waffentransporte gingen zuerst durch Sachsen, und als sie die sächsische Regierung dann verbot, über Berlin. Das Korps nahm an allen Kämpfen gegen die Polen teil. Als die Truppen das Gebiet im Juli 1921 wegen der Volksabstimmung räumen mußten, forderte die Kontrollkommission, daß sie vor dem Abmarsch ihre Waffen niederlegten. Das sollte am 9. Juli in Leobschütz geschehen. Aber die Chefs des Freikorps Oberland übergaben den Kontrolloffizieren nur eine Menge zerbrochener Gewehre und unbrauchbarer Maschinengewehre.

Die eine Hälfte des Freikorps setzte sich nach Bayern ab, die andere tarnte sich in Schlesien als landwirtschaftliche Siedlung. Im Dezember 1921 forderte die Kontrollkommission die Auflösung aller in Schlesien geschaffenen Arbeitsgemeinschaften. Diese protestierten heftig und weigerten sich, auseinandergejagt zu werden, trotz wiederholter Aufforderung durch die Berliner Regierung. Erst im Februar 1922 beschloß der Stab des Freikorps, seine letzten Mannschaften nach Bayern zurückzuführen. Im Januar 1923 befahl die bayrische Regierung dem Freikorps Oberland unter dem Druck der Reichsbehörden, sich nun endgültig aufzulösen. Da gruppierten sich seine Mitglieder um in die »Union Oberland«, dann in den Verband »Treu-Oberland« und in den »Blücherbund«.

Ähnlich verliefen die Geschicke des Freikorps Aulock. Anfang 1919 wurde es von dem Rittmeister von Aulock vom ehemaligen 4. Braunen Husarenregiment gegründet[21]. In Oberschlesien kämpfte es Seite an Seite mit Roßbach und Oberland. Nach dem Waffenstillstand vom Juli 1921 bildete es sich auch zur Arbeitsgemeinschaft um. Seine Mann-

21 Vgl. Band I, S. 148.

schaften beschäftigten sich im Riesengebirge mit Forstarbeiten. Die Reichsbehörden verlangten die Auflösung, aber die Soldaten drohten, sich mit der Waffe in der Hand zu wehren, wenn ihre Gemeinschaft angetastet würde. Aufgerieben durch die mörderischen Kämpfe, an denen es teilgenommen hatte, zählte das Freikorps Aulock Anfang 1922 nur noch 800 Mann. So verschwand es dann schließlich aus Mangel an Geldmitteln von der Bildfläche so wie eine Großzahl anderer kleiner Freikorps, zum Beispiel die Formationen von Arnim, Heydebreck und Hubertus.

☆

Wir haben verfolgt, wie die Einwohnerwehren zu illegalen Freikorps und diese zu Arbeitsgemeinschaften wurden. Jetzt dringen wir in das Dickicht des Waldes vor. Denn nach ihrem Zerfall zerbröckelten die illegalen Freikorps und Arbeitsgemeinschaften nun wieder in streng geheime Bünde. Sie setzten sich zum größten Teil aus ehemaligen Offizieren und Studenten zusammen und bewahrten deshalb, ihrem Ursprung entsprechend, einen mehr oder weniger deutlichen militärischen Charakter. Ungreifbar und weitverzweigt, wechselten sie dauernd Gestalt, Wohnort und selbst den Namen, sei es um der Suche der Polizei zu entgehen oder diejenigen Mitglieder auszumerzen, die ihnen verdächtig erschienen[22]. Wie für die Freikorps von 1919 können wir hier keine vollständige Liste geben. Wir wollen nur einige aufzählen:

In Berlin und in Brandenburg: der Bismarckbund, der Selbstschutz Charlottenburg, der Sportklub Olympia des Generals von Heeringen, dessen Führer nach einer Haussuchung in den Klubräumen eines Anschlags gegen die Sicherheit des Staates beschuldigt wurden; der Bund der Aufrechten, dessen Führer General von Stein, der frühere preußische Kriegsminister, Graf Westarp und Prinz Oscar von Hohenzollern waren; der Bund für Freiheit und Ordnung usw.

In Hamburg und Altona: die Wehrkraft Hamburg; der Lückebund, gegründet von dem Industriellen dieses Namens; der Bund der Niederdeutschen, der mehrere geheime Waffenlager besaß; der Jungdeutsche Bund, dessen Chef Admiral von Scheer war.

---

22 Zählte man die Mitglieder aller Organisationen zusammen, würde man eine falsche Summe erhalten, denn viele Mitglieder gehörten mehreren Organisationen an, und nicht alle Geheimbünde bestanden gleichzeitig. 1922 wurde die Zahl der Mitglieder auf 250 000 geschätzt, aber diese Zahl kann nur unter Vorbehalt angegeben werden.

In Ostpreußen waren die Verbände besonders zahlreich. Dort bestanden u. a.: die Tatbereitschaft in Königsberg, die zum größten Teil aus Schülern der technischen Schulen bestand; die Liga Graf Yorck von Wartenburg in Pillkallen; die Liga Alt-Preußen in Kaukehmen; die Liga Jung-Preußen in Ragnitz; die Liga Neu-Preußen in Gumbinnen; der Königsberger Wander- und Schutzverein; die Liga Preußen in Tilsit; die Liga von Lützow in Budwethen; die Liga von Schill in Lengwethen usw.

In Bayern: der Vikingbund, dem eine große Zahl alter Freiwilliger der Brigade Ehrhardt angehörte; der Blücherbund, aus dem Freikorps Oberland nach seiner Auflösung hervorgegangen; der Andreas-Hofer-Bund; der Arminius-Bund; der Roland-Bund; der Bund Frankenland usw.

Auch eine Reihe nationalistischer Jugendverbände wurde von früheren aktiven Offizieren betreut, die das Ansehen des Heeres in Schulen und Universitäten wachhalten wollten: der Jungdeutsche Orden oder »Jungdo«, dessen Mitglieder in Gruppen und Sturmabteilungen eingeteilt waren; der Germanen-Orden; der Deutsche Waffenring; die Liga Adler und Falke zu Freiburg im Breisgau; der Deutschvölkische Jugendbund zu Rathenow an der Havel; der Scharnhorst-Bund; der Jugendbund Yorck von Wartenburg, gegründet von Leutnant Ahlemann; die von Hauptmann Wullenweber gegründete Liga Jung-Deutschland; der Helmuth-von-Mücke-Bund und viele andere.

Dieser Überfluß von Gruppen und Verbänden aller Art zog den Zerfall und die Zersplitterung der nationalistischen Kräfte nach sich. Nach und nach vergaßen die Bünde den Zweck, für den sie gegründet worden waren; sie wurden aufeinander eifersüchtig und bekämpften sich wie die Parteien des Mittelalters.

Bald war es die Beleidigung eines Führers, die die Ehre des ganzen Bundes besudelte. Bald rief die Anwerbung von Anhängern anderer Verbände Streitigkeiten hervor, denn jeder Verband suchte sich auf Kosten seiner Rivalen zu vergrößern. Meistens entstand die Unruhe auf Grund von Säuberungsmaßnahmen; die Bünde verstießen von Zeit zu Zeit eine gewisse Anzahl ihrer Mitglieder, die aber in ihre Geheimnisse eingeweiht waren. Diese gingen dann, um sich zu rächen, zur Polizei und erzählten, was sie wußten. Das fürchteten die Bünde sehr, denn die meisten besaßen heimliche Waffenlager, die sie eifersüchtig

vor den Behörden verbargen. Oft enthielten diese Lager nicht mehr als ein paar Kisten mit Patronen und zwei- oder dreihundert Gewehre, die von den Einheiten des aufgelösten Heeres »organisiert« worden waren. Nur ihre Vielzahl war beunruhigend. Aber für die Geheimbünde waren sie ein unschätzbares Gut. Diese Waffenlager rechtfertigten ihre Existenz, denn sie erlaubten ihnen vielleicht bald, am Tage der großen nationalen Erhebung, zu den Waffen zu greifen. Und da es in allen Geheimbünden nicht nur frühere Offiziere und glühende Patrioten gab, sondern auch Spitzel und Vorbestrafte, waren die Denunziationen häufig und die Repressalien unerbittlich.

Um so unerbittlicher, als die Geheimbünde ja außerhalb des Gesetzes lebten und sich deshalb nicht an die Gerichte wenden konnten, um ihren Streit zu entscheiden. Sie mußten ihre eigene Justiz haben. Wehe denen, die ihren Führern nicht gehorchten oder den Zivilbehörden die Waffenlager denunzierten. Sie wurden von ihren Kameraden abgeurteilt und im Namen der Heiligen Feme von ihnen selbst gerichtet[23]. Eines Tages verschwanden sie spurlos, und erst sehr viel später fand man sie in einem Waldwinkel erdrosselt oder in einem Kanal ertränkt auf.

Diese Vergeltungsmaßnahmen erzeugten in den Bünden eine Atmosphäre von Gewalt und dauerndem Terror. Gehetzt, überwacht und verfolgt, wußte jedes Mitglied der Geheimverbände, daß sein Leben ständig in Gefahr war; wenn es den Maschen der Polizei entging, fiel es vielleicht dem Strafgericht seiner Kameraden anheim. Wer außerhalb der Gesetze lebt, glaubt sehr bald über ihnen zu stehen. »Diese Männer«, um das Wort von Georges Sorel zu wiederholen, »haben sich auf einen Krieg eingelassen, der mit ihrem Triumph oder mit ihrer Sklaverei enden muß, und das Gefühl der Erhabenheit muß sich ganz natürlich aus ihren Kampfbedingungen ergeben[24].«

---

23 Die Mitglieder der Geheimbünde beriefen sich auf die Heilige Feme und versuchten eine Institution ins Leben zu rufen, deren Ursprung in die Anfänge des XIV. Jahrhunderts zurückging. Nach dem Erlöschen der Hohenstaufendynastie begann eine Periode der Unruhe und Anarchie. Edelleute fanden sich in Soest zusammen und gründeten einen besonderen Gerichtshof, dessen Autorität die Macht der Reichsgerichte ersetzte: Das war die Feme. Ihr Hauptzweck war die Bestrafung der Verräter und Ehrvergessenen. Seine Mitglieder sprachen nicht nur die Urteile aus, sie mußten sie auch vollstrecken. Die Feme kannte nur eine Strafe: den Tod. Sie erreichte Mitte des XV. Jahrhunderts ihren Höhepunkt. In der späteren Zeit fiel sie ab und gab nur noch symbolische Urteile. Das letzte Femegericht wurde von Napoleon aufgelöst. (Vgl. Karl Pagel: »Die Feme des deutschen Mittelalters«, Berlin 1935.)

24 Georges Sorel: »Réflexions sur la violence«, S. 323.

Dies Gefühl konnte ihren Willen stählen, doch verwirrte es zugleich ihre Gedanken und schwächte mehr und mehr ihr Bewußtsein von dem Ziel, das sie verfolgten. Berauscht von einem täglich ungezügelteren Stolz, handelten sie ohne Gesamtplan und ohne bestimmtes Programm. »Sich massenweise in den Freikorps anwerben zu lassen, als Helden mit der Waffe in der Hand zu sterben, dazu waren die Besten der deutschen Jugend fähig. Aber vergeblich hätte man von dieser Jugend Beteiligung an einer überlegten Politik erwartet. Sie besaß weder die Fähigkeiten noch die Mittel, ihre im übrigen unbestimmten und nebelhaften Ideen zum Siege zu führen.« Diese Bemerkung Constantin von Grünwalds[25] über die Freikorps von 1812 läßt sich Wort für Wort auf die Geheimbünde von 1921 anwenden.

Endlich beschloß eine gewisse Anzahl junger Leute, zumeist Balten und Angehörige der früheren Brigade Ehrhardt, angewidert von den internen Kämpfen und der Machtlosigkeit der Bünde, auf eigene Rechnung zur Tat zu schreiten. Die Heilige Feme merzte die Verräter der Verbandsgeheimnisse aus, aber wäre es nicht vielmehr ihre Aufgabe, diejenigen umzubringen, die das Reich verrieten? Die Männer, die die nationalistische Presse Tag für Tag als die Schuldigen an der deutschen Schande bezeichnete? Gewiß waren schon einige revolutionäre Führer ermordet worden. Aber noch lebten Erzberger, Auer, Rathenau, Scheidemann, und solange sie lebten, war Deutschland in Gefahr.

Sobald dieser Grundsatz angenommen war, bildete sich wie von selber der Kontakt unter den Verschwörern. »In den folgenden Monaten«, schreibt einer von ihnen, »entstand ein zähes, unsichtbares, federndes Netz, dessen einzelne Maschen sofort reagierten, wenn an irgendeiner Stelle das Signal gegeben wurde ... In allen Bünden hockten die Männer, in allen Lagern, allen Berufen ... So erwuchs für sie eine große und einheitliche Willensrichtung. Sie erkannten, daß der gleiche Drang in allen ihrer Art sie in die gleichen Konflikte warf und ihre gleiche Lösung finden ließ[26].«

Die häufig wiederholten Terrorakte bezeugten offenbar eine völlige Verachtung des Menschenlebens. »Der Krieg hat uns diese scheußlichen Sitten eingebracht«, rief der demokratische Abgeordnete Erkelenz im Reichstag aus. Die Verschwörer aber zuckten die Achseln über diese Entrüstung. Hatten sie nicht selber ihr Leben abgeschrieben? Und konnte man das Trauerspiel, das Deutschland mit seinen ewigen Aufständen

25 Constantin von Grünwald: »Stein«, S. 279.
26 Ernst von Salomon: »Die Geächteten«, S. 304.

und Staatsstreichen darstellte, Frieden nennen? Es stand den Linksparteien frei, ihre Hoffnung auf die Masse zu setzen. Für die Rechtsverschwörer machte der einzelne Geschichte. Sie wußten, daß man nur die Führer zu töten brauchte, um eine ganze Armee zu lähmen[27].

Und doch waren die Geächteten, trotz der Gewißheit, zum Besten ihres Landes zu wirken, außerstande, das Ziel zu nennen, das sie verfolgten. »So konnten wir auch nicht antworten auf die Frage, die so oft vom jeweiligen Rande der Schlucht zu uns herüberschallte«, schreibt Ernst von Salomon, »auf die Frage: Was wollt ihr eigentlich? Wir konnten nicht antworten, denn wir verstanden die Frage nicht, und jene hätten die Antwort nicht verstanden. Die Kontrahenten rangen nicht um denselben Preis. Denn drüben ging es um Besitz und Bestand, uns aber ging es um Läuterung ... Wir wirkten ja nicht nach Plan und festumrissenem Ziel. Wir wirkten nicht, es wirkte in uns ... Unsere Verheißung sprach stumm zu uns ... Und wir blickten uns um, wer der Mann sein könnte, der vor uns das Wort zu sprechen imstande war ... Aber wo wir uns auch unter den Männern der neuen deutschen Oberschicht umschauten nach einem Mann, konnten wir nur spöttisch mustern und weiterblicken. Wo war da ein Mann von geschichtlicher Substanz, einer, der mehr war als eine Tagesgröße, außer dem schweigenden Seeckt[28]?«

Sollte nicht eines Tages aus dem Chaos der rivalisierenden Parteien ein mächtiger einzelner auftauchen? Doch Verschwörer können sich nicht mit unbestimmten Hoffnungen zufriedengeben. Einem solchen Mann mußte der Weg gebahnt werden. Um den Linksparteien eine Niederlage beizubringen, mußte man sie am Kopf treffen. Schneller sollte das Reich erwachen; die Republik mußte enthauptet werden.

---

27 »Im Augenblick«, schrieb Professor Gumbel im Jahre 1922, »besitzt die Linke keinen hervorragenden Mann, der den Massen Vertrauen einflößt. Diese Verluste haben die proletarische Bewegung sicherlich um Jahre zurückgeworfen, so daß es heute unmöglich ist, den Erfolg der Methode in Abrede zu stellen.« (»La Psychologie des meurtres politiques«, in »L'Europe nouvelle« vom 26. August 1922.)

28 Ernst von Salomon, a. a. O., S. 310.

X Die Kämpfe um Oberschlesien

1. Der erste und der zweite polnische Aufstand

Die Germanisierung im Osten folgte im Laufe der Jahrhunderte zwei Hauptachsen. Eine verlief nach Nordosten, durchquerte die Randprovinzen der Ostsee und reichte von Lübeck über Danzig, Königsberg und Riga nach Reval. Sie öffnete die Verbindung nach Leningrad, nach Finnland und zum Weißen Meer. Die andere Achse folgte der mächtigen Arterie der Oder nach Südosten. Sie drang mitten hinein ins Land, führte an den Karpaten entlang und mündete in die fruchtbaren Ebenen der Ukraine. Das war der Weg nach Kiew, Odessa und zum Schwarzen Meer.

Auf diesem Wege brandeten Slawen und Mongolen gegen Mitteldeutschland heran. Wie in Kurland, so prallten also auch in Schlesien die verschiedenen Rassen aufeinander. Seit dem frühesten Altertum hatten auch die Römer diese Handelsstraße ausgekundschaftet. Leichter als auf dem Rhein konnten sie auf ihr die Gebirgsmassive und die Wälder Germaniens umgehen. Bis zum VI. Jahrhundert war das Odertal von einem Gemisch germanischer und slawischer Stämme bevölkert — Quaden, Lygier, Wenden usw. —, eine wirre und bewegliche Masse mit schwer unterscheidbaren Zügen. So hatte auch der deutsche Historiker Grünhagen nicht unrecht zu sagen, daß die ersten tausend Jahre des christlichen Zeitalters in bezug auf Schlesien ein weißes, unbeschriebenes Blatt seien.

Erst in den allerletzten Jahren des X. Jahrhunderts trat Schlesien in die Geschichte ein. 999 entriß es der polnische König Boleslav der Große den Böhmen, und während des ganzen folgenden Jahrhunderts tobten erbitterte Kämpfe um seinen Besitz. 1139 führte die erste Teilung Polens für Schlesien zur Unabhängigkeit. Unter dem Einfluß Friedrich Barbarossas teilte es sich in zwei selbständige Herzogtümer, deren Hauptstädte Breslau und Ratibor waren.

Von nun an machte sich der germanische Einfluß bemerkbar[1]. Breslau

1 Friedrich Barbarossa schrieb 1157: »Unsere Vorfahren hatten den Fluß nicht erreichen können; sie kamen vor den Schanzen zu stehen, die die Polen vor dem Fluß errichtet hatten. Aber wir haben die Gräben genommen, die sie in den Waldschluchten gegraben hatten, und unser Heer hat die Oder überquert, die diese Gegend wie eine Mauer umgibt.«

wurde ein hochbedeutendes Handelszentrum und zeichnete sich durch seine Sankt-Johannis- und seine Wollmesse aus. Dank seiner Verbindungen zum Osten erlebte die schlesische Hauptstadt bald einen Wohlstand, der dem von Nowgorod gleichkam.

Allerdings war der Wohlstand nur von kurzer Dauer, denn am 9. April 1241 ergoß sich ein furchtbares mongolisches Heer nach Schlesien und lieferte Heinrich dem Frommen unter den Mauern von Liegnitz eine Schlacht. Die europäischen Streitkräfte in Stärke von 30 000 Mann wurden von Kaidu und Baibars, zwei Enkeln von Dschingis-Khan, vernichtet. Die Mongolen schnitten, dem Vernehmen nach, jedem ihrer toten Feinde ein Ohr ab »und füllten damit neun Säcke, die sie ihrem Fürsten brachten[2]«.

Infolge dieser Katastrophe verloren die deutschen Kaiser, die mit ihrer Italien-Politik und ihren Zwistigkeiten mit dem Papsttum genug zu tun hatten, das Interesse an Schlesien, und es fiel 1337 wieder unter Böhmens Zepter. Als Böhmen 1546 von den Habsburgern annektiert wurde, kam Schlesien zu Österreich, wozu es bis 1742 gehörte. In diesem Jahr nahm Friedrich II. Maria Theresia die Provinz ab und verleibte sie auf Grund des Breslauer Vertrages Preußen ein[3].

Eine zweite »deutsche Welle« setzte nun, 500 Jahre später, das von den Kaufleuten des 12. Jahrhunderts begonnene Werk fort. Unzählige Preußen — Militärs, Beamte, Großgrundbesitzer — ließen sich in Breslau, Oppeln und Gleiwitz nieder. Doch vermischten sie sich nicht mit den Eingesessenen, von denen sie zu große Unterschiede der Tradition, der Sprache und der Religion trennten. Sie waren zum größten Teil Protestanten und ballten sich in den Städten zusammen, während die Polen, zumeist Katholiken, weiterhin die ländliche Bevölkerung bildeten.

Ermutigt durch eine Gesetzgebung, die sie bevorzugte, nahm die deutsche Besiedlung von 1742 bis 1861 ständig zu, während die polnische überall zurückging. Aber das industrielle Zeitalter veränderte diese Lage im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts völlig.

---

2 Harold Lamb: »Gengis-Khan«, S. 278.

3 Kurt Breysig, Professor an der Berliner Universität, schrieb, wer diese Epoche vorurteilslos betrachte, könne nur bedauern, daß die Ottonen, die Salier und Hohenstaufen nicht alle ihre Kräfte nach Schlesien gerichtet hätten, um ihr Reich zu vergrößern . . . wie es ihnen das Volksempfinden unmißverständlich zeigte. »Wenn sie sich in die Ostgebiete begeben hätten, statt sich in Neapel und Amalfi niederzulassen, wäre mitten in Europa ein Reich entstanden, so ausgedehnt, so fest, so unbezwingbar, daß kein slawischer Druck es jemals angetastet hätte und daß jetzt zu unserer Zeit der dauernd wachsenden Lebenskraft unseres Volkes ein breiter Lebensraum geboten wäre.« (»Vom deutschen Geist«, Berlin 1932, S. 89.)

Bis dahin war Schlesien eine ausschließlich landwirtschaftliche Provinz gewesen. Plötzlich entdeckte man, daß sein Boden ungeahnte Reichtümer barg: Steinkohle, Eisen, Zink und andere Mineralien. In weniger als 50 Jahren wandelte sich das Aussehen des Landes. Man grub Bergwerke und baute Fabriken; Hochöfen schossen aus der Erde, das Industriegebiet wurde von Schienensträngen und Kanälen durchzogen. Von der Oder bewässert, wurde Oberschlesien der zweite Wirtschaftspfeiler des Reiches, das östliche Gegengewicht zu dem riesigen rheinisch-westfälischen Industrierevier.

Diese Arbeit des Schürfens, des Bauens, der Nutzbarmachung war ausschließlich das Werk deutscher Techniker. Sie ließen sich als Geschäftsleiter, als Ingenieure, Eisenbahnbeamte und Werkmeister im Lande nieder. Alle Schlüsselstellungen waren bald in ihren Händen. Jedoch erforderte die Entwicklung der Bergwerke und der Gießereien bedeutende Arbeitskräfte. Sie zog eine polnische Einwanderungswelle aus Galizien und dem russischen Polen nach Schlesien. Diese armen und kinderreichen Arbeiter siedelten sich um die Schachtanlagen an, so daß die polnische Bevölkerung zwischen 1861 und 1905 um 80 Prozent zunahm.

Bis dahin waren die beiden Volksgruppen Seite an Seite in einem Geist freundschaftlicher Zusammenarbeit tätig gewesen. Aber bald führte das Erwachen des polnischen Nationalismus zu Reibereien zwischen diesen beiden sehr unterschiedlichen sozialen Schichten. Bei den Wahlen von 1912 schickte Schlesien fünf polnische Abgeordnete in den Reichstag, die mit den polnischen Abgeordneten der Provinz Posen einen Block bildeten. »Merkwürdiges Gebiet«, schrieb Lord Robert Cecil, »wo sich die Städte auf ein Land berufen, das Land aber auf ein anderes, und dessen Gesamtheit ethisch und kulturell ein wahres Kopfzerbrechen verursacht[4].«

Zu diesen Reibereien, die noch ziemlich harmlos waren, doch Vorläufer ernsterer Gegnerschaft zu sein schienen, gesellten sich für die schlesischen Hüttenbesitzer andere beunruhigende Zeichen. Die Kohlenvorräte blieben bedeutend, aber das Eisenerz fing an, spärlicher zu werden. Außerdem lastete die Nähe der russischen Grenze als ständige Drohung auf Oberschlesien und lähmte seine Entwicklung.

Alles schien also auf eine ernste Krise hinzudeuten, als der Erste Weltkrieg ausbrach. Dieser weckte sehr verschiedene Hoffnungen: Die

4 Lord Robert Cecil: »The question of Upper-Silesia«, London 1922, S. 3.

Polen sahen darin den Vorboten ihrer baldigen Befreiung, während die Deutschen, die einen schnellen Sieg ihrer Waffen erwarteten, eine Ausweitung der Grenzen planten, um Schlesien die Rohstoffe und Absatzmärkte zu verschaffen, die ihm fehlten.

☆

Zuerst schienen die Ereignisse die deutschen Hoffnungen zu bestärken, und 1917 konnte Ludendorff schreiben, man müsse die strategische Lage des schlesischen Bergwerksreviers dadurch verbessern, daß man einen breiten Gebietsstreifen hinzufüge, der ihm als Schutz dienen könne[5]. Der Vertrag von Brest-Litowsk, der auf den Zusammenbruch der russischen Front folgte, gab dem deutschen Großen Generalstab die Möglichkeit, dieses Programm auf unverhoffte Weise auszuweiten. Kaum waren die Feindseligkeiten beendet, als die österreichisch-deutschen Divisionen des Generals Groener in die Ukraine einbrachen und bis nach Tiflis vorstießen, nachdem sie Kiew und Odessa besetzt hatten[6]. Niemals hatten die Theoretiker des »Dranges nach Osten« einen solchen Sieg erträumt. Nun sahen die oberschlesischen Magnaten, deren Kohlenzechen mit den Eisenminen Polens vereint werden sollten, unbegrenzte Möglichkeiten auftauchen: Sie würden die großen Stahllieferanten von Osteuropa werden und könnten dann ganz Rußland industrialisieren.

Doch um diesen Plan zu verwirklichen, mußte Polen endgültig der deutschen Vormundschaft unterworfen werden. Hatte Bismarck nicht geschrieben, an dem Tage, an dem der weiße Adler Polens seinen Flug wiederaufnähme, würde der schwarze Adler Preußens einen unheilvollen Schnabelhieb bekommen? Nun war dieser Augenblick viel näher, als die Führer des zweiten Reiches dachten. Seit 1914 hatten die Erklärungen des Großfürsten Nikolaus und das Heldentum von Pilsudskis Legionen dem polnischen Volk wieder Hoffnung gegeben. Diese Hoffnung hatte sich an dem Tage in Gewißheit gewandelt, an dem Präsident Wilson in einem seiner 14 Punkte »die Gründung eines unabhängigen polnischen Staates, der alle Gebiete umfaßt, deren Bevölkerung unbestreitbar polnisch ist«, gefordert hatte[7].

Am 11. November 1918 legte Deutschland die Waffen nieder, und die spartakistische Revolution überflutete das Land. Über Thüringen und

---

5 Ludendorff: »Kriegserinnerungen«, Band II, S. 128–130.
6 Vgl. Band I, S. 216.
7 Botschaft Präsident Wilsons an den amerikanischen Kongreß vom 8. Januar 1918 sowie seine Rede vom 27. September 1918.

Sachsen kam der Aufstand nach Schlesien. Soldatenräte bildeten sich in Breslau und Gleiwitz, in Oppeln und Ratibor. Die Arbeiter streikten, die Hochöfen erloschen. Das war der Augenblick für die Polen, um die spartakistische Revolution in eine nationale Erhebung umzuwandeln. Ihre Delegierten wiederholten in Schlesien die Taktik, die ihnen in Posen so wohl gelungen war. Sie schleusten sich in die Soldatenräte ein, verdrängten daraus die Deutschen und hißten die rotweiße polnische Fahne auf den Dächern der Rathäuser. Sie griffen damit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags vor und wollten die Alliierten vor vollendete Tatsachen stellen, überzeugt, daß der Oberste Rat ihre Initiative gutheißen würde.

Aber der deutsche Generalstab war anderer Meinung. Feldmarschall von Hindenburg ließ in Breslau und Frankfurt an der Oder Bataillone des Grenzschutzes Ost zusammenziehen. Die ersten Zusammenstöße erfolgten Anfang Februar 1919. Alarmiert durch Hilferufe der polnischen Behörden, beschlossen die Alliierten, den deutschen Offensivplan zu durchkreuzen. Am 16. Februar berief Marschall Foch in Trier die Waffenstillstandskommission ein und entwarf eine Demarkationslinie, die die deutschen Truppen nicht überschreiten durften und die als provisorische Grenze zwischen Deutschland und Polen galt, bis der Oberste Rat die Frage entschieden hätte[8].

☆

Die Bilanz dieses ersten Aufstandes war unbestritten günstig für die Polen. Um Schlesien offiziell mit Polen zu vereinigen, würde es genügen, die provisorische Demarkationslinie in eine endgültige Grenze umzuwandeln. Dafür setzten sich die polnischen Bevollmächtigten auf der Pariser Konferenz ein.

Zunächst unterstrichen sie, Polen habe alle Rechte auf Schlesien, das ihm 400 Jahre lang gehört hatte[9]. Das slawische Element überwiege dort; die Tatsache, daß fünf polnische Abgeordnete bei den Wahlen von 1913 in den Reichstag gewählt worden waren, zeige deutlich, wie die Bevölkerung denke. In strategischer Hinsicht verlangten sie überall da eine Grenzberichtigung zugunsten Polens, wo die ethnographische

8 Vgl. Band I, S. 236–238.

9 Man findet diese Argumentation in aller Breite in der Broschüre des Generals von Moriez: »La Haute-Silésie«, Paris 1921. Vgl. auch Auguste Zaleski: »La Politique de l'Allemagne envers la Pologne«, und Louis Dumont-Wilden: »Le Problème de Haute-Silésie«, Paris 1921.

Demarkationslinie korrigiert werden mußte[10]. Schließlich erinnerten sie daran, daß jeder moderne, auf seine wirtschaftliche Unabhängigkeit bedachte Staat eine eigene Eisenproduktion besitzen müsse. Nun besaß Polen wohl Eisenerz, konnte es aber ohne die schlesische Kohle nicht ausbeuten. War Ludendorff nicht schon 1917 der Meinung gewesen, das schlesische Becken habe ein zu enges Hinterland, um sich selber zu genügen, und man müsse ihm einen polnischen Gebietsstreifen beigeben? Welch ein Irrtum! Man mußte nicht einen Teil Polens für Schlesien, sondern ganz Schlesien für Polen annektieren! Um so mehr, als ja Polen, das seine Unabhängigkeit wiedergewonnen hatte, bald ein umfangreiches Programm von Eisenbahnlinien, Fabriken und Arsenalen würde verwirklichen müssen, was den Stahlverbrauch erheblich erhöhen würde. Polen Schlesien vorzuenthalten würde gleich beim Entstehen des neuen Staates seinen industriellen Aufschwung hemmen und ihn wieder einmal unter deutsche Vormundschaft stellen.

Diese Behauptungen, handfest unterstützt durch Zitate und Statistiken, fanden beim alliierten Obersten Rat günstige Aufnahme. Am 7. Mai 1919 übergab Clemenceau der deutschen Delegation einen Plan, der die Abtretung Schlesiens an Polen vorsah[11].

Doch diese Forderung erregte einen Sturm von Protesten auf deutscher Seite. Niemals werde die Weimarer Nationalversammlung die Abtretung von Oberschlesien billigen. Das Kohlenrevier stelle einen unschätzbaren Reichtum dar, und seine Nutzbarmachung sei ausschließlich deutschen Ingenieuren und deutschem Kapital zu verdanken. In einer Note vom 29. Mai 1919 widerlegte Graf Brockdorff-Rantzau eine polnische These nach der anderen und sprach Polen alle Rechte auf Oberschlesien ab. Er erinnerte daran, daß diese Provinz seit 1139 nicht mehr zu Polen gehört habe und daß ihre überwiegend deutsche Bevölkerung keinerlei Neigung habe, polnisch zu werden[12]. Die polnischen Statistiken seien in gehässiger Weise gefälscht. Wenn Schlesien für Polen unentbehrlich sei, so sei es das noch viel mehr für Deutschland, das schon

---

10 Polnische Kommission zur Vorbereitung des Friedenskongresses, historischer Kommentar über die polnischen Forderungen betreffs der deutsch-polnischen Grenze, S. 7.

11 Vgl. den ursprünglichen Text des Vertrages (Bedingungen, die dem Grafen Brockdorff-Rantzau am 7. Mai 1919 ausgehändigt wurden, Abteilung VIII: Polen, Artikel 87, 88), veröffentlicht in dem Bericht von Charles Benoist über den Gesetzentwurf zur Billigung des am 28. Juni 1919 in Versailles abgeschlossenen Vertrages.

12 Bei den Wahlen von 1907 hatten 176 287 Schlesier für Deutschland gestimmt und 115 090 für Polen (deutsche Majorität: 60 Prozent). 1912 hatten 210 199 Schlesier für Deutschland gestimmt und 93 620 für Polen (deutsche Majorität: 69 Prozent).

seine Eisenindustrie im Saarland und in Lothringen verloren habe. Das Reich könne den finanziellen Verpflichtungen des Versailler Vertrages nicht genügen, wenn man ihm auch noch das schlesische Becken nähme. Zum Schluß beschwor Graf Brockdorff-Rantzau die Alliierten feierlich, »nicht eine Provinz vom Reich zu trennen, die seit Jahrhunderten harmonisch dazugehört, ohne daß die Bevölkerung dieses Gebietes befragt wird[13].«

Dieses Plädoyer machte auf die französischen Bevollmächtigten kaum Eindruck. Um so mehr erregte es die Aufmerksamkeit der britischen Delegation und besonders des Finanzberaters von Lloyd George, Keynes[14].

Bei der folgenden Versammlung des Obersten Rates bestand Lloyd George auf einer Volksabstimmung in Oberschlesien. Clemenceau war aufs äußerste gereizt. Er stellte sich dem britischen Verlangen höchst ungnädig entgegen und fiel in einer schneidenden Rede über diejenigen her, »für die das Wort Gerechtigkeit gleichbedeutend mit Vorherrschaft ist«. Da wurde Lloyd George ärgerlich:

»Ich weiß nicht, wer hier anderen seine Vorherrschaft aufzwingen will«, erklärte er scharf. »Ich jedenfalls werde nicht dulden, daß man Deutschland mehr Deutsche wegnimmt, als unbedingt nötig ist, um sie einer anderen Nation zuzuschlagen. Der polnische Vorschlag, der darauf abzielt, 2 100 000 Deutsche[15] der Vormundschaft eines Volkes anderen Glaubens zu unterstellen, das in seiner ganzen Geschichte niemals den Beweis erbracht hat, daß es sich selbst regieren kann, droht früher oder später einen neuen europäischen Krieg zu entfesseln.«

Nach diesen Worten entbrannte am grünen Tisch eine sehr lebhafte Diskussion. Lamont, der amerikanische Wirtschaftsberater, bestritt, daß Schlesien 400 Jahre lang zu Polen gehört habe. Professor Lord, der englische Experte, stellte in Abrede, daß die Deutschen erst seit 200 Jahren in Schlesien säßen. Beleidigende Worte wurden auf beiden Seiten gewechselt. Präsident Wilson griff selbst in die Debatte ein:

»Deutschland und Polen beanspruchen beide diese Bevölkerung für sich«, sagte er und betonte jedes Wort, »ist es dann nicht das beste, die Bevölkerung durch ihre eigene Stimme den Ausschlag geben zu lassen?«

Der italienische Delegierte schloß sich dieser Ansicht an. Schließlich sah sich Clemenceau, dessen Stellung juristisch offenbar nicht sehr be-

13 H. W. V. Temperley, a. a. O., Band II, S. 264.
14 Vgl. J. M. Keynes: »Les conséquences économiques de la paix«, S. 74/75.
15 Diese Zahl enthält außer den Schlesiern die Deutschen des Gebiets von Allenstein.

gründet war, gezwungen zurückzuweichen[16]. Gegen Mitte Juni übergaben die Alliierten der deutschen Delegation den endgültigen Text des Vertrages von Versailles, in dem der auf Schlesien bezogene Abschnitt 8 völlig umgearbeitet war.

Die Klauseln, die die Abtretung Schlesiens an Polen vorsahen, waren beseitigt und durch folgende Verfügung ersetzt worden:

»In dem Teile Oberschlesiens, der innerhalb der nachstehend beschriebenen Grenzen gelegen ist, werden die Bewohner berufen, im Wege der Abstimmung bekanntzugeben, ob sie mit Deutschland oder Polen vereinigt zu werden wünschen ... Deutschland verzichtet bereits jetzt zugunsten Polens auf alle Rechte und Ansprüche auf den Teil Oberschlesiens, der jenseits der auf Grund der Volksabstimmung von den alliierten und assoziierten Hauptmächten festgesetzten Grenzlinie gelegen ist.« (Art. 88).

»Polen verpflichtet sich, während eines Zeitraumes von 15 Jahren die Ausfuhr der Bergwerkserzeugnisse nach Deutschland aus allen denjenigen Teilen Oberschlesiens zu gestatten, die auf Grund des gegenwärtigen Vertrages an Polen übergehen ... Polen verpflichtet sich desgleichen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, damit der Verkauf der verfügbaren Erzeugnisse dieser Gruben an Käufer in Deutschland unter ebenso günstigen Bedingungen erfolgt, wie der Verkauf ähnlicher Erzeugnisse, die unter entsprechenden Verhältnissen an Käufer in Polen oder in irgendeinem anderen Lande verkauft werden.« (Art. 90).

Eine Anlage zu Artikel 88 regelte in sechs Paragraphen die Bedingungen, unter denen die Volksabstimmung stattfinden sollte. Darin heißt es unter anderem:

§ 1. Mit Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags, und zwar längstens binnen zwei Wochen, haben die deutschen Truppen und die deutschen Behörden, die von dem in § 2 genannten Ausschuß bezeichnet werden, die Zone, in der die Volksabstimmung stattfindet, zu räumen ... Sämtliche militärischen und halbmilitärischen Vereine, die in der genannten Zone von den Landesbewohnern gebildet worden sind, werden unverzüglich aufgelöst. Die in der genannten Zone nicht wohnhaften Vereinsmitglieder haben die Zone zu räumen.

16 Vgl. Dr. E. J. Dillon: »The inside history of the Peace conference«, London–New York 1920.

§ 2. Die Zone der Volksabstimmung wird unverzüglich einem internationalen Ausschuß von vier Mitgliedern unterstellt, die durch die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, das Britische Reich und Italien ernannt werden. Sie wird von den Truppen der alliierten und assoziierten Mächte besetzt . . .

§ 3. (Befugnisse des internationalen Ausschusses.)

§ 4. Die Abstimmung findet nach Ablauf einer von den alliierten und assoziierten Hauptmächten festzusetzenden Frist statt, indessen nicht früher als sechs und nicht später als 18 Monate nach dem Amtsantritt des obengenannten Ausschusses in der Zone. Stimmberechtigt ist jede Person ohne Unterschied des Geschlechts, die den nachstehenden Bedingungen genügt:

a) sie muß am 1. Januar des Jahres, in dem die Volksabstimmung stattfindet, das 20. Lebensjahr vollendet haben;

b) sie muß in der Zone, in der die Volksabstimmung stattfindet, geboren sein oder dort seit einem von dem Ausschuß festzusetzenden Zeitpunkt, der aber nicht nach dem 1. Januar 1919 liegen darf, ihren Wohnsitz haben . . .

Das Abstimmungsergebnis wird gemeindeweise, und zwar nach der Mehrheit in jeder Gemeinde, festgestellt.

§ 5. Bei Abschluß der Abstimmung wird die Stimmzahl in jeder Gemeinde den alliierten und assoziierten Hauptmächten von dem Ausschuß mit einem erschöpfenden Bericht über den Wahlgang mitgeteilt. Beizufügen ist ein Vorschlag über die in Oberschlesien unter Berücksichtigung der Willenskundgebung der Einwohner sowie der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Ortschaften als Grenze Deutschlands anzunehmende Linie.

§ 6. (Verwaltungsmaßnahmen.)

☆

Jetzt gaben die Polen ihrer Entrüstung freien Lauf. Sie hatten schon an einen leichten Sieg geglaubt, und da zwang man ihnen eine Volksabstimmung auf, die all ihre Berechnungen vereitelte. Zorn und Enttäuschung hielten sich die Waage[17]. Was sie besonders aufbrachte, war die

17 Viele Franzosen teilten diese Gefühle: »Welchen moralischen Wert«, schrieb Noulens, »kann eine Volksabstimmung haben, wenn man sie in Schlesien durchführt, in einem Land, wo die Urbevölkerung systematisch dezimiert, unterdrückt und jahrhundertelang zur Auswanderung gezwungen wurde?« (»Les Archives de la Grande Guerre Nr. 24«, Juli 1921; »Le Point de vue politique«, S. 8.)

Klausel, derzufolge alle in Schlesien geborenen Personen an der Wahl teilnehmen konnten. Dieser Paragraph erlaubte es den Deutschen, mehr als 200 000 Abgewanderte an der Volksabstimmung teilnehmen zu lassen, Söhne ehemaliger Offiziere oder preußischer Beamter, die seit vielen Jahren nicht mehr in dieser Gegend wohnten und sozusagen keinerlei Beziehung mehr zu dieser Provinz hatten[18].

Und doch merkten die Polen bei näherer Betrachtung, daß die Volksabstimmung unter für sie günstigen Bedingungen verlaufen würde. Die deutschen Behörden und Truppen mußten die Abstimmungszone räumen. Diese würde von einer interalliierten Kommission verwaltet werden, unter Vorsitz eines französischen Generals und unter dem Schutz eines starken Kontingents französischer Truppen. Nun hatte aber Frankreich sein Einverständnis mit dem polnischen Standpunkt zu deutlich erklärt, als daß ein deutscher Sieg in Schlesien nicht einer französischen Niederlage gleichkäme. Die Polen meinten also, die Franzosen würden ihr möglichstes tun, um ihrer Sache zum Siege zu verhelfen.

Da aber das Ergebnis einer Volksabstimmung immer ungewiß war, wäre es besser, sich schon im voraus der wichtigsten Punkte des Gebietes zu bemächtigen. Diese Operation mußte allerdings, um keine diplomatischen Komplikationen nach sich zu ziehen, schon vor Ankunft der interalliierten Kommission wirksam werden. So entstand in der polnischen Führerschaft — und vielleicht mit stillschweigendem Einverständnis der französischen Delegation — der Gedanke eines Gewaltstreiches, der bald in Form eines zweiten Aufstandes verwirklicht werden sollte.

☆

Seit den ersten Julitagen zeigte sich in den Städten Knurow, Schoppinitz, Lublinitz, Kattowitz, Chorzow, Ratibor und Gleiwitz eine ungewohnte Unruhe[19]. Mehrmals beschlagnahmten die deutschen Behörden an der deutsch-polnischen Grenze Lastwagen voller Waffen und Ballen mit Flugblättern, in denen die Bevölkerung aufgefordert wurde, sich für jeden Fall bereit zu halten. Der Aufstand, der angeblich »spontan« aus-

---

18 Zweimal versuchte Frankreich zu erreichen, daß ein Unterschied zwischen den Deutschen, die in Schlesien geboren wurden, aber nicht mehr dort wohnten, und denen, die dort noch wohnten, gemacht wurde. Jedesmal waren die Alliierten gegen jegliche Unterscheidung dieser Art.

19 Tatsächlich war Schlesien seit dem ersten polnischen Aufstand noch nicht wieder zur Ruhe gekommen.

brechen sollte, wurde von den Agenten der P.O.W. genauestens organisiert. Alle Fäden der Verschwörung liefen bei einer Zentralstelle auf polnischem Boden, unweit der deutschen Grenze, zusammen. Dieser Ausschuß hatte Delegierte in den verschiedenen Teilen Schlesiens[20] ernannt, die sich ihrerseits auf die »Sokols« oder nationalen Turnvereine stützten, die aus den aktivsten Elementen der polnischen Bevölkerung bestanden.

Während der folgenden Tage häuften sich die geheimen Zusammenkünfte. Eine fieberhafte Atmosphäre verbreitete sich über die ganze Provinz. Jeder flüsterte, der Aufstand stehe unmittelbar bevor. Am 10. und 11. Juli sprengten polnische Sabotagetrupps die Eisenbahnbrücken zwischen Kattowitz und Leobschütz, die Brücke von Czarnowanz auf der Bahnstrecke Oppeln—Breslau und eine Brücke bei Cosel. Diese Sabotageakte sollten die Ankunft deutscher Verstärkungen verhindern. Am 16. brach ein Generalstreik im Bergwerksrevier aus. Alle Fabriken stellten die Arbeit ein. Jeder fühlte den Sturm herannahen, dessen Wetterleuchten schon den Horizont erhellte[21].

Nach mehrfachem Aufschub brach der Aufstand endlich in der Nacht vom 16. zum 17. August aus. Gegen 2 Uhr morgens wurde die deutsche Kompanie, die das Artillerielager von Paprotzan, 2 km südlich von Tichau, bewachte, überraschend angegriffen. Die polnischen Aufrührer bemächtigten sich einer bedeutenden Menge an Kanonen, Granaten und Handgranaten. Dann besetzten sie den Bahnhof, die Post und die wichtigsten öffentlichen Gebäude von Tichau. Zur gleichen Zeit brach an der Südfront heftiges Maschinengewehr- und Minenwerferfeuer aus, so daß die deutschen Truppen gezwungen waren, nach Norden auszuweichen[22].

Am folgenden Morgen (17. August) ließen die Agenten der P.O.W. überall den folgenden Aufruf anschlagen:

---

20 Besonders in Kreuzburg, Rosenberg, Lublinitz, Rybnik, Hindenburg, Gleiwitz und Pleß.

21 Vgl. »Zur Vorgeschichte des polnischen Augustaufstandes in Ober-Schlesien«, Charlottenburg 1919, S. 35.

22 Der Plan der Polen bestand darin, Schlesien von zwei verschiedenen Seiten zu überfallen: Eine erste Gruppe von Aufständischen sollte von Norden her das Industrierevier von Beuthen und Kattowitz besetzen, während eine zweite Gruppe aus Süden heranmarschieren und sich der landwirtschaftlichen Gegend von Pleß und Rybnik bemächtigen sollte, wo die Polen eine erdrückende Majorität besaßen. Wenn dieses erste Angriffsziel erreicht war, sollten sich die beiden Gruppen in Gleiwitz vereinigen, um alle Verbindungen zwischen dem Bergwerksgebiet und Deutschland abzuschneiden. Dann hatten die Aufständischen vor, zusammen auf Oppeln zu marschieren, wo eine dritte Kolonne über Kreuzburg und Rosenberg zu ihnen stoßen sollte.

Polnische Patrioten!
Heute seit 9 Uhr ist der Aufstand Herr über ganz Oberschlesien. Jeder wahrhafte Mann schließe sich uns mit seinen Waffen (oder einer Sense, wenn er nichts anderes hat) an, um uns zu helfen, die Ketten der Fremdherrschaft zu zerbrechen.

Die Polnische Militärorganisation
für Schlesien[23]

Die Polen folgten massenhaft dem Ruf der P.O.W.[24], und die Aufstandsbewegung erstreckte sich auf alle bedeutenden Zentren des Industriegebiets. Am Morgen des 18. August waren die Aufrührer Herr über die Gebiete von Tarnowitz, Beuthen und Kattowitz, während sich im Bezirk von Rybnik sehr heftige Kämpfe abspielten. Am Abend war der ganze östliche Vorsprung Oberschlesiens in ihrer Hand.

Da beschlossen die Deutschen, erschreckt über die Wendung, die die Ereignisse genommen hatten, mit einer kräftigen Gegenoffensive zu antworten. Sie mußten schnell handeln, denn wenn sie warteten, bis sich der Aufstand nach Westen ausgedehnt hatte, dann wußte niemand, unter welchen Bedingungen die Volksabstimmung erfolgen würde[25]. Der von den Chefs der Freikorps ausgearbeitete Plan umfaßte drei unterschiedliche Aktionen: eine im Nordabschnitt mit dem Ziel Beuthen, die zweite im Mittelabschnitt längs der Linie Kattowitz-Myslowitz, die dritte im Südabschnitt in Richtung auf Pleß und Rybnik.

Am 19. August wurde in ganz Oberschlesien der Belagerungszustand verhängt, und schon am Nachmittag begannen die deutschen Freikorps mit der Reinigung des Nordsektors. Beuthen wurde bei hereinbrechender Nacht wieder eingenommen. Blutige Kämpfe spielten sich in Laurahütte ab, wo die polnischen Aufständischen mit Handgranaten bis auf die Sohle der Schächte verfolgt wurden.

Am folgenden Tag, dem 20. August, wurde der ganze Mittelabschnitt ebenfalls befreit, und im Zuge einer längs der Linie Kattowitz-Myslowitz geführten Offensive besetzte die 132. Halbbrigade, die aus der ehe-

---

23 »Zur Vorgeschichte des polnischen Augustaufstandes in Ober-Schlesien«, S. 42.
24 Nach den Auskünften, die Joseph Bulla, Chef des Generalstabes der Aufständischen, gesammelt hat, zählten die Kräfte, die sich gegenüberstanden, in diesem Augenblick 15 369 deutsche Freiwillige und 21 799 polnische Milizsoldaten.
25 »Gelang es, Oberschlesien tatsächlich in polnische Gewalt zu bringen, dann konnte man mit Sicherheit annehmen, daß es dem französischen Einflusse nicht schwerfallen würde, die anderen Ententemächte zur Anerkennung der geschaffenen Tatsache zu veranlassen.« (General von Hülsen: »Der Kampf um Oberschlesien«, Stuttgart 1922, S. 11.)

maligen 117. Infanteriedivision hervorgegangen war, Gieschewald, Nikischschacht, Janow, Wilhelmshütte, Rosdzin und Schoppinitz. Die Säuberung dieses Abschnitts erwies sich als besonders schwierig, da ein dauerndes Hin und Her auf beiden Seiten der Grenze festzustellen war[26]. Am Abend des 21. hatten die deutschen Truppen trotz des Widerstandes der Polen all ihre Ziele erreicht.

Am 22. begann die dritte Offensive im Südabschnitt. Tichau, Neuberun und der ganze Südostzipfel Schlesiens wurden an dem Tage wieder genommen. Außer Fassung gebracht durch die Härte des deutschen Gegenschlages und zudem ungenügend bewaffnet, um den Freikorps die Stirn bieten zu können, verzichteten die Aufständischen darauf, den Kampf fortzusetzen. Am 23. legten sich die Unruhen, und am 24. August war der zweite polnische Aufstand endgültig niedergeschlagen.

Einen Monat später, als die Regimenter der Reichswehr die Freikorps ablösten, die an der Offensive teilgenommen hatten, fanden sie ein ziemlich befriedetes Land vor. Doch es wäre falsch gewesen, dem Frieden zu trauen, denn das Feuer glomm unter der Asche weiter. Die Polen hatten ihre Waffen im Wald versteckt. Ein Funke genügte, um die Feuersbrunst von neuem zum Lodern zu bringen.

☆

Am 10. Januar 1920 trat der Versailler Vertrag in Kraft. Gemäß den Klauseln des Vertrages[27] räumten die Deutschen Oberschlesien und wurden durch eine besondere Polizei, die APO oder »Abstimmungspolizei«, abgelöst. Am 11. Februar 1920 ergriff die interalliierte Kontrollkommission Besitz von der Abstimmungszone. An ihrer Spitze stand General Le Rond als Vertreter Frankreichs, dem Oberst Sir Harold Percival als Vertreter Großbritanniens und General de Marinis als Vertreter Italiens zur Seite standen[28]. 11 500 französische und 2 000 italienische Soldaten begleiteten die Kommission, um während der Dauer der Volksabstimmung die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sichern.

Während des ganzen übrigen Jahres 1920 zeigte sich im Kohlenrevier eine sporadische Unruhe[29]. Die Alliierten fürchteten, die Abstimmung

26 Es handelt sich um die alte deutsch-russische Grenze von 1914.

27 Abschnitt 8, Anlage zu Artikel 88, § 1 (vgl. weiter oben den Wortlaut, Seite 164).

28 Ursprünglich sollten auch die USA einen Vertreter entsenden. Aber inzwischen hatte sich der amerikanische Kongreß geweigert, den Versailler Vertrag zu ratifizieren, und die USA zeigten an der Frage kein Interesse mehr.

29 Besonders vom 17. bis 19. August 1920, dem Jahrestag des zweiten polnischen Aufstandes, ereigneten sich in Kattowitz blutige Zusammenstöße zwischen der Zivilbevölkerung und den französischen Truppen.

werde zu einer Zunahme der Unruhen führen, und beschlossen, das Besatzungskorps zu verstärken. Anfang März 1921 trafen vier britische Bataillone, die aus dem Raum von Köln abgezogen worden waren, zusätzlich in Schlesien ein.

Schließlich kam das schicksalsschwere Datum nach einer Reihe von Aufschüben heran. Tag für Tag brachten Sonderzüge die deutschen Abwanderer nach Oppeln und Gleiwitz. Die Reichsbehörden hatten eine riesige Propaganda betrieben, damit alle deutschen Schlesier an der Wahl teilnehmen konnten[30]. Kranke wurden sogar auf Tragbahren befördert.

Die Abstimmung fand am 21. März 1921 statt und verlief zum allgemeinen Erstaunen völlig ruhig. Einige Tage später veröffentlichte die interalliierte Kommission das Ergebnis: Von allen abgegebenen gültigen Stimmen fielen 707 554, das waren 59,6 Prozent, auf Deutschland, 478 802 auf Polen, was eine deutsche Mehrheit von 228 752 Stimmen für das Gesamtgebiet ergab.

30 Von den 185 000 Abgewanderten, die listenmäßig erfaßt waren, kamen ungefähr 180 000 zurück, um zu wählen.

XI Die Kämpfe um Oberschlesien

2. Der dritte polnische Aufstand und die Schlacht von Annaberg

Als das Ergebnis der Volksabstimmung bekanntwurde, herrschte im ganzen Reich eine Freude ohnegleichen. Da Deutschland fast 60 Prozent der Stimmen in der ganzen Provinz erhalten hatte[1], war ja die Frage gelöst: ganz Schlesien blieb deutsch. Daher wurde der 21. März in den deutschen Zeitungen wie ein Sieg gefeiert.

Aber die Alliierten dämpften bald die übertriebene Begeisterung. Sie hatten eine Volksabstimmung angesetzt, um Polen keine deutschen Volksteile zuzuschlagen; doch hatten sie keinen Grund, Deutschland die 40 Prozent der Bevölkerung zu überlassen, die für Polen gestimmt hatten. Der Versailler Vertrag sah vor, daß die Abstimmungsergebnisse gemeindeweise zu übermitteln seien, was der Errichtung einer Demarkationslinie gleichkam. Das Gebiet mußte also geteilt werden.

Wenn auch die Abstimmung klar den Willen der Bevölkerung erkennen ließ, so hatte sie Schlesien doch nicht in zwei Teile geteilt, innerhalb derer der deutsche oder der polnische Einfluß vorherrschend war. Die Abstimmungsergebnisse zeigten, daß diese Provinz aus einer Reihe ineinander verschachtelter Inselchen bestand. Sie war wie ein Schachbrett, auf dem sich die Volkstumsgruppen in unentwirrbarer Weise miteinander verflochten.

Manche Städte wiesen eine starke deutsche Mehrheit auf, während die sie umgebenden ländlichen Bezirke eine polnische Majorität hatten. Andererseits lagen Orte mit deutscher Mehrheit längs der polnischen Grenze, während Gebiete mit polnischer Majorität mehr nach Westen in Richtung auf Deutschland hin gelegen waren[2].

Kurz, die Abstimmung trug weder den wirtschaftlichen noch den

---

1 Dieses Ergebnis entspricht ungefähr dem der Wahlen von 1907 und 1912 (vgl. Kapitel X, Fußnote 12).

2 Einige Zahlen zeigen die Vielseitigkeit des Problems. Oppeln-Stadt: 1 111 polnische Stimmen, Oppeln-Land: 24 862; Kattowitz-Stadt: 3 987 polnische Stimmen, Kattowitz-Land: 66 049. Andererseits stimmten im Kreis Kreuzburg, am Rande der polnischen Grenze, nur 1 796 für Polen, aber 43 262 für Deutschland, im Kreis Rybnik, weiter im Westen, 53 473 für Polen und nur 27 976 für Deutschland. (Offizielle Zahlen der interalliierten Kommission.)

geographischen Gegebenheiten irgendwie Rechnung. An den wenigen Stellen, wo sich die Volkstumslinie mit einer gewissen Klarheit abzeichnete, durchschnitt sie die industrielle Zone, trennte die Eisenbahnknotenpunkte von den dazugehörigen Städten und einzelne Fabriken von den Kanälen, die sie als Transportweg brauchten, und zerstückelte Bergwerke in unabbaubare Bruchstücke. Die dem Obersten Rat vom Versailler Vertrag auferlegte Pflicht, eine Grenze zu ziehen, die gleichzeitig dem von den Einwohnern ausgedrückten Wunsch und der geographischen und wirtschaftlichen Lage des Landes Rechnung trug, erwies sich als undurchführbar.

Die Polen waren ihrerseits schwer enttäuscht von dem Ergebnis der Abstimmung und wollten von einer Teilung nichts wissen. Ihre schon lebhafte Verwirrung wuchs aufs äußerste, als sie erfuhren, daß sich die Alliierten nicht über die Demarkationslinie einigen konnten. Die Engländer und Italiener wollten den Polen nur die Gebiete zugestehen, in denen sie über eine wesentliche Mehrheit verfügten, das heißt die beiden ländlichen Bezirke von Pleß und Rybnik sowie einen Teil des Bezirks Kattowitz-Land. Das war die von Oberst Percival empfohlene Linie. Die Franzosen wollten sich nicht auf einen Beschluß festlegen lassen, der Polen nur einen wertlosen Gebietsteil zubilligte und 350 000 Polen an Deutschland auslieferte. Sie schlugen eine andere, von General Le Rond angeregte Linie vor, die das gesamte Industriegebiet Polen zusprach und ziemlich weit nach Nordwesten vorstieß. Die Engländer und die Italiener lehnten diese Lösung ab, die Polen etwa 400 000 Deutsche ausgeliefert hätte.

So fürchteten die Polen, eine seit langer Zeit begehrte Provinz zu verlieren, und beschlossen, zum drittenmal zur Gewalt zu greifen. Sie sagten sich, daß die Alliierten an dem Tage, an dem ganz Schlesien in polnischer Hand wäre, entweder vor der vollendeten Tatsache kapitulieren oder Polen den Krieg erklären würden. Die letzte Möglichkeit hielten sie für ausgeschlossen. Der Erfolg eines Gewaltstreichs aber schien ihnen nicht zweifelhaft: Die Tatsache, daß es in der umstrittenen Zone keine deutschen Soldaten mehr gab, würde den Aufständischen erlauben, ohne Widerstand bis zur Oder vorzustoßen. Die Polen schienen also alle Aussichten auf den Sieg auf ihrer Seite zu haben.

Wie im November 1918 und im August 1919 sollte dieser dritte Aufstand die Gestalt einer spontanen Erhebung annehmen. Die Welt mußte darin den »lebhaften Protest einer Bevölkerung sehen, deren nationale

Seele schmerzlich verwundet war[3]«. Aber die Chefs der P.O.W. wußten, daß dieser Aufstand nur gelingen konnte, wenn er von straff geführten und stark bewaffneten militärischen Verbänden unterstützt wurde.

In den ersten Apriltagen machten sich die polnischen Agenten ans Werk. Alle von der P.O.W. für den zweiten Aufstand aufgestellten Kader waren noch vorhanden, sie brauchten nur von neuem mobilisiert zu werden, und es mußte ihnen ein neuer Impuls gegeben werden.

Der Führungsausschuß wurde verbessert und in einen wahren Stab von 243 Mitgliedern umgewandelt, von denen 18 Offiziere, 25 Feldwebel, 192 Unteroffiziere und acht Soldaten waren[4]. Dieser Organismus wurde unter das Kommando eines Oberbefehlshabers gestellt, dem ein Stabschef und zahlreiche Dienststellen zugeordnet waren. Sein Hauptquartier lag in Sosnowice auf polnischem Boden, vier Kilometer von der deutschen Grenze entfernt.

Sobald diese Organisation stand, wurden die »Sokols«, die die Kader der Kampfeinheiten bilden sollten, durch ehemalige Legionäre und durch frühere Soldaten der Armee General Hallers verstärkt[5]. Das ganze Abstimmungsgebiet wurde in neun Bezirke eingeteilt, die ihrerseits wieder in 24 Sektoren unterteilt waren. Die kleinste Kampfeinheit war eine Gruppe, die aus einem Chef, seinem Leutnant und acht Mann bestand. In jeder Abteilung wurde der Kern, um den sich die Kämpfer schlossen, von einem Sturmzug und einer Gruppe von Maschinengewehrschützen gebildet.

Ebenso genau wurde die Bewaffnung vorbereitet. Die Waffen stammten teils aus heimlichen, in Schlesien selbst liegenden Lagern, teils aus bedeutenden Beständen, die in Polen längs der deutschen Grenze gesammelt worden waren[6]. In den ersten Aprilwochen herrschte zwischen den

---

3 M. Noulens: »Le Point de vue politique«, »Les Archives de la Grande Guerre«, Nr. 24, Juli 1921, S. 9.

4 Dieser Stab bestand aus neun Abteilungen; die bedeutendsten waren die I. (Organisation und Kampfverbände), die II. (Rekrutierung), die III. (Personal), die IV. (Bewaffnung), die VI. (Verbindung und Meldewesen) und die VII. (Propaganda).

5 Zu dieser Zeit standen ungefähr 2 000 Soldaten der Hallerarmee in Oberschlesien. Einem Erlaß des polnischen Finanzministeriums zufolge (vom 23. März 1920, Nr. 7-1-17 244/N) erhielten diese Männer weiter ihren vollen Sold während der ganzen Dauer der Volksabstimmung, obwohl sie schon demobilisiert waren.

6 Diese Bestände stammten zum Teil aus den riesigen Waffen- und Munitionsvorräten, die Frankreich Polen im Jahre 1920 für den Kampf gegen die Bolschewisten geliefert hatte. Da sie erst nach der Schlacht von Warschau angekommen waren, waren sie unbenutzt geblieben, und die polnische Regierung hatte sie zur schlesischen Grenze weitergeleitet. Als die Deutschen sahen, daß die Aufständischen französische Gewehre besaßen, glaubten sie, die interalliierte Kommission hätte sie geliefert.

wichtigsten Städten Oberschlesiens und dem Hauptquartier von Sosnowice ein ständiges Kommen und Gehen.

Die deutsche Bevölkerung war wegen dieser Vorbereitungen beunruhigt, denn sie konnten wegen ihres Umfanges nicht unbemerkt bleiben. Diese fieberhafte Atmosphäre einer Verschwörung, diese geheimen Zusammenkünfte, diese mit schweren Planen zugedeckten Traktoren, die nachts mit abgeblendeten Scheinwerfern durch die Dörfer fuhren — waren das nicht die Vorboten eines neuen Gewaltstreichs? In Kenntnis dessen, was durch die Agenten der APO vorbereitet wurde, ergriffen die deutschen Behörden eilends Maßnahmen der Selbstverteidigung. In den Städten und Dörfern entstanden spontan Selbstschutzkompanien, geführt von entlassenen Offizieren und Unteroffizieren. Aber die interalliierte Kommission forderte die sofortige Auflösung des Selbstschutzes, und da sich die Deutschen unter dem Vorwand weigerten, sie setzten nur ein bedingtes Vertrauen in den Schutz der französischen Soldaten, befahl General Le Rond, am Morgen des 25. April alle deutschen Führer zu verhaften.

Nichts konnte der polnischen Sache günstiger sein. »Die Bahn war nun frei«, schrieb General von Hülsen, »der Aufstand konnte programmmäßig ablaufen, sobald das Losungswort gegeben wurde[7].«

☆

Am Sonntag, 1. Mai 1921, um 16 Uhr, verkündete die in Oppeln im Regierungsgebäude versammelte interalliierte Kommission offiziell die Absicht der Alliierten, die Teilung Oberschlesiens vorzunehmen. Das war der von den Chefs der Verschwörung erwartete Augenblick. Am selben Abend verbreiteten polnische Flugschriften die Nachricht in der ganzen Provinz und forderten die Bergleute auf, die Arbeit niederzulegen, um gegen diese Ungerechtigkeit zu protestieren und zu fordern, ganz Oberschlesien müsse Polen zugeteilt werden.

Am Montag, dem 2. Mai, brach der Generalstreik in den Fabriken und Gießereien aus. Mehr als 100 000 Arbeiter feierten, und die Bauern der ländlichen Bezirke schlossen sich der Protestaktion an. Das war der erste Akt des Aufstandes, dem man einen gewissermaßen spontanen Charakter nicht absprechen konnte. Aber von diesem Augenblick an überstürzten sich die Ereignisse. Der zweite Akt folgte bereits wenige Stunden später.

---

7 Bernhard von Hülsen: »Der Kampf um Oberschlesien«, Stuttgart 1922, S. 15.

In der Nacht vom 2. auf den 3. Mai wurde Korfanty, der Sohn eines polnischen Bergarbeiters aus Reichtal, der sein ganzes Leben lang für die Unabhängigkeit Schlesiens gekämpft hatte und von der polnischen Regierung zum »Volksabstimmungskommissar« ernannt worden war, durch das Warschauer Kabinett von seinen Funktionen entbunden, unter dem Vorwand, er habe nichts getan, um sich dem Streik im Industrierevier zu widersetzen.

Korfanty, den die Deutschen als gewissenlosen Agitator verachteten, seine Landsleute aber als nationalen Helden ansahen, brach in Lachen aus, als er das erfuhr. Sich dem Streik widersetzen? Er hatte nicht nur nicht daran gedacht, sondern hatte ihn im Gegenteil mit allen Mitteln gefördert. Und das wußten die polnischen Behörden so gut wie er selber . . .

Korfanty war nun aller offiziellen Bindungen ledig und verfügte deshalb über vollständige Handlungsfreiheit. Er stellte sich sofort an die Spitze der Bewegung und verwandelte den Volksaufstand in eine bewaffnete Erhebung. Am Morgen des 3. Mai ließ er überall den folgenden Aufruf anschlagen:

Mitbürger!
Die polnische Regierung hat mich meiner Funktionen als Abstimmungskommissar entbunden unter dem Vorwand, ich hätte nicht die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um den Gewaltstreich zu unterdrücken. Ich bin also nicht mehr Abstimmungskommissar, bin aber doch mit meinem Blut und meinem Leben einer der eurigen, ein Sohn des schlesischen Volkes, stolz auf das Vertrauen, das Ihr mir seit 20 Jahren bezeugt habt; seit 20 Jahren habe ich unaufhörlich für eure Rechte und Unabhängigkeit gekämpft. Streikende und kämpfende Arbeiter, ich bin von nun ab als euer Bruder unter euch, und ich stelle mich — im Einvernehmen mit unseren polnischen Parteien — an die Spitze unserer Bewegung.
. . . Um eine Massenbewegung zu organisieren, ernenne ich Nowina Doliva zum Oberbefehlshaber aller bewaffneten Streitkräfte. Alle Bezirkskommandanten, die Anführer und Aufständischen selber schulden ihm absoluten Gehorsam . . .

Im Hauptquartier von Beuthen, am 3. Mai 1921,
dem Geburtstag der polnischen Verfassung,
KORFANTY.

Blitzschnell breitete sich der Aufstand aus, die Terrorakte häuften sich[8]. In weniger als zwölf Stunden waren die Aufrührer Herren der Bezirke Pleß, Rybnik, Kattowitz, Beuthen, Tarnowitz, Gleiwitz, Hindenburg, Ratibor, Cosel, und der Aufstand dehnte sich unaufhaltsam in westlicher Richtung aus.

Zugleich begann der Nachschub der auf polnischem Gebiet gesammelten Waffen; denn die Warschauer Regierung hatte zwar den Abstimmungskommissar abgerufen, es aber keineswegs für nötig gehalten, die Grenze zu schließen. Panzerzüge und schwere Artillerie, Minenwerfer und Handgranaten, Troß- und Sanitätsverbände drangen in Schlesien ein und wurden sofort unter die verschiedenen Verbände der Aufständischen verteilt, während mehrere Bataillone des regulären polnischen Heeres Korfantys Truppen verstärkten[9].

Überrascht von der Heftigkeit dieser polnischen Flutwelle, rief die interalliierte Kommission zunächst den Belagerungszustand in den wichtigsten Städten Schlesiens aus. Dann versicherte sie, vor keinem Mittel zurückzuschrecken, um die Ordnung wiederherzustellen. Aber darauf beschränkte sich ihre Tätigkeit. Während sich die Italiener bemühten, sich mit Waffengewalt den Aufrührern entgegenzustellen — was sie 40 Tote und mehr als 200 Verwundete kostete —, blieben die französischen Truppen, die das Gros der Besatzungskorps bildeten, Gewehr bei Fuß stehen und ließen die Lastwagen- und Infanteriekolonnen der Aufständischen ruhig vorbeiziehen.

Der Plan der Aufrührer war folgender:

1. alle Zentren des Industriegebiets besetzen;

---

8 »Die Deutschen wurden gefoltert und verstümmelt, ehe man sie tötete. Dörfer und Schlösser wurden geplündert und gebrandschatzt. Die auf den Fotos des deutschen Weißbuches dargestellten Szenen überboten die schlimmsten Greueltaten an Grauenhaftigkeit.« (René Martel, »The Eastern frontiers of Germany«, London 1930, S. 79—88.)

9 In einer Note, die Korfanty am 3. Mai 1921 an die alliierten Regierungen richtete, erklärte er seine gute Waffenausrüstung damit, die Aufständischen hätten sich einer großen Menge Waffen bemächtigt, die die Deutschen in das Abstimmungsgebiet eingeführt hätten. Am 7. Mai antwortete die Reichsregierung: »Es ist praktisch unmöglich, daß Korfanty in Schlesien die ungeheure Menge von Waffen und Munition, leichte und schwere MG, Minenwerfer, Flammenwerfer, Lastwagen, Bagagekolonnen, Sanitätsparks usw. selber gefunden hat, die der Revolte zur Verfügung stehen. Es ist bewiesen, daß sie aus Polen stammen.«

Diesen Standpunkt teilte der Times-Korrespondent in Oberschlesien: »Das Hauptquartier für die Verpflegungsorganisation und für die Hilfe Polens besteht in Sosnowice weiter. Vor einer Tatsache kann man unmöglich die Augen schließen: Die Grenze zwischen Polen und Oberschlesien ist ebenso offen wie die London-Bridge.« (»Times«, 10. Mai 1921, S. 9.)

2. stark bewaffnete Korps bis zur »Linie Korfanty« vorrücken lassen;
3. die Oderbrücken sprengen und alle Verbindungen mit dem Norden abbrechen[10].

Diese drei Operationen wurden mit bemerkenswerter Präzision ausgeführt. Am 5. Mai abends war das gesamte Industriegebiet in der Hand der Polen, und die Lage war etwa folgende: Das ganze Gebiet östlich einer Linie von Landsberg über Oberwitz und südlich wieder zum Odertal verlaufend war von den Aufrührern besetzt. Westlich dieser Linie[11] war es den Deutschen gelungen, die polnischen Bataillone zu entwaffnen und ihnen eine Sperre von örtlichen Milizen und improvisierten Verbänden entgegenzustellen. Die Deutschen hielten außerdem auf dem rechten Oderufer drei kleine Brückenköpfe — bei Ratibor, Kosel und Krappitz —, gegen die die polnischen Angriffswellen brandeten.

General von Hülsen schrieb: »Die Lage war, militärisch betrachtet, verzweifelt. Auf der Seite der Insurgenten kämpfte eine bis ins kleinste durchgebildete Organisation, deren Zahl, Bewaffnung und Ausrüstung sich stündlich aus dem polnischen Hinterland ergänzte ... Auf deutscher Seite war die an sich schwache Gegenorganisation zerschlagen, nur mühsam hatten beherzte Männer einen ersten Widerstand geschaffen, es war aber nichts da, was diesem als Rückhalt und Verstärkung dienen konnte[12].«

☆

Die Nachricht, daß die Polen nach Oberschlesien eingebrochen waren und daß die Fluten der Oder wie vor 700 Jahren den düsteren Schein eingeäscherter Dörfer widerspiegelten, erzeugte in Deutschland eine unbeschreibliche Erregung. Am 2., 3., 4., 5. und 7. Mai richtete die Reichsregierung eine Reihe von Noten und Telegrammen an die Alliierten und bat sie eindringlich, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um diese unerträgliche Lage so schnell wie möglich zu beenden. Auf einer Protestversammlung in Berlin am 22. Mai 1921 beschwor Rathenau den alliierten Obersten Rat, »nicht mitten in Europa eine Wunde schwären zu lassen, die nur geheilt werden könnte durch die Wiederherstellung der Gerechtigkeit«, und richtete an »alle Mächte der Zivi-

10 Erklärung von Nowina Doliva, Oberbefehlshaber der Rebellenstreitkräfte, an den Times-Korrespondenten (»Times«, 10. Mai 1921).
11 Diese Linie nannten die Polen die »Korfantylinie«. Sie stimmte fast genau mit der Demarkationslinie überein, die General Le Rond vorgeschlagen hatte.
12 Bernhard von Hülsen, a. a. O., S. 16.

lisation, der Vernunft und des Weltgewissens« einen dringenden Appell.

Am heftigsten flammten Wut und Empörung unter den ehemaligen Freiwilligen der Vorläufigen Reichswehr, den Kämpfern des Baltikums und des Kapp-Putsches, kurz bei all denen, die aus dem regulären Heer ausgestoßen waren. Sie begnügten sich nicht mit Protestversammlungen. Für sie bestand das einzige Mittel, Schlesien zu befreien, darin, die Aufrührer mit Waffengewalt zu verjagen und den Überfall mit einer Gegenoffensive zu beantworten. Die Reichswehr konnte nicht einschreiten, da sie auf eine machtlose Regierung vereidigt worden war. Sie, die Freischärler, mußten also handeln, und zwar mit den Mitteln, über die sie gerade verfügten.

Sobald sie die Nachricht vom Aufstand erreichte, machten sie sich einzeln oder in Gruppen auf den Weg. Sie kamen aus Bayern und aus Tirol, von der Saar und von der Ruhr, aus Mecklenburg, Pommern und Ostpreußen. Alle Züge nach Liegnitz und Breslau waren voller junger Leute in geflickten Uniformen, an ihren Mützen Abzeichen aller Art: Mitglieder des »Jungdo« und des »Stahlhelms«, Anhänger der »Orgesch« und ehemalige Freiwillige Ehrhardts. Sie führten eine sonderbare Ausrüstung mit sich: Wagenräder, schwere, in Leinwand genähte Zylinder und merkwürdige, in Kartons verpackte Dinge. Es waren zerlegte Geschütze und Maschinengewehre, Patronengurte und Handgranaten.

Wie zur Zeit der Offensive in den baltischen Provinzen, als die Freiwilligen unter die Mauern von Riga strömten, so strebten jetzt alle Freikorps nach Schlesien. Da waren die Freikorps Oberland und Roßbach, Heydebreck, Hubertus und Arnim. Aber der Geist, der in diesen Gruppen herrschte, war sehr verschieden von dem, der von der Goltzens Freiwillige beseelt hatte. Was sie erfüllte, war nicht mehr der Wunsch, fremde Länder zu erobern. Es war etwas Unmittelbareres und Dringenderes: »Unter denen, die nach Oberschlesien gezogen«, schrieb Ernst von Salomon, »war nicht einer, der es um der Heiligkeit der Verträge willen tat. Nicht einer marschierte in den Reihen, um an die Mächte der Sitte, der Vernunft und des Gewissens zu appellieren. Und wenn unter ihnen einer je am Himmel droben ein ewiges Recht unveräußerlich hangen sah, dann war es das Recht der Jugend, in der Rache die Gerechtigkeit zu suchen ... Was mochten uns die Argumente kümmern, tausendfältig von der Presse, von den Ämtern, aus lauem Munde ausgespien? Nicht ging uns an, was in Zahlen und Statistiken, mit Noten,

Ultimaten, mit Erbanspruch und Wahlergebnis zu beanspruchen war. Doch daß die Polen nun im Lande standen und uns Hohn zu bieten wagten, das ging uns an[13].«

Während die deutschen Freiwilligen die von der Reichsregierung aufgestellte Polizeilinie überschritten und sich unmittelbar hinter der Kampfzone sammelten, organisierten auch die schlesischen Selbstschutzverbände ihre Verteidigungslinie. Ein Zentralausschuß wurde gegründet, der sogleich die Leitung der Operation übernahm, und am 8. Mai war die deutsch-polnische Front in drei Sektoren eingeteilt:

1. Abschnitt Süd umfaßte das Gebiet zwischen der tschechisch-polnischen Grenze Oberschlesiens bis zur Linie Friedland—Krappitz—Sakrau—Ellguth—Bresina (Orte einschl.). Seine Leitung war in Ratibor.
2. Abschnitt Mitte schloß sich nördlich an bis zur Linie Michelwitz—Stoberau—Alt Poppelau—Kupp—Brinnitz (Orte einschl.) Bahnhof Jellowa (ausschl.) Friedrichsgrätz (einschl.). Seine Leitung war in Schloß Schurgast, dann in Löwen.
3. Abschnitt Nord ging bis zur Nordostgrenze, seine Leitung war zunächst in Namslau[14].

Der verwundbarste Punkt des Südabschnitts war der Brückenkopf östlich von Kosel. Deshalb beschlossen die Polen, dorthin alle ihre Kräfte zu werfen. Am 9. Mai nahmen sie nach starker Artillerievorbereitung den Brückenkopf ein, überschritten die Oder und faßten Fuß auf dem linken Ufer des Stroms. Drei neue polnische Angriffe wurden am 15., 16. und 17. Mai abgeschlagen. Um den 20. Mai herum schien sich die Front endlich zu stabilisieren.

Ganz anders war die Lage im Mittelabschnitt. In diesem waldigen Gelände bot kein Strom wie die Oder eine natürliche Verteidigungslinie. Deshalb begnügten sich die Deutschen, das Gelände mit kleinen beweglichen Zügen zu besetzen. Da es die Polen vermieden, einen ernsthaften Druck auf diesen Abschnitt in der Nähe Oppelns, dem Sitz der interalliierten Kommission, auszuüben, wurden von dort nur unbedeutende Scharmützel gemeldet.

Der Nordabschnitt dagegen war Schauplatz blutiger Kämpfe. Auch hier gestalteten dichte Wälder die Aufgabe des deutschen Stabes schwierig; außerdem umschrieb die polnische Grenze einen Halbkreis um Ro-

---

13 Ernst von Salomon: »Die Geächteten«, S. 276/77.
14 Bernhard von Hülsen, a. a. O., S. 17.

senberg und Kreuzburg, was die Selbstschutzverbände der Gefahr aussetzte, von drei Seiten zugleich angegriffen zu werden.

Am 12. Mai morgens gingen die Polen zur Offensive über und bemächtigten sich Rosenbergs und Landsbergs, während sich die Deutschen verzweifelt an Kreuzburg festklammerten. Am 20. Mai entwikkelte sich ein neuer polnischer Angriff längs der Eisenbahnlinie Kreuzburg–Zembowitz, unterstützt durch einen mit zwei 10,5-cm-Geschützen bewaffneten Panzerzug. Nach der Beschießung stürzte eine polnische Angriffswelle von 200 bis 300 Mann vor, um die deutschen Stellungen zu erobern. Die Freiwilligen der Sektion Hindenburg ließen die Angreifer bis auf 100 Meter an ihre Vorposten herankommen. Dann eröffneten sie ein rasendes Maschinengewehrfeuer, das den Tod in die Reihen der Aufständischen hineintrug.

Am folgenden Tag, dem 21. Mai, beschloß Hauptmann von Arnim, zur Gegenoffensive überzugehen. Nach schweren Kämpfen gelang es ihm, den Bahnhof Sausenberg zurückzuerobern. Er wollte am 22. gerade in Rosenberg einmarschieren, da erhielt er von seinem Oberkommando den Befehl, auf den Angriff zu verzichten, auf die Stellungen des Vortages zurückzugehen und in der Defensive zu verbleiben.

☆

Wie war dieser plötzliche Rückschlag zu erklären? »Niemals wurden Kämpfe so sehr durch die politische Lage beherrscht«, schrieb General von Hülsen; nur die Politik machte die Haltung des deutschen Oberkommandos verständlich.

Seit Beginn des Aufstandes hatte die interalliierte Kommission jede Kontrolle über Oberschlesien verloren[15]. Ihre Autorität wurde nur noch in den Städten anerkannt. In den ländlichen Bezirken dagegen setzten sich die Aufständischen darüber hinweg. Innerhalb der Kommission selber war man sich keineswegs einig. Die Italiener, die zahlreiche Opfer zu beklagen hatten, waren äußerst aufgebracht gegen Korfanty und verlangten die sofortige Verhaftung der Schuldigen. Die Engländer hielten es für unzulässig, daß der französische Delegierte »seine Rolle als internationaler Schiedsrichter mit der eines Anwalts der polnischen Interessen verwechselte«, und verlangten ein energisches Einschreiten der Besatzungstruppen. General Le Rond hatte zwar niemals offiziell für

15 Vgl. Lord Robert Cecil: »The question of Upper-Silesia«, S. 6.

die Aufständischen Partei ergriffen[16], aber es widerstrebte ihm, Zwangsmaßnahmen gegen die Polen zu ergreifen. Schließlich waren sie Verbündete der Franzosen, für die die Mehrzahl seiner Offiziere ausgesprochene Sympathie hegte.

Die gleichen Meinungsverschiedenheiten fanden sich auch im Obersten Rat der Alliierten, wo sich die lebhafte Diskussion von Tag zu Tag

16 Über diesen Punkt besitzen wir ein Zeugnis, das um so wertvoller ist, als es von einem Gegner stammt: »Niemals«, schrieb General von Hülsen, »hat Le Rond oder einer seiner Leute offiziell den Aufstand gebilligt, Entgleisungen Untergebener spielen dabei keine Rolle.« (»Der Kampf um Oberschlesien«, S. 53.)

verschärfte. Am 9. Mai überreichte der französische Gesandte in der Wilhelmstraße in Berlin eine Note, die in aller Deutlichkeit aussprach, jede Entsendung von Reichswehrtruppen nach Oberschlesien werde als eine Verletzung des Versailler Vertrages angesehen und von Frankreich mit der Besetzung der Ruhr geahndet werden.

Der französisch-britische Gegensatz, der bislang auf die politischen Kreise beschränkt war, weitete sich plötzlich in unerwarteter Weise aus. Am 13. Mai wandte sich Lloyd George an die Öffentlichkeit: Er hielt vor dem Unterhaus eine kaum verschleierte, an die Adresse Frankreichs gerichtete Anklagerede. Lloyd George spielte auf die französische Note vom 9. Mai an und erklärte, es gäbe nur zwei Arten, das Problem zu lösen. Entweder müßten die alliierten Streitkräfte die Ordnung wiederherstellen oder es müßte den deutschen Truppen gestattet werden, es zu tun. »Den Truppen, über die Deutschland verfügt, zu untersagen, an der Wiederherstellung der Ordnung teilzunehmen, ist unbillig (is not fair). Das Fair play ist immer Großbritanniens Leitsatz gewesen, und ich schlage vor, wir bleiben ihm bis zum Ende treu. Was immer geschehen möge, wir werden uns nicht mit vollendeten Tatsachen abfinden[17].«

»Infolge dieser Erklärungen«, schrieb Lord Robert Cecil lakonisch, »wurden die französisch-britischen Beziehungen äußerst gespannt[18].«

Während dieser Diskussionen zwischen London und Paris fanden im deutschen Hauptquartier Umbesetzungen statt. Die Ausdehnung des politischen Aspekts der Frage und die Ankunft immer zahlreicherer

---

17 Am gleichen Tag erklärte der britische Delegierte der interalliierten Kontrollkommission in Kreuzburg dem Korrespondenten des »Manchester Guardian«: »Wie fast alle englischen Offiziere in Oberschlesien fühle ich mich beschämt und gedemütigt, denn es ist mir klar, daß die interalliierte Kommission ihr Versprechen gebrochen hat, das Recht zu respektieren und die Ordnung im Land zu bewahren. Der italienische Delegierte ist absolut meiner Meinung.« (»Manchester Guardian« vom 14. Mai 1921, S. 9.) In der Tat verbrüderten sich die französischen Offiziere in Oberschlesien mit den Aufständischen, während die italienischen und englischen Offiziere die deutschen Freiwilligen ermunterten; diese Situation schaffte keine hohe Meinung über die alliierte Solidarität.

18 Lord Robert Cecil, a. a. O., S. 6. Sogar in Paris fing man an, sich der heiklen Lage bewußt zu werden, in der sich Frankreich befand. Obwohl er die Beweggründe entschuldigt, die die Polen zu den Waffen hatte greifen lassen, bekennt Noulens, daß »diese Tat sowohl für sie selber als auch für den Einfluß der Alliierten, die ihr Schicksal an das Polens gebunden hatten, zu bedauern war«. (»Les Archives de la Grande Guerre, Le Point de vue politique«, S. 9.) Frank H. Simonds unterstrich im »New York Herald« vom 29. Mai 1921: »Für alle Großmächte war diese polnische Affäre eine furchtbar fatale Sache. Sogar die Franzosen konnten nicht umhin, das Paradoxe dieser Lage zuzugeben: Deutschland war aufgefordert worden, abzurüsten, und sah gleichzeitig, daß Gebiete, über die es noch Rechte besaß (denn der Oberste Rat hatte sich darüber noch nicht geäußert), von polnischen Truppen besetzt wurden, während die deutschen Streitkräfte zur Untätigkeit verdammt waren.«

Freikorps in Schlesien hatten den Zentralausschuß gezwungen, seine Tätigkeit auf die diplomatischen Verhandlungen zu beschränken und die Leitung der Operationen General Hoefer zu übertragen, dessen Ernennung von den Chefs der Freikorps gebilligt wurde[19].

Sobald er als Oberbefehlshaber eingesetzt worden war, änderte General Hoefer die Kampfanweisungen. Die drei bestehenden Abschnitte ersetzte er durch zwei selbständige Gruppen, die Gruppe Nord und die Gruppe Süd unter dem Kommando von Oberstleutnant Grützner und General von Hülsen.

Um den 20. Mai fand in Krappitz eine Lagebesprechung statt, bei der General Hoefer seinen Untergebenen die Taktik auseinandersetzte, die er einzuschlagen gedachte.

»Unsere Verbände«, erklärte er, »müssen abwarten, bis die interalliierte Kommission ihnen Vollmacht gibt, das von den Aufständischen besetzte Gebiet zu befreien. Auf keinen Fall darf eine neue Offensive unternommen werden, denn unsere Truppen riskieren, sich einer Niederlage auszusetzen, die den Erfolg unserer Sache in nicht wiedergutzumachender Weise in Frage stellen würde[20].«

»Ich bedaure, diese Auffassung nicht teilen zu können«, erklärte General von Hülsen. »Niemals wird uns die interalliierte Kommission eine solche Vollmacht geben. Erste Pflicht des Selbstschutzes ist, zu handeln. Der geringste Erfolg unserer Truppen wird unsere politische, militärische und moralische Lage verstärken, und die interalliierte Kommission wird dem Rechnung tragen müssen. Die Möglichkeit einer Niederlage darf uns nicht schrecken. Wir müssen bereit sein, das Risiko auf uns zu nehmen. Die Lage fordert von uns sofortigen Übergang zur Offensive, und sei es auch nur, um den Gegner zu hindern, die Initiative zu ergreifen.«

Lange zögerte der Oberbefehlshaber zwischen den beiden Taktiken. Schließlich ermächtigte der Zentralausschuß die Gruppe Süd, zu einer beschränkten Offensive überzugehen. »Die Gruppe Süd beschloß, von dieser Erlaubnis den weitestgehenden Gebrauch zu machen«, erklärte General von Hülsen[21].

---

19 Folgender Punkt ist wichtig: General Hoefer wurde weder von der deutschen Regierung noch vom Reichswehrministerium eingesetzt, sondern er wurde vom Zentralausschuß und den Freikorpschefs für seine Aufgabe bestimmt.

20 General Hoefer fürchtete einen Zusammenstoß zwischen den deutschen und den alliierten Truppen. Daher der Gegenbefehl an Hauptmann von Arnim am 22. Mai (vgl. oben, S. 180).

21 Bernhard von Hülsen, a. a. O., S. 22.

»Im Gebiete des Abschnittes«, schrieb der ehemalige Chef der Gruppe Süd, »steigt das rechte Oderufer in seiner ganzen Länge zu einer das Flußtal und das linke Ufer beherrschenden Höhenkette auf . . . Die bedeutendste dieser Erhebungen ist die des Annaberges; sie zieht sich als schluchtenreiche, zerklüftete Kette, etwa 10 km östlich von Krappitz steil aus der Ebene aufsteigend, etwa 20 km nach Südosten hin und fällt dann steil bei Ujest in das Klodnitztal. Auf der höchsten Stelle, 300 Meter über der Oder, liegt das Kloster Annaberg mit seinem wundertätigen Madonnenbild, der berühmteste Wallfahrtsort, das Nationalheiligtum der Oberschlesier.

Die Einnahme des Annaberges müßte weitgehende moralische Folgen haben. Wie ein Fanal in dunkler Nacht würde sie wirken . . ., unseren zerrissenen Herzen neuen Mut einflößen und die schwindende Hoffnung neu beleben.

War der Annaberg deutsch, dann fiel die Bedrohung von Kosel automatisch, und der feste Riegel, der die direkte Straße über Gleiwitz in das Industriegebiet sperrte, war beseitigt, der erste Schritt zur Befreiung von ganz Oberschlesien war getan[22].«

Der Einsatz war, wie man sieht, von größter Bedeutung. Aber verfügten die Freikorps über genügend Streitkräfte? Sieben neugebildete Bataillone, die noch nicht die Feuertaufe empfangen hatten, konnten zur Not in diesem Sektor zusammengezogen werden. Dann aber wäre nicht ein Mann mehr dagewesen, um die 60 Kilometer lange übrige Front zu verteidigen. Wollte man also den Annaberg gegen jeden Widerstand erobern, so mußte man sich mit den wenigen verfügbaren Einheiten begnügen. Nachdem General von Hülsen reiflich das Für und Wider erwogen hatte, beschloß er das Wagnis einzugehen. Am 21. Mai überquerten die Stoßtruppen um 1.30 Uhr morgens lautlos die Brücke von Krappitz, um ihre Ausgangsstellungen auf dem rechten Ufer des Stroms einzunehmen.

Die deutschen Verbände waren in zwei Kolonnen eingeteilt:

1. Die Kolonne von Chappuis, bestehend aus den Bataillonen Lensch, Winckler und Bergerhoff.

2. Die Kolonne Horadam aus dem Freikorps Oberland (Bataillone Österreicher, Finsterlin, Siebringhaus, Kompanie von Eicke) und dem Stoßtrupp Heintz[23].

---

22 Bernhard von Hülsen, a. a. O., S. 22.

23 Trotz dieser vielen Einheiten überstieg die gesamte Stärke kaum 3 000 Mann.

Ottmütz
Gr.Stein
Kl.Stein
Posnowitz
Schedlitz
Cogolin
Strebinow
Sprentschütz
Dombrowka
Ottmuth
Wygoda
Sakrau
Wyssoka
Kadlubietz
Dollna
Oberwitz
Jeschowa
Olleschka
Annaberg
KRAPPITZ
Zyrowa
Poremba
Scharnosin
Oder
Krempa
Roswadze
LESCHNITZ
Klutschau
Bahnhof Leschnitz
Poppitz
Deschowitz
Kowalliksruhe
Utichnia
Kol. Salownia
Salesche
N
Wielmierzowitz
Lenkau
Rokitsch
Raschowa
N.Januschkowitz
Czissowa
SLAWENTZITZ
NEISSER FORST
Kuschnitzka
Lenartowitz
Klodnitz Kanal
Oderhafen
Klodnitz
Kandrzin
HOHENLOHESCHE FORST
KOSEL
Pogorzelletz
Oder
Brzezetz
ALT KOSEL
0 1 2 3 4 5 10
km
Deutsche Ausgangsstellungen
Deutsch-polnische Front am Morgen des 21. Mai
Deutsch-polnische Front am Abend des 25. Mai
Deutsche Angriffslinie am 4. Juni
Deutsch-polnische Front am 6. Juni
Angriffsrichtungen im Gefecht von Klodnitz
Bahnlinien
Kanal

Um 2.30 Uhr stürmten die Bataillone zum Angriff vor, aber sie stießen überall auf heftigen Widerstand der Polen. Sei es, daß die Bewegung der Freikorps bemerkt oder daß der Angriffsplan verraten worden war – die Überraschung des Gegners gelang nicht. Bald liefen beim deutschen Hauptquartier dringende Bitten um Verstärkung ein, die General von Hülsen ablehnen mußte. »Wir lernten wieder kennen«, schrieb von Hülsen, »was ein Sturm auf eine befestigte Stellung ohne Artillerieunterstützung bedeutet[24].«

Als die Kolonne von Chappuis die Höhen von Wygoda stürmte, geriet sie in einen Hinterhalt. Gleichzeitig nahm das Bataillon Oestreicher in schwerem Kampf das Dorf Strebinow, während sich die Bayern vom Freikorps Oberland des Hafens Oderhafen und der Höhen von Dombrowka bemächtigten.

Nachdem die deutschen Freikorps diese Stellungen genommen hatten, mußten sie einen schweren polnischen Gegenangriff abwehren. In dichten Reihen von den Höhen niederstürmend, versuchten die Aufständischen die deutsche Front auseinanderzureißen. Einen Augenblick stand das Gefecht auf des Messers Schneide, dann gelang es den Bataillonen Finsterlin und Siebringhaus, die Polen mit Handgranaten in die Flucht zu schlagen. Bald flutete die polnische Angriffswelle in voller Auflösung auf den Hügel zurück und gab zugleich die Höhen von Wygoda frei. Die Kolonne von Chappuis, die eine Weile festgelegen hatte, konnte dadurch in demselben stürmischen Rhythmus wie die Kolonne Horadam weiter vorrücken. In wenigen Stunden nahmen die Bataillone Winckler, Lensch und Bergerhoff Roswadze, Deschowitz, Solownia und den Bahnhof von Leschnitz.

Das Zurückweichen der Polen erlaubte auch den Freiwilligen vom Korps Oberland einen neuen Sprung nach vorn. Sie rückten in Jeschowa, Dallina und Sakrau ein, und es gelang ihnen, zwei im Gelände von den Aufständischen im Stich gelassene deutsche Kanonen zu erbeuten.

Bei Tagesanbruch standen die deutschen Kolonnen bereits am Fuße des Annaberges[25]. Aber die Führer des Freikorps Oberland hielten es für unmöglich, ihre Stellungen zu halten, solange die Aufständischen die Höhen besetzt hielten. Sie beschlossen deshalb, sofort bergan zu stürmen, unter Ausnutzung der Verwirrung, die ihr rasches Vorrücken beim Gegner verursacht hatte.

---

24 Bernhard von Hülsen, a. a. O., S. 23.

25 Aus Vorsicht hatte der Stab der Gruppe Süd ihnen nur recht begrenzte Tagesziele befohlen.

Der Angriff begann mit der Einnahme von Oleschka, einem kleinen Dorf, das wie ein Adlernest auf halber Höhe des Berges lag und das die Aufständischen zu einer befestigten Schanze ausgebaut hatten. Im Mannschaftszug jagten die Artilleristen des Freikorps mit den beiden bei Sakrau erbeuteten Geschützen den Steilhang empor, brachten sie 1200 Meter vor Oleschka in Stellung und eröffneten das Feuer auf die polnischen Befestigungen.

Inzwischen war es dem Chef des Freikorps gelungen, mit acht Leuten das Dorf zu umgehen und den Aufständischen unversehens in den Rücken zu fallen. Die Polen glaubten, sie seien eingeschlossen, und räumten das Dorf in aller Eile. Dadurch wurde der ganze westliche Vorsprung des Annaberges eingeschlossen.

Um 11 Uhr traten die Bayern erneut zum Angriff an, der bis zum Gipfel vordringen sollte. Allmählich schloß sich die Zange, die von den verschiedenen Einheiten des Freikorps Oberland gebildet wurde.

Mittags erreichten die Vorhut des Bataillons Oestreicher und der Stab der Freikorps die Ostgrenze des Waldes von Wyssoka. Der Kirchturm des Klosters zeichnete sich gegen den Himmel ab, jenseits einer der letzten felsigen Kuppen. »Dies Bild elektrisierte alle, die es sahen«, schrieb ein Mitkämpfer des Freikorps Oberland. »Dort lag unser Ziel[26].«

Nun kam der letzte Sturmangriff. Keuchend, mit zerfetzten Hemden, die Gesichter von Staub und Schweiß beschmutzt, erklommen die Bayern den letzten Steilhang. Um 10 Minuten nach zwölf ertönte von drei Seiten zugleich ein begeistertes Hurra: Der Annaberg war nach schwerem Kampf eingenommen. »Das Herz der Tapfersten zitterte von unbeschreiblicher Freude«, schrieb der anonyme Freiwillige, als sie die schwarzweißrote Fahne auf der Kirchturmspitze wehen sahen. »Es war der erste deutsche Sieg seit den schmachvollen Tagen des November 1918. Die polnischen Verbände waren auseinandergebrochen. Unsere Truppe hatte seit mehr als fünfzehn Stunden im Feuer gestanden und einen Fußmarsch von nahezu 30 Kilometern hinter sich[27].«

»Der Erfolg des Tages überstieg alle Erwartungen«, schrieb auch General von Hülsen, »sechs Geschütze und zahlreiche MG waren erbeutet, die Deutschen aus 28 Ortschaften konnten ihren Rettern dankbar die Hand drücken[28].«

---

26 »Oberland in Oberschlesien«, ohne Verfasserangabe, S. Lindauer, München, ohne Datum (1922).
27 Ibd., S. 14 und 15.
28 Bernhard von Hülsen, a. a. O., S. 25.

Am folgenden Tag, dem 22. Mai, befestigten die Deutschen ihre Stellungen in Erwartung einer polnischen Gegenoffensive. 24 Stunden später brach sie los. Die Aufständischen zogen es vor, keinen Frontalangriff auf die Höhen des Annaberges zu machen; sie griffen die Deutschen in der Ebene an, wo ihre Verbände dünner gesät waren. Nach einem Augenblick der Verwirrung durch dieses unerwartete Manöver, faßten sich die Freiwilligen bald und schlugen die Polen schließlich nach heftigem Nahkampf zurück; die Freiwilligen des Bataillons Finsterlin, denen die Munition ausgegangen war, mußten mit Äxten und Hirschfängern kämpfen. Den ganzen Tag lang tobte die Schlacht, denn die Polen leisteten tapfersten Widerstand. Endlich, gegen Abend, ließ das Feuer nach. Die Deutschen blieben Herr des ganzen eroberten Gebietes.

»Dieser Sieg«, schrieb General von Hülsen nicht ohne Bitterkeit, »wurde nicht, wie er es verdiente, von unseren führenden Kreisen gewürdigt.« Denn am folgenden Tag, dem 24. Mai, gab der Reichspräsident einen Erlaß bekannt, der die Anwerbung für die Freikorps untersagte und jedem Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 100 000 Mark androhte, der versuchte, Verbände militärischen Charakters aufzustellen, ebenso allen, die solchen oder ähnlichen Organisationen angehörten[29].

Die Sieger vom Annaberg nahmen diese Anordnung mit einem wahren Wutgeheul auf. Nicht etwa, daß sie sie überrascht hätte: Sie wußten, daß ihnen die Regierung nicht wohlgesonnen war. Aber sie dachten nicht, daß diese Mißbilligung bis zu einem solchen Tadel gehen würde noch daß die Regierung den Heldenmut der Freiwilligen einem Verbrechen gegen das Vaterland gleichstellen würde. Sie ahnten nicht, unter welchen Umständen dieser Erlaß zustande gekommen war. Sie konnten nicht wissen — und das ist eine der Tragödien der deutschen Republik —, daß sich Ebert nur mit gebrochenem Herzen damit abgefunden hatte, ihn zu unterzeichnen — nachdem die Alliierten dem Reich ein Ultimatum gestellt hatten[30].

---

29 Reichsgesetzblatt 1921, S. 711.

30 Vgl. weiter oben Kapitel IX, S. 147. Die alliierte Note vom 5. Mai 1921, die während der Londonkonferenz verfaßt worden war, war besonders gegen die bayrische Einwohnerwehr sowie die militärischen Verbände im Innern des Reiches gerichtet. Deshalb waren aber die schlesischen Freikorps nicht weniger betroffen; die Tatsache, daß der daraus resultierende Erlaß einen Tag nach der Einnahme des Annaberges erschien, in einem Augenblick, in dem sich die Freiwilligen wegen ihres Sieges in gehobener Stimmung befanden, war in psychologischer Hinsicht ein bedauernswertes Zusammentreffen.

Für sie, die Schlesienkämpfer, kennzeichnete dieser Erlaß von neuem die völlige Unvereinbarkeit zwischen dem Ideal, dem sie folgten, und den Zielen der Republik. So kannte auch die Verachtung für die Führer des neuen Deutschland keine Grenzen mehr. Weit davon entfernt, ihre Moral zu erschüttern, verdoppelte dieser Erlaß ihren Zorn und bestärkte sie in der Absicht, den Kampf fortzusetzen, bis ganz Schlesien befreit war.

XII Die Kämpfe um Oberschlesien

3. Die Schlacht bei Klodnitz und die Rückkehr des Selbstschutzes

Die Eroberung des Annaberges hatte die Truppenmoral und das Prestige der Freikorps bedeutend verstärkt. Aber in militärischer Hinsicht waren die Folgen noch größer, denn die Aufständischen wurden gezwungen, ihre Kampfmethoden zu ändern.

Der wiederholte Mißerfolg ihrer Angriffe hatte den Polen bewiesen, daß sie ihre Ziele nicht mehr allein durch Waffengewalt erreichen konnten. Korfanty zog die Lehre aus den Ereignissen und veröffentlichte einen neuen Erlaß, in dem er erklärte, die Polen erkennten die Autorität der interalliierten Kommission an, unterstellten sich ihrem Schutz und würden sich rückhaltlos allen Entschlüssen fügen, die sie für richtig hielte.

Befriedigt über dies Ergebnis hielt General Le Rond den Augenblick für gekommen, mit den Chefs der Freikorps zu verhandeln. Er schickte eine Abordnung britischer Offiziere zu General Hoefer und verlangte die sofortige Räumung des Annaberges. General Hoefer weigerte sich mit der Begründung, daß er nicht ohne Schande eine Stellung aufgeben könne, die seine Leute nach schwerem Kampf erobert hätten. Aber er befahl seinen Truppen, keine neuen Angriffe mehr zu unternehmen und sich lediglich zur Verteidigung bereitzuhalten. Zugleich verwies er auf die Erklärung Lloyd Georges im Unterhaus und bot der interalliierten Kommission an, dazu beizutragen, die Aufständischen aus Schlesien zu verjagen. Natürlich wurde dieser Vorschlag von General Le Rond zurückgewiesen.

»Ich kann doch nicht aus den deutschen Freikorps die Gendarmen der Entente machen!« erklärte er trocken.

Um der Lage gewachsen zu sein, verlangte er vom Obersten Rat, ihm Verstärkungen zu schicken. Eine britische Division wurde nach Oberschlesien abkommandiert. Am 28. Mai kamen die ersten Verbände in Oppeln an.

Am übernächsten Tage, dem 30. Mai, übergab die interalliierte Kommission General Hoefer einen beiderseitigen Räumungsplan. Die Polen sollten anfangs 20 Kilometer zurückgehen, dann sollte der Selbstschutz

dasselbe tun, und so würde es weitergehen, bis die ganze Provinz frei sei. Gleichzeitig würden sich die alliierten Truppen und insbesondere das englische Kontingent in der so geschaffenen neutralen Zone zwischen den beiden feindlichen Fronten entfalten. Aber General Hoefer wies auch diesen Vorschlag zurück und nannte als Grund, der Vorschlag stelle die Freikorps auf die gleiche Stufe mit den Aufständischen, was ihm unannehmbar schiene, da es ja die Polen gewesen seien, die Deutschland überfallen hätten.

Während dieser Verhandlungen zwischen der interalliierten Kommission und dem Hauptquartier von Löwen sah der deutsche Stab die Truppen, über die er verfügte, von Tag zu Tag wachsen. Das erklärte gewiß seine Unbeugsamkeit[1].

Aber trotz der ungünstigen Wendung, die die Ereignisse für ihn genommen hatten, hielt sich Korfanty noch nicht für geschlagen. Gewiß konnte er nicht mehr ganz Schlesien erhalten. Aber es genügte, die Deutschen auf das linke Oderufer zurückzuwerfen, damit der Fluß als deutsch-polnische Grenze anerkannt würde. Diese Hoffnung ließ ihn seine Bemühungen nicht aufgeben.

Während Korfanty eilig seine Formationen umgruppierte, erregten sich die deutschen Freiwilligen und verbissen sich in ihrem Ärger. Sollten sie denn den ganzen Vorteil ihres Sieges einbüßen? Jetzt oder nie könnten sie die Aufständischen vertreiben, ohne ihnen Zeit zu lassen, wieder Atem zu schöpfen. Jede Stunde zählte, und sie blieben durch unerklärliche Befehle in ihren Stellungen festgenagelt.

»Vor diesen Tatsachen«, schrieb General von Hülsen, »war es erlaubt, sich zu fragen, ob die den Selbstschutzverbänden auferlegte Passivität nicht ein Irrtum war.« Überzeugt, daß eine schnelle Offensive nicht nur von Erfolg gekrönt sein, sondern auch das endgültige Scheitern von Korfantys Plänen bedeuten würde, legte der Befehlshaber der Gruppe Süd dem Zentralausschuß einen kühnen Plan vor, der auf die Einkreisung aller aufständischen Verbände zwischen Oder und Klodnitztal abzielte. Dazu aber mußte man schnell handeln, denn der Angriff durfte nicht auf die Bataillone der Entente treffen, die anfingen, sich zwischen die beiden Fronten zu schieben. Schon hatte Oberst Salvioni,

1 Nach französischen Quellen betrug die deutsche Gesamtstärke zwischen 40 000 und 60 000 Mann. General von Hülsen hält diese Zahl für weit übertrieben, gibt aber selber nichts Genaueres an. Immerhin ist am Ende seines Buches eine ganze Liste der Freiwilligen zu finden, die an den Kämpfen teilnahmen. (Vgl. auch das Verzeichnis der Freikorps bei Edgar von Schmidt-Pauli: »Geschichte der Freikorps«, Stuttgart 1936.)

der Kommandant des italienischen Kontingents, den Befehl erhalten, einen breiten Geländestreifen im Gebiet von Kosel zu neutralisieren, um die Polen und Deutschen voneinander zu trennen.

Aber General Hoefer, dessen hervorragendste Eigenschaften Kaltblütigkeit und Vorsicht waren, weigerte sich, sich auf ein so riskantes Abenteuer einzulassen. Er fürchtete, eine Blitzoffensive werde heftige Reaktionen von seiten der Aufständischen bewirken; Polen könne darin einen Casus belli sehen, der ihm erlaube, reguläre Truppen nach Schlesien zu schicken. Auch Frankreich könne darauf mit Repressalien antworten. Deshalb verbot er in einem Tagesbefehl vom 29. Mai den Chefs der Freikorps ausdrücklich, einen neuen Angriff zu unternehmen, und erneuerte dieses Verbot zwei Tage später in einem Aufruf an seine Truppen.

Die Nerven der deutschen Freiwilligen wurden auf eine harte Probe gestellt, denn die polnischen Verbände beunruhigten sie unaufhörlich. Am 31. Mai griffen die Polen um 1 Uhr morgens den Bahnhof von Schimischow an und schwärmten nach beiden Seiten der Straße Groß Strehlitz–Krappitz aus. Der Kompanie Springer vom Freikorps Oberland gelang es, die Angreifer zurückzuweisen, aber ihre Verluste waren erheblich: alle sechs Offiziere der Kompanie waren gefallen. Ein neuer polnischer Angriff erfolgte am 2. Juni, und am nächsten Tage folgte ein dritter, noch mörderischer Vorstoß.

Da nichts demoralisierender für eine Truppe ist, als sich dezimieren zu lassen, ohne das Recht zum Gegenschlag zu haben, erlaubte General Hoefer schließlich den Selbstschutzverbänden, ihre Stellungen immer dann zu verlassen, wenn sie Ziel eines nicht provozierten Angriffs gewesen waren.

General von Hülsen verlangte nicht mehr. Er konnte endlich vorrücken, ohne seinem Chef den Gehorsam zu verweigern, und beschloß, diese Erlaubnis bei erster Gelegenheit zu nutzen.

Die Gelegenheit bot sich noch vor Tagesende. Am 3. Juni nachmittags eröffnete eine polnische Batterie das Feuer auf die Stadt Kosel, während kleine aufständische Infanteriegruppen — aus Unvorsicht oder Provokation? — in die von den Italienern errichtete neutrale Zone eindrangen. Das genügte, um General von Hülsen die Verwirklichung seines Planes zu erlauben — dieses Planes, von dem er selber sagte, er sei nicht frei von kühner Eleganz[2].

---

2 Bernhard von Hülsen: »Der Kampf um Oberschlesien«, S. 36.

Die Operation der Gruppe Süd sollte in zwei Abschnitten erfolgen:

1. Eine Kolonne dringt frontal durch die polnischen Linien in das feindliche Gebiet ein und stößt so schnell wie möglich auf das Dorf Slawentzitz vor;
2. sobald die Ortschaft besetzt ist, macht diese Kolonne im Rücken der Aufständischen kehrt und folgt dem Klodnitz-Kanal, um die Oder auf der Höhe von Kosel wieder zu erreichen, wo sie sich dann mit den übrigen deutschen Streitkräften vereinigt[3].

Durch diese Operation sollten wie in einer Fischreuse alle in dem Viereck zwischen Annaberg, Oder und Klodnitz stehenden polnischen Verbände gefangen werden.

Am 4. Juni um 2.30 Uhr morgens setzte sich das Freikorps Oberland, verstärkt durch die Abteilungen Heintz und Bergerhoff, unter dem Befehl des Obersten Graf Magnis in Marsch[4]. Es rückte in südöstlicher Richtung, parallel zu den letzten Ausläufern des Annaberges, vor und nahm eine Stunde später, trotz heftigen Widerstandes der Polen, Salesche ein, dann Poppitz, und erreichte Slawentzitz gegen 4.15 Uhr.

Gegen 10 Uhr wurde das Freikorps Oberland an der Oder erwartet. Aber der Vormittag verging, es wurde Mittag, und man hatte immer noch keine Nachricht von der Kolonne Magnis. Sollte sie in einen Hinterhalt geraten sein?

Keineswegs, aber durch ein unerklärliches Mißverständnis war das Freikorps in Slawentzitz geblieben, anstatt unmittelbar bis zur Oder vorzustoßen, und wartete dort auf den Befehl, weiterzumarschieren. Dieser Irrtum gefährdete die ganze Operation. Jetzt mußte die verlorene Zeit um jeden Preis wiedereingeholt werden.

Trotz der Verspätung war der schnelle Vorstoß durch feindliches Gebiet von Erfolg gekrönt. Überall nahmen die Polen Reißaus oder legten die Waffen nieder, bestürzt, die deutschen Freiwilligen in ihrem Rücken auftauchen zu sehen. Völlig erschöpft kamen Oberst Magnis' Bayern um 16 Uhr in Oderhafen an, wo sie mit einer Gruppe des Selbstschutzes zusammentrafen, die die Oder überschritten hatte, um ihnen entgegenzukommen.

Eine halbe Stunde später war die Einschließung des Gegners gelungen. Zahlreiche Kolonnen von Aufständischen, die die Brücken

3 Vgl. die Karte auf S. 185.
4 Oberst Magnis hatte bekanntlich eine Brigade berittener Schützen bei der Münchener Expedition befehligt. (Vgl. Band I, S. 285.)

der Klodnitz erreichen wollten, wurden unter Maschinengewehrfeuer genommen, und es gelang ihnen nirgends, sich einen Übergang zu erzwingen.

Da strömten alle polnischen Verbände, von Panik ergriffen, nach Süden zurück. Die Truppen von der Linie Januschkowitz–Raschowa erschienen zuerst; bald folgten diejenigen, die weiter östlich im Ende des Sackes steckten. »Es ist schwer, die Kämpfe zu schildern, die sich am Nachmittag in dem unübersichtlichen Gelände abspielten, und die Taten der einzelnen Truppenteile gegeneinander abzuwägen. Die Brücken waren das Ziel aller. Eine deutsche Abteilung hatte sie eben passiert, nach kurzer Zeit erfolgte ein verzweifelter polnischer Durchbruchsversuch, dann kamen wieder deutsche Selbstschutztruppen, die spitzwinklig mit Polen zusammenprallten[5].«

Mehrere Stunden lang herrschte ein unbeschreibliches Kampfgetümmel, das durch das Tagesende noch verworrener wurde. Selbst die Nacht brachte keine Ruhe, denn der wütende Nahkampf tobte bis zur Morgendämmerung an den Ufern der Klodnitz von Oderhafen bis Slawentzitz.

Am 5. Juni morgens nahm das Freikorps Heydebreck, das bisher in Reserve geblieben war, Dorf und Bahnhof von Kandrzin ein, während eine Abteilung des Kommandos Martin Pogorzelletz besetzte.

Am 6. Juni erreichten die Freikorps Alt-Kosel und den Waldrand der Hohenloheschen Forsten. An diesem Tag brach der polnische Widerstand zusammen. Noch ein paar immer schwächere Gegenangriffe, und das Getümmel legte sich.

»War uns auch die erhoffte unmittelbare operative Ausnutzung des Sieges nicht mehr möglich, der taktische Erfolg war bedeutend . . . Er bestand in der Befreiung von Kosel und der zahlreichen wichtigen Ortschaften. Das polnische Oberkommando führte Klage, daß in den letzten Tagen 8000 Mann die Waffen gestreckt hätten.« Und der Befehlshaber der Gruppe Süd fügte nicht ohne Stolz hinzu: »Nicht in ordinärem Kampfe, sondern in einem auf planmäßige Vernichtung eines bestimmten Teiles der feindlichen Streitkräfte durchgeführten Einkreisungsmanöver war der Sieg errungen, ein Cannä im kleinen erreicht worden[6].«

---

5 Bernhard von Hülsen, a. a. O., S. 38.

6 Ibd., S. 39. Um die Tragweite dieses Satzes zu verstehen, muß man sich erinnern, daß Hannibals Taktik bei Cannä von den Lehrern der deutschen Kriegsakademie als das Nonplusultra der Militärkunst betrachtet wurde.

Während diese Operationen im Abschnitt der Gruppe Süd stattfanden, spielten sich zusammenhanglosere, aber nicht weniger mörderische Kämpfe an der Nordfront ab. Unaufhörlich stürmten die Freikorps Roßbach und von Arnim, Aulock und Schmidt, Christensen und Hübner vor und jagten die feindlichen Verbände auseinander. Unaufhörlich bildete sich die Front der Aufständischen von neuem, und die Scharen der Polen, eben zersplittert, plänkelten von neuem mit den deutschen Stellungen. Am 8. Juni wurde die Abteilung Hindenburg bei einem Erkundungsvorstoß in der Nähe von Zembowitz Opfer eines Hinterhalts und verlor 80 Prozent ihrer Leute.

Dieser erbitterte Kleinkrieg schwächte die Gruppen der deutschen Freiwilligen. Ihre Einsatzstärke schwand beängstigend schnell dahin. Tag für Tag sah man Züge des Selbstschutzes in die schlesischen Wälder ziehen und darin verschwinden, als ob sie von einer gleichgültigen Natur verschlungen würden. War es überhaupt denkbar, das Industriegebiet mit diesen übermüdeten Truppen ohne Munition zu befreien? Frische Streitkräfte hätten ihnen neuen Auftrieb geben müssen. Nun hatte aber die Reichsregierung seit kurzem den Polizeikordon verstärkt, der Schlesien vom übrigen Deutschland trennte und den Freiwilligen, die ihren Kameraden zu Hilfe kommen wollten, den Durchgang verwehrte, ja jeden Nachschub von Munition und Verstärkungen verhinderte.

Dramatische Szenen, die an die letzten Tage des deutschen Abenteuers im Baltikum erinnerten, spielten sich ab. »Durch die Städte, über denen der Kohlendunst hing und der Hunger und die Verzweiflung«, schreibt Ernst von Salomon, »strichen, abgerissen, gehetzt, verleugnet, die Gruppen . . . Sie stürmten durch das Dunkel von Schüssen zerrissener Nächte, immer bereit, immer auf dem Sprung, das Letzte zu wagen[7].«

»Und dann stießen die Bayern, die Tiroler, die Schlesier, die versprengten Kämpfer aller deutschen Stämme, in das Land hinein, hinein in die unübersichtlichen, verschwimmenden Wälder, hinein in fliehende, hastende, aufgelöste Kolonnen der Polen . . . Als sie zur Besinnung kamen, waren sie allein. Allein und verloren standen sie im Land, kleine verwegene Haufen, versteckt in Gehölzen, rastend in verlassenen Gehöften, verschnaufend in Schlucht und Tal . . . Denn hinter ihnen kam nichts[8].«

7 Ernst von Salomon: »Die Geächteten«, S. 290.
8 Ibd., S. 289.

Aber wenn auch die Freiwilligen, von ihrem Schwung beflügelt, weiterkämpfen wollten, so mußte doch General Hoefer einer Gesamtsituation Rechnung tragen, deren Faktoren für die Frontkämpfer nicht erkennbar waren. Hinter ihm lähmte die deutsche Regierung, die die Sanktionen der Entente fürchtete[9], allmählich seine Abwehrkräfte. Vor ihm drohte die interalliierte Kommission, aufgebracht über die Länge des Konflikts, die deutsche Bevölkerung des Industriegebiets ihrem Schicksal (das heißt den Repressalien der Polen) zu überlassen, und sie schob ihre eigenen Truppen zwischen die beiden gegnerischen Fronten. Jeder neue Angriff war unmöglich, und es war das klügste, die Feuereinstellung zu beschließen.

Zu diesem Zweck setzten die Deutschen einen Ausschuß von zwölf Mitgliedern ein, das »Politische Direktorium von Oberschlesien«, das die Unterhandlungen mit der interalliierten Kommission aufnahm. Nach mehreren stürmischen Verhandlungstagen kamen beide Parteien schließlich zu einem Abkommen. Nachdem die Aufständischen am 20. Juni Ratibor verlassen und sich in Richtung Polen abgesetzt hatten, erklärte sich der deutsche Oberbefehlshaber bereit, sich in Richtung Deutschland zurückzuziehen, und befahl seinen Truppen, den Annaberg zu räumen. General von Hülsen schrieb: »Zähneknirschend, aber in tadelloser Ordnung wurde der Rückzug durchgeführt[10].«

Am 28. Juni neues Zurückweichen der Polen, die ostwärts bis Gleiwitz und Hindenburg zurückgingen. Am 29. und 30. räumte der Selbstschutz den größeren Teil der eroberten Gebiete.

Am 1. Juli unterbrachen Polen und Deutsche kurz ihre Rückzugsbewegungen. Am nächsten und übernächsten Tage räumten die Insurgenten einen weiteren Streifen Landes. Am 4. neue Unterbrechung. Am 5. Juli endlich war die Abstimmungszone ganz befreit.

Der dritte polnische Aufstand war beendet. Die Frage der Teilung hatte indessen keinerlei Fortschritt gemacht, denn die Vertreter Frankreichs und Englands stritten nach wie vor über die Demarkationslinie. Clemenceau und Millerand waren nicht mehr im Amt, aber Lloyd George, und er war nicht geneigt, nach dem Versagen des polnischen Aufstandes seine Thesen mit weniger Eifer zu verteidigen.

Am 8. August trat in Paris der Oberste Rat zusammen, und wie zu erwarten war, herrschte völlige Uneinigkeit. Über die von Le Rond und

9 Frankreich hatte den Jahrgang 1919 wieder mobilisiert, und diese Verstärkungen standen noch im Rheinland.

10 Bernhard von Hülsen, a. a. O., S. 50.

von Percival vorgeschlagenen Demarkationslinien wurde nicht mehr gesprochen, aber auch die neuen Linien Frankreichs und Englands deckten sich nicht. Graf Sforza, der italienische Außenminister, hatte wohl eine mittlere Linie vorgeschlagen. Diese aber zerschnitt das Industriegebiet in zwei Teile, und das italienische Parlament, das jeder Teilung abhold war, zwang Graf Sforza zum Rücktritt. Die Aussicht auf eine Regelung schien ferner denn je.

Als letztes verzweifeltes Mittel beschloß der Oberste Rat, die Sache vor den Völkerbund zu bringen, und überließ es ihm, eine Lösung zu finden[11]. Am 1. September ernannte der Völkerbundsrat eine Kommission von vier Mitgliedern — die Abgeordneten von Belgien, Brasilien, China und Spanien —, um die Frage zu prüfen. Diese beauftragten ihrerseits zwei Sachverständige — einen Tschechen und einen Schweizer —, ihnen einen Bericht zu liefern, und als endlich Chinesen und Brasilianer, Japaner und Spanier das Problem nach allen Seiten hin geprüft hatten, erteilte der Rat einen Schiedsspruch, der ein wahres salomonisches Urteil darstellte: Die Polen erhielten viel weniger, als die Franzosen wünschten, aber etwas mehr, als die Engländer vorgeschlagen hatten[12]. Das oberschlesische Industriegebiet wurde geteilt. Mit ausgesuchter Spitzfindigkeit hatte man sich bemüht, die Minoritäten auszugleichen, indem man Polen ebensoviele Deutsche wie Deutschland Polen zuteilte[13]. Das war eine abstrakte und unorganische Lösung, die der historischen und wirtschaftlichen Einheit Schlesiens keinerlei Rechnung trug, die aber das Verdienst hatte — für wie lange Zeit? —, den aus einem unlösbaren Problem hervorgegangenen Streitigkeiten wenigstens unter den gestellten Bedingungen ein Ende zu bereiten.

☆

»Und so zog sich die neue Linie«, schrieb Ernst von Salomon, »... quer durch die Provinz, ... anerkannt von der Reichsregierung, knurrend

11 Zu diesem Zweck sandte Briand, Präsident des Obersten Rates, am 12. August einen Brief an Graf Ischii, den geschäftsführenden Präsidenten des Völkerbundes, und teilte ihm mit, daß die Alliierten im voraus die Lösung guthießen, die dort gefunden würde.

12 Die Linie des Völkerbundes entsprach bis auf kleine Abweichungen der Grenze, die Graf Sforza vorgeschlagen hatte. Daher der Name »Sforzalinie«, der von den Deutschen für die Grenzziehung des Völkerbundes gebraucht wurde.

13 Lord Robert Cecil schrieb darüber: »Städte wie Kattowitz und Königshütte, wo die deutsche Mehrheit erdrückend war, wurden tatsächlich Polen zugeschanzt, aber die nationalen Minderheiten waren ungefähr gleich.« (»The question of Upper-Silesia«, S. 14.)

ertragen von Korfanty und den Polen. Und es erwies sich, daß die Linie fast genau verlief wie jene, die die Front des deutschen Selbstschutzes nach dem Annabergsturm und nach der Roßbachaktion gebildet[14].«

Das war Grund genug, um die Freikorps davon zu überzeugen, daß ohne ihr Eingreifen Deutschland niemals eine so günstige Grenze erhalten hätte und daß sie allein den völligen Verlust Schlesiens verhindert hatten. In den Teil des Landes, der nun verloren war, hatten sie nicht vordringen dürfen. Warum nicht? Weil das Berliner Kabinett wissentlich durch Verweigerung von Verstärkung und Munitionsnachschub ihren Sieg sabotiert hatte.

»Denen, die Polen mit dem Weltgewissen drohten und uns mit Gefängnisstrafen, hatten wir einen Sieg wie eine kostbare Schale auf unseren opferbereiten Händen angetragen. Und sie ließen den Sieg fallen, und er zerschellte zu ihren Füßen[15].«

Dies Bild ist schön, aber es ist nicht ganz richtig. Wenn die Freikorps behaupten, ohne ihr Einschreiten wären die Polen Herren von Schlesien geblieben, so kann man ihnen nicht widersprechen. Wenn sie aber meinen, sie hätten ganz Schlesien wiedererobert, wenn man sie hätte gewähren lassen, so ist das nicht richtig. Durch den Vertrag von Versailles hatte die Reichsregierung die Möglichkeit einer Teilung zugegeben, da sie im voraus »auf alle Rechte und Ansprüche auf den Teil Oberschlesiens, der jenseits der auf Grund der Volksabstimmung festgesetzten Grenzlinie gelegen ist«, verzichtet hatte[16]. Dadurch, daß sie die Polen aus dem Teil Schlesiens vertrieben, in dem sie keine Mehrheit hatten, haben die Freikorps verhindert, daß sich eine faktische Lage in eine Rechtslage verwandelte. Es ist dagegen zweifelhaft, ob England ihnen gefolgt wäre (von Frankreich und dem übrigen Europa ganz zu schweigen), falls sie versucht hätten, an die Stelle dieser Rechtslage ein neues Fait accompli zu ihrem Vorteil zu setzen. Mit anderen Worten: Hätten sie das gesamte Industriegebiet besetzt, sie hätten es sicher wieder räumen müssen[17].

---

14 Ernst von Salomon, a. a. O., S. 292.

15 Ibd. General von Hülsen teilte vollkommen diesen Standpunkt (vgl. »Der Kampf um Oberschlesien«, S. 53/54.)

16 Vgl. Versailler Vertrag, Artikel 88; siehe weiter oben, S. 164.

17 Die Grenze, die der Völkerbund wählte, war nicht ganz identisch mit der Frontlinie des Selbstschutzes; sie war erheblich günstiger für Deutschland. Das beweist, daß sich der Völkerbund nicht auf die De-facto-Lage gestützt hat — auf die Stellungen der Freikorps —, sondern auf die De-jure-Lage, d. h. die Ergebnisse der Volksabstimmung.

Und doch konnten sich die deutschen Freiwilligen trotz des Fehlschlages ihrer Hoffnungen nicht entschließen, Schlesien zu verlassen. Um der Kontrolle der interalliierten Kommission zu entgehen und ihre Waffen vor der deutschen Polizei zu verstecken, verwandelten sich die Freikorps in Arbeitsgemeinschaften und ließen sich als freiwillige Arbeiter auf Gütern nieder[18].

»Zwei Monate lang blieben wir noch in Oberschlesien«, schrieb Ernst von Salomon, »freiwillige Landarbeiter, hieß es, seien wir, und tagsüber banden wir Garben, steckten sie auf schwankende Wagen, droschen und mähten. Des nachts schmuggelten wir Waffen, sicherten die polnische Grenze[19].«

So gut getarnt sie auch waren, der militärische Charakter dieser Gemeinschaften entging natürlich der Kontrollkommission nicht. Sie verlangte von den Behörden des Reiches ihre sofortige Auflösung.

Durch einen Erlaß vom 24. November 1921 befahl der Reichsinnenminister, die Selbstschutz-Verbände im ganzen Reichsgebiet aufzulösen. Diese Maßnahme wurde Anfang Dezember durch eine Verordnung unterstrichen, die die »Arbeitsgemeinschaften« in Schlesien untersagte.

Jetzt schien jeder Widerstand vergeblich. Eine gewisse Anzahl Gemeinschaften verschwand, weil sie keine Existenzmöglichkeit mehr hatten, denn der Winter war hart, und die Güter waren nicht groß genug, um sie zu ernähren. Die anderen kehrten zurück ins Reich, entschlossener denn je, mit einer Regierung abzurechnen, die sie verraten hatte.

---

18 Das Freikorps Roßbach ließ sich in den Kreisen Neustadt, Neiße, Glatz, Frankenstein, Reichenbach und Jauer nieder; die Freikorps Heintz, Richthofen, Winckler und Nessel im Gebiet rechts der Oder; das Freikorps Aulock im Riesengebirge und das Freikorps Oberland in Liegnitz, Haynau, Goldberg und Görlitz.

19 Ernst von Salomon, a. a. O., S. 290.

XIII Die Tragödie Rathenaus

Während die Freikorps ins Reich zurückfluteten, plagte sich die deutsche Republik mit Schwierigkeiten, die zwar anderer Art, aber darum doch nicht weniger dramatisch waren. Wirtschaftliche und finanzielle Probleme erreichten ein Ausmaß, das den Händen selbst der tüchtigsten Sachverständigen entglitt und alle Klassen der Nation in einen schwindelerregenden Wirbel hineinzog. »Für diese Zeit«, schrieb Max Hermant in seinem Essay über die wirtschaftliche Paradoxie Deutschlands, »kann man nur die Tatsachen berichten, ohne irgendeine Wechselbeziehung unter ihnen festzustellen. Es gibt keine logische Verbindung mehr zwischen dem Kurs der Mark, dem Index der Preise und Löhne, dem Produktionsstand und der Höhe des Geldumlaufs.« Der Kurs des Dollars gegenüber der Papiermark erreichte astronomische Höhen:

1. Oktober 1918	1 Dollar = 4,— Mark
2. Januar 1921	74,40 Mark
1. Juli 1921	75,— Mark
2. Januar 1922	186,75 Mark
1. Juli 1922	401,49 Mark
2. Januar 1923	7 260,— Mark
1. Juli 1923	160 000,— Mark
1. August 1923	1 100 000,— Mark
4. September 1923	13 000 000,— Mark
1. Oktober 1923	242 000 000,— Mark
1. November 1923	130 000 000 000,— Mark
30. November 1923	4 200 000 000 000,— Mark[1]

»Die Mark«, fuhr Max Hermant fort, »bildete überhaupt keine Währungseinheit mehr. Kein Kaufmann konnte noch seine Preise anzeigen, er mußte sie von Stunde zu Stunde ändern.

---

1 Offizielle Statistiken der Reichsbank.

Die Arbeiter und mit noch mehr Grund die monatlich bezahlten Angestellten verlangten, täglich besoldet zu werden; dazu verlor die Mark, die ihnen morgens sackweise ausgehändigt wurde, oft schon vor Mittag einen großen Teil ihrer Kaufkraft ... Niemand wollte in Mark etwas anderes als seine Schulden haben. Man wendete sich an die Banken, die sich ihrerseits selber an die Reichsbank wandten. Der Zinssatz für Kredite wurde unwahrscheinlich hoch: 9 Prozent für den Tag (d. h. 3130 Prozent pro Jahr), 400 Prozent für den Monat (d. h. 4750 Prozent pro Jahr) ... Die Zahl der Arbeitslosen verdreifachte sich vom September bis Dezember 1923. Die Landwirte weigerten sich, ihr Vieh oder ihr Getreide zu verkaufen; niemand wollte irgendein Lebensmittel gegen Mark eintauschen. Die Märkte verödeten, den Städten drohte Hungersnot. Es war die Blockade im Inneren. Auf dem Lande führten bewaffnete Räuber Razzien aus. Gut gefüllte Scheunen wurden nach der Ernte ausgeplündert. Nach einem Ausspruch von Graf Westarp mußte Deutschland bei wohlgefüllten Kornböden Hungers sterben[2].«

So sah also der Frieden aus, den Sozialisten und Demokraten versprochen hatten! Sie hatten dem Volk versichert — und das Volk hatte es geglaubt —, es genüge, die Hohenzollern zu verjagen und die Macht der Militärs zu brechen, um ein Zeitalter der Ruhe und des Wohlstandes wiederzufinden. Was war statt dessen geschehen? Lange Reihen von Arbeitslosen und von rachitischen Kindern füllten die Wohlfahrtsämter und Rathäuser, während die Börsen von einem Schwarm von Schiebern und Spekulanten bestürmt wurden.

Und im Untergrund des Sozialgefüges war, wie ein unsichtbarer Rammbock, dessen dumpfe Stöße man hörte, eine geheimnisvolle Kraft am Werk, die nacheinander alle Vertreter der Republik umbrachte. Liebknecht, Rosa Luxemburg, Kurt Eisner waren während des Bürgerkrieges getötet worden. Jetzt war der Bürgerkrieg zu Ende, aber die Attentate gingen weiter. Eine Bande ungreifbarer Terroristen setzte das von Leutnant Pflugk-Hartung und Graf Arco-Valley begonnene Werk fort: Am 26. Januar 1920 erstes Attentat auf Erzberger. Am 10. Juni 1920 wurde der bayrische Abgeordnete Gareis in München ermordet. Am 26. August 1921 wurde Erzberger zum zweitenmal auf einem Spaziergang von zwei früheren Offizieren der Brigade Ehrhardt angegriffen und mit einem Revolver niedergeschossen. Am

2 »La Revue hebdomadaire« vom 17. Oktober 1931, S. 234–235.

4. Juni 1922: Attentat auf Scheidemann. »Durch die Gassen schlich der Mord«, schrieb Ernst von Salomon. »Gift, Dolch, Pistole und Bombe schienen die Werkzeuge einer aus dem Dunkel der deutschen Wirrnis emportauchenden Schar kaltherziger Verbrecher. In den Städten krachten Detonationen. Männer, die weithin sichtbar standen, ... fielen im Feuer. Das Volk, ausgehungert, störrisch, verbittert, streikend, geriet in dumpfe Bewegung ... Es protestierte gegen eine unfaßbare, deutliche Schatten vorauswerfende Gefahr[3].«

In dieser Atmosphäre des Alpdrucks, durchzuckt von Feuerstößen und blutbefleckt, da die ganze Nation das Grauen eines Organismus durchlebte, dessen Zellen sich auflösten und gegenseitig zerstörten, erschien auf der Bühne ein neuer Mann, in dem sich die Tragödie der deutschen Republik verkörpern sollte: Walther Rathenau.

☆

»Auf dem demokratischsten und unpersönlichsten Wirkungsfeld, das es gibt, wo die höchste Gesellschaftsschicht in Aktionärsversammlungen satzungsgemäß Ernennungen und Entlassungen beschließt, hat sich im Laufe einer Generation eine Oligarchie gebildet, die so fest gefügt ist wie die des alten Venedig. Dreihundert Männer, die sich alle kennen, leiten die wirtschaftlichen Geschicke des Kontinents und suchen sich selber in ihrer Umgebung ihre Nachfolger aus[4].« In diesem Satz, den Walther Rathenau 1909 geschrieben hat, zeigt sich schon der Stolz eines Mannes, der weiß, daß er zu diesem kleinen Kreis Auserwählter gehört, in deren Händen die wirtschaftliche Zukunft der Welt liegt.

Hatte sein Vater ihm nicht einen riesigen Trust hinterlassen, dessen Zweige sich über mehrere Kontinente erstreckten? Im Jahre 1921 verfügte die A.E.G. (Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft) über ein Gesamtkapital von annähernd 15 Milliarden Goldmark[5], besaß 307 Filialen, davon 188 im Ausland, 185 Elektrizitätswerke, Gaswerke und Telegraphengesellschaften, 168 Lokomotiv- und Waggonfabriken, 41 Fabriken für elektromechanische Maschinen und Kabel, 112 Transportgesellschaften, 72 chemische Fabriken, 38 Porzellan- und Tonwarenfabriken, 43 Kohlenbergwerke, 154 Eisenwarenwerke und 17 Eisenhütten. Die A.E.G. lieferte nicht nur Berlin und den meisten deut-

3 Ernst von Salomon, a. a. O., S. 295.
4 »Neue Freie Presse«, Weihnachtsnummer 1909.
5 Vgl. Paul Ufermann und Carl Hüglin: »Die A. E. G.«, Berlin, Verlag für Sozialwissenschaft, 1922.

schen Städten Licht, sondern sie versorgte durch Vermittlung der örtlichen Gesellschaften oder der Banken, die sie kontrollierte, auch Madrid, Lissabon, Mailand, Genua, Neapel, Oslo, Mexiko, Rio de Janeiro, Buenos Aires, Valparaiso, Odessa, Kiew, Irkutsk und Moskau mit Strom.

Sobald der junge Walther Rathenau begann, sich seine eigenen Gedanken zu machen, mußte er merken, daß er als Jude, als Bürger zweiter Klasse geboren war und es auch blieb, mochten auch sein Können oder die Verdienste, die er sich im Kaiserreich Wilhelms II. erwerben konnte, noch so groß sein[6]. Während seines Militärjahres bei den Gardekürassieren, zu denen ihn sein Vater durch besondere Gunst hatte einberufen lassen können, wurde er nicht befördert, und seine Kameraden vermieden offensichtlich jeden Umgang mit ihm.

Was hätte er nicht darum gegeben, wenn er einer jener glänzenden Kavallerieoffiziere geworden wäre, denen alle Türen offenstanden und denen das Glück zu lächeln schien! So scheint sein Charakter schon früh von dem Zwiespalt des Hingezogenseins und der Demütigung gezeichnet worden zu sein: Demütigung dadurch, daß seine Fähigkeiten verkannt wurden, und Hingezogensein zu einem Menschentyp, dem er nicht angehörte.

Seitdem schien eine Glaswand ihn von seinesgleichen zu trennen, eine durchsichtige, aber widerstandsfähige Scheidewand, die er nicht durchbrechen konnte. Weder an der Spitze seiner Fabriken noch im Rohstoffamt, dessen Organisation ihm General von Falkenhayn kurz nach Ausbruch der Feindseligkeiten übertragen hatte, gelang es Rathenau, seiner Einsamkeit zu entfliehen. Seine Mitarbeiter im Kriegsministerium hielten Abstand von ihm, so wie es seine ehemaligen Regimentskameraden getan hatten. »Eines Tages«, schrieb Graf Kessler, »fand er seine Büros mit einem Zaun umgeben, den man nachts errichtet hatte, um sie von den anderen Dienststellen des Ministeriums zu trennen, als ob es sich um eine Peststation gehandelt hätte[7].« Da begann er »dies zwitterhafte und nicht lebensfähige Regime zu hassen, in dem Handel und Industrie allen offenstehen, aber Politik und Heer ausschließliches Erbteil einer eingebildeten und unfähigen Kaste geblieben sind«, — einer Kaste, in die er trotz seiner Bemühungen nicht hatte eindringen können.

---

6 Graf Harry Kessler: »Walther Rathenau«, S. 25.
7 Ibd., S. 254.

Von diesem Augenblick an sah Rathenau den Zusammenbruch kommen und ahnte sein unerhörtes Ausmaß. Wer aber könnte behaupten, daß er diesen Umsturz, der ihn erschreckte und dessen Ausbruch er bis zuletzt zu verzögern suchte, nicht doch heimlich herbeigewünscht und ihn wie eine Befreiung empfunden hätte? Mußte nicht das Kaiserreich zusammenbrechen, damit er zeigen konnte, wozu er fähig war?

Als dann die Katastrophe hereinbrach, übertraf sie alle seine Voraussagen. »Es ist ein Scheiterhaufen«, rief er, »der Scheiterhaufen des europäischen Sozialgefüges.« Das zweite Reich lag am Boden und alle Schranken, die sich Rathenaus Aufschwung entgegengestellt hatten, waren zerbrochen. Und doch kam die erhoffte Befreiung nicht. Während die roten Novembermassen so viele Juden auf den Schild erhoben, wandte sich die deutsche Revolution von ihm ab. Für den Mann von der Straße — den Spartakisten, Unabhängigen oder Mehrheitssozialisten — war er nichts anderes als ein Vertreter der internationalen Hochfinanz, ein Bürger, der in prunkvollen Schlössern wohnte, während seine Arbeiter in scheußlichen Mietskasernen zusammengepfercht hausten.

Erst nach dem Kapp-Putsch begann der politische Aufstieg Rathenaus. Zuerst sah man ihn sehr zurückhaltend, dann immer offensichtlicher am grünen Tisch der internationalen Konferenzen erscheinen. Im Juli 1920 nahm ihn Wirth, der damalige Finanzminister, mit sich nach Spa. Dann war er in Brüssel, in London und sonstwo zu finden. Seine etwas katzenartige Nonchalance, seine Redegabe und seine kosmopolitische Kultur hoben sich stark von dem oft professoralen Ton der anderen deutschen Delegierten ab. Im Lauf dieser Gespräche machte er die Lehrzeit für seine Stellung als späterer deutscher Außenminister durch und arbeitete die großen Linien seiner »Erfüllungspolitik« aus.

Rathenau erkannte, daß Deutschland niemals die finanziellen Verpflichtungen des Vertrages erfüllen konnte, wenn das Ausland ihm keine Anleihen gewährte. Dazu aber mußte das Reich seinen Gläubigern Vertrauen einflößen, und um Vertrauen einzuflößen, mußte es ein für allemal auf seine militärische Mystik verzichten. Allein die loyale Erfüllung des Vertrages konnte ihm die zur Gesundung seiner Finanzen notwendigen Kredite verschaffen und würde ihm dann seinen Platz unter den großen demokratischen Mächten des Westens einräumen.

Man kann sich mühelos vorstellen, wie diese Politik in den Kreisen aufgenommen wurde, die dem Reichswehrministerium nahestanden. Aber im Laufe seiner Verhandlungen traf Rathenau auf eine andere Gruppe von Gegnern, die nicht weniger eifrig als die Generale bestrebt

war, ihre Vorrechte zu verteidigen. Das war die Schwerindustrie der Krupp, der Thyssen und Hugenberg, das waren die Hüttenbesitzer der Ruhr und die Stahlfabriken, die vom Versailler Vertrag schon schwer genug getroffen waren und für die Rathenaus Pläne den Ruin bedeuteten. Sie wollten nichts hören von einer Politik, die den Stahlverbrauch noch herabsetzen würde, und vertraten eine diametral entgegengesetzte Haltung.

Indessen hatte die deutsche Republik keinerlei Grund, diese »Stahlbarone« zu schonen. Wirth, der am 10. Mai 1921 Kanzler geworden war, vertraute Rathenau das Reparationsministerium in seinem neuen Kabinett an, um zu zeigen, daß er seine Erfüllungspolitik billigte. Neun Monate später, am 31. Januar 1922, wurde der Präsident der A.E.G. zum Reichsaußenminister ernannt, und in dieser Eigenschaft begab er sich zur Konferenz von Genua.

Das wäre eine ziemlich farblose Konferenz ohne praktische Ergebnisse gewesen, die sich in der Erinnerung mit anderen Konferenzen dieser Epoche vermischt hätte, wenn sie nicht zum Erstaunen Europas mit einem Donnerschlag zu Ende gegangen wäre: mit der Unterzeichnung des Vertrages von Rapallo zwischen Deutschland und der UdSSR am 16. April 1922.

»Um den Rapallo-Vertrag haben sich vom ersten Tage an Legenden gewoben. Man hat in ihn ein Militärbündnis hineingeheimnist und seine Unterzeichnung gerade in Genua als eine gewollte Herausforderung gedeutet. Beides war falsch. Sein Inhalt ging weder schriftlich noch mündlich über den harmlosen, sofort veröffentlichten Text hinaus. Daß gerade Rathenau, der nichts von Rüstungen hielt, eine geheime Militärkonvention abgeschlossen haben sollte, war eine besonders haltlose, ja komische Unterstellung[8].« Es schien vielmehr, Rathenau habe den mili-

8 Graf Harry Kessler, a. a. O., S. 333. Man muß doch bekennen, daß der Vertrag von Rapallo gar nicht so »unschuldig« war wie Graf Kessler behauptet. Mit seinem gewohnten Scharfblick und seinem Sinn für das Wesentliche hat Clemenceau die Tragweite des Vertrages ganz gut erfaßt: »Deutschland erließ den Sowjets seine Schuldforderungen an Rußland, ohne die alliierten Mächte um Erlaubnis gebeten zu haben, obwohl diese ein Vorzugsrecht auf alle seine Güter hatten (Artikel 248 des Vertrages). Es sicherte Rußland den Vorzug der meistbegünstigten Nation zu, denn es bot ihm die industriellen Mittel an, die es sich für die schnellere Regelung der Reparationen einzusetzen weigerte. Mit einem Wort, es erlangte in den Augen aller Welt seine Selbständigkeit wieder.« (»Grandeurs et Misères d'une victoire«, S. 266, Note 1.)

Viel wichtiger als die Gespräche Rathenau–Tschitscherin waren die Verhandlungen, die sich am Rande der Konferenz zwischen Radek, Nicolai und Major von Hammerstein abspielten und die Zusammenarbeit der Reichswehr mit der Roten Armee betrafen.

tärischen Eroberungs- und Expansionsträumen Ludendorffs, Hoffmanns und der Mehrzahl der früheren Mitglieder des Großen Generalstabes im Osten einen riesigen deutsch-russischen »gemeinsamen Markt«[9] entgegenstellen und Deutschland zeigen wollen, daß man mit verschiedenen Mitteln zu gleichen Ergebnissen kommen könne und daß jetzt auf die bewaffneten Expeditionen das moderne System der wirtschaftlichen Durchdringung folgen müsse[10].

Wie dem auch sei, der Vertrag von Rapallo hatte ganz andere Folgen, als Rathenau vorausgesehen hatte. Gewiß regelte er die deutsch-russischen Beziehungen, die seit dem Berliner Vertrag vom 6. Mai 1921 in der Schwebe geblieben waren[11]. Aber er rief auch einen Sturm der Entrüstung im Lager der Alliierten hervor[12], die in ihm die Basis der Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und der Roten Armee und in der ganzen »Erfüllungspolitik« nur eine Finte sahen. Rapallo verdoppelte die Wut der deutschen Nationalisten, die den Präsidenten der A.E.G. anklagten, sein Land verkauft zu haben, indem er mit dem Bolschewismus paktiere[13]. Der Vertrag sicherte die Macht der sowjetischen Führer und lieferte ihnen ein neues Sprungbrett für ihre revolutionäre Propaganda[14]. Und schließlich erhärtete er nachträglich den Verdacht

---

9 Etwa in der Art der Vereinbarung zwischen der General Electric in New York und der AEG in Berlin, nach der sich diese beiden Trusts die Welt in bezug auf den Elektrobedarf geteilt hatten.

10 Graf Bernstorff teilte diese Ansicht. Er sagte: »Rußland ist das Land, das wir am bequemsten aufschließen können. Rußland braucht Kapital und kluge Köpfe; das kann ihm unsere Industrie liefern. Vor allem, da sich der Kommunismus jetzt in Deutschland verbreitet, sind wir auf dem Wege, die deutschen Vettern der Russen zu werden. Wir müssen uns mit den Bolschewisten vertragen.« (Zitiert von Tansill: »Back Door to war«, S. 25.)

11 Dieser Vertrag, dem man seinerzeit kaum Aufmerksamkeit geschenkt hatte, war in Wirklichkeit viel bedeutender für die deutsch-russischen Beziehungen als der Vertrag von Rapallo. (Vgl. »Europe nouvelle« vom 28. Mai 1921, S. 698–700.)

12 Es ist sicher, daß Rathenau den Vertrag eiligst unterzeichnete, weil er Barthou zuvorkommen wollte, der seinerseits versuchte, die Grundlagen einer russisch-französischen Vereinbarung zu legen. Poincaré setzte diesem Manöver ein Ende, indem er Barthou wissen ließ, ein solcher Vertrag werde dem französischen Ansehen schaden, Frankreich werde dadurch seine Verbündeten verlieren.

13 Der Vertrag schloß seitens Deutschlands den »Verzicht auf jegliche Forderungen betreffs privater Rechte von Deutschen oder Rechte vom Reich selber, wenn es sich um Folgen der Anwendung der Gesetze und Maßnahmen der Sowjetregierung handeln sollte«, ein (Art. 2). Als Gegenleistung wandte die Sowjetregierung Deutschland gegenüber die Klausel der meistbegünstigsten Nation an (Art. 4) und räumte Erleichterungen für den Abschluß und die Abwicklung wirtschaftlicher Verträge zwischen der UdSSR und der Privatindustrie ein (Art. 5).

14 »Durch Abschluß des Vertrages von Rapallo verursachte die Sowjetregierung einen Bruch in der Front der imperialistischen Mächte, und sie machte sich geschickt die imperialistischen Gegensätze zunutze, zugunsten . . . der Sicherheit Sowjetrußlands.« (»Geschichte der KPdSU«, Moskau 1960, S. 417.)

der Entente: Er lieferte dem Generalstab der Reichswehr ein wirksames Mittel, gewisse Klauseln des Vertrages von Versailles zu umgehen.

☆

Welch seltsame Figur, dieser »Bürger zweiter Klasse«, der in wenigen Jahren Außenminister eines Landes von 60 Millionen Einwohnern geworden war! Früher weit unter seinen Mitbürgern stehend, die ihn als Paria behandelt hatten, beherrschte er sie jetzt mit der ganzen Kraft seiner Intelligenz; niemals stand er auf gleichem Niveau mit denen, die ihn umgaben. Immer schwankte er zwischen den beiden extremen Polen: verächtlicher Mißachtung oder stummer Bewunderung.

Diese Dualität zeichnete auch die Züge seines Gesichts: die riesige Stirn eines assyrischen Magiers, von zwei dunklen Augen beherrscht, in denen dann und wann seltsame Blitze zuckten. Und, wie um die Gewalt des Blicks Lügen zu strafen, ein bitterer und enttäuschter Mund, bereit zu Selbstgeständnissen, zu Bittgesuchen, zum Auflehnen. »Er ist eine gespaltene Natur, die nicht begreift, was sie spaltet«, hatte Rathenau von Wilhelm II. gesagt. Auch er war eine gespaltene Natur, die aber zu ihrem Unglück sehr wohl wußte, was sie spaltete.

Ein melancholisches Temperament, seit seiner Kindheit besessen von der Vorahnung dieses Verhängnisses. Besonders abends überkam ihn seine innere Unruhe. Zur Stunde, da sich Millionen elektrischer Glühbirnen der Hauptstadt Berlin entzündeten, wußte er, daß jede dieser Lampen seiner Macht huldigte, ihm, dem unbestrittenen Herrn des künstlichen Lichts, und daß sich zur gleichen Stunde in Hunderten von Städten das gleiche Wunder vollzog. Wie er sie verachtete, diese rückständigen Industriellen, die seine Pläne durchkreuzen wollten, diese kleinen reich gewordenen Werkmeister, die nicht über ihre Fabrikmauern hinausschauen konnten und noch ganz in ihren nationalen Vorurteilen befangen waren!

Sahen sie denn nicht, daß sie es waren, die Verrat an der Wirtschaft übten, indem sie sie in die Grenzen einsperren wollten, die nur willkürliches Erbe der Vergangenheit waren? Die einen klagten ihn an, mit dem Bolschewismus zu paktieren, die andern, eine geheime Übereinstimmung mit der Roten Armee anzuzetteln — ausgerechnet ihn, den klarsichtigen Technokraten, dessen Denken gegenüber allem Militärischen und Feudalen unbeugsam verschlossen blieb. Nein, was er in der Zukunft sah, waren nicht vorbeiziehende Panzer oder Bombengeschwa-

der, sondern riesige Staudämme an Dnjepr und Wolga, Ströme von Licht, die sich in die Finsternisse Sibiriens und Chinas ergießen sollten ...

Schluß mit den Nationalstaaten, den Grenzen, den Armeen! Die Wirtschaft mußte all diese Nachwehen des Mittelalters abschaffen, denn die Industrie war der erste Schritt zur Zukunft. Schluß mit der Erbschaft des Reichtums und der Klassenunterschiede, denn eine Besitzregelung durch den Staat mußte sich finden lassen, die alle Vermögen einander anpaßte. Schluß mit dem Vaterland, der Macht, der Kultur; denn all diese Güter rechtfertigten nicht den Zustand der Gewalt und des Mordes, in dem das Weltall in ihrem Namen in Friedens- und Kriegszeiten verharrte. Eine neue Ordnung mußte an die Stelle der tausendjährigen Anarchie treten. Die Nationen mußten sich in Aktiengesellschaften verwandeln, deren vorherrschendes Ziel es sein würde, die wesentlichen Bedürfnisse des Menschen zu befriedigen. Der Besitz mußte völlig entpersonalisiert werden, und die menschlichen Gemeinschaften mußten einer höheren, mächtigeren Autorität gehorchen, als es alle bisher ausübenden Gewalten waren; denn diese Autorität hatte die wirtschaftliche Verwaltung der ganzen Welt unter sich.

Das war die Richtung, in die Rathenau Deutschland lenken wollte. Aber so wie es Nacht sein mußte, damit die Millionen Lichter sich entzündeten, die ihm huldigten, hoben sich seine Gedanken von einem dunklen Hintergrund tiefsten Pessimismus ab.

Rathenau hatte Angst, und dies Gefühl, das er nicht loswerden konnte, quälte ihn angesichts der Brutalität der Tatsachen wie früher jegliche geistige, moralische oder soziale Überlegenheit. Er hatte über diese Angst nachgedacht und war schließlich zu dem Ergebnis gekommen, daß Furcht und Mut die beiden Gegenkräfte seien, die die ganze Schöpfung beseelten, und daß die Tendenz anzugreifen und die Tendenz zu fliehen von der Geburt bis zum Tode die Seele der Individuen, der Völker und der Rassen beherrschten. »Wie groß auch immer die Glaubwürdigkeit sein mag«, schrieb Graf Kessler, »die man diesem Mythos einer braunen und intellektuellen Rasse der Furcht zugesteht, die einer blonden, herrschsüchtigen, tapferen und geistlosen Rasse gegenübersteht — die Tatsache, daß Rathenau an diesen Mythos glaubte und ihn zum Ausgangspunkt seiner Philosophie machte, hat den Wert eines Bekenntnisses[15].«

15 Graf Harry Kessler, a. a. O., S. 24–25.

Selbst auf dem Gipfel der Macht, trotz seines ungeheuren Reichtums und seiner wunderbaren Gaben, hat Rathenau nie vergessen können, daß er, um seine eigenen Worte zu gebrauchen, »der Sohn einer braunen, versklavten und furchtsamen Rasse war«, und hier, wo sein Schicksal die Ebene der Politik verließ, nahm es tragische Züge an. Denn diese »blonde und tapfere« Rasse, aus der sich seine Widersacher rekrutierten, könnte er hassen oder wenigstens meiden. Aber ganz im Gegenteil empfand Rathenau für sie eine leidenschaftliche Anziehung. Stets hatte er eine geheime Bewunderung für die jungen Gardeoffiziere gehegt, die nicht mit ihm verkehren wollten. Hartnäckig, mit einem Ungeschick, das an seiner Aufrichtigkeit zweifeln ließ, hatte er versucht, sich als etwas auszugeben, das er nicht war, sich einem Menschentyp gleichzumachen, den er niemals verkörpern konnte. Er hatte es nicht an Kritik an den Hohenzollern fehlen lassen, aber er bewohnte in Freienwalde das frühere Schloß der Königin Luise, dessen Mobiliar er mit ausgesuchtem Geschmack hatte wiederherstellen lassen. Sein Arbeitszimmer war geschmückt mit Zeichnungen von Schinkel und Gilly, die Verschönerungspläne für die Potsdamer Schlösser darstellten. Er, der so viel dazu beigetragen hatte, die Kader des zweiten Reiches aufzulösen, unterhielt eine laufende Korrespondenz mit völkischen Studenten. Durch Geduld und Zähigkeit hoffte er über all das zu triumphieren, was seinen semitischen Ursprung verriet, und die Züge des fremden Milieus anzunehmen, in dem er lebte. Als er aber merkte, daß er einem unmöglichen Traum nachjagte und daß er niemals den Abgrund überschreiten würde, der ihn von dem trennte, was er begehrte, da schickte er sich in das Unvermeidliche und nahm die Katastrophe hin.

Wer mit ihm in jener Zeit in Berührung kam, war überrascht von der seltsamen Heiterkeit, die sich seiner Seele bemächtigt hatte. Von allen Seiten gingen ihm Drohbriefe zu, und obgleich er wußte, daß sein Leben in Gefahr war, wollte er sich nicht von Leibwächtern schützen lassen. Graf Kessler, der ihn beschwor, vorsichtig zu sein, antwortete er: »All das ist nichts. Wer könnte mir denn Böses tun?« Zugleich aber möchte man meinen, er sehne den Tod herbei und fordere ihn heraus, weil er nicht schnell genug kam. Jede seiner Taten steigerte den Haß seiner Gegner, jede seiner Reden schien sie verletzen zu wollen. Sie brauchten nur seine Werke zu lesen, um darin überreichlich Argumente zu finden, die eine Ahndung forderten und rechtfertigten. Zuerst diesen Aphorismus, lange vor dem Krieg geschrieben, der in ihren Augen einer Gotteslästerung gleichkam: »Wann hätte denn ein blonder Sohn der

Götter des Nordens jemals etwas Großes auf dem Gebiet des Denkens oder der Kunst vollbracht?« Dann diese Betrachtung aus dem Jahre 1917: »Wenn der Kaiser siegreich aus dem Kriege zurückkäme und auf seinem Schimmel durch das Brandenburger Tor ritte, dann hätte die Weltgeschichte jeden Sinn verloren[16].« Schließlich jener Ausruf Rathenaus in den blutigen Stunden des Bürgerkrieges, den er der deutschen Jugend wie eine Herausforderung ins Gesicht schleuderte: »Worauf wartet ihr denn noch? Seid ihr denn Feiglinge? Nicht leiden entwürdigt, sondern erdulden!«

☆

Von diesem Augenblick an waren seine Tage gezählt. Denn diese jungen Leute, die von einer ganz anderen Seite des politischen Horizonts kamen, die mit Maercker und von Epp in Halle und München, mit von der Goltz und Bermondt in den Ebenen des Baltikums gekämpft hatten, die mit der Brigade Ehrhardt auf Berlin marschiert waren und mit Heydebreck und Roßbach gegen die Polen Krieg geführt hatten, diese jungen Leute beschlossen, keinen Mann mehr zu dulden, dessen Worte eine Schmähung all dessen waren, was die Vergangenheit ihnen an Heiligstem hinterlassen hatte.

Sie konnten sich nicht ohne Abscheu des Ausbruchs von Haß gegen alles Nationale erinnern, der die Errichtung der Republik begleitet hatte. Sie konnten auch nicht die Beleidigung vergessen, die ihren Führern, ihren Fahnen und ihren auf den Schlachtfeldern gefallenen Kameraden angetan worden war. Es war doch offensichtlich: Wenn das Vaterland nicht existierte, dann waren die, die ihm ihr Leben geopfert hatten, betrogen worden, und alle Werte, für die sie ihr Blut vergossen hatten, waren nur eine widerwärtige, ungeheuerliche Täuschung.

Ein großer Teil der deutschen Nation war sich dessen nicht bewußt, weil er durch die marxistische Propaganda vergiftet wurde. Aber diese Blindheit wunderte die früheren Kämpfer der baltischen Länder und Schlesiens keineswegs. Sie bestätigte ihnen nur, sofern das überhaupt nötig war, daß der Kampf erforderlich sei. Überzeugt, daß die Wieder-

16 Rathenau erklärte, dieser Satz habe nicht den Sinn gehabt, der ihm unterschoben wurde. Er habe einfach sagen wollen, »daß Deutschland mit den Generalen, die es hatte, den Krieg nicht gewinnen konnte«. Das war nicht so wichtig. Viel wichtiger war, daß Ludendorff diesen Satz vor den Schranken der Untersuchungskommission zitierte, womit er Rathenau für weite Kreise zu einem »Schädling stempelte, einem Verbrecher, an dem Rache zu nehmen ihnen als eine vaterländische Tat erscheinen mußte«. (Graf Harry Kessler, a. a. O., S. 288.)

errichtung Deutschlands eng mit dem Erwachen seines Nationalgefühls verknüpft sei, meinten sie, daß sie dies Prinzip um so erbitterter verteidigen müßten, als es für sie mit dem Gedenken an ihre Toten verschmolz. »Vor der allgemeinen Verwirrung der Geister«, schrieb der Verfasser der »Geächteten«, »waren wir es uns schuldig, die Fragen auf das entschiedenste zu stellen, wir, deren Handlungsweise durch die unbedingteste Unversöhnlichkeit gekennzeichnet war.«

Was aber sahen sie nun? Volksmassen, die rote Fahnen schwangen, die Macht im Sturm nehmen wollten und versuchten, im Namen des Klassenkampfes die letzten Zuckungen des Nationalgefühls zu ersticken. Aber diese Massen gehorchten nicht einem spontanen Impuls. Sie wurden von einer Heerschar von Mitkämpfern und Agitatoren geführt. Und wer waren diese Agitatoren? In Berlin Landsberg und Haase, Liebknecht und Rosa Luxemburg; in München Kurt Eisner, Lipp und Landauer, Toller, Leviné und Levien; in Magdeburg Brandeis; in Dresden Lipinsky, Geyer und Fleißner; an der Ruhr Markus und Levinsohn; in Bremerhaven und Kiel Grünewald und Cohn; in der Pfalz Lilienthal und Heine; in Lettland Ulmanis . . . So viele Namen, so viele Juden! Gewiß gab es unter den 145 Abgeordneten des preußischen Landtages nur zwei Juden, Hirsch und Heine. Aber sie waren Landtagspräsident und Innenminister. Wenn die Linksparteien beschlossen, eine Untersuchungskommission zu bilden und Hindenburg und Ludendorff vor dieses Gericht zu laden — wer waren die Anstifter? Die Herren Cohn, Gotheim und Zinsheimer, und man könnte die Liste beliebig verlängern. War das nicht eine wahre Verschwörung? Und nun sollte geduldet werden, daß ein Jude die Führung der Außenpolitik des Reiches übernahm? Das war unmöglich. Es war um so unmöglicher, als Rathenau, mit Rücksicht auf die Aufrichtigkeit seiner Überzeugungen, für das nationale Deutschland eine viel größere Gefahr darstellte als die meisten seiner Glaubensgenossen. Selbst seine Gegner mußten zugeben, daß er der deutschen Politik eine Weite, eine Richtung und eine Bedeutung gegeben, die sie seit langer Zeit nicht mehr besessen hatte. Aber er versuchte, Deutschland auf einen Weg mitzuziehen, der ihm nicht angemessen war, ihm Direktiven aufzuzwingen, die seinem Geiste zuwiderliefen und die sich nur festsetzen konnten, wenn es plötzlich seinen Traditionen und seiner Geschichte entsagte, mit einem Wort: wenn es zu bestehen aufhörte. Wenn Rathenau von Deutschland sprach, meinte er die deutsche Wirtschaft, und sein Hauptargument war immer, daß das der deutschen Wirtschaft zugefügte Unrecht zugleich ein Unrecht an der Weltwirt-

schaft wäre[17]. Sein größter Ehrgeiz war, das Reich in das Konzert der großen westlichen Mächte einzufügen, »der Mächte, die sich der Tyrannei der wirtschaftlichen Gesetze unterworfen hatten«. »Einer Tyrannei«, schrieb Ernst von Salomon, »können wir uns niemals unterwerfen: der wirtschaftlichen; denn da sie unserem Wesen völlig fremd, können wir unter ihr nicht erstarken[18].«

Die Konzeption einer Welt, in der die Nationen in Aktiengesellschaften umgewandelt und von einem nicht verantwortlichen Verwaltungsrat regiert würden und wo der Mensch, heruntergekommen auf den Rang einer einfachen Verzehrmaschine, nur noch lebte, um seine materiellen Bedürfnisse zu befriedigen, war für sie grauenhaft. Welcher Platz bliebe dem Offizier, dem Soldaten in einem unterjochten Weltall, das nur die beiden Aufgaben Produktion und Warenaustausch hätte? Der wirtschaftliche Wiederaufbau Rußlands interessierte sie kaum. Die ehemaligen Freiwilligen von Ehrhardt und Roßbach wollten in Riga, Kiew und Odessa lieber auf dem Siegesweg der Eroberer einziehen, nicht aber über die Hintertreppe der Lieferanten. Einer Auffassung vom Leben, die sich auf Anonymität, Gleichheit und Profit gründete, stellten sie eine Ethik gegenüber, die auf der Autorität, der Hierarchie und dem Opfer fußte. »Wir fechten nicht, damit das Volk glücklich werde. Wir fechten, um es in seine Schicksalslinie zu zwingen[19].«

In den Augen der Nationalisten war das Werk eines Rathenau nicht weniger verderblich als das eines Liebknecht oder Kurt Eisner. Die ehemaligen Freiwilligen von Ehrhardt und von Roßbach wollten nicht die Abschaffung der Klassen in einer vollständigen Nivellierung der Existenzbedingungen, sondern eine Übereinstimmung der Klassen im Dienste eines historischen Schicksals, das ihnen gemeinsam war. Dieser Antagonismus war keine einfache Gegenüberstellung zweier politischer Theorien, sondern der Kampf zweier entgegengesetzter Auffassungen vom menschlichen Werden. Das gab ihm einen dramatischen, einen absoluten Charakter und hinderte ihn daran, mit irgendeinem Kompromiß zu enden. »Man hat Sinn für die Hierarchie der Werte oder man hat ihn nicht«, schrieb von Salomon, »und man diskutiert nicht mit denen, die sie ableugnen.«

In der Tat, man diskutiert nicht — man beseitigt sie.

17 Rathenau schreibt in seinen Aphorismen: »Napoleon hat in Erfurt zu Goethe gesagt: Politik ist Schicksal. Dies Wort ist wahr geblieben, aber nur für begrenzte Zeit. Der Tag wird kommen, an dem man sagen muß: Wirtschaft ist Schicksal.«
18 Ernst von Salomon, a. a. O., S. 345.
19 Ibd., S. 351.

Am 24. Juni 1922, zwei Monate nach der Unterzeichnung des Vertrages von Rapallo, verließ Rathenau gegen 10.30 Uhr morgens seine Villa in Grunewald und stieg ins Auto, um sich ins Ministerium zu begeben. Kurz vor 10.45 Uhr sah der Maurer Krischbin, der einzige Augenzeuge des Dramas, zwei Wagen aus Richtung Hundekehle die Königsallee hinunterfahren. In dem ersten saßen der Außenminister und sein Chauffeur. In dem zweiten, einem grauen sechssitzigen Sportwagen, saßen drei junge Leute in Ledermänteln. Der eine führte das Steuer, die andern beiden saßen auf dem Rücksitz. Der graue Wagen holte den des Ministers, der an einer Kurve langsamer fuhr, ein, überholte ihn und drängte ihn gegen den linken Gehsteig. Im selben Augenblick stand einer der beiden jungen Leute auf, ergriff ein Gewehr und richtete es auf Rathenau. Mehrere Schüsse krachten. Kaum hatte er geschossen, als sein Gefährte aufstand und eine Handgranate in das Auto des Ministers warf.

All das geschah blitzschnell. Schon war der graue Wagen in einer Seitenstraße verschwunden. Tödlich getroffen brach Rathenau auf dem Sitz zusammen. Der Chauffeur bremste scharf und rief: »Hilfe!« Einige Sekunden später explodierte die Handgranate und riß ein paar Löcher in die Karosserie. Ein junges Mädchen, das vorbeikam, die Krankenschwester Helene Kaiser, sprang mutig in den Wagen und stützte den leblosen Minister, der viel Blut verlor. Der Chauffeur wendete und brachte den Sterbenden in höchster Eile zuerst zum Polizeiposten Hundekehle, etwa 30 Meter vom Tatort entfernt, dann in seine Wohnung.

Mit unendlicher Vorsicht wurde der Minister in sein Arbeitszimmer getragen und dort auf den Boden gelegt. »Er schlug, als sein Diener ihn bettete, noch einmal die Augen auf«, schrieb Graf Kessler. »Aber der sofort nachher erschienene Arzt konnte nur den Tod feststellen. Fünf Schüsse waren in den Körper gegangen, Wirbelsäule und Unterkiefer zerschmettert[20].«

Am Abend wurden ein paar enge Freunde zu ihm gelassen. Er lag immer noch an derselben Stelle, aber in einem offenen Sarg, den Kopf leicht zur Rechten geneigt, und wenn auch sein Gesichtsausdruck sehr ruhig war, so lag doch etwas unsagbar Trauriges in diesen entstellten Zügen. »Über die zerschmetterte Gesichtshälfte war ein feines Taschentuch gebreitet; nur der graue, kurz gestutzte, zerzauste Schnurrbart sah darüber hinaus[21].«

20 Graf Harry Kessler, a. a. O., S. 366.
21 Ibd., S. 366.

Walther Rathenau war tot. Die Nachricht von seiner Ermordung, die sich von einem Ende des Reiches zum anderen verbreitete, rief überall Bestürzung hervor. Von allen Seiten kamen Beileidstelegramme und Sympathiebeweise. Doch zu der Stunde, da ein paar treue Freunde ihm die Totenwache hielten, spielte sich auf dem Lande überall in Deutschland ein seltsames Schauspiel ab. Zunächst vereinzelt, dann immer zahlreicher wurden riesige Freudenfeuer entzündet, denn es war die Johannisnacht. Vom Harz und Taunus bis zu den bayrischen Alpen und zum Riesengebirge bildeten junge Leute, begeistert und ernst, nach altem germanischen Brauch einen Kreis um die Flammen. Sie schworen, ihrer Rasse treu zu bleiben. Und plötzlich hörte man mit verhaltenem Beben einen Ruf in die Luft steigen, der anschwoll und sich ausbreitete und wie ein Signal von Hügel zu Hügel weitergerufen wurde:

»Deutschland erwache!«

☆

Erst am folgenden Tag begann das deutsche Volk die ganze Tragweite des Ereignisses zu ermessen. »Der eisige Anhauch«, schrieb Ernst von Salomon, »der . . . über die Länder . . . fährt, . . . riß mit seinem Schauer . . . alle Herzen aus dem glatten Tag. Die Menschen standen fassungslos in wirren Haufen, die sich dann schnell verteilten, sie gingen eilig wieder weiter, gleich als ob sie flüchten müßten, finden müßten zu sich selbst und wüßten doch, daß hinter ihnen der Schrecken jagte... Da aber alle Menschen . . . plötzlich derselben heimlichen Gewalt verfallen waren, dasselbe dachten und dasselbe fürchteten und in derselben flatternden Hast den Weg suchten aus der Wirrnis, brütete, Vorbote der Panik, der flirrende Dunst über den Massen, der das Blut zum Aufschrei zwingt, zerreißt ein Wort nur, eine Steigerung den Bann[22].«

Am 27. Juni wurde Rathenau beigesetzt. Nie zuvor hatte die deutsche Republik einem ihrer Bürger solche Ehren erwiesen. Im Sitzungssaal des Reichstages stand Rathenaus Sarg, von schwarzen Schleiern verhüllt, an der Stelle des Präsidentensitzes unter einer großen schwarzrotgoldenen Fahne. Zum Zeichen der Trauer hatten die Gewerkschaften die Arbeit im ganzen Reich von Dienstag mittag bis Mittwoch morgen ausgesetzt. Riesige Kundgebungen wurden in den wichtigsten Städten des Reiches veranstaltet: Mehr als eine Million Menschen zogen durch Berlin, 150 000 durch München und Chemnitz, 100 000 durch Hamburg,

22 Ernst von Salomon, a. a. O., S. 366.

Breslau und Elberfeld. »Wie auf einen Schlag«, schrieb Ernst von Salomon, »schoben die Massen ihre Leibermauern unter schwankenden Fahnen vor, füllten die Städte mit dem Hämmern ihrer Schritte und peitschten die Luft mit dem Gemurre ihres dumpfen Zorns[23].«

Repressalien wurden über die Rechtsparteien verhängt. Einige Tage später beschloß der Reichstag ein Gesetz »Zum Schutze der Republik«, kraft dessen zahllose patriotische Vereine verfolgt und aufgelöst wurden. Rathenaus Mörder wurden von Stadt zu Stadt gejagt. Die beiden Chefs der Bande, Kern und Fischer, flüchteten in den höchsten Raum der Burg Saaleck, wo sie sich verbarrikadierten. Am 17. Juli wurden sie dort von der Polizei entdeckt und regelrecht belagert. Kern wurde von einer Kugel in die Schläfe getroffen. Er war ein ehemaliger Marineoffizier der Brigade Ehrhardt, 25 Jahre alt, mit freiem, offenem Gesicht[24], »ein«, wie Graf Kessler sagt, »hellblonder blauäugiger Seeoffizier vom Typus, dem Rathenau — es ist tragisch, das festzustellen — unbedingt vertraute[25].« Sein Kamerad Fischer, ebenfalls Marineoffizier, legte ihn auf ein Feldbett, stillte das Blut, das ihm übers Gesicht lief, und schloß ihm die Augen. Dann legte er sich neben ihn und schoß sich eine Kugel in den Kopf. Als die Polizei in den Raum eindrang, fand sie nur zwei Leichen.

Nach und nach wurden alle anderen Mitglieder der Bande festgenommen. Die einen waren frühere Offiziere wie Tillessen, Techow und Ernst von Salomon, die anderen nationalistische Studenten, wie Günther und Stubenrauch. Sie wurden vor Gericht gestellt und zu Strafen zwischen zwei Jahren Gefängnis und 15 Jahren Festung verurteilt.

Bei einer Gegenüberstellung der Zeugenaussagen kam heraus, daß die hauptsächlichen politischen Attentate der letzten zwei Jahre von derselben Gruppe begangen worden waren. Im Fall Erzberger: von Schulz und Tillessen. Im Fall Scheidemann: von Tillessens Bruder. Im Fall Rathenau: von Tillessen und seinem Bruder, von Plaas, Fischer, Kern, Schulz und Techow. »Diese Männer«, erklärte der Oberstaatsanwalt Ebermayer, »gehören den verschiedensten Vereinigungen an. Trotzdem hat man das Gefühl, die Glieder einer Kette vor sich zu haben, die Glieder einer organisierten Bande, deren Mitglieder getrennt handeln[26].«

Und wie immer, wenn die Öffentlichkeit solche Ahnungen hat, lie-

23 Ibd.
24 Aussage des Zeugen Krischbin am 24. Juni 1922.
25 Graf Harry Kessler, a. a. O., S. 358.
26 Professor Gumbel: »Verräter verfallen der Feme«, S. 76.

fern ihr die Zeitungen alles, was sie braucht, um diesen Verdacht zu bestätigen.

Weil Kapitänleutnant Manfred von Killinger, der Schatzmeister der O. C., der »Organisation Consul«, Schulz und Tillessen nach der Ermordung Erzbergers Hilfe geleistet hatte, indem er ihren Koffer bei sich aufbewahrte und ihre Post für sie empfing, leitete man daraus ab, daß alle Mörder Rathenaus zu dieser Organisation gehörten und daß es »gewiß in letzter Zeit in Deutschland keinen politischen Mord gab, an dem die Organisation Consul nicht teilgenommen hätte[27].«

Weil die Mehrzahl der Mörder der Brigade des Kapitäns Ehrhardt angehört hatte und weil dieser seit dem Kapp-Putsch der öffentliche Feind Nr. 1 der Linksparteien war; weil Ehrhardt nach Auflösung seiner Truppe erklärt hatte, »daß die Bindungen zwischen den ehemaligen Freiwilligen darum nicht weniger beständen«, weil er von der Münchener Polizei mit einem falschen Paß auf den Namen eines »Konsuls« von Eschwege versehen worden war, glaubte man bestimmt, daß er der Chef dieser Organisation sei.

Weil Ehrhardt in Verbindung mit Ludendorff und Helfferich geblieben war, die den Nationalisten immer wieder die Ahndung der Taten Rathenaus empfohlen hatten; weil er Verwalter einer Bank in Ungarn gewesen war, deren Kapitalien von den reaktionären Kreisen herrührten; weil die Politik Rathenaus die Magnaten der Schwerindustrie gegen ihn aufgebracht hatte, wurde behauptet, daß Ehrhardt und seine Helfer im Solde derer stünden, die Interesse daran hatten, den Vorkämpfer der »Erfüllungspolitik« um jeden Preis aus dem Weg zu räumen.

All diese Hypothesen wurden aufgestellt — aber es waren eben nur Hypothesen. Die Indizien, auf denen sie beruhten, waren verwirrend, aber fragwürdig. Wenn man versuchte, sie durch Tatsachen zu erhärten, dann fand man nur Vermutungen. Sei es, daß die Justiz keinen Wert darauf legte, den Fall aufzuklären, sei es, daß die Polizei in ihren Untersuchungen nachlässig war, es wurde kein stichhaltiger Beweis gefunden.

Im Prozeß der O. C. wurden sechsundzwanzig Mitglieder dieses Bundes verurteilt wegen Wiederherstellung einer aufgelösten Organisation, aber die Anklage ging nicht bis zur Teilnahme an der Ermordung Rathenaus[28]. Auch von dem Verhör der Verschwörer gelangte nichts an die Öffentlichkeit.

---

27 »Europe nouvelle«, 25. August 1923, S. 1073.
28 Professor Gumbel, a. a. O., S. 76.

Aber wenn es auch unmöglich war, eine direkte Beziehung zwischen Rathenaus Mördern und der Organisation Consul und zwischen der Organisation Consul und Ehrhardt aufzustellen, so war darum doch nicht weniger gewiß, daß diese Gruppen existierten und daß sie Beziehungen zueinander hatten. Aber welche? Sicher wird man es niemals erfahren. Die Verschwörer haben ihr Geheimnis mit ins Grab genommen, oder sie haben geschwiegen aus Angst vor der Heiligen Feme.

Man mag die Dokumente, die man besitzt, um- und umdrehen, es geht von ihnen nur ein flackerndes und ungewisses Licht aus, ausreichend für die ernstesten Verdachtsmomente, jedoch ungenügend, um diesen Verdacht zur Gewißheit umzuwandeln. Am Schluß verwischt sich die Spur und verliert sich im Nichts.

Aber was macht das schon? Ob der Reichsaußenminister unter den Kugeln einzelner Terroristen gefallen ist oder unter dem Anschlag dieser oder jener geheimen Organisation, das mochte damals die öffentliche Meinung brennend interessieren. Heute wissen wir, daß das, was der Rathenautragödie ihren symbolischen Charakter gibt, anderswo zu finden ist als in den Gerichtsprotokollen oder den Untersuchungen der Polizei. Mehr als die materiellen Einzelheiten interessiert uns der ideologische Inhalt und die Heftigkeit des Konflikts.

Zwei dunkle Kräfte, die noch keine Form gefunden hatten, rangen im Deutschland jener Tage miteinander. Rathenau und seine Mörder waren von Natur so grundverschieden, die Charaktere, die sie verkörperten, zeichneten sich mit solcher Klarheit voneinander ab, daß sie das Kampffeld blitzartig erhellten. Hier leuchteten bereits alle Kraftlinien der Zukunft kurz und eindrucksvoll auf.

In dieser Hinsicht kam dem Mord vom 24. Juni 1922 eine viel größere Bedeutung zu als einem einfachen politischen Attentat. Es war das erste Grollen eines nahenden Gewitters, die erste plötzliche Entladung zwischen zwei gegensätzlichen Welten.

XIV Hitler betritt die Szene

Zu der Zeit, als Kapp sich anschickte, die Macht zu ergreifen, hatte er von Dietrich Eckart Besuch bekommen, einem extrem rechts gerichteten bayrischen Schriftsteller, der bekannter für die Kompromißlosigkeit seiner Meinungen als für seine dichterischen Fähigkeiten war[1].

»Es gibt nur ein Mittel, das Land zu retten«, hatte er Kapp unumstößlich erklärt. »Sperren Sie alle Juden ins Untersuchungsgefängnis, schaffen Sie die Tyrannei der Zinsherrschaft ab und richten Sie das alte ständische System wieder ein, das das Heilige Deutsche Reich groß gemacht hat . . .«

Kapp sah den Verfechter dieser Auffassung mit aufgerissenen Augen an. »Ihre Ideen sind äußerst interessant«, gab er Eckart zur Antwort. »Aber das Haus brennt und die Umstände zwingen mich, das Nächstliegende zu tun. Ich fürchte, die Verwirklichung Ihrer Theorien würde viele Jahre in Anspruch nehmen. Wir können später einmal darüber sprechen, wenn Sie es wünschen . . .«

Enttäuscht über den Mangel an Vorstellungskraft des Generallandschaftsdirektors war Dietrich Eckart nach München zurückgekehrt. Er war überzeugt, daß Kapp keinesfalls der Mann der Vorsehung war, den er erwartete, und daß sein Staatsstreich — selbst, wenn er gelänge — nur ein vorläufiger Notbehelf sein würde. Gab es denn niemanden, der die Art des Übels, an dem Deutschland litt, richtig erkannte? Niemanden, der verstand, daß auf radikalere Lösungen zurückgegriffen werden mußte, als einfach die Monarchie wiedereinzuführen, wenn das Vaterland wirklich aus dem Chaos befreit werden sollte, in dem es unterzugehen drohte?

Durfte sich die Kraft der zahllosen Freikorps, Geheimbünde und nationalistischen Gruppen einfach im Nichts auflösen? Hob sich denn überhaupt keine Persönlichkeit von Format aus dem politischen Wirrwarr heraus, ein Mann, der das Land von Grund auf umkrempeln konnte?

---

1 Siehe Kapitel IV, Fußnote 16, S. 67.

Dietrich Eckart weigerte sich, so etwas zu glauben. Er war sicher, daß der Mann, den er erhoffte, irgendwo existierte — und sei es im Hintergrund des Volkes, wo er noch nicht bemerkt worden war. Er war entschlossen, ihn so lange zu suchen, bis er ihn gefunden hatte.

Seit Anfang 1919 arbeitete er mit einem jungen Soziologen baltischer Herkunft, Dr. Alfred Rosenberg, an den Grundzügen einer neuen deutschen Nationallehre. Am 15. Oktober erhielten die beiden Freunde eine Karte einer soeben neu gegründeten politischen Partei: der Deutschen Arbeiterpartei. Ihr Vorsitzender, Anton Drexler, gab ihnen zu verstehen, ihre Arbeit hätte seine Aufmerksamkeit erregt, er wäre glücklich, sie zu seinen Mitgliedern zählen zu können. Außerdem bat er sie, an einer öffentlichen Versammlung teilzunehmen, die am folgenden Tag stattfinden und auf der die Hauptredner der Partei das Wort ergreifen sollten.

Von kleinen Gruppen dieser Art wimmelte es nur so in München. Meistens redeten dort ergraute Herren, die gegen die Teuerung des Lebens schimpften oder zum tausendsten Mal die Verräter anklagten, die Deutschland in den Rücken gefallen seien. Daher begaben sich Dietrich Eckart und Rosenberg ohne große Begeisterung ins Hofbräuhaus, wo die Versammlung stattfinden sollte.

Zunächst gab es denn auch kaum Interessantes. Mehrere Sprecher lösten sich auf dem Rednerpult ab, wo sie mit monotoner Stimme Banalitäten herbeteten. Das spärlich erschienene Publikum hörte sie schläfrig an. Plötzlich aber sprang ein unbekannter Redner auf das Podium und begann mit heiserer, heftiger Stimme zu sprechen. Sein Gesicht war blaß, eine braune Haarsträhne fiel ihm in die Stirn und sein Blick hatte eine fast unerträgliche Intensität. Schon bei seinen ersten Worten schien die Zuhörerschaft wie elektrisiert zu sein. Überrascht von der ungewohnten Heftigkeit seiner Rede, spitzten Eckart und Rosenberg die Ohren. Wenige Augenblicke später waren sie überwältigt.

»Niemals werde ich diesen Schock vergessen können, den ich augenblicklich spürte«, schrieb Rosenberg. »Ich wußte sofort, daß ich einem Mann gegenüberstand, der mit unerschütterlicher Sicherheit das formulierte, was die Aufgabe einer ganzen Generation werden sollte[2].«

Die heisere, manchmal fast brüllende Stimme, die ihre Zuhörer mit einem Redefluß überschwemmte, in dem sich Überlegungen über ein ewiges Deutschland, die Schmach seiner Niederlage, die unbegrenzte

2 »Illustrierter Beobachter«, Jahresheft 1936, S. 34.

Zukunft, die sich vor ihm öffnete, wenn es sich die Reinheit seiner Rasse erhalten und sich den notwendigen Lebensraum für seine Ausbreitung erobern konnte, vermengten; diese Stimme, die die Zuhörer reizte, den Kampf fortzuführen »bis zu dem Tag, an dem sie im Besitz eines neuen Reiches seien, das größer und mächtiger sein werde als das gerade zusammengebrochene Reich«, diese Stimme war die Stimme Adolf Hitlers.

☆

Geboren am 20. April 1889 in Braunau am Inn, einer kleinen österreichischen Stadt von 12 000 Einwohnern, die an der deutschen Grenze lag, war er das dritte Kind von Alois Hitler[3], eines einfachen Beamten der Zollverwaltung Kaiser Franz-Josephs, und von Clara Pölzl, einer Bäuerin aus dem Dorf Spital.

Der Inn stellt hier an seinem Unterlauf bis nach Passau, wo er in die Donau mündet, die Grenze zwischen Deutschland und Österreich dar. Aber zu beiden Seiten des Flusses wohnt genau der gleiche Menschenschlag. Sie sehen genauso aus, haben dieselben Sitten und sprechen dieselbe Sprache, so daß sich der junge Hitler fragte, was diese Schranke zwischen zwei Bevölkerungen gleichen Ursprungs bedeuten sollte. Warum gehörten sie nicht alle zu demselben Land? Das war für seinen Kinderverstand ein unergründliches Rätsel . . . Später betrachtete er es als symbolisch, in Braunau geboren zu sein, »liegt doch dieses Städtchen an der Grenze jener zwei deutschen Staaten, deren Wiedervereinigung mindestens uns Jüngeren als eine mit allen Mitteln durchzuführende Lebensaufgabe erscheint[4]!« Aber diese Bestrebungen lagen noch in weiter Zukunft.

Im Jahre 1895 ließ sich Alois Hitler pensionieren. Er schickte den damals sechsjährigen Adolf auf die Grundschule von Fischlhamm, einem einige Kilometer südwestlich von Linz gelegenen Dorf. In den folgenden Jahren wechselte der pensionierte Zollbeamte, wahrscheinlich von seinem unsteten Geist getrieben, häufiger den Wohnsitz, ohne sich irgendwo richtig niederzulassen. Mit 15 Jahren hatte sein Sohn Adolf sieben verschiedene Adressen und fünf verschiedene Schulen erlebt. Zwei Jahre lang ging er in die Schule des Benediktinerklosters zu Lam-

3 Die beiden ersten Kinder, Gustav und Ida, sind als Kleinkinder gestorben. Das vierte Kind, Edmund, lebte nur sechs Jahre. Die Tochter Paula, 1896 geboren, überlebte ihren Bruder Adolf.

4 Hitler: »Mein Kampf«, S. 1.

bach, in dessen Nähe sein Vater einen Hof gekauft hatte. Er wurde Mitglied des Chors, nahm Gesangstunden und berauschte sich an den Schönheiten der katholischen Liturgie. Als er den Abt des Klosters das Hochamt halten sah, begleitet von Chorälen und um sich Wolken von Weihrauch, kam er ihm wie ein Wesen höherer Abstammung vor, das nichts mit den anderen Bewohnern des Dorfes gemein hatte. Er trachtete danach, ihm zu gleichen, er wollte auch mit Prunk und Ehrerbietung umgeben sein, und um das zu erreichen, wollte er sogar Mönch werden. Dieser Berufswunsch verflüchtigte sich bald, denn schon verkaufte der pensionierte Zollbeamte wieder seinen Hof, zog nochmals um und ließ sich in Leonding nieder, in einem kleinen bescheidenen Haus inmitten eines Gartens.

Schluß mit den Träumen von kirchlicher Größe! Schluß auch mit dem Schwänzen der Schule, mit den langen Märschen in die Berge, wo er allerhand Unfug mit den Dorfburschen getrieben hatte. Mit elf Jahren wurde Adolf Hitler auf das Internat nach Linz geschickt, ein hartes finanzielles Opfer für seinen Vater. Wenn er sich dafür entschied, so nur mit dem einen Wunsch: Er wollte, daß sein Sohn seinen Spuren folgte und ebenfalls Beamter in der österreichischen Verwaltung wurde. Aber der junge Adolf wollte diese Laufbahn um keinen Preis einschlagen. Das war seine erste Auflehnung gegen die väterliche Autorität, und er bewies dabei eine eigenartige Hartnäckigkeit.

»Ich wollte kein Beamter werden, nein, und nochmals nein!« sagte er. »Alle Versuche, die mein Vater anstellte, mir Zuneigung oder Interesse für diese Laufbahn einzuflößen mit Hilfe von Anekdoten aus seinem eigenen Leben, führten zu einem diametral entgegengesetzten Resultat. Ich empfand im voraus einen richtigen Ekel bei dem Gedanken, in einem Büro eingeschlossen, der Freiheit beraubt zu sein, nicht mehr im Stand zu sein, über meine Zeit zu verfügen und gezwungen zu sein, mein ganzes Dasein, gebeugt über Stapeln von Drucksachen und Formularen, zu verbringen . . .«

Seine Abneigung gegen den Beruf des Beamten vergrößerte sich noch durch den wachsenden Haß, den er für Österreich empfand. Als er eines Tages in der väterlichen Bibliothek stöberte, entdeckte er ein illustriertes Album, das die bedeutendsten Schlachten des Krieges von 1870 darstellte. Wörth, Gravelotte und Sedan regten seine Phantasie an. Plötzlich interessierte er sich leidenschaftlich für das militärische Leben und zeigte eine grenzenlose Bewunderung für den »Eisernen Kanzler«. Aber gleichzeitig erfuhr er, daß nicht alle Deutschen das

Glück hatten, zu Bismarcks Reich zu gehören, daß vielmehr einige dazu verdammt waren, außerhalb der Grenzen des Reiches zu leben.

War das nicht gerade sein Fall? Warum hatte es das Schicksal gewollt, daß er in Österreich geboren wurde, in diesem ewig besiegten Land, das sich von den Franzosen in Solferino und von den Preußen in Königgrätz hatte schlagen lassen? Warum hatten die Österreicher nicht am Krieg von 1870 teilgenommen, von dem das Geschick der ganzen germanischen Gemeinschaft abhing? Er begann, die gelbe Fahne mit schwarzen Fransen, auf der sich der habsburgische Adler erhob, zu verfluchen und setzte seine Hoffnungen auf die schwarzweißroten Farben der deutschen Flagge. Austria delenda est, Österreich muß zerstört werden, darauf schwor er, seit er dreizehn Jahre alt war. Und er sollte österreichischer Beamter werden? Dieser Gedanke allein genügte, um ihn außer sich zu bringen.

»Aber was willst du dann machen?« fragte ihn sein Vater, ganz erstaunt über die Heftigkeit seines Verhaltens.

»Ich will Maler werden!« antwortete ihm sein Sohn.

»Maler? Künstler?«

Alois war wie vor den Kopf geschlagen.

Er hörte nicht auf, diese Worte zu wiederholen, und glaubte, sein Sohn hätte den Verstand verloren oder er hätte ihn falsch verstanden. »Nachdem er allerdings darüber aufgeklärt war«, schrieb Hitler, »und besonders die Ernsthaftigkeit meiner Absicht fühlte, warf er sich denn auch mit der ganzen Entschlossenheit seines Wesens dagegen.«

»Kunstmaler, nein, solange ich lebe, niemals.«

»Der Vater verließ nicht sein ›Niemals‹, und ich verstärkte mein ›Trotzdem[5]‹.«

Sogleich beschloß Hitler, nichts mehr im Internat zu tun, in der Hoffnung, seinen Vater durch seine schlechten Noten zu entmutigen und ihn dazu zu bringen, daß der Sohn tun könne, was er für seine Berufung hielt.

Hitlers Lehrer haben von ihrem Schüler ein physisches und moralisches Porträt gezeichnet, das ihn etwa in seinem dreizehnten Lebensjahr recht genau beschreibt. »Er war gewiß für einige Fächer begabt«, sagte Eduard Huemer, »aber er konnte sich nicht selbst in der Kontrolle behalten. Er wurde gern als rechthaberisch, herrschsüchtig, mürrisch und dickköpfig betrachtet, als unfähig, sich der Schuldisziplin zu beugen.

---

5 »Mein Kampf«, S. 7/8.

Außerdem war er nicht fleißig, so daß er niemals zu Ergebnissen kam, die er bei seinen natürlichen Gaben hätte erzielen können[6].« Und Theodor Gissinger fügte hinzu: »Er hielt sich sehr gerade, war schlank, hatte ein schmales und blasses Gesicht, wie das eines Schwindsüchtigen, einen sonderbar klaren Blick und leuchtende Augen[7].«

Hitler äußerte sich später verächtlich über seine Lehrer und versicherte, ihr Unterricht sei von bestürzender Gehaltlosigkeit gewesen. Ein einziger fand vor seinen Augen Gnade: Dr. Leopold Poetsch, sein Geschichtslehrer, von dem er bis zu seinem Lebensende mit Dankbarkeit sprach.

»Es wurde vielleicht bestimmend für mein ganzes späteres Leben, daß mir das Glück einst gerade für Geschichte einen Lehrer gab, der als einer der ganz wenigen verstand, für Unterricht und Prüfung den Gesichtspunkt *Wesentliches behalten, Unwesentliches vergessen* zum beherrschenden zu machen. In meinem damaligen Professor Dr. Leopold Poetsch, an der Realschule zu Linz, war diese Forderung in wahrhaft idealer Weise verkörpert. Ein alter Herr von ebenso gütigem als aber auch bestimmendem Auftreten, vermochte er besonders durch eine blendende Beredsamkeit uns nicht nur zu fesseln, sondern wahrhaft mitzureißen. Noch heute erinnere ich mich mit leiser Rührung an den grauen Mann, der uns im Feuer seiner Darstellung manchmal die Gegenwart vergessen ließ, uns zurückzauberte in vergangene Zeiten und aus dem Nebelschleier der Jahrhunderte die trockene geschichtliche Erinnerung zur lebendigen Wirklichkeit formte. Wir saßen dann da, oft zu heller Glut begeistert, mitunter sogar zu Tränen gerührt . . . Unser kleiner nationaler Fanatismus ward ihm ein Mittel zu unserer Erziehung, indem er öfter als einmal an das nationale Ehrgefühl appellierte . . . Mir hat dieser Lehrer Geschichte zum Lieblingsfach gemacht. Freilich wurde ich, wohl ungewollt von ihm, auch damals schon zum jungen Revolutionär[8].«

Hitlers Lerneifer war ungleichmäßig, er ging nicht regelmäßig zur Schule und verfügte daher über viel Freizeit. Er verbrachte sie, indem er auf dem Lande umherstreifte, vor sich hin träumte und voller Eifer alle Bücher las, die ihm in die Hand fielen; manchmal nahm er auch an Aufführungen des städtischen Theaters von Linz teil. Gewiß war das

---

6 August Kubizek: »The Young Hitler I knew«, S. 49. »Ich war kein Musterschüler«, gesteht Hitler selbst. (»Tischgespräche«, S. 191.)
7 Kubizek, a. a. O., S. 50.
8 »Mein Kampf«, S. 12–13.

nur eine Provinzbühne, aber das Ensemble war gar nicht schlecht. Es wurde dort alles gespielt: die »Räuber« von Schiller und die Wagner-Opern. Als er das erstemal »Lohengrin« hörte — er hatte einen Stehplatz hoch oben auf dem ›Olymp‹ —, glaubte er vor Glück ohnmächtig zu werden. Diese Welt der Helden und Ritter, die ihrer Bestimmung bis in den Tod die Treue hielten, behexte ihn im wahrsten Sinne des Wortes. Seine Begeisterung für den Meister von Bayreuth vergrößerte noch seine jugendliche Ergebenheit für Deutschland. »Selbst die Mittelmäßigkeit der Aufführungen, die mir meine kleine Stadt bieten konnte, war ein Glück«, schrieb er, »denn sie ermöglichte durch die Aufeinanderfolge ein Crescendo der Bewunderung.«

Am 3. Januar 1903 starb Alois Hitler im Alter von 65 Jahren ganz plötzlich während eines Spaziergangs an Lungenblutung. Er wurde in einen Gasthof gebracht, doch als sein Sohn dort ankam, war es schon zu spät. Hitler brach in Tränen aus, als er den leblosen Körper seines Vaters sah.

Was sollte aus ihm werden, jetzt, wo die Familie ihr Haupt verloren hatte? Mutig verkaufte Clara Hitler das Haus in Leonding und zog mit ihren beiden Kindern[9] in eine bescheidene Wohnung nach Urfahr, einem Vorort von Linz, wo sie versuchte, sich trotz der mageren Witwenpension durchzuschlagen. Sie wollte den Wunsch des Verstorbenen, daß sein Sohn Beamter würde, erfüllen. Daher bewegte sie ihn, mit größerem Eifer zu arbeiten. Aber Adolf war noch genauso widerspenstig. Täglich kam es zu Zank zwischen Mutter und Sohn. Das Zusammenleben unter einem Dach wurde unerträglich, als auch noch Krankheit hinzukam und die Situation weiter erschwerte. Hitler wurde schwer lungenkrank. Die Meinung des Arztes war unumstößlich: Der Patient mußte seine Studien für mindestens ein Jahr aufgeben. Enttäuscht schickte ihn die Mutter nach Spital zu ihrer Schwester Theresa Schmidt, weil sie hoffte, daß er sich in der guten Gebirgsluft besser erholen würde.

Als Hitler geheilt war, kam er für kurze Zeit auf das Internat von Steyr zurück. Er war jetzt sechzehn Jahre alt und arbeitete mit etwas mehr Aufmerksamkeit. Es ist möglich, daß das Ende der Schulzeit ihn anspornte. Nach den Noten der Lehrer war er »ausreichend« in Deutsch, Chemie, Physik und Geometrie; »befriedigend« in Geschichte und Geo-

---

9 Adolf und Paula, die zu der Zeit 7 Jahre alt war.

graphie; »ausgezeichnet« in Zeichnen[10]. Aber die verlorene Zeit hatte er nicht aufgeholt, er wurde nicht zum Abitur zugelassen.

Doch dieser Mißerfolg bekümmerte ihn kaum. Er sah darin sogar einen Vorteil: Jetzt war er nicht mehr verpflichtet, zur Schule zu gehen. Zum erstenmal war er frei, und sein Vater konnte ihn nicht mehr schelten. Daher waren die nun folgenden Jahre für ihn eine glückliche Zeit. Er verbrachte ganze Tage damit, mit einem gleichaltrigen Freund, August Kubizek, in den Straßen der Stadt und auf den Landstraßen umherzustreifen. Welcher junge Mann hätte sich nicht ausgangs des Knabenalters gewünscht, die Welt zu bessern und alle Unvollkommenheiten auszuscheiden? Adolf Hitler war keine Ausnahme von dieser Regel. Seine Phantasie wallte auf. Stundenlang unterbreitete er seinem Freund schwindelerregende Reformpläne, die er verwirklichen würde, wenn er groß wäre. Kubizek war bestürzt, aber er hütete sich, ihm zu antworten, denn sobald man ihm widersprach, regte er sich auf, wurde jähzornig und duldete keine Widerrede. So vergingen die Nachmittage mit der Errichtung immer neuer Luftschlösser. Die Abende hingegen verbrachte er daheim und las; oder im Theater, wo er stehend, fast in einen Trancezustand versunken, den wilden Ruf der Walküren oder das lange Donnergrollen der Götterdämmerung hörte.

Dann aber führte ihn ein neuer Trauerfall brutal in die Wirklichkeit zurück. Am 21. Dezember 1908 starb seine Mutter während der Weihnachtsvorbereitungen an Brustkrebs. Zwei Tage später wurde sie neben ihrem Mann in Leonding beerdigt. Hitler, erst 19 Jahre alt, war tief erschüttert. »Ich hatte den Vater verehrt, die Mutter jedoch geliebt. Not und harte Wirklichkeit zwangen mich nun, einen schnellen Entschluß zu fassen. Die geringen väterlichen Mittel waren durch die schwere Krankheit der Mutter zum großen Teil verbraucht worden; die mir zukommende Waisenpension genügte nicht, um auch nur leben zu können, also war ich nun angewiesen, mir irgendwie mein Brot selber zu verdienen.

Einen Koffer mit Kleidern und Wäsche in den Händen, mit einem unerschütterlichen Willen im Herzen, fuhr ich so nach Wien. Was dem Vater 50 Jahre vorher gelungen, hoffte auch ich dem Schicksal abzujagen; auch ich wollte ›etwas‹ werden, allerdings — auf keinen Fall Beamter[11].«

---

10 William L. Shirer: »Das Dritte Reich«, Band I, S. 26.
11 »Mein Kampf«, S. 17.

Jetzt war Hitler also in Wien, »der leichten und sorglosen Stadt, deren Name einen Wirbel von Walzern und Liedern hervorruft.«

Er kam übrigens nicht zum erstenmal hierher. Im vorangegangenen Jahr, im Oktober 1907, als seine Mutter noch lebte, war er voller Hoffnung in die österreichische Hauptstadt gefahren, eine Rolle mit Zeichnungen unter den Arm geklemmt, und bat um Aufnahme an der Kunstschule. Da seine Arbeiten mit »ungenügend« beurteilt worden waren, versuchte er es im folgenden Jahr noch einmal. Aber diesmal fand man seine Arbeiten so schlecht, daß er nicht einmal zur Aufnahmeprüfung zugelassen wurde.

Dieser erste Schlag des Mißgeschicks traf ihn schmerzlich. Wie kam es, daß sein Talent nicht anerkannt wurde? Benommen bat er den Rektor der Akademie in einem Gespräch, ihm Erklärungen für diese Ablehnung zu geben.

»Die Gründe?« antwortete der Rektor. »Das ist ganz einfach. Ihre Zeichnungen lassen keinen Zweifel an Ihrer völligen Untauglichkeit in der Malerei. Ihre Fähigkeiten bestimmen Sie vielmehr für die Architektur. Sie sollten Ihren Weg lieber auf diesem Gebiet suchen . . .«

Unglücklicherweise waren die Kurse an der Architekturschule von denen an der Bauschule der Technik abhängig, die nur Inhaber des Abiturs besuchen durften. Nun, Hitler hatte es nicht. Zwar wurden gewisse Schüler von dieser Formalität befreit, wenn sie ein Talent besaßen, das »weit über dem Durchschnitt« lag. Das war bei ihm aber nicht der Fall. ». . . was ich bisher aus Trotz in der Realschule versäumt hatte, sollte sich nun bitter rächen«, schrieb er in »Mein Kampf«. »Nach menschlichem Ermessen also war eine Erfüllung meines Künstlertraumes nicht mehr möglich . . . Ich wollte Baumeister werden, und Widerstände sind nicht da, daß man vor ihnen kapituliert, sondern, daß man sie bricht. Und brechen wollte ich diese Widerstände, immer das Bild des Vaters vor Augen, der sich einst vom armen Dorf- und Schusterjungen zum Staatsbeamten emporgerungen hatte . . . Und was damals mir als Härte des Schicksals erschien, preise ich heute als Weisheit der Vorsehung. Indem mich die Göttin der Not in ihre Arme nahm und mich so oft zu zerbrechen drohte, wuchs der Wille zum Widerstand, und endlich blieb der Wille Sieger[12].«

Tatsächlich stellten die fünf Jahre von 1909 bis 1913, die Hitler in Wien verbrachte, die Periode größten Elends in seinem Leben dar. Ohne

12 »Mein Kampf«, S. 19/20.

Geld, ohne Freunde, ohne einen bestimmten Beruf, war er gezwungen, Schnee zu fegen, Teppiche zu klopfen, Gepäckstücke in die Umgebung des Westbahnhofs zu tragen, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Er war sogar Hilfsarbeiter bei einem Maurer[13]. Aber immer nur für kurze Zeit, denn er irrte von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz und weigerte sich hartnäckig, geregelte Arbeit anzunehmen, als ob der geringste Zwang ihm unerträglich gewesen wäre.

Durch dieses Leben als Aushilfskraft hatte er bald keinerlei Mittel mehr. Weniger als ein Jahr nach seiner Ankunft in Wien mußte er sein möbliertes Zimmer, das er in der Simon-Denk-Straße gemietet hatte, verlassen. Jetzt ging es steil abwärts. Er zog von einer schäbigen Bude zur anderen, schlief im Obdachlosenasyl, stand vor der Bettlerküche Schlange, um nicht hungers zu sterben, und landete schließlich in einem Heim für männliche Arbeitslose in der Meldemannstraße 27, einem der elendsten Wohnviertel der Stadt.

Daher braucht man sich nicht zu wundern, wenn er 20 Jahre später schreibt: »Auch heute noch kann diese Stadt nur trübe Gedanken in mir wecken. Fünf Jahre Elend und Jammer sind im Namen dieser Phäakenstadt für mich enthalten. Fünf Jahre, in denen ich erst als Hilfsarbeiter, dann als kleiner Maler mir mein Brot verdienen mußte; mein wahrhaft kärgliches Brot, das doch nie langte, um auch nur den gewöhnlichen Hunger zu stillen[14].«

Während dieser ganzen Zeit floß das Wort »Hunger« wie ein quälendes Leitmotiv aus seiner Feder. »Der Hunger«, schrieb er, »hörte nicht auf, mir Gesellschaft zu leisten. Er verließ mich niemals und mischte sich in alle meine Tätigkeiten . . . Mein Leben war ein ewiger Kampf gegen diesen unbarmherzigen Begleiter.« Außer den seltenen Abenden, die er in der Oper verbrachte (den Eintritt mußte er sich vom Munde absparen), fand er nur in den Büchern Ruhe, die er in der städtischen Bibliothek las oder die er sich antiquarisch kaufte, indem er noch mehr an den nötigsten Lebensmitteln sparte. Im Gegensatz zu den menschlichen Wracks, mit denen er sein Dasein teilte, war er frei von den Schwächen seines Alters: er trank nicht, rauchte nicht und hatte keine Mädchengeschichten, nicht etwa — wie behauptet wurde — wegen irgendeiner Anomalie, sondern infolge einer freiwilligen Zurückhaltung. In dieser Zeit wurde er zum Vegetarier, aus Not, bevor er es aus Überzeugung wurde. Es braucht nicht erwähnt zu werden, daß eine so strenge

13 Genau wie Mussolini in Genf.
14 »Mein Kampf«, S. 20.

Diät der Enthaltsamkeit schließlich seine Gesundheit angriff. Er magerte von Tag zu Tag mehr ab und erlitt einen Rückfall seiner Lungenkrankheit.

Wer ihn in dieser Zeit sah, war über seine ausgehungerte, zerlumpte Erscheinung erschrocken, aber auch über die außerordentliche Kraft in seinem Blick. Ein Vagabund? Zweifellos, wenn man nur die Erscheinung betrachtete. Aber ein Vagabund, in dessen Innerem ein finsteres und leidenschaftliches Feuer brannte. »Ich glaube, meine Umgebung von damals hielt mich wohl für einen Sonderling[15].«

Gegen 1910 besserte sich seine Lage, und da er sich häufiger satt essen konnte, wurde seine Gesundheit auch wiederhergestellt. Er machte jetzt viele Aquarelle und Reklamezeichnungen, die er bei Möbelhändlern und Antiquaren vertrieb. Der Erlös daraus war nicht überwältigend, aber er erlaubte ihm doch, mehr Bücher als zuvor zu kaufen und seine unersättliche Leseleidenschaft zu befriedigen. »Ich las damals unendlich viel, und zwar gründlich«, schrieb er 15 Jahre später. »Was mir so an freier Zeit von meiner Arbeit übrigblieb, ging restlos für mein Studium auf. In wenigen Jahren schuf ich mir damit die Grundlagen eines Wissens, von denen ich auch heute noch zehre . . . Und in solchem Sinne betrachtet, war für mich besonders die Wiener Zeit fruchtbar und wertvoll[16].«

Hitler versicherte tatsächlich, seine Lektüre und sein Kontakt zu den Armen und Unbemittelten von Wien hätten ihn fast alles gelehrt, was er wissen mußte. »Wien aber war und blieb für mich die schwerste, wenn auch gründlichste Schule meines Lebens. Ich hatte diese Stadt einst betreten als ein halber Junge noch und verließ sie als still und ernst gewordener Mensch . . . In dieser Zeit bildete sich mir ein Weltbild und eine Weltanschauung, die zum granitenen Fundament meines derzeitigen Handelns wurden. Ich habe zu dem, was ich mir so einst schuf, nur weniges hinzulernen müssen, zu ändern brauche ich nichts[17].«

Als er eingeladen wurde, die Arbeiter der Baustellen, auf denen er arbeitete, zu besuchen, lernte er durch sie die sozialistische Partei und die österreichischen Gewerkschaften kennen. Auf Anhieb war er empört über die Lösungen, die die marxistischen Führer ihren Anhängern vorschlugen, und über das tödliche Gift, das sie ihnen unter dem Vorwand einflößten, sie arbeiteten für ihre Befreiung. Wenn man sie hörte, dann

15 Ibd., S. 35.
16 Ibd., S. 21 u. 38.
17 Ibd., S. 21 u. 137.

waren die Nation, das Vaterland, das Gesetz, die Religion und die Moral nur Erfindungen der Kapitalisten, Instrumente, derer sie sich bedienten, um das Proletariat zu knechten. »Es gab da rein gar nichts, was nicht in den Kot einer entsetzlichen Tiefe gezogen wurde[18].«

Eines Tages wohnte er einer Massendemonstration der Wiener Arbeiter bei. »Fast zwei Stunden lang«, schrieb er, »stand ich so da und beobachtete mit angehaltenem Atem den ungeheuren menschlichen Drachenwurm, der sich da langsam vorbeiwälzte. In banger Gedrücktheit verließ ich endlich den Platz und wanderte heimwärts[19].«

Ein anderes Mal, nach einer Diskussion mit seinen Maurerkollegen, forderten ihn diese auf, die Arbeitsstelle zu verlassen; sie drohten, ihn sonst von einem Gerüst hinunterzustürzen.

Er machte sich also daran, die Presse der Sozialdemokraten aufmerksam zu lesen, ihre Organisation und die Reden ihrer Führer zu studieren. Er zog daraus drei Folgerungen, die ihm den Schlüssel ihres Einflusses auf die Arbeitermassen in die Hand gaben: Zunächst wußten sie, wie man eine Massenbewegung schaffen konnte, eine unerläßliche Bedingung für den Erfolg einer politischen Partei, sei es welche es wolle; außerdem galten sie als Meister in der Kunst der Propaganda; und schließlich kannten sie den Wert des intellektuellen und physischen Terrors, aus dem sie ein Instrument zur Eroberung der Macht geschmiedet hatten[20]. »Es ist eine unter genauer Berechnung aller menschlichen Schwächen gefundene Taktik, deren Ergebnis fast mathematisch zum Erfolge führen muß.« Gegen die Marxisten konnte man nicht mit Argumenten oder Diskussionen kämpfen. »Der Terror auf der Arbeitsstätte, in der Fabrik, im Versammlungslokal und anläßlich der Massenkundgebung wird immer von Erfolg begleitet sein, solange ihm nicht ein gleich großer Terror entgegentritt[21].«

Für ihn war die marxistische Lehre von Grund auf falsch. Sie war eine haarsträubende Anhäufung von unverständlichen Worten und sinnlosen Sätzen. »Nur die Dekadenz unserer Großstadtboheme mag

---

18 Ibd., S. 41/42.
19 Ibd., S. 43.
20 William Shirer meint, diese Behauptung beruhe auf einer ungenauen Beobachtung, die seiner extremen Voreingenommenheit zuzuschreiben sei. Man darf dabei nicht vergessen, daß Hitler nicht von den heutigen sozialistischen Parteien spricht, sondern von denen, die zu jener Zeit, vor dem Bruch zwischen Sozialisten und Kommunisten, bestanden. Und man hat nicht den Eindruck, daß die russischen Revolutionäre von 1917, oder die Kieler Matrosen von 1919 nur die geringsten Skrupel gezeigt hätten, von der Gewalt Gebrauch zu machen.
21 »Mein Kampf«, S. 45/46.

sich in diesem Irrgarten der Vernunft wohlig zu Hause fühlen, um aus dem Mist dieses literarischen Dadaismus ›inneres Erleben‹ herauszuklauben, unterstützt von der sprichwörtlichen Bescheidenheit eines Teiles unseres Volkes, die im persönlich Unverständlichsten immer um so tiefere Weisheit wittert[22].« Die Theorie des Klassenkampfes war nur eine Mystifikation, derer sich die Marxisten als Keil bedienten, um die nationale Einheit auseinanderzubrechen. Eine »Diktatur des Proletariats« war sinnlos, denn das Proletariat war unfähig, sich selbst zu regieren. Wenn das Proletariat jemals an die Macht käme, wäre es gezwungen, seine Macht einer kleinen Gruppe von führenden Persönlichkeiten in die Hand zu geben, die ihm eine Diktatur von niemals erlebter Härte auferlegen würde. Ansätze davon gab es schon in den Gewerkschaften, deren Devise hätte lauten können: »Schließ dich uns an, oder ich schlage dir den Schädel ein!« Daher schien ihm der Kommunismus eine Todesgefahr für die Zivilisation, denn er zersetzte die Nation und vernichtete die Elite. »Er ist eine Geißel, von der möglichst die Menschheit schnell die Erde befreien möge, da sonst gar leicht die Erde von der Menschheit frei werden könnte[23].«

»Wer hat denn überhaupt ein Interesse daran, dieses Gift zu verbreiten?« fragte sich Hitler. »Wer kann diese Lehre voller Haß und Egoismus predigen, deren Sieg das Ende der Menschheit bedeuten würde? Die Arbeiter können es nicht sein, denn sie wären die ersten Opfer. Also wer?«

Nach langer Suche war Hitler schließlich davon überzeugt, daß es die Juden seien. »Nur die Kenntnis des Judentums allein«, erklärte er, »bietet den Schlüssel zum Erfassen der inneren und damit wirklichen Absichten der Sozialdemokratie[24].«

Bei seiner Ankunft in Wien war Hitler anscheinend überhaupt nicht voreingenommen gegen die Juden gewesen[25]. Er betrachtete sie als Deutsche, die sich nur durch ihre Religion von den anderen unterschieden, und daher schienen ihm die haßerfüllten Angriffe der antisemitischen Wiener Presse »eines großen zivilisierten Volkes unwürdig«. Aber als er dann jeden Tag in den Armenvierteln mit ihnen zusammenstieß, änderte er seine Meinung.

22 Ibd., S. 53/54.
23 Ibd., S. 40.
24 Ibd., S. 54.
25 Im Gegensatz zu Hitlers Aussage behauptete August Kubizek, Hitler sei schon in Linz recht antisemitisch eingestellt gewesen. Das ist wohl möglich. Aber zu dieser Zeit war seine Abneigung noch nicht so heftig wie nach seinen Wiener Jahren.

»Als ich einmal so durch die innere Stadt strich, stieß ich plötzlich auf eine Erscheinung in langem Kaftan mit schwarzen Locken. Ist dies ein Jude? war mein erster Gedanke. So sahen sie freilich in Linz nicht aus. Ich beobachtete den Mann verstohlen und vorsichtig, allein je länger ich in dieses fremde Gesicht starrte und forschend Zug um Zug prüfte, um so mehr wandelte sich in meinem Gehirn die erste Frage zu einer anderen Frage: Ist dies ein Deutscher[26]?«

Für Hitler konnte die Antwort nur negativ ausfallen. Wien war in dieser Zeit tatsächlich durch den Zuzug von Juden aus dem Osten überschwemmt; sie kamen direkt aus Polen, Ungarn, Galizien und der Bukowina. Ihr Aussehen und ihre Sitten wichen stark von denen der übrigen Bevölkerung ab. Wie kam es zu diesem Kontrast, und was bedeutete er? Hitler fing jetzt an, antisemitische Werke zu lesen — zu dieser Zeit wurde sehr viel davon in Wien verkauft — und ging in den Straßen umher, »dieses Phänomen« näher in Augenschein zu nehmen.

»Wo immer ich ging, sah ich nun Juden, und je mehr ich sah, um so schärfer sonderten sie sich für das Auge von den anderen Menschen ab... Überhaupt war die sittliche und sonstige Reinlichkeit dieses Volkes ein Punkt für sich. Daß es sich hier um keine Wasserliebhaber handelte, konnte man ihnen ja schon am Äußeren ansehen, leider sehr oft sogar bei geschlossenem Auge. Mir wurde bei dem Geruche dieser Kaftanträger später manchmal übel... Dies alles konnte schon nicht sehr anziehend wirken; abgestoßen mußte man aber werden, wenn man über die körperliche Unsauberkeit hinaus plötzlich die moralischen Schmutzflecken des auserwählten Volkes entdeckte. Nichts hatte mich in kurzer Zeit so nachdenklich gestimmt als die langsam aufsteigende Einsicht in die Art der Betätigung der Juden auf gewissen Gebieten. Gab es denn da einen Unrat, eine Schamlosigkeit in irgendeiner Form, vor allem des kulturellen Lebens, an der nicht wenigstens ein Jude beteiligt gewesen wäre? Sowie man nur vorsichtig in eine solche Geschwulst hineinschnitt, fand man, wie die Made im faulenden Leibe, oft ganz geblendet vom plötzlichen Licht, ein Jüdlein[27].«

»Jetzt begann es mir wie Schuppen von den Augen zu fallen«, sagte Hitler. »Ein langer innerer Seelenkampf fand damit seinen Abschluß[28].« Er merkte, daß die heimisch gewordenen Juden ebenso gefährlich waren wie die anderen. Sie drangen in die Banken, in die Presse, in die Auf-

26 »Mein Kampf«, S. 56.
27 Ibd., S. 60/61.
28 Ibd., S. 64.

sichtsräte ein, vergifteten den Klassenkampf durch ihre Habgier und versuchten das Land, das ihnen unvorsichtigerweise Asyl gewährt hatte, zu zersetzen. Daraufhin vollzog sich in Hitlers Gedanken eine plötzliche Trennung. Er verfiel in eine wahrhafte rassische Schwarzweißmalerei und teilte die Welt in zwei entgegengesetzte Kategorien auf. Auf der einen Seite das Licht, auf der anderen die Finsternis. Auf der einen Seite die germanische Rasse, mit allen Tugenden ausgestattet und mit allen schöpferischen Fähigkeiten begabt; auf der anderen das jüdische Volk, eine Verkörperung des Schlechten, das sich einer ewig zerstörerischen Aufgabe hingab. Das war eine oberflächliche, aber gewaltsam gegenübergestellte Deutung, die auf die Menge einmal eine besonders große Macht ausübte, weil Hitler sie mit den Akzenten eines übertriebenen Messianismus vorbrachte. »Als ich ein fanatischer Antisemit geworden war«, sagte er, »konnte ich mühelos erkennen, was eigentlich so teuflisch war an den jüdischen Theoretikern des Marxismus, und die ganze Menschheitsgeschichte erschien mir in einem neuen Licht.«

Schließlich stellte er sich die Frage, »ob nicht doch vielleicht das unerforschliche Schicksal aus Gründen, die uns armseligen Menschen unbekannt, den Endsieg dieses kleinen Volkes in ewig unabänderlichem Beschlusse wünscht? Sollte diesem Volke, das ewig nur dieser Erde lebt, die Erde als Belohnung zugesprochen sein? Haben wir ein objektives Recht zum Kampf für unsere Selbsterhaltung, oder ist auch dies nur subjektiv in uns begründet?

Indem ich mich in die Lehre des Marxismus vertiefte und so das Wirken des jüdischen Volkes in ruhiger Klarsicht einer Betrachtung unterzog, gab mir das Schicksal selber seine Antwort. Die jüdische Lehre des Marxismus lehnt das aristokratische Prinzip der Natur ab und setzt an Stelle des ewigen Vorrechts der Kraft und Stärke die Masse der Zahl und ihr totes Gewicht. Sie leugnet so im Menschen den Wert der Person, bestreitet die Bedeutung von Volkstum und Rasse und entzieht der Menschheit damit die Voraussetzung ihres Bestehens und ihrer Kultur ... Siegt der Jude mit Hilfe seines marxistischen Glaubensbekenntnisses über die Völker dieser Welt, dann wird seine Krone der Totentanz der Menschheit sein, dann wird dieser Planet wieder wie einst vor Jahrmillionen menschenleer durch den Äther ziehen. Die ewige Natur rächt unerbittlich die Übertretung ihrer Gebote[29].«

---

29 Ibd., S. 69/70.

»Umgekehrt, wenn die Erdkruste durch eine ungeheure Naturkatastrophe umgewälzt würde und wenn ein neuer Himalaja aus dem Ozean emporstiege und schlagartig die ganze menschliche Zivilisation zerstörte, gäbe es keinen Staat mehr. Jede Ordnung wäre aufgelöst. Alle Spuren einer tausendjährigen Entwicklung wären zerstört, und die Erde wäre nur noch ein riesiges Massengrab, bedeckt mit Wasser und Schlamm. Es genügte jedoch, daß ein paar Wesen höherer Gattung vor der Vernichtung bewahrt würden, damit die Flamme der Kultur sich wieder entzündete und eine neue menschliche Zivilisation auf Erden erblühte — selbst wenn es tausend Jahre dauerte.«

Hitler folgerte daraus: »So glaube ich im Sinne des allmächtigen Schöpfers zu handeln; indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn[30].«

Wie sollte er aber kämpfen? Wo sollte er Unterstützung und Verbündete für diesen großartigen Kampf finden, von dem die Zukunft des ganzen Menschengeschlechtes abhing? In den bürgerlichen Kreisen? Unmöglich. Sie waren egoistisch und feige, dachten nur an ihr materielles Wohlergehen und gaben sich dem Vergnügen hin, ohne auch nur einen Augenblick die Gefahr, die sie bedrohte, zu erkennen.

Oder etwa in der nationalistischen alldeutschen Partei, die Georg Ritter von Schönerer leitete und die verzweifelt kämpfte, um die Vorherrschaft des deutschen Elements innerhalb des österreich-ungarischen Reiches zu sichern? Obwohl diese Partei »Ein Volk! Ein Reich!« auf ihre Fahnen geschrieben hatte, dauerte es nicht lange und sie enttäuschte den Autor von »Mein Kampf«. Gewiß schätzte er ihren heftigen Antisemitismus, Antisozialismus und Nationalismus. Aber wie alle extrem rechts gerichteten Parteien verkannte sie vollkommen das soziale Problem. Daher war sie nicht fähig, die Massen anzusprechen. Sie verstand die Bestrebungen der Arbeiterwelt gar nicht, hatte daher nur einen begrenzten Einfluß und mußte sich auf ebenso unfruchtbare wie unwirksame Diskussionen über das Prinzip beschränken.

Der einzige Wiener Politiker, der in Hitlers Augen Gnade fand, war Karl Lueger, Bürgermeister der Stadt und Führer der christlich-sozialen Partei. Mehr als irgendein anderer, obwohl sie sich niemals getroffen hatten, wurde er gewissermaßen zu Hitlers politischem Vorbild. Hitler sagte später von ihm: »Heute sehe ich in dem Manne mehr noch als früher den gewaltigsten deutschen Bürgermeister aller Zeiten . . . ein

30 Ibd.

Mann, der allen sogenannten Diplomaten seiner Zeit überlegen war ... Hätte Dr. Karl Lueger in Deutschland gelebt, würde er in die Reihe der großen Köpfe unseres Volkes gestellt worden sein[31].«

Gewiß warf er Dr. Lueger vor, kein Alldeutscher zu sein. Auch seinen Klerikalismus und seine Anhänglichkeit für die Habsburger verstand er nicht. Er sah sich deshalb aber nicht weniger gezwungen, ihm Genialität zuzuerkennen. Denn Lueger wußte, wie man die Masse auf seine Seite brachte, er verstand die modernen sozialen Probleme, erkannte die Bedeutung der Propaganda, und überhaupt war er ein vollkommener Redner. Was Hitler von ihm lernte, wurde entscheidend für seine Karriere: daß die Kunst des Redens in der Politik allmächtig sei.

»Die Macht aber, die die großen historischen Lawinen religiöser und politischer Art ins Rollen brachte, war seit urewig nur die Zauberkraft des gesprochenen Wortes.

Die breite Masse eines Volkes vor allem unterliegt immer nur der Gewalt der Rede. Alle großen Bewegungen aber sind Volksbewegungen, sind Vulkanausbrüche menschlicher Leidenschaften und seelischer Empfindungen, aufgerührt entweder durch die grausame Göttin der Not oder durch die Brandfackel des unter die Masse geschleuderten Wortes und sind nicht limonadige Ergüsse ästhetisierender Literaten und Salonhelden[32].«

Aber echte Rednerkunst kann nicht erworben werden. Sie ist eine Gabe, die Gott nur wenigen Auserwählten gewährt. Je mehr sich Hitler der vorherrschenden Bedeutung des Wortes bewußt wurde, desto mehr grübelte er über diese Frage. Er vermied, sich in das Leben der Parteien einzumischen, aber er versuchte sein Rednertalent an den armen Teufeln, die er im Nachtasyl, in den Bettlerküchen oder an den Straßenecken von Wien traf. Bestimmt war das kein glänzendes Publikum, aber was machte das schon? Wenn er bei ihm Erfolg hatte, war das Experiment um so überzeugender.

Plötzlich, an einem Februarmorgen des Jahres 1912, ereignete sich das Wunder: Rasender Beifall wurde ihm von einer zusammengewürfelten Zuhörerschaft gespendet. »Seit diesem Augenblick«, sagte er viel später zu Martin Bormann, »wußte ich, daß ich zum Publikum reden konnte, und seit diesem Augenblick hatte ich den Eindruck, die Welt in meiner Hand zu halten[33].«

---

31 Ibd., S. 59 u. 133.
32 Ibd., S. 106.
33 Erklärung Martin Bormanns an General Schmundt.

Aber im Laufe der Jahre empfand Hitler eine wachsende Abneigung gegen Wien. Er hatte bald nur noch den einen Gedanken, Österreich zu verlassen, als ob er fühlte, daß er dort nichts mehr dazulernen konnte. »Meine innere Abneigung aber dem habsburgischen Staate gegenüber wuchs in dieser Zeit immer mehr an ... Widerwärtig war mir das Rassenkonglomerat, das die Reichshauptstadt zeigte, widerwärtig dieses ganze Völkergemisch von Tschechen, Polen, Ungarn, Ruthenen, Serben und Kroaten usw., zwischen allem aber als ewiger Spaltpilz der Menschheit — Juden und wieder Juden. Mir erschien die Riesenstadt als die Verkörperung der Blutschande. ... Je länger ich in dieser Stadt weilte, um so mehr stieg mein Haß gegen das fremde Völkergemisch, das diese alte deutsche Kulturstätte zu zerfressen begann[34].«

Es gelang ihm, einen Stapel Zeichnungen zu »verscheuern«, und er überschritt die Reichsgrenze nach Bayern[35]. Nun war er in München, 25 Jahre alt. Aber er war doch nicht deutscher Staatsangehöriger; er hatte einen österreichischen Paß und stand noch unter dem Gesetz der österreich-ungarischen Monarchie.

Durch seinen häufigen Wohnungswechsel war er bis jetzt der Militärpflicht seines Landes entgangen. Aber seine Adresse in München wurde herausgefunden, und er wurde aufgefordert, sich zur Musterung zu stellen, wenn er nicht als Deserteur gelten wollte. Hitler hätte sich gern dieser Pflicht entzogen, nicht aus Abscheu gegen den Soldatenberuf, sondern weil es ihm graute, unter der Fahne Habsburgs zu dienen. Er suchte Ausflüchte, versuchte Zeit zu gewinnen und antwortete, er hätte nicht die Mittel, nach Wien zu kommen. Gutmütig erlaubte der Kriegsminister, daß er sich in Salzburg stellen könne. Gleichzeitig teilte ihm die bayrische Polizei mit, er solle seine Angelegenheiten mit den Heimatbehörden in Ordnung bringen.

Todunglücklich stellte er sich dann am 5. Februar 1914 zur Musterung in Salzburg. Das Schicksal meinte es gut mit ihm: Nach der ärztlichen Untersuchung wurde er für den Kriegsdienst und für den Hilfsdienst untauglich befunden und von den österreichischen Listen gestrichen. Mit einem Seufzer der Erleichterung nahm Hitler den Zug nach München. Sicher ahnte er nicht, daß er diese Grenze von neuem erst an der Spitze seines eigenen Heeres überschreiten würde ...

---

34 »Mein Kampf«, S. 134–136.

35 Hitler legte seine Ankunft in München in das Jahr 1912. Das muß ein Irrtum sein, denn die Melderegister der österreichischen Polizei weisen ihn bis 1913 als in Wien wohnend auf.

Seine Erleichterung, nicht unter der schwarzgelben Fahne dienen zu müssen, war um so größer, als der Krieg nahte. Die bosnische Krise brach aus. Erzherzog Franz-Ferdinand wurde ermordet. Von nun an rollten die Ereignisse dem Abgrund zu, und nichts konnte sie aufhalten.

Am 1. August erklärte Deutschland Rußland den Krieg, zwei Tage später Frankreich. Der erste Weltkrieg begann.

Am gleichen Tag stellte Hitler ein Gesuch an Ludwig III. von Bayern, um die Erlaubnis zu erhalten, in einem seiner Regimenter als Freiwilliger zu dienen. Das Gesuch wurde angenommen.

Millionen Menschen beugten die Stirn vor dem tragischen Schicksal, von dem sie heimgesucht wurden, aber Hitler jubelte. Sein Eintritt in das bayrische Heer erlaubte ihm endlich, seinem heißgeliebten Deutschland zu dienen, in einem Kampf auf Leben und Tod. Nach der Armutsprobe war er freudig bereit, sich der Feuerprobe zu stellen.

»Mir selber kamen die damaligen Stunden wie eine Erlösung aus den ärgerlichen Empfindungen der Jugend vor. Ich schäme mich auch heute nicht, es zu sagen, daß ich, überwältigt von stürmischer Begeisterung, in die Knie gesunken war und dem Himmel aus übervollem Herzen dankte, daß er mir das Glück geschenkt, in dieser Zeit leben zu dürfen ... Ich hatte einst als Junge und junger Mensch so oft den Wunsch gehabt, doch wenigstens einmal auch durch Taten bezeugen zu können, daß mir die nationale Begeisterung kein leerer Wahn sei ... So, wie wohl für jeden Deutschen, begann nun auch für mich die unvergeßlichste und größte Zeit meines irdischen Lebens. Gegenüber den Ereignissen dieses gewaltigsten Ringens fiel alles Vergangene in ein schales Nichts zurück[36].«

☆

Hitler wurde Soldat im 16. bayrischen Reserveregiment und kam Ende Oktober 1914 nach zwei Monaten Ausbildung an die Westfront. Kaum eingetroffen, wurde seine Einheit zur Offensive in Richtung Pas-de-Calais eingesetzt. Aber der Vorstoß wurde in der ersten Schlacht bei Ypern von den Engländern gestoppt. Nach vier Kampftagen war das Regiment zusammengeschmolzen, von 3 500 blieben 600 Mann, vom ganzen Offizierkorps nur 30 Mann. Vier Kompanien mußten aufgelöst werden. »Von solch harten Kämpfen«, sagte Hitler, »kamen 16jährige Jungen mit Erwachsenen-Gesichtern zurück.« Er selber bekam das

36 »Mein Kampf«, S. 177–179.

Eiserne Kreuz für die Tapferkeit, die er als Melder der 1. Kompanie bewiesen hatte.

Am 7. Oktober 1916 kämpfte er in der Somme-Schlacht mit und wurde am Bein verwundet. Zunächst kam er ins Lazarett von Beelitzhof und bekam dann einen Genesungsurlaub, den er in Berlin und München verbrachte.

Als er zur Truppe zurückkehrte, wurde er im März 1917 dem Regiment List[37] zugeteilt. Kurze Zeit darauf wurde er Gefreiter. Im Sommer des Jahres nahm er an der Schlacht von Arras und an der dritten Schlacht von Ypern teil. Dann wurde sein Regiment bei den fünf Offensiven eingesetzt, die Ludendorff zwischen März und Juli 1918 führte. Im August bekam er das Eiserne Kreuz erster Klasse, das im kaiserlichen Heer nur selten an einen Soldaten verliehen wurde; es beweist, daß er wohl außerordentlichen Mut bewiesen haben muß, obwohl die Archive des Regiments davon nichts berichteten[38]. Hitler war mit Recht sehr stolz darauf. Es ist der einzige Orden, den er sein Leben lang getragen hat.

In der Nacht vom 13. zum 14. Oktober 1918 hatte seine Einheit, die auf einem Hügel südlich von Wervicq[39] lag, einen Gasangriff der Engländer durchzustehen. Fünf Stunden lang wurden die deutschen Stellungen mit Gelbkreuzgranaten beschossen. »Gegen Mitternacht«, schrieb Hitler, »schied ein Teil von uns aus, darunter einige Kameraden gleich für immer. Gegen Morgen erfaßte auch mich der Schmerz, von Viertelstunde zu Viertelstunde ärger, und um 7 Uhr früh stolperte und schwankte ich mit brennenden Augen zurück, meine letzte Meldung im Kriege noch mitnehmend. Schon einige Stunden später waren die Augen in glühende Kohlen verwandelt, es war finster um mich geworden.«

Nun war es Nacht. Hitler konnte das Kriegsende nicht sehen. In einen schwarzen Abgrund geworfen, erfuhr er von den letzten Anstrengungen Ludendorffs und vom Ausbruch der Revolution.

Er kam ins Lazarett Pasewalk in Pommern; dort fing er gerade an, aus seiner Erblindung herauszutasten, als am 10. November der Lazarettgeistliche die Verwundeten zu einer kleinen Ansprache versammelte und sie bat, den Mut nicht sinken zu lassen. »Nun erfuhren wir alles«, sagte Hitler. »Ich war, auf das äußerste erregt, auch bei der kurzen Rede anwesend. Der alte, würdige Herr schien sehr zu zittern, als er uns mit-

37 List war der Name des Kommandeurs.
38 Das war zu dieser Zeit für Einzeltaten nicht üblich.
39 Im Abschnitt von Ypern.

teilte, daß das Haus Hohenzollern nun die deutsche Kaiserkrone nicht mehr tragen dürfe, daß das Vaterland ›Republik‹ geworden sei, daß man den Allmächtigen bitten müsse, diesem Wandel seinen Segen nicht zu versagen und unser Volk in den kommenden Zeiten nicht verlassen zu wollen. Er sagte uns auch, daß unser Vaterland, da der Krieg jetzt verloren wäre und wir uns in die Gnade der Sieger begäben, schweren Bedrückungen ausgesetzt sein würde, daß der Waffenstillstand im Vertrauen auf die Großmut unserer bisherigen Feinde angenommen werden sollte — da hielt ich es nicht mehr aus. Mir wurde es unmöglich, noch länger zu bleiben. Während es mir um die Augen wieder schwarz ward, tastete und taumelte ich zum Schlafsaal zurück, warf mich auf mein Lager und grub den brennenden Kopf in Decken und Kissen . . . Es war also alles umsonst gewesen. Umsonst all die Opfer und Entbehrungen, umsonst der Hunger und Durst . . . vergeblich die Stunden, in denen wir, von Todesangst umkrallt, dennoch unsere Pflicht taten, und vergeblich der Tod von zwei Millionen, die dabei starben . . . Waren sie dafür gestorben? Geschah dies alles dafür, daß nun ein Haufen elender Verbrecher die Hand an das Vaterland zu legen vermochte[40]?«

Für Hitler brannte sich das Ende des Krieges mit Feuerzeichen auf die schwarze Mauer der Nacht, die ihn umgab. Im Osten hatte das deutsche Schwert gesiegt. Aber im Westen hatten verbrecherische Hände — die Hände der Marxisten und Juden — ihm den Endsieg versagt. Lange bevor zwei englische Generale diese Formel hinausposaunten[41], war Hitler überzeugt, daß Deutschland nicht auf dem Schlachtfeld besiegt worden sei, sondern daß es einen Dolchstoß in den Rücken bekommen hatte.

Er schrieb: »Was folgte, waren entsetzliche Tage und noch bösere Nächte. Ich wußte, daß alles verloren war. Auf die Gnade des Feindes zu hoffen, konnten höchstens Narren fertigbringen oder Lügner und Verbrecher. In diesen Nächten wuchs mir der Haß, der Haß gegen die Urheber dieser Tat. In den Tagen darauf wurde mir auch mein Schicksal bewußt. Ich mußte nun lachen bei dem Gedanken an meine eigene Zukunft, die mir vor kurzer Zeit noch so bittere Sorgen bereitet hatte. War es nicht zum Lachen, Häuser bauen zu wollen auf solchem Grunde? Endlich wurde mir auch klar, daß doch nur eingetreten war, was ich so oft schon befürchtete, nur gefühlsmäßig nie zu glauben vermochte. Kaiser Wilhelm II. hatte als erster deutscher Kaiser den Führern des Marxis-

40 »Mein Kampf«, S. 222–224.
41 Generalmajor Sir Frederick Maurice und Generalmajor Malcolm (vgl. Wheeler-Bennett: »Le Drame de l'Armée allemande«).

mus die Hand zur Versöhnung gereicht, ohne zu ahnen, daß Schurken keine Ehre besitzen. Während sie die kaiserliche Hand noch in der ihren hielten, suchte die andere schon nach dem Dolche. Mit dem Juden gibt es kein Paktieren, sondern nur das harte Entweder-Oder. Ich aber beschloß, Politiker zu werden[42].«

42 »Mein Kampf«, S. 225.

XV Die Anfänge des Nationalsozialismus

Wir mußten den Krieg verlieren,
um die Nation zu gewinnen.
Moeller van den Bruck,
Das III. Reich.

Als Hitler das Augenlicht wiedererlangt hatte und im Dezember 1918 zur Genesung nach München zurückkehrte, war die Stadt, die er vor sich sah, ganz anders als das München von 1914.

Aus war es mit der glücklichen Vorkriegszeit, den Theateraufführungen, den volkstümlichen Tanzvergnügen und den Künstlertreffen in den raucherfüllten Braustuben. Die bayrische Hauptstadt stand mitten im Chaos. Die Revolution war in vollem Gange und übersäte die Straßen mit Leichen und Ruinen. Die Rätediktatur ließ den Terror herrschen. Wochenlang lebte München im Lärm endloser Schießereien, denn die rivalisierenden Parteien hörten nicht auf, sich gegenseitig zu zerfleischen[1].

In dieser blutigen, grauenerregenden Atmosphäre fand Hitler die Kaserne seines Bataillons in den Händen der Soldatenräte. Er war davon um so mehr angeekelt, weil diese Soldaten keine Frontkämpfer waren, sondern die »Drückeberger« der Etappe.

Er sah, wie der Pöbel durch die Straßen marschierte, rote Fahnen schwenkte und die »Internationale« grölte. Die Anführer waren Kurt Eisner, Lipp, Wandler-Krakau, Leviné und Levien. Brauchte er noch mehr, um seine Überzeugung zu untermauern? Hatte er dies alles nicht schon kommen sehen? Hatte er seinen Frontkameraden nachts in den Schützengräben nicht prophezeit, »daß Deutschland den Krieg trotz seiner großen Kanonen verlieren würde, weil es einen Virus im Blut hatte, der viel gefährlicher war als die schwerste Artillerie?«

Angeekelt verließ er München und verbrachte den Winter in Traunstein, wo er vor einem Kriegsgefangenenlager Wache schob, das aufgelöst werden sollte.

Als Hitler 1919 nach München zurückkehrte, hatte sich die Lage geändert. Kurt Eisner war ermordet worden, Levien, Axelrod und Leviné waren geflüchtet. Ein Expeditionskorps aus Berlin hatte der Rätediktatur

---

1 Vgl. Band I, S. 262 ff.

ein Ende bereitet[2]. Aber wieder einmal war Blut vergossen worden, und Bayern hatte es schwer, sich von diesen vielen Schlägen zu erholen.

Im Mai 1919 wurde Hitler zum Bildungsoffizier in der Vorläufigen Reichswehr ernannt. Außer den Bürgerkundekursen, die er vor den Freiwilligen zu halten hatte, war er mit der Aufgabe betraut worden, seine Vorgesetzten über die Richtungen und die Tätigkeit der unzähligen kleinen politischen Parteien zu unterrichten, die wie Pilze aus dem überhitzten Boden des ehemaligen Wittelsbachschen Königreiches schossen. So kam er mit der »Deutschen Arbeiterpartei« in Berührung. Am 16. September 1919 beschloß er, dieser kleinen Gruppe von sechs Mitgliedern[3] beizutreten, deren Vorsitzender ein Schlosser mit dem Namen Anton Drexler war; sie hatte weder Statuten noch Programme, weder Stempel noch Briefpapier, und ihr Kapital betrug 7,50 Mark. »Da man irgendwo beginnen muß«, sagte er sich, »dann ebensogut hier wie anderswo.«

Die ersten Versammlungen der Partei lockten nur 30 Zuhörer, übrigens immer dieselben. Hitler versuchte vergebens, diesen kleinen Kreis von Sympathisierenden zu vergrößern. Überall stieß er auf vollkommene Gleichgültigkeit, und es fehlte an Geld, um Einladungen drucken zu lassen. So beschloß er, eine Großaktion durchzuführen. Am 16. Oktober 1919, einen Monat nach seinem Eintritt in die Gruppe, bereitete er eine öffentliche Versammlung im Souterrain des Hofbräuhauses vor. Es war die Veranstaltung, zu der auch Rosenberg und Dietrich Eckart eingeladen wurden. Das Ergebnis übertraf alle Erwartungen: 111 Personen waren dem Ruf gefolgt. Zum erstenmal sprach Hitler vor einem deutschen Publikum, und nach einer halben Stunde hatte er seine Hörer so begeistert, daß die Geldsammlung 300 Mark einbrachte. Als Beweis ihrer Dankbarkeit ernannten ihn die Führer der Partei am 5. Januar 1920 zum Propagandachef.

Hitler war fest davon überzeugt, daß die Anwerbung von Mitgliedern von der Zahl der Veranstaltungen abhinge, und organisierte am 24. Februar 1920 eine Massenversammlung, nicht mehr im Souterrain, sondern im Festsaal des Hofbräuhauses. Seine Kameraden waren erschrokken über soviel Kühnheit. Sie befürchteten, er setze die Zukunft der Bewegung aufs Spiel, um so mehr, als er die Versammlung durch rote Plakate in der Stadt angekündigt und dadurch den Zorn der Linksparteien entfacht hatte. Die Kundgebung sollte um 19.30 Uhr beginnen,

2 Vgl. Band I, S. 290/291.
3 Die Herren Harrer, Anton Drexler, Gottfried Feder u. a.

und Hitler war etwas beunruhigt über ihren Ausgang. Aber schon um 19.15 Uhr war der Saal überfüllt. Mehr als 2000 Menschen waren gekommen. Als Hitler das Wort ergriff, wurde er sogleich durch die lärmenden Zwischenrufe einer Gruppe von Kommunisten unterbrochen. Er ließ sich in eine Diskussion mit ihnen ein und brachte sie schließlich zum Schweigen; nun konnte er in der wachsenden Begeisterung das Programm der neuen Partei darlegen, das in 25 Punkte zusammengefaßt war und dessen 22. Punkt besagte: »Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Gründung einer Nationalarmee[4].«

Am 1. April 1920, dem Tag nach dem Kapp-Putsch, legte Hitler sein Amt als Bildungsoffizier nieder und machte sich so von jeder militärischen Verpflichtung frei. Von nun an konnte er sich ganz der Partei widmen, die unter seinem Einfluß rasche Fortschritte machte. Am 21. April wurde in Rosenheim die erste Gruppe außerhalb Münchens gegründet.

Hitler wollte der Bewegung eine Fahne geben, die gleichzeitig ein Symbol und ein Zeichen der Zusammengehörigkeit darstellen sollte; dafür zeichnete er die rote Fahne mit weißem Kreis und schwarzem Hakenkreuz, die 13 Jahre später zur Fahne des Dritten Reiches werden sollte.

Dann änderte er den Namen der Partei, die von nun an NSDAP heißen sollte, National-Sozialistische Deutsche Arbeiter-Partei. Inzwischen hatten sich Hitler und Dietrich Eckart angefreundet. Am 17. Dezember kaufte Hitler auf Eckarts Rat hin ein kleines nationalistisches Blatt, den »Völkischen Beobachter«, das zum offiziellen Mitteilungsblatt der Partei wurde und es ihm erlaubte, sein Tätigkeitsfeld zu vergrößern[5]. Einen Monat später, am 21. Januar 1921, fand die erste Generalversammlung der Partei statt, die jetzt 3000 Mitglieder zählte. Als Hitler die Bilanz seiner Tätigkeit im verflossenen Jahr zog, gab er bekannt, daß allein 46 Massenversammlungen abgehalten worden waren.

---

4 Die anderen Hauptpunkte des Programms lauteten: Befreiung aus den Ketten des Versailler Vertrages; Gleichheit der Rechte auch in Rüstungsangelegenheiten; Vereinigung aller Auslandsdeutschen; Ausschluß der Juden aus der politischen Führung Deutschlands; Schaffung eines kräftigen Mittelstandes; Altersrenten; Förderung der Begabten ohne soziale Unterschiede; Kampf um die Besserung der Volksgesundheit; Mutter- und Kinderschutz; Abschaffung der Zinsentyrannei; Agrarreform; Abschaffung des Klassenkampfes durch Gründung einer echten nationalen Gemeinschaft.

5 General von Epp, von Hauptmann Röhm darum gebeten, streckte 60 000 Mark zum Kauf dieses Blattes vor. Die Reichswehrbehörden stützten sich später auf diese Tatsache, um Epp zum Austritt aus der Reichswehr zu zwingen. Er trat dann als politischer Ratgeber in die NSDAP ein.

Am 3. Februar 1921 organisierte die NS-Partei eine große Volkskundgebung im Zirkus Krone in München. 6500 Menschen waren gekommen. Im Lauf der nächsten Monate fanden zwei- bis dreimal in der Woche Massenversammlungen und Gruppenversammlungen statt. Am 29. Juli schließlich wurde Hitler, dessen Persönlichkeit alle Mitkämpfer in den Schatten stellte, zum Parteichef ernannt.

Eine erste Hürde war damit genommen; eine zweite lag vor ihm: Bayern seinen Willen aufzuzwingen. Er wußte, daß er das nicht ohne Kampf erreichen würde. Schon fühlte er, wie der Zorn der Kommunisten stieg. Täglich griffen sie ihn in ihren Zeitungen an. Er wußte, daß ein Kampf zwischen diesen beiden Parteien unvermeidlich war, aber er wollte sich nicht unter Polizeischutz stellen; sie diente einem Regime, das er sich weigerte anzuerkennen. So gründete er am 3. August 1921, fünf Tage nach seiner Nominierung zum Parteichef, einen »Sport- und Turnverein«, den er beauftragte, für Schutz und Ordnung innerhalb und außerhalb der Säle zu sorgen. Das war die erste Zelle der späteren braunen Armee.

Der erste schwere Zusammenstoß zwischen Nazis und Marxisten ereignete sich am 4. November 1921. Hitler hatte für diesen Abend eine Massenversammlung im Festsaal des Hofbräuhauses organisiert, und die KP hatte beschlossen, mit Gewalt dagegen vorzugehen; sie schickte mehrere hundert Mitglieder in den Festsaal, um »ein für allemal mit diesen Schreihälsen von Nationalisten Schluß zu machen«.

»Als ich um dreiviertel acht Uhr in die Vorhalle des Hofbräuhauses kam, konnte allerdings ein Zweifel über die vorhandene Absicht nicht mehr bestehen. Der Saal war übervoll und deshalb polizeilich gesperrt worden. Die Gegner, die sehr früh erschienen waren, befanden sich im Saal und unsere Anhänger zum größten Teil draußen. Die kleine SA erwartete mich in der Vorhalle. Ich ließ die Türen zum großen Saal schließen und hieß dann die 45 oder 46 Mann antreten. Ich habe den Jungen vorgestellt, daß sie wahrscheinlich heute der Bewegung zum ersten Male auf Biegen und Brechen die Treue halten müßten und daß keiner von uns den Saal verlassen dürfe, außer sie trügen uns als Tote hinaus; ich würde selbst im Saale bleiben, glaubte nicht, daß mich auch nur einer von ihnen verlassen würde; erblickte ich aber selber einen, der sich als Feigling erweise, so würde ich ihm persönlich die Binde herunterreißen und das Abzeichen fortnehmen. Dann forderte ich sie auf, beim geringsten Versuch zur Sprengung augenblicklich vorzugehen und dessen eingedenk zu sein, daß man sich am besten verteidigt, indem

man selbst angreift. Ein dreifaches Heil, das dieses Mal rauher und heiserer klang als sonst, war die Antwort[6].«

Als der Chef der NS-Partei den Saal betrat, fühlte er, daß eine heftige Feindseligkeit in der Menge schwelte. Indessen wickelte sich der erste Teil seiner Rede ohne Zwischenfall ab. Erst nach einer Weile — »infolge«, sagte er selbst, »eines Taktikfehlers meinerseits« — entfesselte sich das Toben. Das Gebrüll kam aus verschiedenen Richtungen, der Lärm wurde ohrenbetäubend. Bald flogen Bierkrüge, Stühle und Tischbeine gegen die Tribüne.

Im selben Augenblick gingen die Männer des Ordnungsdienstes vor. In Gruppen von zehn oder zwölf Mann stürzten sie sich auf ihre Gegner und drängten sie gegen die Saaltüren zurück. Auf beiden Seiten regierte das Faustrecht. Die meisten jungen Leute hatten blutüberströmte Gesichter; einige waren sogar ernstlich verletzt. Aber sie stürzten sich von neuem in den Kampf, ohne auf die Schüsse zu achten, die im Hintergrund des Saales krachten, und nach einiger Zeit gelang es ihnen, die Gegner hinauszujagen. Nach und nach kehrte wieder Ruhe ein, und der Versammlungsleiter kündigte an: »Die Versammlung wird fortgesetzt.« Der Saal war vollständig zerstört, aber die Nationalsozialisten behaupteten das Feld.

Am gleichen Abend scharte Hitler die Mitglieder des Ordnungsdienstes um sich und gratulierte ihnen zu ihrem Mut; an ihrer Spitze stand ein junger Fliegeroffizier, Rudolf Heß. Hitler erklärte, daß der Sport- und Turnverein von nun an den Namen Sturm-Abteilung tragen sollte (SA). Als die zweite Generalversammlung der Partei Ende Januar 1922 eröffnet wurde, war die Zahl der Mitglieder auf 6 000 gestiegen.

Inzwischen war die Regierung von Kahr durch ein neues Kabinett abgelöst worden, dessen Sympathien für das republikanische Regime ausgeprägter waren. Am 24. Juni — dem Tag, an dem Rathenau in Berlin ermordet wurde — wurde Hitler aufgefordert, eine Gefängnisstrafe von 30 Tagen anzutreten, zu der er verurteilt worden war, weil er eine Versammlung des »Bayernbundes«, der separatistische Tendenzen zeigte, mit Gewalt auseinandergesprengt hatte.

Nach seiner Entlassung war eine seiner ersten Sorgen, Aufbau und Zahl der SA zu verstärken, denn er ahnte, daß die Ereignisse des 4. November 1921 nur ein Vorspiel für viel härtere Kämpfe darstellten[7]. Da-

6 »Mein Kampf«, S. 564–565.

7 Er täuschte sich nicht, denn bis zur Machtergreifung hatte die Partei 387 Tote und 43 000 Verletzte zu beklagen.

für bat er Kapitän Ehrhardt, ihm ehemalige Offiziere seiner Brigade als Ausbilder zu benennen[8], und stellte für die Gründung der SA folgende Richtlinien auf[9]:

1. Ihre Ausbildung hat nicht nach militärischen Gesichtspunkten, sondern nach parteizweckmäßigen zu erfolgen.
   Soweit die Mitglieder dabei körperlich zu ertüchtigen sind, darf der Hauptwert nicht auf militärisches Exerzieren, sondern vielmehr auf sportliche Betätigung gelegt werden. Boxen und Jiu-Jitsu sind mir immer wichtiger erschienen als irgendeine schlechte, weil doch nur halbe Schießausbildung. Man gebe der deutschen Nation sechs Millionen sportlich tadellos trainierte Körper, alle von fanatischer Vaterlandsliebe durchglüht und zu höchstem Angriffsgeist erzogen, und ein nationaler Staat wird aus ihnen, wenn notwendig, in nicht einmal zwei Jahren eine Armee geschaffen haben, wenigstens insofern ein gewisser Grundstock für sie vorhanden ist. Dieser kann aber, wie heute die Verhältnisse liegen, nur die Reichswehr sein und nicht ein in Halbheiten steckengebliebener Wehrverband. Die körperliche Ertüchtigung soll dem einzelnen die Überzeugung seiner Überlegenheit einimpfen und ihm jene Zuversicht geben, die ewig nur im Bewußtsein der eigenen Kraft liegt; zudem soll sie ihm jene sportlichen Fertigkeiten beibringen, die zur Verteidigung der Bewegung als Waffe dienen.
2. Um von vornherein jeden geheimen Charakter der SA zu verhüten, muß, abgesehen von ihrer sofort jedermann kenntlichen Bekleidung, schon die Größe ihres Bestandes ihr selbst den Weg weisen, welcher der Bewegung nützt und aller Öffentlichkeit bekannt ist. Sie darf nicht im verborgenen tagen, sondern soll unter freiem Himmel marschieren und damit eindeutig einer Betätigung zugeführt werden, die alle Legenden von »Geheimorganisation« endgültig zerstört. Um sie auch geistig von allen Versuchen, durch kleine Verschwörungen ihren Aktivismus zu befriedigen, abzuziehen, muß sie, von allem Anfang an, in die große Idee der Bewegung vollständig eingeweiht und in der Aufgabe, diese Idee zu vertreten, so restlos ausgebildet werden,

8 Edgar Schmidt-Pauli: »Die Männer um Hitler«, S. 112.

9 Es ist interessant, diese Direktiven der Regelung gegenüberzustellen, die General Maercker für die Verfassung seines Freikorps ausgearbeitet hatte. (Band I, S. 114.) Beide Texte gleichen sich insofern, als sie den Willen ihrer Autoren aufzeigen, nicht die alte Armee nachzuahmen, sondern eine neue Truppe zu schaffen, die genau ihren Zielen entspricht.

daß von vornherein der Horizont sich weitet und der einzelne Mann seine Mission nicht in der Beseitigung irgendeines kleineren oder größeren Gauners sieht, sondern in dem Sicheinsetzen für die Errichtung eines neuen nationalsozialistischen völkischen Staates. Dadurch aber wird der Kampf gegen den heutigen Staat aus der Atmosphäre kleiner Rache- und Verschwörungsaktionen herausgehoben zur Größe eines weltanschaulichen Vernichtungskrieges gegen den Marxismus und sein Gebilde.

3. Die organisatorische Formung der SA sowie ihrer Bekleidung und Ausrüstung[10] ist sinngemäß nicht nach den Vorbildern der alten Armee, sondern nach einer durch ihre Aufgabe bestimmten Zweckmäßigkeit vorzunehmen[11].

Nach diesen Prinzipien wurde die SA von München in sechs Hundertschaften eingeteilt, und Hitler wartete nur auf eine günstige Gelegenheit, um sie der Öffentlichkeit vorzustellen. Am 16. August veranstalteten die vaterländischen Verbände Bayerns eine Volksversammlung, um gegen das Republikschutzgesetz zu protestieren. Mehr als 50 000 Menschen drängten sich schon auf dem Königsplatz, als die Mitglieder der NSDAP erschienen; voran marschierten die sechs Hundertschaften, die 15 Hakenkreuzbanner trugen. »Das Eintreffen der Nationalsozialisten«, schrieb Hitler, »auf dem bereits zur Hälfte gefüllten großen Platz, der sonst fahnenleer war, erregte eine unermeßliche Begeisterung . . . Der Erfolg der Veranstaltung war überwältigend[12].«

Vierzehn Tage später gesellten sich zwei neue Hundertschaften dazu, und ihre Zahl wuchs von Woche zu Woche. Aber es genügte nicht, sie vorbeimarschieren zu lassen. Hitler wollte sie jetzt einsetzen, um ihr Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken und ihnen zu zeigen, wozu sie fähig waren.

Am 14. Oktober veranstalteten die vaterländischen Parteien in Coburg einen sogenannten »Deutschen Tag«. Der Vorstand hatte Hitler eingeladen und ihn gebeten, sich von einer »kleinen« Delegation begleiten zu lassen. Der Chef der Nazi-Partei begab sich aber mit den 800 Mann der Münchner SA nach Coburg; vor ihnen marschierten etwa 15 Fahnenträger und eine Kapelle von 42 Mann. Der Sonderzug, der sie nach Coburg brachte, erregte unterwegs größtes Aufsehen. Als sie eintrafen,

---

10 Die SA erhielt ihre endgültige Uniform nur wenig später.
11 »Mein Kampf«, S. 611/612.
12 Ibd., S. 613.

wurde Hitler von einer Delegation der Festleitung empfangen, die ihn mit verlegener Miene beschwor, nicht geschlossen anzumarschieren, die Fahnen eingerollt zu lassen und auch auf die Kapelle zu verzichten, um den Zorn der Linksparteien nicht herauszufordern. Empört über dieses Ansinnen, das ihm wie eine Kapitulation vorkam, gab Hitler seinen Hundertschaften sofort den Befehl, sich in Reih und Glied zu formieren, die Fahnen zu entrollen und mit klingendem Spiel in Coburg einzumarschieren.

Aber anstatt die SA in die Quartiere zu führen, die in den Vororten für sie bereitstanden, geleitete die Polizei die Ortsunkundigen mitten in die Stadt zu einer Brauerei. Kaum war die letzte Hundertschaft in den Hof marschiert, als sich die Menge von allen Seiten auf die Brauerei stürzte. Die Polizei fürchtete, der Zwischenfall werde sich tragisch entwickeln, und ließ die Tore des Gebäudes verrammeln, während die Massen in wütendes Geschrei ausbrachen. Hitler fand diesen Zustand unerträglich und ließ die SA antreten, um ihr mitzuteilen, daß er vorhabe, Gewalt mit Gewalt zu vergelten. Dann forderte er die Polizei auf, die Tore zu öffnen, da seine Leute sie sonst sprengen würden. Nach langem Zögern ließ die Polizei die Tore öffnen, und die SA konnte ihre Quartiere in guter Ordnung aufsuchen.

Abends sammelte sich wieder eine Menge um die Quartiere der SA und begann mit Steinen zu werfen. Die Männer, durch die Ereignisse des Nachmittags am Ende ihrer Geduld, antworteten mit einem Hagel von Wurfgeschossen, und die Menge zerstreute sich schnell.

Am nächsten Morgen hingen an allen Straßenecken rote Plakate, die die Mitglieder der Gewerkschaften aufforderten, sich zur Massenkundgebung gegen »die Mörderbanden, die den Ausrottungskrieg gegen die Arbeiter geschworen haben«, zu sammeln. Inzwischen hatte die SA im Laufe der Nacht Verstärkung bekommen und bestand nun aus 1 500 Mann, als sie zum Versammlungsplatz marschierte. Sie waren auf eine richtige Schlacht gefaßt. Aber statt der 10 000 Demonstranten, die man erwartet hatte, waren nur ein paar hundert dem Ruf der Gewerkschaften gefolgt. Im Nu wurden sie von der SA vom Platz gejagt, unter dem Jubel der Coburger Bevölkerung, die jetzt, da die Gefahr vorbei war, allmählich ihre Passivität aufgab.

Am gleichen Abend marschierte die SA zum Bahnhof, um nach München zurückzufahren. Nun aber ereigneten sich neue Zwischenfälle. Die Eisenbahner weigerten sich, den Zug zu fahren. Ohne Zögern befahl Hitler seinen Leuten, sich der Rädelsführer zu bemächtigen und

sie unter Bewachung auf den Tender und in die Wagen zu bringen. Dann erklärte er den Eisenbahnern, seine Männer würden den Zug selber fahren, da sie aber mit dieser Arbeit nicht vertraut wären, würde der Zug vielleicht unterwegs entgleisen. »Ich versäumte auch nicht«, sagte Hitler, »die Herren darauf aufmerksam zu machen, daß die Fahrt mit unseren eigenen Kräften selbstverständlich ein unendlich riskantes Unternehmen sein würde und es nicht ausgeschlossen wäre, daß wir uns alle zusammen Genick und Knochen brächen. Freuen würde uns aber, dann wenigstens nicht allein, sondern in Gleichheit und Brüderlichkeit mit den roten Herrschaften ins Jenseits zu wandern[13].« Verblüfft über diese unerwarteten Argumente, beugten sich die Eisenbahner, und einige Stunden später traf die Truppe wieder in München ein.

»In Coburg hat immerhin ein Teil der marxistischen Arbeiterschaft, der übrigens selbst nur als verführt angesehen werden mußte, durch die Fäuste nationalsozialistischer Arbeiter belehrt, einsehen gelernt, daß auch diese Arbeiter für Ideale kämpfen, da man sich erfahrungsgemäß nur für etwas, an das man glaubt und das man liebt, auch schlägt . . . Die Erfahrungen von Coburg hatten aber noch weiter die Bedeutung, daß wir nun daran gingen, planmäßig in allen Orten, in denen der rote Terror seit vielen Jahren jede Versammlung Andersdenkender verhindert hatte, diesen zu brechen und die Versammlungsfreiheit herzustellen[14].«

Hitler nutzte die folgenden Wochen, um diesen Erfolg auszuweiten und seine Propaganda zu verstärken. Am 30. November hielt er an einem Tag fünf Versammlungen ab. Am 15. Dezember ergriff er in zehn Versammlungen das Wort. Ende des Monats war die Partei auf 30 000 Mitglieder angestiegen und die SA auf 6 000. Die Kasse der Partei wies statt 7,50 Mark 170 000 Goldmark auf. Die Hochburgen des bayrischen Kommunismus wurden eine nach der anderen gestürmt. Und nun, in einer fieberhaften und atemraubenden Atmosphäre, unter dem Lärm der SA-Stiefel, die immer zahlreicher auf den Straßen Bayerns marschierten, unter Fanfarenstößen und anschwellendem Geschrei von »Heil Hitler« und »Deutschland erwache!« begann das Jahr 1923, das nicht ohne Grund das »unmenschliche Jahr« genannt wird.

---

13 Ibd., S. 617.
14 Ibd., S. 618.

XVI Die Reichswehr bewahrt die Einheit des Reiches

1. Die Besetzung der Ruhr und die Erklärung des Ausnahmezustandes

Das Ende des Jahres 1922«, schrieb Clemenceau, »brachte nutzlose Diskussionen zwischen England und Frankreich über die Reparationen. England war geneigt, ohne Vorbehalte vier Jahre Zahlungsaufschub zu gewähren. Poincaré dagegen verfocht die These: Kein Moratorium ohne Pfand[1].« Bei einer Zusammenkunft in London vom 9. bis 11. Dezember hatten die Vertreter der alliierten Mächte keine Annäherung ihrer Standpunkte erzielen können. Am 27. Dezember hatte die Reparationskommission unter Vorsitz von Barthou mit Stimmenmehrheit[2] unzulängliche Holzlieferungen Deutschlands festgestellt[3]. Die Chefs der alliierten Regierungen kamen dann vom 2. bis zum 4. Januar 1923 in Paris zusammen, um von neuem die Lage zu überprüfen. »Man weiß«, schrieb Paul Tirard, »was bei dieser Art von Meinungsaustausch herauskommt: Nach Ablehnung des Vorschlages von Bonar Law einigen sich die französische und die belgische Regierung unter Ausschluß der Briten über den Grundsatz ihres Einschreitens an der Ruhr[4].«

Auch in Paris war man weit davon entfernt, über die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme einig zu sein. In »Europa und die Europäer« beschreibt Graf Sforza, wie geteilt die Meinung der französischen Staatsmänner war. Clemenceau — dem man gewiß keine freundliche Gesinnung Deutschland gegenüber nachsagen kann — war durchaus dagegen. Den lothringischen Industriellen, die ihn gleich nach der Pariser Konferenz drängten, die Ruhr besetzen zu lassen, hatte er geantwortet: »Ich werde nicht das Blut eines einzigen französischen Soldaten vergießen, um Ihnen Kohle zu liefern.« Foch, der so selten einer Meinung

---

1 Clemenceau: »Grandeurs et Misères d'une victoire«, S. 267.

2 Der britische Vertreter hatte sich der Stimme enthalten.

3 Deutschland sollte vor Ende 1922 an Frankreich 200 000 m³ Telegraphenstangen liefern. Am 15. Dezember waren aber erst 65 000 m³ geliefert. Diese Differenz von 135 000 m³ entschied letztlich über die Ruhrbesetzung.

4 Paul Tirard: »La France sur le Rhin«, S. 346. Mr. Child, Botschafter der USA, war so sehr gegen die Ruhrbesetzung, daß er Staatssekretär Hughes vorschlug, »an die öffentliche Meinung zu appellieren und über den Kopf der französischen Regierung hinweg zu handeln«. (Tansill, a. a. O., S. 28.)

mit dem Ministerpräsidenten war, nannte die Ruhr »ein furchtbares Wespennest«. Millerand, Leygues, Briand, die nach dem Rücktritt des »Tigers« nacheinander an die Macht gekommen waren, wollten sich des Wortes »Ruhr« wie eines Damoklesschwertes bedienen, um Deutschland zu zwingen, seine Verpflichtungen einzuhalten. Sie dachten, mehr oder minder bewußt, dies Wort könne Wunder vollbringen, solange es als Drohung aufrechterhalten werde, seine Anwendung aber könne zum Unheil ausschlagen. Poincaré selber zögerte. Aber er fühlte sich durch seine Artikel in der »Revue des deux Mondes« gebunden, in der er die Formel geprägt hatte: »Kein Moratorium ohne Pfand.«

Nur Barthou hielt blind daran fest, trotz der Einwendungen der Linksparteien[5] und der Warnungen Englands. Unter lautem Beifall eines Teiles der öffentlichen Meinung, die fast nichts über das wußte, was in Deutschland vor sich ging, plagte er unablässig die Regierung und drängte sie vorwärts. Die ständige Besetzung der Ruhr sollte für Frankreich ein Sicherheitspfand sein, ein Ersatz für die anglo-amerikanische Garantie, die es nicht erhalten hatte.

Unter diesen Umständen entschied sich Poincaré, hin- und hergerissen, schließlich für das Einschreiten und teilte dem Reich am 10. Januar 1923 die Absicht mit, eine Abordnung von Ingenieuren in Begleitung von Truppen an die Ruhr zu schicken, um die wirtschaftliche Rentabilität des Industriegebiets zu kontrollieren.

☆

»Die Operation«, schrieb Tirard, »wurde von General Degoutte, dem Oberkommandierenden der alliierten Armeen, geleitet[6].« Am 11. Januar besetzten französische und belgische Truppen ohne Widerstand Oberhausen und Essen und einen beträchtlichen Teil des Ruhrbeckens. Die Interalliierte Kontrollkommission der Fabriken und Bergwerke (M. I. C. U. M. = Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines) ließ sich in Essen nieder und nahm ersten Kontakt mit den deutschen Industriellen auf.

In diesem Augenblick erfolgte ein Theatercoup: Reichskanzler Cuno, der am 22. November 1922 Wirth im Amt gefolgt war, beantwortete die Aktion des Generals Degoutte mit der Verkündung des passiven

5 Herriot und Léon Blum hatten die Gefahren des Unternehmens offen dargestellt.
6 Paul Tirard, a. a. O., S. 347.

Widerstandes. Das Berliner Kabinett untersagte allen Beamten der besetzten Zone den geringsten Kontakt mit den französisch-belgischen Behörden und entfesselte eine industrielle Gegenoffensive, deren Wellen mehrere Monate hindurch hochschlugen: Weigerung, die vorgesehenen Naturalien zu liefern; Einstellung der Zahlungen; Weigerung, für die Kosten der Besatzungsarmee aufzukommen; Streiks der Eisenbahnen, der zivilen Verwaltungen, des Zolls und der Post auf Regierungsbefehl; systematische Stillegung der Bergwerke, der Eisenbahnen, der Werkstätten; Sabotage der Signalanlagen, der Stellwerke, der elektrischen Anlagen, des Telefonverkehrs. Brücken wurden in die Luft gesprengt, Züge entgleisten, Offiziere des Besatzungskorps wurden am hellichten Tage umgebracht.

Dazu hatte das Ruhrkohlensyndikat, das Gehirn des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, das alle Hebel dieser gewaltigen technischen Organisation beherrschte, Essen in der Nacht vor dem Einmarsch der französischen Truppen verlassen und alle Akten mitgenommen. Als Antwort auf diese Verfehlung besetzten General Degouttes Divisionen am 15. Januar das gesamte Ruhrbecken und besonders Bochum, den Mittelpunkt der Koksbereitung. Nationalistische Elemente provozierten in dieser Stadt einen Krawall. Ein französischer Posten mußte sich mit der Waffe gegen einen Angriff verteidigen. Am nächsten Tag besetzten die französischen Truppen auch Dortmund[7]. Wie zwei Ringkämpfer, die sich gegenseitig gepackt haben, schienen Frankreich und Deutschland in ausweglosem Kampf miteinander verstrickt zu sein.

Am 16. Januar stellte die Reparationskommission zwei neue Fehlleistungen Deutschlands fest. Statt Repressalien gab die H. C. I. T. R.[8] am 18. in drei Verfügungen die Beschlagnahme gewisser Einnahmen des Reiches im besetzten Gebiet bekannt: Zölle, Patente, Reichsforste, Kohlensteuer. Nachdem schließlich am 26. Januar die Reparationskommission die »allgemeine Fehlleistung des Reiches« festgestellt hatte, verboten die französische und belgische Regierung jede Lieferung von Kohle und Koks nach dem nichtbesetzten Deutschland. Dies Verbot wurde dann ausgedehnt auf Hüttenerzeugnisse und Fertigwaren. »So wurden Rheinland und Ruhr völlig vom übrigen Deutschland getrennt«, schrieb Tirard.

Aber in dem Maße, in dem die alliierten Behörden ihre Aktion ausdehnten, schien es, als ob das ganze wirtschaftliche Gefüge Deutsch-

7 Ibd., S. 348.
8 »Haute-Commission Interalliée des Territoires Rhénans.«

lands in ihren Händen zerrinne. Die Kohlenförderung, die im Jahre 1922 90 Millionen Tonnen betragen hatte, sank im Februar 1923 auf 4,5 Millionen Tonnen und stockte im März vollständig. Von 70 am 1. Januar 1923 arbeitenden Hochöfen brannten am 15. März nur noch drei. Die Vorräte an Koks und Kohle auf den Halden der Zechen schwanden dahin. Die Attentate häuften sich[9]. Der Eisenbahnverkehr kam zum Stillstand. Unmöglich, die rheinische Bevölkerung, der durch die Stillegung ihres ausgedehnten Eisenbahnnetzes eine Hungersnot[10] drohte, mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Anfang April schien sich die Operation zur Katastrophe zu wenden.

☆

Angesichts dieser Fülle von Problemen von ungeahnter Weite und Vielschichtigkeit reagierten die französisch-belgischen Truppen kaltblütig und energisch. General Payot und Oberst Havard[11] packten gleich zu Anfang das Hauptproblem an und versuchten den Eisenbahnverkehr zu normalisieren. Tausende Eisenbahnbeamte aus den fernsten Provinzen Frankreichs und Belgiens ersetzten unvorbereitet die fehlenden deutschen Eisenbahner.

»Unsere Männer«, schrieb der Berichterstatter Paul Tirard, »befanden sich vor Schwierigkeiten, die noch nicht dagewesen waren. Von heute auf morgen in eine Gegend gebracht, deren Sprache und Gewohnheiten sie nicht kannten, sahen sie sich das Funktionieren eines Eisenbahnnetzes von äußerster Vielseitigkeit anvertraut, von dem sie zum großen Teil weder das Signalwesen noch die technischen Betriebsmittel kannten. Man konnte also befürchten — und das hoffte die Reichsregierung — daß ihre Bemühungen erfolglos blieben. Die französischen und belgischen Eisenbahner enttäuschten diese Hoffnung; sie triumphierten mit unverändert guter Laune über die Schwierigkeiten, die für

---

9 »Im Monat März erreichte die Zahl der Attentate ihren Höhepunkt. 86 Anschläge wurden gezählt, davon 20 durch Sprengstoff. Einige waren besonders schwer, z. B. die Zerstörung der Dürener Brücke kurz vor Eintreffen des Schnellzugs Brüssel—Köln, der glücklicherweise rechtzeitig gestoppt werden konnte. Am 30. Juni der Anschlag auf die Brücke von Duisburg, wo eine Zeitbombe in einen belgischen Urlauberzug gelegt worden war: 12 Soldaten wurden getötet und 20 verwundet.« (Paul Tirard, a. a. O., S. 353.)

10 Ibd., S. 361.

11 Der eine als Präsident, der andere als Stabschef der Interalliierten Eisenbahn-Kommission (C. I. C. F. C.).

unüberwindbar gegolten hatten. Der Befehl war klar. Die Züge mußten fahren; und sie fuhren[12]!«

Von diesem Augenblick an war die Partie gewonnen. Der Verkehr wurde nahezu normal und reichte für die Bedürfnisse der Truppen und für die Zivilbevölkerung aus. Da sie die Nutzlosigkeit ihres Beiseitestehens einsahen, nahm eine gewisse Zahl deutscher Eisenbahner ihre Arbeit wieder auf. Die Großindustriellen wurden ebenfalls des erzwungenen Streiks müde, der sie ihrer Haupteinnahme beraubte. Die unbenutzten Maschinen verdarben; die stilliegenden Bergwerke wurden schadhaft. Gegen die Befehle des Reiches unterzeichneten einige Grubenbesitzer Privatverträge mit der M. I. C. U. M. und verpflichteten sich, die Kohlenlieferungen wiederaufzunehmen[13].

Diese Anzeichen einer Schwächung des passiven Widerstandes, die ab Juni und Juli häufiger wurden, beunruhigte die Reichsbehörden. Der totale Zusammenbruch der deutschen Finanzen schwächte die materielle Unterstützung, die den Streikenden von Berlin zugesichert war. Es war die Zeit, da der Kurs der Mark von Stunde zu Stunde sank und sich nicht einmal mehr nach Milliarden, sondern nach Billionen bezifferte[14].

Hinzu kam, daß in der Pfalz separatistische Bestrebungen unter Dr. Dorten, Smets und Matthes sichtbar wurden[15]. Konrad Adenauer, der Oberbürgermeister von Köln, sollte sie heimlich ermutigt haben. All diese Symptome bewiesen der deutschen Regierung deutlich, wie

12 Paul Tirard, a. a. O., S. 362. Diese Leistung, die nicht genug gewürdigt werden kann, wurde in zwei Abschnitten vollbracht. Zunächst durch General Payot und Oberst Havard, dann durch die französisch-belgische Eisenbahnregie, die am 19. März 1923 durch die HCITR errichtet und von Briand geleitet wurde. Man kann sich die Leistung der beiden Organisationen vorstellen, wenn man weiß, daß monatelang 9 079 französische und 957 belgische Beamte die Bürde eines Netzes trugen, das in normalen Zeiten 170 000 deutsche Beamte beschäftigte. (Vgl. die Artikel des Generalsekretärs der Regie, Soulez, in der »Revue générale des Chemins de Fer«, August und September 1924.)

13 Hugo Stinnes, der zunächst die Ausführung seiner Vereinbarung mit M. de Lubersac aufgeschoben hatte, änderte seine Meinung sehr bald. Er ging so weit, »ein Wirtschaftsherzogtum« der Ruhr ins Auge zu fassen, und erklärte, er habe vor, direkt in Paris über die Reparationsfrage und das Schicksal des rheinisch-westfälischen Raumes zu verhandeln. (Vgl. den Brief von Hugo Stinnes an Stresemann und dessen Antwort in »Europe nouvelle«, 27. Oktober 1923.)

14 Die Schulden des Reiches, die am 11. Januar 1923 1 600 Milliarden betragen hatten, erreichten am 4. August 69 600 Milliarden Mark. (Von Reichskanzler Cuno in seiner Rede vom 11. August genannte Zahlen.)

15 Diese Bewegung, auf die Poincaré große Hoffnungen gesetzt hatte, scheiterte kläglich. Die Separatistenführer wurden durch nationalistische Gruppen aus dem Reich brutal niedergeschossen. Heinz und Orbis wurden am 9. Januar 1924 in Speyer ermordet. Am 12. Februar wurden an die 30 Separatisten im Rathaus von Pirmasens umzingelt, das ihnen als Hauptquartier diente. Die Nationalisten, an der Spitze Edgar Jung, der zukünftige Berater von Papens, stürmten mit Hilfe von Bomben und Handgranaten gegen das Gebäude. Da sie es aber nicht einnehmen konnten,

gefährlich es war, die Feindseligkeiten zu verlängern. Am 13. August 1923 wurde Reichskanzler Cuno gestürzt und Stresemann beauftragt, das neue Kabinett zu bilden. Im Laufe der folgenden Wochen zeichnete sich eine Entspannung ab. Endlich, am 26. September 1923, teilte Deutschland offiziell mit, es verzichte auf den passiven Widerstand[16].

☆

Diese Kapitulation — denn es war eine — war der Sieg der französischen und belgischen Techniker. Die meisten Probleme, die sich ihnen seit dem 11. Januar 1923 gestellt hatten, waren wirkungsvoll gelöst. Aber nicht eines der Ziele, die sich unsere Truppen mit dem Einzug in die Ruhr gestellt hatten, war erreicht worden — im Gegenteil. Als man nach einiger Zeit Bilanz zog, entdeckte man, daß England und die Vereinigten Staaten die einzigen moralischen Nutznießer des französischen Vorgehens waren.

Zwei Komitees wurden in Paris gegründet: das eine unter Vorsitz eines Amerikaners, des Generals Dawes, das andere unter einem Engländer: MacKenna. Die Angelsachsen fanden sich also in der Rolle als Schiedsrichter. Die Reparationskommission wurde fast all ihrer Vorrechte beraubt, die auf den Generalbevollmächtigten Mr. Owen D. Young übertragen wurden. Im Anschluß an die Wahlen vom 11. Mai

---

steckten sie es an. Die Belagerten, die nicht in den Flammen umkamen, wurden mit der Axt niedergemacht. Die Besatzungsbehörden, die zunächst der Bewegung gewogen waren, ließen dieses Massaker zu, ohne sich einzumischen. »Es gibt Erinnerungen«, sagte Clemenceau, »die man besser nicht wachruft.« (»Grandeurs et Misères d'une victoire«, S. 197.) Am 17. Februar 1924 war die Separatistenbewegung endgültig niedergeschlagen.

Das Endergebnis der Ruhrbesetzung war, daß das ganze Rheinland leidenschaftlich antifranzösisch wurde. (Bericht von Botschafter Houghton an Hughes, 10. September 1923.)

16 Der Aufgabe des passiven Widerstandes gingen eine Reihe von Verhandlungen voraus. Am 7. Juni sandte das Reich ein Memorandum an Großbritannien, in dem es um Wiederaufnahme der Verhandlungen bat. Am 12. Juli erklärte Baldwin vor dem Unterhaus, »daß die Ruhrbesetzung eine wahre Wirtschaftskatastrophe darstelle und daß die deutschen Vorschläge es verdienten, geprüft zu werden«.

Poincaré zeigte sich zunächst zögernd und weigerte sich, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands von neuem zu überprüfen. Baldwin erklärte dann, Frankreich habe sich Rechte angemaßt, die ihm der Friedensvertrag nicht zugestehe; die Ruhrbesetzung sei illegal. (Note vom 11. August 1923 sowie Erklärungen Sir John Simons' in der »Times« vom 14. und 17. August.)

Obwohl Frankreich gegen die britische These protestierte, mußte es sich schließlich diesem Gesichtspunkt nähern. Am 30. November stimmte die Reparationskommission der Einberufung eines Expertenausschusses zu, »der mit einer neuen Überprüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands betraut wurde«. Downing Street hatte gesiegt.

1925, die die Linkskoalition der »Volksfront« an die Regierung brachten, räumte Frankreich die Ruhr, unterzeichnete das Deutschland gewährte Moratorium[17] und verpflichtete sich, künftig nichts mehr zu tun, was die wirtschaftliche Integrität des Reiches gefährden könnte. »Das hieß uns für immer die Hände binden«, schrieb Clemenceau, »und zugleich auf unsere ganze Unabhängigkeit sowie auf die Ausübung der Rechte, die uns der Vertrag von Versailles übertragen hatte, verzichten[18].«

Aber neben den politischen Rückwirkungen, die Clemenceau erwähnte, gab es andere psychologischer Art. In dieser Hinsicht war die Ruhrbesetzung nicht nur ein wichtiges Ereignis, sie war ein Wendepunkt erster Ordnung in der Geschichte unserer Zeit.

Die britisch-französische Diskussion hatte den ersten ernsten Riß in der interalliierten Front enthüllt. »Durch seine isolierte Aktion, sein Handeln unabhängig von England und Italien«, bemerkte Graf Sforza, »hat Frankreich den Fehler begangen, die Feindschaft der patriotischen Kreise des Reiches auf sich zu ziehen.« Bis zur Ruhrbesetzung hatte es in Deutschland unter den Diplomaten Freunde der »Erfüllungspolitik« gegeben. Danach gab es keine mehr. Der Einmarsch der französischen Truppen in Essen hatte alle Linksparteien entmutigt, die eine aufrichtige Annäherung an Frankreich wünschten. Er hatte dadurch dem deutschen Nationalismus gewaltigen Auftrieb gegeben — eine Tatsache, die noch die ernstesten Rückwirkungen haben sollte.

☆

»Eine Verfassung, die schlecht und recht fortbestand, obwohl sie tagtäglich verletzt oder gebrochen wurde; ein Reichstag, der nur noch zusammentrat, um seine Ohnmacht festzustellen; Parteien, die sich im luftleeren Raum bekämpften; ein Bundesstaat, der zwanzig verschiedene Länder nur durch unsichere Bande vereinte; endlich ein Heer, dessen »Divisionen« man nicht ohne Lächeln erwähnen konnte — so unerwartet war die doppelte Bedeutung des Wortes — und von dem niemand wußte, wem es morgen gehorchen würde«, das war das Bild, das die Besucher Deutschlands zu dieser Zeit von dort mitbrachten[19]. Die

17 Das war die Rückkehr zu dem Grundsatz, der im Plan von Bonar Law enthalten gewesen war, den in Betracht zu ziehen sich Frankreich am 4. Januar 1923 geweigert hatte.

18 Clemenceau, a. a. O., S. 269.

19 Vgl. Marcel Ray, »l'Europe nouvelle« vom 10. November 1923, S. 1436.

Bauern wollten ihre Lebensmittel nicht mehr verkaufen und mieden die Märkte. Das Land wurde terrorisiert von bewaffneten Arbeiterkolonnen, die Bauernhöfe und Güter plünderten. In den Städten war das Schauspiel noch düsterer. Eine trübselige Menge mit blassen Gesichtern trottete völlig apathisch durch die Straßen. Kein Bild, keine Statistik kann die Not schildern, die im Herbst 1923 in Deutschland herrschte. Die Beobachter hatten recht: Es war wirklich das unmenschliche Jahr[20].

Alles deutete auf den Ausbruch einer Krise hin, die wohl die Unruhen von 1919 weit übertreffen würde[21]. Die radikalen Elemente der Arbeiterklasse bewaffneten sich heimlich in Sachsen und Hamburg. Die Haltung der Rechtsrevolutionäre wurde ebenfalls immer bedrohlicher. Hitlers SA führte eine von Tag zu Tag stärkere Agitation. Ludendorff hatte ihr soeben seine technische Unterstützung zugesagt. Schließlich lehnte sich die bayrische Regierung, die über die Aufgabe des passiven Widerstandes empört war, offen gegen die Reichsregierung in Berlin auf.

Während sich die Rechtsextremisten in Bayern regten, gärte es auch in den militärischen Kreisen von Brandenburg. Das Zusammentreffen dieser beiden Bewegungen gab der Reichsregierung Anlaß zu ernstesten Besorgnissen. Von einem Tag zum anderen erwartete man, daß die nationalistischen Verbände auf Berlin marschierten und daß die Regierung zwischen den beiden zugleich von Küstrin und von München heranrückenden Kolonnen in eine Zange geriete.

Sollte Präsident Ebert im Falle eines neuen Staatsstreiches wie im März 1920 mit der Reichsregierung nach Dresden fliehen, und konnte er sich unter den Schutz der Arbeiterklasse stellen? Das war wenig wahrscheinlich. Die Arbeiter hatten genug davon, auf Befehl zu streiken, um ein Parlament zu schützen, das sich nachher gegen sie stellte. So war die einzige Macht, die es noch in Deutschland gab, die Reichswehr, und ihr Chef war Schiedsrichter der Lage.

Aber welche Haltung würde von Seeckt einnehmen, wenn man ihm alle Vollmachten gäbe? Würde er die Republik retten oder die Errich-

---

20 »1923 bedeutete für Deutschland den Tiefpunkt, das Schlimmste, was seit 1919 geschehen war. Es wurde an Grauen nur von der Katastrophe von 1945 in den Schatten gestellt.« Paul Schmidt: »Statist auf diplomatischer Bühne«, S. 28.

21 Die UdSSR hatte einen Sonderausschuß nach Berlin geschickt, der von Piatakow geleitet wurde und aus sechs Mitgliedern bestand; darunter auch General Tuchatschewsky, der die Führung der deutschen Roten Garde übernehmen sollte, sobald die Kommunisten die Oberhand gewannen.

tung einer Diktatur begünstigen? Würde er den Aufrührern entgegentreten, um ein Regime zu schützen, für das er bekanntlich keinerlei Sympathie empfand? Falls seine Truppen auf halbem Wege nach Berlin auf die Verbände Ludendorffs stießen, würde er ihnen den Weg versperren oder sie vorbeimarschieren lassen, wie es Marius mit Sulla getan hatte? Vermutungen, Möglichkeiten gab es viele, und alle waren durchaus denkbar. Als Ebert den Chef der Heeresleitung fragte: »Steht die Reichswehr hinter der Regierung?«, antwortete ihm von Seeckt undurchschaubar: »Herr Präsident, die Reichswehr steht hinter mir!« Welche dunkle Drohung, welche uneingestandenen Pläne verbargen sich hinter diesen Worten?

Und doch war die Haltung, die von Seeckt einnahm, sehr einfach. Er warf den nationalistischen Gruppen ja nicht vor, daß sie patriotisch waren, noch daß sie ein für allemal mit der Weimarer Republik Schluß machen wollten, sondern daß sie weder einheitliche Ansichten darüber hatten noch die politische Erfahrung, die eine Aufgabe solchen Ausmaßes erfordert. Angenommen, sie kämen bis Berlin, was würde geschehen? Entweder würde die Arbeiterklasse revoltieren und eine neue Welle des Kommunismus entfesseln. Oder die Zivilbevölkerung würde sie gewähren lassen, ohne zu reagieren. Dann aber würde jede Gruppe ihren Führer an die Spitze bringen wollen, und sie würden sich gegenseitig zerfleischen. In beiden Fällen würde die Angelegenheit nicht mit einer nationalen Diktatur, sondern mit einem Blutbad enden.

Daher zögerte auch der Chef der Heeresleitung nicht, am 24. September dem Regierungsrat Class, der ihn für ein gemeinsames Handeln mit den nationalen Verbänden gewinnen wollte, zu antworten:

»Was Sie mir da vorschlagen, ist ein Bruch der Verfassung, es ist Aufruhr! Seien Sie gewiß, daß ich sowohl auf die Revolutionäre der Rechten wie der Linken bis zur letzten Patrone schießen lassen werde. Die Aufgabe der Reichswehr lautet, die Einheit des Reiches aufrechtzuerhalten. Wer die Einheit gefährdet, ist unser Feind, einerlei woher er kommt!«

Und doch zögerten die Abgeordneten des Reichstages noch, Seeckt unbedingte Vollmacht zu geben. Die Ereignisse sollten sie bald dazu zwingen.

Am selben Tag, da die Berliner Regierung das Ende des passiven Widerstandes ankündigte (26. September), wurde das Münchener Kabinett gestürzt, und von Kahr machte sich zum Generalstaatskommissar für Bayern. Diese Handlung bedeutete nicht nur eine Nicht-

achtung der Reichsregierung. Sie kam beinahe einer Trennung von Berlin gleich. Sofort erklärte Ebert den Ausnahmezustand im ganzen Reich und legte die ausübende Gewalt in die Hände Dr. Geßlers, des Reichswehrministers.

Das war das zweite Mal in vier Jahren, daß sich die deutsche Republik in Anwendung des Paragraphen 48 der Verfassung ihrer Macht entledigen und sie den Generalen übertragen mußte[22]. Schon beim Einschreiten der Vorläufigen Reichswehr in Leipzig und München hatte Noske kraft dieses berühmten Paragraphen gehandelt. Diesmal aber war die Macht der Reichswehr weit ausgedehnter. Im Mai 1919 hatte sich ihre Aufgabe darauf beschränkt, eine ausschließlich militärische Arbeit zu verrichten. Diesmal übte die Reichswehr an Stelle der gesetzmäßigen Regierung die Verwaltung des Landes aus[23]. Ihre Aufgabe, so wie sie sich aus den Erlassen des Reichswehrministeriums ergab, bestand nicht nur darin, die Autorität des Reiches gegenüber den Ländern, Parteien oder Interessengruppen wiederherzustellen, sondern auch den Fortgang des wirtschaftlichen Lebens zu sichern[24].

Im Laufe der folgenden Wochen erstreckte sich die Tätigkeit der Reichswehr auf eine Vielzahl von Fragen, die die normalen Befugnisse eines Heeres erheblich überschreiten: Schaffung von Verpflegungszentren, Organisation umfangreicher Arbeiten, Verteilung und Kontrolle der Arbeitskräfte, Überwachung des Markkurses, Festlegung der Lebensmittelpreise, Bekämpfung von Luxus und Spekulation. »Es ist klar«, schrieb Brauweiler, »daß sich hinter dieser Aufzählung eine gewaltige Fülle von Einzelmaßnahmen verbirgt und daß in dem militärischen Ausnahmezustand des Winters 1923/24 gezeigt worden ist, was

22 »Kraft des Ausnahmezustandes«, schrieb Dr. Heinz Brauweiler, »wurde die vollziehende Gewalt zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung an den Reichswehrminister übertragen. Mit der ›vollziehenden Gewalt‹ war in die Machtvollkommenheit des Reichswehrministers alles gestellt, was zur Sicherheit des Reiches erforderlich war. Der Erlaß von Reichsverordnungen, die Verwaltung und der Vollzug der Gesetze fiel damit in sein Gebiet. Der Reichswehrminister war sich bewußt und die Schärfe der Bestimmungen der Verordnungen des Reichspräsidenten wies ihn besonders darauf hin, daß das Schicksal des Reiches davon abhing, daß der Einsatz eines letzten Machtmittels die innerpolitischen Schwierigkeiten tatsächlich und vollständig beseitigte.« (Heinz Brauweiler: »Generäle in der deutschen Republik«, S. 44.)

23 Vgl. Dr. Geßler: »Denkschrift über den militärischen Ausnahmezustand«, am 11. September 1924 Präsident Ebert übergeben. Dies wenig bekannte Dokument ist sehr interessant.

24 »Die Versorgung der Bevölkerung ist zur Zeit das dringendste Problem . . . Diese Aufgabe fällt in erster Linie der Regierung zu. Aber ich bin der Meinung, daß der Soldat als neutrale Instanz, über den Parteien stehend, ganz besonders geeignet ist, auf diesem Gebiet die Rolle des Vermittlers und Schlichters zu übernehmen.« (Rundschreiben Dr. Geßlers an die Wehrkreiskommandanten vom 19. Oktober 1923.)

ein zentraler Wille mit außergewöhnlichen Vollmachten in kurzer Zeit entscheidend leisten kann[25].«

Aber bevor er dieses Programm verwirklichte — was den ganzen Winter 1923/24 in Anspruch nahm —, mußte General von Seeckt seine verschiedenen Widersacher besiegen, ohne ihnen Zeit zu lassen, sich miteinander zu vereinigen. Vier Brennpunkte waren besonders gefährlich: im Osten Brandenburg, wo sich die Chefs der »schwarzen Reichswehr« regten; im Südosten Sachsen, wo sich die Kommunisten fieberhaft bewaffneten; im Nordwesten Hamburg, wo die roten Zellen ihre Tätigkeit verdoppelten; schließlich im Süden Bayern, wo sich die Rechtsrevolutionäre verschanzt hatten.

Ohne einen Augenblick zu verlieren, beschloß der Chef der Heeresleitung, jede dieser Gruppen nacheinander anzugreifen, um die Initiative in der Hand zu behalten. Er begann mit der Gruppe, deren Tätigkeit ihm am drohendsten schien: mit der schwarzen Reichswehr.

25 Heinz Brauweiler, a. a. O., S. 53.

XVII Die Reichswehr bewahrt die Einheit des Reiches

2. Die Meuterei der schwarzen Reichswehr

Von allen Verbänden, die am Rande des Gesetzes bestanden, hat neben der »Organisation Consul« zweifelsohne die »schwarze Reichswehr« am meisten von sich reden gemacht und ist Gegenstand der tendenziösesten Auslegungen gewesen. Ihr beunruhigender Name, ihre schwer definierbare Struktur und einige von ihren Mitgliedern im Namen der Heiligen Feme begangene Morde haben ihr schnell einen Nimbus von Geheimnis und Schrecken gegeben. Gewisse Journalisten haben es sich einfallen lassen, sie als ein blutiges Gespenst im Schatten der legalen Reichswehr darzustellen.

Heute weiß man genau, was sie war, von den Ursprüngen bis zur Auflösung, und man kann, ohne ihre Bedeutung abzuleugnen, die Beurteilung ihrer Tätigkeit auf ein gerechteres Maß zurückführen. Wie ist die schwarze Reichswehr entstanden, und welche Ziele verfolgten ihre Gründer damit? Wer waren ihre Chefs? Welche Beziehungen unterhielten sie mit der legalen Reichswehr?

Am 30. September 1920 verließ ein gewisser Major Buchrucker die Reichswehr, um in die »Orgesch« einzutreten, eine paramilitärische Vereinigung der Provinz Brandenburg. Nachdem diese durch eine Verfügung des Ministers Severing aufgelöst worden war, war Major Buchrucker ohne Beschäftigung und faßte einen Plan, den er den Militärbehörden des Wehrkreises III (Berlin-Brandenburg) unterbreitete. Auf Grund des Gesetzes vom 8. August 1920 »über die Entwaffnung der Zivilbevölkerung[1]« sollten alle Personen und Gruppen, die illegal Waffen in Besitz hatten, diese einem Reichskommissar übergeben. Der Reichskommissar hatte die Waffen zu sammeln und gemäß den Vorschriften der interalliierten Kontrollkommission zu vernichten.

Buchrucker schlug den Vertretern der Reichswehr vor, neben dem zivilen Reichskommissariat eine militärische Organisation zu schaffen, die die Waffen unter dem Vorwand, sie zu sammeln und zu vernichten, in heimlichen Lagern stapelte und sie bis zu dem Tag aufbewahrte, wo

---

1 Vgl. weiter oben, S. 147.

man sie brauchte. Der Vorschlag war so verführerisch, daß die Offiziere des Stabes des Wehrkreises III Major Buchrucker ermächtigten, in den hauptsächlichen Garnisonen Brandenburgs kleine selbständige Abteilungen, genannt Arbeitskommandos oder A. K., zu schaffen[2].

Nachdem diese Arbeitskommandos in kurzer Zeit beträchtliches Material gesammelt und gestapelt hatten, bildeten die Offiziere des Wehrkreises III eine besondere Dienststelle, genannt I a T oder »Truppenverstärkungsabteilung«, die dazu bestimmt war, in den verschiedenen Teilen Brandenburgs alle Männer zu erfassen, die im Konfliktsfall schnell einen Grenzschutz bilden konnten[3].

Aber während es sich für die Offiziere des Wehrkreises um nicht mehr als einen Plan handelte, hatte Buchrucker den Gedanken, diese Verbände wirklich zu organisieren und sie in regelmäßigen Abständen einzuberufen. Das Besondere an seinem Plan bestand darin, nur einen beschränkten Kern, die »Stammformation«, aus einer kleinen Zahl von Offizieren und Unteroffizieren dauernd im Dienst zu halten, um die Fortdauer der Einheiten und die Überwachung der Waffendepots sicherzustellen, während das Gros der Freiwilligen, nur für einige Wochen einberufen, sie abwechselnd verstärkten und nach Beendigung ihrer Übung wieder auf Urlaub gingen[4]. So konnte die Reichswehr über geschulte Reserven verfügen, die bereit waren, beim ersten Aufruf zu den Waffen zu greifen. Ihr ungreifbarer Aufbau aber und die sehr ungewissen Mannschaftsstärken würden den Nachforschungen der Kontrollkommission entgehen. Die Freiwilligen selbst konnten ohne Schwierigkeiten aus den Mitgliedern der patriotischen Vereine und der ehemaligen Freikorps rekrutiert werden.

Dieser Vorschlag wurde Gegenstand einer aufmerksamen Überprüfung seitens des Reichswehrministeriums und besonders der Dienststelle des Oberst von Schleicher. Es ergab sich die heikle Frage der

---

2 Nach einigen Wochen wurden solche Arbeitskommandos in Berlin, Frankfurt an der Oder, Spandau, Döberitz, Hahneberg, Potsdam, Fürstenwalde und Lübben gegründet.

3 Ein ausländischer Journalist fragte General von Seeckt, was die Reichswehr tun würde, wenn die französischen Truppen ihre Besatzungszone erweiterten. Er antwortete: »Ich weiß es nicht genau, aber ich kann Ihnen versichern, daß man einen Strom von Blut durchqueren muß, um nach Berlin zu kommen.« Anscheinend sah sein Plan vor, das Gros der Reichswehr gegen die französischen Divisionen zu stellen, während ein schnell improvisierter Grenzschutz die Ostgrenze gegen einen eventuellen Angriff polnischer Truppen verteidigen sollte. Für Seeckt schien übrigens ein deutsch-polnischer Konflikt früher oder später unabwendbar. (Vgl. General von Seeckt: »Wege deutscher Außenpolitik«, S. 16 und 17.)

4 Dieses System unterschied sich eigentlich nur wenig von dem, das Scharnhorst und Gneisenau von 1809 bis 1811 angewandt hatten.

Beziehungen zwischen der legalen Reichswehr und den geheimen Verbänden.

Bis dahin hatte die Reichswehr von den illegalen Verbänden streng Abstand gehalten und sich geweigert, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Aber bei der Zuspitzung der Lage und vielleicht auf Bitten des Oberst von Schleicher beschlossen die Herren der Bendlerstraße, ihr Verhalten zu ändern[5].

So wurde Major Buchrucker beauftragt, eine Verbindung zwischen den »Reserveverbänden« und der »Truppenverstärkungsabteilung« des Wehrkreiskommandos III herzustellen. Aber das Reichswehrministerium, das sehr wohl wußte, daß die Aufstellung dieser Verbände eine flagrante Verletzung des Versailler Vertrages bedeutete, traf seine Vorkehrungen, um jede Spur heimlicher Zusammenarbeit zwischen offiziellen Dienststellen und den in Frage stehenden Verbänden zu vermeiden. »In dieser Zeit haben Besprechungen stattgefunden zwischen dem Wehrministerium und dem preußischen Innenministerium, dann zwischen dem Wehrministerium und den Wehrkreiskommandos, das deren sämtliche Chefs kommen ließ«, sagte Schleicher 1927 aus. »Ich mache darauf aufmerksam, daß nie etwas schriftlich gegangen ist, sondern immer wurden die Chefs bestellt ... Im übrigen sind diese Sachen natürlich aufs äußerste dezentralisiert und niemals vom Ministerium zentral geleitet worden. Wie tatsächlich unbekannt im einzelnen die Dinge beim Wehrministerium waren, geht wohl daraus hervor, daß ich, der ich ja im wesentlichen diese Angelegenheiten bearbeitet bzw. beim Minister die Befehle entworfen habe und so weiter, weder Herrn Buchrucker kenne — ich haben den Mann nie gesehen — noch Schulz, noch Klapproth und wie sie alle heißen[6].«

☆

Gestützt auf die stillschweigende Billigung der militärischen Behörden, machte sich Major Buchrucker an die Arbeit. Unter seinem persönlichen Einfluß entstanden Infanterie- und Maschinengewehr-Kompanien, Artilleriebatterien, Minenwerfer-Abteilungen und einige Sondereinheiten (Pioniere, Transportwesen und ähnliches). »Die Angehörigen dieser Truppe«, schrieb Buchrucker, »waren nicht Soldaten im Sinne des formalen Gesetzes, das eben nur das 100 000-Mann-Heer kannte; sie muß-

5 Vgl. von Oertzen: »Die deutschen Freikorps«, S. 463.
6 Aussage Oberst von Schleichers 1927 im Prozeß der »Heiligen Feme«. (Zitiert von v. Oertzen, a. a. O., S. 462.)

ten sich nicht zu zwölfjähriger, sondern nur zu mehrwöchiger Dienstzeit verpflichten, und gerichtliche Strafen konnten über sie nur auf Grund des Reichsstrafgesetzbuches, nicht auf Grund des Militärstrafgesetzbuches verhängt werden; die Disziplinarstrafgewalt aber wurde bei ihnen ausgeübt. Die Angehörigen der Arbeitskommandos waren also — genau betrachtet — nicht Reichswehrsoldaten, sondern Soldaten schlechthin; sie waren etwa dasselbe wie vor dem Kriege Reservisten während ihrer Übungen. Die vom Wehrkreis aufgestellten Truppen werden am besten als Reservetruppen bezeichnet. Damals nannte man sie nicht so. Dieser Name wäre zu sehr aufgefallen . . . Die Truppe nannte sich bald selbst ›Schwarze Reichswehr[7]‹.«

Im Laufe des Herbstes 1922 informierte Buchrucker den Oberstleutnant von Bock[8], Chef des Stabes des Wehrkreises III, daß seine Einheiten sich schnell entwickelten — dank der Hilfsgelder verschiedener Industrieller, die eine neue Offensive der Kommunisten befürchteten und sich eine Ergänzungsschutztruppe bilden wollten[9].

»Diese Tatsache«, bemerkte Buchrucker beiläufig, »zwingt mich, eine gewisse Selbständigkeit zu wahren. Fürchten Sie nicht, daß diese Lage gegebenenfalls gewisse Reibungen unter uns hervorrufen könnte?«

»Wir verteidigen verschiedene Interessen, die eines Tages voneinander abweichen könnten«, antwortete von Bock. »Derjenige, dessen Weg zuerst von der gemeinsamen Linie abweicht, sollte den anderen informieren, bevor er zur Tat schreitet. Jeder gewinnt dann wieder seine volle Handlungsfreiheit. Sind Sie einverstanden?

»Ich gebe Ihnen mein Wort«, stimmte Buchrucker zu.

Diese absichtlich zweideutigen Sätze verdichteten noch die Doppelsinnigkeit, auf der die Organisation der schwarzen Reichswehr beruhte, und aus dieser Doppelsinnigkeit ging das Drama hervor.

☆

Das Jahr 1923 brach an. Die Ruhr wurde besetzt. In dem Wunsch, jedes Ereignis zu vermeiden, das den Konflikt mit Frankreich verschärfen könnte, forderte das Reichswehrministerium Buchrucker auf, die Übun-

7 Major Buchrucker: »Im Schatten Seeckts«, S. 9 ff.

8 Nicht zu verwechseln mit General von Bock und Polack, ehemaliger Gouverneur von Posen.

9 Bekanntlich hatten einige Großindustrielle schon 1919 die Gründung von Freikorps in Westfalen begünstigt und sie zu Hilfe geholt, um die Spartakisten aus ihren Werken hinauszuwerfen. (Vgl. Band I, S. 188.)

gen der schwarzen Reichswehr und die periodische Einberufung der Offiziere und Soldaten auszusetzen. Aber Buchrucker glaubte sich keineswegs verpflichtet, dieser Aufforderung zu folgen. In seinen Augen war dieser Befehl nur eine Tarnung, um die Militärbehörden im Falle von Komplikationen mit der Entente von der Verantwortung zu befreien. Daher betrieb er die Bewaffnung seiner Einheiten um so aktiver.

»Unterdessen schritt die Organisation der Reservetruppen fort«, schrieb Buchrucker. »Die wachsende Zahl der Bataillone machte zu ihrer Beaufsichtigung das Einrichten von Regimentsverbänden zweckmäßig.« Buchrucker ließ die Regimenter durch Offiziere a. D. verwalten. Im Ernstfalle sollten die Regimentsführer von der Reichswehr ernannt werden. Buchrucker hielt es bei der erheblichen Zahl der zu besetzenden Regiments- und Bataillonsführerstellen für wahrscheinlich, daß ein Teil den verfügbaren älteren Offizieren a. D. zufallen würde. Offiziere und Mannschaften stammten naturgemäß hauptsächlich aus der Provinz Brandenburg; doch hatte sich aus vielen Teilen des Reiches eine Menge unternehmungslustiger Männer angeschlossen. Um für die schnell wachsende Zahl der Kompanien Stämme zu schaffen und um möglichst viele Angehörige der Truppe zu Waffenübungen einzuziehen, verstärkte Buchrucker seit Frühjahr 1923 die Arbeitskommandos erheblich. Von jetzt ab war die Zahl der unter Waffen stehenden Offiziere und Mannschaften durchschnittlich immer rund 1 000 Mann. Die Stärke der Stämme betrug teilweise und zeitweise mehr als etwa eine Gruppe für jede Kompanie, namentlich bei den Sonderformationen. Auch beim Wachregiment der Reichswehr in Berlin wurde ein Kommando eingerichtet, das am Wachdienst der Reichswehr sich beteiligte[10].«

Wirklich eine seltsame Zeit, da der Reichspräsident, ohne es zu wissen, von illegalen Truppen bewacht wurde!

Gegen Anfang September 1923 bestanden die Streitkräfte der schwarzen Reichswehr aus:

1. Vier Regimentern zu je drei Bataillonen (12 000 Mann);
2. vier selbständigen Bataillonen (etwa 6 000 Mann);
3. einer gewissen Anzahl motorisierter Spezialeinheiten.

Die selbständigen Bataillone standen unter dem Befehl folgender Offiziere:

---

10 Buchrucker, a. a. O., S. 26.

1. Bataillon: Major Hertzer, in Küstrin[11].
2. Bataillon: Hauptmann Gutknecht, in der Festung Spandau und im Garderegiment Berlin.
3. Bataillon: Oberleutnant von Senden, in der Festung Spandau.
4. Bataillon: Hauptmann Stennes, in Fort Hahneberg bei Berlin.

Die Regimenter konnten in 48 Stunden mobilisiert werden, aber die selbständigen Bataillone unterlagen einem komplizierteren Mechanismus. Da sie für den Grenzschutz Ost bestimmt waren, mußte man sie bereits vor Veröffentlichung des Mobilmachungsbefehls zur Grenze hindirigieren können. Ihre Einberufung mußte also so heimlich wie möglich erfolgen. Zu diesem Zweck wurden die Freiwilligen nicht geschlossen in der Nähe ihrer Garnison rekrutiert, sondern auf individuelle Art im ganzen Reichsgebiet. Dies System erlaubte es, sie unbemerkt zu mobilisieren, aber es verlangsamte ihre Zusammenziehung. Zwischen der Einberufung und dem Augenblick, wo die Bataillone zu ihrer vollen Stärke vereint waren, mußte mit einem Spielraum von 14 Tagen gerechnet werden[12].

»Dabei war der Dienst in der Truppe sehr schwer — viel schwerer als der sonst übliche militärische Dienst. Nach außen durfte sich die Truppe kaum zeigen. Es bildete sich ein ganz besonderer Korpsgeist . . ., weil jedermann von dem Gedanken beseelt war: ›Jetzt geht es los.‹ . . . Die Truppe wollte Deutschland vom Druck des Auslandes befreien. Sie wollte gegen den äußeren Feind kämpfen. Soweit sie über die politische Lage nachdachte, meinte sie, daß dieser Kampf nur unter einer Militärdiktatur ausgefochten werden könne[13].«

Buchrucker teilte die Entrüstung, die in seinen Einheiten herrschte, und war entsetzt, daß sich die Regierung in einer so dramatischen Lage passiv verhielt. Warum zögerte sie, die Streikenden an der Ruhr wirksam zu unterstützen, deren Entmutigung wuchs und deren Kräfte schwanden? Daß sich die Reichswehr nicht regte, war nicht erstaunlich. Sie war durch ihren Eid an die Verfassung gebunden und hatte einen fast übermäßigen Respekt vor der Legalität. Aber der Reichspräsident?

---

11 Küstrin, befestigte Stadt an der Mündung der Warthe in die Oder, in unmittelbarer Nähe Polens, hatte eine Schlüsselstellung in der Ostgrenzverteidigung des Reiches.

12 Buchrucker schrieb: »Bei der Bildung dieser für den Grenzschutz bestimmten Bataillone wurden die Erfahrungen besonders verwertet, die zwei Jahre früher bei der Aufstellung des Oberschlesischen Selbstschutzes gemacht waren.« (a. a. O., S. 34).

13 Ibd., S. 28.

Worauf wartete er noch, um den Ausnahmezustand auszurufen und die Exekutivgewalt dem Militär zu übergeben?

Aufgebracht über die Teilnahmslosigkeit und Feigheit des Kabinetts, entwarf Buchrucker einen kühnen Plan, um die Reichsbehörden zum Handeln zu zwingen. Da die offizielle Reichswehr nicht eingreifen konnte, sollte es die schwarze Reichswehr an ihrer Stelle tun. Er beschloß, heimlich seine vier selbständigen Bataillone zu mobilisieren und überraschend nachts das Regierungsviertel und die wichtigsten strategischen Punkte von Berlin zu besetzen. Das Küstriner Bataillon sollte in Lastkraftwagen herangebracht werden, um die drei in der Umgegend der Hauptstadt konzentrierten Bataillone zu verstärken. Am Abend des Putsches wollte der Chef der schwarzen Reichswehr den vier Regimentern der Provinz Brandenburg den Mobilmachungsbefehl schicken, und 48 Stunden später wären sie bereit, in Aktion zu treten.

Sobald Buchrucker die Zivilregierung in der Hand hatte, wollte er sie zwingen, den Ausnahmezustand zu verkünden und zugunsten einer Militärdiktatur auf die Macht zu verzichten. Das würde die Reichswehr aus ihrer Zwangslage befreien. Dafür wollte er von den Herren der Bendlerstraße die offizielle Anerkennung seiner »Reserveverbände« und ihre Übernahme in die reguläre Reichswehr verlangen.

»Das Unternehmen hatte also mit der Versammlung der vier selbständigen Bataillone und der Sonderformationen (6000 Mann) in und dicht bei Berlin und in Küstrin zu beginnen. Nach ihrer Versammlung konnten sie nicht lange verborgen gehalten werden, sie mußten dann gleich auftreten. Die Nacht, in der die wichtigen Punkte Berlins besetzt werden sollten, war zweckmäßig eine von Sonnabend auf Sonntag, weil an einem Sonntage weniger Störungen auftreten konnten als an einem Werktage. Da die Versammlung 14 Tage dauerte, mußte ich den geeigneten Zeitpunkt 14 Tage vorher abschätzen. Mitte September 1923 nahm ich an, daß der Ruhrwiderstand bis Ende September aufgegeben sein würde . . .«

Am 15. September 1923 befahl Buchrucker den Beginn der Versammlung der selbständigen Bataillone und Sonderformationen, damit sie in der Nacht 29./30. September einsatzbereit waren. »Es zeigte sich später, daß die Schätzung stimmte. Der Ruhrwiderstand wurde am 26. September aufgegeben, die ausgesuchte Nacht war die erste Sonnabend/Sonntag-Nacht nach diesem Tage[14].«

14 Ibd., S. 35.

Die Mobilmachung der vier Bataillone erfolgte ohne Zwischenfall. Vom 16. bis zum 25. September kamen die Freiwilligen in kleinen Gruppen in Spandau und Küstrin an. Sie strahlten vor Begeisterung und meinten, ihr Einzug in Berlin würde den Beginn der nationalen Erhebung bedeuten.

Plötzlich wurde in der Nacht vom 26. auf den 27. September wie ein Donnerschlag die Nachricht von der Ausrufung des Ausnahmezustands verbreitet. Alle Macht ging in die Hände der Militärbehörden über, während sich die Zivilregierung hinter die Kulisse zurückzog. Daraus ergab sich, daß die Besetzung von Berlin gegenstandslos geworden war. Noch schlimmer: Sie wäre nicht mehr gegen die Zivilregierung gerichtet, sondern gegen die Reichswehr, deren Aufgabe es war, für die Sicherheit des Landes zu sorgen.

Buchrucker stürzte sofort zum Wehrkreiskommando, um den Stab zu benachrichtigen, daß er seine Freiwilligen zusammengerufen habe und seine Einheiten zur Verfügung stelle.

»Wer hat Ihnen erlaubt, Ihre Leute einzuberufen?« fragte man ihn, sehr unzufrieden über solchen Übereifer.

»Ich habe auf eigene Initiative gehandelt«, antwortete Buchrucker kleinlaut.

»Das hatten wir Ihnen aber doch ausdrücklich untersagt! Wir können nicht dulden, daß Sie unseren Befehlen zuwiderhandeln. Sie werden Ihre Bataillone augenblicklich demobilisieren und die Leute nach Hause zurückschicken. Unsere spätere Haltung Ihnen gegenüber hängt von Ihrer Unterwerfung unter diese Befehle ab.«

Ganz benommen von diesen Worten, dieser für ihn völlig unerwarteten Bloßstellung[15], sah Buchrucker keinen anderen Ausweg, als seine Truppen zu entlassen. Aber wie würden die Freiwilligen das aufnehmen? Es war kaum zu hoffen, daß die Demobilisierung ohne Zwischenfall vor sich ginge. »Wohl jeder Offizier und jeder Mann«, schrieb der Chef der schwarzen Reichswehr, »war gekommen, weil er meinte, die

---

15 Hier liegt der Kernpunkt dieser Affäre. Mehrmals hatte die Reichswehr Buchrucker untersagt, seine »Reservisten« auch nur teilweise zu mobilisieren. Aber Buchrucker hatte die Verbote immer nur als pro forma ausgesprochen betrachtet und sich darüber hinweggesetzt. Acht Monate lang hatten Reichswehr und schwarze Reichswehr in dieser zweideutigen Situation verbracht. Jetzt, da die Krise ausgebrochen war, konnte Seeckt mühelos beweisen, daß sich Buchrucker des Ungehorsams schuldig gemacht hatte. Buchrucker wies diese Anschuldigung zurück und schob die ganze Schuld auf die Militärbehörden. (Vgl. die Aussagen des Generalmajors Teschner, Kommandant der Festung Küstrin von 1920 bis Juli 1923, vor dem Schwurgericht in Berlin am 24. September 1928.)

Zukunft Deutschlands erfordere den Kampf mit der Waffe und seine eigene Mitwirkung. Die Truppe hatte erlebt, daß die schwierige Versammlung, Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung gut gelangen; sie war von kriegerischem Geist beseelt und hatte das Gefühl, daß alles gelingen müsse. Da mußte sie der Befehl, wieder nach Hause zu gehen, wie ein Donnerschlag treffen[16].« Dennoch beschloß Buchrucker, sich an die neue Weisung zu halten.

Er begab sich sogleich zu Hauptmann Stennes, dem Führer des vierten Bataillons, der wegen seines unverträglichen Charakters bekannt war, und unterrichtete ihn über seine Unterredung mit den Offizieren des Wehrkreises.

»Dann greifen wir an!« antwortete Stennes lakonisch.

»Das untersage ich Ihnen ausdrücklich«, erwiderte Buchrucker. »Sie werden im Gegenteil Ihr Bataillon nach und nach entlassen.«

Darauf begab sich Buchrucker in sein Arbeitszimmer, wo er seinem Adjutanten, Oberleutnant Schulz, den Demobilisierungsbefehl für die vier Bataillone und die Spezialeinheiten übergab.

»Wieviel Mann sind schon erschienen?« fragte er.

»Etwa 4 500«, antwortete Schulz.

»Dann schicken Sie an die 1 500 anderen sofort einen Gegenbefehl.«

Am selben Abend bat Buchrucker um eine Unterredung mit Oberstleutnant von Bock und bemühte sich, ihm die geistige Verfassung der Truppe verständlich zu machen.

»Tun Sie wenigstens etwas, um die schon mobilisierten Soldaten zu beschäftigen«, bat er ihn inständig. »Das wird mir Zeit geben, das Schlimmste abzuwenden. Die Freiwilligen sind sehr aufgebracht. Ich fürchte, sie werden sonst etwas Verbotswidriges anstellen . . .«

»Ich bedaure«, antwortete von Bock, »aber die Reichswehr will nichts mit Soldaten zu tun haben, die in einem ungesetzlichen Dienstverhältnis stehen.«

»Und wenn ich mit General von Seeckt darüber spräche?«

»Tun Sie das ja nicht! Er ließe Sie verhaften.«

»Aber diese Bataillone können Ihnen doch nützlich sein in den unruhigen Zeiten, die wir jetzt haben . . .«

»Wenn Seeckt hört, daß Sie hier sind, kneift er sein Monokel ins Auge und sagt: ›Sperren Sie ihn ein!‹«

---

16 Buchrucker, a. a. O., S. 40.

»Na schön«, antwortete Buchrucker ganz entmutigt, »ich werde mein Bestes tun, um die Leute zu demobilisieren. Aber ich kann Ihnen sagen, das wird verteufelt schwer sein.«

Tatsächlich verschlimmerte sich die Lage von Stunde zu Stunde. Der Gegenbefehl an die 1 500 noch nicht mobilgemachten Freiwilligen kam zu spät, so daß unaufhörlich neue Gruppen nach Spandau und Küstrin strömten. Die Soldaten weigerten sich erregt, heimzukehren. Am 28. September meldete Hauptmann Gutknecht, der Chef des zweiten Bataillons, daß die Truppe ihre Waffen gegen die Offiziere gerichtet habe, als sie den Demobilisierungsbefehl erhielt.

Buchrucker sprang in ein Auto und fuhr nach Spandau. Dort sammelte er die Freiwilligen des vierten Bataillons um sich und erklärte ihnen, ihre Demobilisierung sei nur vorübergehend; sie würden von neuem einberufen werden, sobald es erforderlich sei.

»Das ist eine Lüge!« schrie Hauptmann Stennes. »Wenn wir nach Hause gehen, werden unsere Einheiten aufgelöst und wir werden nicht wieder einberufen. Wir haben die Wahl: heute kämpfen oder für immer verschwinden! Was mich betrifft, ich widersetze mich der Abmusterung meines Bataillons!«

Im zweiten und dritten Bataillon war die Stimmung kaum ruhiger. Die Freiwilligen des ersten Bataillons hatten auf dem Hof ihrer Kaserne eine Strohpuppe verbrannt, die die Züge ihres Chefs, des Majors Hertzer, trug.

Am nächsten Morgen, dem 29. September, rief Bock Major Buchrucker zu sich und fragte ihn, ob er den Mobilmachungsbefehl an die Bataillone der schwarzen Reichswehr geschickt habe.

»Gewiß«, antwortete Buchrucker, der um so überraschter über diese Frage war, als er ja vor 48 Stunden mit Bock darüber gesprochen hatte.

»Wie vereinbaren Sie diese Handlungsweise mit Ihrem Versprechen, nichts zu unternehmen, ohne den Wehrkreis zu benachrichtigen?«

»Ich habe gewisse Dinge vorbereitet«, antwortete Buchrucker verlegen, »aber ich habe genau gesagt noch nichts unternommen. Übrigens habe ich schon den Befehl gegeben, die Truppen zu demobilisieren.«

»Ein Befehl, den ihre Freiwilligen sich weigern auszuführen!« erwiderte von Bock in schneidendem Ton. »Ich fürchte, Sie sind nicht mehr Herr der Lage, und Ihre Leute handeln gegen Ihren Willen disziplinlos.«

»Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, daß ich alles tun werde, um das zu verhindern.«

»Das wäre gut«, antwortete von Bock. »Vergessen Sie nicht, daß es Ihre Truppen sind und daß Sie verantwortlich sind für die Unruhen, die sie hervorrufen könnten.«

Am selben Abend suchte Major Günther Buchrucker auf. Er sagte ihm, die Soldaten seien voller Wut; Abordnungen verschiedener Bataillone hätten ihn aufgefordert, sich an ihre Spitze zu stellen und sie zum Angriff zu führen. Buchrucker rief eilends seine Offiziere zusammen, um Erklärungen von ihnen zu verlangen. Die Versammlung begann in Gewitterstimmung.

»Unsere Leute«, sagte einer der Kompaniechefs, »sind überzeugt, sie seien verraten worden. Sie haben sich monatelang vorbereitet und schwerste persönliche Opfer auf sich genommen. Und jetzt, wo sie endlich einberufen sind, werden sie ohne weitere Erklärung wieder nach Hause geschickt. Ihre Entrüstung ist berechtigt, und ich teile sie vollkommen!«

»Wenn wir nicht angreifen«, erklärte ein anderer, »dann bleibt mir nur übrig, mir vor meinen Leuten das Leben zu nehmen.«

»Was soll das Gerede?« fügte der dienstälteste anwesende Offizier hinzu. »Die Verhaftung Major Buchruckers ist nur noch eine Frage von Stunden. Unsere Männer werden uns dann zum Handeln zwingen. Wozu abwarten, bis das Unvermeidliche geschieht? Handeln wir gleich! Das ist die einzige Möglichkeit, die Kontrolle über unsere Einheiten zu behalten.«

Mit großer Mühe gelang es Buchrucker, sie zu beruhigen. Er versuchte, Zeit zu gewinnen in der Hoffnung, daß alles sich regeln würde, wenn die Demobilisierung erst einmal begonnen hätte. Die Offiziere gingen auseinander, ohne einen Entschluß gefaßt zu haben. Buchrucker atmete auf. Vielleicht gelang es ihm, die Lage zu meistern. Aber 48 Stunden später ereignete sich etwas, das all seine Bemühungen zunichte machte. Zwischen 15 und 16 Uhr teilte ihm Oberstleutnant Held vom Wehrkreis III telefonisch mit, der Reichswehrminister habe seine Verhaftung befohlen.

Der Chef der schwarzen Reichswehr war niedergeschmettert. Er verstand jetzt den Sinn seiner letzten Unterredung mit von Bock. Der Wortlaut ihres im Herbst 1922 geschlossenen Abkommens fiel ihm wieder ein: »Derjenige, dessen Weg von der gemeinsamen Linie abweicht, wird den anderen rechtzeitig davon in Kenntnis setzen! Jeder von uns gewinnt dann seine volle Handlungsfreiheit zurück.«

Jetzt gingen die Wege auseinander, aber die Benachrichtigung kam

ein wenig spät. Die Reichswehr ordnete seine Verhaftung an und kennzeichnete dadurch offensichtlich ihren Willen, jede Verbindung mit ihm abzubrechen. Aber in diesem Fall war auch Buchrucker frei! Der Haftbefehl schaffte auch für ihn eine völlig neue Lage.

Mehrere Minuten lang stampfte Buchrucker durch sein Büro, ohne ein Wort zu sagen. Was tun? Sollte er sich festnehmen lassen? Dann schlügen seine Truppen bestimmt von sich aus los, und das würde mit Sicherheit zur Niederlage führen. Stellte er sich aber an ihre Spitze und marschierte nach Berlin, so wäre das Ergebnis das gleiche und er hätte noch dazu eine große Zahl Tote auf dem Gewissen.

Da faßte Buchrucker einen verzweifelten Entschluß. Er flüchtete sich zu seinem ersten Bataillon nach Küstrin. Dort verbarrikadierte er sich in den Forts der Garnison. Geschützt durch die schwere Artillerie und die Kasematten der Zitadelle, konnte er der Reichswehr trotzen und vielleicht von ihr zu guter Letzt die Eingliederung seiner Truppen in das legale Heer erreichen. Scheiterten seine Verhandlungen, dann blieb ihm nur übrig, sich zu ergeben. Erfuhren dann die Bataillone von Spandau, daß das Küstriner Bataillon und sein Chef sich ergeben hatten, so mußten sie begreifen, daß die Partie verloren war, und auf weiteren vergeblichen Widerstand verzichten.

Gewiß erschwerte er seinen persönlichen Fall mit dieser Handlungsweise, denn dadurch, daß er die Truppen der Garnison Küstrin zur Rebellion trieb, machte sich Major Buchrucker tatsächlich des Hochverrats schuldig. Aber was machte das schon? Es war die einzige Möglichkeit, mehrere 1 000 Mann vom Tode zu erretten, die ihm alle ihr Vertrauen geschenkt hatten, und dieser Einsatz war wohl das Opfer seiner Person wert.

☆

Sobald er in der Nacht vom 30. September auf den 1. Oktober in Küstrin eingetroffen war, rief Major Buchrucker seine Offiziere zusammen und teilte ihnen mit, daß ein Haftbefehl gegen ihn liefe. Er befahl Oberleutnant Raphael, der eine Kompanie von 550 Mann befehligte, sich in Erwartung eines aus Berlin kommenden Angriffs in Fort Gorgast zu verbarrikadieren und unter keinen Umständen zu weichen. Durch andere Abteilungen ließ er die Forts Säpzig und Tschernow besetzen. Dann stellte er eine Postenkette rings um die Zitadelle, drang selber an der Spitze einiger entschlossener Männer in den Innenhof ein und forderte

Oberst Gudowius, den Festungskommandanten, auf, gemeinsame Sache mit ihm zu machen.

»Der Augenblick ist gekommen, um eine Militärdiktatur einzusetzen!« sagte er zu ihm. »Läßt die Reichswehr diese Gelegenheit ungenutzt, so wird sie nie wiederkommen. Was sich in diesem Augenblick in Küstrin ereignet, findet zugleich in vielen anderen Garnisonen des Reiches statt[17].«

Aber Oberst Gudowius ließ sich nicht einschüchtern.

»Was Sie mir da vorschlagen, ist Rebellion«, antwortete er. »Ich bin verpflichtet, Sie in Arrest zu nehmen.«

Dann nahm er sein Telefon ab und alarmierte die Truppen der Garnison, die der Reichsregierung treu geblieben waren.

Kaum hatte Gudowius den Hörer aufgelegt, als sich ein Stoßtrupp der schwarzen Reichswehr unter dem Kommando von Oberleutnant Hayn einen Weg durch die Zitadelle bahnte, die Tür des Büros mit Kolbenstößen einschlug, in den Raum einbrach, seine Karabiner auf den Platzkommandanten richtete und die sofortige Freilassung Buchruckers forderte.

»Ich war entsetzt«, erklärte Oberst Gudowius später. »Eine unerhörte Tatsache übertraf in meinen Augen alle anderen: die Festung Küstrin, dieses vorgeschobene Bollwerk Deutschlands, das so bedeutungsvoll für die Verteidigung der Ostgrenze war, dieses Küstrin war von Rebellen besetzt! Es war meine Pflicht, sofort zu handeln und diesen unqualifizierbaren Tatbestand abzuwehren[18].«

Die Troß-Schwadron und das 3. Pionier-Bataillon, welche die Garnison von Küstrin bildeten, reichten nicht aus, um die Revolte zu unterdrücken. Oberst Gudowius telefonierte daher mit dem Reichswehrministerium und bat auf dem schnellsten Wege um Verstärkung. Gegen 19 Uhr erschienen statt der erwarteten Truppen zwei Lastwagen mit Freiwilligen der schwarzen Reichswehr in der Stadt, die von den anderen Aufständischen begeistert empfangen wurden[19]. Dann kam es zu ersten Zusammenstößen zwischen den legalen Truppen und den Rebellen. Die Reichswehr eröffnete das Feuer: Es gab zwei Tote und sieben Verwundete.

Im Laufe der Nacht trafen das 8. Infanterieregiment sowie das 2. und

17 Dokumente, veröffentlicht von Generalreichsanwalt Landsberg, Band I, 1923, S. 231.
18 Aussage von Oberst Gudowius beim Prozeß in Cottbus am 25. Oktober 1923.
19 Zwei Gruppen der Kompanie Raphael, die entgegen Buchruckers Befehl vom Fort Gorgast herunterkamen.

9. Kavallerieregiment aus Frankfurt an der Oder in Küstrin ein. Major Buchrucker sah, daß er die Einwilligung der Militärbehörden nicht mehr erzwingen konnte, und da er auf alle Fälle weiteres Blutvergießen vermeiden wollte, übergab er Oberst Gudowius seinen Degen. Am 2. Oktober um 2 Uhr nachts ergaben sich auch die Rebellen, die sich im Fort Gorgast verbarrikadiert hatten, ohne von der Waffe Gebrauch zu machen. Und frühmorgens am 3. Oktober hißten auch die Abteilungen in Säpzig und Tschernow die weiße Fahne. 381 Soldaten der schwarzen Reichswehr wurden gefangengenommen.

Als sie von dem Zusammenbruch der Revolte in Küstrin und von der Verhaftung ihres Chefs erfuhren, verzichteten die drei Bataillone, die in Spandau und Hahneberg zum Marsch auf Berlin bereitlagen, auf ihren Plan und ergaben sich bedingungslos den Behörden des Wehrkreises III.

Major Buchrucker wurde vor ein Sondergericht gestellt, das unter Ausschluß der Öffentlichkeit in Cottbus tagte; er wurde wegen Hochverrats zu zehn Jahren Festungshaft sowie zu einer Buße von 100 Milliarden Mark verurteilt[20]. Seine hauptsächlichen Mitkämpfer bekamen Strafen zwischen drei Monaten und zweieinhalb Jahren Gefängnis.

Die Heeresleitung der Reichswehr verfügte die sofortige Auflösung der »Arbeitskommandos«. Als sie keine Führer mehr hatten, um die sie sich wieder hätten sammeln können, gingen alle Verbände der schwarzen Reichswehr schnell auseinander; nicht nur die vier selbständigen Bataillone, die Major Buchrucker aufgestellt hatte, sondern auch die vier Regimenter, die gar keinen Anteil am Putschversuch gehabt hatten.

☆

Die Revolte der schwarzen Reichswehr hatte nur ein paar Tage gedauert. Aber obwohl sie schnell niedergeschlagen worden war, kennzeichnete sie doch den endgültigen Bruch zwischen der legalen Reichswehr und den irregulären Verbänden. Nach dieser Erfahrung arbeitete General von Seeckt niemals mehr mit heimlichen Gruppen zusammen, was immer ihre Ziele und wer immer ihre Führer waren. Er bewahrte völlig freie Hand, um ihre Unternehmen zu unterdrücken, wo immer sie sich ereigneten.

---

20 Das waren 10 Goldmark. Er wurde im Oktober 1927, nach vier Jahren Festungshaft in Gollnow, von Generalfeldmarschall von Hindenburg amnestiert.

Die ehemaligen Mitglieder der schwarzen Reichswehr und der illegalen Gruppen vergaßen die Lektion ebenfalls nicht. Da sie von Seeckt und seinen Mitarbeitern von Berlin zurückgestoßen worden waren, wandten sie sich ganz natürlicherweise München und damit Hitler zu. Eine ganze Reihe von ihnen tauchte in der SA wieder auf: Hauptmann Stennes, Oberleutnant Hayn, Oberleutnant Schulz und noch andere. Sie trugen ihren persönlichen Groll gegen die Reichswehr in die neuen Verbände und hegten den Wunsch, die Scharte gegenüber den offiziellen Militärs auszuwetzen.

Doch nehmen wir die Ereignisse nicht vorweg. General von Seeckt hatte die Revolte im Keim erstickt, und er konnte sich jetzt dem zweiten Teil seines Programms widmen: gegen Sachsen vorzugehen.

XVIII Die Reichswehr bewahrt die Einheit des Reiches

3. Die Reichsexekution gegen Sachsen und der Hamburger Aufstand

Man entsinnt sich noch der Schwierigkeiten, mit denen Noske im Mai 1919 zu ringen hatte, als er die Ordnung in Sachsen wiederherstellen wollte, und unvergessen ist das blitzartige Vorgehen des Obersten Faupel[1] und des Generals Maercker bei der Besetzung von Dresden und Leipzig[2]. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß Sachsen zu den Ländern gehörte, die nun am heftigsten gegen die Verhängung des Ausnahmezustandes reagierten.

Die Ereignisse, die sich 1923 in dem einstigen »roten Königreich« Friedrich Augusts III. abspielten, entbehrten nicht einer gewissen Ähnlichkeit mit den Wirren des Jahres 1919. Doch mochten die Ereignisse sich auch ähneln, die Taktik, die die Linksparteien diesmal einschlugen, war eine ganz andere, denn im Verlauf der vergangenen vier Jahre hatten die Radikalen ihre Erfahrungen gesammelt. Wenn sie sich zur Zeit der ersten und der zweiten Revolution nicht hatten an der Macht behaupten können, so hatte das daran gelegen, daß die Linksparteien — Mehrheitssozialisten, Unabhängige (USPD) und Spartakisten — es nicht fertiggebracht hatten, den bürgerlichen Parteien und den Freikorps eine Einheitsfront entgegenzustellen. Diesmal hüteten sich die Kommunisten davor, in den gleichen Fehler zu verfallen. Sie hielten sich an die Weisungen aus Moskau[3] und beschlossen, eine Koalitionsregierung mit der Sozialdemokratischen Partei und den Unabhängigen zu bilden. Im Schutze dieses Bündnisses konnten sie ihre Propaganda in den Fabriken und in den Gewerkschaften verstärken, die Macht der gemäßigten Elemente untergraben und zu guter Letzt ihren Nutzen aus diesen Machenschaften ziehen.

Kaum 48 Stunden nach der Verkündung des Ausnahmezustandes wurden zwischen Kommunisten, Unabhängigen und Mehrheitssozialisten Verhandlungen über eine Gemeinschaftsaktion gegen die faschi-

---

1 Faupel war später der erste Botschafter des Reiches bei General Franco.
2 Vgl. Band I, S. 293 ff.
3 Vgl. Dr. Heinz Brauweiler: »Generäle in der deutschen Republik«, S. 46, und die Zeitung »Vorwärts«, Organ der Sozialdemokratischen Partei, vom 27. Oktober 1923.

stische Gefahr aufgenommen. Die drei Parteien riefen einen »Verbindungsausschuß« ins Leben, und am 5. Oktober wurde in einem Kommuniqué bekanntgegeben, daß sich die Linksparteien darüber geeinigt hätten,

1. unter der Bezeichnung »Proletarische Hundertschaften« eine Selbstschutztruppe gegen die nationalistischen Verbände aufzustellen;
2. die nach dem Kapp-Putsch in Aussicht gestellte, aber noch nicht verwirklichte »Demokratisierung« der Reichswehr durchzusetzen, und
3. zu verlangen, daß der Sozialdemokrat Meyer zum Zivilkommissar für Sachsen ernannt werde und ihm alle Vollmachten, mit denen das Reichswehrministerium den Befehlshaber des Wehrkreises IV, General Müller, ausgestattet hatte, übertragen würden.

Am 8. Oktober wurde unter dem Vorsitz des Mehrheitssozialisten Zeigner ein neues sächsisches Kabinett gebildet. Der Regierung gehörten auch die beiden kommunistischen Abgeordneten Böttcher als Erziehungsminister und Brandler als Finanzminister an. Im Laufe des Nachmittags stellte sich das Kabinett dem sächsischen Landtag vor und leistete den Eid auf die Verfassung.

Doch General Müller war inzwischen nicht untätig geblieben. Bereits am 29. September hatte er den Ausnahmezustand verschärft und am 5. Oktober das Erscheinen der kommunistischen Zeitungen verboten. Die Beziehungen des militärischen Vertreters des Reiches und Inhabers der vollziehenden Gewalt mit der vom Parlament gewählten Zivilregierung waren dadurch noch gespannter geworden.

Am 12. Oktober befahl General Müller die Auflösung der »Proletarischen Hundertschaften«. Am 13. Oktober fand im Dresdener Zoologischen Garten eine Massenkundgebung statt, bei der der kommunistische Erziehungsminister Böttcher vor mehr als 6000 Zuhörern das Wort ergriff und das Vorgehen der Militärbehörden heftig geißelte. Er forderte die Bevölkerung auf, sich über die Befehle des Generals Müller hinwegzusetzen und tatkräftiger als bisher die Aufstellung der Hundertschaften zu betreiben.

General Müller hielt es für untragbar, daß seine Anordnungen öffentlich mit Füßen getreten wurden. Er richtete ein Ultimatum an Zeigner und setzte ihm eine Frist von 24 Stunden, um sich von Böttcher zu trennen, dessen aufreizende Rede mit seiner Stellung in der Regierung nicht vereinbar sei. Das Ultimatum sollte am 18. Oktober um 11 Uhr ablaufen.

Diese Note führte zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen im Landtag. »Eine unerhörte Einmischung des Heeres in die inneren Angelegenheiten Sachsens«, rief der kommunistische Abgeordnete Sievers, »eine untragbare Verletzung des Rechtes!« Schließlich setzten die Volksfrontparteien im Parlament die Annahme einer Entschließung durch, in der betont wurde, daß die sächsische Regierung dem Wehrkreisbefehlshaber keinen Gehorsam schuldig sei, wohl aber der Wehrkreisbefehlshaber sich dem Willen der sächsischen Regierung zu fügen habe. Diese Entschließung war äußerst schwerwiegend, denn sie bestritt die Gültigkeit des Artikels 48 der Reichsverfassung und stellte sogar den grundsätzlichen Vorrang der Reichsbehörden vor den Landesbehörden in Frage.

Die Kommunisten forderten, von diesem Erfolg ermutigt, wie in Sachsen auch in allen anderen Ländern des Reiches, vor allem aber in Thüringen und in Hamburg, »Gemeinschaftsfronten« zu bilden. Am 19. Oktober griffen sie erneut Reichswehrminister Geßler an und verlangten seinen Rücktritt.

Die Spannung zwischen Berlin und Dresden wurde immer größer, als plötzlich eine unvorhergesehene Zuspitzung der Lage eintrat. Der bayrische Regierungschef von Kahr brach sämtliche Beziehungen zwischen Bayern und Sachsen ab. In Thüringen, wo sich eine Volksfrontregierung gebildet hatte, sammelten sich bewaffnete rote Milizen entlang der bayrischen Grenze, während die Münchner Regierung ihrerseits nationale Verbände aufstellte, deren Abteilungen im Raum von Coburg zusammengezogen wurden. »So war die groteske Lage eingetreten«, schrieb Heinz Brauweiler, »daß im Herzen des Deutschen Reiches zwei Länder sich mit den Waffen in der Hand gegenüberstanden[4].«

Besorgt über die Wendung, die die Ereignisse nahmen, schickte die Sozialdemokratische Partei eine Abordnung nach Berlin, die Reichspräsident Ebert ersuchen sollte, mäßigend auf General Müller einzuwirken. Doch während sich die Sozialdemokraten um eine Verständigung bemühten[5], gossen die Kommunisten unaufhörlich Öl ins Feuer. Im Kabinett verhielten sie sich verhältnismäßig ruhig, auf ihren Parteiversammlungen aber wurden unerhört scharfe Reden gehalten. Den Sozialdemokraten machten die Kommunisten den Vorwurf, sie paktierten mit

4 Brauweiler, a. a. O., S. 46.

5 Das Ultimatum des Generals Müller lief am 18. Oktober ab. Erst am 28. Oktober aber wurde die sächsische Regierung abgesetzt. Diese Verzögerung von zehn Tagen erklärt sich aus den Verhandlungen, die hinter den Kulissen zwischen den Dresdener und den Berliner Sozialdemokraten geführt wurden.

der Reaktion. Auch erhoben sie die Forderung nach einer Politik der Stärke gegenüber den Militärbehörden. Ebenso heftig war das Ringen um den Einfluß auf die Gewerkschaften, aus denen die Kommunisten die Gemäßigten hinauszudrängen suchten, um deren Plätze mit ihren eigenen Vertrauensleuten zu besetzen[6]. Am 19. Oktober veranstalteten sie fünf Massenkundgebungen, auf denen Böttcher heftiger als je zuvor die Gewaltherrschaft der Reichswehr brandmarkte. Am 22. Oktober nahm der Rätekongreß in Chemnitz auf Betreiben der Kommunisten durch Handaufheben eine Entschließung an, in der die Ausrufung des Generalstreiks gefordert wurde.

Man hätte sich ins Frühjahr 1919 zurückversetzt glauben können. Männer der alten revolutionären Garde — unter anderen Wells und Dittmann — krochen aus den Schlupfwinkeln hervor, in denen sie sich verborgen gehalten hatten. Im ganzen Reich nahm die Unruhe zu. Überall wurden Zusammenstöße zwischen der Polizei und Manifestanten gemeldet. Bei wiederholten Gelegenheiten mußte auch das Heer, das zu Hilfe gerufen wurde, von der Waffe Gebrauch machen. Allein in der zweiten Oktoberhälfte kam es zu Zwischenfällen in Aachen (wo es acht Tote und 15 Verletzte gab), Berlin (drei Tote und sieben Verletzte), Erfurt (ein Toter und zwei Verletzte), Essen (drei Tote und zwölf Verletzte), Marienburg (18 Verletzte und 250 Verhaftungen) und Frankfurt am Main (zwei Tote und mehrere Verletzte). Auch in Beuthen und Hannover, in Lübeck und Braunschweig, in Düsseldorf und Allenstein kam es zu Blutvergießen. Alles deutete auf eine schwere Krise hin. Deutschland schien kurz vor einer dritten Revolution zu stehen.

☆

Die erste Revolution war von Kiel ausgegangen. Diesmal kam es zu den ersten schweren Zwischenfällen in Hamburg, wo die Kommunisten in der Nacht vom 22. zum 23. Oktober den Versuch unternahmen, sich in den Besitz der Stadt zu setzen. Ihr Plan war sorgfältig vorbereitet worden. Die roten Hundertschaften schlossen zunächst alle Polizeiwachen in den Randgebieten ein, und es gelang ihnen in kurzer Zeit, 13 Reviere einzunehmen. Nach erbittertem Kampf, der sich bis in die Morgenstunden hinzog, konnten zu Hilfe gerufene Überfallkommandos etwa zehn Polizeireviere zurückerobern. Die Kommunisten, die auf das Elend

6 Über die Untergrundtätigkeit der kommunistischen Zellen vgl. den Artikel »Die harmlosen Kommunisten« im »Vorwärts« vom 31. Oktober 1923 (Abendausgabe).

und die verzweifelte Stimmung der Arbeiter bauten[7], hatten die Hafenarbeiter veranlaßt, die Arbeit niederzulegen. Die Kaianlagen und Lagerhäuser im Hafen lagen daher verwaist. Auf der Eisenbahnlinie Hamburg—Lübeck wurden die Schienen herausgerissen, um die Heranführung von Verstärkungen der Reichswehr zu verhindern. Außerdem wurden auch die wichtigsten nach Hamburg führenden Straßen durch Baumstämme und spanische Reiter verbarrikadiert.

Den ganzen Tag über tobte in den Außenvierteln und im Hafengelände der Kampf zwischen den kommunistischen Hundertschaften und den Polizeibrigaden, zu denen noch einige Marineeinheiten gestoßen waren. Bei Einbruch der Nacht trat eine Kampfpause ein, die von den Radikalen zum Bau neuer Barrikaden benutzt wurde.

Am 24. Oktober um 6 Uhr morgens gingen die Feuergefechte mit gesteigerter Heftigkeit weiter. In der Hamburger Straße, der Stückenstraße und der Volksdorfer Straße wurden mörderische Kämpfe ausgetragen. Gegen 11 Uhr stieß eine Marineabteilung bis zum Osterdiek-Kanal vor, während die Polizei das seit fast 36 Stunden eingeschlossene Revier Nr. 32 freikämpfen konnte.

Allmählich wurden die Regierungsstreitkräfte wieder Herren der Lage. Der Widerstand der Radikalen flaute ab. Im Laufe des Nachmittags wurden Zug um Zug Barmbek, Schiffbek und Bergedorf zurückerobert. Am Abend des 24. Oktober war der Versuch eines Gewaltstreiches endgültig niedergeworfen.

In weniger als 48 Stunden hatten Polizei und Marine den Aufstand zerschlagen, doch war die Warnung sehr eindringlich. Die Kommunisten hatten 21 Tote und 175 Verletzte zu beklagen, die Regierungsstreitkräfte elf Tote und 34 Verwundete. 102 Personen wurden verhaftet und ins Gefängnis gesteckt, doch war es den Rädelsführern gelungen zu entfliehen.

Aus den im Hauptquartier der Aufständischen in Schiffbek erbeuteten Dokumenten ging hervor, daß diese technisch und finanziell von Sowjetagenten unterstützt worden waren[8]. »Aus der sorgfältigen Vorbereitung des Putsches kann auf das Ausmaß der Bewegung geschlossen werden«, schrieb der Berichterstatter des »Vorwärts« aus Hamburg,

7 Von dem Elend der Arbeiter kann man sich ein Bild machen, wenn man bedenkt, daß der durchschnittliche Mietpreis im Oktober 1923 2 810 000mal höher war als im Januar des gleichen Jahres (Amtliche Statistik des Reichsfinanzministeriums).

8 Vgl. »Vorwärts« vom 27. Oktober 1923. Es handelte sich hierbei insbesondere um »Sobelsohn«, alias Karl Radek, Mitglied der Komintern, und um Otto Marquardt, Angehöriger der sowjetischen Handelsdelegation in Hamburg.

»die der aktivste Flügel der Kommunistischen Partei im ganzen Reich auszulösen im Begriffe stand[9].«

☆

Für die Militärbehörden waren der plötzliche Ausbruch des Hamburger Aufstandes, das Vorhandensein eines sorgfältig ausgearbeiteten Angriffsplanes und die hohe Zahl der Opfer eine Warnung. Sie durften keine Zeit mehr verlieren, wenn sie den Ausbruch ähnlicher Unruhen in Sachsen und Thüringen verhindern wollten. Bis jetzt hatte General von Seeckt nichts übereilen wollen. Die Hamburger Unruhen aber beseitigten seine letzten Skrupel und drängten ihn, einzugreifen, bevor es zu spät sei.

Am Morgen des 27. Oktober richtete der Reichskanzler folgendes Schreiben an die sächsische Regierung:

> »In Anbetracht der Tatsache, daß die kommunistischen Mitglieder der sächsischen Regierung die Bevölkerung Sachsens durch Aufrufe dazu aufgewiegelt haben, Gewaltakte zu begehen und sich gegen die Reichsregierung aufzulehnen, verlangt der Reichskanzler den Rücktritt des sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner und seiner Regierung, da die Reichsregierung die sächsische Regierung nicht mehr als eine Landesregierung im Sinne der Reichsverfassung anerkennt. Sie erwartet die Antwort Herrn Zeigners noch im Laufe des heutigen Tages[10].«

Am selben Tage kam es zu blutigen Zwischenfällen zwischen Kompanien der Reichswehr und den Demonstranten in Freiberg in Sachsen. Einige Soldaten wurden von der Menge fast gelyncht; dreimal mußte die Truppe von der Waffe Gebrauch machen. Am nächsten Tage zeigte die Stadt wieder ihr übliches Gesicht, doch waren leider zahlreiche Opfer zu beklagen: zwei Tote und acht Verletzte, darunter sechs Schwerverletzte, bei der Truppe, und 25 Tote und 52 Verletzte unter den Demonstranten.

Zeigner hatte noch immer nicht auf das Schreiben vom 27. Oktober geantwortet. General Müller erhielt daher den Befehl, die sächsische Regierung abzusetzen. Diese Anordnung gab der Befehlshaber des Wehrkreises IV am Morgen des 28. Oktober dem Ministerpräsidenten

---

9 »Vorwärts« vom 28. Oktober 1923.

10 Der Reichskanzler vertrat die Auffassung, daß sich die Gemäßigten durch ihr Einverständnis mit dem Vorgehen der Kommunisten zu Komplicen der revolutionären Handlungsweise der letzteren gemacht hätten.

bekannt. Zugleich verbot er dem Landtag unter Berufung auf Artikel 48 der Verfassung, weitere Sitzungen abzuhalten.

Die Wirkung, die diese Nachricht in den politischen Kreisen Dresdens hervorrief, kann man sich leicht ausmalen. Die Wut der Abgeordneten war grenzenlos. Die Fraktionen der Regierungsparteien traten unter Mißachtung des Verbots des Wehrkreisbefehlshabers zusammen und erklärten, daß sie sich weigerten, den Befehlen des Generals Müller nachzukommen; nur der Landtag habe das Recht, die sächsische Regierung aufzulösen. Gewiß enthielt der Artikel 48 die Bestimmung: »Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.« Doch enthielt dieser Artikel auch den Zusatz: »Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.« Das entsprechende Reichsgesetz aber war noch nicht verabschiedet worden. De facto konnte der Reichspräsident mit bewaffneter Macht in die inneren Angelegenheiten der Länder eingreifen, de jure aber durfte er das nicht, da die näheren Einzelheiten für ein solches Eingreifen noch nicht festgelegt worden waren[11].

Die Militärbehörden verspürten jedoch keinerlei Neigung, sich durch juristische Spitzfindigkeiten aufhalten zu lassen. Wenn das Heer nicht bereit gewesen wäre, für die Einheit des Reiches einzustehen, stände die Einheit längst nur noch auf dem Papier! So ernannte der Reichskanzler denn am 29. Oktober um 9 Uhr morgens Dr. Heintze zum Reichskommissar für Sachsen. Kaum hatte dieser seinen Auftrag erhalten, als er auch schon Offiziere zu allen Ministern schickte und sie aufforderte, bis 14 Uhr ihre Dienstzimmer zu räumen. Wie zu erwarten, weigerten sich die Minister und erklärten, sie würden nur der Gewalt weichen.

So zog um 14.15 Uhr die Reichswehr mit klingendem Spiel durch die Stadt und marschierte an den Ministerien vorbei. Vor jedem Ministerium löste sich eine Gardekompanie aus dem Zug heraus, drang in das Gebäude ein und riegelte gleichzeitig alle Ausgänge ab. Sodann trat der Abteilungsführer in das Arbeitszimmer des Ministers und forderte ihn auf, den Platz zu räumen. Die meisten Minister kamen der Aufforderung widerstandslos nach. Nur Böttcher widersetzte sich, so daß die

11 Beim Eingreifen in Braunschweig im April 1919 war General Maercker auf ähnliche Schwierigkeiten gestoßen (vgl. Band I, S. 257). Damals war der Artikel 48 noch nicht verabschiedet, und die Reichsregierung mußte »in dieser Zwangslage ... schon aus Selbsterhaltungstrieb ihre Machtmittel anwenden«. (Maercker: »Vom Kaiserheer zur Reichswehr«, Leipzig 1921, S. 214.) Jetzt war der Artikel 48 zwar verabschiedet, doch ging der Streit noch um die Ausführungsbestimmungen.

Truppe ihn »manu militari« entfernen mußte. In allen Büroräumen wurden bewaffnete Posten belassen. Punkt 14.30 Uhr kehrte der Fanfarenzug der Reichswehr in seine Kaserne zurück. Die sächsische Regierung hatte zu bestehen aufgehört.

Die Landtagsabgeordneten waren von der Schnelligkeit dieser Aktion geradezu niedergeschmettert, zumal es General Müller nicht dabei bewenden ließ. Noch am selben Abend verbot er den Eisenbahnerstreik, den die roten Gewerkschaften auf Betreiben von Dittmann und Wells beschlossen hatten. Am nächsten Tag untersagte er das Erscheinen aller sozialistischen Zeitungen. Am 31. Oktober schließlich nahm er die Entwaffnung der »Proletarischen Hundertschaften« in Angriff[12].

Am 2. November teilte der Befehlshaber des Wehrkreises IV die sächsische Reichswehr-Division in vier Gruppen auf, um so die Vierteilung des Landes besser zu gewährleisten. Die von den Linksparteien entfachte Agitation nahm allmählich ab. Um die Mitte des Monats war die Ruhe wiederhergestellt.

☆

Während in Dresden und Leipzig die Ordnung wieder einkehrte, hatten die Geschehnisse in Bayern ein Ausmaß angenommen, das die soeben geschilderten Vorkommnisse weit in den Schatten stellte.

Bereits zur Zeit des Kapp-Putsches hatte sich Seeckt einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen zwei Gruppen der Reichswehr widersetzt. »Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr!« hatte er in einer besonders dramatischen Stunde zu Noske gesagt. Nun aber sah es so aus, als sei ein solcher Kampf unvermeidbar geworden. Wollte man der Münchner Regierung wieder Achtung vor der Verfassung beibringen, dann mußten zweifellos die norddeutschen Divisionen das Feuer auf die bayrische Division eröffnen.

Der Tagesbefehl, den der Chef der Heeresleitung am 4. November an das Heer richtete, spiegelt den Ernst der Lage wider:

»Berlin, den 4. November 1923.
Der Ruhrkampf und sein Ende haben Deutschland im tiefsten aufgewühlt. Frankreichs und Belgiens frevelhafter Eingriff in das Reichsgebiet, die wirtschaftliche Not, die das Volk an den Rand der Verzweiflung bringt, haben uns nicht zusammengeführt, sondern den

12 Diese Aktion, die tatkräftig in Angriff genommen wurde, verlief übrigens nicht ohne Zwischenfälle: Am 3. November kam es zu einem Aufstand einer »Proletarischen Hundertschaft« in Chemnitz, bei dem es einen Toten und zwei Verletzte gab.

Kampf der Parteien zur Siedehitze gesteigert. Der kommunistische Umsturz ist in Hamburg soeben von Polizei und Reichsmarine niedergeworfen worden ... In Sachsen ist die Reichswehr eingesetzt. Andererseits ist Macht und Anhang derjenigen gewachsen, die Deutschlands Rettung nur in der beschleunigten, gewaltsamen Beseitigung des heutigen Regierungssystems durch eine nationale Diktatur sehen. Die bayrischen Nationalsozialisten fordern den Marsch auf Berlin ...

Solange ich an meiner Stelle bin, habe ich die Ansicht vertreten, daß nicht von diesem oder jenem Extrem, nicht von äußerer Hilfe oder innerer Revolution — komme sie von links oder rechts — das Heil kommt, sondern daß uns nur harte, nüchterne Arbeit die Möglichkeit zum Weiterleben gibt. Diese können wir allein auf dem Boden von Gesetz und Verfassung leisten. Wird dieser verlassen, so tritt der Bürgerkrieg ein, der bei unseren heutigen Verhältnissen zwei an Zahl und Machtmitteln gleich starke Parteien gegeneinander führt, der nicht mit dem Siege der einen Seite, sondern mit ihrer gegenseitigen Zerfleischung endet, für den uns der Dreißigjährige Krieg ein furchtbar warnendes Beispiel sein muß ...

An der Reichswehr ist es, diesen Bürgerkrieg zu verhindern ... Die staatlichen Notwendigkeiten zu erkennen und durchzusetzen ist aber allein Sache der obersten Führung. Die Ehre des Soldaten liegt nicht im Besserwissen und Besserwollen, sondern im Gehorsam ... Eine Reichswehr, die in sich einig und im Gehorsam bleibt, ist unüberwindlich und der stärkste Faktor im Staate. Eine Reichswehr, in die der Spaltpilz der Politik gedrungen ist, wird in der Stunde der Gefahr zerbrechen[13].

Ich ersuche alle Kommandeure, ihre Untergebenen auf die schweren Gefahren einer solchen Entwicklung hinzuweisen und jeden Reichswehrangehörigen, der sich politisch zu betätigen versucht, sofort aus der Truppe zu entfernen. (gez.:) von Seeckt.«

Diese Zeilen lassen trotz ihrer scheinbaren Festigkeit die Sorgen des Oberbefehlshabers durchblicken. Sorgen waren übrigens durchaus gerechtfertigt, denn Deutschland steuerte abermals auf einen sehr kritischen Wendepunkt seiner Geschichte zu.

13 Diese Zeilen erinnern an das Abschiedsschreiben des Feldmarschalls von Hindenburg, in dem dieser im wesentlichen die Mahnung ausgesprochen hatte: »Bleibt einig, denn Eure Einigkeit ist die Garantie für die Zukunft des Reiches.« (Vgl. Band I, S. 361.)

XIX Der nationalsozialistische Putsch in München (8./9. November 1923)

Ende 1922 war Hitler nicht mehr als ein allerdings mit bemerkenswerter Energie und außergewöhnlichen rednerischen Talenten begabter politischer Agitator gewesen. Seine Partei hatte damals nur 30 000 Mitglieder gezählt, die Stärke seiner Sturmabteilungen nicht einmal 6 000 Mann überstiegen. Wie hatte er in so kurzer Zeit zu einem Machtfaktor werden können, der die Einheit der deutschen Republik durchaus in Frage zu stellen vermochte? Die Etappen seines Aufstiegs waren eines der erstaunlichsten Kapitel jener stürmischen Zeit.

Vom 27. bis zum 29. Januar 1923 hatte die Nationalsozialistische Partei ihren zweiten Parteitag abgehalten. Die Schlußfeierlichkeiten, die unter lauten, lang anhaltenden Rufen »Deutschland erwache!« bei Schneesturm unter freiem Himmel stattgefunden hatten, hatten einen sehr viel militärischeren Anstrich gehabt als die des vorhergegangenen Jahres. Vor einer riesigen Menschenmenge, die sich auf dem Marsfeld versammelt hatte, waren die Sturmabteilungen an ihrem Führer vorbeimarschiert. Dann war eine Art Fahnenweihe gefolgt, bei der Hitler den vier vollständig aufgestellten SA-Bataillonen München I, München II, Nürnberg und Landshut ihre Standarten übergeben hatte.

Seit dem Einmarsch der französischen Truppen ins Ruhrgebiet hegte jedermann in Bayern, und an erster Stelle Hitler, die Erwartung, die Reichsregierung werde zum offenen Kampf gegen den Eindringling schreiten. Doch der Führer der Nationalsozialistischen Partei fürchtete, er werde für diesen jeden Augenblick zu erwartenden »Befreiungskrieg« nicht bereit sein. Daher gab er dem Drängen einiger Männer seiner Umgebung nach und beschloß, den Sturmabteilungen weitere Verbände anzugliedern, die außerhalb seiner Partei entstanden waren[1]. Zu diesem

1 Beim Zustandekommen dieses Bündnisses spielte vor allem Hauptmann Röhm eine wichtige Rolle. Er war Frontkämpfer und hatte vor Verdun gekämpft. Im Jahre 1918 beteiligte er sich an der Aufstellung des Freikorps des Obersten Ritter von Epp auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruf. Anschließend nahm er an der Unternehmung Noskes gegen München im Mai 1919 teil, ferner an dem Putsch der »Orgesch« (Organisation Escherich), durch den das Kabinett Hoffmann gestürzt und durch die Regierung von Kahr ersetzt wurde. Nach dem Kapp-Putsch begleitete er Oberst von Epp im April 1920 ins Ruhrgebiet und kehrte schließlich nach München zurück. Als

Zweck schloß er ein Bündnis mit verschiedenen nationalistischen Verbänden, insbesondere mit der »Reichsflagge« des Hauptmanns Heiss und mit dem Bund »Oberland« von Dr. Weber, der aus dem Freikorps des gleichen Namens hervorgegangen war[2]. Auf diese Weise kam im Februar 1923 die »Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände« zustande, mit deren Leitung Oberstleutnant Kriebel, der einstige Stabschef der bayrischen Einwohnerwehr, betraut wurde[3].

Bislang hatte sich Hitler stets geweigert, ein Bündnis mit wem auch immer einzugehen. Nun war er Partner einer Koalition geworden. Die veränderte Lage hatte ihn dazu gezwungen, seine Parteitruppe umzustellen und sie zu bewaffnen, um sie auf eine Stufe mit den anderen Kampfverbänden zu stellen. Damit war Hitler von den Grundsätzen abgewichen, die er selbst in seinen Richtlinien für die »Bildung von Sturmabteilungen« aufgestellt hatte[4]. Ursprünglich hatte er sie ausschließlich als Parteitruppe gedacht und verlangt, alles zu vermeiden, was sie als getarntes Freikorps hätte erscheinen lassen können. Jetzt aber waren die Sturmabteilungen mit ihren feldgrauen Uniformen und Stahlhelmen, ihren Tornistern, Gewehren und Maschinengewehren von den Einheiten des Heeres gar nicht mehr zu unterscheiden.

Zugleich mit dieser äußerlichen Umstellung ging Hitler an die Neuorganisierung der SA. Leutnant Wilhelm Brückner[5] trat an die Spitze des Münchner SA-Regiments, und der Oberbefehl über die Sturmabteilungen wurde einem ehemaligen Fliegeroffizier und Angehörigen des berühmten Jagdgeschwaders Richthofen, Hauptmann Hermann Göring, übertragen.

Ritter von Epp zum General befördert und ihm der Befehl über die XXI. Brigade übertragen wurde, wurde Hauptmann Röhm sein Stabschef. Von diesem Augenblick an widmete er sich einer intensiven politischen Tätigkeit, trat in die Nationalsozialistische Partei ein, als diese erst 70 Mitglieder zählte, beschleunigte den Aufbau der SA und gründete 1921 die Münchner Abteilung des »Nationalverbandes deutscher Offiziere«.

Diese den Vorschriften der Reichswehr widersprechende Tätigkeit lenkte bald die Aufmerksamkeit seiner Vorgesetzten auf ihn, und da man ihn von General von Epp trennen wollte, wurde Röhm »auf besonderen Wunsch des Reichspräsidenten« zum Stab der 7. bayrischen Division unter General von Lossow versetzt. Doch Röhm, ein geborener Verschwörer, gab deshalb seine politische Tätigkeit nicht auf. Er kümmerte sich weiterhin um die vaterländischen Verbände und wurde im nationalsozialistischen Bündnis der Exponent des Arbeiterflügels. (Vgl. Edgar von Schmidt-Pauli: »Die Männer um Hitler«, Berlin 1933, S. 112 ff.)

2 Man erinnert sich an die Rolle, die dieses Freikorps in den Kämpfen um Oberschlesien gespielt hat.

3 Siehe oben, S. 151.

4 Siehe oben, S. 246/247.

5 Hitlers Adjutant.

Auf Grund dieser Umwandlung ließ die Reichsregierung die Nationalsozialistische Partei in Preußen, Sachsen, Thüringen, Baden, Hamburg und Mecklenburg verbieten. Diese Verbote taten der Partei jedoch keinerlei Abbruch; sie bewirkten ganz im Gegenteil, daß viele ihrer in den verschiedenen Teilen des Reiches verstreuten Anhänger, unter ihnen auch Leutnant Roßbach, in München zusammenströmten, und dieser Zuwachs erhöhte die Stärke und Schlagkraft der Partei.

Am 1. Mai 1923 hielten die Nationalsozialisten mit allen anderen Verbänden der »Arbeitsgemeinschaft« einen Vorbeimarsch auf dem Flugfeld Oberwiesenfeld bei München ab. Fast 10 000 Männer waren dem Rufe ihrer Führer gefolgt. Im Anschluß an diese Kundgebung unternahm die SA den Versuch, auf München zu marschieren, um mit den »Gefälligkeiten der bayrischen Regierung gegenüber den Linksparteien« ein für allemal Schluß zu machen. General von Lossow, der Befehlshaber des Wehrkreises VII, ließ seine Truppen jedoch zwischen München und Oberwiesenfeld in Stellung gehen, so daß die Führer der Nazi-Partei auf ihren Plan verzichten mußten.

Obwohl dieser Versuch gescheitert war, fühlte sich die bayrische Regierung doch von den Fortschritten der NSDAP beunruhigt. In den Sturmabteilungen, deren Stärke von Tag zu Tag wuchs, erblickte sie eine ernste Bedrohung. Die Revanche-Stimmung, die die Ruhrbesetzung erzeugt hatte, und die Verzweiflung über den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Reiches schufen äußerst günstige Voraussetzungen für die Propaganda Hitlers. Jede seiner Reden führte ihm Tausende von Unzufriedenen zu — mittellose Studenten, kleine Geschäftsleute und Rentner, die durch die Inflation zugrunde gerichtet worden waren, und Frontkämpfer, die sich über die Einstellung des passiven Widerstandes empörten.

Am 1. und 2. September, dem Jahrestag der Schlacht von Sedan, fand in Nürnberg ein »Deutscher Tag« statt. Er war zugleich die größte Versammlung, die die Partei bisher abgehalten hatte. Auf der Herrnwiese traten 70 000 Männer an und marschierten an Hitler vorbei. Das hervorstechendste Ereignis dieser Tage war die Anwesenheit Ludendorffs. Erstmals seit dem Kapp-Putsch erschien der Generalquartiermeister wieder in der Öffentlichkeit, seine Teilnahme an diesen Feierlichkeiten war daher besonders bedeutsam. Sie besiegelte nicht nur das im Februar zwischen den Nationalsozialisten und den Kampfverbänden der Rechten geschlossene Bündnis, sondern brachte Hitler auch die Unterstützung einer der angesehensten militärischen Persönlichkeiten

Deutschlands ein. Dieses Bündnis wurde auf Betreiben von Hauptmann Röhm am Abend des 2. September noch enger geknüpft: die »Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Verbände« wurde in den »Deutschen Kampfbund« umgewandelt[6].

Seit dem Einmarsch der französischen Truppen ins Ruhrgebiet waren einige Monate vergangen, und Hitler war sich nun darüber klargeworden, daß es weder der Reichstag noch die Berliner Regierung je wagen würden, die Waffen mit der Entente zu kreuzen. In der Stunde, da das Land auf den Abgrund zusteuerte, gaben sich die Abgeordneten mit platonischen Protesten zufrieden. Solange das Weimarer Regime in Deutschland bestand, war an einen »Befreiungskrieg« ganz gewiß nicht zu denken. Daher mußte zunächst dieses Regime beseitigt werden.

»Der Wiederaufstieg Deutschlands muß mit dem Marsch auf Berlin und der Einsetzung einer nationalen Diktatur beginnen«, verkündete Hitler ohne Unterlaß[7], und am 12. September fügte er in einer sehr ungestümen Rede hinzu:

> »Diese Novemberrepublik geht zu Ende! . . . Heute nun beginnt dieser niemals stolze Bau zu wanken! Es kracht in seinem Gebälk! . . . Es gibt nur eine Wahl: Hakenkreuz oder Sowjetstern! Internationale Weltdespotie oder das Heilige Reich deutscher Nation!«

Im Verlaufe der folgenden Wochen setzte sich Hitler rücksichtslos ein, besichtigte seine Sturmabteilungen und ergriff jeden Tag auf fünf bis sechs Versammlungen das Wort[8]. Und so wie er sich an die Spitze seiner Partei aufgeschwungen hatte, so wurde er nun von seinen Bundesgenossen an die Spitze des Bündnisses gestellt. Am 25. September wurde er zum politischen Leiter des Kampfbundes ernannt.

☆

Während sich die 55 000 Mitglieder der NSDAP und die Kampfverbände des Bundes immer enger um Hitler und Ludendorff scharten, zeichnete sich in der öffentlichen Meinung Bayerns eine zweite Strö-

---

6 Diesem neuen Bündnis gehörten wiederum die SA, der Bund »Oberland«, die »Reichsflagge« und einige weniger bedeutende Verbände an.

7 Bei diesen Worten hatte Hitler ohne Zweifel das Vorbild Mussolinis vor Augen, der mit seinen Schwarzhemden auf Rom marschiert war (28./29. Oktober 1922).

8 Allein am 24. September 1923 veranstaltete die Nationalsozialistische Partei vierzehn Massenkundgebungen.

mung ab, die von der Bayrischen Volkspartei, den monarchistischen Organisationen und den reaktionären Bünden[9] um von Kahr getragen wurde.

Diese beiden Gruppen verfolgten eine völlig entgegengesetzte Politik. Die Nationalsozialisten mit Hitler dachten überhaupt nicht an die Wiederherstellung der Monarchie. Sie wollten vielmehr mit Hilfe einer Diktatur das deutsche Volk erneut zu einer Einheit zusammenschmieden. Ihre Politik war totalitär und zentralistisch, und ihr Kampfruf hieß: »Auf nach Berlin!«

Die bayrischen Reaktionäre dagegen stützten sich auf die katholischen und königstreuen Bauern, die von der Krise weniger hart betroffen waren als die Bevölkerung der Städte und die ihre Äcker in Frieden und in einem selbständigen Bayern unter der Herrschaft eines Königs bestellen wollten. Ihre Politik war konservativ und partikularistisch, und ihr Kampfruf hieß: »Los von Berlin!«

Wenn sich Hitler die Persönlichkeit Ludendorffs als Bannerträger auserkoren hatte, so suchten von Kahr und seine Freunde Schutz hinter Kronprinz Rupprecht von Bayern. Der Konflikt zwischen den Nationalsozialisten und den bayrischen Reaktionären war daher von einer persönlichen Feindschaft zwischen dem einstigen Generalquartiermeister des kaiserlichen Heeres und dem rechtmäßigen Thronerben des Hauses Wittelsbach begleitet.

Ludendorff war nämlich ein überzeugter Anhänger des Hauses Hohenzollern, und seine Bestrebungen zielten auf ein stark zentralisiertes Reich. Er träumte von einem machtvollen, einigen und unteilbaren Deutschland, das in der Lage wäre, den jahrhundertealten Kampf gegen Frankreich wiederaufzunehmen. Aus diesen Gründen stand er allem, was die Macht der Bundesstaaten stärken konnte, also auch einer Restauration des Hauses Wittelsbach, ablehnend gegenüber.

Kronprinz Rupprecht verfolgte begrenztere Ziele, die den Vorteil hatten, daß sie sofort verwirklicht werden konnten. Er war sich bewußt, daß seine Ansprüche auf den bayrischen Thron zwar zu Recht bestanden, er aber niemals zum Deutschen Kaiser gewählt werden würde. Die Reichsidee in jeglicher Gestalt ließ ihn daher völlig kalt. Er hatte nur den Ehrgeiz, die Monarchie in Bayern wiederherzustellen und, wenn möglich, das katholische Österreich in sie einzubeziehen. Daß die Grün-

---

9 So z. B. der Bund »Bayern und Reich«, der »Wikingbund« usw.

dung eines solchen süddeutschen Königreiches[10] das Ende des Reiches und die endgültige Zerstückelung des deutschen Volkes bedeuten würde, störte ihn wenig. In den Augen Hitlers und Ludendorffs waren seine Pläne daher auch nicht weniger verbrecherisch als die separatistische Politik eines Kurt Eisner und seiner Gefolgsleute im Jahre 1919.

Doch wenn die Nationalsozialisten und die bayrischen Autonomisten auch ganz verschiedene Ziele verfolgten: sie konnten sie nur dann erreichen, wenn sie demselben Gegner, der Regierung in Berlin, den Kampf ansagten, und auf dieser allerdings sehr schmalen Grundlage versuchten sie, ihre Arbeit gegen den »gemeinsamen Feind« zu verbinden. So wurden sie zwar durch die Umstände zum gemeinsamen Vorgehen gezwungen, aber ihr Bündnis war nicht frei von einer gehörigen Portion Mißtrauen. In den folgenden Wochen beäugten sich diese beiden Gruppen argwöhnisch, suchten sich gegenseitig zu überspielen und waren bemüht, sich die Initiative zu entreißen.

☆

Da brach plötzlich die Krise aus. Von diesem Augenblick an jagten sich die Ereignisse mit solcher Geschwindigkeit, daß die Bewohner des Reiches das Gefühl hatten, als lebten sie auf einem Vulkan.

Als Kahr von der Ernennung Hitlers zum politischen Leiter des Kampfbundes (25. September 1923) erfuhr, bekam er es mit der Angst zu tun. In der Befürchtung, er könne von seinem Gegner überspielt werden, ließ er sich zum Generalstaatskommissar ausrufen (26. September), nahm für sich alle Vollmachten in Anspruch, verhängte den Ausnahmezustand über ganz Bayern und verbot alle Versammlungen, die die Nationalsozialistische Partei für den folgenden Tag angekündigt hatte[11].

---

10 Im Laufe dieser wirren Zeit tauchten auch die verschiedensten Gespenster der Vergangenheit wieder auf. Vor kurzem erst hatten sich Winnig und General von der Goltz für einen »Deutschen Staat im Osten« eingesetzt, der wie zur Zeit der Deutschritter Ostpreußen und die baltischen Provinzen umfassen sollte. Jetzt nahm in den Köpfen Kahrs und des Kronprinzen Rupprecht der Gedanke an die Schaffung eines »Österreichisch-bayrischen Königreiches« Gestalt an. Hugo Stinnes, der sich in einer Polemik sehr heftig mit Reichskanzler Stresemann auseinandersetzte, dachte zu jener Zeit an die Errichtung eines »rheinisch-westfälischen Wirtschaftsherzogtums« (siehe oben, S. 255, Fußnote 13), das in moderner Gestalt an das alte Lotharingien Karls des Kühnen erinnerte.

11 Die Tatsache, daß an dem gleichen 26. September der passive Widerstand an der Ruhr eingestellt wurde, ist offenbar nur ein zufälliges Zusammentreffen.

Diese unerwartete Nachricht löste in den Reihen der Nazis große Erregung aus[12]. Die größte Verblüffung allerdings herrschte in Berlin, denn das plötzliche Losschlagen Kahrs stellte eine Verletzung der Verfassung dar. In der Nacht vom 26. zum 27. September antwortete das Reichskabinett mit der Verhängung des Ausnahmezustandes für das ganze Reich[13], und Reichspräsident Ebert übertrug Reichswehrminister Geßler die vollziehende Gewalt.

Für die führenden Politiker in Berlin war der Inhaber der rechtmäßigen Gewalt in Bayern nicht der »Generalstaatskommissar« von Kahr, sondern General von Lossow, der Befehlshaber des Wehrkreises VII, dem von Geßler die vollziehende Gewalt übertragen worden war[14]. General von Seeckt erteilte General von Lossow daher den Auftrag, das Erscheinen des »Völkischen Beobachters«, des amtlichen Organs der Nationalsozialistischen Partei, zu unterbinden, da dieser einen sehr heftigen Artikel gegen die Reichsregierung gebracht hatte. Doch nun trat eine neue Überraschung ein: Der Befehlshaber des Wehrkreises VII weigerte sich, diesem Befehl nachzukommen, und machte gemeinsame Sache mit Kahr, der ihn sogleich zum »Landeskommandanten« der bayrischen Reichswehr ernannte[15].

Am nächsten Tage ging Kahr auf dem Wege der Unbotmäßigkeit noch einen Schritt weiter und hob das »Republikschutzgesetz«, das der Reichstag nach dem Mord an Rathenau verabschiedet hatte, für Bayern auf.

Am 1. Oktober erteilte General von Seeckt Lossow den Befehl, den Hauptmann Heiss, der des Vergehens gegen die Staatssicherheit be-

12 Hitler erklärte sofort, daß der Kampfbund seine volle Handlungsfreiheit bewahren und sich nicht den Befehlen Kahrs unterstellen werde. Diese Erklärung hatte eine Spaltung im Bündnis zur Folge: Die »Reichsflagge« des Hauptmanns Heiss trat aus dem Bund aus und ging auf die Seite der bayrischen Regierung über. Zwei Tage später aber kam es zu einem Bruch innerhalb dieser Organisation selbst. Ein Teil ihrer Angehörigen (ungefähr 350 Mann) bildete einen neuen Verband, die »Reichskriegsflagge« unter Führung von Hauptmann Röhm, und trat dem Kampfbund am 12. Oktober wieder bei (vgl. Gerhard L. Binz: »Vom Freikorps zum politischen Soldatentum« im »Völkischen Beobachter« vom 5. November 1933). Seit dem 25. September war Röhm übrigens aus der Reichswehr ausgeschieden, um sich gänzlich seiner neuen politischen Tätigkeit widmen zu können.

13 Seitdem herrschte völliges Durcheinander. In Deutschland bestanden zwei Ausnahmezustände zugleich: den einen hatte Kahr aus eigener Machtvollkommenheit ausgerufen. Er war von Berlin als gesetzwidrig erklärt worden. Der andere Ausnahmezustand wurde von Reichspräsident Ebert auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verhängt; die Münchner Regierung weigerte sich aber, sich ihm zu fügen.

14 Auf Grund des Ausnahmezustandes nach § 48 hatten auch General Müller in Sachsen und Oberst Reinhard in Thüringen den Befehl zum Eingreifen erhalten.

15 Zu der Bedeutung dieser Stellung vgl. oben, S. 138/139.

schuldigt wurde, festzunehmen. Abermals weigerte sich Lossow, den Befehl des Chefs der Heeresleitung auszuführen.

Am 18. Oktober verschärfte sich die Spannung noch weiter. Bayern brach offiziell alle Beziehungen zu Reichsminister Geßler und General von Seeckt ab. Daraufhin enthob der Reichswehrminister General von Lossow seines Postens. Die bayrische Regierung antwortete damit, daß sie alle Truppen der 7. Reichswehr-Division in Pflicht nahm, was darauf hinauslief, daß diese ihres Eides auf das Reich entbunden wurden. Eine folgenschwere Entscheidung, denn sie bedeutete das Zerbrechen der Einheit des deutschen Heeres!

Am 27. Oktober richtete Reichspräsident Ebert ein drohendes Schreiben an Kahr und forderte ihn auf, die Bestimmungen der Verfassung zu beachten. Kahr lehnte ab. Er verlangte zuvor den Rücktritt der Reichsregierung und gab den reaktionären Verbänden den Befehl, sich in Nordbayern in der Nähe der thüringischen Grenze zu versammeln[16].

Hitler hatte inzwischen die Auseinandersetzungen zwischen Kahr und der Berliner Regierung aufmerksam verfolgt, ohne zunächst selber einzugreifen. Er hielt die Verbindung zum Generalstaatskommissar aufrecht, konnte sich jedoch nicht des Eindrucks erwehren, daß sich seine Meinungsverschiedenheiten mit ihm verschärften. Bereits im April 1923 hatte General von Lossow in einem Gespräch mit dem Führer der Nationalsozialistischen Partei auf den Ruhrkampf verwiesen und dazu bemerkt:

»Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder muß aus dem passiven Widerstand ein aktiver Aufstand werden, oder aber jedes Land muß, wenn alles zusammenbricht, für sich allein fertig werden. Das würde natürlich den Zerfall des Reiches bedeuten.«

Hitler war über diese letztere Äußerung empört, denn Lossow ließ damit durchblicken, daß sich die führenden Kreise Bayerns gern für die zweite Möglichkeit entscheiden würden. Seit jenem Tage betrachtete er diese Leute als seine Feinde[17].

Diese Entwicklung führte zu der paradoxen Lage, daß eine partikularistische Bewegung eine totalitäre Bewegung in ihrem Schoße barg.

---

16 Es handelte sich dabei nicht um die im Kampfbund zusammengeschlossenen Verbände, sondern um die reaktionären Bünde, die Kahr unterstützten.

17 »Seit jenem Augenblick«, schrieb Hitler, »habe ich das Wehrkreiskommando nicht mehr betreten.« Doch wurden nicht alle Verbindungen zwischen den Führern der Nationalsozialistischen Partei und den Militärbehörden abgebrochen. Gewisse Gespräche wurden durch die Vermittlung von Hauptmann Röhm und General von Epp fortgeführt.

Hinter der weißblauen Revolte der bayrischen Reaktionäre bereitete sich die Erhebung der Hakenkreuz-Standarten vor[18].

Die Verwirrung wurde täglich größer. Am 4. November wurde bekannt, daß sich Lossow mit der Absicht trage, ein Direktorium aus drei Männern zu bilden[19], das die Regierungsgeschäfte in Bayern bis zu der bevorstehenden Wiederkehr der Wittelsbacher übernehmen sollte. Zwei Tage später ließ Kahr die Führer der verschiedenen in Hitlers Kampfbund zusammengeschlossenen Verbände zusammenrufen. Im Beisein des Generals von Lossow und seiner wichtigsten Mitarbeiter erklärte er ihnen, er werde der aufrührerischen Tätigkeit, die sie seit einiger Zeit betrieben, nicht länger zusehen und jeden Staatsstreich mit Ausnahme dessen, den er selbst vorbereite, verbieten.

»Wir werden erst dann losschlagen, wenn alles bereit ist«, fügte er hinzu. »Das Zeichen zum Losschlagen werde ich selbst geben. Ich werde gegen jeden, der mir zuvorkommen will, mit aller Strenge vorgehen!« Lossow geriet durch diese Worte in eine schwierige Lage, da er befürchten mußte, in einen bewaffneten Konflikt mit Berlin hineingezogen zu werden. Er wollte daher einer Aussprache ausweichen. Die Führer des Kampfbundes protestierten:

»Ihre Haltung ist untragbar!« warfen sie ihm vor. »Haben Sie sich nicht verpflichtet, mit uns zu marschieren?«

Lossow trat, in die Enge getrieben, den Rückzug an:

»Gewiß! Ich will ja marschieren, Herrgott, ich will ja marschieren, aber es müssen 51 Prozent Wahrscheinlichkeit bestehen, daß es gut ausläuft[20]!«

Noch am selben Abend wurden die Einzelheiten dieser Unterredung Hitler bei einer Versammlung der Führer seiner Partei zur Kenntnis gebracht. Röhm und die Führer der Kampfverbände, die Kahr gebeten hatte, hielten die Ausführungen des Generalstaatskommissars nur für Aufschneidereien, die von seiner Angst vor den Nationalsozialisten diktiert waren. Dietrich Eckart und Scheubner-Richter, die engsten Mitarbeiter Hitlers, waren dagegen völlig anderer Meinung. Ihrer Ansicht

18 Am 23. Oktober fand eine Versammlung der SA-Führer statt, auf der Göring erklärte: »Wir werden einen Gewaltstreich unternehmen, und wer uns nach unserer Machtergreifung Schwierigkeiten machen will, wird erschossen.« Diese Äußerungen wurden dem bayrischen Innenminister Schweyer hinterbracht.

19 Dieses Direktorium sollte aus Generalstaatskommissar von Kahr, General von Lossow und dem Chef der Bayrischen Staatspolizei, Oberst von Seißer, bestehen.

20 E. J. Gumbel: »Verschwörer«, Wien 1924, S. 203. — Vgl. auch die Wiedergabe des Gesprächs von Stabschef Röhm mit Wilhelm Weiß in der Sonderbeilage des »Völkischen Beobachters« vom 8. November 1933, S. 1.

nach deuteten die Worte des Generalstaatskommissars und die zweideutige Haltung Lossows darauf hin, daß diese beiden Männer eine schwerwiegende Entscheidung getroffen hatten: Sie wollten den Staatsstreich auf eigene Faust ausführen und dabei Hitler und Ludendorff ausschalten. Aus diesem Grunde faßte Hitler den Entschluß, ihnen den Vortritt nicht zu überlassen. Er wählte den Jahrestag der Revolution von 1918, um den gordischen Knoten durchzuschlagen.

☆

Hitler setzte für seinen Staatsstreich den 10. November fest. Dafür wurde ein genauer Plan entworfen. Oberstleutnant Kriebel, der militärische Leiter des »Kampfbundes«, sollte seine Anhänger im ganzen Lande telegraphisch zusammentrommeln. Göring fiel die gleiche Aufgabe für die Sturmabteilungen zu. Für die Nacht vom 10. zum 11. November war in der Fröttmaninger Heide nördlich von München eine große Nachtübung vorgesehen, an der möglichst viele bewaffnete Verbände teilnehmen sollten. Die Einheiten der SA und des Kampfbundes sollten dann am 11. November, angeblich zu den Feierlichkeiten aus Anlaß des Jahrestages des Waffenstillstandes, in München einrücken und die wichtigsten strategischen Punkte der Stadt besetzen: das ehemalige bayrische Kriegsministerium, jetzt Sitz des Wehrkreiskommandos, die Bahnhöfe, die Zeitungsredaktionen und die Isarbrücken. Anschließend wollten Hitler und Ludendorff eine neue Regierung ausrufen, in die Kahr und Lossow wohl oder übel eintreten müßten.

Im letzten Augenblick zwang ein unvorhergesehenes Ereignis Hitler zur Änderung seines Plans und zur Vorverlegung des Staatsstreichs um 48 Stunden. Für den Abend des 8. November wurde nämlich eine große politische Versammlung im Bürgerbräukeller, einem Bierlokal in einem östlichen Stadtteil von München, angekündigt, auf der Kahr und einige andere Mitglieder der bayrischen Regierung das Wort ergreifen sollten. Hitler sagte sich: Wenn er den Saal umstellen ließ, konnte er mit einem Schlage den Generalstaatskommissar und General von Lossow durch Drohungen dazu zwingen, sich auf die Seite der nationalen Revolution zu stellen. Dann war die Besetzung Münchens durch die Einheiten des Kampfbundes viel leichter zu bewerkstelligen.

Am 8. November gegen 20 Uhr verschafften sich Hitler und Alfred Rosenberg Zutritt zum Bürgerbräukeller, wo sie bereits Scheubner-Richter antrafen, der kurz vor ihnen gekommen war. Der Saal war dichtgefüllt. Mehr als 3 000 Menschen hörten die Rede, die Kahr vom

Podium aus mit monotoner Stimme vom Blatt las. Die drei Männer blieben in der Nähe des Eingangs, halb versteckt hinter einer Säule, da sie ihre Anwesenheit nicht verraten wollten. Einige Minuten später kam auch Ulrich Graf, einer der Leibwächter Hitlers. Gegen 20.30 Uhr wurde die Saaltür mit großem Krach aufgerissen. Unter Führung von Leutnant Berchtold drang der »Stoßtrupp Hitler« in den Saal ein und richtete ein Maschinengewehr auf die Menge. Das war das vereinbarte Zeichen zum Losschlagen.

Hitler, Rosenberg, Scheubner-Richter und Graf zogen sogleich ihre Pistolen und drangen mit der Waffe in der Hand auf das Podium vor, auf dem der Generalstaatskommissar stand. Totenbleich hatte Kahr seine Rede unterbrochen, so daß sich das ganze Schauspiel in eindrucksvoller Stille abspielte.

Als Hitler die Stufen des Podiums hinaufstieg, brandeten ihm aus der Menge, die sich vom ersten Schreck erholt hatte, erregte Worte und Beschimpfungen entgegen. Der Führer der Nationalsozialistischen Partei schoß mit der Pistole in die Saaldecke, um sich Gehör zu verschaffen.

> »Die nationale Revolution ist ausgebrochen!« rief er mit lauter Stimme. »Der Saal ist von sechshundert Schwerbewaffneten besetzt. Niemand darf den Saal verlassen. Die bayrische und die Reichsregierung sind gestürzt. Eine provisorische nationale Regierung ist gebildet worden. Die Kasernen der Reichswehr und der Landespolizei sind besetzt. Reichswehr und Polizei rücken bereits unter den Hakenkreuzfahnen heran!«

Sodann forderte Hitler Kahr, Lossow und Seißer auf, ihm in das Nebenzimmer zu folgen, während die Männer des Stoßtrupps den Saal weiterhin im Auge behielten.

In dem kleinen Nebenraum verlangte Hitler von Kahr und Lossow, sich an seine Seite zu stellen, um der nationalen Revolution zum Durchbruch zu verhelfen. Wider seine Erwartungen aber fingen diese eine hitzige Diskussion an und stellten ihm Bedingungen für ihren Anschluß an den Kampfbund. Die Verhandlungen zogen sich in die Länge. Im großen Saal begann die Menge unruhig zu werden.

Als Hitler merkte, daß sich seine Lage verschlechterte, besaß er die Verwegenheit, in den Saal zurückzugehen. Vom Podium herab verkündete er die Absetzung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, schlug Kahr zum Landesverweser und Pöhner zum Ministerpräsidenten mit diktatorischen Vollmachten vor und erklärte:

»Bis zum Ende der Abrechnung mit den Verbrechern, die heute Deutschland zugrunde richten, übernehme ich die Leitung der Politik der provisorischen nationalen Regierung. Exzellenz Ludendorff übernimmt die Leitung der deutschen nationalen Armee. General von Lossow wird deutscher Reichswehrminister, Oberst von Seißer wird deutscher Reichspolizeiminister. Die Aufgabe der provisorischen deutschen nationalen Regierung ist, mit der ganzen Kraft dieses Landes und der herbeigezogenen Kraft aller deutschen Gaue den Vormarsch anzutreten in das Sündenbabel Berlin, das deutsche Volk zu retten... Der Morgen findet entweder in Deutschland eine deutsche nationale Regierung oder uns tot.«

Brausender Beifall folgte diesen Worten. Die Menge war tatsächlich des Glaubens, Hitler spreche auch im Namen Kahrs und Lossows. Nun kehrte Hitler zu Kahr zurück und teilte ihm mit, die Versammlung habe sich für seine Politik entschieden. Sie warte nur noch auf ein Wort des Generalstaatskommissars, um auch diesem zuzujubeln.

Mittlerweile war auch Ludendorff aus Ludwigshöhe, von wo ihn Scheubner-Richter geholt hatte, herbeigekommen. Der Generalquartiermeister wurde sofort in das Verhandlungszimmer geführt und erteilte dort auch seinerseits den bayrischen Ministern den Rat, sich der gemeinsamen Sache anzuschließen.

Kahr, Lossow und Seißer, die merkten, daß sie in eine regelrechte Falle geraten waren und aller Widerstand ihnen nichts nützen würde, gaben den beschwörenden Worten Hitlers schließlich nach. Sie kehrten in den Saal zurück, wo der Generalstaatskommissar verkündete, daß er sich als Statthalter seines Königs — also des Kronprinzen Rupprecht von Bayern — auf die Seite der nationalen Revolution stelle. Ludendorff, dem ein solches Bekenntnis allerdings nicht leichtfiel, gab nun seinerseits bekannt, daß er sich mit seiner ganzen Autorität der nationalen Regierung zur Verfügung stelle. Die Versammlung spendete den Rednern lang anhaltenden Beifall.

Während sich die Menge zerstreute, zogen sich Hitler, Ludendorff, Kahr, Lossow und Seißer abermals ins Nebenzimmer zurück, um weiter zu beraten. Da aber traf eine Meldung ein, die für den weiteren Verlauf der Ereignisse von ausschlaggebender Bedeutung war: Die Soldaten des 19. bayrischen Infanterie-Regiments hatten sich geweigert, die Freiwilligen des Kampfbundes in ihre Kaserne hineinzulassen. Eine Abteilung des Bundes »Oberland« war entwaffnet worden. Hitler be-

fürchtete, daß es zum Blutvergießen kommen könne, und beschloß daher, sich selbst an den Schauplatz dieser Ereignisse zu begeben und den Zorn seiner Männer zu besänftigen. »In dieser halben Stunde, in der er nicht da war, wurde das Schicksal der ganzen Aktion entschieden. Noch eine Minute zuvor hatten Lossow, Kahr und Seißer erklärt, daß sie die Bewegung tatkräftig unterstützen und sich an die feierliche Verpflichtung, die sie eingegangen waren, halten würden. Sie versprachen Ludendorff in die Hand, der geschlossenen Abmachung treu zu bleiben . . . Daraufhin setzte Ludendorff sie wieder in Freiheit[21].«

Als Hitler in den Bürgerbräukeller zurückkehrte, waren die bayrischen Minister ausgeflogen. Der Führer der Nationalsozialistischen Bewegung war bestürzt, denn er war davon überzeugt, daß Kahr, Lossow und Seißer nun trotz ihrer Versprechungen alles tun würden, um die nationale Revolution zum Scheitern zu bringen[22]. Mit großer Behutsamkeit stellte Scheubner-Richter Ludendorff die Frage, wie er sich so hatte hereinlegen lassen können. Aber der Generalquartiermeister vertrug keine Kritik und entgegnete schneidend:

»Ich verbiete Ihnen, am Ehrenwort eines deutschen Offiziers zu zweifeln!«

☆

Zur gleichen Stunde marschierten Sturmabteilungen und Verbände des Kampfbundes von allen Seiten auf München und besetzten einige der Schlüsselpunkte der Stadt. Eine Gruppe von Freiwilligen unter Führung von Leutnant Roßbach hißte die Hakenkreuzfahne auf dem Dach der Infanterieschule. Der »Stoßtrupp Hitler«, der eben noch im Bürgerbräukeller eingegriffen hatte, nahm das Verlagsgebäude der sozialdemokratischen »Münchner Post« in Besitz, und die »Reichskriegsflagge« des Hauptmanns Röhm schließlich, deren Fahnenträger der Fahnenjunker Himmler war[23], besetzte das einstige bayrische Kriegsministerium, seit 1919 Sitz des Wehrkreiskommandos VII[24]. Dort bezog

21 Alfred Rosenberg: »Erinnerungen an den 8. und 9. November 1923«, im »Völkischen Beobachter« vom 8. November 1933.

22 Ludendorffs Verhalten, den bayrischen Ministern ihre Freiheit wiederzugeben, glich dem des Kapitäns Ehrhardt, der am Vorabend des Kapp-Putsches der Berliner Regierung zwölf Stunden Zeit zur Annahme seines Ultimatums gewährt hatte. Beide taktischen Fehler zeitigten die gleichen Folgen.

23 Der spätere »Reichsführer SS«.

24 Es muß betont werden, daß diese verschiedenen Aktionen improvisiert waren und nicht dem Plan entsprachen, den der Stab des Kampfbundes ursprünglich ausgearbeitet hatte. Als Hitler den Zeitpunkt seines Eingreifens vorverlegte, nahm er den Sturmabteilungen die 24 Stunden, die sie zu einer planmäßigen Besetzung der Stadt benötigten.

gegen Mitternacht Ludendorff mit seinen Beratern Quartier, um zu arbeiten.

Doch während die Menge den nationalsozialistischen Trupps, die unter dem Gesang des Deutschlandliedes durch die Straßen zogen, zujubelte, hatten sich General von Lossow, der Stadtkommandant, Generalleutnant von Danner, und die bayrischen Minister in die Kaserne des 19. Infanterie-Regiments geflüchtet. Ohne Zeit zu verlieren, gingen sie hier, wie Hitler es vorausgesehen hatte, daran, einen Plan zur Niederwerfung der nationalen Revolution auszuarbeiten. Die in Fürth und in Nürnberg stehenden Truppen sollten in ihren Garnisonen verbleiben und notfalls örtliche Aufstände niederschlagen. Die Münchner Regimenter sollten durch Gebirgstruppen verstärkt werden, die auf Lastkraftwagen aus Oberbayern herangeschafft wurden. Sodann richtete der Befehlshaber des Wehrkreises VII ein Rundschreiben an seine Offiziere und gab ihnen den Befehl, aufrührerische Elemente, wo immer sie angetroffen würden, festzunehmen und zu entwaffnen. Jeder, der den Aufrührern Unterstützung gewähre, mache sich des Hochverrats schuldig.

Gegen 1 Uhr morgens suchte ein Adjutant des Kronprinzen Rupprecht von Bayern die Führer der bayrischen Regierung auf. Er war aus Herrenchiemsee herbeigeeilt, um Kahr und Lossow davon in Kenntnis zu setzen, daß der Thronerbe des Hauses Wittelsbach eine Diktatur des Generals Ludendorff in seinen Ländern unter allen Umständen ablehne:

»Bayern muß um jeden Preis aus dieser unerträglichen Lage befreit werden!« erklärte der Abgesandte des Kronprinzen. »Ludendorff ist nur ein Eindringling, der keinerlei Recht hat, sich in die Angelegenheiten des Landes einzumischen. Erstens ist er ein Preuße[25]. Und dann ist der hohe katholische Klerus über seine neuheidnischen Lehren besorgt[26]. Schlagen Sie diese Bewegung um jeden Preis nieder! Setzen Sie, wenn nötig, die Truppen ein[27]!«

Lossow und Seißer hatten diesen Schritt des Kronprinzen nicht abgewartet, um ihre Vorkehrungen zu treffen. Kahr unterzeichnete eine

25 Ludendorff wurde am 9. April 1865 als Sohn eines preußischen Vaters und einer schwedischen Mutter in Posen geboren.

26 In erster Linie der Erzbischof von München, Kardinal Faulhaber, und Msgr. Pacelli, der päpstliche Nuntius in Bayern und spätere Papst Pius XII., der großen Einfluß auf die bayrische Regierung hatte.

27 Das Eingreifen des Kronprinzen Rupprecht von Bayern wird von den einen behauptet, von anderen abgestritten. Sicher ist aber, daß er, wenn auch nicht offen, seinen Einfluß geltend gemacht hat. (Vgl. Camille Loutre in »L'Europe nouvelle« vom 17. November 1923, S. 1475.)

Verfügung, durch die die NSDAP aufgelöst wurde, und übermittelte der Presse funktelegraphisch eine Verlautbarung, in der er feststellte, daß das Wort, das er mit seinen Gefährten dem Generalquartiermeister gegeben habe, keinerlei Wert besäße, da es mit Gewalt von ihm erpreßt worden sei. Einige Stunden später floh die »rechtmäßige bayrische Regierung« nach Regensburg, wo sie eine scharfe Erklärung gegen den »Preußen Ludendorff« abgab.

Am frühen Morgen des 9. November hatte sich die Lage völlig gewandelt. München war von den Truppen der Reichswehr eingeschlossen, und an den Häuserwänden war folgende Proklamation angeschlagen:

»Trug und Wortbruch ehrgeiziger Gesellen haben aus einer Kundgebung für Deutschlands nationales Wiedererwachen eine Szene widerwärtiger Vergewaltigung gemacht. Die mir, General von Lossow und dem Obersten Seißer mit vorgehaltener Pistole erpreßten Erklärungen sind null und nichtig. Ein Gelingen des sinn- und ziellosen Umsturzversuches hätte Deutschland mitsamt Bayern in den Abgrund gestoßen. An der Treue und dem Pflichtbewußtsein der Reichswehr und der Landespolizei ist der Verrat gescheitert. Auf diese Getreuen gestützt, ruht die vollziehende Gewalt fest in meiner Hand. Die Schuldigen werden rücksichtslos der verdienten Strafe zugeführt.

Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei, die Bünde ›Oberland‹ und ›Kriegsflagge‹ sind aufgelöst. Unbeirrt durch Unverstand und Tücken werde ich mein deutsches Ziel verfolgen: unserem Vaterland die innere Einheit zu erringen.

(gez.:) von Kahr
Generalstaatskommissar.«

Hitlers Sturmabteilungen und die Verbände des Kampfbundes saßen nun ihrerseits in der Falle. »Wenn je das Wort ›Dolchstoß‹ berechtigt war, so hier«, schrieb Dr. Gumbel[28].

Im Laufe der Nacht hatte Hitler einige Melder zur Kaserne des 19. Infanterie-Regiments geschickt, die jedoch nicht zurückgekehrt waren, da Lossow sie hatte verhaften lassen[29]. Der Führer der NSDAP

28 Emil Julius Gumbel: »Verschwörer«, Wien 1924, S. 203.

29 Vgl. dazu den Bericht von Major Siry, den Hitler in der Nacht vom 8. zum 9. November in die Kaserne des 19. Infanterie-Regiments geschickt hatte (im »Völkischen Beobachter« vom 8. November 1933).

wunderte sich, weshalb er keine Nachricht von den Militärbehörden erhielt, und schickte daher Ulrich Graf und Göring auf Erkundung. Die Nachrichten, die sie mitbrachten, waren nicht gerade beruhigend. Alle Isarbrücken waren von der Polizei besetzt[30]. Schlag auf Schlag trafen dann die Meldungen von der Flucht der bayrischen Regierung und von der Verhaftung von Frick, Pöhner und Major Hühnlein ein. Nun war kein Zweifel mehr möglich. Kahr, Lossow und Seißer hatten ihr Ehrenwort gebrochen!

Hitler geriet durch diesen Wortbruch in eine schwierige Lage. Was sollte er tun? Zwei Möglichkeiten boten sich ihm: entweder die Räumung Münchens und der Rückzug nach Rosenheim, wodurch sich ein Straßenkampf vermeiden ließe. Dann käme aber zum politischen Scheitern noch eine moralische Niederlage hinzu, von der sich die Partei vielleicht niemals wieder erholte. Als zweite Möglichkeit blieb nur der Marsch durch die Innenstadt. Damit konnte der Versuch gemacht werden, die öffentliche Meinung zu gewinnen, und dann konnte man sehen, wie sich die bayrische Regierung verhalten würde.

Hitler und Ludendorff entschieden sich für diese letztere Möglichkeit.

☆

Am 9. November — dem 124. Jahrestag des Staatsstreichs Napoleon Bonapartes vom 18. Brumaire[31] — trafen sich um 11 Uhr morgens Hitler, Ludendorff und die bedeutendsten Führer des Kampfbundes im Bürgerbräukeller, dem Ausgangspunkt ihres Marsches auf München. Jeder war sich klar darüber, daß dieser Versuch nahezu aussichtslos war. Die Gesichter waren voller Spannung, die Stimmung besorgt.

»Kommen Sie lieber nicht mit!« sagte ein SA-Führer zu Alfred Rosenberg. »Das ist reiner Selbstmord!«

»Nach dem, was in dieser Nacht vorgefallen ist«, erwiderte Rosenberg, »ist es gleich, ob man weiterlebt oder fällt!«

Kurz vor Mittag setzte sich der Zug in Marsch. Der Führer ging in der Mitte der ersten Reihe. Zu seiner Rechten schritten Ludendorff, Scheubner-Richter und Ulrich Graf, zu seiner Linken Dr. Weber, Gottfried Feder und Oberstleutnant Kriebel. Im zweiten Glied folgten

30 Der Polizei standen nur zahlenmäßig weit unterlegene SA-Trupps gegenüber. Ein Trupp, der an der Corneliusbrücke Posten bezogen hatte, stand unter Führung von Oberleutnant Heines. Die Wittelsbacherbrücke wurde von Gregor Strasser, dem Führer der niederbayrischen SA, verteidigt.

31 9. November 1799.

Göring, Rosenberg, Anton Drexler und die Führer und Unterführer der Partei[32]. Dem Zuge voran marschierten zwei Fahnenträger: Andreas Bauriedl mit der Hakenkreuzfahne und Garreis mit der Fahne des Bundes »Oberland«[33]. Der Demonstrationszug wurde auf seinem Wege von der Menge überall begeistert begrüßt.

An der Isarbrücke stieß der Zug auf die erste Postenkette der Polizei.

»Legt an!« befahl der Führer der Polizei-Abteilung.

»Um Gottes Willen, nicht schießen!« rief Ulrich Graf. »Es ist Seine Exzellenz Ludendorff!«

»Der erste Schuß würde das Ende aller Geiseln sein, die sich in unseren Händen befinden!« brüllte Göring.

Die Polizisten wurden unschlüssig, setzten ihre Waffen wieder ab und ließen den Zug vorbei.

Hitler und seine Getreuen marschierten dann zum Marienplatz, um das Rathaus herum und in die Residenzstraße hinein — eine sehr enge Straße, die zwischen dem Residenzpalast und der Feldherrnhalle auf den Odeonsplatz einmündet. Die Nationalsozialisten marschierten vorwärts, ohne zu bemerken, daß am Ende dieses Engpasses eine zweite Postenkette der Polizei aufgestellt war[34]. Da stürmten plötzlich die Polizisten die Stufen der Feldherrnhalle hinunter, bauten sich quer über die Straße auf und legten ihre Gewehre auf die Demonstranten an. »Ein eigenartiges Gefühl warnte mich«, berichtete Ulrich Graf, »und ich ahnte, daß jetzt irgend etwas Schreckliches passieren würde. Mit einem Sprung stand ich vor dem Führer und schrie der Polizeiabteilung zu: ›Ludendorff! Wollt Ihr auf Euren General schießen? Hitler und Ludendorff[35]!‹«

Im selben Augenblick krachte eine Gewehrsalve und schnitt ihm das Wort ab. Schwerverletzt stürzte Ulrich Graf zu Boden und riß im Fallen Hitler mit sich, der sich dabei die Schulter ausrenkte. Scheubner-Richter brach tot zusammen, neben ihm, tödlich getroffen, der Fahnenträger Bauriedl, dessen Blut die Hakenkreuzfahne färbte. Göring konnte sich

32 Die Zahl der SA-Leute, die an diesem Zuge teilnahmen, wird auf 2 000 Mann geschätzt. Hauptmann Röhm war nicht dabei. Er hielt noch immer das Kriegsministerium besetzt. Julius Streicher, der aus Nürnberg herbeigeeilt war, stieß unterwegs zu dem Zug.

33 Dieselbe Fahne war am 21. Mai 1921 auf dem Gipfel des Annaberges gehißt worden.

34 Da die Polizei zahlenmäßig nicht so stark wie die Nationalsozialisten war, konnte sie dem Zug den Weg nur in dieser engen Straße versperren. Wären die Demonstranten bis zum Odeonsplatz gekommen, wären sie angesichts ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit Herren der Lage gewesen.

35 Ulrich Graf: »Der 8. und der 9. November 1923 an der Seite Hitlers«, im »Völkischen Beobachter« vom 8. November 1933.

schwerverwundet hinter den Löwen vor der Feldherrnhalle schleppen. »Als ich die Augen wieder aufmachte«, erzählte Ulrich Graf, »sah ich um mich nur Tote ... Ludendorff allein marschierte weiter, die Hände in den Taschen (denn er war in Zivil), schritt durch die Postenkette und verschwand aus meinem Blickfeld.«

Der Rest des Schauspiels, von dem man nur zusammenhanglose Fetzen erfassen kann, war wie ein schwerer Traum. 14 Nationalsozialisten waren auf der Stelle getötet worden. Zahlreiche Verletzte lagen auf der Straße. Die Polizei hatte vier Tote zu verzeichnen, denn auch die Demonstranten hatten von der Waffe Gebrauch gemacht. Mit großer Mühe stand Hitler wieder auf und winkte seinen Leuten mit dem gesunden Arm den Befehl zu, das Feuer einzustellen. Allmählich wurden die Schüsse seltener und hörten schließlich ganz auf.

Nach dem Lärm der Schießerei trat eine lähmende Stille ein. »Dann sah ich einen Wagen langsam über den Max-Joseph-Platz fahren«, berichtete Alfred Rosenberg. »Vorn saß Hitler mit starrem Gesicht. Im Fonds lag blutend ein junger Mann, der ebenfalls von den Schüssen der Regierungskräfte getroffen worden sein mußte. Langsam fuhr der Führer an der SA-Kolonne vorbei, deren Männer ihn in strammer Haltung mit einem kräftigen, wenn auch verhaltenen ›Heil!‹ grüßten[36].« Der Wagen kam am anderen Ende des Platzes außer Sicht. Er brachte Hitler nach Uffing am Staffelsee in die Villa seines Freundes Dr. Hanfstaengl.

Zur gleichen Stunde wurde Hauptmann Röhm mit seinen Männern im Gebäude des Wehrkreiskommandos VII von der Reichswehr eingeschlossen. Die Freiwilligen der »Reichskriegsflagge« hatten alle Zugänge zu dem Gebäude mit Stacheldraht versperrt und bereiteten sich auf eine regelrechte Belagerung vor. Aus den Fenstern heraus knatterten die Maschinengewehre. Schon waren zwei Soldaten getötet worden. General von Epp griff jedoch rechtzeitig ein, um ein Blutbad zu verhüten. Er gab Röhm einen Bericht über die Vorgänge an der Feldherrnhalle und machte ihn auf die Aussichtslosigkeit seines Widerstandes aufmerksam. Voller Ingrimm streckte Hauptmann Röhm daraufhin mit den Männern seiner Truppe die Waffen.

Nun hagelte es Vergeltungsmaßnahmen gegen die NSDAP. Die Geschäftsräume der Partei wurden von der Polizei geschlossen, ihr Ver-

---

36 Alfred Rosenberg: »Erinnerungen an den 8. und 9. November 1923«, im »Völkischen Beobachter« vom 8. November 1933.

mögen beschlagnahmt[37]. Roßbach entkam nach Österreich. Ludendorff wurde von der Polizei festgenommen und auf sein Ehrenwort hin wieder entlassen. Röhm und Dietrich Eckart wurden im Gefängnis Stadelheim inhaftiert[38]. Leutnant Brückner, Dr. Weber, Oberstleutnant Kriebel und einige andere wurden verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Der lebensgefährlich verwundete Göring fand Zuflucht bei Freunden. Gegen ihn wurde ein Haftbefehl erlassen. Er wollte nach Österreich fliehen, doch waren alle Grenzen bewacht. Treue Kameraden trugen ihn auf einer Bahre über Bergpfade und verschneite Alpenpässe. In Begleitung seiner Frau kam der im Fieberdelirium liegende Verwundete schließlich nach Tirol und konnte von dort seine Reise nach Innsbruck und Venedig fortsetzen[39].

Am 11. November erschienen starke Polizeikräfte in der Villa Hanfstaengl in Uffing, um Hitler zu verhaften. Man hatte befürchtet, daß er um sich eine Truppe von Anhängern gesammelt habe, die bereit wären, ihn bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. Der Führer der Nationalsozialisten hatte durch seine Quetschungen jedoch stark gelitten, war völlig niedergeschlagen und ließ sich widerstandslos festnehmen. Unter Polizeibedeckung wurde er nach München ins Gefängnis gebracht.

Der Putsch, mit dem die Nationalsozialisten an die Macht kommen wollten, endete mit einem Fiasko. 16 Tote und zahllose Verletzte waren die Bilanz jenes tragischen Tages. Dennoch war das Blut vor der Feldherrnhalle für die Anhänger der nationalen Bewegung nicht vergebens geflossen. Noch tagelang zog die Menge, deren sich eine eigentümliche Erregung bemächtigt hatte, durch die Straßen Münchens, sang vaterländische Lieder und goß Hohn und Spott über Kahr und die bayrische Regierung aus, die alles Ansehen verlor und sich daher gezwungen sah, ihren Platz an eine Zentrumsregierung unter Vorsitz von Held abzutreten.

☆

Am 26. Februar 1924 wurden alle Anstifter des Putsches vor Gericht gestellt. Hitler, Ludendorff, Dr. Frick, Pöhner, Oberstleutnant Kriebel,

37 Dieses Vermögen wurde – einschließlich der Zeitung der Partei – auf einen Wert von 170 000 Goldmark geschätzt.

38 Dietrich Eckart, der an einer Herzkrankheit litt, erkrankte im Gefängnis schwer und wurde deshalb entlassen, starb jedoch an den Folgen seiner Haft am 30. Dezember 1923.

39 Vgl. Martin Sommerfeldt: »Hermann Göring«, S. 48.

der militärische Leiter des »Kampfbundes«; Leutnant Brückner, der Führer des SA-Sturmes München; Leutnant Wagner, der stellvertretende Führer der Freiwilligentruppe des Leutnants Roßbach; Dr. Weber, der Führer des Bundes »Oberland«; Hauptmann Röhm, der Führer der »Reichskriegsflagge«; und Leutnant Pernet, ein Schwiegersohn Ludendorffs, nahmen auf der Anklagebank Platz. Es war einer der größten Prozesse, die seit Kriegsende in Deutschland stattgefunden hatten. Über einen Monat lang traten die Zeugen, unter ihnen Kahr, Lossow und Seißer, vor Gericht auf. Am 1. April wurde dann endlich das Urteil verkündet: Adolf Hitler, Kriebel, Pöhner und Dr. Weber wurden wegen Hochverrats zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt[40], Dr. Frick, Brückner, Wagner, Röhm und Pernet wegen Beteiligung an der Verschwörung zu 15 Monaten Gefängnis mit Bewährung. Nur Ludendorff wurde freigesprochen.

Noch am gleichen Abend wurde Hitler nach der Festung Landsberg am Lech überführt[41], während Kahr, Lossow und Seißer nach Korfu abreisten.

Doch obwohl ihre hochgespannten Erwartungen zusammengebrochen waren, fanden sich die Führer der NSDAP mit der Auflösung ihrer Partei nicht ab. Einige von ihnen, wie Alfred Rosenberg und Anton Drexler, versuchten, sie trotz des Verbots am Leben zu erhalten. Andere, wie Major Buch, bemühten sich um die Neuaufstellung der Sturmabteilungen. Röhm gründete zusammen mit Leutnant Brückner einen neuen Bund, den »Frontbann«, der es sich zur Aufgabe machte, das Werk des »Deutschen Kampfbundes« fortzusetzen. Diese vereinzelten Bemühungen vermochten jedoch keines ihrer Ziele zu erreichen. Hitler, der sich in der Zelle mit dem Schreiben seiner Erinnerungen beschäftigte, die einige Zeit später unter dem Titel »Mein Kampf« erschienen, war nicht in der Lage, die Aktionen seiner Unterführer aufeinander abzustimmen. Im Juni 1924 gab er bekannt, daß er die Führung der Partei offiziell niedergelegt habe, da er die Verantwortung für Entscheidungen, die nicht er selbst getroffen hatte, nicht übernehmen wolle.

---

40 Mit dem allerdings recht unbestimmten Versprechen einer Entlassung auf Bewährung nach sechs Monaten.

41 Abgetrennte Prozesse waren gegen Max Amann, den Verwalter der Partei, Julius Streicher und Rudolf Heß angestrengt worden, die zu verschiedenen Strafen verurteilt wurden (so wurde namentlich Heß mit Hitler in der Festung Landsberg inhaftiert). Ebenso wurden am 28. April 1924 vierzig Angehörige des »Stoßtrupps Hitler« verurteilt.

XX Zurück zur Legalität

Verweilen wir einen Augenblick an jenem Wendepunkt der deutschen Geschichte, da die »Epoche der Staatsstreiche« zu Ende ging. Unmittelbar nach einer Zeit der Spannungen und Krisen treten die Merkmale einer Lage am deutlichsten hervor. Und außerdem prägt sich das Bild der Hauptbeteiligten im Scheine der letzten Blitze eines abziehenden Gewitters unserem Gedächtnis am besten ein.

In der Endphase jener vier Jahre ununterbrochener Erschütterungen, in denen alle die Ideen ausgesät worden waren, die später aufkeimen sollten, hatten drei Männer eine entscheidende Rolle gespielt: Ludendorff, Hitler und von Seeckt.

Auf den ersten Blick könnte man geneigt sein anzunehmen, von diesen drei Männern sei Hitler derjenige gewesen, der von den Ereignissen des 9. November am empfindlichsten betroffen wurde. In Wirklichkeit war dem aber nicht so. Der große Verlierer jenes Tages hieß Ludendorff, denn er hatte hier seine letzte Gelegenheit, die Macht zu erobern, verspielt, und die Macht sollte sich in der Folgezeit von ihm abwenden.

»Ich werde nie wieder dem Wort eines deutschen Offiziers glauben!« hatte er voller Verachtung geknurrt, als er von dem »Verrat« Lossows erfuhr. Und nach seinem Freispruch hatte er gegen diese Entscheidung mit der Behauptung Einspruch erhoben, er betrachte die ihm gezeigte Nachsicht als »eine Schmach für die Uniform und die Auszeichnungen, die er trage«. Verbittert und enttäuscht zog er sich nach Ludwigshöhe zurück, um dort seine Rosen zu züchten und einen Essay über die Einschließung der Legionen des Varo durch Hannibal abzuschließen.

Er, der stets davon geträumt hatte, Deutschland auf den Weg zur Eroberung der Welt zu führen, sollte niemals wieder einen Tag erleben, der jenem 7. August vergleichbar gewesen wäre, da er allein und ohne Waffen an die Pforten der Zitadelle von Lüttich geklopft und ohne einen Schuß die Übergabe der Festung erreicht hatte. Der Höhepunkt seiner Laufbahn war überschritten. Fortan konnte er nur noch von seinen Erinnerungen leben. »Die in der Geschichte beispiellose Kraftentfaltung des Deutschen Reiches, das fünfzig Monate den größ-

ten Nationen der Welt getrotzt hat, die Bilder der Siege und der Beinahesiege fließen in seinem Geist zu einem Kolossalgemälde zusammen, das jede Kritik ausschließt[1].«

Der Generalquartiermeister beurteilte alle diese Ereignisse aus der Sicht des Strategen, für den alles auf die Frage des vorhandenen oder des fehlenden Gleichgewichts der Kräfte hinausläuft. Den Krieg hatte er nur deshalb nicht gewonnen, weil der Gegner über größere Reserven verfügen konnte als er. Die Roten hatten die Revolution verspielt, weil sie Fehler über Fehler gemacht hatten. »Die größte Dummheit der Revolutionäre war es«, behauptete Ludendorff, »daß sie mich am Leben ließen, denn ich bin ihr schlimmster Feind!«

Diese Gleichmütigkeit seinem eigenen Leben gegenüber erklärte sich aus seiner Auffassung vom menschlichen Leben, einer Auffassung, die völlig von der Religion des Krieges bestimmt wurde. Nach der Überzeugung dieses preußischen Samurai war das Universum von allem Anfang an von gnadenlosem Kampf bestimmt. Innerhalb der Völker streiten Einzelwesen, Stände, Interessengruppen und Parteien um die Macht, so wie die Völker miteinander um die Weltherrschaft ringen. Nichts vermag die Härte dieses Kampfes abzumildern. »Ein Volk, das sich die Waffen nehmen läßt«, schrieb Ludendorff, »versündigt sich gegen alle göttlichen und menschlichen Gesetze. Da der Krieg das einzige und oberste Ziel aller Gemeinschaften ist, muß es die vorherrschende Leidenschaft eines jeden einzelnen sein, sich auf ihn vorzubereiten.«

Doch indem er sich der Betrachtung dieses militärischen Walhalla hingab, entfernte sich Ludendorff immer weiter vom Boden der Tatsachen. Er sah in den Völkern nicht mehr lebende Wesen mit ihrem eigenen Volkstum, ihrer Geschichte und ihren Eigenheiten. In seinen Augen war die Welt nichts anderes als ein riesiges Manöverfeld, eine ungeheuer große Generalstabskarte, auf der abwechselnd eroberte und zerstörte Gebiete eingetragen waren.

☆

Während sich Ludendorff so in einer nebelhaften Vergangenheit verlor, dachte Hitler dagegen ausschließlich an die Zukunft. Der Putsch vom 9. November 1923, in dem er zunächst nur eine Niederlage gesehen hatte, wurde in seinen Augen mehr und mehr zu einem moralischen Sieg. Durch die Bloßstellung der partikularistischen Absichten Kahrs

1 Karl Tschuppik: »Ludendorff – Die Tragödie des Fachmanns«, Leipzig/Wien 1931, S. 416.

hatte er mit zum Sturz seiner Regierung beigetragen. Somit hatte der nationalistische Putsch dem separatistischen Treiben der bayrischen Reaktionäre ein für allemal ein Ende bereitet. Der Prozeß, der gegen ihn angestrengt worden war, hatte die Aufmerksamkeit der Weltpresse auf Hitler gelenkt. Hatte er bislang als Bohemien, Vagabund und schließlich als kleiner lokaler Agitator gegolten, so war er nun mit einem Schlage zu einer hervorragenden Erscheinung auf der innenpolitischen Bühne Deutschlands geworden. Seine Partei hatte die Feuertaufe bestanden und damit ein zuvor nie erreichtes Ansehen gewonnen. Der Schußwechsel an der Feldherrnhalle hatte gewirkt wie eine »Bombe, die gefüllt war mit Samen, der dann ausgeworfen wurde und dann aufgegangen ist über ganz Deutschland[2]«.

Der Führer der NSDAP war sich jedoch völlig im klaren darüber, daß er eine Reihe von Fehlern begangen hatte, die er nicht noch einmal machen durfte. Zunächst einmal hatte er viel zu übereilt losgeschlagen. Sicher hatte er sich von einer »unwiderstehlichen Gewalt« gedrängt gefühlt, doch ist der Glaube an das Schicksal ein schlechter Ratgeber für den Politiker. Mit dem Sturz eines Regimes war es ja nicht getan — man mußte ein anderes an seine Stelle setzen. Wenn der neue Staat tatsächlich in der Lage sein sollte, den alten zu ersetzen, mußte er vor dessen Sturz bereits fertig dastehen. »Glauben Sie«, gestand Hitler im Jahre 1936, »wenn ich heute zurückdenke an 1923, dann wird mir nahezu angst vor meiner Verwegenheit von damals, mit einer Handvoll Leute einen ganzen Staat stürzen zu wollen. Ich muß heute dem Schicksal nur dankbar sein, wenn es uns damals den Erfolg versagt hat. Wie hätten wir den Staat damals aufbauen wollen? Wir besaßen zuwenig Mitarbeiter ... Wir alle waren nicht genügend geschult. Ich hätte auf die bürgerliche Welt zurückgreifen müssen. Das wäre ein schlimmer Wechselbalg geworden, kein neuer Staat, sondern nur eine neue Firmenbezeichnung[3].«

Ein weiterer Fehler hatte in der Umstellung der Sturmabteilungen bestanden, denen man ihren ursprünglichen Charakter hätte lassen sollen. In dieser Hinsicht war der Zusammenbruch des Kampfbundes eine heilsame Lehre, denn er schuf die Voraussetzung dafür, die SA wieder auf den Weg zurückzuführen, von dem sie niemals hätte abweichen dürfen[4]. Hitler durfte nicht durch Gewalt an die Macht zu

2 Rede Hitlers in München am 8. November 1934.
3 Rede Hitlers im »Bürgerbräukeller« am 8. November 1936.
4 Vgl. »Mein Kampf«, S. 618–620.

kommen suchen, sondern auf legalem Wege. Wenn man die Massen nicht für sich hat, kann man nicht regieren[5], denn schließlich und letztlich wird der Kampf nicht durch Maschinengewehre, sondern durch den Willen des Volkes entschieden.

Auch war es falsch, sich auf eine Koalition einzulassen, es sei denn, man sei ihr stärkstes Glied. Hitler hatte sich von dem Ruhm Ludendorffs blenden lassen. Ein solcher Fehler sollte ihm nicht noch einmal unterlaufen! Die Monate, die er im Gefängnis zubrachte, nutzte er dazu, sich von der eigentümlichen Verzauberung zu befreien, die der Generalquartiermeister auf ihn ausübte. Bei seiner Entlassung aus der Haft war Hitler zum wirklichen »Führer« der Partei geworden.

Und endlich erschien die Revolte des Generals von Lossow gegen die Reichsgewalt Hitler rückblickend wie eine Fügung der Vorsehung, denn sie verschaffte ihm die Möglichkeit, zu behaupten, daß er nie in einen Konflikt mit der Reichswehr selbst geraten sei, sondern lediglich mit Angehörigen der 7. Division, die sich selbst im Aufstand gegen die Zentralregierung befand. So durfte er der Toten des 9. November auch gedenken, ohne damit die Reichswehr zu verletzen. »Nie dachten wir daran, eine Erhebung durchzuführen gegen die Wehrmacht unseres Volkes«, betonte Hitler in seinem Prozeß, und in seinem Schlußwort setzte er noch hinzu: »Einmal wird die Stunde kommen, da die Reichswehr an unserer Seite stehen wird, Offiziere und Mannschaften. Die Armee, die wir herangebildet haben, wächst von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde schneller . . .«

☆

General von Seeckt schließlich, die »Sphinx« genannt, stand den nebelhaften Träumereien Ludendorffs ebenso fern wie den Zukunftsvisionen, von denen Hitler besessen war. Seinem ganzen Wesen nach war er ein Mann der Gegenwart, und als solcher sah er den Realitäten klarer und unpersönlicher ins Auge. Nachdem ihm der Reichspräsident die vollziehende Gewalt übertragen und er die Ordnung in Brandenburg, Sachsen, Hamburg und Bayern wiederhergestellt hatte[6], war er unbestritten Herr der Lage. Was aber war sein Sieg in Wahrheit wert?

---

5 In dieser Beziehung machte Hitler die gleichen Erfahrungen wie vor ihm Kapp und Lüttwitz nach dem Putsch vom 13. März 1920.

6 Der Putsch vom 8. November hatte dem Konflikt zwischen Seeckt und Lossow ein jähes Ende bereitet. Die Vorfälle des 9. November hatten dann eine Auseinandersetzung zwischen Seeckt und Ludendorff verhindert. Von diesem Augenblick an war eine Reichsexekution überflüssig geworden. Zur Wiederherstellung der Lage mußte der Oberbefehlshaber der Reichswehr nur noch Verhandlungen führen.

In Dresden war die »Reichsexekution« durch die hinhaltende Taktik der Regierung behindert worden. Die Reichswehrführung hatte Sachsen nach dem Ultimatum an die sächsische Regierung nicht mehr als Freistaat, sondern als »Reichsprovinz« behandeln wollen. Mit diesem Hintergedanken hatte sie einen »Reichskommissar« einsetzen lassen und sich der Hoffnung hingegeben, daß sich an dieser Sachlage auch nach der Wiederherstellung der Ordnung nichts ändern werde. Daraus war aber nichts geworden. Die sächsischen Reichstagsabgeordneten hatten diesen Plan durch ihre Forderung nach der Einsetzung einer selbständigen sächsischen Regierung und der Abberufung des »Reichskommissars« zu Fall gebracht.

Auch in Bayern war der Konflikt zwischen der Reichsgewalt und der bayrischen Regierung nicht mit der wünschenswerten Klarheit bereinigt worden.

Wie erinnerlich, hatte Kahr am 26. September 1923 durch Verordnung auf eigene Faust den Ausnahmezustand über Bayern verhängt. Tags darauf hatte der Reichspräsident den Ausnahmezustand unter Berufung auf den Artikel 48 der Reichsverfassung auf das gesamte Reichsgebiet ausgedehnt, doch hatte Kahr sich geweigert, diese Entscheidung anzuerkennen.

Am 13. Februar 1924 hob Reichspräsident Ebert den Ausnahmezustand für das ganze Reich auf, und am 18. Februar wurde zwischen dem Reichswehrministerium und dem Stabe des Wehrkreises VII eine Vereinbarung erzielt, die dem Konflikt innerhalb der Reichswehr ein Ende setzte. Da der Ausnahmezustand, den Ebert verhängt hatte, zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits seit fünf Tagen aufgehoben war, hielt es die Reichsregierung nicht für ratsam, von der neuen bayrischen Regierung die Erklärung zu verlangen, daß Kahrs Verordnung ungesetzlich gewesen sei. Infolgedessen war weder die Frage der Anwendung des Artikels 48 auf Bayern noch das Problem, das sich aus der Weigerung Bayerns ergeben hatte, geklärt worden. »Tatsächlich hat das Reich seine rein politischen Ansprüche auf diesem Gebiet nicht gegen Bayern durchzusetzen vermocht«, schrieb Geßler in seiner Denkschrift über den Ausnahmezustand[7].

Aus dieser Sachlage ergaben sich eine Reihe von Schlußfolgerungen. Im Falle ernster innerer Unruhen, deren erneuter Ausbruch schon jetzt vorauszusehen war, war nur die Reichswehr imstande, die Autorität

7 Dr. Heinz Brauweiler: »Generäle in der deutschen Republik«, S. 55.

der Zentralgewalt aufrechtzuerhalten, da sie das einzige Organ der Regierung war, dessen Machtbereich sich über das ganze Reichsgebiet erstreckte[8]. Doch was nützte es, daß die Reichswehr eingriff, wenn ihr Erfolg dann stets durch die Quertreibereien des Parlaments wieder in Frage gestellt wurde? Was nutzte das Heer, wenn der Reichstag all das, was es erreichen mochte, systematisch wieder zunichte machte?

In diesem Zustand größten Wirrwarrs, in dem sich die deutsche Republik befand, stützten unter all den Tausenden von Kräftegruppierungen, die sich gegenseitig bekämpften und in Schach hielten, nur drei Pfeiler das Gebäude des Reiches:

1. Der Reichspräsident, der sich im Besitz der Vollmachten befand, die der Artikel 48 der Reichsverfassung ihm einräumte;
2. der Artikel 48 der Reichsverfassung, der der Reichswehr das Eingreifen in die inneren Angelegenheiten der Länder gestattete;
3. die Reichswehr als Inhaber der realen Gewalt, zu deren Anwendung sie allerdings die Erklärung des Ausnahmezustandes benötigte[9].

Wollte das Reich mit seinen inneren Schwierigkeiten fertig werden, dann mußten diese drei Faktoren freies Spiel haben, ohne von der parlamentarischen Opposition daran gehindert zu werden. Der Reichspräsident durfte sich nicht scheuen, den Artikel 48 anzuwenden, wenn die Lage es erforderte, und die Reichswehr mußte das Recht erhalten, gründlich durchzugreifen, ohne befürchten zu müssen, daß man sie im Stich ließ.

Sämtliche Bemühungen der Reichswehr sollten fortan darauf gerichtet sein, Deutschland in diese Bahnen zu lenken, bis zu einer Reichsreform geschritten werden konnte.

---

8 Die Polizei war bekanntlich den Länderregierungen unterstellt. Im Gegensatz zur Reichswehr war sie weder vereinheitlicht noch zentralisiert worden.

9 Vgl. den Artikel von Major Marcks »Volk und Reichswehr« im Januarheft 1931 der Zeitschrift »Wissen und Wehr«.

Teil 2 Die Berufsreichswehr als Stütze der Republik (1923-1927)

XXI Von der Rückkehr Hindenburgs bis zum Ausscheiden des Generals von Seeckt

Die Jahre von 1919 bis 1923 waren vier unruhige und stürmische Jahre gewesen, mit zahlreichen Kämpfen an den Grenzen und Putschversuchen im Innern des Landes. Als der Vorhang im Jahre 1924 wieder aufging, hatte sich das Bild gewandelt: »Ein Sturmwind fegt über den Himmel und vertreibt die Nebel«, schrieb Max Hermant. »Wie durch ein Wunder hat sich Deutschland der Mark entledigt und ein neues Geld geschaffen. Nie zuvor in der Geschichte hat man einen so jähen Wechsel beobachten können. Ein großes Volk, das am Boden liegt, richtet sich innerhalb weniger Wochen wieder auf, gewinnt seine Haltung wieder und macht auf ein Zeichen hin kehrt[1].«

Die Republik war gerettet, und die nun folgenden wenigen Jahre brachten ihr eine Zeit der Entspannung. Doch hatte sich die Republik nicht aus eigener Kraft retten können. Das Werk des Wiederaufstiegs und der inneren Gesundung war zwei Männern zu verdanken, die dem Parlament nicht angehörten: auf militärischem Gebiet dem General von Seeckt und auf wirtschaftlichem Gebiet Dr. Hjalmar Schacht, der seit dem 15. November 1923 Reichswährungskommissar war.

Die Krise der Jahre 1918 und 1919 hatte unter der tatkräftigen Führung Noskes mit der Niederwerfung der Kommunisten geendet. Die Krise der Jahre von 1919 bis 1923 endete mit einer Niederlage der Sozialdemokraten. Innerhalb von fünf Jahren verlor diese Partei die Hälfte ihrer Wählerschaft. Die Macht ging nun in die Hände des Zentrums und der gemäßigten bürgerlichen Parteien über[2].

Dieser Umschwung war von einem heftigen politischen Kurswechsel begleitet. Seit Rathenau war die Diplomatie des Reiches von dem Wunsche bestimmt worden, eine Annäherung an die UdSSR und die Schaffung einer Art »gemeinsamen deutsch-sowjetischen Marktes« zu erreichen. Jetzt wandte sich Deutschland von dem russischen Trugbild ab und hatte anscheinend die Absicht, sein Schicksal wieder mit dem

---

1 Max Hermant: »Idoles allemandes«, S. 118.

2 In Preußen verblieb das Zentrum in der Koalition mit den Sozialdemokraten; im übrigen Reich gab es der Rechten seine Unterstützung.

des Kontinents zu verbinden. So wie ein Pendel, das erst nach einer Seite voll ausschlägt und dann wieder nach der anderen zurückschwingt, wandte sich Deutschland nun dem Westen und über den Westen hinaus dem fernen Amerika zu.

Nach einer langen Zeit des Niedergangs und des Chaos stand Deutschland nun ganz plötzlich in einer völlig verwandelten Welt, in der die militärischen Abenteurer den Finanzexperten Platz gemacht hatten. Der militärischen Mystik der Bünde und der Freikorps wollten die an der Macht befindlichen Parteien eine Ethik der Arbeit entgegensetzen, die ihre Grundlagen im Geist des Unternehmertums und im Glauben an die Technik finden sollte. Mit Hilfe des amerikanischen Goldes schossen überall Bahnhöfe, Arbeitersiedlungen und Flughäfen aus dem Boden. Und wie in diesem Lande stets alles bis zum Äußersten getrieben wird, so gab sich Deutschland jetzt mit ganzer Seele dem Rausch der Rationalisierung und der Produktion hin, der mit der Zeit zu Überproduktion und Arbeitslosigkeit führen sollte.

Die verheerenden Auswirkungen dieses Rausches machten sich vorläufig allerdings noch nicht bemerkbar. Für den Augenblick erlebte das Reich die Segnungen seiner Gesundung. Noch bevor die neue Reichsbank ihre Arbeit begonnen hatte, strömten die amerikanischen Gelder bereits herein wie ein Sturzbach[3].

Im Laufe dieses neuen Zeitabschnitts kam es nicht mehr zu einem direkten Eingreifen der Reichswehr wie bisher. Das Heer trat sozusagen von der politischen Bühne ab. Seine Führer aber blieben deshalb nicht untätig. Inmitten des Spekulationsfiebers, das sich der Gemüter bemächtigt hatte, schienen sie allein kühles Blut und einen scharfen Blick bewahrt zu haben. Sie teilten den Optimismus der Fachleute nicht, denn sie brauchten nur um sich zu blicken, um zu sehen, wie trügerisch der angebliche Wohlstand und wie brüchig die Grundlage war, auf der das wirtschaftliche Gebäude Deutschlands ruhte. In jenem von ausländischen Banken kolonisierten Deutschland, das dazu verdammt war, allmählich seine eigene Substanz aufzuzehren, um die Zinsen für die

---

3 Vgl. die sehr aufschlußreiche Aufstellung, die »L'Europe nouvelle« am 10. Januar 1925 (S. 46) über die »Ausländischen Kredite für die deutsche Industrie« veröffentlichte. »Deutsche Beamte wurden mit ausländischen Anleiheangeboten förmlich überschwemmt . . .«, schrieb dazu Tansill. »Von 1924 bis zum 30. Juni 1931 gaben amerikanische Banken . . . Anleihen (in Höhe von) 5 265 Millionen Reichsmark. Diese großen amerikanischen Anleihen machten 55 Prozent der Deutschland in dieser Zeit geliehenen Gesamtsumme aus.« (Charles Callan Tansill: »Die Hintertür zum Kriege«, Düsseldorf 1956, S. 56.)

Schulden, die es unvorsichtigerweise übernommen hatte, aufzubringen, hielten sie es für ihre Pflicht und Schuldigkeit, wachsamer zu sein als je zuvor.

☆

Am 28. Februar 1925 starb Reichspräsident Ebert — als ob dadurch die Tatsache noch deutlicher hervorgehoben werden sollte, daß wirklich eine neue Zeit begann.

Die politischen Parteien rüsteten sofort zum Wahlkampf. Erstmals in seiner Geschichte wurde das deutsche Volk aufgerufen, seinen Führer zu wählen[4], und die ganze Welt blickte mit berechtigter Spannung auf die Entscheidung, die es treffen würde.

Die Wahlen wurden am 29. März 1925 abgehalten und führten zu folgendem Ergebnis[5]:

Dr. Jarres (Rechte und Gemäßigte)	10 487 870 Stimmen
Braun (Sozialdemokraten)	7 836 676 Stimmen
Marx (Zentrum)	3 988 659 Stimmen
Thälmann (Kommunisten)	1 582 414 Stimmen
Dr. Held (Bayrische Volkspartei)	990 036 Stimmen
Ludendorff (Völkischer Block)	210 968 Stimmen

Da niemand die absolute Mehrheit erreicht hatte, mußte ein neuer Wahlgang stattfinden. Während Dr. Held auf seine Kandidatur verzichtete und die Kandidatur Ludendorffs in Lächerlichkeit unterging, beschlossen die Sozialdemokraten und das Zentrum, ihre Stimmen auf einen einzigen Kandidaten zu vereinigen: auf Marx.

In den Reihen der Rechten machte sich darob sogleich eine lebhafte Unruhe bemerkbar. Falls Marx gewählt würde, wäre eine Wiederherstellung der Monarchie ausgeschlossen — es sei denn, man entschlösse sich zu einem Staatsstreich. Und man hatte gesehen, wie unsicher ein solches Vorgehen war. Doch wie sollte die Wahl von Marx verhindert werden? Jenem zusammengewürfelten Block, der sich hochtrabend als »Weimarer Koalition« bezeichnete, mußte ein Symbol entgegengestellt werden. Und nur ein einziger Mann in Deutschland war in der Lage, die verschiedenartigen Meinungen auf sich zu vereinigen: Hindenburg.

Durch den moralischen Sieg, den er im Jahre 1919 über die Unter-

4 Ebert war durch eine Abstimmung der Weimarer Nationalversammlung zum Reichspräsidenten bestimmt worden, nicht durch eine Volksabstimmung.

5 Diese Zahlen sind deshalb besonders interessant, weil sie über die Stärke der verschiedenen deutschen Parteien im Frühjahr 1925 Aufschluß geben.

suchungskommission davongetragen hatte[6], und durch seine Weigerung, sich in den Parteienstreit einzulassen, hatte er die Zuneigung der Mehrheit des Volkes gewonnen. Noch bevor sich Hindenburg überhaupt einer Volksabstimmung stellte, hatte der Ruhm seiner vergangenen Taten, vereint mit jener unbestimmbaren, ihm eigenen Wuchtigkeit und Väterlichkeit, aus ihm bereits einen ungekrönten Monarchen gemacht. Er allein, sagten sich die konservativen Kreise, würde die Rückeroberung der Macht von innen heraus ermöglichen. Dann würden die sieben Jahre der Präsidentschaft Eberts nichts weiter bedeuten als ein bedauerliches Zwischenspiel, das nun glücklich abgeschlossen war. Mit Hindenburg würde Deutschland allmählich sein althergebrachtes Aussehen wiedergewinnen.

Hindenburg aber, den der Tod seiner Frau tief getroffen hatte, lehnte diese Ehre ab. »Ich bin ein alter Soldat, der nie Politik gemacht hat«, sagte er zu seinen Besuchern, die ihn in seinem Hause in Hannover bedrängten. Und leise fügte er hinzu: »Cincinnatus, der zu seinem Pflug zurückkehrte, scheint mir in der Geschichte recht gut abzuschneiden.«

Wie sollte man den Feldmarschall von seinem Entschluß abbringen? Nur ein alter Waffengefährte mochte genügend Einfluß auf ihn haben. So schickten denn die Militärs und die Alldeutschen Großadmiral Alfred von Tirpitz, den einstigen Staatssekretär des Reichsmarineamtes, nach Hannover, denn Tirpitz stand nach wie vor in engen freundschaftlichen Beziehungen mit Hindenburg.

Der Großadmiral machte seinem Waffengefährten klar, daß es geradezu Fahnenflucht sei, wenn er sich nicht zur Wahl stelle. Man würde meinen, der Sieger von Tannenberg habe Angst vor einer Niederlage, während es doch für die Reichswehr Schutz und für alle die, die dem Heere nicht mehr angehörten, eine Genugtuung bedeuten würde, wenn er an der Spitze des Staates stünde. Daß er sich niemals mit Politik beschäftigt hatte, war gerade der Grund, weshalb man sich an ihn wandte! Und seine Eigenschaften als Soldat würden es ihm ermöglichen, die Parteien im Zaume zu halten und ausschließlich Diener der Nation zu bleiben.

Hindenburg, den diese Darlegungen beeindruckten, bat sich drei Tage Bedenkzeit aus. Dann teilte er seinen Freunden mit ruhiger Stimme mit, er nehme die Kandidatur für die Reichspräsidentschaft an.

Daraufhin ging mit dem alten Soldaten, der bereits siebenundsiebzig

---

6 Siehe oben, S. 72 ff.

Jahre zählte, ein unerwarteter Wandel vor sich. »Ich war bereits ein wenig eingerostet«, bemerkte er, »doch jetzt fühle ich mich wieder jung!« Eine neue Welle der Lebenskraft durchflutete den alten Herrn, der nun seine angeborene Vorliebe für Organisation und Führung wiederentdeckte. Die Parteien, die auf ihn setzten, hatten sich dem Glauben hingegeben, Hindenburg bedeute nicht mehr als ein Symbol, eine ruhmbedeckte, wenn auch ein wenig zerzauste Fahne, die man an Festtagen aus dem Museum holt. Doch nachdem der Feldmarschall seinen Entschluß gefaßt hatte, arbeitete er an den Wahlvorbereitungen wie an der Vorbereitung einer Offensive. Er kümmerte sich um alles, beaufsichtigte alles und unterschrieb alles selbst, zumal jetzt auch Ludendorff nicht mehr da war, um ihm zu helfen. Er hielt Rundfunkreden, empfing Pressevertreter und verfaßte eigenhändig den Wortlaut seiner Bekanntmachungen. Die Männer seiner Umgebung waren starr vor Staunen, denn diese ganze Arbeitslast, die schon einen Fünfzigjährigen zu ermüden vermocht hätte, schien ihm keinerlei Anstrengung zu verursachen.

Beim zweiten Wahlgang am 27. April 1925 konnte Hindenburg die Früchte seiner Bemühungen ernten. Er wurde mit 14 655 766 Stimmen zum Reichspräsidenten gewählt. Marx erhielt 13 751 615, der kommunistische Kandidat Thälmann 1 951 151 Stimmen.

Am 11. Mai traf der Generalfeldmarschall in Berlin ein, wo ihm ein ganz anderer Empfang zuteil wurde als bei seinem letzten Besuch. Eine Ehrenkompanie präsentierte das Gewehr, und die Menge brach in lang anhaltenden Beifall aus, als sein Wagen nach der Fahrt durch das Brandenburger Tor — eine Ehre, die bislang dem Kaiser vorbehalten geblieben war — die Allee »Unter den Linden« entlangfuhr. Der einstige Oberbefehlshaber der Heere Wilhelms II., dessen Leben so reich an Ereignissen gewesen war, ahnte sicher nicht, daß sein nun beginnender neuer Lebensabschnitt die tiefsten Spuren in der Geschichte hinterlassen würde . . .

Am nächsten Tag trat Hindenburg vor den Reichstag und legte den Eid auf die Verfassung ab. Die Ränge und Tribünen waren überfüllt mit Generalen in ordensgeschmückten Uniformen, hohen Würdenträgern des Reiches und Mitgliedern des Diplomatischen Korps in Frack und Zylinder. »Der Krieg«, hatte Clausewitz in einem seiner berühmten Aphorismen gesagt, »ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln«. »Die Republik«, so schrieb voll Ironie das »Tagebuch«, »ist die Fortsetzung des Kaiserreiches mit anderen Personen.«

»Die Wahl des Generalfeldmarschalls«, beeilten sich Luther und Stresemann zu beteuern, »vermag in nichts die Außenpolitik des Reiches zu verändern.« Diese Worte genügten jedoch nicht, die Bedenken der Alliierten zu zerstreuen. Sie mußten durch Taten bewiesen werden.

Deutschland hatte sich seit 1918 stark verändert, aber auch in der europäischen Lage war ein Wandel eingetreten. »Die Völker waren«, wie Clemenceau bemerkte, »des gegenseitigen Hasses überdrüssig.« Die französischen Wahlen des Jahres 1924, die auf den Fehlschlag der Ruhrbesetzung gefolgt waren, hatten eine neue Mannschaft ans Ruder gebracht. Auf Millerand und Poincaré waren Herriot und Briand gefolgt. Deutschland brauchte einen diplomatischen Erfolg zur Festigung seines Ansehens. Frankreich, das von einer langsamen Geldentwertung heimgesucht wurde, benötigte die Hilfe Englands, das sich zusammen mit den Vereinigten Staaten zum obersten Richter in Reparationsfragen aufgeschwungen hatte. England seinerseits gab seinem Wunsche nach regionalen Abkommen Ausdruck, die es von der Garantieverpflichtung für Grenzen befreien sollten, die seine Interessen nicht direkt berührten. Unter diesen Umständen machte Lord d'Abernon, der Botschafter Großbritanniens in Berlin, Stresemann den Vorschlag, die Verhandlungen über einen Rheinpakt, die Reichskanzler Cuno bereits im Dezember 1922 aufgenommen hatte, wiederaufleben zu lassen, und versicherte ihm, daß die Besprechungen diesmal große Aussichten auf Erfolg hätten.

Am 9. Februar 1925 überreichte Herr von Hoesch, der Botschafter des Reiches in Paris, Ministerpräsident Herriot ein Memorandum, in dem die deutsche Regierung erklärte: falls Frankreich, England, Belgien und Italien auf den Krieg als Mittel zur Verteidigung ihrer jeweiligen Grenzen verzichten und sich gegenseitig den »status quo« garantieren wollten, würde das Deutsche Reich einem solchen Abkommen gern beitreten. Am 20. Februar erteilte Herriot eine günstige Antwort auf die deutsche Initiative. Bei den folgenden Verhandlungen machte Frankreich seine Zustimmung allerdings von einer Reihe von Bedingungen abhängig:

1. Der Pakt könne seine volle Wirksamkeit nur im Rahmen des Völkerbundes erhalten[7];
2. es müßten auch Polen und die Tschechoslowakei in ihn mit einbezogen werden.

7 »Der deutsche Plan eines Garantiepaktes«, schrieb damals Marcel Ray nach einigen persönlichen Unterredungen mit Stresemann, »steht ganz außerhalb des Völkerbundes. Deutschland würde diesen Pakt lieber außerhalb des Rahmens der Genfer

Doch England gab Frankreich sogleich zu verstehen, daß es ihm auf diesem Wege nicht folgen könne. Es sei zwar bereit, die Rheingrenze zu garantieren, eine Verpflichtung weiter im Osten könne für Großbritannien jedoch nicht in Frage kommen. Nach dem Austausch mehrerer Noten zwischen London und Paris schloß sich Frankreich der britischen Auffassung schließlich im großen ganzen an, stellte dabei aber die Bedingung, daß der eigentliche Rheinpakt noch durch einige gesonderte Abkommen ergänzt werde, die das Vertragsgebäude vervollständigen sollten. Nachdem somit alle Vorbereitungen abgeschlossen waren, traten die Bevollmächtigten der verschiedenen Mächte in Locarno zusammen, um dem Wortlaut der Verträge seine endgültige Fassung zu geben.

Die Konferenz wurde am 5. Oktober 1925 unter dem Vorsitz von Austen Chamberlain eröffnet. Am 16. Oktober wurde die Schlußakte unterzeichnet:

»... Die Delegierten der hier vertretenen Regierungen erklären ihre feste Überzeugung, daß die Inkraftsetzung dieser Verträge und Abkommen in hohem Maße dazu beitragen wird, eine moralische Entspannung zwischen den Nationen herbeizuführen, daß sie die Lösung vieler politischer und wirtschaftlicher Probleme gemäß den Interessen und Empfindungen der Völker stark erleichtern wird und daß sie so, indem sie Frieden und Sicherheit in Europa festigt, das geeignete Mittel sein wird, in wirksamer Weise die in Artikel 8 der Völkerbundssatzung vorgesehene Entwaffnung zu beschleunigen.

Sie verpflichten sich, an den vom Völkerbund bereits aufgenommenen Arbeiten hinsichtlich der Entwaffnung aufrichtig mitzuwirken und die Verwirklichung der Entwaffnung in einer allgemeinen Verständigung anzustreben.

(gez.): Dr. Luther, Stresemann (Deutschland);
Émile Vandervelde (Belgien);
Aristide Briand (Frankreich);
Austen Chamberlain (Großbritannien);
Benito Mussolini (Italien);
Alexander Skrzynski (Polen);
Dr. Eduard Benesch (Tschechoslowakei).«

Versammlung abschließen . . ., weil die Reichsregierung sich die Möglichkeit offenhalten will, eines Tages auch Sowjetrußland, den unversöhnlichen Feind des Völkerbundes, in den Pakt hineinzubringen.« (»Discussion autour du Pacte de garantie occidental«, in »L'Europe nouvelle« vom 28. März 1925, S. 396.)

Sodann folgte der eigentliche »Rheinpakt«, der auf Frankreich, Großbritannien, Belgien, Deutschland und Italien beschränkt blieb und dessen wichtigste Bestimmungen lauteten:

»Artikel I:
Die Hohen Vertragschließenden Teile garantieren, jeder für sich und insgesamt ... die Aufrechterhaltung des sich aus den Grenzen zwischen Deutschland und Belgien und zwischen Deutschland und Frankreich ergebenden territorialen »status quo«, die Unverletzlichkeit dieser Grenzen, wie sie durch den in Versailles am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrag oder in dessen Ausführung festgesetzt sind[8], sowie die Beobachtung der Bestimmungen der Artikel 42 und 43 des bezeichneten Vertrages über die demilitarisierte Zone[9].

Artikel II:
Deutschland und Belgien und ebenso Deutschland und Frankreich verpflichten sich gegenseitig, in keinem Falle zu einem Angriff oder zu einem Einfall oder zum Kriege gegeneinander zu schreiten ...[10]

Artikel III:
Alle Fragen, bei denen die Parteien über ihre beiderseitigen Rechte im Streite sind, sollen Richtern unterbreitet werden, deren Entscheidung zu befolgen die Parteien sich verpflichten ...

Artikel IV:
1. Ist einer der Hohen Vertragschließenden Teile der Ansicht, daß eine Verletzung des Artikels 2 des gegenwärtigen Vertrages oder ein Verstoß gegen die Artikel 42 und 43 des Vertrages von Versailles begangen worden ist oder begangen wird, so wird er die Frage sofort vor den Völkerbundsrat bringen.
2. Sobald der Völkerbundsrat festgestellt hat, daß eine solche Ver-

---

8 Diese Bestimmung bedeutete für Deutschland den endgültigen Verzicht auf Elsaß-Lothringen.

9 Diese Artikel untersagten Deutschland, Truppen in das linksrheinische Gebiet und in die entmilitarisierte Zone, die sich in einer Tiefe von 50 km auf dem rechten Rheinufer hinzog, einrücken zu lassen.

10 Diese Bestimmung fand keine Anwendung, wenn es sich handelte
a) um die Ausübung des Rechtes der Selbstverteidigung ... oder einen Verstoß gegen die Artikel 42 und 43 des Vertrages von Versailles;
b) um eine Aktion auf Grund des Artikels 16 der Völkerbundssatzung und
c) um eine Aktion, die auf Grund einer Entscheidung der Versammlung oder des Rates des Völkerbundes oder auf Grund des Artikels 15 Absatz 7 der Völkerbundssatzung erfolgt, vorausgesetzt, daß sich die Aktion in diesem letzten Falle gegen einen Staat richtet, der zuerst zum Angriff geschritten ist.

letzung oder ein solcher Verstoß begangen worden ist, zeigt er dies unverzüglich den Signatarmächten des gegenwärtigen Vertrages an, und jede von ihnen verpflichtet sich, in solchem Falle der Macht, gegen die sich die beanstandete Handlung richtet, sofort ihren Beistand zu gewähren ...

Artikel X:

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifiziert werden ...

Er soll in Kraft treten, sobald alle Ratifikationsurkunden hinterlegt sind und Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden ist[11].«

Die in Locarno abgezeichneten Verträge wurden am 1. Dezember 1925 im St.-James-Palast in London unterzeichnet. Zu ihrer Inkraftsetzung brauchte Deutschland nun nur noch seine Aufnahme in den Völkerbund zu beantragen. Am 10. Februar 1926 richtete die Reichsregierung ihren offiziellen Aufnahmeantrag an die Genfer Versammlung. Im Laufe der VII. Generalversammlung wurde Deutschland dann am 10. September des gleichen Jahres feierlich in den Völkerbund aufgenommen.

Ein glanzvoller Tag, wenn davon in den Annalen des Völkerbundes überhaupt die Rede sein kann! Die schwarzrotgoldene Fahne wehte neben den Fahnen der anderen Staaten am Quai Wilson, und das Halbrund des Sitzungssaales war schon vor der Eröffnung der Sitzung überfüllt.

Als Stresemann die Tribüne betrat, wurde er mit lebhaftem Beifall begrüßt. Zunächst ein wenig beklommen, dann aber immer sicherer werdend, erklärte er:

»Der göttliche Baumeister der Erde hat die Menschheit nicht geschaffen als ein gleichförmiges Ganzes ... (Aber) für alle hier versammelten Völker gilt das Wort eines großen Denkers, daß wir Menschen

---

11 Bis zum letzten Augenblick hatte die UdSSR, die sich um eine Umwandlung des Rapallo-Vertrages in ein Militärbündnis bemühte, daher auch nichts von einer Regelung im Westen wissen wollte, gehofft, Deutschland werde nicht unterschreiben. »Mit uns«, flüsterte Litwinow Stresemann unaufhörlich zu, »werdet ihr stark genug sein, um den Ansprüchen der Entente entgegenzutreten. Wenn ihr euch mit den Alliierten einlaßt, dann müßt ihr euch ihren Forderungen fügen, und das bedeutet die Aufgabe eurer Souveränität.« So machte die russische Presse beim Bekanntwerden der Unterzeichnung des Vertrages denn auch kein Hehl aus ihrem Mißfallen. »In allen Grundfragen«, schrieb die »Prawda« am 18. Oktober, »hat England seinen Standpunkt durchzusetzen vermocht. Es hat Deutschland in sein Schlepptau genommen und Spannungen zwischen Deutschland und der UdSSR verursacht. England hat die Bande, die zwischen Frankreich und seinen Verbündeten bestanden, gelockert und selbst die Rolle eines Schiedsrichters zwischen Deutschland und Frankreich übernommen.«

uns zu dem Geschlecht bekennen, das aus dem Dunkel ins Helle strebt[12].«

Darauf antwortete ihm Briand mit seiner Begrüßungsansprache, der es auch nicht an Redeschwung ermangelte:

»Unsere Völker«, sagte er mit seiner dumpfen Stimme, die jedoch in wohldurchdachter Steigerung allmählich an Glanz gewann, »unsere Völker haben es, was Kraft und Heldentum angeht, nicht mehr nötig, sich gegenseitig Vorführungen zu machen. Man blättere nur in den Seiten der Geschichte nach: Beide haben es verstanden, auf dem Schlachtfeld ihren Heldenmut unter Beweis zu stellen, und beide haben in dieser Hinsicht Ruhm genug geerntet. Jetzt wollen wir uns einmal auf friedlichem Gebiet treffen und Erfolge in anderen Gefilden suchen.«

Nach diesen Redeergüssen aber mußte man wieder zur Wirklichkeit zurückfinden — einer Wirklichkeit, die dem Pathos ebenso abhold war wie den ränkevollen Schlichen. Jetzt stellte es sich heraus, daß das Vertragswerk auf falschen Voraussetzungen aufgebaut war und auf einer Reihe von Mißverständnissen beruhte.

In Frankreich vertrat man die Auffassung, die Alliierten seien Deutschland sehr weit entgegengekommen, als sie sich zu Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung bereit fanden, auf die bisherige Unterscheidung zwischen Siegern und Besiegten verzichteten und das Deutsche Reich in den Völkerbund aufnahmen. Diese Zugeständnisse gaben Anlaß zu der Hoffnung, Deutschland werde in Zukunft seinen guten Willen unter Beweis stellen, vorbehaltlos die Bestimmungen des Vertrages erfüllen und seine Politik der Widersetzlichkeit und der Forderungen aufgeben.

Die Deutschen dagegen hegten genau die entgegengesetzten Erwartungen. Sie waren der Ansicht, sie hätten den Alliierten große Opfer gebracht, als sie endgültig Verzicht auf Elsaß-Lothringen leisteten und der dauernden Entmilitarisierung des linken Rheinufers zustimmten, was eine Beeinträchtigung ihrer Souveränität bedeutete. Sie waren davon überzeugt, daß diese Zugeständnisse greifbare Gegenleistungen verdienten. »Man müßte am Geist von Locarno verzweifeln«, hatte Stresemann kurz zuvor in Köln gesagt, »wenn er nicht zu einer Räumung des Rheinlandes führen sollte.« Kurz und gut, der Garantiepakt

12 Der erste Satz war dem Wortschatz der Freimaurer entlehnt, der zweite stammte aus der deutschen parlamentarischen Redeweise: Er entsprach genau dem Schluß der Rede Scheidemanns bei der Eröffnung der Weimarer Nationalversammlung. (Siehe Band I, S. 143.)

hatte die Sicherheitsfrage lösen wollen, ohne zu berücksichtigen, daß der Begriff »Sicherheit« für die beiden vertragschließenden Teile nicht die gleiche Bedeutung hatte: Frankreich verstand darunter die endgültige Erstarrung Deutschlands innerhalb der ihm vom Versailler Vertrag gezogenen Grenzen; für Deutschland dagegen hieß er Ausbruch aus seiner Isolierung und Rückgewinnung der vollen Souveränität. Für die einen war Locarno ein Endziel, für die anderen ein Beginn.

Dieser Gegensatz kam bereits an den folgenden Tagen zum Vorschein, denn in den Beratungen der Ausschüsse und Unterausschüsse schnitt das Reich sogleich die Memeler und die Danziger Frage an und forderte die Räumung der zweiten und der dritten Zone im Rheinland[13], die Zurückziehung der Kontrollkommission, die Rückkehr des Saargebietes noch vor der Volksabstimmung und die erneute Überprüfung der Kriegsschuldfrage.

Und während es in Genf zu diesen ersten Vorgefechten kam und es im Rheinland Zusammenstöße gab, da die Bevölkerung einen sofortigen Abzug der alliierten Truppen erwartete, während sich die öffentliche Meinung in Frankreich darüber empörte, daß jedes Zugeständnis Frankreichs sofort zu einer Reihe weiterer deutscher Forderungen führte, kam es durch einen an sich recht unwichtigen Zwischenfall, der von den deutschen Linksparteien jedoch zum Skandal aufgebauscht wurde, zu einem Konflikt zwischen dem Reichswehrminister und General von Seeckt.

☆

Am 3. Oktober 1926 meldete die Presse, Prinz Wilhelm von Hohenzollern, der älteste Sohn des Kronprinzen und Enkel Wilhelms II.[14], sei als Zeitfreiwilliger[15] in das Infanterie-Regiment 9 in Potsdam[16] eingetreten und habe als Leutnant an den Manövern in Münsingen teilgenommen.

In Wirklichkeit war diese Verpflichtung mit Wissen, und man kann sagen, mit Zustimmung des Feldmarschalls von Hindenburg zustande gekommen. Doch da der Reichspräsident auf Grund der neuen Reichs-

---

13 Das Ruhrgebiet war am 25. August 1925 vollständig geräumt worden, und die Engländer hatten die Räumung der Kölner Zone am 31. Januar 1926 abgeschlossen.

14 Also der Thronerbe.

15 Dieser Weg war gewählt worden, um es dem Prinzen zu ersparen, einen Eid auf die Republik zu leisten.

16 Die »Traditionskompanien« gerade dieses Regiments entsprachen den alten Regimentern der Kaiserlichen Garde. (Siehe oben, S. 140, Fußnote 27.)

verfassung nicht die Verantwortung trug, war es Aufgabe des Reichswehrministers Dr. Geßler, dem Parlament Rede und Antwort zu stehen. Und die Linksparteien, die die Niederlage durch die Wahl des Feldmarschalls noch nicht verwunden hatten und sich des Eindrucks nicht erwehren konnten, daß Hindenburg und seine Generale das Parlament ein wenig zu unverblümt mißachteten[17], griffen diesen Zwischenfall auf, um zu zeigen, daß der Reichstag auch noch ein Wort mitzureden hatte. Die Kommunisten verlangten die sofortige Ausweisung aller Angehörigen der kaiserlichen Familie, die seit der Revolution wieder nach Deutschland zurückgekehrt waren.

Geßler seinerseits hatte es, wie er sich ausdrückte, »satt, den Hampelmann zu spielen, den man durch Ziehen am Bindfaden in Bewegung setzt[18]«. Er forderte den sofortigen Rücktritt des Chefs der Heeresleitung.

Wie würde Hindenburg sich nun verhalten? Würde er Seeckt wegen einer Angelegenheit den Abschied geben, die er eigentlich selbst mit seiner Autorität gedeckt hatte? Hätte er nur seinen persönlichen Empfindungen folgen können, er hätte den Schöpfer der Berufsreichswehr gewiß gehalten. In seiner Umgebung aber regte sich eine Reihe von Intriganten, unter denen General von Schleicher der gefährlichste war. Als ehemaliger Regimentskamerad Oskar von Hindenburgs[19], auf den er einen unbestreitbaren Einfluß ausübte, und als einstiger politischer Berater Groeners war er der eigentliche Drahtzieher im Reichswehrministerium und hatte offen und heimlich Zugang zum Palais des Reichspräsidenten. Schleicher war eine rätselhafte und verworrene Erscheinung, von Ehrgeiz verzehrt, und gab sich gern den Anschein eines Verschwörers. Im Kreise einiger Damen erklärte er eines Tages seinen Verehrerinnen:

»Sehen Sie, meine Damen, mein roter Generalsmantel wird an dem Tage, da wir offen mit unseren Feinden abrechnen werden, zum Henkermantel werden.«

Wer aber waren seine Feinde? Niemand vermochte das genau zu sagen, denn er war ständig darum bemüht, sich mit aller Welt zu verständigen, und bezeichnete sich gern als »roter General«.

Die Ausschaltung Seeckts konnte seinen Plänen nur förderlich sein,

---

17 So unter anderem bei dem persönlichen Eingreifen Hindenburgs bei der Volksabstimmung über die Fürstenabfindung.
18 Rabenau: »Seeckt — Aus seinem Leben 1918—1936«, S. 553.
19 Der Sohn des Feldmarschalls.

und ein Teil der Linken warf ihm offen vor, er sei dem Chef der Heeresleitung in den Rücken gefallen. Andere behaupteten, der Rücktritt des bisherigen Oberbefehlshabers sei nur der unnachgiebigen Haltung Geßlers zuzuschreiben. Die Rechtspresse ließ durchblicken, von Seeckt sei das Opfer eines geheimen Zusammenspiels französischer Sozialisten und deutscher Sozialdemokraten[20]. Alle diese Gerüchte konnten natürlich nicht nachgeprüft werden. Fest stand dagegen, daß das Geschrei um die Einstellung des Prinzen Wilhelm täglich größer wurde und die Alliierten bereits daran dachten, die Angelegenheit der Botschafterkonferenz zu unterbreiten.

In Anbetracht dieser Umstände blieb Hindenburg nichts anderes übrig, als dem Druck nachzugeben. Am 9. Oktober genehmigte er den Rücktritt Seeckts[21] und ernannte an seiner Stelle General Wilhelm Heye, den Befehlshaber des Wehrkreises I in Königsberg, zum Chef der Heeresleitung.

Wer war dieser neue General, dem die Geschicke der Reichswehr nun anvertraut wurden? War er dazu geschaffen, mit den Methoden seines Vorgängers zu brechen? Keineswegs! Heye war am 31. Januar 1869 in Fulda geboren worden, war einst Kadett gewesen und in der alten Tradition der Generalstabschefs des kaiserlichen Heeres erzogen worden. Als Generalstabsoffizier wurde er im Jahre 1914 der Armee-Abteilung Woyrsch zugeteilt und 1917 zur Heeresgruppe des Herzogs Albert von Württemberg versetzt. Das Kriegsende sah ihn im Großen Hauptquartier in Spa, wo er dem Kriegsrat, den General Groener für den 9. November 1918 zusammengerufen hatte, beiwohnte[22]. Nach einer vorübergehenden Versetzung zum Armeeoberkommando Nord von April bis Oktober 1919 — wo er sich als entschiedener Gegner der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles erwies[23] — kehrte er nach Berlin zurück und wurde dort zur rechten Hand und zum Vertrauten Seeckts. Er war seinem Chef treu ergeben und bahnte ihm den Weg an die Spitze des Heeres, indem er nach dem Scheitern des Kapp-Putsches

---

20 Vgl. den Artikel Oskar Schweriners in der »Kreuzzeitung« vom 6. Oktober 1926. Demzufolge habe Briand in Thoiry von Stresemann den Kopf des Chefs der Heeresleitung gefordert, da die öffentliche Meinung in Frankreich in ihm den Exponenten einer Revanchepolitik sehe. Stresemann seinerseits hatte für Seeckt, der ihm anläßlich der Reichsexekution gegen Sachsen die Hände hatte binden wollen, auch nicht viel übrig.

21 Einige Zeit später reiste Seeckt in den Fernen Osten, wo er einen wesentlichen Beitrag zur Neuaufstellung der chinesischen Armee leistete.

22 Vgl. Band I, S. 27/28.

23 Vgl. Band I, S. 344.

am 17. März 1920 den Rücktritt des Generals von Lüttwitz herbeiführte[24]. Heye wurde nacheinander zum Chef des Truppenamtes (1. Juni 1920) unter Beförderung zum Generalmajor und zum Chef des Personalamtes (1. April 1922) unter Beförderung zum Generalleutnant ernannt und war in dem Augenblick, da Hindenburg ihm den Oberbefehl über das deutsche Heer übertrug, Befehlshaber des Wehrkreises I in Königsberg (seit 1. November 1923).

Von allen Offizieren, die der Feldmarschall für den Posten eines Chefs der Heeresleitung hätte wählen können, war General Heye ohne jeden Zweifel derjenige, der sich am engsten an die Lehren seines Vorgängers hielt. Er war ein Schüler und Bewunderer Seeckts, mit dem er gemeinsam die Pläne für die Aufstellung der Berufsreichswehr ausgearbeitet und mit dem er monatelang an der Organisation des 100 000-Mann-Heeres zusammengewirkt hatte. Er behielt die Methoden seines Lehrmeisters bei, sicher mit weniger Glanz, dafür aber mit peinlicher Genauigkeit. »Sie haben Deutschland wieder in den Sattel gehoben«, sagte er zu Seeckt, als dieser ihm sein Amt übergab, »ich muß nur sehen, daß es sich darin halten kann[25].«

Mitten in jenem trügerischen Wohlstand des Dawes-Planes und jenem falschen Frieden des Rheinpaktes, inmitten jener unberechenbaren Schwankungen des Reiches zwischen Ost und West, blieb nur eine Achse unwandelbar: die Politik der Generale.

---

24 Siehe oben, S. 103/104.

25 Ansprache des Generals Heye am 10. Oktober 1926 im Gebäude der Heeresleitung in Anwesenheit des Reichspräsidenten.

XXII Die Arbeit der Interalliierten Kontrollkommission (16. September 1919—28. Februar 1927)

Am 8. September 1808 erhielt der Graf von Saint-Marsan, Botschafter Frankreichs in Berlin, entsprechend den Bestimmungen der Konvention von Paris den Auftrag, die »militärische Unterwerfung«, die Preußen nach dem Frieden von Tilsit auferlegt worden war, zu überwachen.

Am 16. September 1919 ließ sich kraft der Artikel 203 bis 210 des Versailler Vertrages eine Vorausabteilung der Interalliierten Militärkontrollkommission (I. M. K. K.) unter Führung von General Nollet in Berlin nieder, um von hier aus die Durchführung der Entwaffnung Deutschlands zu überwachen. Nach mehr als einem Jahrhundert schien sich die Geschichte zu wiederholen. Und doch wird man bei einem Vergleich der Aufgabe des Generals Nollet mit der des Herrn von Saint-Marsan bald erkennen, daß die des ersteren ungleich schwerer war.

Im Jahre 1808 hatte sich Preußen verpflichtet, die Stärke seines Heeres für die Dauer von zehn Jahren auf 42 000 Mann zu beschränken. Davout in Hamburg, Liebert in Stettin und Rapp, dessen Truppen einen großen Teil des preußischen Gebietes besetzt hielten, arbeiteten eng mit dem französischen Botschafter in Berlin zusammen. Herr von Saint-Marsan seinerseits unterhielt nur Verbindungen zu dem Kanzler Preußens und war zu alledem ausschließlich von Napoleon abhängig, dessen Wille damals in Europa Gesetz war.

Ganz anders war die Lage, vor der die Interalliierte Kontrollkommission stand. Sie war nicht abhängig von einem einzigen Willen, sondern von dem einer Koalition, deren Entscheidungen nicht immer ohne Gegensätze und ohne Streit getroffen wurden. Ihr Aufgabenbereich war ebenso schlecht umrissen wie ihre Zuständigkeiten[1]. Sie wurde auf Grund eines Vertrages tätig, der bei aller Anhäufung von Artikeln

---

1 Artikel 203 des Versailler Vertrages bestimmte, daß sich die Aufsicht der Interalliierten Kontrollkommission auf alle Bestimmungen über das Landheer, die Seemacht und die Luftfahrt erstrecken sollte, für deren Durchführung eine zeitliche Frist gesetzt war. Damit nahm er in Wirklichkeit die Artikel von der Überwachung aus, die sich auf das endgültige militärische Statut Deutschlands bezogen (insbesondere die Artikel 173, 174, 177 und 178).

einige wesentliche Punkte in bedauerlichem Zwielicht belassen hatte[2]. Die Fristen, die der Kommission gesetzt waren, waren viel zu kurz bemessen[3]. Und endlich war sie anderen interalliierten Organen unterstellt, die ihre Autorität und ihre Handlungsfreiheit beschnitten[4].

Wenn man dann noch an den gewaltigen Unterschied denkt, der zwischen dem Preußen des Jahres 1808 und dem Deutschland des Jahres 1919 bestand[5], und sich den im Laufe des 19. Jahrhunderts erzielten technischen Fortschritt, die schwindelerregende Entwicklung der Waffentechnik[6] und die Notwendigkeit vor Augen hält, einen Großteil der deutschen Industrie in die Überwachungsmaßnahmen einzubezie-

---

2 Artikel 168 des Friedensvertrages bestimmte, daß alle Fabriken, die an der Herstellung von Kriegsmaterial arbeiteten, »geschlossen« werden mußten, doch erläuterte er diesen Ausdruck nicht näher. Im Artikel 169 wurde die Ablieferung des über die zulässigen Mengen hinaus vorhandenen Kriegsgeräts an die Alliierten vorgeschrieben, doch erläuterte der Artikel nicht näher, was unter »Kriegsgerät« zu verstehen war. Artikel 180 bestimmte, daß das System der befestigten Werke an der Süd- und Ostgrenze Deutschlands »im gegenwärtigen Zustand« verbleiben dürfe, gab aber keine Begrenzung für diese Zone an.

3 Nach den Bestimmungen des Vertrages sollten die Arbeiten der Kontrollkommission am 10. März 1920 abgeschlossen sein. (Vgl. General Nollet: »Une expérience de désarmement«, S. 136.) Sie begannen jedoch überhaupt erst am 1. März 1920. Artikel 163 räumte Deutschland neun Monate für die Herabsetzung der Stärke seines Heeres auf 100 000 Mann ein. Diese Maßnahme sollte am 31. März 1920 abgeschlossen sein. Der Friedensvertrag trat aber erst am 10. Januar 1920 in Kraft. Am 18. Februar 1920 hatte Lloyd George in die Zubilligung zusätzlicher Fristen einwilligen müssen, die den ganzen Zeitplan für die Entwaffnung umwarfen. »Die Urheber des Vertrages«, schrieb Paul Roques, »scheinen sich nicht im klaren darüber gewesen zu sein, daß es völlig ausgeschlossen sein mußte, innerhalb weniger Monate ein Volk zu entwaffnen, das die letzten fünfzig Jahre darauf verwendet hatte, sich bis an die Zähne zu bewaffnen. Man hätte nicht mit Monaten, sondern mit Jahren rechnen und den Ereignissen ihre eigene Entwicklung und ihre Schwerkraft belassen müssen ... Da man besonders streng sein wollte, hat man die Durchführung des Artikels 163 unmöglich gemacht.« (Paul Roques: »Le Contrôle militaire interallié en Allemagne«, S. 5/6.)

4 Dabei handelte es sich namentlich um die Botschafterkonferenz, der am 10. Januar 1920 der Alliierte Militärrat unter Vorsitz von Marschall Foch angegliedert wurde. Diese letztere Maßnahme hatte den Vorteil, daß damit die Person des Marschalls Foch direkt mit den Fragen der Entwaffnung befaßt wurde. Die Arbeit der Kontrollkommission wurde dadurch jedoch immer dann verlangsamt, wenn nur Schnelligkeit ihrer Arbeit Wirksamkeit hätte verleihen können. Am 29. März 1921 gab der Oberste Rat der Interalliierten Kontrollkommission die Anweisung, keine Note an die deutsche Regierung zu richten, die »politische Auswirkungen« haben könnte; sodann erhielt die Kommission die Anweisung, den Weisungen der alliierten Botschafter in Berlin nachzukommen, damit jede Entscheidung einstimmig getroffen werde, wobei die Bestimmung, daß die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag geben sollte, abgeschafft wurde. (»Instructions« vom 21. November 1923 und vom 8. August 1924.)

5 Im Jahre 1808 zählte Preußen 10 Millionen Einwohner und Frankreich 29 Millionen. Im Jahre 1919 zählte Deutschland 65 Millionen und Frankreich 42 Millionen Einwohner.

6 »In einer nicht einmal weit gefaßten Auslegung«, schrieb General Nollet, »kann unter ›Kriegsgerät‹ ein großer Teil der industriellen Ausrüstung eines Volkes verstanden werden.«

hen[7], dann kann man sich annähernd ein Bild von den Bedingungen machen, unter denen eine Handvoll Männer, deren Zahl niemals 383 Offiziere und 737 Unteroffiziere und Mannschaften überstieg, die erdrückende Aufgabe übernahm, ein 65-Millionen-Volk zu entwaffnen.

☆

Gleich nach seiner Ankunft in Berlin baute General Nollet die Dienststellen seiner Kommission auf[8]. An ihrer Spitze stand ein interalliierter Generalstab, bestehend aus neun Mitgliedern[9]; unter ihm arbeiteten drei Unterausschüsse zur Überwachung der Rüstung, der Stärke des Heeres und der Befestigungsanlagen. Den breiten Unterbau bildeten 22 Regionalausschüsse, die über das ganze Reichsgebiet verteilt waren[10]. So sah im Januar 1920 der Aufbau der Interalliierten Kontrollkommission aus.

Die Kommission mußte jedoch sehr bald sehen, wie ihr gegenüber ein machtvoller deutscher Apparat aufgebaut wurde, der bei der Überwachung mitwirken, diese selbst überwachen und ihr entgegenarbeiten sollte[11]. Artikel 206 des Friedensvertrages bestimmte, daß die Reichsregierung eine geeignete Persönlichkeit als ihren Vertreter bei der Kontrollkommission zu benennen habe. Dieser Posten wurde General von Cramon anvertraut[12], der sich mit zahlreichen Mitarbeitern umgab. Auf

---

7 Stahlindustrie, chemische und optische Werke usw.

8 Durch den Artikel 203 wurden drei Kontrollausschüsse für das Landheer, die Seemacht und die Luftfahrt geschaffen.

9 Diesem Rat gehörten an vier Franzosen (General Nollet als Vorsitzender, General Walsch als Stellvertreter, General Barthélémy und Oberst Bizouard), zwei Briten (General Sir Henry Bingham und Oberst Morgan als juristischer Berater), ein Belgier (Generalleutnant de Guffroy), ein Italiener (General Calcagno) und ein Japaner (Oberst Furuya).

10 Zahl und Dienststellen dieser regionalen Ausschüsse waren folgendermaßen verteilt:
11 Ausschüsse für Rüstungsfragen mit Sitz in Berlin, Stettin, Königsberg, Breslau, München, Dresden, Frankfurt am Main, Stuttgart, Köln, Münster und Hannover;
8 Ausschüsse für die Überwachung der Stärke des Heeres mit Sitz in Berlin, Königsberg, Breslau, München, Stuttgart, Münster, Dresden und Stettin;
3 Ausschüsse für die Überwachung der Befestigungsanlagen mit Sitz in Köln, Kiel und Stuttgart.
Außerdem arbeiteten noch drei französisch-belgische Außenstellen in der neutralen Zone in Karlsruhe, Frankfurt und Duisburg.

11 Vgl. Paul Roques, a. a. O., S. 37.

12 Die Ernennung des Generals von Cramon war bezeichnend. Er war korrekt, aber von schneidender Kälte und ein erbitterter Gegner der Abrüstung. Sein Verhältnis zu General Nollet was so gespannt, daß dieser darauf verzichtete, mit ihm in direkte Verbindung zu treten, und sich darauf beschränkte, ihm seine Mitteilungen schriftlich zukommen zu lassen. General von Cramon wurde 1921 in den Ruhestand versetzt, seine Stelle nicht neu besetzt.

diese Weise entstand die »Heeresfriedenskommission[13]«, mit einer »Hauptverbindungsstelle«, die in drei Abteilungen — entsprechend den drei Unterausschüssen der I. M. K. K. — aufgegliedert war. Diese Abteilungen waren ihrerseits in 22 örtliche »Verbindungsstellen« unterteilt, die einem jeden Regionalausschuß der I. M. K. K. zur Seite standen.

Dieses System hatte den Erfolg, daß es die Arbeit der Kontrollkommission empfindlich lähmte. Jedesmal, wenn ein Ausschuß eine Truppeneinheit besichtigen wollte, mußte er die zuständige Verbindungsstelle über Zeit und Zweck des Besuches unterrichten. Diese bestimmte dann einen deutschen Verbindungsoffizier zur Begleitung des Kontrollausschusses[14]. Unter derartigen Umständen waren unvermutete Besichtigungen — die einzigen, die wirklich hätten von Wert sein können — nahezu unmöglich gemacht, da die Deutschen stets im voraus über die Bewegungen der alliierten Offiziere unterrichtet wurden[15].

Die Arbeit der Interalliierten Kontrollkommission kann in drei Abschnitte eingeteilt werden. Der erste reichte vom September 1919 bis zum Januar 1923. Im Laufe dieser 40 Monate wurden die handgreiflichsten Ergebnisse erzielt. Darauf folgte eine Zeit systematischer Behinderung (Januar 1923 bis März 1924), deren Beginn zeitlich mit dem Einmarsch der französischen Truppen ins Ruhrgebiet zusammenfiel und die mit der Generalüberprüfung im Jahre 1925 zu Ende ging. Der dritte Abschnitt entsprach dem Zeitraum seit der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Er erstreckte sich vom Mai 1925 bis zum Februar 1927, dem Zeitpunkt der Auflösung der Interalliierten Kontrollkommission.

Die Frage der deutschen Entwaffnung hat eine umfangreiche Literatur entstehen lassen. Sie diente einer Unmenge von Pressefeldzügen und ebenso vielen Polemiken als Thema. Ein so leidenschaftliches Interesse erklärt sich zweifellos aus der Bedeutung, die dieser Frage innewohnte, und aus der ganzen Stimmung der damaligen Zeit. Alle diese Auseinandersetzungen hatten jedoch den großen Nachteil, daß sie den Kern der Frage verfälschten und der Arbeit der Kontrollkommission in den Augen der Öffentlichkeit Unrecht taten. Da die Kommission bei der

---

13 Nicht zu verwechseln mit der »Vorkommission für das Friedensheer«, an deren Spitze General von Seeckt stand. (Vgl. Band I, S. 362.)

14 Vgl. General Nollet, a. a. O., S. 21.

15 Die Mitglieder der Kontrollausschüsse umgingen diese Schwierigkeit dadurch, daß sie die Verbindungsstelle nur von ihrer Absicht unterrichteten, eine Besichtigung vorzunehmen, ihr das Ziel dieser Besichtigung aber erst im letzten Augenblick nannten.

Erfüllung ihrer Aufgabe keinen vollständigen Erfolg erzielen konnte, wurde daraus voreilig die Folgerung gezogen, daß sie zu nichts nutze gewesen sei. Ein solches Urteil aber vermag einer genauen Prüfung nicht standzuhalten.

☆

Von den drei Unterausschüssen der Kontrollkommission hatte der Ausschuß für das Befestigungswesen unter dem Vorsitz des Obersten und späteren Generals Bizouard die vergleichsweise leichteste Aufgabe. Die Lage der Befestigungen und die Stärke ihrer Bewaffnung waren bekannt. So wurden auf diesem Gebiet auch am schnellsten die gewünschten Ergebnisse erzielt.

Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages mußte Deutschland einen Teil seiner Befestigungsanlagen schleifen und durfte andere in ihrem gegenwärtigen Zustand belassen[16]. »Die Aufgabe dieses Unterausschusses war also eine doppelte«, schrieb General Nollet. »Einmal hatte er die Durchführung der Zerstörungen zu veranlassen[17], und dann mußte sie sich gegen den Widerstand der deutschen Behörden ein Bild von dem wahren Zustand der beizubehaltenden Befestigungen verschaffen. Der Ausschuß nannte diese Arbeit die Zählung der Forts[18].«

Als General Bizouard am 1. Januar 1922 Berlin verließ, war diese Zählung beendet, und sein Ausschuß konnte sich rühmen, die Zerstörung folgender Befestigungsanlagen veranlaßt zu haben:

26 große, meist verstärkte Befestigungsanlagen;
33 Werke mittlerer Größe;
einen festen Platz (Istein);
ein nach modernen Gesichtspunkten ausgebautes Fort (Mainz);
18 moderne Batterien, zumeist Küstenbatterien;
800 betonierte Unterstände;
300 km unterirdisches Telephonkabel;

16 Geschleift werden mußten alle Befestigungen westlich einer Linie in 50 km Abstand östlich des Rheins (Artikel 180) und diejenigen, die es dem Reich ermöglichten, den Schiffen der anderen Nationen den Zugang zur Ostsee durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal zu verwehren (Artikel 195). — Im bisherigen Zustand durften verbleiben: das System der befestigten Werke an der Süd- und Ostgrenze Deutschlands (Artikel 180) und die Befestigungsanlagen (mit Ausnahme der auf Helgoland), die in einem Abstand von weniger als 50 km von der Küste lagen (Artikel 196).

17 »Die Begriffsbestimmung, die die Interalliierte Kontrollkommission dem Ausdruck ›Schleifen‹ zugrunde legte, entsprach nicht immer einer völligen Entwaffnung der Festungswerke.« (General Nollet, a. a. O., S. 159.)

18 Ibd., S. 158.

40 km Geleise für Festungseisenbahnen;
30 km Kanalisationsrohre für Befestigungen.

Kiel wurde völlig geschleift. Die Werke des festen Platzes Istein, der die Enge zwischen Rhein und Schwarzwald nördlich Basel beherrschte, wurden ebenfalls zerstört. In der neutralen Zone verschwanden die Befestigungen von Rastatt, Germersheim (rechtes Rheinufer), Wesel (rechtes Rheinufer) und der feste Platz Elten.

In der besetzten Zone erstreckten sich die sofort durchgeführten Zerstörungen auf Germersheim (linkes Rheinufer), Mainz, Koblenz, Köln, Wesel (linkes Rheinufer) und den festen Platz Kronenburg, der eine Verlängerung der Befestigungen von Elten entlang der holländischen Grenze darstellte.

Die mächtigen Festungsanlagen von Helgoland waren bereits 1920 auf Veranlassung des Flottenausschusses unter Vorsitz des britischen Admirals Charlton geschleift worden.

☆

Langwieriger und schwieriger gestalteten sich die Arbeiten des Unterausschusses für Rüstungsfragen unter dem Vorsitz des britischen Generals Sir Henry Bingham. Auch er hatte eine doppelte Aufgabe zu erfüllen: Er mußte die Ablieferung und Zerstörung des vorhandenen Materials beaufsichtigen und die Fabriken überwachen und umstellen lassen, um die Herstellung neuen Kriegsmaterials zu verhindern.

Es war einfach gewesen, die Befestigungsanlagen zu schleifen, da deren Lage und Ausrüstung bekannt war. In der Frage des Kriegsmaterials dagegen fehlte jede Grundlage für eine Schätzung der vorhandenen Vorräte. Dazu hätte man wissen müssen, was Deutschland am 11. November 1918 besessen hatte, was vom kaiserlichen Heer auf dem Schlachtfeld zurückgelassen und was in dem Zeitraum zwischen der Unterzeichnung des Waffenstillstandes und der des Friedensvertrages zerstört worden war[19]. Und schließlich hätte auch bekannt sein müssen, was in dem gleichen Zeitraum an neuem Material dazugekommen war. Das Reich aber weigerte sich, über all diese Punkte die ge-

19 Das Ausmaß der Zerstörungen in der Revolutionszeit darf nicht unterschätzt werden. »Gewaltige Zerstörungen wurden ohne Aufsicht bis in die ersten Monate des Jahres 1920 hinein durchgeführt«, bemerkte Paul Roques. »Abgesehen von Tausenden von Geschützen und Zehntausenden von Gewehren wird man niemals genau erfahren, wie viele Waffen insgesamt zerstört worden sind.« (»Le Contrôle militaire interallié en Allemagne«, S. 133.)

ringste Auskunft zu erteilen, und führte als Vorwand dafür an, in der Zeit der Revolution seien die Archive zerstört worden und es wäre zu kostspielig, sie neu anzulegen[20].

Ursprünglich war das Kriegsmaterial an das Reichsverwertungsamt abgeliefert worden, das dem Finanzministerium unterstand und das Material dann weiterverkaufte. Im August 1920 wurde dieses Amt von einer Privatgesellschaft abgelöst, deren Aktien sich fast vollständig im Besitz des Staates befanden. Die Interalliierte Kontrollkommission hatte es dabei bewenden lassen und sich mit der Beaufsichtigung der Tätigkeit der deutschen Gesellschaft begnügt[21]. Der Gesamtbetrag des eingenommenen Geldes belief sich auf eine Milliarde Goldmark.

Was die Überwachung der Fabriken anbetraf, so bestimmte Artikel 168 des Friedensvertrages: »Die Anfertigung von Waffen, Munition und Kriegsgerät aller Art darf nur in Werkstätten und Fabriken stattfinden, deren Lage den Regierungen der alliierten und assoziierten Hauptmächte zur ... Genehmigung mitgeteilt worden ist ...« Alle anderen Fabrikationsstätten waren innerhalb von drei Monaten zu schließen[22].

Siebentausend Fabriken, in denen Kriegsmaterial hergestellt worden war, wurden der Überwachung durch den Ausschuß unterstellt. Für die größten unter ihnen, so die Krupp-Werke in Essen und die »Deutschen Werke« in Spandau, wurden besondere Maßnahmen getroffen. In ihnen bezogen Sonderkommandos alliierter Offiziere ständig Quartier[23]. Bis zur Unterbrechung der Arbeiten des Ausschusses im Jahre 1923 übten sie dort eine ständige Kontrolle aus.

---

20 Sie wurden 1935 sorgfältig geordnet in einem Nebengebäude des Reichsarchivs in Spandau »wiedergefunden«.

21 »Zerstört wurden grundsätzlich nur«, wie General Nollet erläuterte, »rein militärische Gegenstände wie Kriegswaffen, Handgranaten, Pulver und Explosivstoffe (ausgenommen bestimmte Explosivstoffe, die in Bergwerken gebraucht wurden), Schützenpanzerwagen, Flammenwerfer, Panzerautos, Schutzvorrichtungen gegen Giftgas, Feldkabel, Entfernungsmesser, optische Geräte, Spähwagen, Feldbäckereien, Feldlazarette usw. — Das Gerät, das zu friedlichen Zwecken verwandt werden konnte, wurde zugunsten der alliierten Regierungen verkauft, doch mußte es vor dem Verkauf in einer Weise umgewandelt werden, daß es für militärische Zwecke nicht mehr verwendbar war.« (»Une expérience de désarmement«, S. 163.)

22 »Im Februar 1920 kam man überein« schrieb General Nollet, »daß unter ›Schließung‹ einer Fabrik, die Kriegsmaterial hergestellt hatte, Maßnahmen zu verstehen waren, die es unmöglich machten, diese Fabrik abermals zur Herstellung von Kriegsmaterial zu benutzen, ohne daß jedoch eine vollständige Neuausrüstung des betreffenden Werkes erforderlich gewesen wäre.« (a. a. O., S. 177.)

23 Die ständig in Essen stationierte Abordnung bestand aus acht Offizieren: sechs Briten und zwei Franzosen, die Tag und Nacht freien Zutritt zu den verschiedenen Werkstätten hatten.

Bei Krupp wurden vom Beginn der Kontrolle bis zum Ende des Jahres 1922 insgesamt 6 000 Maschinen zerstört oder ausgebaut und anderweitig verwendet. 3 000 weitere Maschinen waren in der Zeit zwischen dem Waffenstillstand und dem Eintreffen des Ausschusses zerstört worden. »Im ganzen waren es also«, wie General Nollet vermerkte, »9 000 Maschinen, das heißt 44 Prozent der gesamten maschinellen Ausrüstung, die auf diese Weise verschwanden. Der Wert des zerstörten Materials wurde damals auf 102 Millionen Goldmark, also mehr als 600 Millionen damalige französische Francs, geschätzt[24].«

Die Umstellung der einstigen »Deutschen Werke« war mühevoller[25]. Die Kruppwerke und ähnliche Industriebetriebe befanden sich im Besitz von Privatgesellschaften, die nach Beendigung der Feindseligkeiten gern dazu bereit waren, ihre zur Herstellung von Kriegsmaterial bestimmten Werkanlagen umbauen und zur Produktion einträglicherer Güter verwenden zu lassen. Die »Deutschen Werke« dagegen gehörten der Militärverwaltung, die keinerlei Interesse daran hatte, Änderungen an ihren Einrichtungen vornehmen zu lassen.

Sie hatte sich allerdings den Wünschen des Ausschusses zu fügen. Erfurt und Spandau mußten die Herstellung von Jagd- und Sportwaffen und der dazugehörigen Munition einstellen, Hanau die Herstellung von Nitrozellulose. Alle anderen Werke wurden auf Friedensproduktion umgestellt.

Die Zahl der vorhandenen chemischen Werke wurde auf 3 400 geschätzt. Einige wurden unbrauchbar gemacht und 250 nach den Richtlinien der Kontrollkommission umgestellt. Die Staatlichen Munitionsfabriken (Spandau, Haselhorst, Ingolstadt-Reichertshofen, Hanau, Gnaschwitz, Dachau und Plauen) und die privaten Munitionsfabriken (Premnitz, Troisdorf und Dünaberg[26]) wurden geschlossen. Ausgenommen von dieser Maßnahme blieb das Werk in Rheinsdorf. Die Spezial-

24 Nollet, a. a. O., S. 179.

25 Zu den wichtigsten dieser Werke gehörten
a) in Nord- und Mitteldeutschland
Spandau: Geschützfabrik, Munitionsfabrik, Artilleriewerkstätten. – Haselhorst: Gewehrfabrik, Pulverfabrik, Sprengstoff- und Munitionsfabrik. – Erfurt: Gewehrfabrik. – Kassel: Munitionsfabrik. – Lippstadt: Lafettenwerk, Fabrik für Munitionskisten und Gespanne. – Siegburg: Munitions- und Sprengstoffabrik.
b) in Bayern
Ingolstadt: Geschützmontagewerk. – München: Geschützfabrik. – Amberg: Handwaffenfabrik. – Dachau: Pulver- und Munitionsfabrik.
c) in Sachsen
Dresden: Artillerie- und Munitionsfabriken. – Radeberg: Sprengstoffwerk. – Gnaschwitz: Pulverfabrik.

26 Dieses Werk stellte allein 40 Prozent der gesamten deutschen Produktion her.

einrichtungen wurden zerstört oder abgebaut, andere auf die Friedensproduktion umgestellt[27].

Die Werke für die Herstellung von Nitroexplosivstoffen (Griesheim-Elektron, Meister-Lucius in Höchst, Bayer in Leverkusen und Dormagen, die Badischen Anilin- und Sodawerke in Ludwigshafen), die in der Kriegszeit gebaut worden waren, wurden ebenfalls geschlossen. Das ausgebaute Material hatte einen Wert von schätzungsweise 200 Millionen Goldmark (von denen allein 65 Millionen auf Leverkusen und Dormagen und 40 Millionen auf Dünaberg entfielen).

Darüber hinaus ließ der Ausschuß zerstören: 20 Artillerie-Depots, von denen jedes eine Waffenwerkstätte und eine Munitionsanstalt besaß, 42 Ausrüstungswerften, Versuchsanstalten für Kriegsmaterial (unter anderem das Militärversuchsamt in Berlin-Jungfernheide) und die Artillerieversuchswerkstätten des Chemischen Laboratoriums in Dresden.

Nur 33 Fabriken erhielten von den Alliierten die Genehmigung, weiterhin Kriegsmaterial herzustellen. Von diesen arbeiteten 22 gleichzeitig für Heer und Marine, während elf ausschließlich für die Marine tätig waren.

☆

Die Frage der Herabsetzung der Heeresstärke war bei weitem die schwierigste. Sie hatte eine ganze Reihe von Entwicklungsstufen durchzumachen und zog sich bis in das Jahr 1926 hin. Zunächst einmal ging es dabei um die Stärke der eigentlichen Reichswehr, dann um die neben dem Heer bestehenden staatlichen oder nichtstaatlichen militärischen Verbände und schließlich um Stärke und Aufbau der Polizei, der letzten Zufluchtsstätte jener Kräfte, deren sich die Reichswehr im Falle einer Mobilmachung bedienen wollte.

Die Stärke des deutschen Heeres war durch den Friedensvertrag auf 100 000 Mann begrenzt worden. Diese Zahl war allerdings erst nach langen Auseinandersetzungen zwischen den britischen und den französischen Militärexperten zustande gekommen[28]. Eine Zeitlang hatten die deutschen Behörden gehofft, die Alliierten würden ihren Entschluß wieder rückgängig machen und ihnen eine Reichswehr von 200 000 Mann

27 In Troisdorf wurde Zellulose, in Premnitz Kunstseide und in Hanau Wundpflaster und Kunstleder hergestellt. Die Werke in Plauen wurden in eine Eisenbahnreparaturwerkstatt verwandelt.

28 Vgl. Band I, S. 307–314.

zubilligen. Überdies hatten sie neben dem regulären Heer eine Reihe von Verbänden aufgestellt oder entstehen lassen[29], die zwar nicht zum eigentlichen Heer gehörten, dessen Reihen sie jedoch rasch verdoppeln oder verdreifachen konnten.

Die Alliierten griffen diese Dinge zunächst in Boulogne am 22. Juni 1920 und dann in Spa am 9. Juli 1920 auf und stellten Deutschland ein Ultimatum, in dem im einzelnen gefordert wurde:

1. die Stärke der Reichswehr bis zum 1. Oktober 1920 auf 150 000 und bis zum 1. Januar 1921 auf 100 000 Mann herabzusetzen;
2. die Abschaffung der Sicherheitspolizei, die durch ein 150 000 Mann starkes Polizeikorps abgelöst werden sollte, das der Zentralgewalt völlig entzogen und ausschließlich den Gemeinden oder Ländern unterstellt werden sollte;
3. die Entwaffnung der Zivilbevölkerung;
4. die Auflösung aller neben dem Heer bestehenden militärischen Verbände (Bürgerwehren, Einwohnerwehren, Zeitfreiwillige usw.) bis zum 1. Januar 1921;
5. die deutsche Gesetzgebung betreffs der Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Friedensvertrages zu bringen.

In der Frage der Stärke des eigentlichen Heeres gab Seeckt nach. Die Stärke der Berufsreichswehr betrug am 1. Januar 1921 im großen und ganzen nicht mehr als 100 000 Mann[30].

Erbittert war das Ringen um die neben dem Heer bestehenden militärischen Verbände, von denen die meisten dem Zugriff der Zentralregierung entzogen waren. Am 30. Juli 1920 wurde die Sicherheitspolizei aufgelöst. Am 8. August erließ das Reich ein Gesetz über die »Entwaffnung der Zivilbevölkerung« und forderte die Länder auf, ihre Einwohnerwehren aufzulösen. Die Einwohnerwehren und die Ver-

---

29 Vgl. die Verordnung Noskes vom 25. April 1919 mit der Empfehlung, »Einwohnerwehren« aufzustellen.

30 »Die meisten eigentlichen Verstöße«, schrieb General Nollet, »zielten auf geringfügige Überschreitungen der Effektivstärke (z. B. gab es im Verhältnis zu den Mannschaften zu viele höhere Offiziere und Unteroffiziere), die Zuteilung von Radfahrkompanien an die Infanterie und die Angliederung einer dritten, mit Eisenbahnbaumaterial ausgerüsteten Kompanie an die an sich aus zwei Kompanien bestehenden Pionierbataillone . . . Bei gemeinsamen Aussprachen wurden in der Regel mehr oder weniger zufriedenstellende Lösungen für die aufgeworfenen Fragen gefunden.« (a. a. O., S. 199/200.)

bände von Zeitfreiwilligen verschwanden allmählich aus den meisten Reichsländern[31].

Ostpreußen und Bayern jedoch weigerten sich, ihre Wehrverbände aufzulösen. Die Reichswehr hatte zwar ihre Stärke herabgesetzt, zeigte aber keine Eile, ihr überschüssiges Kriegsmaterial abzuliefern. Die Reichsregierung schließlich weigerte sich, sich von erheblichen Mengen schwerer Artillerie zu trennen, die sie unvorschriftsmäßigerweise zur Bestückung von Küstenfestungen vorgesehen hatte.

»Angesichts dieser ständig zunehmenden Schwierigkeiten«, bemerkte General Nollet, »schien nur eine Konferenz der Kontrolltätigkeit neuen Auftrieb geben zu können[32].«

Die Alliierten, die im Januar 1921 in Paris zusammentraten, konnten sich jedoch nicht über eine gemeinsame Politik einigen. Die Franzosen waren der Ansicht, es läge kein Grund vor, die Tätigkeit der Interalliierten Kontrollkommission einzuschränken, solange das Reich den ihm durch den Vertrag von Versailles auferlegten Verpflichtungen nicht vollständig nachgekommen sei. Die Engländer, besonders Lloyd George und Lord Curzon, meinten, Deutschland habe bereits genügend abgerüstet, ein neuer Druck werde nur ganz minimale Ergebnisse zeitigen. Sie sprachen, wenn nicht von einer Abschaffung, so doch von einer erheblichen Milderung der militärischen Überwachung.

Eine zweite Konferenz fand Anfang Mai in London statt. Diesmal vermochte die französische Delegation mit ihrer Auffassung durchzudringen. Im Anschluß an die Konferenz wurde Deutschland eine ultimative Note überreicht (5. Mai 1921). Sie faßte das Ergebnis der Verhandlungen zusammen und forderte das Reich unter Androhung schwerer Strafen auf:

1. das Wehrgesetz vom 23. März 1921 abzuändern und der Reichswehr bis zum 15. Juni des gleichen Jahres einen genau den Bestimmungen des Friedensvertrages entsprechenden Aufbau zu geben;
2. bis zum 31. Mai das im Innern des Landes lagernde überschüssige Kriegsmaterial und bis zum 10. Juni das bei der Truppe, in den Depots und in den Küstenfestungen vorhandene überschüssige Kriegsmaterial abzuliefern;

---

31 Nollet, a. a. O., S. 220.
32 Ibd., S. 139.

3. bis zum 30. Juni alle noch bestehenden Selbstschutzverbände aufzulösen;
4. die Polizei bis zum 15. Juni entsprechend den Bestimmungen des Friedensvertrages und den seither getroffenen Vereinbarungen zu reorganisieren[33];
5. bis zum 20. Mai die Listen der Fabriken anzuerkennen, die die Genehmigung erhalten sollten, weiterhin Kriegsmaterial für die Reichswehr herzustellen;
6. bis zum 30. Juni der Kommission einen Gesetzentwurf über das Verbot der Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial vorzulegen.

Die deutsche Regierung, die mit Wirth und Rathenau den Kurs der »Erfüllungspolitik« eingeschlagen hatte, kam dem Verlangen der Alliierten in den meisten Punkten nach. Bereits am 24. Mai 1921 ordnete sie die Auflösung der Einwohnerwehren und der Selbstschutzverbände für das gesamte Reichsgebiet einschließlich Bayern an[34]. Das Wehrgesetz wurde am 14. Juni abgeändert. Ein Ausfuhrgesetz wurde am 26. Juni erlassen[35]. Die Liste der beizubehaltenden Rüstungsfabriken wurde genehmigt, die Kontrollbesuche erleichtert. Und schließlich ging man auch an die Ablieferung bedeutender Mengen überschüssigen Kriegsmaterials aus den festen Plätzen. In der Schwebe blieb lediglich der Neuaufbau der Polizei.

Die britische Regierung hielt jetzt den Augenblick für gekommen, der Tätigkeit der Interalliierten Kontrollkommission ein Ende zu setzen und sie durch einen bescheideneren »Garantieausschuß« abzulösen, bis Deutschland eines Tages in den Völkerbund eintreten werde. Die Alliierten schlossen sich der britischen Auffassung an und gaben der Reichsregierung am 29. September 1922 ihre Bereitschaft bekannt, diesen beabsichtigten Austausch vorzunehmen, allerdings unter der Bedingung, daß ihren Wünschen noch in bestimmten Punkten entsprochen werde. Einzelfragen, die noch in der Schwebe waren, ließen sie dabei fallen und beschränkten ihre Forderungen auf fünf Punkte:

1. den Neuaufbau der Polizei gemäß den Richtlinien der Kommission;
2. die Vollendung der Umstellung der Fabriken;
3. die Ablieferung des restlichen nicht genehmigten Materials;
4. die Auslieferung der Unterlagen zur Feststellung des Wertes der

33 Es handelt sich hier um die Vereinbarungen von Boulogne vom Juni 1920.
34 Diese Verfügung, die am Tage der Erstürmung des Annabergs erlassen wurde, hatte unter den Kämpfern in Oberschlesien Empörung ausgelöst. (S. o., S. 188.)
35 Es war leider sehr ungenau abgefaßt.

während des Krieges und nach dem Waffenstillstand vorhandenen Materialvorräte (Waffennachweise);

5. den Erlaß der Gesetze, die noch erforderlich waren, um die deutsche Gesetzgebung in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Friedensvertrages zu bringen.

Da die Reichsregierung darauf am 27. Oktober 1922 eine ausweichende Antwort erteilte, wurde sie von den Alliierten aufgefordert, bis zum 10. Dezember durch eine »vollständige und endgültige« Antwort zu erkennen zu geben, ob sie den in den fünf Punkten enthaltenen Forderungen nachzukommen gedenke oder nicht.

Die Antwort der Reichsregierung fiel nicht so aus, wie man es erhofft hatte. Sie erklärte, die Durchführung der militärischen Bestimmungen des Teils V des Versailler Vertrages sei abgeschlossen und Deutschland habe alle seine Verpflichtungen erfüllt. Hinsichtlich der »fünf Punkte« könne sie den Forderungen der Alliierten nicht entsprechen. »Die innere Lage des Reiches«, versicherte sie, erfordere eine starke Polizei. Die Wirtschaftslage Deutschlands erlaube es nicht, bestimmte Fabriken ihrer Ausstattung zu berauben oder den Rest des Materials abzuliefern, da man dann beides zu hohen Preisen wieder zurückkaufen müsse. Und endlich sei es auch nicht möglich, ein Gesetz über das Verbot der Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial in der von der Kommission gewünschten Form zu erlassen, da gewisse deutsche Industriebetriebe dadurch ruiniert würden[36].

Das war der Stand der Dinge Ende 1922. Die Mitglieder der Interalliierten Kontrollkommission waren bereits drauf und dran, Deutschland eine Antwort zu erteilen, als am 11. Januar 1923 die belgisch-französischen Truppen ins Ruhrgebiet einrückten und dadurch mit einem Schlage eine völlig neue Lage schufen.

☆

Schlagartig wurde die gesamte Überwachungstätigkeit eingestellt. Die Besetzung des Ruhrgebiets leitete eine Zeit planmäßiger Obstruktion ein. »Die Reparationen sind der Entwaffnung in den Arm gefallen«, bemerkte Sir Austen Chamberlain, »und der dadurch hervorgerufene Kurzschluß hat alle Sicherungen durchbrennen lassen.«

---

36 Damit wurde zugleich zugegeben, daß das jüngst erlassene Gesetz zahlreiche Hintertüren offenließ.

Vergeblich erhob die Kontrollkommission Einspruch gegen diesen Zustand und verlangte ihre Handlungsfreiheit zurück. Die Reichsregierung erwiderte, sie könne allenfalls Besichtigungen seitens britischer oder italienischer Offiziere zustimmen. Keinesfalls aber kämen Besuche belgischer oder französischer Offiziere in Frage. Die Gemüter seien so erregt, daß derartige Besichtigungen zu ernsthaften Zwischenfällen führen müßten, für die die deutsche Regierung keine Verantwortung übernehmen könne.

General Nollet weigerte sich, eine solche Diskriminierung hinzunehmen, und beschloß, auf weitere Besichtigungen zu verzichten. Damit stellte er bis auf weiteres die Tätigkeit der Kommission ein.

Allmählich trat eine Entspannung ein. Am 26. September 1923 gab Deutschland den passiven Widerstand auf. Am 5. März 1924 richteten die Alliierten eine Note an die Reichsregierung, in der sie ihren Vorschlag vom 29. September 1922 wiederholten, die Kontrollkommission durch einen begrenzten Überwachungsausschuß ablösen zu lassen. Diese Ablösung machten sie jedoch von der Erfüllung einer Bedingung abhängig: durch eine Generalüberprüfung solle die Möglichkeit geschaffen werden, festzustellen, ob sich die militärische Lage Deutschlands (Heeresstärke und Material) seit der Unterbrechung der Überwachungsmaßnahmen im Januar 1923 nicht gewandelt habe.

Tags darauf erwiderte Stresemann vor dem Reichstag, die Abrüstung sei abgeschlossen und das Reich werde fortan keine andere Kontrolle als die des Völkerbundes mehr zulassen.

Am 22. Juni richteten Herriot und MacDonald ein Schreiben an den Reichskanzler, um ihn zu einer Genehmigung der Wiederaufnahme einer kurzen, aber gründlichen und endgültigen Kontrolle zu bewegen[37]. Um die Atmosphäre für die bevorstehende Konferenz von London, die der Besetzung des Ruhrgebiets ein Ende bereiten sollte, nicht unnötig zu belasten, stimmte die Reichsregierung am 30. Juni einer Generalüberprüfung grundsätzlich zu. Mittlerweile hatte General Walsch den Platz des zum Kriegsminister im Kabinett Herriot aufgerückten Generals Nollet eingenommen[38].

Am 8. August übermittelte Marschall Foch der Kontrollkommission die Weisungen der Alliierten für das Verfahren bei der Generalüber-

37 Vgl. Paul Roques, a. a. O., S. 127.

38 Ministerpräsident Herriot, der grundsätzlich einer Räumung des Ruhrgebiets zustimmte, hatte es für angebracht gehalten, General Nollet in sein Kabinett aufzunehmen, um sich der Unterstützung der Rechtsparteien zu versichern.

prüfung. Diese sollte in einem Geiste der Versöhnung durchgeführt werden, und die Angehörigen der Kommission durften nur in äußerst wichtigen Fällen unvermutete Besichtigungen vornehmen.

Die Generalüberprüfung begann am 8. September 1924 und wurde am 25. Januar 1925 abgeschlossen. Doch bereits vor ihrer Beendigung beschlossen die inzwischen hinreichend informierten Alliierten, die Räumung der Kölner Zone hinauszuschieben[39]. Aus dem Bericht des Generals Walsch ging nämlich hervor, daß auf dem Gebiet des Festungswesens zwar eine Besserung eingetreten sei, die Lage hinsichtlich der Materialvorräte wenig verändert erschien — wobei allerdings einschränkend festgestellt werden mußte, daß seit 1923 die Herstellung von Kriegsmaterial, das die Kontrollkommission nicht genehmigt hatte, wiederaufgenommen worden war —, die Polizeikräfte jedoch von 150 000 auf 180 000 Mann erhöht worden waren.

Als unvereinbar mit den Bestimmungen des Friedensvertrages hob der Bericht außerdem hervor: das Weiterbestehen des Großen Generalstabes in Gestalt der »Heeresleitung«, die zu einem beachtlichen Machtinstrument ausgebaut worden sei; den vorgesehenen, wenn nicht gar schon begonnenen Gebrauch von nicht genehmigtem Material; die Lehrgänge von Troßmannschaften bei den Artillerie-Regimentern und das weitere Vorhandensein von beweglicher und schwerer Artillerie in Königsberg.

Mit aller Deutlichkeit trat zutage, daß weder General von Seeckt noch die Angehörigen seines Stabes das 100 000-Mann-Heer als endgültige Wehrverfassung Deutschlands ansahen und im stillen daran arbeiteten, die Reichswehr so aufzubauen, daß aus ihr heraus rasch eine sehr viel größere Wehrmacht entstehen konnte. »In diesen Bestrebungen«, stellte Marschall Foch fest, »liegt in sehr viel höherem Grade als in einzelnen Verstößen gegen diesen oder jenen Artikel der Ungehorsam gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages[40].«

Die alliierten Regierungen aber, die die Verhandlungen in Locarno, auf die die Engländer größten Wert legten, nicht belasten wollten, zogen in einer Note an die deutsche Regierung vom 30. Mai die Bilanz aus der bestehenden Lage. Diese Note wurde am 4. Juni überreicht und enthielt die Bestätigung, daß die Stärke des deutschen Heeres tatsächlich

39 Schreiben der Alliierten an die deutsche Regierung vom 5. Januar 1925, das durch einen Brief vom 26. Januar noch ergänzt wurde. Die Kölner Zone hätte bis zum 10. Januar 1925 geräumt sein müssen, falls die Bestimmungen des Vertrages getreulich erfüllt worden wären.

40 Erklärung vom 25. April 1925.

auf 100 000 Mann herabgesetzt worden sei. Sodann wurde die Menge des Materials festgestellt, das an die Interalliierte Kontrollkommission abgeliefert oder auf deren Veranlassung zerstört worden war[41]. Abschließend enthielt sie eine Aufstellung der noch geforderten Berichtigungen.

»Im Vergleich zu der Note vom 29. September 1922«, schrieb Paul Roques, »hatte die vom 4. Juni 1925 den Vorteil einer viel größeren Genauigkeit. Anstelle der fünf Forderungen vom 29. September – deren vierte übrigens fallengelassen worden war – setzte sie mehr als hundert klar umrissene Bestimmungen, von deren Erfüllung die Räumung der Kölner Zone abhing[42].«

Nun fand eine Reihe von Besprechungen zwischen General Walsch und General von Pawelsz[43] statt, in deren Verlauf über viele Punkte Übereinstimmung erzielt werden konnte. Am 16. Oktober wurde der Locarno-Pakt unterzeichnet. Am 23. Oktober richtete die deutsche Regierung eine Note an die Interalliierte Kontrollkommission, in der sie die Punkte aufzählte, über die eine Einigung nicht erreicht worden war:

1. das Polizeigesetz und die Kasernierung der Staatspolizei;
2. den Ausbau des Oberkommandos der Reichswehr;
3. das Verbot der Ausbildung an bestimmten Waffen (Infanteriegeschütze, Tanks, leichte Maschinengewehre);
4. den Einbau der Königsberger Artillerie in feste Stellungen;
5. das Statut für die vaterländischen Verbände.

---

41 An deutschen Waffen wurden zerstört:
A: *beim Heer:*
59 897 Geschütze und Geschützrohre; 130 558 Maschinengewehre; 31 470 Minenwerfer und Rohre für Minenwerfer; 6 007 000 Gewehre und Karabiner; 243 937 Maschinengewehrläufe; 28 001 Geschützlafetten; 38 750 000 Schuß Artilleriemunition; 16 550 000 Hand- und Gewehrgranaten; 60 400 000 scharfe Zünder; 491 000 000 Schuß Munition für Handwaffen; 325 000 Tonnen Geschoßhülsen; 23 515 Tonnen Kartusch- und Patronenhülsen für verschiedene Ladungen; 37 600 Tonnen Pulver; 79 500 Munitionslehren; 212 000 Feldfernsprecher; 1 972 Flammenwerfer; 31 Panzerzüge; 1 762 Spähwagen; 9 817 Tonnen Ersatzteile für Waffen; 8 982 Funkstationen, 1 240 Feldbäckereien; 2 199 Pontons; 21 fahrbare Werkstätten, 12 Flakgeschützwagen usw.
B: *bei der Luftwaffe:*
15 714 Jagd- und Bombenflugzeuge; 27 537 Flugzeugmotoren; 547 Flugzeug- und 39 Luftschiffhallen.
C: *bei der Marine:*
Zerstörte, abgewrackte, versenkte oder ausgelieferte Schiffe: 26 Großkampfschiffe; 4 Küstenpanzer; 4 Panzerkreuzer; 19 kleine Kreuzer; 21 Schul- und Spezialschiffe; 83 Torpedoboote; 315 Unterseeboote.

42 Paul Roques, a. a. O., S. 135.

43 General von Pawelsz war für die Dauer der Generalüberprüfung zum deutschen Reichskommissar für Entwaffnungsfragen ernannt worden und damit sozusagen an die Stelle von General von Cramon getreten.

Am 6. November ersuchte die Botschafterkonferenz die deutsche Regierung, ihr bis zum 15. November eingehende Vorschläge zur Lösung dieser Fragen zu unterbreiten. Daraufhin legte die Reichsregierung einen Plan zur Regelung dieser Fragen vor, der jedoch die Interalliierte Kontrollkommission nicht völlig befriedigte. Vor allem der Aufbau des Oberkommandos der Reichswehr erschien noch nicht zufriedenstellend gelöst[44].

Noch berieten die Kontrollkommission und die Reichsregierung miteinander über bestimmte Einzelheiten der Regelung, als die Engländer die Kölner Zone räumten. »Am 31. Januar 1926«, schrieb Paul Roques, »ergab sich folgende Lage: Die Räumung von Köln war abgeschlossen, die Zurückziehung der Interalliierten Kontrollkommission, die gleichzeitig hätte erfolgen sollen, wurde dagegen hinausgeschoben[45].« Dadurch war die Botschafterkonferenz in eine heikle Lage geraten. Mit der Räumung Kölns schien sie anzuerkennen, daß sich Deutschland an die Vorschriften gehalten habe, mit der Beibehaltung der Kontrollkommission aber vertrat sie die gegenteilige Ansicht.

Mit dieser zweideutigen Lage mußte Schluß gemacht werden. Auch die Kontrollkommission, die schließlich nicht ewig in Berlin bleiben konnte, befand sich in einer schiefen Lage. Da sie ihre Aufgaben erledigt hatte, wurden nach und nach die Unterausschüsse aufgelöst. Im März 1926 hatte sich der Völkerbund mit dem deutschen Aufnahmeantrag zu befassen. Die Botschafterkonferenz schickte hierfür eine Empfehlung nach Genf und erklärte, über die endgültige Durchführung der militärischen Bestimmungen sei ein Übereinkommen erzielt worden, das zur Zeit seiner Anwendung entgegensehe.

Am 9. Oktober reichte General von Seeckt seinen Abschied ein. Die Zahl der Angehörigen des Generalstabes wurde herabgesetzt, die Befugnisse des neuen Chefs der Heeresleitung, General Heye, geringfügig abgeändert. Und doch kam es genau in dem Augenblick, da die Besprechungen kurz vor ihrem Abschluß standen, zu einem unvorhergesehenen Zwischenfall. An der polnischen Grenze waren zahlreiche betonierte Unterstände festgestellt worden, die seit der letzten Kontrolle des Unterausschusses für das Festungswesen neu angelegt worden waren.

44 General von Seeckt waren die beiden Gruppenkommandos nicht mehr unterstellt, doch wurde er zum Generaloberst befördert. Dieser neue Dienstgrad, der ihn zum rangältesten Offizier der Wehrmacht machte, gab ihm in der Praxis wieder, was ihm im Prinzip entzogen war: den Oberbefehl.

45 Paul Roques, a. a. O., S. 139.

Im November erteilte die Reichsregierung General von Pawelsz und Dirk Forster, einem hohen Beamten im Auswärtigen Amt, den Auftrag, sich nach Paris zu begeben, um die abschließenden Verhandlungen zu erleichtern. Die Alliierten gaben ihre Bereitschaft zu erkennen, sich mit der Entwaffnung Deutschlands zufriedenzugeben und die Interalliierte Kontrollkommission zurückzuziehen. Die Verhandlungen wurden in den Tagen vom 9. bis zum 12. Dezember abgeschlossen.

Dann trat die Botschafterkonferenz unter dem Vorsitz von Jules Cambon in Paris zusammen. England war durch Lord Crewe, Belgien durch Baron de Gaiffier d'Hestroy vertreten, Italien und Japan entsandten Botschaftsräte. Marschall Foch und General Walsch nahmen an den Sitzungen der Konferenz teil. Es ging darum, Deutschland endlich Entlastung zu erteilen, wovon Genf dann sofort telegraphisch unterrichtet werden sollte.

Die Botschafterkonferenz brachte jedoch nicht den Mut auf, die Verantwortung für die Versicherung zu übernehmen, daß Deutschland die Bestimmungen des Vertrages restlos erfüllt habe. Sie war der Auffassung, in den beiden folgenden Punkten müsse eine befriedigende Lösung noch herbeigeführt werden:

1. in der Frage der Befestigungen an der polnischen Grenze;
2. in der Frage der Gesetzgebung über die Kontrolle der Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial.

Auch diese Fragen sollten recht schnell gelöst werden. Am 22. Januar 1927 verabschiedete die Reichsregierung ein neues Gesetz über die Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial[46]. Am 1. Februar wurde dann endlich ein Abkommen über die neuerdings an der polnischen Grenze gebauten betonierten Unterstände zwischen General Baratier und General von Pawelsz geschlossen[47]. In einem Anhang wurde festgelegt, innerhalb

---

46 Der Reichstag nahm dieses Gesetz am 17. Juli 1927 an (Reichsgesetzblatt 1927, Band I, S. 239). »Das Gesetz ist sehr genau«, schrieb »L'Europe nouvelle«, »und wenn es strikt angewandt werden sollte, würde es all den Hintertüren einen Riegel vorschieben, die die unvollständige Regelung von 1921 offengelassen hatte und die es der Industrie jenseits des Rheins ermöglichten, sich über die Bestimmungen des Vertrages hinwegzusetzen. Es hat den Anschein, als seien die Experten der Interalliierten Kontrollkommission so weit gegangen, wie es ihnen der Wortlaut der Bestimmungen erlaubte.« (Nummer vom 5. Februar 1927, S. 162.)

47 Um einen Kompromiß zu finden, willigten die Alliierten in die Beibehaltung von 54 der seit 1920 gebauten Unterstände (von denen 15 auf Lötzen, 31 auf Königsberg und 8 auf das linke Oderufer bei Glogau entfielen — D. Übers.) ein. Alle übrigen mußten in einem Zeitraum von vier Monaten, vom 15. Februar 1927 an gerechnet, geschleift werden.

welcher Grenzlinie das Festungssystem an den deutschen Süd- und Ostgrenzen in seinem gegenwärtigen Zustand verbleiben durfte[48]. Am 5. Februar teilte Herr von Hoesch, der Botschafter des Reiches in Paris, den alliierten Regierungen mit, daß die Reichsregierung diesen Vereinbarungen ihre Zustimmung erteilt habe.

Am 16. Februar gab Marschall Foch vor dem Heeresausschuß der französischen Abgeordnetenkammer einen Überblick über die Arbeiten der Botschafterkonferenz und versicherte, mit dem 31. Januar 1927 sei die Entwaffnung Deutschlands vollendet. Man müsse sich allerdings klar darüber sein, fügte der Marschall hinzu, daß die Entwaffnung eines 65-Millionen-Volkes nicht von Dauer sein könne und daher gewisse Vorsichtsmaßregeln geboten seien.

Am 28. Februar 1927 verließen die letzten Mitglieder der Interalliierten Kontrollkommission Deutschland. Der Friedensvertrag hatte dieser Kommission ursprünglich nur eine Lebensdauer von wenigen Monaten zugebilligt. Sie bestand dann aber sieben Jahre, fünf Monate und dreizehn Tage.

☆

War Deutschland wirklich entwaffnet? Wenn man mit dieser Frage in Erfahrung bringen will, ob Deutschland alle Bestimmungen des Vertrages buchstabengetreu ausgeführt habe, dann wäre es vermessen, das zu bejahen. In diesem Falle kann man sich endlos über die Nichtbeachtung dieses oder jenes Artikels aufhalten. Will man aber durch die Frage erfahren, ob Deutschland zu jener Zeit in der Lage war, Krieg zu führen, dann kann man hierauf mit einem klaren Nein antworten, ohne Widerspruch befürchten zu müssen. Was von der einstigen, in alle Winde verstreuten und abgenutzten deutschen Rüstung noch vorhanden sein mochte, gestattete dem Reich keine kriegerischen Unternehmungen. Hierfür besitzen wir die Bestätigung von Marschall Foch.

Doch hatte Deutschland wirklich abgerüstet? Das war die Frage! »Ein Erdbeben kann wohl die Form eines Vulkans verändern, nicht aber das Feuer, das in ihm brennt!« hatte General von Seeckt erklärt.

48 Die vereinbarte Linie ging in Ostpreußen von Königsberg über Sensburg nach Marienburg, begann dann wieder jenseits des Korridors in der Nähe von Konitz und lief von da aus gradlinig nach Küstrin, dann an der Oder entlang bis Brieg und hierauf längs der Eisenbahn über Neisse, Glatz, Waldenburg, Görlitz, Bautzen nach Königstein. Von hier führte eine gerade Linie nach Hof, und von dort folgte die Grenze der Eisenbahn bis Regensburg und dann der Donau bis Donaueschingen und der Eisenbahn bis Neustadt in Baden, wo sie an die Grenze der westlichen Zone gelangte. — D. Übers.

Das alte Feuer brannte noch immer, wenn auch nur im verborgenen. »Daß aus den 100 000 Mann von Versailles das neue Volksheer fast wie selbstverständlich entstehen konnte«, schrieb Major Marcks, »ist das Ergebnis der Arbeit der Reichswehr von 1918 bis 1935[49].«

Die Kontrollkommission hatte Deutschland für den Augenblick in einen Zustand der Ohnmacht versetzt, aber keine der dauernden Grundlagen seiner Kraft zerstört. Das Mißverhältnis, das auf diese Weise entstanden war, mußte nach einem neuen Ausgleich streben. In dieser Hinsicht verdienen die Zeilen, in denen General Nollet seine Schlußfolgerungen zog, Beachtung:

»Als es noch üblich war«, führte er aus, »nach einer Niederlage die männliche Bevölkerung niederzumetzeln, die Frauen zu entführen und die Unschuldigen umzubringen, konnte von einem Sieg vielleicht die Auslöschung des Feindes erwartet werden. Auf unserer Kulturstufe aber bleibt der Vorteil der zahlenmäßigen Überlegenheit trotz aller Rückschläge dem Volk erhalten, das ihn besitzt.

Andererseits bringt der moderne Krieg alle Kräfte der Nation zum Tragen, und wir haben gesehen, daß bei einer nicht einmal umfassenden Auslegung des Begriffs ›Kriegsmaterial‹ ein sehr großer Teil der Industrieausrüstung eines Volkes darunter verstanden werden kann. Das Kriegsmaterial einer besiegten Nation kann daher auch nicht mehr vollständig vernichtet werden.

Die Entwaffnung eines Volkes kann nur vorübergehender Natur sein, ein großes Volk nur dann zur Ohnmacht verurteilt werden, wenn seine Moral bis zu einem Grade zerrüttet wird, daß es sich selbst aufgibt. Mit der Zeit entschwindet die Erinnerung an die erduldeten Leiden und an die Rückschläge. Das Selbstvertrauen kehrt zurück, und das Nationalbewußtsein kommt wieder zum Vorschein. Dann macht sich der Wille des Volkes bemerkbar, dem Unglück des Vaterlandes abzuhelfen und ihm seinen Platz in der Welt wiederzugeben . . .

Das deutsche Volk, das zu zerstören nicht in der Macht der Alliierten gestanden hat, mußte danach trachten, wieder hochzukommen. Es für denkbar zu halten, ein großes Volk könne eine Niederlage anders als eine vorübergehende Erscheinung empfinden, hieße anzunehmen, daß die Geschichte in ihrem Lauf innezuhalten vermag. Das aber wäre ein Irrtum, dessen Tragweite und Folgen um so größer würden, je mehr sich der Ablauf der Ereignisse beschleunigt[50].«

49 »Deutsche Heeresgeschichte«, hrsg. von Karl Linnebach, Hamburg 1935, S. 401.
50 General Nollet: »Une expérience de désarmement«, S. 236—240.

XXIII Die Arbeiten der Vorbereitenden Abrüstungskommission

Hier blickt die öffentliche
Meinung auf uns!
Léon Bourgeois, 1920

Nach mehrjährigen Bemühungen hatte die Interalliierte Kontrollkommission schließlich zwar nicht eine wörtliche Befolgung der Bestimmungen des Versailler Vertrages erreicht, aber doch eine unleugbare Diskrepanz zwischen der Rüstung Deutschlands und der der wichtigsten Siegermächte herbeigeführt. Die Alliierten hatten jedoch, als sie dem Reich diese Maßnahmen auferlegten, nicht die Absicht, damit von dem Recht des Stärkeren Gebrauch zu machen[1]. Sie wollten ihrer Entscheidung vielmehr ein moralisches Mäntelchen umhängen: Die deutsche Entwaffnung sollte den Weg zu einer allgemeinen Abrüstung frei machen[2], deren Verwirklichung dem Völkerbund obliegen sollte[3].

---

1 Vgl. die Note Clemenceaus an die Reichsregierung vom 16. Juni 1919, die mit den endgültigen Friedensbedingungen übergeben wurde: »Die Alliierten und Assoziierten Mächte legen Wert darauf, besonders hervorzuheben, daß ihre die Rüstungen Deutschlands betreffenden Bedingungen nicht nur zum Zweck hatten, Deutschland die Wiederaufnahme seiner kriegerischen Angriffspolitik unmöglich zu machen. Diese Bedingungen stellen vielmehr gleichzeitig den ersten Schritt zu der allgemeinen Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen dar, die die bezeichneten Mächte als eines der besten Mittel zur Verhütung von Kriegen zu verwirklichen suchen und die herbeizuführen zu den ersten Aufgaben des Völkerbundes gehören wird . . . Es ist ebenso gerecht wie notwendig, mit der zwangsweisen Begrenzung der Rüstungen bei dem Staate zu beginnen, den die Verantwortung für ihr Anwachsen trifft.« (Zitiert nach: »Das Ultimatum der Entente« — Amtlicher Wortlaut. — Hrsg. von der »Deutschen Liga für Völkerbund«, Verl. H. R. Engelmann, Berlin 1919.)

2 Einleitung zu Teil V des Versailler Vertrages: »Um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland, die im folgenden niedergelegten Bestimmungen über das Landheer, die Seemacht und die Luftfahrt genau innezuhalten.«

3 Artikel 8 der Völkerbundssatzung: »Die Bundesmitglieder bekennen sich zu dem Grundsatz, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß erfordert, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Möglichkeit vereinbar ist, die Ausführung internationaler Verpflichtungen durch ein gemeinsames Vorgehen zu erzwingen.

Der Rat entwirft unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der besonderen Verhältnisse eines jeden Staates die Abrüstungspläne zur Prüfung und Entscheidung durch die verschiedenen Regierungen. Mindestens alle zehn Jahre sind diese Pläne einer Nachprüfung und gegebenenfalls einer Berichtigung zu unterziehen.

Die auf diese Weise festgesetzte Grenze der Rüstungen darf nach ihrer Annahme durch die verschiedenen Regierungen nicht ohne Zustimmung des Rates überschritten werden.«

Im Dezember 1925 hatte Deutschland den Locarnopakt unterzeichnet und Vorbereitungen für seinen Eintritt in den Völkerbund getroffen. Andererseits gingen die Arbeiten der Interalliierten Kontrollkommission ihrem Ende entgegen, wenn das Ergebnis auch noch nicht zufriedenstellend war. Der Augenblick schien also gekommen, nunmehr den zweiten Teil des ursprünglichen Programms in Angriff zu nehmen: die Vorbereitung einer allgemeingültigen Konvention, die es Europa ermöglichen sollte, endlich den Krieg zu vergessen und dem Alptraum eines neuen Wettrüstens zu entrinnen.

Es kann gar nicht klar genug gesagt werden, wie entscheidend und erhaben jener Augenblick war. Davon, ob der Völkerbund bei der Erfüllung seiner Aufgabe Erfolg haben würde oder nicht, hing es ab, welchen Weg Europa einschlagen würde. Hier ging es um die Zukunft des Kontinents und um die Zukunft von Millionen Menschen, die sich danach sehnten, von der drückenden Last der Militärhaushalte erlöst zu werden, und die ihre Kinder in Sicherheit großziehen wollten. So waren denn auch die Arbeiten in Genf begleitet von strahlender Hoffnung; und am Tage ihres Zusammenbruchs konnte nichts diese Hoffnung neu beleben.

Will man der Wahrheit die Ehre geben, so muß man sich fragen, ob der günstigste Zeitpunkt nicht schon vorbei war. In Deutschland hatte die Ruhrbesetzung einen leidenschaftlichen Haß gegen Frankreich herbeigeführt. In Frankreich hatten die langwierigen Arbeiten der Kontrollkommission und der schlechte Wille, auf den sie ständig gestoßen war, berechtigtes Mißtrauen gegenüber Deutschland hervorgerufen. Außerdem hatten sich sehr gewichtige Stimmen wie die des Marschalls Foch, des Generals Nollet und anderer erhoben, um darauf hinzuweisen, daß die Entwaffnung Deutschlands kein Dauerzustand sein könne und das Reich mit der Zeit sicher wieder an eine Aufrüstung denken werde. Es kam daher vor allem darauf an, schnell zu handeln und eine Gelegenheit beim Schopf zu fassen, die sich nicht noch einmal bieten würde.

Das war ohne Zweifel die Meinung des Völkerbundes, denn auf Grund einer Entschließung der Vollversammlung vom 25. September 1925 beschloß der Rat am 12. Dezember, eine »Vorbereitende Kommission für die Konferenz über die Beschränkung der nationalen Rüstungen auf ein mit der nationalen Sicherheit und der Erfüllung der sich aus einer gemeinschaftlichen Aktion ergebenden Verpflichtungen vereinbartes Mindestmaß« zu schaffen — eine Bezeichnung, die offen-

sichtlich nicht den Fehler übertriebener Kürze hat. Außer Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan sollten an den Arbeiten der Kommission auch Belgien, Brasilien, Spanien, Schweden, die Tschechoslowakei, Uruguay, Argentinien, Bulgarien, Chile, die Vereinigten Staaten, Finnland, die Niederlande, Polen, Rumänien, Jugoslawien, die Türkei, China und bald darauf auch die UdSSR teilnehmen. Deutschland, das dem Völkerbund noch nicht angehörte, wurde zur Teilnahme aufgefordert[4] und ernannte Graf Bernstorff, den früheren Botschafter des Reiches in Washington, zu seinem Vertreter in Genf.

Vor einer Untersuchung der Arbeiten dieser Kommission sind einige Überlegungen unerläßlich. Zunächst einmal hatte die Kommission keine Entscheidungen über den wesentlichen Kern der Frage zu treffen. Ihre Aufgabe bestand einzig und allein in der *Vorbereitung* der Arbeit der Abrüstungskonferenz. Die Konferenz ihrerseits hatte ebenfalls nicht zu entscheiden, sondern nur den interessierten Regierungen ihre Vorschläge zu unterbreiten (Artikel 8 des Paktes). Den Regierungen war es freigestellt, sich die Schlußfolgerungen der Konferenz zu eigen zu machen oder nicht.

Sodann verband die Vorbereitende Kommission bereits durch ihren Titel nicht nur die Fragen der Abrüstung und der Sicherheit, was seine Berechtigung hatte; sie dachte vielmehr auch über die Verpflichtungen nach, die sich aus einer Gemeinschaftsaktion ergeben könnten, über deren Voraussetzungen sich niemand in Genf einig war. Denn weder die Fälle, in denen eine solche Aktion einsetzen sollte, noch die Art ihrer Durchführung waren näher bestimmt worden.

Schließlich nahmen 26 Staaten an den Arbeiten der Kommission teil, und Artikel 8 des Paktes bestimmte, daß der Völkerbundsrat die geographische Lage und die besonderen Verhältnisse jedes dieser Staaten zu berücksichtigen habe. Wie sollte aber etwa die geographische Lage Japans, Uruguays, der Tschechoslowakei und Chinas miteinander ver-

4 »Die Aufgabe der Kommission«, hieß es in dem Einladungsschreiben von Herrn Scialoja an die Reichsregierung, »soll in der Vorbereitung einer Abrüstungskonferenz bestehen, deren Einberufung für einen möglichst baldigen Zeitpunkt ins Auge gefaßt ist . . . Der Rat hält den Zeitpunkt für das Studium der praktischen Möglichkeiten einer Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen unter Leitung und Verantwortung der Regierungen für gekommen und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß er in dem Augenblick, in dem alle Nationen der Erde diese gemeinsame Notwendigkeit erkennen, auf die uneingeschränkte Mitarbeit der Reichsregierung an einem Werk rechnen können wird, das den Weltfrieden in so hohem Maße betrifft.«

(Vgl. »Abrüstung und Sicherheit«, Band I, hrsg. von Dr K. Schwendemann, Leipzig 1933, S. 101/102.)

glichen werden? In erster Linie ging es darum, den Frieden in Europa zu sichern und, genauer gesagt, ein befriedigendes Verhältnis zwischen den Rüstungen Deutschlands und denen seiner Nachbarländer herzustellen. Der Völkerbund aber erklärte, diese Probleme könnten nur gelöst werden, wenn zugleich auch die Sicherheit aller Länder der Erde gewährleistet würde.

So darf man sich auch nicht darüber wundern, daß sich die Vorbereitende Kommission schon vor ihrem ersten Zusammentritt vertagen mußte. Die erste Sitzung, die ursprünglich für den 15. Februar 1926 vorgesehen war, wurde im letzten Moment auf die zweite Maihälfte verschoben.

☆

Am 18. Mai 1926 traten die Delegierten in Genf zusammen. Angesichts der Schwierigkeit der Probleme, die gleich zu Anfang auftraten, beschloß die Kommission, sich nicht weiter vorzuwagen, ohne die Meinung der Fachleute eingeholt zu haben. Zu diesem Zweck wurden zwei technische Unterausschüsse gebildet, und zwar einer für Heeres-, Marine- und Luftfahrtfragen und ein anderer, der die industrielle und finanzielle Seite der Frage untersuchen sollte. Ohne Übertreibung kann man sagen, daß die beiden Unterausschüsse die Aufgabe hatten, die Arbeit der Vorbereitenden Kommission vorzubereiten. Bei einem solchen Gang der Dinge bestand kaum Gefahr, zu schnell voranzukommen.

Gleich bei den ersten Sitzungen prallten die gegensätzlichen Meinungen der verschiedenen Delegationen in ihrem ganzen Ausmaß aufeinander.

»Die Alliierten«, erklärte Graf Bernstorff für Deutschland, »haben dem Reich ein 100 000-Mann-Heer aufgezwungen. Der Friedensvertrag, die Völkerbundssatzung und nunmehr auch die Schlußakte von Locarno[5] erkennen jedoch übereinstimmend an, daß die deutsche Entwaffnung den Weg zu einer allgemeinen Abrüstung frei machen soll. Zu einer solchen kann man nur auf drei Wegen gelangen: Entweder senken Sie Ihre Rüstungen auf den Deutschland zugebilligten Stand; oder Sie gestatten Deutschland, seine Rüstung auf Ihren Stand anzuheben; oder aber Sie verbinden beides miteinander, senken Ihre eigenen Rüstungen

---

5 Siehe oben, S. 323.

und gestatten uns, die unseren zu verstärken, so daß wir uns in der Mitte treffen[6].«

»Was Sie von uns fordern«, erwiderten die französischen Delegierten, »ist nicht mehr und nicht weniger als die Erlaubnis, legal wiederaufzurüsten! Das ist unvereinbar mit dem Ziel unserer Bemühungen.«

»Könnte nicht«, schlugen die Engländer vor, »zunächst eine bestimmte Anzahl von Bataillonen, Schwadronen und Batterien abgeschafft werden?«

»Unmöglich!« gaben die Franzosen zurück, »derartige Verpflichtungen verlangen Gegenleistungen. Sie erfordern Bündnissysteme, Schiedsverträge und gegenseitige Beistandspakte. Bevor es zur Abrüstung kommen kann, muß die Sicherheitsfrage gelöst werden.«

»Das Kapitel der Sicherheit ist abgeschlossen!« erklärte Lord Robert Cecil trocken. »Diese wird durch den Völkerbundspakt und den Vertrag von Locarno gewährleistet. Sie haben die Garantie Großbritanniens und Italiens. Sie haben Vereinbarungen mit Polen und der Tschechoslowakei. Was wollen Sie mehr?«

»Das alles ist nur ein Anfang«, erwiderte Paul-Boncour. »Das flüchtig entworfene Sicherheitssystem muß weiter ausgebaut werden. Es müssen Verhaltensmaßregeln und Bestimmungen festgelegt werden, die es dem Völkerbundsrat erlauben, im Falle einer Entscheidung und zum Zeitpunkt dieser Entscheidung zu handeln, und zwar schnell zu handeln.«

»Wenn Sie von Sicherheit sprechen«, bemerkte der amerikanische Delegierte, »werde ich mich aus der Kommission zurückziehen müssen; denn die Vereinigten Staaten haben den Pakt nicht ratifiziert, seine Bestimmungen können auf sie keine Anwendung finden.«

Gezwungenermaßen mußte die Kommission also alle Sicherheitsfragen von ihrer Tagesordnung absetzen und sie an ein besonderes Organ, den sogenannten Ratsausschuß, überweisen.

»Der Vertrag von Versailles«, fuhr Graf Bernstorff fort, »untersagt Deutschland den Besitz gewisser sogenannter Angriffswaffen: Tanks, schwere Artillerie, Bombenflugzeuge, Giftgas. Könnte man nicht damit beginnen, deren Anwendung für alle Heere zu untersagen?«

---

6 Vgl. »Deutschlands Kampf um Gleichberechtigung«, hrsg. von Richard Schmidt und Adolf Grabowsky, Berlin 1934, und Karl Schwendemann: »Deutschlands Weg in der Abrüstungsfrage«, S. 18.

»Gewiß«, erwiderte der polnische Delegierte, »doch wie sollen die Rüstungen miteinander verglichen werden? Welche Rüstungsgrundlagen sollen für die Ermittlung des Kriegspotentials angesetzt werden, und wie soll das Kriegspotential eines Agrarlandes wie Polen mit dem eines Industriestaates wie Deutschland gleichgesetzt werden?«

»Die Frage des Vergleichs der Kampfkraft«, fügten die Franzosen hinzu, »stellt sich auch auf dem Gebiet der Heeresstärke. Wie soll ein Berufsheer wie die Reichswehr mit einer Wehrpflichtarmee verglichen werden? Frankreich ist von der dreijährigen Wehrpflicht bereits auf eine Wehrpflicht von 18 Monaten übergegangen. Soll es wieder zur Auslosung kommen und nur einen Teil eines Jahrgangs einberufen, oder soll die Wehrpflicht in Deutschland wiedereingeführt werden? Außerdem wird die Reichswehr in einigen Jahren damit beginnen, Soldaten, deren Dienstzeit abgelaufen ist, zu entlassen. Diese werden dann ein Reservekorps bilden, das dem der anderen Länder ungleich überlegen sein wird.«

»Könnten in die allgemeine Rüstungsbeschränkung«, warf Lord Robert Cecil ein, »nicht alle die Dinge einbezogen werden, die die ›Shock-power‹ eines Staates ausmachen?«

»Einverstanden«, antwortete der japanische Delegierte, »aber unter der Bedingung, daß die gegenseitige Abhängigkeit der Land- und Seerüstung dabei berücksichtigt wird. Die Abrüstung zu Lande muß notwendigerweise von einer Abrüstung zur See begleitet sein.«

»Unmöglich!« riefen sogleich die britischen und amerikanischen Delegierten. »Die Abrüstung zu Lande ist eine europäische Angelegenheit, die Abrüstung zur See ist ein Weltproblem. Sie wirft heikle Fragen über die Verteilung der Tonnage und die Freiheit der Meere auf.«

Je länger die Fragen nach allen Richtungen hin untersucht wurden, desto schwerer taten sich selbst die besten Köpfe mit einer Lösung. Die Fachleute blätterten in ihren Akten, nahmen Zuflucht zur Statistik und berieten, wie die verschiedenen Standpunkte ihrer Regierungen gerettet werden könnten.

Die Japaner wollten wegen der Vereinigten Staaten nicht abrüsten, die Vereinigten Staaten wegen England, England auf Grund des französisch-italienischen Gleichgewichts im Mittelmeer. Die Italiener und die Jugoslawen wollten wieder aufrüsten, um beide ihre Herrschaft in der Adria zu festigen. Kriegspotential, ausgebildete Reserven, Angriffsstreitkräfte, Verkettung von Sicherheits- mit Abrüstungsfragen, Kontrolle der Militärausgaben, gegenseitige Abhängigkeit von Land- und

Seerüstung, Aufteilung der Tonnage nach Schiffsklassen, Gesamttonnage, Hauptkampfschiffe, Unterseeboote ... das alles bildete eine Kette ohne Ende. Aus dem wirren Durcheinander drangen einzelne Wortfetzen: »Ich muß über meine Sicherheit wachen!« — »Ich fordere die Gleichheit der Rechte!« — »Die Dominions müssen befragt werden!« — »Die amerikanische Neutralität erfordert ...«

»Kurz, das, was man unter Abrüstung verstand«, sagte Henri de Jouvenel, »war vor allem die Abrüstung *der anderen*.«

☆

Diese Diskussionen gingen in der ganzen zweiten Sitzungsperiode (September 1926) weiter, ohne zu Lösungen für die zur Untersuchung stehenden Fragen zu führen. Die dritte Sitzungsperiode wurde im März 1927 eröffnet. Über sie berichtete Professor Christian-Louis Lange vom Nobel-Institut, daß sie »auf die öffentliche Meinung einen Eindruck von Ohnmacht, gegenseitigen Mißtrauens und unbesiegbarer gegenseitiger Furcht machte. Durch die anscheinend rein technischen Debatten schimmerten politische Interessen wie die Weltherrschaftsansprüche der Großmächte hindurch. Die Protokolle der Kommission sind aufschlußreich. Sie sind wertvolle Dokumente für den, der die Psychologie der menschlichen Gemeinschaften studieren will[7].«

Zu guter Letzt gelang es der Kommission, einen Vertragsentwurf zu erstellen, indem sie zwei Texte, die von Paul-Boncour und Lord Robert Cecil vorgelegt wurden, miteinander verband. Das war nur ein bescheidener Teilerfolg, denn tiefe Gegensätze zwangen die Kommisson, sich mit einer ersten Lesung des Entwurfs zu begnügen. Außerdem verdiente dieser Vertragsentwurf kaum seinen Namen. Die einzelnen Artikel wurden ausnahmslos in doppelten, manchmal sogar in dreifachen Spalten aufgeführt und strotzten vor Vorbehalten, die verschiedene Delegationen bei nahezu allen wesentlichen Punkten gemacht hatten. Bei der Seerüstung war es unmöglich gewesen, eine einzige übereinstimmende Auffassung zu ermitteln, so daß sich hier ständig zwei und manchmal drei Leitgedanken gegenüberstanden.

Die Arbeiten der Kommission traten auf der Stelle. Die Delegierten aber machten plötzlich eine bedeutsame Entdeckung: Sie brachten es nicht fertig, eine Abrüstungskonvention auszuarbeiten, weil sie den

7 Christian-Louis Lange: »Où en est le problème du désarmement?«, in »L'Europe nouvelle«, Nummer vom 22. September 1928, S. 1283.

Wirkungen abhelfen wollten, ohne auf die Ursachen zurückzugehen. Was die Abrüstung unmöglich machte, war die Tatsache, daß die Welt Angst hatte, und wenn die Welt Angst hatte, dann deshalb, weil die Sicherheitsfrage nicht genügend vorangekommen war. »Sicherheit zuerst«, hatte Frankreich in der Völkerbundsversammlung von 1924 erklärt. Es war falsch, von diesem Grundsatz abzuweichen. Die Erfahrung hatte gezeigt, daß man wieder zu ihm zurückkehren mußte.

In einer Atmosphäre der Unruhe und Entmutigung wurden die Sitzungen des Jahres 1927 eröffnet. Doch eine Intervention der französischen Delegation gab Auftrieb. Eine Entschließung von Paul-Boncour, vereinigt mit einer holländischen Entschließung, die ihrerseits durch eine deutsche Entschließung verbessert worden war, entwarf ein neues Programm, in dem die beiden Fragen Sicherheit und Abrüstung »harmonisch miteinander verbunden« waren. Die Versammlung forderte die Kommission auf, einen Sicherheitsausschuß zu bilden, zu dem alle in der Kommission vertretenen Staaten mit Ausnahme der USA gehören sollten.

☆

Die vierte Tagung dauerte vom 30. November bis zum 2. Dezember 1927. An ihr nahm erstmals auch eine Abordnung der UdSSR teil. Die wenig umfangreiche Tagesordnung sah nur zwei Punkte vor: 1. die Schaffung des neuen Sicherheitsausschusses und 2. die Festsetzung des Termins für die nächste Tagung.

Graf Bernstorff, der ob so zahlreicher Verzögerungen und Vertagungen die Geduld verlor, drängte darauf, daß die Kommission unverzüglich die zweite Lesung des Vertragsentwurfs aufnehme. Ihm wurde darauf geantwortet, diese könne nicht stattfinden, bevor nicht die Arbeit des Sicherheitsausschusses Früchte getragen habe. Infolgedessen wurde die zweite Lesung auf den 15. März 1928 festgesetzt.

Die Mitglieder der Kommission beglückwünschten sich bereits, diese gefährliche Klippe umschifft zu haben, als sich Litwinow, der Delegierte der UdSSR, erhob und mit lauter Stimme folgende Erklärung verlas:

»Die Regierung der UdSSR, die an den drei Tagungen der Vorbereitenden Kommisson für eine Abrüstungskonferenz, die bereits stattgefunden haben, nicht hat teilnehmen können, hat ihre Delegation bei der vierten Tagung dieser Kommission beauftragt, eine Erklärung abzugeben, die alle Fragen einschließt, die mit der Abrüstungsfrage verbunden sind . . .

Die Delegation der UdSSR ist von ihrer Regierung daher ermächtigt, folgende Maßnahmen vorzuschlagen:

a) die Entlassung sämtlicher Mannschaften der Landheere, der Flotten und der Luftwaffen und das Verbot ihres Fortbestehens unter welcher Form auch immer;
b) die Zerstörung sämtlicher Waffen- und Munitionsbestände;
c) die Abwrackung der Kriegsschiffe aller Klassen;
d) die Schleifung aller Festungen und Flottenstützpunkte;
e) Gesetze zur Abschaffung der Militärpflicht und Verzicht auf jede militärische Ausbildung;
f) Gesetze zum Verbot der Aufbietung von ausgebildeten Reservisten;
g) Unterdrückung aller Patente und Erfindungen für Kriegsgeräte;
h) Verbot jeder militärischen Propaganda und Erziehung usw.[8] . . .«

Dann nahm Litwinow unter allgemeiner Verblüffung wieder Platz.

Man kann sich unschwer die Wirkung ausmalen, die diese Worte in einem Kreise haben mußten, »in dem die Kunst, nichts zu sagen, zur größten Vollkommenheit entwickelt worden war und in dem sich die Experten in den Wandelgängen über die Scharfsinnigkeit einer Rede um so mehr verwunderten, je nichtssagender diese gewesen war[9]«. Die Explosion einer Bombe mitten auf dem Quai Wilson hätte keine größere Verblüffung hervorrufen können.

Kaltblütig dankte der Vorsitzende dem russischen Delegierten »für seine interessante Erklärung«, bedauerte jedoch, sie nicht in die Tagesordnung aufnehmen zu können, »da dieser Vorschlag den wesentlichen Folgerungen aus den unter der Obhut des Völkerbundes stattgefundenen Arbeiten zuwiderlaufe«.

Einige Wochen später legte Litwinow vor dem 15. Parteitag der Kommunistischen Partei in Moskau Rechenschaft über seine Genfer Mission ab:

»Die Arbeiten der Vorbereitenden Kommission«, erklärte er, »haben uns als Ergebnis bereits ein Dokument geliefert, das sich Entwurf für eine Internationale Abrüstungsvereinbarung nennt. Es ist das ein höchst merkwürdiges Dokument. Die lebendigste Schilderung könnte

8 Erklärungen des sowjetischen Delegierten Litwinow auf der vierten Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission am 30. November 1927.
9 André Maurois: »Aphorismes écrits pendant une Assemblée de la S. D. N.«, in »L'Europe nouvelle«, Nummer vom 4. Oktober 1930, S. 1424.

Euch kein so lebendiges Bild von der Arbeitsweise des Völkerbundes vermitteln wie das Studium dieses Dokuments. Es besteht aus mehreren Teilen mit mehr als fünfzig Artikeln, Paragraphen, Bestimmungen, Anmerkungen usw. Doch bereits der erste Artikel liegt in drei nebeneinander bestehenden Fassungen vor — in Französisch, Englisch und Deutsch. Es folgt dann eine lange Reihe von Artikeln, in denen die verschiedenen Waffenarten und militärischen Verbände aufgeführt werden, die verringert werden sollen. Vergeblich aber würdet Ihr in diesem Dokument nur eine einzige Zahl, nur einen einzigen Koeffizienten für die Herabsetzung der Rüstungen suchen. Dieses Dokument ist nichts als eine Aufreihung von Artikeln mit Bezeichnungen von Kriegsmunition und Kampfwaffen die man *eventuell* verringern könnte — doch wie, in welchem Verhältnis, nach welchen Kriterien man sie verringern soll, darüber zu sprechen und zu beratschlagen hat die Kommission noch nicht die Muße gefunden — denn die alleinige Aufzählung dieser Artikel hat bereits eine Menge von Gegensätzen und Streitereien unter den kapitalistischen Mächten hervorgerufen, und es gibt nahezu keinen einzigen wesentlichen Artikel, für den es nicht mehrere Pläne gäbe, seien sie nun französischer, englischer, japanischer, deutscher Herkunft . . . (Lachen und Zurufe)

Wenn man von der Schaffung eines Sicherheitsausschusses absieht, ergibt sich, daß die Vertreter von sechsundzwanzig Staaten aus allen Teilen der Welt in Genf zusammengekommen sind, um den Zeitpunkt für die nächste Tagung festzusetzen. Es ist daher auch nichts Erstaunliches daran, daß, als die sowjetische Delegation mitten in der Vorbereitenden Kommission anfing, von der Abrüstung zu sprechen, dies als ein fluchwürdiger Anschlag auf die eigentlichsten Grundlagen einer Völkerbundskommission, als eine Verletzung aller Anstandsregeln erschien[10].«

Was Genosse Litwinow sich jedoch zu sagen hütete, war, daß der Vorschlag der UdSSR in Form eines demagogischen Pazifismus genau den kommunistischen Interessen entsprach. Wer hätte den Sieg der Revolution in Deutschland und anderswo verhindern sollen wenn nicht das Heer? Wenn die Heere in allen westlichen Ländern abgeschafft würden, wäre damit das letzte Bollwerk gefallen, das die Revolution

10 Erklärung des Genossen Litwinow am 14. Dezember 1927 vor dem 15. Parteitag der Kommunistischen Partei der UdSSR.

noch hinderte, sich über ganz Europa auszubreiten. Der Delegierte der UdSSR forderte das Verbot jeder militärischen Propaganda, unterließ es aber, das Wort zu zitieren, das Lenin sechs Monate vor seinem Tode gesprochen hatte:

»Wenn wir nicht aus jedem Kind einen Pionier der künftigen Roten Armee machen, werden wir nichts geleistet haben.«

Für die UdSSR war die Abrüstung ebenfalls in erster Linie die Abrüstung der anderen.

☆

Inzwischen war der Sicherheitsausschuß ans Werk gegangen. Am 26. Januar 1928 traten seine drei Berichterstatter — Holsti (Finnland) für die Frage der Schiedsgerichtsbarkeit, Politis (Griechenland) für die Sicherheitsvereinbarungen und Rutgers (Niederlande) für die Anwendung des Paktes — in Prag unter dem Vorsitz von Benesch zusammen. Die Mitglieder des Ausschusses waren ersucht worden, den Berichterstattern alle Unterlagen oder Anregungen, die ihnen bei ihrer Arbeit von Nutzen sein konnten, zugänglich zu machen. Sie brachten auch vier Memoranden nach Prag mit, die von der schwedischen, norwegischen, britischen und deutschen Regierung stammten; und jedes Memorandum forderte andere Lösungen[11].

Darf man sich unter solchen Umständen darüber wundern, wenn das Ergebnis dieser Arbeiten sehr enttäuschend blieb und wenn der Sicherheitsausschuß seine Tätigkeit darauf beschränken mußte, eine Anzahl von »Mustern« für Schiedsverträge und gegenseitige Beistands- und Nichtangriffsverträge auszuarbeiten? Dieses magere Ergebnis wurde mit um so mehr Skepsis aufgenommen, als die Verträge von Locarno, die ebenfalls als Vorbild hatten dienen sollen, bislang von anderen Staaten nicht nachgeahmt worden waren. Der Ausschuß sah sich also gezwungen, zuzugeben, »daß kein Sicherheitsgefühl erzeugt werden könne, solange über Europa die Drohung der Rüstungen schwebe, und daß es nötig sei, zuerst abzurüsten, um die Sicherheit zu gewährleisten,

11 »Die beiden ersten sprachen nur von Schiedsgerichten und Versöhnung, nicht aber von Sanktionen und Garantien. Das britische Memorandum wies den Zwang zur Schiedsgerichtbarkeit für das Britische Weltreich zurück und sah für die Schiedsgerichtbarkeit keine andere Sanktion als die öffentliche Meinung. Das deutsche Memorandum war sehr geschickt abgefaßt. Es beschränkte sich darauf, ein Verfahren für die friedliche Beilegung von Streitfällen zur Verhütung des Krieges zu entwickeln, wies aber jede Organisation von Strafmaßnahmen zurück, die es gestattet hätten, das Opfer einer Aggression zu schützen.« (»L'Europe nouvelle«, Nummer vom 11. Februar 1928, S. 179.)

statt sich umgekehrt um die Sicherheit zu bemühen, um abrüsten zu können«.

Vor diesem Dilemma stand die Vorbereitende Kommission in dem Augenblick, da ihre fünfte Tagung (15.—24. März 1928) eröffnet wurde. Die Delegierten vertraten die Auffassung, unter diesen Umständen sei es unnütz, zur zweiten Lesung des Vertragsentwurfs zu schreiten. Sie wagten nicht einmal, den Zeitpunkt für eine weitere Tagung festzusetzen, und überließen es dem Ermessen des Vorsitzenden, sie einzuberufen, »wenn die Umstände es gestatteten«.

Nach längerem Überlegen fragten sich die Fachleute, ob man das Ziel nicht zu weit gesteckt habe, als man mit einem Schlage die Entwaffnung aller Völker erreichen wollte. Vielleicht würden direkte Verhandlungen zwischen zwei oder drei Mächten die Möglichkeit begrenzter Vereinbarungen eröffnen, die dann auf andere Länder ausgeweitet werden könnten. Der Versuch sollte auf jeden Fall gemacht werden, und so kam es zu französisch-britischen Verhandlungen über die Flottenabrüstung.

Ein Jahr verging, ohne daß etwas Neues geschah. Endlich entschloß sich der Delegierte der Niederlande, Loudon, die sechste Tagung der Vorbereitenden Kommission für den 15. April 1929 einzuberufen. Bei der Eröffnung der Sitzung legte er jedoch Wert darauf, in aller Öffentlichkeit festzustellen, daß er sich keinen Illusionen hingebe. Die britisch-französischen Gespräche waren gescheitert. Man mußte daher auf getrennte Verhandlungen verzichten und wieder zur allgemeinen Diskussion zurückkehren. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen erschienen jedoch ebenso unüberbrückbar wie 1927. Alles sprach für eine neuerliche Vertagung der wichtigen Fragen. Allgemein herrschte der Eindruck vor, daß sich die sechste Tagung in fruchtlosen Erörterungen zweitrangiger Fragen erschöpfte — so des eventuellen Verfahrens für die Revision der künftigen Vereinbarung (die noch nicht einmal existierte), Abweichungen, die sie enthalten könnte, usw.

Die bereits unentwirrbare Lage wurde noch dadurch erschwert, daß der Kommission vier Gegenvorschläge der UdSSR, der Türkei, Chinas und Deutschlands unterbreitet worden waren. Diese lehnte die Vorschläge letztlich alle ab, allerdings erst nach endlosen Verfahrensstreitigkeiten.

Wie sah die Bilanz der sechsten Tagung aus? Hinsichtlich des chemischen Krieges mußte man zugeben, daß es unmöglich sei, über ein einfaches Verbot von rein theoretischem Charakter hinauszugehen. Die direkte Beschränkung der Rüstungen zu Lande hielt die Mehrheit der Kommission für undurchführbar, trotz der gegenteiligen Auffassung

der sowjetischen und der chinesischen und der Stimmenthaltung der deutschen Delegation.

Doch in dem Augenblick, da alle Hoffnung verloren schien, gelang ein großer Schritt vorwärts. Die Kommission beschloß tatsächlich, daß die Begrenzung der Truppenstärke »auf der Grundlage der durchschnittlichen täglichen Stärke, die dadurch zu ermitteln sei, daß man die Zahl der Wehrdiensttage eines Jahres durch 365 teilte[12]«, erfolgen solle.

Angeregt durch diesen Erfolg, brachte es die Kommission zustande, den Text ihres Vertragsentwurfs in zweiter Lesung zu verabschieden (4. Mai 1929). Er enthielt erstmalig eine Reihe von Tabellen — deren Mehrzahl allerdings unverbindlich war.

Kaum war jedoch die zweite Lesung unter Dach und Fach, als durch den deutschen Delegierten alles wieder in Frage gestellt wurde.

»Meine Regierung«, erklärte Graf Bernstorff, »hat nie einen Zweifel darüber gelassen ..., daß sie eine Lösung ohne Erfassung aller Rüstungsfaktoren und ohne fühlbare Verringerung der noch vorhandenen übermäßigen Rüstungen selbst als eine erste Etappe nicht akzeptieren könnte, denn sie entspräche nicht den Grundgedanken des Paktes und der Verträge. Ich sehe mich daher genötigt, klar abzurücken von dem Programm, das die Mehrheit des Ausschusses hier aufgestellt hat. Da es erwiesen ist, daß die anderen Mächte ihre Rüstungen nicht auf den Stand derjenigen Deutschlands herabsetzen wollen, muß es Deutschland gestattet werden, die seinigen zu erhöhen.«

☆

So kommen wir zur siebten Tagung, die im November 1930 eröffnet wurde[13]. Einige Tage zuvor hatte General von Seeckt in einem Interview gegenüber einem Reporter der »United Press« die Darlegungen des Grafen Bernstorff wieder aufgegriffen und sie näher erläutert. »Wenn die Hoffnung aufgegeben werden muß, alle großen Heere auf den Stand des deutschen Heeres zu verringern«, sagte er, »wenn die Antwort der anderen Mächte unbefriedigend bleibt, dann bleibt dem Reich nichts anderes übrig als wiederaufzurüsten, da die anderen nicht abrüsten, auf der Grundlage einer Gleichheit, die der Stärke der Bevöl-

12 »L'Europe nouvelle«, Nummer vom 18. Mai 1929, S. 646.

13 Inzwischen hatte (von Februar bis April 1930) eine Flottenkonferenz zwischen den Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Italien und Japan in London stattgefunden. Sie hatte nur ein greifbares Ergebnis: die Erlaubnis für die Vereinigten Staaten, ihre Marine zu verstärken.

kerung und seiner geographischen Lage entspricht. Gewiß könnte eine solche Vermehrung angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen nicht sofort angestrebt werden. Doch wird es Sache Deutschlands sein, frei über den Zeitpunkt und die Methode zu entscheiden[14].« Die gleiche Auffassung wurde auch von General Groener in einer Erklärung vertreten. Groener war inzwischen am 20. November 1930 Reichswehrminister geworden[15]. Die diplomatische Offensive für die »Gleichheit der Rechte« war eröffnet.

Sofort wurden die ehemals alliierten Mächte von Furcht ergriffen und ließen in den Konventionsentwurf einen zusätzlichen Paragraphen — Artikel 53 — einfügen, der die Unverletzbarkeit des Teiles V des Vertrages von Versailles unterstrich und wiederholte, daß die deutsche Entwaffnung als endgültiges, ein für allemal feststehendes Ergebnis anzusehen sei. Sie sei die »conditio sine qua non« für die Abrüstung der anderen Völker. Sollte es nötig sein, würde sogar die Militärkontrolle in Deutschland wieder eingeführt werden, um die genaue Befolgung der Bestimmungen des Vertrages sicherzustellen.

»Ich erhebe Einspruch gegen eine solche einseitige Auslegung der sich aus dem Vertrag ergebenden Verpflichtungen«, rief Graf Bernstorff sofort. »Der französische Delegierte hat im März 1927 selbst erklärt, daß der Teil V des Vertrages nicht einfach eine Bedingung für einen der Unterzeichnerstaaten sei, sondern die moralische und juristische Verpflichtung für die anderen Unterzeichnerstaaten enthalte, die allgemeine Herabsetzung ihrer Rüstungen in die Wege zu leiten[16]. Sollte es im Völkerbund zwei verschiedene Ellen und Gewichte geben — je nach den Völkern, die zu ihm gehören? Deutschland will die gleichen Rechte wie alle anderen Mitglieder des Bundes genießen.«

Vergebens versuchte der Vorsitzende, das Unheil abzuwenden.

»Ihre Forderungen«, hielt er dem deutschen Delegierten entgegen, »überschreiten die Zuständigkeit der Kommission. Nur die Konferenz wäre befugt, dazu Stellung zu nehmen.«

»Dann ruft meine Regierung«, erwiderte Graf Bernstorff, »schon jetzt die Konferenz selbst an und wird an den Arbeiten der Kommission nicht mehr teilnehmen.«

---

14 Vgl. den Bericht von Augustin Léger über die »Revendication allemande de l'égalité de droits« in »Les Cahiers du redressement francais«, 2. Serie, Nr. 4, S. 17.
15 Vgl. Richard Schmidt und Adolf Grabowsky, a. a. O., S. 14.
16 Erklärung von Paul-Boncour auf der dritten Tagung der Vorbereitenden Kommission.

Die Erregung der Delegierten erreichte ihren Höhepunkt. Sollte die Vorbereitende Kommission auseinandergehen, bevor sie die Konferenz hatte einberufen können? Die Lage war um so ernster, als eine ganze Reihe kleiner Staaten die Haltung des Grafen Bernstorff offen billigte. Schließlich sah die Kommission keinen anderen Ausweg mehr, als den Streitfall dem Völkerbundsrat zu unterbreiten. Am 24. Januar 1931 beschloß der Rat, die Abrüstungskonferenz zum 2. Februar 1932 einzuberufen. Man hatte noch ein Jahr gewonnen. Das war alles, was man tun konnte.

Doch unter welchen Bedingungen würde die Konferenz nach Ablauf eines weiteren Jahres zusammentreten? Man wagte kaum, daran zu denken. Keine einzige wesentliche Frage war gelöst, der Vertragsentwurf war im Zustand des Entwurfs steckengeblieben. Nach fünf Jahren fruchtloser Verhandlungen hatten die Arbeiten der Fachleute zu fast nichts geführt. »Die Vorbereitende Kommission wird der Konferenz einen Rahmen übergeben«, schrieb Pierre Cot, »doch wird es ein leerer Rahmen sein[17].«

Als die XII. Völkerbundsversammlung im September 1931 zusammentrat, machten die Delegierten keinen Versuch mehr, ihren Pessimismus zu verbergen. Im »Palais des Nations« herrschte eine gedrückte Stimmung. Der Völkerbund hatte die Kontrolle über die Weltereignisse verloren. Seine Autorität und sein Ansehen gingen merklich zurück. So wurde denn auch im Flüsterton vorgeschlagen, die Abrüstungskonferenz »sine die« zu vertagen. »Was!« schrieb Louis Joxe, »seit zehn Jahren macht die berühmte Vorbereitende Kommission von sich reden, und jetzt soll die Eröffnung der Konferenz verschoben werden, deren Gegenstand das eigentliche Ziel des Völkerbundes ist? Welch ein Eingeständnis der Ohnmacht! Welch ein Bankrott[18]!«

»Von nun an stehen wir vor folgendem Dilemma«, erklärte der belgische Außenminister Vandervelde. »Entweder müssen die anderen Mächte ihre Armeen im Verhältnis zur deutschen Reichswehr vermindern, oder der Friedensvertrag wird hinfällig und Deutschland nimmt für sich das Recht in Anspruch, Streitkräfte zu besitzen, die die Unverletzbarkeit seines Gebietes zu verteidigen in der Lage sind. Aus diesen Tatsachen sind zwei Schlußfolgerungen zu ziehen: einmal, daß alle Kon-

17 Pierre Cot: »Préparation au désarmement«, in »L'Europe nouvelle« vom 8. November 1930, S. 1599.

18 Louis Joxe: »Brumes sur le Léman«, in »L'Europe nouvelle« vom 12. September 1931, S. 1233/1234.

trollmaßnahmen wenig wirksam sind, zum anderen, daß die Entwaffnung entweder allgemein oder überhaupt nicht sein wird[19].«

Paul-Boncour nahm das gleiche Thema auf und bemerkte:

»Man braucht gar nicht Prophet zu sein, man braucht seine Augen nur offenzuhalten, um zu sehen, daß Deutschland im Falle eines endgültigen Scheiterns der Abrüstungsarbeiten oder sogar einfach bei ihrer endlosen Vertagung, von anderen Zwangsmaßnahmen befreit, auch diese abschütteln und sich weigern wird, allein die Rüstungsbeschränkungen auf sich zu nehmen, die der Vertrag zur Bedingung machte, aber auch als Versprechen für eine allgemeine Abrüstung bezeichnete[20].«

Da diese Dinge in die Augen stachen und alle klarsichtigen Geister sie bis zum Überdruß wiederholten, was tat denn Genf?

»Man muß abwarten können«, pflegten Diplomaten alter Schule zu sagen; der Völkerbund, der doch eingerichtet worden war, um mit den Methoden der Vergangenheit zu brechen, befolgte diesen Erfahrungssatz außerordentlich lange. Man ist versucht zu glauben, daß die Fachleute überhaupt keinen Sinn für die Bedeutung der Zeit hatten. Inmitten einer Welt voll ständigen Wandels, in der jeder Tag neue Schwierigkeiten gebar, schien der Völkerbund in Unbeweglichkeit zu verharren. Während sich die Verhandlungen an den Ufern des Genfer Sees endlos in die Länge zogen, bekam Europa ein anderes Gesicht und verwandelte sich zusehends. Das Werk der Kontrollkommission wurde untergraben und verschwand. Was 1927 noch möglich gewesen war, war es 1931 nicht mehr. Der Sieg zerrann unter den Händen der Sieger. Während die Politiker eine Wand von Papier gegen die Gleichheit der Rechte aufrichteten, arbeitete Deutschland bereits daran, die tatsächliche Gleichheit wiederherzustellen. Was wurde ernsthaft unternommen, um das zu verhindern?

So sollte die »Abrüstung der anderen«, die bislang die »Abrüstung von niemandem« gewesen war, bald zu einer »Wiederaufrüstung aller« werden. Das war der Beginn dessen, was Mussolini in seiner Mailänder Rede vom 1. November 1936 »den großen Schiffbruch der Wilsonschen Ideologie« genannt hat.

---

19 Erklärung vom 15. Februar 1927.
20 Artikel im »Journal« vom 26. April 1930.

XXIV Die Politik der Reichswehr

1. Die Etappen der Wiederaufrüstung

Während in Genf die Abrüstungsgespräche stattfanden, bereitete die Führung der Reichswehr, ohne den Völkerbund um Genehmigung zu fragen, methodisch die Grundlagen für den Aufbau einer neuen Wehrmacht vor. Von Zeit zu Zeit erschienen in kleinen, linksgerichteten Publikationen Artikel, in denen auf das »geheime Treiben der führenden Köpfe in der Bendlerstraße« angespielt wurde. Die öffentliche Meinung in Deutschland geriet darob nicht in Aufruhr. Es handelte sich um vereinzelte Vorfälle, die nachzuprüfen nicht möglich war. Außerdem wurden sie sofort von amtlicher Seite dementiert.

Doch eine aufsehenerregende Rede Scheidemanns vor dem Reichstag am 16. Dezember 1926 lüftete einen Zipfel jenes Schleiers, hinter dem die Dienststellen des Reichswehrministeriums arbeiteten. Scheidemann führte aus:

»Wie sehr meine Behauptung richtig ist, daß die Reichswehr sich mehr und mehr zu einem *Staat im Staate* entwickelt hat, zu einem Staate, der seinen eigenen Gesetzen folgt und seine eigene Politik treibt, will ich Ihnen durch Tatsachen beweisen . . .

Nach einer Denkschrift Junkers hat das Reichswehrministerium eine besondere Abteilung unter der Bezeichnung S.G. — Diese ›Sondergruppe‹ des Reichswehrministeriums hat die Verträge mit der Firma Junkers abgeschlossen. Zu den entscheidenden Herren dieser Sondergruppe gehörten die Generale Wurtzbacher und Hasse . . . Zum Teil sind das aktive Offiziere, zum Teil handelt es sich um Herren, die auf Dienstvertrag angestellt worden sind . . . Für diese Sondergruppe hat von 1923 an eine Geldsumme zur Verfügung gestanden, die sich auf jährlich etwa 70 Millionen Goldmark beläuft. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Bei einer Berliner Großbank ist . . . ein Konto eingetragen; die Unterschriften dieses Kontos werden beglaubigt durch das Reichswehrministerium, Heeresleitung, Waffen- und Munitionsabteilung, mit der Unterschrift Spangenberg, Ministerialamtmann. Auf dieses Konto werden durch den genannten Ministerialamtmann Spangenberg im

Reichswehrministerium in Zwischenzeiten von etwa 14 bis 15 Tagen Beträge von ein, eineinhalb bis zwei Goldmillionen in bar eingezahlt. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) . . .

Nach weiteren Ermittlungen stehen Herr Spangenberg und die weiteren Kontoinhaber mit der Gesellschaft zur Förderung gewerblicher Unternehmen, die sich neuerdings Wirtschaftskontor (Wiko) nennt und deren Geschäftsstelle sich in Berlin befindet, in Verbindung. Geschäftsführer dieses Unternehmens, das sich abgekürzt ›Gefu‹ nennt, sind der Major Fritz von Tschunke . . ., der Dr. jur. Otto zur Loye, der sich fast ständig im Ausland, zumeist in Rußland, aufhält. Die Kassenverwaltung der Inspektion für Waffen und Geräte, Dienststelle Spangenberg, hat vor einiger Zeit einige tausend Mark . . . an die Gefu überweisen lassen, wodurch der Beweis einer mittelbaren und unmittelbaren Verbindung zwischen dem Reichswehrministerium und diesem Wirtschaftskontor ganz glatt erbracht ist. (Unruhe und Zurufe rechts.)

Meine Damen und Herren! Die Aufgabe der Gefu besteht darin, Einrichtungen einer Rüstungsindustrie im Auslande, besonders in Rußland, aufzubauen . . .

An den Verhandlungen mit der Firma Junkers am 15. März 1922 im Reichswehrministerium nahm unter anderem der General Hasse teil. Die Unterzeichnung der Verträge erfolgte mit falschem Namen, ebenso wie die Offiziere, die nach und von Rußland reisen, mit gefälschten Pässen ihre Reisen machen. (Große Unruhe und erregte Rufe rechts: ›Hochverräter!‹, ›Kanaille!‹, ›Raus!‹)

. . . . .

Aus Stettin wird uns von absolut zuverlässiger Seite mitgeteilt, die Transporte, die mit mehreren Schiffen . . . Ende September und Anfang Oktober (1926) vorgekommen sind, kamen aus Leningrad. Die Schiffe gehörten der Stettiner Dampferkompanie . . . Die Schiffe hießen ›Gotenburg‹, ›Artushof‹ und ›Kolberg[1]‹ . . . Wie uns weiter mitgeteilt wird, soll die kommunistische Hafenzelle von all diesen Vorgängen genau informiert gewesen sein. (Lautes Lachen und Zurufe von den Kommunisten.)

. . . . .

---

1 Kurz darauf bestätigte der »Manchester Guardian« vom 19. Februar 1927 die Angaben Scheidemanns und brachte eine Meldung über die Ankunft eines neuen Konvois von drei Frachtern — »Gotenburg«, »Artushof« und »Kolberg« — mit einer Ladung von Munition aus der UdSSR in Stettin.

Es ist kein ehrliches und sauberes Verhältnis, wenn Rußland die Weltrevolution predigt und zugleich die deutsche Reichswehr bewaffnet. (›Sehr richtig!‹ bei den Sozialdemokraten; Lachen und lebhafte Zurufe bei den Kommunisten.) . . . Darum Schluß mit diesen Unsauberkeiten!

. . . . .

Die Republik braucht eine bewaffnete Macht, auf die sie sich unter allen Umständen verlassen kann . . . Wir können unmöglich Zustände dulden, die der Erreichung dieses Zieles entgegenstehen. Das wäre ein Verbrechen am deutschen Volk. Darum fordern wir eine Reform der Reichswehr an Haupt und Gliedern!« (›Sehr richtig!‹ bei den Sozialdemokraten.)

Diese Rede, die nur wenige Tage vor der endgültigen Zurückziehung der Interalliierten Kontrollkommission gehalten wurde[2], war für die deutsche militärische Führung höchst unangenehm, da sie die Gefahr einer Verlängerung der alliierten Kontrolle heraufbeschwor. Scheidemann aber störte das nicht. Die Sozialdemokraten hatten durch den Rücktritt des Generals von Seeckt Oberwasser bekommen und strebten nun den Sturz Dr. Geßlers an. Ihre Angriffe vermochten jedoch das Ansehen des Reichswehrministers in keiner Weise zu erschüttern. Seine Stellung wurde dadurch ganz im Gegenteil gefestigt. Dr. Geßler blieb noch über ein Jahr im Amt[3].

Der Schleier aber war nunmehr zerrissen. Die öffentliche Meinung, aufgerüttelt durch Scheidemanns Rede, konnte sich fortan keiner Täuschung mehr darüber hingeben, daß die militärische Führung des Reiches die Wege zur Wiederaufrüstung absteckte und daß die vereinzelten Vorfälle, die bisher bekanntgeworden waren, zu einem Vorhaben riesigen Ausmaßes gehörten, was immer man auch darüber sagen mochte.

Die Interalliierte Kontrollkommission hatte die Zerstörung des größten Teils der alten deutschen Rüstung veranlaßt. Außerdem hatte sie einen großen Teil der Industriebetriebe, die zur Herstellung von Kriegs-

---

2 Gerade zu dieser Zeit standen die Verhandlungen zwischen der Botschafterkonferenz und General von Pawelsz vor dem Abschluß.

3 Dr. Geßler blieb bis zum 20. Januar 1928 Reichswehrminister. Dann trat General a. D. Groener an seine Stelle. Geßler wäre noch länger im Amt geblieben, wenn er nicht durch die Phoebus-Affäre kompromittiert worden wäre. Die Phoebus-Filmgesellschaft hatte von der Reichswehr Geld erhalten, um durch Filme für das Heer zu werben. Die Geschäftsführung dieser Gesellschaft war jedoch verheerend und kostete den deutschen Staat einige Millionen. Der Skandal, der darüber ausbrach, zwang Dr. Geßler zum Rücktritt.

material geeignet waren, umstellen lassen. Doch sei noch einmal betont, daß sie »Deutschland nicht daran hindern konnte, sich an dem Tage, da die äußeren Umstände dies zuließen, ein neues Heer zu schaffen[4]«. Abrüstung und Wiederaufrüstung Deutschlands sind zwei Dinge, die zusammengehören, dennoch aber sorgfältig unterschieden werden müssen. Es handelt sich um eine fallende und eine steigende Kurve, die sich gegenseitig beeinflussen, aber nicht überschneiden.

»Die acht Jahre, die ich die Ehre hatte, an Eurer Spitze zu stehen«, erklärte Dr. Geßler am 20. Januar 1928 in seinem Abschiedserlaß an die Land- und Seestreitkräfte des Reiches, »waren schwere Jahre, denn in ihnen war die deutsche Entwaffnung nach dem Versailler Vertrag zu vollstrecken. Wir konnten in diesen Jahren aber auch aufbauen und die gesetzliche und organisatorische Grundlage für die junge deutsche Wehrmacht schaffen[5].«

Da die Unterscheidung dieser beiden Dinge häufig unterblieben ist, konnte ein falsches Bild vom militärischen Wiederaufbau des Reiches entstehen. Sobald aber die beiden genannten Kurven getrennt voneinander untersucht werden, hellt sich alles auf, und die Entwicklung wird leicht verständlich.

☆

Gleich bei seiner Ernennung zum Chef der Vorkommission für das Friedensheer (5. Juli 1919) hatte sich General von Seeckt die beiden folgenden Fragen gestellt:

1. Wie konnte die Berufsreichswehr so aufgezogen werden, daß aus ihr eines Tages schnell wieder ein Volksheer entstehen konnte?
2. Wie konnte sich das Reich die Möglichkeit bewahren, trotz aller von den Alliierten auferlegten Beschränkungen die militärischen Traditionen bis zu dem Tage einer solchen Umwandlung des Heeres hinüberzuretten?

Diese beiden Grundfragen veranlaßten Seeckt dazu, die Berufsreichswehr nicht als ein *kleines Heer* — das sie in Wirklichkeit war —, sondern als ein *großes Heer in Kleinstformat* aufzufassen, als eine verkleinerte

4 Durch einen eigenartigen inneren Widerspruch erleichterte die Arbeit der I. M. K. K. dieses Vorhaben in gewisser Hinsicht, denn sie zwang Deutschland zur Abschaffung einer Menge veralteten Materials und alten Eisens. Diese Zerstörungen, zu denen sich das Reich wohl kaum freiwillig entschlossen hätte, machten reinen Tisch und ermöglichten später eine um so gründlichere Erneuerung aller Waffengattungen.

5 »Kreuzzeitung« vom 21. Januar 1928.

Wiedergabe des alten kaiserlichen Heeres. So barg denn die Reichswehr als Überbleibsel alle Organe des aufgelösten Heeres und als Keim alle Organe des zukünftigen Heeres in sich[6].

Kompanien waren an die Stelle der alten Regimenter getreten und bewahrten und verkörperten deren Traditionen. Die neuen Regimenter nahmen den Platz der einstigen Divisionen ein. Ihre Standorte aber entsprachen zugleich auch denen der alten Armeekorps. Die neuen Wehrkreise schließlich bildeten die Keimzellen der künftigen Armeen und konnten mit den Heeresinspektionen verglichen werden, die zu Zeiten Wilhelms II. das militärische Gebäude des Reiches krönten.

Der Kapp-Putsch und der militärische Einsatz der Reichswehr — namentlich im Winter 1923/1924 — hatten die sorgsam durchdachte Aufbauarbeit verzögert.

Seit 1924 hatte die Reichswehr dann die Ruhe, die ihr die Stabilisierung der politischen Lage gewährte, für eine andere, schwierigere und wichtigere Aufgabe, die Vorbereitung des Übergangs vom 100 000-Mann-Heer zum Volksheer, benutzt. Damit aber kommen wir zur eigentlichen Wiederaufrüstung.

Die Grundsätze, die auf diesem Gebiet befolgt wurden, hat General von Seeckt ebenfalls dargelegt. In seinen Ausführungen findet sich das Bestreben, Güte an Stelle von Masse zu setzen[7]:

»Die Bereithaltung eines modernen Rüstungsmaterials für die Millionenheere wird zur Unmöglichkeit ... Die Anhäufung großer Reservebestände ist das Unwirtschaftlichste, was es geben kann, und gleichzeitig infolge natürlicher Überalterung von zweifelhaftem militärischem Wert ... Für die Massenbewaffnung gibt es nur einen Weg: die Feststellung des Typs der Waffe zusammen mit der Vorbereitung der Massenanfertigung im Bedarfsfall. Die Armee in Verbindung mit der Technik ist in der Lage, durch dauerndes Studium in Versuchsanstalten und Übungsplätzen den jeweilig besten Typ der Waffe festzustellen ... Die Vorbereitung der Umstellung der Fabriken vom

---

6 Siehe oben, S. 129—135.

7 Seeckt machte kein Hehl daraus, daß er kleinen Berufsheeren wie denen Turennes und Friedrichs des Großen den Vorzug vor den Massenheeren der heutigen Kriege gab. An einer Stelle seines Buches über die Reichswehr, an der er eingehend die Güte der Masse gegenüberstellt, kommt er zu dem Schluß, daß die Entscheidung in dem ständigen Kampf zwischen Mensch und Material nicht in einer quantitativen Vermehrung des Materials, sondern nur in einer Steigerung des Wertes des Einzelkämpfers, die durch eine ständige Verbesserung der Waffen erreicht werden könne, gesucht werden dürfe. (Vgl. »Die Reichswehr«, S. 35 ff.)

Friedens- zum Kriegsbetrieb, Bereithaltung von Material und Maschinen, verlangt naturgemäß schon im Frieden staatliche Subventionierung, die aber immer noch vorteilhafter für den Staat sein wird als die Beschaffung und Unterhaltung von großen und veraltenden Rüstungsvorräten[8].«

Wie aber sollte ein solches Programm in Fabriken durchgeführt werden, die den Besuchen der alliierten Kontrolleure unterworfen und zum großen Teil derartig umgebaut worden waren, daß sie für die Kriegsproduktion nicht mehr zu brauchen waren? Um diese Schwierigkeit zu umgehen, verfiel das Reichswehrministerium auf einen erfinderischen Ausweg.

Die von Seeckt geforderte Herstellung von Waffentypen sollte im Ausland erfolgen, in Fabriken, die außerhalb der Kontrollmöglichkeiten der I.M.K.K. lagen. Die Schweiz, Holland, Dänemark, Schweden, die UdSSR, die Türkei und Spanien stellten Deutschland Versuchsgelände zur Verfügung, auf denen die deutschen Ingenieure ihre weiterentwickelten Waffen so lange erproben konnten, bis das Reich diese eines Tages wieder auf eigenem Gebiet bauen konnte. Auf deutschem Gebiet verblieben nur die Konstruktionsbüros und die Versuchsanstalten, die den Ingenieuren Anweisungen für den Bau verschiedener Waffentypen gaben. Die Verbindung zwischen den Konstruktionsbüros und den Fabriken im Ausland wurde von Privatgesellschaften, wie der »Gefu«, dem »Wiko« und anderen[9], wahrgenommen, die ihrerseits in Verbindung mit verschiedenen Dienststellen der Reichswehr standen, insbesondere mit dem an die Stelle des Generalstabes getretenen Truppenamt, dem Heereswaffenamt und mit der sehr wichtigen Heeresausbildungs-Abteilung, die bis Ende 1926 von Oberst von Blomberg geleitet wurde und dem Oberbefehlshaber direkt unterstellt war.

☆

Eine der Hauptsorgen der Reichswehr war es, auf dem Gebiet des Luftfahrtwesens nicht ins Hintertreffen zu geraten. Forschungszentrum für

8 Von Seeckt: »Gedanken eines Soldaten«, Berlin 1929, S. 99/100.

9 In einem Vortrag vor einer Gruppe, die sich »Gesellschaft 1914« nannte, erklärte Dr. Geßler im Frühjahr 1925, im Friedensvertrag von Versailles sei kein Verbot enthalten, daß sich der Generalstab nach seiner Auflösung nicht in Gestalt einer Privatgesellschaft neu bilden könne.

diesen Rüstungszweig war die »Wissenschaftliche Gesellschaft für Luftfahrt« in Berlin unter dem Vorsitz von Prinz Heinrich von Preußen[10]. Von hier aus wurden die Anweisungen zum Bau verschiedener Prototypen gegeben und dadurch die Aufteilung der Arbeit unter die einzelnen Herstellungsfirmen ermöglicht.

Diese Firmen besaßen neben ihrem Stammhaus in Deutschland eine Anzahl mehr oder weniger ausgebauter Filialbetriebe im Ausland. Eine der ersten, die ihre Werke ins Ausland verlegten, war die Firma Junkers, die bereits im Jahre 1922 entsprechende Vereinbarungen mit der UdSSR getroffen hatte. Kurz darauf hatte sie dann noch ein Werk in Malmö in Schweden gebaut, das unter dem Namen »Svensk Flygindustrie« einen raschen Aufschwung nahm. Im Jahre 1929 beschäftigte dieses Werk 450 Arbeiter und baute außer Zivilflugzeugen für die skandinavischen Länder auch Militärflugzeuge verschiedener Gattungen[11].

Die Firma Rohrbach ließ sich in Kopenhagen in Dänemark nieder, wo sie den Einbau von drehbaren Maschinengewehren, leichten Kanonen und Bombenabwurfgeräten in Flugzeuge weiterentwickelte. In Verbindung mit der Firma Junkers errichtete Rohrbach ein Flugzeugwerk in Eskishehir in der Türkei, in dem Flugzeuge für die türkische Regierung gebaut wurden. Zu diesem Werk gehörte eine Flugzeugführerschule unter der Leitung von 20 Reichswehroffizieren, die entweder beurlaubt oder zur Disposition gestellt worden waren[12].

Die Firma Fokker hatte Niederlassungen in Holland und in der UdSSR gegründet und ihren Schwerpunkt nach Moskau, Leningrad, Smolensk und Kiew verlegt. Ihr Hauptwerk, das 1925 in Mchetsk entstand, erreichte eine Monatsproduktion von 13 Jagdflugzeugen des Musters »Fokker D 13«, die mit 450-PS-»Napir«-Motoren ausgestattet waren, und vier Langstreckenbombern, deren Bewaffnung aus drei Maschinengewehren, einem Torpedorohr und zwei Abwurfgeräten für Gasbomben bestand.

Die Firma Heinkel hatte unter dem Namen »Svenska Aero« eine Nie-

---

10 Dem Vorstand gehörten auch Prinz Ludwig von Hessen, Hauptmann Baumker und Major von Tschudi an. Die beiden letzteren waren Fachleute für den Luftkrieg.

11 So besonders das Postflugzeug »A 20«, den zum Muster »K 39« umgebauten Typ »F 13«, einen Aufklärungsdreisitzer, die Bombenflugzeuge »R 42«, »R 45« und »R 30«, die aus dem ausgezeichneten Jagdzweisitzer »K 57« entwickelt worden waren, usw. (Vgl. Oberstleutnant Reboul: »Non, l'Allemagne n'a pas désarmé!«, S. 178/179.)

12 Vgl. Frédéric Eccard: »Comment l'Allemagne protège ses secrets«, Paris 1927, S. 5. (Sonderdruck der »Revue hebdomadaire«.)

derlassung in Stockholm gegründet und stellte dort ebenfalls Jagd- und Bombenflugzeuge her.

Die auf den Bau von Wasserflugzeugen spezialisierte Firma Dornier besaß ihre Hauptniederlassung auf dem deutschen Ufer des Bodensees. Auf dem gegenüberliegenden Ufer, in Altenrhein in der Schweiz, hatte sie jedoch noch einen Zweigbetrieb, der indiskreten Blicken entzogen blieb[13]. Daneben hatte Dornier noch ein Werk in Holland, in dem der auch von der holländischen Marine eingeführte »Dornier-Wal« gebaut wurde. Ein weiterer beachtlicher Zweigbetrieb der Firma befand sich in Kronstadt (UdSSR). Er lieferte Wasserflugzeuge für den russischen Flottenstützpunkt an der Ostsee, auf den die Sowjets große Hoffnungen setzten[14].

»Bis 1926«, schrieb Oberstleutnant Reboul, »widmete sich die deutsche Militärluftfahrt Forschungsaufgaben. Erst im Jahre 1927 brachte sie neue Flugzeugmuster heraus[15].« Dann aber neigte sich der Schwung ihrer Neubautätigkeit scheinbar seinem Ende zu. Zwar wurden einzelne Verbesserungen vorgenommen, neue Typen aber wurden vorerst nicht entwickelt. Erst im Jahre 1930 wurde der Bau der vier- und sechsmotorigen Riesenflugzeuge »Junkers G 38« und »Dornier DO-X« vollendet. Im Palais Bourbon wurden damals riesige Produktionsziffern genannt, und man sprach hier von einem Monatsausstoß von 3 000 Flugzeugen. Das waren Phantastereien, um die Gemüter zu beeindrucken[16]. Trotz der andauernden Arbeit der deutschen Ingenieure und Piloten waren die wahren Ziffern viel bescheidener. Die Zahl der im Jahre 1930 gebauten Flugzeuge belief sich nach Reboul auf 100 bei Junkers, 68 bei Focke-Wulf, 36 bei Heinkel und 68 bei Klein[17]. Die Produktion der Firmen, die Reboul nicht aufführt, dürfte diesem Durchschnitt entsprechen. Es darf nicht vergessen werden, daß die Werke verpflichtet waren, neben der

---

13 Reboul, a. a. O., S. 180.

14 Maurice Laporte: »Sous le casque d'acier«, S. 296.

15 Reboul, a. a. O., S. 180.

16 Zum damaligen Zeitpunkt war kein Land in der Lage, Flugzeuge in dieser Menge herzustellen. In einer Rede vor dem Unterhaus schätzte Baldwin am 1. März 1935 die Stärke der deutschen Luftstreitkräfte auf die Hälfte der britischen, das heißt 500 bis 600 Flugzeuge. Lloyd George dankte dem britischen Premierminister für die »Widerlegung des dummen Märchens, nach dem Tausende deutscher Flugzeuge bereitstünden, sich auf England zu stürzen und London in einer Nacht zu zerstören.« Im Jahre 1936 lag die Gesamtzahl der deutschen Militärflugzeuge zwischen 1 500 und 1 800 Maschinen. (1 500 nach dem »Jahrbuch des Völkerbundes« und der Zeitschrift »The Army, Navy and Air Force Gazette«; 1 700 nach »L'Europe en armes«, Sondernummer von »Document« vom 1. November 1935; 1 800 nach Georges Bonnet in »Paris-Soir« vom 3. Dezember 1936.)

17 Reboul, a. a. O., S. 182.

Entwicklung der genannten Baumuster auch Zivil- und Militärflugzeuge für die Regierungen, die ihnen Gastfreundschaft gewährten, zu bauen[18].

☆

Auch bei der chemischen Industrie ist eine ähnliche Entwicklung festzustellen. Die Aufgaben zentraler Forschungsstellen nahmen hier das Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin, das Chemotechnische Institut in Breslau und einige Laboratorien der Privatindustrie (Schering-Kahlbaum, Hugo Stolzenberg, I.G.-Farben usw.) wahr[19].

Die an der Herstellung chemischer Produkte arbeitenden Unternehmen errichteten ihre Zweigstellen mit Vorliebe in Rußland. Schon 1924 wurde in Trozk an der Wolga Phosgen- und Lost-Gas (Gelbkreuz und Blaukreuz) hergestellt. Das Werk stand unter der Leitung von Ingenieuren der Firma Hugo Stolzenberg in Hamburg.

Nach einem Besuch des russischen Chemikers Tscherzeff in Berlin begab sich im Dezember 1928 eine Abordnung deutscher Techniker, bestehend aus zehn Diplom-Chemikern aus Ludwigshafen, nach Moskau und baute dort die Dienststellen der »Union der Chemischen Industrien der UdSSR« auf. Vermutlich führte diese Zusammenarbeit zu zufriedenstellenden Ergebnissen, denn andere Firmen (besonders aus Leverkusen) säumten nicht, diesem Beispiel zu folgen. Neue Fabriken entstanden auf sowjetischem Boden, zunächst einmal das »Städtische Laboratorium« in Kalinin, das im Jahre 1928 nach dem Vorbild des Chemotechnischen Instituts in Breslau gebaut und eingerichtet wurde. Hier arbeiteten 35 deutsche Ingenieure mit ausschließlich deutschem Gerät. Dann entstand in Mchetsk neben dem Fokker-Werk ein Laboratorium für technische Versuche und ein chemisches Zentrum zur Erforschung von Explosiv- und Brandgasen. Die Zusammenarbeit kam auch

18 So hat Fokker vom Zeitpunkt der Niederlassung in Rußland bis 1929 der sowjetischen Armee 824 Jagd- und Bombenflugzeuge geliefert. Dornier hat den sowjetischen Flottenstützpunkt an der Ostsee durch die Lieferung von 80 überschnellen zweimotorigen Zweisitzern mit Torpedorohren, Bombenschächten und Gasbehältern vollständig ausgerüstet. Überdies wurde das vor dem Eintreffen der Deutschen völlig unbedeutende russische Zivilflugnetz von 6000 km im Jahre 1925 auf 29000 km im Jahre 1930 erweitert. Eine ähnliche Entwicklung war bei der Produktion von Explosivstoffen und Giftgasen festzustellen. Die Zusammenarbeit des Generalstabes der Reichswehr mit dem der »Roten Armee« erfolgte durch die Vermittlung zwischengeschalteter Gesellschaften und auf der Grundlage der in Berlin und Rapallo unterzeichneten Handelsverträge, ohne daß eine Ergänzung dieser Verträge durch militärische Bestimmungen notwendig gewesen wäre.

19 General Debeney: »Le Réarmement allemand«, S. 26. Die deutsche chemische Industrie, eine der größten der Welt, beschäftigte damals ungefähr 370000 Arbeiter.

in diesem Falle weitgehend der UdSSR zugute, denn die bis 1923 völlig unbedeutende chemische Industrie Rußlands entwickelte sich nun mit einer märchenhaften Geschwindigkeit.

Rußland war von Deutschland um Überlassung von Übungsplätzen zur Erprobung von Explosivstoffen und Kampfgasen gebeten worden. An die skandinavischen Länder wandte sich das Reich mit der Bitte um geeignetes Gelände zur Erprobung seiner Geschütze und Kampfwagen.

Bereits im Jahre 1919, gleich nach dem Vertrag von Versailles, hatte die Firma Krupp den Stahlwerken Bofors in Schweden Lizenzen, Patente und ihre gesamte südamerikanische Kundschaft gegen eine Beteiligung an dieser Gesellschaft überlassen. Wie aber sah diese Beteiligung im einzelnen aus? Darüber war lange Zeit nichts zu erfahren. Eine Untersuchung, die auf Ersuchen des schwedischen Parlaments vorgenommen wurde, brachte jedoch zutage, daß sich die Firma Krupp seit 1927 im Besitz eines Drittels des Kapitals der Gesellschaft Bofors und ihrer Tochtergesellschaft Nobelkrut, die sich auf die Herstellung von Pulver und Explosivstoffen spezialisiert hatte, befand.

Gewiß konnten die Bofors-Werke, die seinerzeit nur 2 000 Arbeiter beschäftigten, dem Reich keine großen Waffenmengen liefern. Das war übrigens auch gar nicht ihre Aufgabe. Es handelte sich hier abermals um eine Forschungsstelle, in der sich etwa 30 deutsche Techniker mit der Entwicklung neuer Waffentypen befaßten, die dann in Essen oder anderswo serienmäßig hergestellt werden sollten[20].

Das gleiche Verfahren wurde für die Entwicklung von gepanzerten Kraftfahrzeugen und Kampfwagen angewandt. Diese wurden in den Landverk-Fabriken ebenfalls in Schweden gebaut. Zwei Drittel des Kapitals dieser Gesellschaft befanden sich im Besitz der deutschen Stahlindustrie[21].

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß der Bau neuer Unterseeboot-Typen auf der Werft Echevarrieta in Vigo (Spanien) sowie in Kronstadt und in Sewastopol in der UdSSR vorbereitet wurde. Die Kronstädter Unterseeboote wurden nach den Weisungen von Ingenieuren der Kieler Werften zusammengebaut. Die erforderlichen Präzi-

---

20 Infanteriegeschütze des Kalibers 3,5 cm, 3,7 cm und 4 cm; Pakgeschütze des Kalibers 4,8 cm, 7,6 cm und 7,7 cm; Flakgeschütze des Kalibers 7,5 cm, 8 cm und 9,5 cm; verbesserte Modelle für die schwere Feldartillerie, Panzerplatten für Kampfwagen usw.

21 General Debeney (»Le Réarmement allemand«, S. 25) verweist ebenfalls auf die Entwicklung leichter und mittlerer Panzer in England und in den Vereinigten Staaten.

sionsapparate wurden sämtlich in Kiel direkt hergestellt, ebenso die aus besonderem Stahl bestehenden Tauchzellen[22].

So unvollkommen dieses Bild auch sein mag, es genügt doch, einen allgemeinen Eindruck von den Methoden, nach denen verfahren, und von der Arbeit, die geleistet wurde, zu vermitteln.

☆

Die Zeit der Entwicklung und Erprobung neuer Waffentypen dauerte ungefähr von 1924 bis 1929. Dann war das Stadium der Versuche und der vorbereitenden Arbeiten abgeschlossen. Jetzt begann die zweite Etappe der Wiederaufrüstung: die Vorbereitung der deutschen Industrie für die serienmäßige Herstellung der im Ausland entwickelten Typen.

Hierfür war eine ungeheure Arbeit der Neuorganisation und des Neuaufbaus erforderlich. Alle Werke und Industriebetriebe, die auf Veranlassung der Interalliierten Kontrollkommission geschlossen oder umgestellt worden waren, mußten neu beginnen und mit Maschinen ausgestattet werden, die moderner waren als alles, was die Alliierten zerstört hatten. Auch mußten Fachkräfte für die Kriegsproduktion herangebildet werden. Diese Arbeit hatte Seeckt gemeint, als er sich über die Notwendigkeit der »Vorbereitung der Umstellung der Fabriken vom Friedens- zum Kriegsbetrieb« ausließ. Und er hatte dem noch hinzugefügt, daß die Erfüllung dieser Aufgabe und die »Bereithaltung von Material und Maschinen naturgemäß schon im Frieden staatliche Subventionierung verlangen«.

Doch nicht der deutsche Staat war es, der dieses Programm finanzierte. Wie hätte er das auch tun können, ohne sich Strafmaßnahmen seitens der Alliierten auszusetzen und den Widerstand eines großen Teiles des Reichstags hervorzurufen? Das Reichswehrministerium selbst besorgte die Finanzierung und entnahm die dazu benötigten Beträge seinem eigenen Haushalt, der im einzelnen nicht der Kontrolle des Parlaments unterlag.

1924 wandte Deutschland 459 Millionen Mark für sein Heer auf. 1925 stieg dieser Betrag auf 588 Millionen und 1926 auf 642 Millionen. Die Kurve stieg im Laufe der nächsten Jahre noch weiter an: 706 Millionen Mark waren es 1927, 728 Millionen 1928, und für das Jahr 1930 forderte General Groener schließlich 788 Millionen[23].

22 Maurice Laporte, a. a. O., S. 307.

23 Vgl. Victor de Marcé: »L'Allemagne désarmée«, in »Revue politique et parlementaire«, Nummer vom 10. Juli 1929. In dieser Studie unternimmt der Autor eine eingehende Untersuchung der deutschen Militärhaushalte von 1924 bis 1929.

Diese Zahlen sprechen bereits für sich[24]. Aber das war noch nicht alles. »In Frankreich«, schrieb der Senator des Departements Bas-Rhin, Eccard[25], »wird jeder Kredit für ein Jahr eröffnet und ist zweckgebunden. Beträge, die im Laufe eines Haushaltsjahres nicht verbraucht werden, können auf das nächste Jahr nicht übertragen werden. In Deutschland wird grundsätzlich ebenso verfahren. Gewisse Haushaltsmittel aber werden als ›übertragbar‹ erklärt und können zu ganz anderen Zwecken als ursprünglich vorgesehen verwandt werden, wenn der eigentliche Verwendungszweck erreicht ist und Überschüsse bleiben. Die Regierung darf dann diese Überschüsse im laufenden Haushaltsjahr oder in den folgenden Jahren nach Belieben verwenden. Ein Minister braucht nur die Zahl der entsprechenden Haushaltstitel zu vergrößern und die Beträge auflaufen zu lassen, wenn er eines Tages über beträchtliche Gelder verfügen will, die der Kontrolle des Parlaments entzogen sind.«

Aus diesem frei verfügbaren Betrag, der von Jahr zu Jahr gewachsen war, schöpfte die Reichswehr die Subventionen, die sie der Privatindustrie gewährte: 8 Millionen jährlich für die Sportfliegerei, 35 Millionen für die »Gefu[26]«, 45 Millionen im Jahre 1926 und mehr als 60 Millionen im Jahre 1927 für die Flugzeugindustrie[27], 15 Millionen allein im ersten Trimester 1930 für das Kaiser-Wilhelm-Institut und zugleich 50 Millionen für die »Notgemeinschaft Deutsche Wissenschaft[28]«. Gar nicht erwähnt seien die Subventionen für Rheinmetall, die Vulkan-Werke, Mannesmann, die Schichau-Werft usw., die diese Industriebetriebe für die Wiederherstellung ihrer Fabrikanlagen erhielten.

Sollte die Abrüstungskonferenz, deren Eröffnung in Genf im Jahre 1932 bevorstand, mit einem Fehlschlag enden, wie es die Auseinandersetzungen in der Vorbereitenden Kommission vermuten ließen, dann konnte die deutsche Wiederaufrüstung sofort in ihr entscheidendes Stadium eintreten. Die Waffentypen waren erprobt, die Industrieanlagen wiederhergerichtet. Nun brauchten nur noch die Rohstoffe eingeführt und die Fabriken auf volle Touren gebracht zu werden.

---

24 Aus ihnen kann man errechnen, daß Deutschland im Jahre 1930 für jeden Soldaten 2 800 Mark gegen 1 200 Mark im Jahre 1913 aufbrachte. (Vgl. Paul Tirard: »La France sur le Rhin«, S. 170/171.)

25 Frédéric Eccard: »Comment l'Allemagne protège ses secrets«, S. 5. So waren von den 706 Millionen Mark des Haushalts 1927 allein 230 Millionen »übertragbar«.

26 »Frankfurter Zeitung«, 24. Februar 1927.

27 Frédéric Eccard, a. a. O., S. 5.

28 Maurice Laporte, a. a. O., S. 210/211.

XXV Die Politik der Reichswehr

2. Auf dem Wege zur Eroberung der Macht

»Sie werden aus diesem Heer niemals das Heer des Landtages machen! Ich suche die Ehre Preußens darin, daß es jedes schändliche Bündnis mit der Demokratie meidet!« BISMARCK
Rede im Preußischen Landtag, November 1850.

Wenn man Krieg führen will«, hatte Clemenceau gesagt, »dann genügt es nicht, daß man das Material dazu hat. Man muß sich noch einiger anderer Voraussetzungen dafür vergewissern.« Ebensowenig konnte die Entwicklung neuer Waffentypen und der Umbau der Fabriken für den Übergang vom 100 000-Mann-Heer zum Volksheer genügen. Die Reichswehr mußte ihren Einflußbereich ausweiten und sich immer mehr mit Volk und Staat identifizieren. Materielle und technische Wiederaufrüstung auf der einen und Eroberung der Macht auf der anderen Seite waren somit nur zwei Erscheinungsformen ein und desselben Programms.

Für die Vorläufige Reichswehr hatte es dieses Problem nicht gegeben. Die Freiwilligen der Freikorps waren in den Kampf gezogen, um die Heimat vor einer unmittelbar drohenden Gefahr zu bewahren, dem Chaos Einhalt zu gebieten und »Sicherheit und Ordnung« wiederherzustellen. Sie scharten sich spontan um ihre Führer und gehorchten damit dem Selbsterhaltungstrieb, dem Willen, trotz der Unzulänglichkeit der zivilen Behörden zu überleben. Ihr Einsatz war ein »Kampf von Volk ohne Staat«, wie es General von Hülsen so ausgezeichnet formuliert hat[1].

Die Frage nach dem Verhältnis zwischen Heer und Staat kam erst nach dem Kapp-Putsch auf, als man an den Aufbau der Berufsreichswehr ging, und der erste, der sie anschnitt, war General von Seeckt. »Im Innern verkörpert das Heer«, schrieb er in seinen »Gedanken eines Soldaten[2]«, »den Staatswillen und die Staatsmacht gegenüber allen staatsfeindlichen Bestrebungen und erfüllt damit die Aufgabe, dem Ganzen staatliche Ordnung und Sicherheit zu gewähren. Wie der Staat, so ist auch das Heer nicht um seiner selbst willen da, sondern sie sind beide Formen, in denen sich der Wille eines Volkes zum Leben und Bestehen zeigt.«

---

1 »Deutsche Heeresgeschichte«, hrsg. von Karl Linnebach, S. 362.
2 Seeckt: »Gedanken eines Soldaten«, S. 114.

Und so übertrug der Chef der Heeresleitung diese Grundsätze auf die alltägliche Wirklichkeit: »Das Heer«, erklärte er in seinem Erlaß vom 1. Januar 1921, »ist das erste Machtmittel des Reiches. Jeder Angehörige muß sich bewußt sein, daß er in und außer Dienst Vertreter und Mitträger der Reichsgewalt ist. Sein Auftreten und sein ganzes äußeres Leben muß dieses Bewußtsein und das daraus entspringende Verantwortungsgefühl erkennen lassen[3].«

»Diese Bereitschaft zum Dienst, Gehorsam und Opfer«, bemerkte Oberst Marcks, »verlangte einen Staat, der ihrer wert war. Der Staat der Weimarer Verfassung war es nicht[4].« Die Führer der Reichswehr führten viele Gründe zur Rechtfertigung ihrer grundsätzlichen Ablehnung des Regimes an. Einer dieser Gründe verdient besonders hervorgehoben zu werden: Das Regime war unfähig, Größe und Sicherheit des Staates zu gewährleisten, das Reich »in Form« zu halten in dem Sinne, den Spengler diesem Ausdruck verleiht[5].

Die Regierung stand vor der Notwendigkeit, zwischen all den Parteien des Reichstages das Gleichgewicht zu wahren, und war für die geringsten Schwankungen der öffentlichen Meinung anfällig. In sich selbst konnte sie daher keine Festigkeit finden.

Jedesmal, wenn eine Krise ausbrach, stand der Staat vor dem Zerfall — oder aber er mußte das Heer zu Hilfe rufen. Das war 1919 und 1923 der Fall gewesen und sollte sich auch 1932 wiederholen. Doch jedesmal, wenn das Parlament das Heer zu Hilfe rief, stellte es damit seine eigene Ohnmacht unter Beweis und erhöhte somit das Ansehen der Reichswehr. Damit war bewiesen, daß das Land ohne das rettende Eingreifen der Reichswehr von Zeit zu Zeit in die Anarchie zurückgefallen wäre. Ein solcher Zustand, erklärte Dr. Geßler abschließend in seiner »Denkschrift über den Ausnahmezustand«, dürfe nicht von Dauer sein. Das Heer sei nicht dazu da, in periodischen Abständen immer wieder die Ordnung herzustellen, sondern diene zur Verteidigung der Grenzen. Es müsse von weiteren innenpolitischen Aufgaben,

---

3 Erlaß Nr. 1240/20 des Chefs der Heeresleitung über die »Grundlagen der Erziehung des Heeres«, Heeresverordnungsblatt vom 1. Januar 1921. (Abgedruckt in Linnebach: »Deutsche Heeresgeschichte«, S. 385.)

4 Oberst Marcks: »Das Reichsheer von 1919 bis 1935«, in Linnebach: »Deutsche Heeresgeschichte«, S. 393.

5 »Eine Bewegung hat Form, das Bewegte ist in Form oder, um wieder einen Sportausdruck von Bedeutung anzuwenden: Ein vollendet Bewegtes befindet sich in vollkommener Verfassung. Das gilt von einem Rennpferde oder Ringer ebenso wie von einem Heer oder Volk . . . Ein Volk ist als Staat ›in Form‹.« (Oswald Spengler: »Der Untergang des Abendlandes«, Band II, München 1923, S. 444 und 445.)

wie der Aufrechterhaltung der Reichsautorität gegenüber den Ländern, befreit werden. Dafür sollten seinen Aktionen aber Verwaltungsreformen folgen. Die Reichsverfassung müsse so umgestaltet werden, daß sie in Zukunft einen Konflikt zwischen dem Reich und den Bundesländern ausschließe.

Die Weimarer Republik zeigte sich jedoch außerstande, derartige Verfassungsänderungen vorzunehmen. Der Friedensvertrag verbot die Unterstellung der Polizei unter die Reichsgewalt. Die Sozialdemokraten würden niemals eine Beschränkung der Rechte der Landtage zugeben. So mußte das Heer denn notgedrungen von Zeit zu Zeit eingreifen, um die Fehler des Parlaments wiedergutzumachen — und war dabei auch noch den Angriffen eben jenes Parlaments ausgesetzt.

So schwankte Deutschland zwischen zwei entgegengesetzten Polen hin und her. Was das Heer durch seine Autorität in Ordnung gebracht hatte, machte das Parlament durch seine Ohnmacht sogleich wieder zunichte. Ist es unter solchen Umständen verwunderlich, daß sich das Heer dagegen wehrte, dieses Regime als Dauerzustand zu betrachten, daß es in ihm lediglich einen Notbehelf sah, der früher oder später durch eine straffere Führung ersetzt werden mußte? Und ganz instinktiv trachtete die Reichswehr selbst danach, an die Stelle dieses Regimes zu treten.

Ein großer Schritt in dieser Richtung wurde an dem Tage getan, da Generalfeldmarschall von Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt wurde. Von diesem Augenblick an fand die Reichswehr endlich eine feste Größe, an die sie sich halten konnte, etwas, wonach das Offizierkorps seit dem Abgang des Kaisers getrachtet hatte: eine persönliche Einheit zwischen Heer und Staatschef.

Die Lehre von der Identität von Heer und Staat, die Seeckt umrissen hatte und die von seinen Nachfolgern übernommen worden war, erhielt dadurch eine neue Bestätigung[6]. Neben dem Parlament entstand allmählich eine zweite Regierungsebene. Im Jahre 1919 war der Oberbefehlshaber der Vorläufigen Reichswehr von drei Zivilisten abhängig

6 »Der Reichspräsident wird vom Volk gewählt«, schrieb Oberst Marcks, »und verkörpert somit den Willen des Volkes. Sein äußerstes Machtmittel ist die Verhängung des Ausnahmezustandes, denn das Heer ist das einzige Exekutivorgan, dessen Einfluß auf das ganze Reich ausstrahlt und das in der Lage ist, den Willen des Reiches überall durchzusetzen. Das genügt, um die Bedeutung der Reichswehr für die Reichsregierung und die der Verbindung der Reichswehr zum Reichspräsidenten zu unterstreichen, denn der Reichspräsident allein hat das Recht, diese dringenden Maßnahmen zu treffen und den Einsatz des Heeres zu verfügen.« (»Wissen und Wehr«, Januar-Nummer 1931, S. 6/7.)

gewesen: einem Minister (Noske), einem Kanzler (Scheidemann) und einem Reichspräsidenten (Ebert). Im Jahre 1925 wurde ein Soldat Reichspräsident (Hindenburg). Im Jahre 1928 wurde dann auch das Amt des Reichswehrministers von einem Soldaten übernommen (Groener). Und als schließlich im Jahre 1932 General von Schleicher die Ämter des Reichskanzlers und des Reichswehrministers in seiner Person vereinigte und mit Zustimmung des Feldmarschalls mit Hilfe von Notverordnungen regierte, war die militärische Hierarchie vom Kopf bis zum Fuße des ganzen Machtapparates wiederhergestellt, und das Parlament sah sich recht eigentlich ausgeschaltet.

Eine Reihe von Äußerungen spiegelt diese fortschreitende Identifizierung der Reichswehr mit dem Staate sehr klar wider. Im Juli 1920 hatte General Maercker seinen Kameraden erklärt: »Politik treiben heißt: eine Staatsform erdenken und erstreben, die als die beste erkannt ist und auf das Land übertragen werden soll. Der Soldat hingegen ist berufen, die *bestehende* Staatsform gegen Angriffe von innen und außen zu verteidigen ... Der Soldat hat stets *die* Staatsform zu beschützen, die der Volkswille bestimmt hat[7].«

Acht Jahre später erklärten die Offiziere: »Da das demokratische Regime den Beweis seiner Unfähigkeit erbracht hat, ist es Sache des Heeres, dem Lande eine neue Staatsform vorzuschlagen, wenn es aus sich heraus nicht in der Lage ist, wieder ins Gleichgewicht zu kommen.« In einem Artikel, der am 21. Juli 1929 in der »Magdeburger Zeitung« erschien, führte General von Hammerstein aus: »In der Zeit des Zusammenbruchs und der Revolution hat das deutsche Offizierskorps gelernt, Staat und Staatsform zu unterscheiden und dem Staat in seiner ›permanenten Identität‹ zu dienen, selbst wenn er führerlos sein sollte. Das Symbol der Staatsidee ist heute der Reichspräsident. Er ist damit weit über die kurzlebigen Regierungen und die schwankenden Machtverhältnisse in den verschiedenen Regierungsinstanzen hinausgehoben.«

Die gleiche Entwicklung war in den Erlassen über die »Pflichten des deutschen Soldaten« zu beobachten. Artikel 9 des Erlasses vom 2. März 1922 begnügte sich mit der negativen Feststellung: »Der Soldat darf sich politisch nicht betätigen.« — Im Erlaß vom 9. Mai 1930 stand dafür folgende Neufassung: »Die Reichswehr dient dem Staat, nicht den Parteien.« (Artikel 2.) Und in seiner Studie über »Die Generäle in der deutschen Republik« zieht Heinz Brauweiler daraus die Schlußfolge-

7 General Maercker: »Vom Kaiserheer zur Reichswehr«, S. 325/326.

rung: »Von der Gewalt des Reichspräsidenten aber ist die Stellung der Reichswehr nicht zu trennen. Reichspräsident und Reichswehr dienen der Idee des Staates[8].«

☆

Diese Auffassung vom Staat hätte leicht ein bloßes Abstraktum bleiben können, wenn das Volk ihr seine Zustimmung verweigert hätte. Was sollte an dem Tage, da der Feldmarschall abtreten würde, aus diesem kühnen Gedankengebäude werden, das aus dem Reichspräsidenten den Garanten des Heeres und aus dem Heer den Garanten der Reichseinheit machte? Falls es dann zu einer Wiedereinführung der Monarchie käme, wäre das Reich gerettet. Sollte das Volk aber einen Demokraten oder einen Sozialisten zum Staatsoberhaupt wählen, würde dieses ganze Gebäude zusammenstürzen. Und die Reichsverfassung bot Deutschland keinen Schutz vor einer solchen Entwicklung . . .

Außerdem setzte die Schaffung eines Volksheeres die Wiederherstellung der allgemeinen Wehrpflicht voraus. Wenn dann aber die politische Uneinigkeit noch immer das Land zerriß, würde sie auch Eingang ins Heer finden und seine moralische Einheit zerbrechen. Die ganze Aufbau- und Säuberungsarbeit der letzten sechs Jahre wäre dann umsonst gewesen. Die politischen Auseinandersetzungen würden in den Kasernen weitergehen, und die Autorität der Offiziere wäre erneut in Frage gestellt. Das wäre eine Rückkehr zu den düstersten Augenblicken der ersten Revolution.

Was war denn eigentlich im November 1918 geschehen? Unter dem Druck der Ereignisse hatte sich die Mehrheit des Volkes, das heißt die Truppe, vom Offizierkorps abgewandt, und das Offizierkorps hatte allein dagestanden. Im gegenwärtigen Zustand der inneren Zerrissenheit des deutschen Volkes bestand die Gefahr, daß ähnliches sich noch einmal wiederholen könnte. Wie sollte aus diesem Volk, das in eine Unzahl sich gegenseitig hassender und zerfleischender Parteigrüppchen aufgesplittert war, überhaupt von einem Tag auf den anderen ein einheitliches, moralisch fest in sich gefügtes Heer entstehen? »Die Wiederherstellung der allgemeinen Wehrpflicht«, sagte damals eine angesehene und vielbeachtete führende Persönlichkeit aus dem Reichswehrministerium, »hieße, daß wir selbst alle Dämme sprengten, die wir so mühevoll aufgerichtet haben.« Daraus ist zu ersehen, daß es für

8 Dr. Heinz Brauweiler, a. a. O., S. 74/75.

die Reichswehr nicht allein darauf ankam, sich mit dem Staat zu identifizieren, sondern daß es von entscheidender Bedeutung für sie war, das Volk um sich zu scharen.

Doch wird man wohl oder übel zugeben müssen, daß das Volk sich eben nicht um die Reichswehr scharte. Allen Bemühungen Seeckts und seiner Nachfolger zum Trotz vermochte sich das Heer dem Volke nicht zu nähern und konnte weder seine Zuneigung gewinnen noch sein Mißtrauen überwinden. Die Lehre von der Identität von Heer und Staat mochte wohl einen verführerischen Reiz auf die Elite des Volkes ausüben, in die untersten Schichten der Bevölkerung drang sie nicht durch.

In Wahrheit stand die Reichswehr vor einem tragischen Dilemma: Sie wußte, daß sie ohne die stillschweigende Zustimmung der Massen nicht regieren konnte, und gleichzeitig empfand sie Furcht vor eben jenen Massen. Die Revolution von 1918/1919 und das katastrophale Ende des Kapp-Putsches hatten bei den Offizieren ein bedrückendes Angstgefühl hinterlassen. Um keinen Preis wollten sie wieder in so blutige Konflikte verwickelt werden, wie sie sie gerade erlebt hatten. Sie verdoppelten daher ihre Anstrengungen, um aus der Isolierung herauszukommen, doch blieben alle ihre Bemühungen erfolglos.

Vergebens hatte man im Reichswehrministerium ein Wehrpolitisches Amt eingerichtet, das unter der Leitung des Generals von Schleicher stand, und vergebens bemühte sich Schleicher darum, die Sozialdemokraten zu umschmeicheln, Verbindungen zu den Gewerkschaften anzuknüpfen und seine »republikanische Gesinnung« hervorzukehren. Doch er überzeugte seine Gegner nicht im mindesten, sondern erreichte damit nur, daß sie in ihrem Argwohn noch bestärkt wurden. Außerdem lieferte er denjenigen seiner Widersacher neue Argumente, die behaupteten, daß es der Truppe zwar verboten sei, Politik zu treiben, ihre Führer sich dieses Vergnügen aber nicht nehmen ließen.

Die große Masse des Volkes stand unterdes im Banne neuer Ideen und zündender Parolen. Sie suchte die Lösungen, die ihr neue Zukunftsaussichten eröffneten, nicht mehr beim Heer. »Ohne die Mitarbeit des Volkes«, schrieb Oberst Marcks, »war es unmöglich und sinnlos, die Macht zu ergreifen. Erzwingen ließ sich aber ein Gesinnungswechsel nicht. Seitdem der Versailler Vertrag der Reichswehr den Weg verschlossen hatte, immer weitere Kreise des Volkes in ihre Reihen zu ziehen und dadurch unmittelbar mit ihrem Geist zu erfüllen, konnte sie ihre Aufgabe für Deutschland nur erfüllen, indem sie den deutschen

Staat vor dem Zusammenbruch, das deutsche Volk vor dem Bürgerkrieg bewahrte. Sich an das Volk zu wenden, mußte sie sich versagen. Diese Arbeit mußte sie anderen überlassen[9].«

Die Vorläufige Reichswehr war ein *Heer ohne Staat* gewesen. Die Berufsreichswehr war ein *Heer ohne Volk.* Die Aufgabe, die es jetzt zu lösen galt, bestand darin, das Volk wieder an das Heer heranzuführen und dem Heer wieder seine Aufgabe im Staat zuzuweisen. Doch nicht die Reichswehr war dazu berufen, diese Aufgabe zu erfüllen. Einsam und in sich ruhend, konnte sie sich wohl zum Schiedsrichter über die Geschehnisse aufwerfen — die Kraft, neues Schicksal zu gestalten, besaß sie nicht. Eine andere Gruppe mußte an ihrer Stelle diese Aufgabe übernehmen, und diese Gruppe war die Nationalsozialistische Partei.

Die ganze Zeit über, da Hitler seinen Sturm auf die Macht führte, blieb das Heer in seinen Garnisonen, wachsam und unbeweglich, sorgsam darauf bedacht, seine Neutralität zu wahren. Nur bei ganz seltenen Gelegenheiten stieg es in die Arena hinab. Es kam schließlich sogar so weit, daß das Heer dem brodelnden und leidenschaftlich erregten Deutschland nahezu verständnislos gegenüberstand — jenem Deutschland, das seine Kraft eher aus den altgermanischen Mythen denn aus dem aufgeklärten Rationalismus eines Friedrichs des Großen zu schöpfen schien.

Doch ließ die Reichswehr das Volk gewähren, ohne seinem stürmischen Drängen Einhalt zu gebieten. Mit gehörigem Abstand beobachtete sie, wie die Woge kochend emporstieg, und sie ließ dem Nationalsozialismus die Gelegenheit, sich zu bewähren, bereit, ihn auszutilgen, falls er sich als unfähig erweisen sollte, bereit aber auch, ihm zu folgen, falls er sich durchsetzen sollte.

---

9 Marcks: »Das Reichsheer von 1918 bis 1935«, a. a. O., S. 394.

Register

Aa 26, 32, 46
Aachen 282
d'Abernon, Lord 322
Abstimmungspolizei (APO) 169, 174
Adenauer, Konrad 255
Ahlemann, Lt. 153
»Aisne«, frz. Aviso 46
Albert von Bremen 12
Albert, Herzog von Württemberg 329
Albrecht von Brandenburg 13
Alexander III., Papst 12
Alexander, brit. Oberst 34
Alfred, Herzog von Württemberg 78
Allenstein 282
Allgemeines Truppenamt 124
Alt-Autz 53
Altenrhein 374
Alt-Kosel 195
Altona 152
Alt Poppelau 179
Annaberg, Kloster 184
Arco-Valley, Graf 202
Arens, Oberst 81
Argentinien 353
Armee, 8. deutsche 14 f.
Armeekorps, III. deutsches 125
Armeeoberkommando Nord (AOK Nord) 17 f., 23, 48, 123, 329
Arnim, Hptm. von 180
Auer 155
Aulock, Rittmeister von 151

Baden 291
Ballodis, Oberst 16, 20, 26, 31 ff., 46, 48 f., 53 f.
Baratier, frz. General 348
Barbarossa, Friedrich 157
Bartenstein 17
Barthou, frz. Vorsitzender der Reparationskommission 251 f.
Basel 336
Bauer, Oberst 66, 83, 85, 95, 103 f.
Bauer, Reichskanzler 70, 79, 82 f., 92, 105
Bauriedl, Andreas 305
Bauske 21, 26, 52
Bayern 23, 111, 138, 146 f., 150 f., 153, 178, 236, 242, 244, 247, 258 f., 261, 281, 286, 289, 292 ff., 302, 312 f., 341 f.
Beelitzhof 238
Belgien 254, 286, 322 ff., 348, 353
Below, General von 78
Benesch, Eduard, tschechischer Außenminister 323, 361
Berchtold, Lt. 299
Bergmann, General 96
Berlin 18, 21, 23, 27, 38, 48 f., 56, 61, 72, 76 f., 80 ff., 90, 92 f., 95 ff., 99 ff., 105, 109, 112 f., 123, 126, 135, 147, 149, 151 f., 177, 182, 203, 208, 211 f., 215, 238, 245, 258 ff., 267, 269 f., 274, 276 f., 281 f., 286 f., 292 ff., 297, 300, 321 f., 329, 331, 333, 339, 347, 373, 375
Bermondt-Awaloff, Fürst, Oberst 38 ff., 45, 50, 54, 148, 211
Bernstorff, Graf 71, 78, 353 ff., 358, 363 ff.
Bethmann-Hollweg, von, Reichskanzler 71, 78
Beuthen 168, 176, 282
Bielefeld 115 f.
Bingham, Sir Henry 336
Bischoff, Major 15 f., 18, 36, 41, 48, 143
Bismarck, Otto Fürst von 160, 223

Bizouard, frz. General 335
Blomberg, Oberst von 372
»Blutwoche«, Berliner 119
Bochum 118, 253
Bock, Oberstlt. von 266, 271 ff.
Böhmen 158
Bolderaa 42, 46
Boleslav der Große 157
Bolivien 143
Bormann, Martin 235
Böttcher, sächs. Erziehungsminister 280, 282, 285
Bottrop 118
Boulogne 147, 340
Boyen, Hermann von, preuß. General 121
Brandeis, Magdeburger Revolutionär 212
Brandenburg 152, 258, 261, 263 f., 269, 312
Brandler, sächs. Finanzminister 280
Brasilien 353
Braun, Otto, preuß. Ministerpräsident 78, 115, 319
Braunau 221
Braunschweig 282
Brauweiler, Heinz 260, 381 f.
Bremerhaven 212
Bresina 179
Breslau 157 f., 161, 167, 178, 216, 375
Brest-Litowsk, Vertrag von — 14, 160
Briand, Aristide 252, 322 f., 326
Brigade Erhardt 81 f., 84, 86, 96, 102, 107, 155, 202, 211, 217
Brinnitz 179
Brisson, brit. Kapitän 46
Brockdorff-Rantzau, Graf von, Außenminister 123, 162 f.
Brouckère, Louis de 93, 101
Brückner, Wilhelm, Lt. 290, 307 f.
Brunowicki 26
Brüssel 205
Buch, Major 308
Buchrucker, Major, Chef der schwarzen Reichswehr 263 ff.
Budwethen 153
Buenos Aires 204
Bukowina 232
Bulgarien 353
Bülow, General von 78
Burt, brit. Brigadegeneral 28
Buschhof 46
Byzanz 11

Cambon, Jules 116, 348
Capelle, Admiral von 71, 78
Chamberlain, Austen 323, 343
Charlottenburg 106 f.
Charlton, brit. Admiral 336
Chemnitz 99, 215, 282
Chile 353
China 209, 353, 362
Chorzow 166
Cecil, Lord Robert 159, 182, 355 ff.
Class, Regierungsrat 259
Clausewitz, Karl von 321
Clemenceau, Georges, frz. Ministerpräsident 162 f., 197, 251, 257, 322, 379
Coburg 247 ff., 289
Cohn, Abgeordneter 71, 212
Cot, Pierre 365
Cottbus 276
Cowan, brit. Admiral 45
Cramon, General von 333
Crewe, Lord 348
Culmsee 148
Cuno, Reichskanzler 252, 256, 322
Curzon, Lord 341
Czarnowanz 167

Dachau 338
Dallina 186
Dänemark 372 f.
Danner, Generallt. von 302
Danzig 13, 157
Darmstadt 118
David, Innenminister 71
Davout, frz. Marschall 331
Dawes, Charles Gates, amerikan. General, Vorsitzender der Reparationskommission 256; Dawes Plan 330
Degoutte, frz. General 252 f.
Denikin, Anton A., russ. General 20
Deschowitz 186

Deutsche Arbeiterpartei 220, 242
»Deutsche Legion« 41 f., 50, 52, 55, 77
Deutschritterorden 12 ff.
Dinslaken 114
Dittmann, Volksbeauftragter 282, 286
Döberitz 80, 87 ff., 111
»Dolchstoßlegende« 71
Doliva, Nowina, poln. Heerführer 175
Dormagen 339
Dorten, Dr. 255
Dortmund 113, 115, 118 f., 253
Dosse, Oberst 55
»Dragon«, brit. Panzerkreuzer 46
Dresden 91, 95 f., 102, 112, 139, 212, 258, 279, 281, 285 f., 313, 339
Drexler, Anton 220, 242, 305, 308
Duisburg 115
Dünaberg 338 f.
Dünaburg 13
Dünamünde 26, 42, 46
Du Parquet, frz. Oberstlt. 33 f., 39, 41, 46, 50
Düsseldorf 115, 282

Eberhardt, General 48, 52, 55
Ebermayer, Oberstaatsanwalt 216
Ebert, Friedrich, Reichspräsident 61 ff., 67, 70, 85, 91, 97 f., 100, 102, 111, 258 f., 281, 320; lehnt Neuwahlen zur Nationalversammlung ab 82; verlegt Sitz der Regierung nach Dresden 91 f., von Dresden nach Stuttgart 95 f.; richtet Appell an die Reichswehr 99; kehrt nach Berlin zurück 109; lehnt ab, Reichswehr durch Arbeitermilizen zu ersetzen 112; ernennt Seeckt zum Chef der Heeresleitung 125; verbietet Aufstellung von Freikorps 188; erklärt Ausnahmezustand im Reich 260, 295; droht v. Kahr 296; hebt Ausnahmezustand auf 313; Tod 319
Eccard, Frédéric 378
Eckart, Dietrich 219 f., 242 f., 297, 307
Eckau 41
Ehrhardt, Kapitän 80, 87 ff., 93 f., 100 f., 104 ff., 111, 125, 142 f., 178, 213, 217 f., 246
Einwohnerwehren 145 ff.
Eisner, Kurt 202, 212 f., 241, 294
Elberfeld 216
Ellguth 179
Elsaß-Lothringen 326
Elten, Festung 336
England 40, 42, 79, 83, 102, 165, 169, 182, 197 ff., 251 f., 256 f., 322 ff., 348, 353, 355 f.
Epp, Ritter von, Oberst 97, 114, 118 f., 211, 306
Erfurt 282, 338
Erkelenz, Abgeordneter 155
Erzberger, Matthias 60, 72, 92, 155, 202, 216 f.
Escherich, Hptm. 96
Eskishehir 373
Essen 114 f., 118 f., 252 f., 257, 282, 337
Estland 13 f., 31
Estorff, General von 110

Falkenhayn, General von 78, 122, 204
Faupel, Oberst 279
Feder, Gottfried 304
Feldmann, General von 128
Ferdinand von Bulgarien, Zar 122
Finnland 157, 353
Fischer, Mörder Rathenaus 216
Fleißner, sächs. Revolutionär 212
Fletscher, Major 16, 25
Foch, Ferdinand, frz. Marschall 161, 251, 344 f., 348 f., 352
Forster, Dirk 348
Frankfurt a. M. 99, 118, 282
Frankfurt a. d. O. 161, 276
Frankreich 79, 83, 118, 165 f., 169, 182, 193, 197 ff., 237, 251 ff., 257, 266, 286, 322 ff., 326 f., 331, 352 f., 356, 358, 378
Franz-Ferdinand von Österreich, Erzherzog 237
Franz-Joseph I. von Österreich 122
Frauenburg 53
Freiberg i. S. 284
Freiburg i. Br. 153

Freikorps von Arnim 148, 152, 178, 196
–, von Aulock 86, 148, 150 ff., 196
–, Christensen 196
–, Diebitsch 18
–, Hamburg 18
–, Heydebreck 148, 150, 152, 178, 195
–, Hubertus 148, 150, 152, 178
–, Hübner 196
–, von Lützow 86
–, Oberland 148, 150 f., 153, 178, 184, 186 f., 193 f.
–, Pfeffer 22, 86
–, von Plehwe 41
–, von Rieckhoff 18, 53
–, Roßbach 49, 86, 148 ff., 178, 196
–, von Schmidt 86, 148, 150, 196
–, Weickemann 41
–, Yorck 21
Friedland 179
Friedrich II. von Preußen 63, 158
Friedrich August III. von Sachsen 279
Friedrichsgrätz 179
Friedrichstadt 41 f., 46, 50 ff.
Frick, Dr. 304, 307 f.
Fritsch, Major von 17, 48
Fulda 329
Fürth 302

Gaiffier, d'Hestroy, Baron de 348
Galizien 159, 232
Gareis, Abgeordneter 202
»Garnier«, frz. Aviso 46
Garreis, Fahnenträger 305
Geheimbünde, illegale 152 f.
Generalstab, deutscher 23, 33, 61, 63 ff., 67, 70, 86, 121, 123 f., 126 ff., 138, 141, 146, 160 f., 207 f., 345, 347, 372
Generalstreik 98 f., 112
Genf 327, 347 f., 352 ff., 360, 366 f., 378
Genua 204; Konferenz von – 206
Germersheim 336
Geßler, Otto, Reichswehrminister 295 f., 313, 369 f., 380; wird Reichswehrminister 112 f.; erhält ausübende Gewalt während des Ausnahmezustandes 260; Kommunisten fordern seinen Rücktritt 281; Konflikt mit von Seeckt 327 ff.
Geyer, sächs. Revolutionär 212
Giesberts, Minister 115
Gieschewald 169
Gissinger, Theodor 224
Gilsa, Major von 90, 92
Gleiwitz 158, 161, 166, 170, 176, 184, 197
Gnaschwitz 338
Goldingen 14
Goltz, Rüdiger Graf von der, General 18, 27, 35, 38, 48, 100, 103, 111, 149, 178, 211; Oberbefehlshaber der deutschen Truppen im Baltikum 17 ff.; führt Angriffe gegen die Russen 20 ff.; befreit Riga 25 f.; kämpft gegen Estland 31 ff.; legt den Oberbefehl nieder und schließt Vertrag mit Bermondt-Awaloff 39; unter Kapp Chef des Truppenamtes 95
Gorgast, Fort 274, 276
Göring, Hermann 290, 298, 304 f., 307
Gotheim, Abgeordneter 71, 73 ff., 212
Götze, Major 21
Gough, brit. General 28, 33
Graf, Ulrich 299, 304 ff.
Gravelotte 222
Grenzschutz Ost 18, 161, 268
Groener, Generalquartiermeister 59, 62 f., 111, 125, 141, 160, 328 f., 364, 377
Groß-Autz 53
Grünewald, kommun. Agitator 212
Grünwald, Constantin von 155
Grusdi 20
Grützner, Oberstlt. 183
Grzesinski, Albert, preuß. Innenminister 127 f.
Gudowius, Oberst 275 f.
Gumbel, Emil Julius 303
Gumbinnen 153
Günther, Major 273
Günther, Rathenaumörder 216
Güstrow 149
Gutknecht, Hptm. 268, 272

Haase, Volksbeauftragter 212
Hagen 115 f.
Hahn, Hptm. 92
Hahneberg, Fort 268, 276
Halle 99, 211
Haller, General 173
Hamburg 95, 152, 215, 258, 261, 282 f., 287, 291, 312, 331, 375,
Hammerstein, Major von 64 f., 382
Hanau 338
Hanfstaengl, Dr. 306
Hannover 139, 282, 320
Haselhorst 338
Hasenclever, Hptm. 113 f.
Hasenpot 20
Hasse, General 368 f.
Havard, Oberst 254
Havenstein, Reichsbankpräsident 100
Hayn, Oblt. 275, 277
Heeringen, General von 152
Heine, Abgeordneter 212
Heinrich der Fromme 158
Heinrich Prinz von Preußen 373
Heintze, Abgeordneter 81, 83, 97, 285
Heiss, Hptm. 290, 295
Held, bayr. Ministerpräsident 307, 319
Held, Oberstlt. 273
Helfferich, Karl 66, 71 f., 78, 217
Hergt, Abgeordneter 81 ff., 97
Hermant, Max 201, 317
Herriot, Edouard, Präsident der frz. Nationalversammlung 322, 344
Hertzer, Major 268, 272
Hess, Major 148
Heß, Rudolf 245
Heuduck, General von 63
Heydebreck, Freikorpsführer 211
Heye, Oberst, seit 1. Juni 1920 als Generalmajor Chef des Truppenamtes 103 f., 127 f., 329 f., 347
Himmler, Heinrich 301
Hindenburg, Oskar von 328
Hindenburg, Paul von, Generalfeldmarschall 14, 62 ff., 71, 76 ff., 84, 111, 125, 141, 161, 212, 317, 319, 327 f., 330, 381 f.; vor dem Untersuchungsausschuß der Nationalvers. 72 ff.; nimmt Kandidatur als Reichspräsident an 320; wird Reichspräsident 321; genehmigt Rücktritt Seeckts 329
Hindenburg/Oberschlesien 176, 197
Hirsch, preuß. Ministerpräsident 105, 212
Hitler, Adolf 219, 258, 277, 291, 385; Jugend 221 ff.; in Wien 226 ff.; Stellung zum Kommunismus 229 f.; Entstehung seines Antisemitismus 231 ff.; in München 236; wird vom österreich. Militärdienst freigestellt 236; als Freiwilliger im 16. bayr. Reserveregiment 237; Kriegserlebnisse 238 f.; in den Nachkriegswirren 241 f.; Bildungsoffizier in der Vorl. Reichswehr 242; tritt der deutschen Arbeiterpartei bei 243; erste Erfolge und Gründung der NSDAP 243 f.; Aufstellung der SA 244 ff.; auf dem »Deutschen Tag« in Coburg 247 ff.; schließt Bündnis mit anderen Kampfverbänden 290; erhält Unterstützung Ludendorffs 291; wird politischer Leiter des Kampfbundes 292; Vorbereitungen für den Putsch in München 293 ff.; Ausführung 298 ff.; Niederschlagung des Putsches 304 ff.; Verhaftung und Prozeß 307 f.; Konsequenzen aus seiner Niederlage 309 ff.
Hitler, Alois 221, 223, 225
Hitler, Clara geb. Pölzl 221, 225
Höchst 339
Hoefer, General 150, 183, 191 ff., 197
Hoesch, von, Botschafter 322, 349
Hoffmann, bayr. Ministerpräsident 96, 138
Hoffmann, General von 63, 207
Holland 353, 372 ff.
Holsti, Mitglied im Sicherheitsausschuß des Völkerbundes 361
Hörde 118
Huemer, Eduard 223
Hühnlein, Major 304
Hülsen, General von 63, 103, 174, 177, 180, 183 f., 186 ff., 192 f., 197, 379

Ingolstadt 338
Innozenz III., Papst 12
Innsbruck 307
Interalliierte Militärkontrollkommission (IMKK) 331, 333 ff., 337, 343, 346 ff., 351 f., 369, 372, 377
Irland 143
Irkutsk 204
Iserlohn 118
Istein 335 f.
Italien 165, 169, 257, 322 ff., 348, 353, 355
Iwan IV. 13

Jägel 26
Jagow, Traugott von 66
Jakobstadt 32, 45
Janow 169
Januschkowitz 195
Japan 143, 348, 353
Jarres, Dr. 319
Jawreïnoff, Oberst 41
Jellowa 179
Jeschowa 186
Jouvenel, Henri de 357
Joxe, Louis 365
Judenitsch, General 38, 43
Jugoslawien 353
Jüterbog 139

Kabisch, General 116
Kahr, Gustav von, bayr. Ministerpräsident, 1923 Generalstaatskommissar 147, 245, 259, 281, 293 ff., 299 ff., 307 f., 313
Kaiser, Helene 214
Kalinin 375
Kalsow 150
Kandau 20
Kandrzin 195
Kapp, Wolfgang, Generallandschaftsdirektor von Ostpreußen 83, 85, 87, 91, 93, 100, 105, 109, 120, 125, 219; Führer der »Nationalen Vereinigung« 66 f.; Absprache mit Lüttwitz 67 f.; plant Staatsstreich 82; Kapp-Putsch 93 ff.; Zusammenbruch des Putsches 102 f.
Karl von Österreich, Erzherzog 122
Kassel 123, 126
Katharina II. 14
Kattowitz 166 ff., 172, 176
Kaukehmen 153
Kern 216
Kessler, Graf Harry 204, 209 f., 214
Kettler, Gottfried 14
Keynes, Finanzexperte 163
Kiel 49, 99, 212, 282, 336, 377
Kiew 157, 160, 204, 213, 373
Killinger, Manfred von, Kapitänlt. 217
Kleewitz, General von 103
Klodnitz 191
Kluck, General von 78
Knesebeck, Freikorpsführer 18
Knurow 166
Koblenz 336
Kohn, kommun. Agitator 212
Köln 170, 326, 336, 347
Koltschak, russ. General 20
Königgrätz 223
Königsberg 153, 157, 330, 345
Konstantinopel 123
Kopenhagen 373
Korfanty, poln. Politiker 175 f., 180, 191 f., 199
Kosel 167, 176 f., 179, 184, 193 f.
Kowno 20
Krappitz 177, 179, 183 f.
Kreuzburg 32, 46, 180
Kriebel, Oberstlt. 290, 298, 304, 307 f.
Krischbin, Zeuge des Rathenaumordes 214
Kronenburg, Festung 336
Kronstadt 374, 376
Kubizek, August 226
Kupp 179
Kurland 14 f., 17, 23, 27, 32, 35 ff., 39, 52, 54, 56, 149, 157
Küstrin 258, 268 ff., 272, 274 ff.

Lamont, amerikan. Wirtschaftsexperte 163
Landauer, Gustav 212
Landsberg, preuß. Finanzminister 212
Landsberg/Schlesien 177, 180
Lange, Christian-Louis 357
Laurahütte 168
Law, Bonar 251
Ledebour, Oberst von 110
Leipzig 260, 279, 286
Lengwethen 153
Lenin 361
Leningrad 157, 368, 373
Leobschütz 151, 167
Leonding 225 f.
Le Rond, frz. General 169, 172, 174, 180, 191, 197
Leschnitz 186
»Lestin«, frz. Aviso 46
Lettland 14, 16, 18 f., 23, 37 f., 41 f., 55, 212
Lettow-Vorbeck, General von 63 f., 110, 149
Leverkusen 339, 375
Levetzow, Admiral von 99, 111
Levien, russ. Revolutionär 212, 241
Leviné, russ. Revolutionär 212, 241
Levinsohn, Revolutionär 212
Leygues, frz. Ministerpräsident 252
Libau 14 ff., 27 ff., 37, 41 50 f.
Lichterfeld, General von 111
Liebknecht, Karl 202, 212 f.
Liegnitz 158, 178
Lieven, Fürst von 16, 28, 33, 38
Lilienthal, Revolutionär 212
Lindenruch 49
Linz 221 f., 224 f.
Lipinsky, Revolutionär 212
Lipp, Dr. 212, 241
Lippe, General von der 63, 103 f.
Lissabon 204
Litauen 14, 23, 42, 49, 54
Litwinow, russ. Delegierter beim Völkerbund 358 ff.
Livland 12 f., 26
Lloyd George, David, brit. Premierminister 163, 182, 191, 197, 341
Locarno 323, 325 ff., 345 f., 354 f., 361
Locarno-Pakt 334, 352, 355
London 147, 182, 205, 251, 323, 325, 341, 344
Lord, Prof. 163
Lossow, General von 291, 295 ff., 308 f., 312
Lothringen 163
Loudon, holländischer Delegierter beim Völkerbund 362
Löwen 179
Loye, Otto zur 368
Lübeck 157, 282 f.
Lublinitz 166
Ludendorff, Erich, Erster Generalquartiermeister 66 f., 71 ff., 75, 78, 95, 103 f., 111 123, 141, 160, 162, 207, 212, 217, 238, 258 f., 291 ff., 298, 300 ff., 312, 319, 321
Ludwig III. von Bayern 237
Ludwigshafen 339, 375
Lueger, Karl 234 f.
Luther, Dr. 322 f.
Lüttich 309
Lüttwitz, Walter, Frhr. von, General 62 ff., 69 f., 72, 78, 80 ff., 89, 91, 94 ff., 102 ff., 109, 111, 125, 141, 330
Luxemburg, Rosa 202, 212

Mac Donald 344
Mackenna 256
Mackensen, Feldmarschall von 77 f., 122
Madrid 204
Maercker, Georg, General 60 f., 63, 65, 70, 92, 95 f., 102, 119 f., 211, 279, 382
Magdeburg 212
Magnis, Graf, Oberst 194
Mailand 204
Mainz 335 f.
Malcolm, brit. General 83, 102
Malmö 373
Mandschurei 143
Mann, Rudolf 105 ff., 142
Manteuffel, Baron von 16, 21, 23, 25
Marcks, Oberst 350, 380, 384
Maria Theresia 158

Marienburg 13, 282
Marinis, General de 169
Markus, Revolutionär 212
»Marne«, frz. Aviso 46
Marokko 143
Marx, Abgeordneter d. Zentrums 319, 321
Matthes, pfälz. Separatist 255
Mchetsk 373, 375
Mecklenburg 57, 150 f., 178, 291
Medem, Hptm. von 25
Meißner, Chef des Kanzleramtes 92
Memel 37, 55
Merzendorf 41
Mexiko 204
Meyer, Zivilkommissar für Sachsen 280
Michaelis, Reichskanzler 78
Michelwitz 179
Millerand, frz. Staatspräsident 116, 197, 252, 322
Mitau 13 ff., 20 f., 25 f., 33, 35 ff., 42, 49 ff., 52 f., 56, 149
Moehl, General von 97
Moltke, Helmuth von 124, 126
Moskau 204, 279, 359, 373, 375
Mourajevo 20, 53
Mühlgraben 46
Mülheim 113, 115
Müller, General 280 f., 284 ff.
Müller, Hermann, Reichskanzler 92, 127
München 72, 114, 119, 139, 151, 202, 211 f., 215, 236, 238, 241, 243 f., 247, 249, 258, 260, 277, 291, 298, 301, 303 f., 307 f.
Münsingen 327
Münster 114, 116
Munsterlager 57
Mussolini, Benito 323, 366
Myslowitz 168

Namslau 179
Napoleon I. 304, 331
Narva 38
»Nationale Vereinigung« 66 f., 85, 87, 111, 149
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 151, 243 ff., 247, 291 ff., 299, 303, 306, 308, 311, 385
Nationalversammlung, Weimarer 59, 62, 71, 81 f., 99, 127, 138, 162
Neapel 204
Needra, Pastor 22 f., 28 f.
Neuberun 169
Neukölln 77
Neviges 119
Niessel, General 48, 53 ff.
Nikischschacht 169
Nikolaus, russ. Großfürst 160
Nollet, frz. General 116, 126, 146, 331, 333, 341, 344, 350, 352
Noske, Gustav, Reichswehrminister 37, 39, 48 f., 57, 61 ff., 67 ff., 76, 79, 82 ff., 87 ff., 95 f., 99 ff., 109, 112 f., 119 f., 125, 127, 138, 260, 279, 286, 317, 382
Nowgorod 158
Nürnberg 291, 302

Oberhausen 252
Oberwitz 177
Oderhafen 186, 194
Odessa 157, 160, 204, 213
Oesterreicher, Lt. 96
Offizierkorps, deutsches 64, 68, 75, 90, 110 f., 141 f., 381, 383
Oldershausen, General von 81, 84 f., 88 ff., 95
Oleschka 187
Oppeln 158, 161, 167, 170, 174, 179, 191
»Organisation Consul« (OC) 217 f., 263
Organisation Escherich (»Orgesch«) 96, 147, 151, 178, 263
Oscar Prinz von Hohenzollern 152
Oslo 204
Österreich 111, 143, 158, 221 ff., 236, 293, 307
Ostpreußen 17, 36, 49, 55, 102, 111, 146, 153, 341
Oven, General von 63, 65, 84 f., 89 f., 95, 103 f., 110

Pabst, Hptm. 66, 83, 85, 101 f., 104, 111, 142
Panslawismus 14
Paprotzan 167
Pasewalk 238
Paris 34, 116, 118, 120, 182, 197, 251, 332 f., 341, 348 f.
Passau 221
Paul-Boncour, frz. Delegierter beim Völkerbund 355, 357 f., 366
Pawelsz, General von 346, 348
Payot, General 254
Pelkum 118
Percival, Sir Harold, brit. Oberst 169, 172, 198
Pernet, Lt. 308
Petersburg 14, 18, 31
Pfeffer, Hptm. von 22 f.
Pflugk-Hartung, Lt. 202
Pillkallen 153
Pilsudski, poln. Staatspräsident 160
Plaas, Rathenaumörder 216
Plauen 338
Pleß 168, 172, 176
Poetsch, Leopold 224
Pogorzelletz 195
Pöhner, bayr. Polizeipräsident 97, 299, 304, 307 f.
Poincaré, Raymond, frz. Staatspräsident 251 f., 322
Polen 13, 15, 79, 111, 157, 160 ff., 164, 170 ff., 193, 197 f., 232, 322 f., 353, 355 f.
Politis, Delegierter beim Völkerbund 361
Polska Organizacja Wojskowa (POW) 167 f., 173
Pommern 57, 149, 178, 238
Poppitz 194
Posen 159, 161
Prag 361
Prekuln 37, 51, 53
Premnitz 338
Preußen 12, 158, 291, 331 f.

Quast, General von 17

Radziwiliski 41
Ragnitz 153
Raphael, Oberlt. 274
Rapallo, Vertrag von 206 f., 214
Raschowa 195
Rastatt 336
Rathenau, Walter, Außenminister 155, 177, 201, 203 ff., 295, 317, 342
Rathenow 153
Ratibor 157, 161, 166, 176 f., 179, 197
Ratingen 118
Rauscher, Regierungsrat 90 f.
Reboul, Oberstlt. 374
Recklinghausen 114
Reichswehr, Schwarze 263, 266 ff., 269 f., 272 f., 275 ff.
Reichswehr, Vorläufige 61, 63, 132, 134 f., 138, 143, 148, 151, 178, 242, 260, 379, 381, 385
Reinhard, Wilhelm, Oberst 64, 70, 87, 95, 100, 103
Reinhardt, Walter, preußischer Kriegsminister 61, 72, 84, 87, 90, 94, 125
Remscheid 115
Reval 157
Rheinland 86
Riga 12 ff., 21, 24 ff., 29, 32 ff., 37, 41 f., 45, 47 f., 50, 56, 148, 157, 178, 213
Rio de Janeiro 204
Ritterschaft Christi 12
Röhm, Ernst, Hptm. 292, 297, 301, 306 ff.
Rom 11
Roon, Albrecht Graf von 126
Roques, Paul 346 f.
Rosdzin 169
Rosenberg, Alfred 220, 242, 298 f., 304 ff., 308
Rosenberg 180
Rosenheim 243, 304
Roßbach, Gerhard, Lt. 48 f., 142 f., 148 ff., 211, 213, 291, 301, 306, 308
Rossieny 20
Roswadze 186
Rumänien 353
Rupprecht, Kronprinz von Bayern 78, 293, 300, 302

Rutgers, Mitglied im Sicherheitsausschuß des Völkerbundes 361
Rybnik 168, 172, 176

Saarland 163
Sachsen 12, 23, 99, 151, 161, 258, 261, 277, 279 ff., 284 f., 287, 291, 312 f.
Saint-Marsan, Graf von 331
Sakkenhausen 20
Sakrau 179, 186 f.
Salesche 194
Salomon, Ernst von 40, 48, 51, 86, 156, 178, 196, 198, 200, 203, 213, 215 f.
Salvioni, Oberst 192
Salzburg 236
Samsonow, russ. General 14
Säpzig, Fort 274, 276
Saule 12
Schacht, Hjalmar 317
Scharnhorst, Gerhard von 121
Schaulen 35, 37, 41, 48, 52
Scheer, Admiral von 152
Scheidemann, Philipp 71, 95, 155, 203, 216, 367, 369, 382
Scheubner-Richter, Max Erwin von 297 ff., 304 f.
Schiffer, Vizekanzler 92, 101 f.
Schleicher, Kurt von 128, 264 f., 328, 382, 384
Schlesien 63, 86, 151, 157 ff., 166 ff., 173, 175 f., 178, 183, 188, 192, 196, 198 ff., 211
Schleswig 121
Schlieffen, Alfred Graf von 124
Schlock 42, 50
Schmidt, Theresa 225
Schnitzler, Journalist 82, 85
Schönerer, Georg Ritter von 234
Schoppinitz 166, 169
Schrunden 20
Schulz, Oberlt. 271, 277
Schwarzenhof 49
Schweden 103, 353, 372 f., 376
Schweiz 372, 374
Schwerte 118
Sedan 222
Seeckt, Hans von, General 17, 63, 77 f., 90 ff., 95, 104 f., 111, 120, 141 f., 148, 156, 258 f., 261, 271, 276 f., 284, 286 f., 295 f., 309, 312, 317, 340, 345, 347, 349, 363, 369, 377, 379, 384; wird Oberbefehlshaber des deutschen Heeres 109; Jugend und Laufbahn 121 ff.; Vorsitzender der »Vorkommission für das Friedensheer« 123; schafft »Allgemeines Truppenamt« 124; baut Reichswehr auf 128 ff., 370 ff.; Konflikt mit Geßler 327 ff.; Rücktritt 329
Seißer, Oberst von 299 ff., 308
Semitan, Oberst 26, 31
Senden, Oberlt. von 268
Severing, Karl 114, 150, 263
Sewastopol 376
Sforza, Graf 198, 251, 257
Shorani 20
Sibirien 209
Sievers, Abgeordneter 281
Sievert, Kapitän 41, 52
Skrzynski, Alexander 323
Slawentzitz 194 f.
Smets, pfälz. Separatist 255
Smolensk 373
Sofia 123
Soissons 122
Soldatenräte 15 f., 21, 69, 161, 241
Solferino 223
Solownia 186
Sorel, Georges 154
Sosnowice 173 f.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 71, 78, 97, 205, 279 ff, 317, 369, 381, 384
Spa 205, 329, 340
Spandau 268, 270, 272, 274, 276, 337 f.
Spangenberg, Ministerialamtmann 367 f.
Spanien 353, 372, 376
Spartakisten 21, 78, 80, 145, 205
Stade 95
Stalgen 21
Steele 118
Steglitz 99
Stein, General von 152

Stennes, Hptm. 271 f., 277
Stettin 331, 368
Stoberau 179
Stockhausen, Major von 64 f., 70
Stockholm 374
Strebinow 186
Stresemann, Gustav, Reichskanzler und Außenminister 256, 322 f., 325 f., 344
Stubenrauch 216
Sturm-Abteilungen (SA) 244 ff., 258, 277, 289 ff., 298, 304, 306, 308, 311
Stuttgart 96, 98, 101

Talsen 20
Tannenberg 13 f.
Tarnow 122
Tarnowitz 168, 176
Technische Nothilfe 98, 145
Techow, Rathenaumörder 216
Telsche 20
Thälmann, Ernst 319, 321
Thorensberg 47, 49 f., 52, 149
Thüringen 99, 160, 281, 284, 291
Tichau 169
Tiflis 160
Tillessen, Rathenaumörder 216 f.
Tilsit 37, 48, 52, 153, 331
Tirard, Paul 251 ff.
Tirpitz, Alfred von, Großadmiral 78, 320
Toller, Ernst 212
Traub, Hofpfarrer 66
Traunstein 241
Trier 161, 168
Troisdorf 338
Trotha, Admiral von 80, 84, 87 f., 90, 111
Trozk 375
Tschechoslowakei 322 f., 353, 355
Tschernow, Fort 274, 276
Tscherzeff, Chemiker 375
Tschunke, Fritz von, Major 368
Tukkum 26, 34, 53
Türkei 353, 362, 372 f.

Ukraine 157, 160
Ulmanis, lettischer Präsident 15 ff., 22 f., 27 ff., 31 f., 34, 38, 40 f., 43, 52 ff., 212
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) 78, 113, 115, 205, 279
Ungarn 217, 232
UdSSR 79, 206, 213, 237, 317, 353, 358 ff., 372 f., 375 f.
Uruguay 353
Uxküll 26, 42

Valparaiso 204
Vandervelde, Emile 323, 365
Vanlande, Hptm. 39
Velbert 119
Venedig 307
Vereinigte Staaten von Amerika 165, 256, 322, 353, 355 f., 358
Versailles 123; Vertrag von — 28, 38, 59, 64, 77, 113, 116, 124, 126 f., 129, 134 f., 138, 146, 150, 161, 163 f., 169, 171 f., 182, 199, 206, 208, 257, 265, 327, 329, 351, 364, 370, 376, 384
Victoria von England 79
Vigo 376
Virgolitsch, Oberst 41
Völkerbund 322, 325 f., 334, 342 ff., 347, 351 ff., 355, 360, 364 ff.
Volkswehren 145
»Vorkommission für das Friedensheer« 123 f.

Wagner, Lt. 308
Walk 31
Walsch, General 344 ff., 348
Wandler-Krakau, Dr. 241
Wangenheim, Oberst von 110
Warburg 114
Washington 71, 353
Watter, General von 114 ff., 118 f.
Weber, Dr. 290, 304, 307 f.
Weimar 55

Wells, Revolutionär 282, 286
Wenden 31, 45
Wervicq 238
Wesel 114, 116, 336
Westarp, Graf 66, 152, 202
Westfalen 12, 114
Westpreußen 148
Wetter 114
Wetzel, Oberst 89
Wheeler-Bennett, John W. 78
Wien 151, 226 f., 229, 231 f., 236
Wilhelm II. 64, 122 f., 204, 208, 239, 321, 327, 371
Wilhelm Prinz von Hohenzollern 327, 329
Wilhelmshaven 99
Wilhelmshütte 169
Wilson, Woodrow 160, 163
Winnig, Reichskommissar 16, 40
Wirth, Reichskanzler 205 f., 342
Wörth 222
Wrisberg, General von 84, 95
Wullenweber, Hptm. 153
Wurtzbacher, General 367
Wygoda 186
Wyssoka 187

Yorck von Wartenburg, Ludwig 129
Young, Owen D. 256
Ypern 237 f.

Zeigner, sächs. Ministerpräsident 280, 284
Zeitfreiwillige 145
Zembowitz 180, 196
Zentrumspartei 71, 98, 317
Zinzheimer, Abgeordneter 71, 212

UA
712
B4355
v.2

MAY 20 1971

Oro
25.80

RAYMOND H. FOGLER LIBRARY
DATE DUE

UNIV OF MAINE
3 7550 01053329 8